

Partizipative Altersplanung

Entwicklung von Strukturen und Angeboten für heute und morgen

Teil I: Lebenslagen und gesellschaftliche Teilhabe –
Beiträge zur Partizipativen Altersplanung

Mitglieder der Arbeitsgruppe, Autorinnen und Autoren

Ingrid Alimbertis (V)

Präventionsrat der Stadt Frankfurt am Main, Geschäftsstelle

Norbert Bambach

Stadt Frankfurt am Main, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt,
Besonderer Dienst 2, Rathaus für Senioren

Inge Bervoets (VI.2)

Frankfurter Verband für Alten- und Behindertenhilfe e. V., Offene Seniorendienste Nord/Ost

Heinz Buchholz (VI.1)

Seniorenbeirat der Stadt Frankfurt am Main, Ortsbeirat 6

Renate Depireux

Stadt Frankfurt am Main, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt,
Fachreferat Grundsatz, Jugendhilfe- und Sozialplanung

Frank Goldberg (V)

Präventionsrat der Stadt Frankfurt am Main, Geschäftsstelle

Michael Gollan (VI.3)

Stadtbücherei Frankfurt am Main, NordWestStadtBibliothek

Barbara Heun (VII)

Christliche Initiative Internationales Lernen e. V. (CIL)

Jürgen Lilischkies (I)

Paritätischer Wohlfahrtsverband – Regionalgeschäftsstelle Frankfurt a. M.

Heiner Michel (X)

Bürgerinitiative „Alte für Frankfurt - mitgestalten, mitbestimmen“, Sprecher

Ute Rasim (IV)

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Frankfurt e. V., Offene Altenhilfe

Ursula Röttger

Kath. Pfarrgemeinde Christ-König, Praunheim

Waltraud Schröpfer (II)

Stadt Frankfurt am Main, Bürgeramt, Statistik und Wahlen

Julia Sipreck (VIII)

Bürgerinstitut – Soziales Engagement in Frankfurt, BüroAktiv (bis 31.12.2005: Institut für Sozialarbeit e. V.)

Birgit Speicher-Kiefer (III)

St. Katharinen- und Weißfrauenstift, Sozialabteilung

Rainer R. Tost (IV.5)

Verein Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen, Sprecher

Gabriella Zanier (IX, IV.5 und IV.7)

Caritasverband Frankfurt e. V., Anlaufbüro Seniorengruppen

Weitere Autorinnen und Autoren

Barbara Jakob (IV.7)

Bürgerinstitut – Soziales Engagement in Frankfurt, Beratungsdienst Leben und Wohnen im Alter

Nicolas Paefgen (IV.6)

Bürgerinstitut – Soziales Engagement in Frankfurt, Wohnen für Hilfe
(bis 31.12.2005: Institut für Sozialarbeit e. V.)

Ute Wannig (VII)

Christliche Initiative Internationales Lernen e. V. (CIL)

Autorinnen und Autoren der Expertenbeiträge

Calogera von Auw

Caritasverband Frankfurt e. V., Migrationsdienst Team Höchst

Gudrun Born

Zeit-Tauschring Frankfurt NordWest

Hildegard Bradt

Wohnnetz Neue Nachbarschaften

Rudolf Fleckenstein

Quartiersmanagement Unterliederbach

Walentyna Gawlik

Ehrenamtliche, frühere Mitarbeiterin bei Infrau e. V.

Ulrike Habert

Runder Tisch zur Situation von Lesben und Schwulen in Frankfurt, Fachgruppe Alter

Hans-Peter Hoogen

Runder Tisch zur Situation von Lesben und Schwulen in Frankfurt, Fachgruppe Alter

Ingrid Iwanowsky

Projekt „Älterwerden in Niederrad“, Sprecherin

Dorothe Klein

Wohninitiative "Preungesheimer Ameisen" e. V.

Doris Letzgus

Nachbarschaftszentrum Ostend e. V.

Stjepan Males

Internationales Familienzentrum e. V.

Rosa Meneses

Caritasverband Frankfurt e.V., Migrationsdienst Team Höchst

Lisel Michel

Arbeitskreis Altenarbeit Bornheim/Nordend, Steuergruppe

Dagmar Müller

Verein „anders leben – anders wohnen“ e. V.

Manfred Nöldner

Freies Bürgerhaus Frankfurt e. V., Café Hinterhof

Sevil Öztürk

Internationales Familienzentrum e. V.

Klaus G. Rückel

Runder Tisch zur Situation von Lesben und Schwulen in Frankfurt, Fachgruppe Alter

Koordination und Redaktion

Jürgen Lilischkies

Paritätischer Stadtverband Frankfurt

Renate Depireux

Stadt Frankfurt am Main, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt,
Fachreferat Grundsatz, Jugendhilfe- und Sozialplanung

Hartmut Stelter

Bettina Reinecke

Stadt Frankfurt am Main, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt,
Fachreferat Grundsatz, Jugendhilfe- und Sozialplanung

Druck + Verarbeitung:

Datenbearbeitung & Druckservice, 60386 Frankfurt, www.daten-service.de

Frankfurt am Main 2006
Dezernat für Soziales und Jugend

STADT  FRANKFURT AM MAIN

Partizipative Altersplanung

Entwicklung von Strukturen und Angeboten für heute und morgen

Teil I: Lebenslagen und gesellschaftliche Teilhabe –
Beiträge zur Partizipativen Altersplanung

Vorwort

Unter dem Titel „Partizipative Altersplanung – Entwicklung von Strukturen und Angebote für heute und morgen“ hat der Magistrat den Altenhilfeplan konzeptionell und unter Anpassung an aktuelle Fragestellungen fort geschrieben. Damit wurde ein Prozess angestoßen, der Planung als einen andauernden, kommunikativen und vernetzenden, aber auch vielschichtigen und offenen Prozess versteht.

Entsprechend diesem Planungsverständnis wurden eine Vielzahl von gesellschaftlichen Akteuren in den Planungsprozess eingebunden. Neben der Beteiligung von interessierten Bürgerinnen und Bürgern waren u. a. Vertreter der Verbände der freien Wohlfahrtspflege sowie Repräsentanten von Fachhochschule, Universität, Stiftungen, Arbeitsgemeinschaften oder dem Stadtverband Frankfurter Vereinsring mit einbezogen. Das im Anschluss an dieses Vorwort eingefügte Organigramm zeigt die Struktur der Gremien und ihre Beziehung zueinander.

Neu ist auch, dass die Planung bereits die Belange und Bedürfnisse der Menschen ab 50 Jahren mit in die Betrachtung einbezog. Denn nicht nur für die heutigen Seniorinnen und Senioren, sondern auch für die künftigen Alten müssen Angebote bzw. Strukturen im Sinne einer altengerechten Gestaltung Frankfurts geplant und realisiert werden.

In vier themenspezifischen Arbeitsgruppen wurden Schwerpunktthemen bearbeitet und in vier Teilberichten unter den Titeln

- I. Lebenslagen und gesellschaftliche Teilhabe
- II. Selbstbestimmtes und selbstständiges Leben zu Hause
- III. Angebote und Hilfen zur selbstbestimmten Lebensführung
in stationären Einrichtungen
- IV. Gesundheitliche Versorgung

zusammengefasst.

Damit sind die Arbeiten zur Partizipativen Altersplanung noch nicht beendet. Diese werden noch um einen abschließenden fünften Bericht unter dem Titel „Entwicklung von Strukturen und Angeboten für Seniorinnen und Senioren in Frankfurt am Main - heute und morgen“ ergänzt. Dieser letzte Teilbericht, den das Sozialdezernat – in Abstimmung mit den Verantwortlichen der Teilberichte und dem Beirat - derzeit erar-

beitet, ist eine Zusammenfassung der vier Teilberichte, verbunden mit einer Bewertung und Priorisierung der sehr zahlreichen Handlungsempfehlungen. Insbesondere werden in diesem fünften Teilbericht auch gesellschaftliche Gruppen sowie themenübergreifende Aspekte berücksichtigt, die aufgrund der Komplexität der Themen in den bereits vorliegenden Berichten nur in sehr unterschiedlichem Maße bearbeitet werden konnten.

Dieses sind Themen und Aspekte wie „Menschen mit Behinderungen“, „Ältere Migrantinnen und Migranten“, „Lesben und Schwule“, „Obdachlose“, „Ehrenamt“ oder „Netzwerke“. Letztendlich soll der fünfte Bericht in Kernaussagen zum weiteren Vorgehen und zur Qualitätssicherung der Altenarbeit in Frankfurt am Main münden.

In der Vielzahl der Themen und Aspekte, die be- und erarbeitet wurden, spiegelt sich zum Teil auch der demografische Wandel unserer Gesellschaft. Bereits heute sind rund ein Drittel der Bevölkerung 50 Jahre und älter. Deshalb wird auch in den nächsten Jahren die Bevölkerungsgruppe 50+ weiterhin unter verschiedenen Aspekten Gegenstand von Untersuchungen sein.

Der hier angestoßene Prozess der Partizipativen Altersplanung wird und muss sich fortsetzen, eröffnet er doch Möglichkeiten und Chancen zugleich.

Ich danke allen, die dazu beigetragen haben, dass die Berichte und damit eine erste Basis für den weiteren Weg der Alters- und Sozialplanung in Frankfurt am Main entstehen konnten.



Franz Frey

Dezernent für Soziales und Jugend

Partizipative Altersplanung:
Entwicklung von Strukturen und Angeboten für heute und morgen

AG nach § 95 BSHG
Verbände d. Fr. Wohlfahrtspflege
Dezernat Soziales und Jugend
Stadtgesundheitsamt
Jugend- und Sozialamt

Dez. VIII

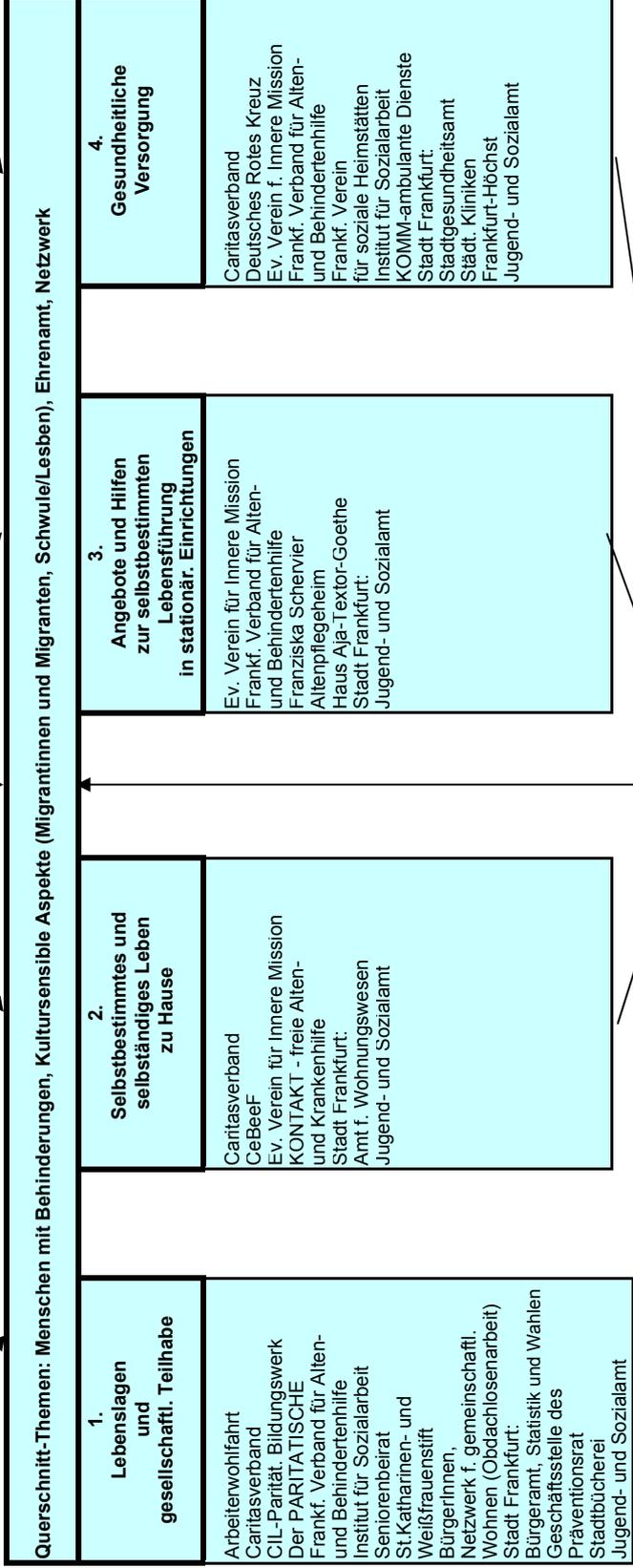
UAG Partizipative Altersplanung (Steuerungsgruppe)
Vertreter Verbände d. Fr. Wohlfahrtspflege
Vertreter Stadt Frankfurt:
Stadtgesundheitsamt
Jugend- und Sozialamt

Fachbeirat
Verbände d. Fr. Wohlfahrtspflege
Dezernat Soziales und Jugend
Seniorenbeirat
Fachhochschule Frankfurt am Main
Universität d. 3. Lebensalters
Stiftungen
engagierte ältere BürgerInnen
Bezirksärztekammer
FBAG, AK HIWA
Frankfurter Forum Lesben u. Schwule
Stadtverb. Pfter Vereinsringe
Amt f. multikulturelle Angelegenheiten
Ehrenamtl. Dienst des Amtes 51
Frauenreferat
Hessisches Amt für Versorgung und Soziales - Versorgungsamt
Stadtgesundheitsamt
Jugend- und Sozialamt

Themenspezifische Arbeitsgruppen zu den Teilberichten (Arbeitsmittel)

Experten

Experten



5. Entwicklung von Strukturen und Angeboten für Senioren in Frankfurt am Main - heute und morgen

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Partizipation als gesellschaftliche Teilhabe	I - 1
2. Demographische Strukturen und Entwicklung der älteren Menschen in Frankfurt am Main	II - 1
2.1 Strukturen im Überblick	II - 1
2.2 Besonderheiten in der Entwicklung der letzten Jahre	II - 1
2.3 Künftige Entwicklung	II - 8
2.4 Räumliche Verteilung der älteren Menschen im Stadtgebiet	II - 12
2.5 Ältere Menschen in Seniorenwohnungen und Altenpflegeheimen	II - 17
2.6 Resümee und Handlungsempfehlungen	II - 27
2.7 Anhang zu Kapitel 2	II - 32
2.7.1 Verzeichnis der Tabellen in Kapitel 2	II - 35
2.7.2 Verzeichnis der Abbildungen in Kapitel 2	II - 36
2.8 Literaturverzeichnis zu Kapitel 2	II - 56
3. Zur finanziellen Situation in der zweiten Lebenshälfte	III - 1
3.1 Einleitung	III - 1
3.2 Ausgewählte Ergebnisse der beiden Befragungen	III - 2
3.3 Eigentum und Vermögen als wichtige finanzielle Grundlage	III - 12
3.4 Zukünftige finanzielle Situation der Älteren	III - 13
3.5 Auswirkungen der Rentenreform	III - 15

	Seite	
3.6	Bedarfsorientierte Grundsicherung	III - 16
3.7	Fazit	III - 17
3.8	Handlungsempfehlungen	III - 18
3.9	Literaturverzeichnis zu Kapitel 3	III - 19
4.	Wohnen und Wohnumfeld	IV - 1
4.1	Einleitung	IV - 1
4.2	Älter werden	IV - 1
4.3	Situation für ältere Wohnungssuchende	IV - 3
4.3.1	Wohnungsangebote	IV - 3
4.3.2	Wohnangebote für Menschen mit Behinderungen	IV - 6
4.3.3	Altenwohnanlagen	IV - 7
4.4	Partizipative Ansätze zur Gestaltung der Lebenswelt in Altenwohnanlagen	IV - 9
4.4.1	Allgemeine Rahmenbedingungen zum Wohnen in einer Altenwohnanlage mit Betreuung	IV - 9
4.4.2	Ausgewählte Beispiele zu Partizipativen Ansätzen bei der Gestaltung der Lebenswelt in Altenwohnanlagen	IV - 12
4.4.2.1	Vermietung an junge Studierende in der Altenwohnanlage Dunantring	IV - 12
4.4.2.1.1	Rahmenbedingungen	IV - 12
4.4.2.1.2	Betreuungsangebot	IV - 16
4.4.2.1.3	Soziale Einbindung der Mieterinnen und Mieter in der Altenwohnanlage	IV - 18
4.4.2.2	Projekt „Jung und Alt unter einem Dach“	IV - 19
4.4.2.2.1	Überlegungen zu einer partizipativen Vorgehensweise bei der Umsetzung altersgemischten Wohnens	IV - 21
4.4.2.3	Integration von Kontingentflüchtlingen aus der ehemaligen Sowjetunion in die Altenwohnanlage und Altentagesstätte Kohlbrandstraße	IV - 24
4.4.2.3.1	Rahmenbedingungen der Altenwohnanlage	IV - 24

	Seite	
4.4.2.3.2	Betreuungsdienst in der Altenwohnanlage	IV - 27
4.4.2.3.3	Soziale Einbindung der Mieterinnen und Mieter in der Altenwohnanlage	IV - 28
4.4.2.3.4	Die Altentagesstätte	IV - 29
4.4.2.3.5	Das „Integrationsprojekt“ der Altentagesstätte	IV - 30
4.4.2.3.5.1	Umsetzung	IV - 31
4.4.2.3.5.2	Beteiligung der Altentagesstätte	IV - 33
4.4.2.3.5.3	Ausblick	IV - 34
4.4.2.4	„Interkulturelle Nachbarschaft“ in Niederrad, Altenwohnanlage Im Mainfeld 16	IV - 34
4.4.2.4.1	Rahmenbedingungen	IV - 34
4.4.2.4.2	Betreuungsangebote	IV - 37
4.4.2.4.3	Soziale Einbindung der Mieterinnen und Mieter in der Seniorenwohnanlage	IV - 38
4.4.2.4.4	Das Projekt „Interkulturelle Nachbarschaft Niederrad“	IV – 39
4.4.2.4.4.1	Beteiligung des Betreuungsdienstes an der Umsetzung des Projekts	IV - 40
4.4.2.4.5	Ausblick	IV - 41
4.4.2.5	Exkurs: Zwischenbericht St. Katharinenwohnstift Sossenheim Projekt „Nachbarschaftliches Wohnen“	IV - 42
4.4.2.5.1	Grundidee und Zielsetzung des „nachbarschaftlichen Wohnens“	IV - 42
4.4.2.5.2	Die Treffen vor der Eröffnung der Wohnanlage	IV - 43
4.4.2.5.3	Auswahl der zukünftigen Mieterinnen	IV - 45
4.4.2.5.4	Phase des Umzugs	IV - 45
4.4.2.5.5	Die Treffen nach dem Einzug der ersten Mieterinnen	IV - 46
4.4.2.5.6	Bewertung des Projektes „Nachbarschaftliches Wohnen“	IV - 49
4.4.2.5.7	Schlussbemerkung zum Projekt „Nachbarschaftliches Wohnen“	IV - 51
4.4.3	Bewertung, Handlungsempfehlungen und Ausblick	IV - 53
4.4.3.1	Bewertung	IV - 53
4.4.3.2	Handlungsempfehlungen für Altenwohnanlagen	IV - 53
4.4.3.3	Ausblick	IV - 57
4.5	Gemeinschaftliche Wohnformen	IV - 58
4.5.1	Was ist mit gemeinschaftsorientiertem Wohnen gemeint?	IV - 59

	Seite	
4.5.2	Das „Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen“	IV - 60
4.5.2.1	Fördernde Mitglieder des „Netzwerks Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen“	IV - 61
4.5.2.2	Wohninitiativen und Wohnprojekte im „Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen“	IV - 61
4.5.3	Befragungsergebnisse 50+	IV - 74
4.5.4	Handlungsempfehlungen, Förderung gemeinschaftlichen Wohnens	IV - 75
4.5.5	Exkurs: Zusammenfassung der Diskussion um förderliche und hemmende Faktoren in Bezug auf gemeinschaftliches Wohnen Praxisbericht des Anlaufbüros Seniorengruppen	IV - 77
4.5.6	Anhang zu Kapitel 4.5	IV - 82
4.6	„Wohnen für Hilfe“ Wohnpartnerschaften zwischen Jung und Alt	IV - 85
4.7	Wohnberatung	IV - 86
4.7.1	Wohnen im Alter – Bedeutung	IV - 86
4.7.2	Die Ausgangslage	IV - 87
4.7.2.1	Wohnberatungsstellen im Überblick	IV - 88
4.7.3	Beratungsverbund „Leben und Wohnen im Alter“	IV - 100
4.7.4	Aufgaben einer Koordinierungsstelle für das Leben und Wohnen im Alter (Konzept)	IV - 100
4.8	Literatur- und Quellenverzeichnis zu Kapitel 4.1 – 4.4	IV - 102
5.	Sicherheit und besondere Lebenslagen älterer Menschen Eine Untersuchung der Geschäftsstelle des Präventionsrates der Stadt Frankfurt am Main	V - 1
5.1	Einleitung	V - 1
5.2	Soziale Eingebundenheit	V - 3
5.3	Sicherheitsgefühl	V - 5

	Seite	
5.4	Wohnangebot und Qualität des Wohnumfeldes	V - 9
5.4.1	Engagementpotential für ehrenamtliche Tätigkeiten	V - 15
5.5	Konsequenzen und Folgerungen: Handlungsempfehlungen	V - 16
5.5.1	Sicherheit	V - 16
5.5.2	Soziale Integration und besondere Lebenslagen	V - 17
5.5.3	Stadtteilorientierung	V - 18
5.5.4	Ehrenamtliches Engagement	V - 18
6.	Soziale Einbindung	VI - 1
6.1	Soziale Einbindung im privaten Bereich	VI - 1
6.1.1	Kontakte in der privaten Sphäre	VI - 1
6.1.2	Subjektives Erleben der sozialen Eingebundenheit	VI - 3
6.1.3	Änderungswünsche und -ansätze	VI - 5
6.2	Soziale Einbindung durch Angebote der freien Wohlfahrtspflege und der Stadt Frankfurt am Main	VI - 6
6.2.1	Befragungsergebnisse und Analyse der Angebote der Offenen Altenhilfe	VI - 8
6.2.1.1	Beratungs- und Unterstützungsangebote	VI - 8
6.2.1.1.1	Exkurs: Überlegungen zur Verbesserung der Bekanntheit der Altenhilfestruktur	VI - 10
6.2.1.2	Angebote zur Erhaltung der selbständigen Lebensführung	VI - 12
6.2.1.3	Freizeit-, Kultur- und soziale Angebote der offenen Altenarbeit	VI - 13
6.2.1.3.1	Exkurs: Die Umbruchssituation der offenen Altenarbeit	VI - 14
6.2.1.4	Beispiel eines stadtteilorientierten Projektes „Am Bügel“ als Umsetzung der partizipativen Altersplanung	VI - 18
6.2.2	Übergreifende Aspekte	VI - 23
6.2.2.1	Angebote für ältere Obdachlose	VI - 23
6.2.2.2	Angebote für ältere Menschen mit Behinderung	VI - 23
6.2.2.3	Angebote für ältere Lesben und Schwule	VI - 24
6.2.2.4	Angebote für ältere Migrantinnen und Migranten	VI - 27

	Seite	
6.2.2.4.1	Exkurs: Zwei unterschiedliche Ansätze eines Altenhilfeträgers zur interkulturellen Öffnung	VI - 29
6.2.2.4.2	Ausblick: Gesellschaftliche Teilhabe älterer Migrantinnen und Migranten	VI - 32
6.3	Soziale Einbindung durch kulturelle und Bildungsangebote	VI - 34
6.3.1	Theater, Oper, Konzert	VI - 34
6.3.2	Bibliotheken, Stadtteilbüchereien	VI - 36
6.3.3	Kurse und Vorträge bei VHS und anderen Bildungsanbietern oder Universität des Dritten Lebensalters (U3L)	VI - 38
6.3.4	Museen und Ausstellungen	VI - 39
6.3.5	Vergleich der kulturellen Angebote	VI - 41
6.3.6	Ergebnisse der explorativen Befragung	VI - 42
6.3.6.1	Was es schon gibt – gute Beispiele	VI - 43
6.4	Handlungsempfehlungen	VI - 44
6.4.1	Die Erhaltung und Wiederbelebung dezentraler Strukturen	VI - 44
6.4.2	Die Fortsetzung zentraler Aktionen	VI - 45
6.4.3	Förderung einer sukzessiven Erweiterung der Angebote	VI - 45
6.4.4	Bezüglich übergreifender Aspekte	VI - 46
6.5	Literatur- und Quellenverzeichnis zu Kapitel 6	VI - 47
7.	Das Gespräch zwischen Jung und Alt im Gemeinwesen Ein Beitrag zur Gestaltung von Generationenbeziehungen	VII - 1
7.1	Lernnetze zum Verhältnis der Generationen	VII - 1
7.1.1	FreundVerwandtschaften zwischen Jung und Alt	VII - 2
7.2	Ermöglichung oder Verhinderung von FreundVerwandtschaften durch Sprachbilder	VII - 3
7.2.1	Generationen und Sprachverlust	VII - 3

	Seite	
7.3	Wege zur Verständigung über Dialogisches Gestalten	VII - 4
7.3.1	Dialogpartner im Diskurs	VII - 5
7.3.2	Aufbereitung der Dialogarbeiten	VII - 5
7.3.3	Materialien zur interkulturellen Dialogarbeit	VII - 6
8.	Freiwilliges Engagement	VIII - 1
8.1	Was ist freiwilliges Engagement?	VIII - 1
8.2	Warum engagieren sich Menschen?	VIII - 1
8.3	Wer engagiert sich wo?	VIII - 2
8.4	In welchen Feldern und in welchen Organisationsformen engagieren sich Menschen?	VIII - 4
8.5	Welche Infrastruktur ist für die Realisierung von freiwilligem Engagement vorhanden?	VIII - 6
8.6	Trägerübergreifende engagementfördernde Strukturen in Frankfurt am Main	VIII - 8
8.6.1	Aufgaben des BüroAktiv	VIII - 8
8.7	Exkurs: Förderung des intergenerativen Dialogs durch „Jung & Freiwillig“	VIII - 10
8.8	Vermittlungs- und Beratungsstellen für ehrenamtliches Engagement bei den Wohlfahrtsverbänden und der Kommune	VIII - 11
8.9	Handlungsempfehlungen	VIII - 12
8.9.1	Öffentlichkeitsarbeit	VIII - 13
8.10	Literaturverzeichnis zu Kapitel 8	VIII - 14

	Seite
9. Einsatzpotentiale und Partizipation älterer Bürgerinnen und Bürger in der Stadt Frankfurt am Main	IX - 1
9.1 Einführung	IX - 3
9.1.1 Zum Verständnis von Partizipation	IX - 3
9.1.1.1 Definition und Perspektiven	IX - 3
9.1.1.2 Das Stufenmodell der Partizipation	IX - 6
9.1.1.3 Determinanten politischer Partizipation	IX - 6
9.1.1.4 Zielsetzungen auf der Handlungsebene	IX - 8
9.1.2 Beschreibung des partizipativen Ansatzes der AG 1	IX - 9
9.1.3 Entscheidung für eine partizipative Altersplanung	IX - 10
9.2 Zur Einsatzbereitschaft älterer Bürgerinnen und Bürger in Frankfurt am Main: Auszüge aus den Ergebnissen der Fragebogenaktion 50+	IX - 13
9.2.1 Überblick über die Einsatzbereitschaft Frankfurter Bürgerinnen und Bürger zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen	IX - 14
9.2.2 Thematische Interessen älterer Bürgerinnen und Bürger für ihren gesellschaftlichen Einsatz im Gemeinwesen	IX - 17
9.2.3 Voraussetzungen bei Bürgerinnen und Bürgern für ihren Einsatz zur Verbesserung der Lebensbedingungen im Stadtteil	IX - 22
9.2.4 Schlußfolgerungen und Handlungsempfehlungen	IX - 29
9.3 Einschätzung der politischen Vertretung und Planungsbeteiligung älterer Bürgerinnen und Bürger in Frankfurt am Main: Ergebnisse der Fragebogenaktion 50+	IX - 36
9.3.1 Übersicht über die in Frankfurt vorhandenen politischen Vertretungsstrukturen und Einflussmöglichkeiten	IX - 37
9.3.2 Einschätzung älterer Bürgerinnen und Bürger über die bestehenden politischen Vertretungs- und Einflussmöglichkeiten	IX - 38
9.3.2.1 Chancen der Älteren, gemeinsam zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Frankfurt am Main beizutragen (Frage 29)	IX - 39
9.3.2.2 Vertretung der Interessen älterer Frankfurterinnen und Frankfurter durch Politik und gewählte Gremien (Frage 30)	IX - 42

	Seite	
9.3.2.3	Gremien und Einrichtungen, die am besten die Interessen älterer Bürgerinnen und Bürger durchsetzen (Frage 31)	IX - 44
9.3.3	Bereitschaft zur Planungsbeteiligung älterer Bürgerinnen und Bürger (Frage 32)	IX - 52
9.3.3.1	Wünsche und Vorstellungen älterer Bürgerinnen und Bürger über weitere Vertretungsrechte, Formen der Planungsbeteiligung und mögliche Einflussnahmen (Fragen 33+34)	IX - 55
9.3.3.2	Befragungen als Beteiligungsinstrument (Frage 34)	IX - 65
9.3.3.3	Handlungsempfehlungen bezüglich der Fragen 31 und 34	IX - 68
9.3.4	Beteiligungsmöglichkeiten für die benachteiligten „schwächeren“ Bevölkerungsgruppen	IX - 78
9.3.5	Spektrum der Beteiligungsinstrumente im parlamentarischen und vorparlamentarischen Raum über Frankfurt am Main hinaus	IX - 83
9.3.6	Schlußfolgerungen und Handlungsempfehlungen zur Einführung der 1.-5. Stufe der Partizipation und des 10-Punkte-Förderprogramms	IX - 85
9.3.7	Literaturverzeichnis zu Kapitel 9.1 – 9.3	IX - 92
9.4	Erfahrungsberichte zu Partizipation Teilhaben, mitwirken, mitgestalten	IX - 94
9.4.1	Partizipation im Quartier durch das Programm „Soziale Stadt“ am Beispiel Unterliederbach	IX - 94
9.4.2	Partizipation durch Träger initiiert: Beispiele zu Stadtteilprojekten	IX - 103
9.4.2.1	Das Projekt „Älterwerden in Niederrad“	IX - 103
9.4.2.2	Projekt „Stolpersteine“ des Arbeitskreises Altenarbeit Bornheim / Nordend	IX - 117
9.4.2.3	Interkultureller SeniorInnenntreff OASI	IX - 122
9.4.2.4	„Senioren kommunizieren im Alltag“, Migranten und Deutsche entdecken gemeinsam die Sprache	IX - 132
9.4.2.5	Wohnnetz „Neue Nachbarschaften“ im Netzwerk „Neue Wege ins Alter“	IX - 137
9.4.3	Partizipation durch Bürgerinnen und Bürger initiiert Beispiele für die Organisation von Selbsthilfe bis zum gemeinwesenorientierten bürgerschaftlichen Engagement	IX - 142
9.4.3.1	„anders leben – anders wohnen e.V.“	IX - 142
9.4.3.2	Die „Preungesheimer Ameisen e. V.“	IX - 151

	Seite	
9.4.3.3	Freies Bürgerhaus Frankfurt e. V., Café Hinterhof	IX - 155
9.4.3.4	Tauschinitiativen. Ein neuer Trend: organisierter Hilfetausch	IX - 159
9.4.3.5	„Bornheimer Treff“, offene interkulturelle Seniorinnengruppe	IX - 163
9.4.4	Partizipation partnerschaftlich initiiert Bürgerinnen und Bürger am Runden Tisch	IX - 166
9.4.4.1	Beispiel Runder Tisch „Zur Situation von Lesben und Schwulen in Frankfurt“	IX - 166
9.4.4.1.1	Informations- und Beratungstelefon für ältere und alte Lesben	IX - 172
9.4.4.1.2	Informations- und Beratungstelefon für ältere Schwule	IX - 175
9.4.4.2	Literaturhinweise zu Kapitel 9.4.4	IX - 177
9.4.5	Fazit	IX - 178
9.5	Ausblick	IX - 179
10.	Exkurs der Initiative „Alte für Frankfurt – mitgestalten, mitbestimmen“ zur Beteiligung der Frankfurter Bürgerinnen und Bürger 50+ an kommunalen Planungsprozessen	X - 1
10.1	Die zentrale Frage für die Initiative „Alte für Frankfurt - mitgestalten, mitbestimmen“	X - 1
10.2	Kritische Betrachtung des Zahlenmaterials	X - 3
10.3	Beteiligung an welchen kommunalen Planungsprozessen?	X - 4
10.4	Rahmenbedingungen für Mitsprache und Beteiligung	X - 5
10.4.1	Was notwendig ist für „Partizipative Altersplanung“ bei kommunalen Planungsprozessen	X - 6
10.5	Einrichtungen, die für die partizipative Altersplanung dringend gebraucht werden	X - 7
10.5.1	Der Seniorenbeirat	X - 7
10.5.2	Die effektive Koordinationsstelle für alle an der partizipativen Altersplanung Beteiligten	X - 11

	Seite
11. Gesamtverzeichnis der Abbildungen und Tabellen	XI - 1
12. Gesamtverzeichnis der Literatur und Quellen	XII - 1

1. Partizipation als gesellschaftliche Teilhabe

Autor: Jürgen Lilischkies

Der Wunsch der Stadtverordnetenversammlung, die Altersplanung partizipativ zu gestalten, war für die Arbeitsgruppe, die den Teilbericht „Lebenslagen und gesellschaftliche Teilhabe“ erstellen sollte, sowohl inhaltlicher Auftrag als auch Auftrag, die Partizipation in der Zusammensetzung und der Arbeitsweise der Gruppe zu praktizieren.

Die Mitglieder dieser Arbeitsgruppe kommen - wie die Liste der Verfasser und Verfasserinnen zeigt - nicht nur aus den unmittelbar zuständigen Fachämtern oder aus den Verbänden und Trägern, die vorrangig in der Altenhilfe tätig sind. Es waren Menschen an der Erstellung dieses Berichtes beteiligt, die einen persönlichen Bezug zum Thema haben. Die einzelnen Kapitel – geschrieben von professionellen Spezialisten zum Thema – werden ergänzt durch Beiträge von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern als Experten in eigener Sache. Im Einzelnen waren dies,

aus den Fachämtern:

- das Bürgeramt, Statistik und Wahlen
- das Jugend- und Sozialamt und
- die Geschäftsstelle des Präventionsrates;

von Seiten der Wohlfahrtsverbände:

- die Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Frankfurt e. V.
- der Caritasverband Frankfurt e. V.
- der Frankfurter Verband für Alten- und Behindertenhilfe e. V. und
- der Paritätische Wohlfahrtsverband – Stadtverband Frankfurt;

Stiftungen sind vertreten durch:

- das Bürgerinstitut – Soziales Engagement in Frankfurt
(bis 31.12.2005: Institut für Sozialarbeit e. V.) und
- das St. Katharinen- und Weißfrauenstift sowie

ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger aus Initiativen und Gremien:

- der Christlichen Initiative für Internationales Lernen e.V. (CIL),
- dem Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen und
- dem Seniorenbeirat.

Die einzelnen Kapitel dieses Berichtes erheben nicht den Anspruch der Wissenschaftlichkeit, sondern sie sind Beiträge aus der Sicht der jeweiligen Verfasserin bzw. des Verfassers. Für den Inhalt der – selbständigen, auch unabhängig voneinander lesbaren - Beiträge zeichnen die jeweiligen Autoren verantwortlich. Der gesamte Teilbericht stellt damit ein Kaleidoskop zum Thema „Lebenslagen und gesellschaftliche Teilhabe“ dar. Der Titel heißt darum:
„Lebenslagen und gesellschaftliche Teilhabe. Beiträge zur Partizipativen Altersplanung.“

Fast alle Autoren stützen sich auf die Befragungsergebnisse der:

- Repräsentativen telefonischen Umfrage 50+¹
(im folgenden nur „repräsentative Umfrage“ genannt)

und der

- explorativen Fragebogenaktion 50+²
(im Folgenden nur „Fragebogenaktion“ genannt).

Um den Prozess der Partizipation auch über die Arbeitsgruppe hinaus zu erproben, organisierte die Gruppe im Rahmen der Aktionswoche „Älterwerden in Frankfurt“ im Jahr 2003 eine Veranstaltung mit dem Titel „Wir planen unsere Zukunft - Frankfurter Bürgerinnen und Bürger mischen sich ein für eine seniorenfreundliche Stadt“.

Mit der in dieser Veranstaltung angewandten Moderationsmethode, dem „open space“, wurde jedem Interessierten die Möglichkeit gegeben, seine Ideen und Wünsche einzubringen und diese mit anderen Menschen zu diskutieren. „Open space“ bedeutet so viel wie „Raum geben für alle Interessen und Meinungen“. Moderiert

¹ Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Repräsentative Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen der partizipativen Altersplanung der Stadt Frankfurt am Main, i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, der SUZ GmbH, Sozialwissenschaftliches UmfrageZentrum, Duisburg, Frankfurt a. M. 2003
Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung:
Eine gesonderte Publikation von Auswertungsergebnissen ist vorgesehen

² Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Explorative – untersuchende - schriftliche (nicht repräsentative) Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, Firma EDV- und andere Dienstleistungen, Joachim Ritter, Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 2004
Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung:
Eine gesonderte Publikation von Auswertungsergebnissen ist vorgesehen

wurde die Veranstaltung von einem Mitarbeiter der „Stiftung Mitarbeit“. Folgende Themen wurden an diesem Tag eingebracht und in den Arbeitsgruppen diskutiert:

- „altersgerechtes Umfeld“
- Altwerden in der Fremde
- Versorgung mit und ohne Behinderung
- Einsamkeitsbewältigung
- Gemeinschaftliche Wohnformen
- Mitbestimmung bereits bei der Planung
- Lebensperspektive im Alter
- Wie gestalte ich meinen Alltag im Alter?
- Altenheime der Zukunft
- Barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raumes
- Generationsübergreifende Themen

Eine direkte Umsetzung des Partizipationsgedankens geschah aus dieser Veranstaltung heraus: Es fanden sich Interessierte zusammen, die wenige Wochen später die Projektgruppe „Alte für Frankfurt“ gründeten. Diese wurde und wird durch die Bürger selbst initiiert und organisiert und versteht sich als Parallele zur von der Stadt einberufenen „Partizipativen Altersplanung“.

Auch wenn man sich die Ergebnisse einer Umfrage im Rahmen der Aktionswoche „Älterwerden in Frankfurt“ im Jahr 2004 ansieht, wird der Wunsch der Bürger nach Partizipation weiter unterstrichen. (Diese Umfrage ist zwar nicht repräsentativ, aber sie weist dennoch auf einen deutlichen Trend hin.)

Die Besucher der Veranstaltungen in dieser Aktionswoche waren aufgefordert worden, einen Wunschzettel abzugeben, auf dem sie angeben sollten, was sie sich für ihr Alter wünschen bzw. nicht wünschen.

„Selbstbestimmtes Wohnen“, „Eigenständigkeit so lange wie möglich“, „am Leben, so weit es möglich ist, teilnehmen zu können“, „dass auf meine Wünsche und Bedürfnisse gehört wird“ sind Beispiele von über 250 Antworten, die in ihrer Gesamtheit klar

machen: Selbstbestimmung hat den höchsten Stellenwert bei den Wünschen fürs Alter bzw. diese zu verlieren, ist die größte Angst.

Im Zentrum des Konzeptes eines aktivierenden Sozialstaates und damit auch der Kommune steht nicht die Fürsorge, sondern die Aktivierung und Eingliederung der Bürgerinnen und Bürger.

Eine Altersplanung hat sich um die den Defiziten geschuldeten Versorgungsstrukturen zu kümmern. Der partizipativen Altersplanung liegt das Lebenslagekonzept zugrunde und sie setzt bei den Bedürfnissen und dem Selbsthilferessourcen der betroffenen Menschen an. Hier spricht man von Bürgerinnen und Bürgern und nicht von Klienten. Die Lebenslage wird bestimmt durch den „Lebensraum“, der einem Menschen zur Verfügung steht, und nicht durch die Defizite. Die gesellschaftliche Teilhabe ist Bestandteil der Lebenslage.

2. Demographische Strukturen und Entwicklung der älteren Menschen in Frankfurt am Main

Autorin: Waltraud Schröpfer

In den Veröffentlichungen der Altersforschung, der Altenhilfeplanung oder der Statistik ist der Kreis der älteren Menschen nicht einheitlich definiert. Teilweise liegt die untere Altersgrenze bei 60 Jahren, teilweise bei 65 Jahren. Im Rahmen der Partizipativen Altersplanung in Frankfurt am Main zählen alle Einwohnerinnen und Einwohner ab 50 Jahren dazu. Die für den vorliegenden Bericht zuständige Arbeitsgruppe hat sich unter anderem für diese Abgrenzung entschieden, weil bei den Planungen für eine altenfreundliche Stadt auch die Seniorinnen und Senioren von morgen – sprich Personen zwischen 50 und 60 Jahren – berücksichtigt werden sollten. Dieser Personenkreis wird im vorliegenden Kapitel gesondert ausgewiesen, da sich deren demographische Strukturen deutlich von denen der Personen ab 60 Jahren unterscheiden. In den Text eingefügt sind zur besseren Lesbarkeit jeweils nur die wichtigsten Daten. Weiterführendes Datenmaterial befindet sich nach Themen geordnet im Anhang. Die Tabellen- und Abbildungsnummern aus dem Anhang beginnen jeweils mit einem „A“.

2.1 Strukturen im Überblick

Jede fünfte Person in der Frankfurter Bevölkerung ist 60 Jahre oder älter.

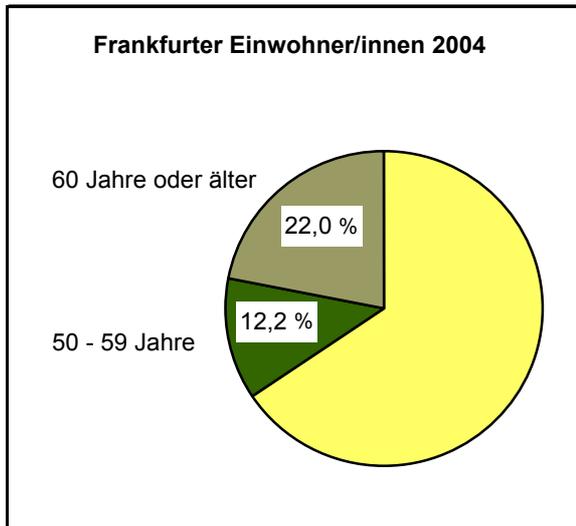
Von den 657.800 wohnberechtigten Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Frankfurt am Main waren am Jahresende 2004 insgesamt 144.824 Personen 60 Jahre oder älter. Das entspricht einem guten Fünftel (22,0 %) der Gesamtbevölkerung (vgl. Tabelle 2.1.1 (II)).

Diese große Gruppe der älteren Menschen ab 60 Jahren lässt sich in Abhängigkeit vom Alter grob in vier Untergruppen einteilen. Dabei wird unterstellt, dass sich mit zunehmendem Alter die gesundheitliche Verfassung verschlechtert und die Fähigkeit

zu einer eigenständigen Lebensführung abnimmt.¹ Parallel dazu steigt der Betreuungsbedarf. Beides schlägt sich in den Beschreibungen der Gruppen nieder.

Tabelle 2.1.1 (II): Ältere Menschen 2004

Einwohner/innen von .. bis .. Jahren	Geburts- jahre	Insgesamt	
		absolut	%
Insgesamt		657 800	100,0
darunter			
50 - 54	1954 - 1950	42 300	6,4
55 - 59	1949 - 1945	37 975	5,8
60 u. älter	vor 1945	144 824	22,0
davon			
60 - 64	1944 - 1940	38 317	5,8
65 - 74	1939 - 1930	57 611	8,8
75 - 84	1929 - 1920	37 366	5,7
85 u. älter	vor 1920	11 530	1,8



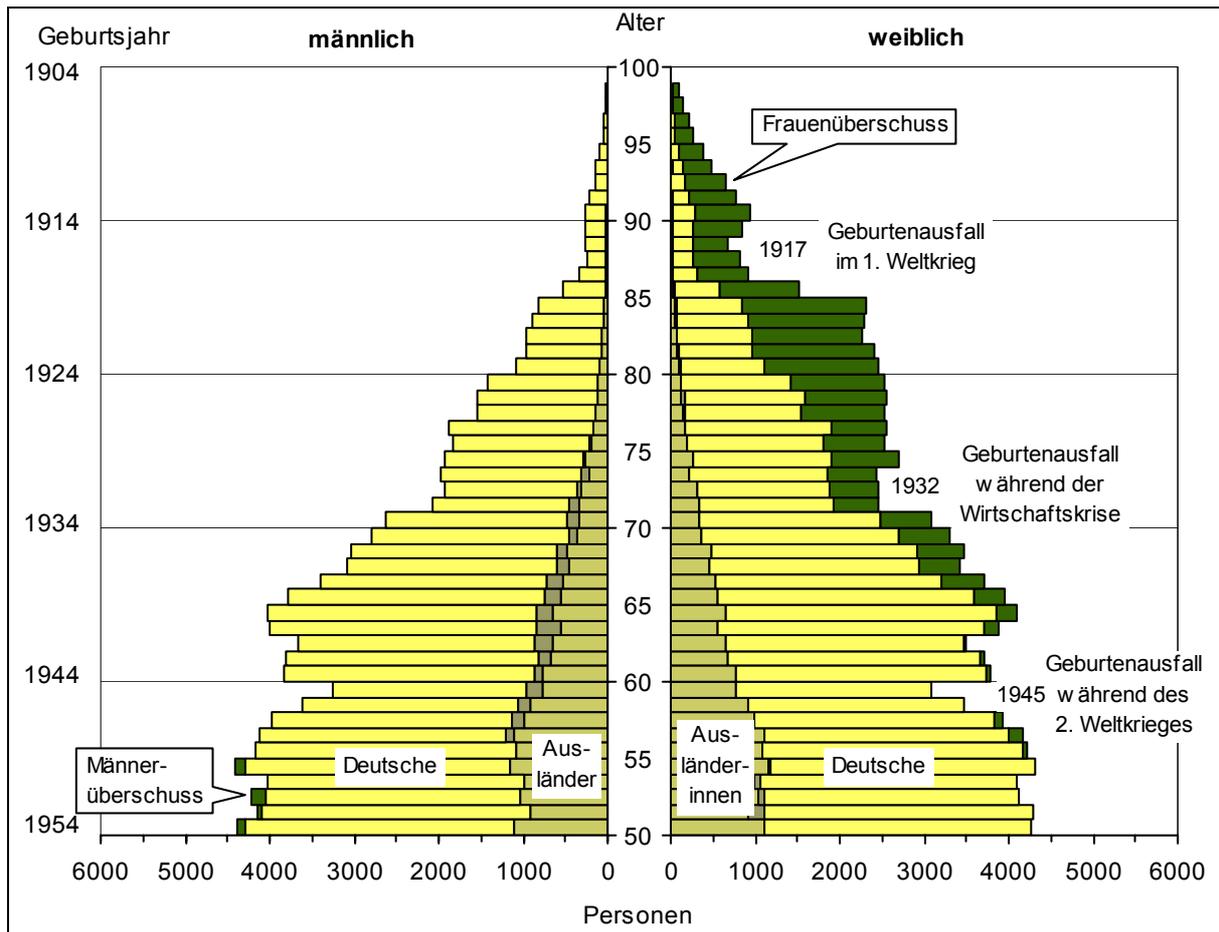
Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen - Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen.

2004 zählten insgesamt 38.317 Personen zu den jungen, erfahrungsgemäß noch sehr aktiven Älteren zwischen 60 und 64 Jahren. Das waren knapp 6 % aller Bürgerinnen und Bürger. 57.611 Personen (8,8 %) rechneten zum Kreis der vitalen jüngeren Seniorinnen und Senioren ab 65 bis 74 Jahren. Die mehr oder weniger agilen älteren Seniorinnen und Senioren im Alter von 75 bis 84 Jahren waren mit 37.366 Personen (5,7 %) vertreten. Den kleinsten Anteil hatten die 11.530 Hochbetagten ab 85 Jahren mit zusammen 1,8 %.

Vor dem Übergang in das Rentenalter standen knapp 6 % der Bevölkerung (55 bis 59jährige) und 6,4 % befanden sich in der ersten Hälfte (50 bis 54jährige) ihrer Fünfziger. Zusammen waren dies rund 80.000 Personen.

¹ Statistik befasst sich ausschließlich mit Gruppen. Selbstverständlich gibt es immer Ausnahmen. So können sich Hochbetagte bester Gesundheit erfreuen, während kranke Menschen auch unter den jungen Älteren zu finden sind.

Abbildung 2.1.1 (II): Alterspyramide der älteren Menschen in Frankfurt am Main 2004



Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen - Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen.

Mehr Seniorinnen als Senioren

Ein typisches Kennzeichen der älteren Bevölkerung ist der so genannte Frauenüberschuss, welcher zum einen durch die höhere Lebenserwartung der Frauen und zum anderen durch die größeren männlichen Verluste in den beiden Weltkriegen zustande kommt. Einen guten Überblick über den Einfluss historischer Ereignisse auf den Altersaufbau der Frankfurter Einwohnerschaft gibt die Alterspyramide der älteren Bevölkerung (vgl. Abbildung 2.1.1 (II)). Deutlich mehr als die Hälfte (57,5 %) aller Personen ab 60 Jahren in 2004 waren Frauen. Der Frauenanteil steigt erwartungsgemäß mit dem Alter. Während bei den 60 bis 64jährigen das Verhältnis der Geschlechter mit 49,5 % Frauen gegenüber 50,5 % Männern noch nahezu ausgeglichen ist, ist die Gruppe der Hochbetagten mit einem Frauenanteil von 77,0 % fest in weiblicher Hand (vgl. Tabelle 2.1.2 (II)).

Tabelle 2.1.2 (II): Ältere Frauen und Männer 2004

Einwohner/innen von .. bis .. Jahren	Frauen	Männer	insgesamt
Insgesamt	334 455	323 345	657 800
darunter			
50 - 54	21 109	21 191	42 300
55 - 59	18 836	19 139	37 975
60 u. älter	83 235	61 589	144 824
davon			
60 - 64	18 985	19 332	38 317
65 - 74	30 975	26 636	57 611
75 - 84	24 393	12 973	37 366
85 u. älter	8 882	2 648	11 530

Anteile	Frauen	Männer
Insgesamt	50,8	49,2
50 - 54	49,9	50,1
55 - 59	49,6	50,4
60 u. älter	57,5	42,5
60 - 64	49,5	50,5
65 - 74	53,8	46,2
75 - 84	65,3	34,7
85 u. älter in %	77,0	23,0

Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen - Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen.

Immer noch wenig ausländische Staatsangehörige im Rentenalter

Die bisher beschriebenen Strukturen werden maßgeblich durch deutsche Staatsangehörige geprägt, denn nur 13,3 von 100 Bürgerinnen und Bürgern der Stadt ab 60 Jahren, das sind rund 19.300 Personen, haben einen ausländischen Pass (vgl. Tabelle 2.1.3 (II)). Während sich der Anteil ausländischer Staatsangehöriger bei den Altersgruppen der 50 bis 54jährigen sowie der 55 bis 59jährigen (25,5 % bzw. 27,2 %) nur geringfügig vom Bevölkerungsdurchschnitt (25,6 %) unterscheidet, nehmen die Ausländeranteile mit Erreichen des Rentenalters schnell ab. So besitzen nur noch 19,7 % der 60 bis 64jährigen eine ausländische Staatsangehörigkeit, in der Altersgruppe ab 75 bis 84 Jahren sind dies 6,4 % und bei den Hochbetagten lediglich 3,8 %. Es verlassen immer noch viele ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger nach dem Wechsel in den Ruhestand die Stadt bzw. Deutschland. Dies wird künftig vermutlich immer weniger geschehen. Inwieweit Einbürgerungen eine Rolle spielen, kann derzeit nicht geklärt werden. Unter der älteren ausländischen Bevölkerung dominieren Frauen zahlenmäßig übrigens erst in der Gruppe ab 75 Jahren (vgl. Tabelle A 2.1.1 (II)).

Tabelle 2.1.3 (II): Ältere Deutsche und Ausländer/innen 2004

Einwohner/innen von .. bis .. Jahren	Deutsche	Ausländer/ innen	insgesamt
Insgesamt	489 608	168 192	657 800
darunter			
50 - 54	31 517	10 783	42 300
55 - 59	27 636	10 339	37 975
60 u. älter	125 549	19 275	144 824
davon			
60 - 64	30 761	7 556	38 317
65 - 74	48 708	8 903	57 611
75 - 84	34 991	2 375	37 366
85 u. älter	11 089	441	11 530

Anteile	Deutsche	Ausländer/ innen
Insgesamt	74,4	25,6
50 - 54	74,5	25,5
55 - 59	72,8	27,2
60 u. älter	86,7	13,3
60 - 64	80,3	19,7
65 - 74	84,5	15,5
75 - 84	93,6	6,4
85 u. älter	96,2	3,8

in % 0 20 40 60 80 100

Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen - Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen.

Rund zwei Drittel der älteren ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner kommen erwartungsgemäß aus einem der ehemaligen Gastarbeiterländer (vgl. Tabelle 2.1.4 (II)). Die mit Abstand größte Gruppe stellen türkische Staatsangehörige mit 3.914 Personen bzw. 20,3 %. Aus Serbien und Montenegro (2.147) stammen 11,1 %, aus Kroatien (2.104) 10,9 % und 10,0 % aus Italien (1.922). Deutlich niedriger sind die Anteile der 1.281 griechischen (6,6 %), 1.002 spanischen (5,2 %) und 902 marokkanischen Staatsangehörigen (4,7 %).

Tabelle 2.1.4 (II): Ausgewählte Nationalitäten 2004

Ausländer/innen ab 60 Jahren	absolut	%
Insgesamt	19 275	100,0
davon		
Türken	3 914	20,3
Serben u. Montenegr.	2 147	11,1
Kroaten	2 104	10,9
Italiener	1 922	10,0
Griechen	1 281	6,6
Spanier	1 002	5,2
Marokkaner	902	4,7
Sonstige	6 003	31,1

Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen - Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen.

Gemeinsam alt werden

Dieser Wunsch geht zumindest für die meisten der jüngeren Seniorinnen und Senioren in Erfüllung, denn die Mehrheit der Personen zwischen 60 und 74 Jahren hat einen Ehepartner oder eine Ehepartnerin. So sind 66,7 % der jungen Älteren (60 bis 64 Jahre) verheiratet und noch immerhin 62,7 % der 65 bis 74jährigen (vgl. Tabelle 2.1.5 (II)). Auch 43,3 % der 75 bis 84jährigen verbringen den Lebensabend noch gemeinsam. Unter den Hochbetagten haben nur noch 18,9 % eine Ehepartnerin oder einen Ehepartner.

Tabelle 2.1.5 (II): Ältere Menschen mit und ohne Ehepartner/in 2004

Volljährige Einwohner/innen von .. bis .. Jahren	zusammen		mit Ehepartner/in		Alleinstehende	
	absolut		absolut	%	absolut	%
zusammen	557 867		276 241	49,5	281 626	50,5
darunter						
50 - 54	42 300		27 679	65,4	14 621	34,6
55 - 59	37 975		25 807	68,0	12 168	32,0
60 u. älter	144 824		80 052	55,3	64 772	44,7
davon						
60 - 64	38 317		25 547	66,7	12 770	33,3
65 - 74	57 611		36 135	62,7	21 476	37,3
75 - 84	37 366		16 192	43,3	21 174	56,7
85 und älter	11 530		2 178	18,9	9 352	81,1

Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen - Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen.

In den beiden Altersgruppen der künftigen Seniorinnen und Senioren leben rund zwei Drittel aller Personen im Ehestand. Unter den Alleinstehenden überwiegen ledige und geschiedene Personen im Gegensatz zu den älteren Gruppen insbesondere ab 70 Jahren, wo verwitwete Menschen in der Überzahl sind (vgl. Tabelle A 2.1.4 (II)).

Ruhestand im vertrauten Umfeld bevorzugt

Im Gegensatz zur jüngeren Frankfurter Bevölkerung neigen Seniorinnen und Senioren erfahrungsgemäß wenig zu räumlichen Veränderungen. Sie ziehen es vor, den Lebensabend in den eigenen vier Wänden in der gewohnten Umgebung zu verbringen. Dieses Verhalten spiegelt sich auch in einer Statistik wider, welche die Wohndauer an der Adresse zum Inhalt hat. Genau 70 % der Frankfurterinnen und Frank-

weiter ab 60 Jahren wohnen schon 15 Jahre oder länger an der gleichen Adresse (vgl. Tabelle 2.1.6 (II)). Betrachtet man die entsprechenden Werte in den einzelnen Altersgruppen, steigen die Anteile der Personen mit langer Wohndauer bei zunehmendem Lebensalter zunächst an, um bei den Hochbetagten dann wieder zu sinken. Das lässt vermuten, dass der Übergang in den Ruhestand (60 bis 64 Jahre) teilweise auch mit einer räumlichen Neuorientierung verbunden ist. Danach folgt eine Phase räumlicher Beständigkeit (65 bis 84 Jahre) bis die abnehmende gesundheitliche Verfassung einen Umzug in eine Wohnform mit Betreuung oder in ein Altenpflegeheim erforderlich macht (ab 85 Jahren). Entgegengesetzt dazu sinkt und steigt der jeweilige Anteil der Personen mit kurzer Wohndauer (unter 2 Jahren) an einer Adresse. Mehr Informationen dazu enthält der Abschnitt (2.5) über die Bewohnerinnen und Bewohner von Seniorenwohnungen und Altenpflegeheimen.

Tabelle 2.1.6 (II): Ältere Menschen nach der Wohndauer an der Adresse 2004

Volljährige Einwohner/innen von .. bis .. Jahren	zusammen	darunter mit Wohndauer an der Adresse			
		unter 2 Jahren		15 Jahre und länger	
		absolut	%	absolut	%
zusammen	557 867	127 177	22,8	183 421	32,9
darunter					
50 - 54	42 300	5 377	12,7	17 400	41,1
55 - 59	37 975	3 656	9,6	19 679	51,8
60 u. älter	144 824	8 207	5,7	101 389	70,0
davon					
60 - 64	38 317	2 735	7,1	23 553	61,5
65 - 74	57 611	2 964	5,1	40 184	69,8
75 - 84	37 366	1 615	4,3	29 348	78,5
85 und älter	11 530	893	7,7	8 304	72,0

Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen - Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen.

Im Vergleich zu den Menschen im Ruhestand sind die künftigen Seniorinnen und Senioren (50 bis 59 Jahre) sehr mobil, allerdings gibt es hier auch schon deutliche Unterschiede zwischen den Personen in der ersten Hälfte ihres fünften Lebensjahrzehnts und den Personen in der zweiten Hälfte. In der Gruppe der Älteren lebt bereits jede zweite Person (51,8 %) seit 15 oder mehr Jahren an der gleichen Adresse, bei den Jüngeren sind dies 41,1 %.

2.2 Besonderheiten in der Entwicklung der letzten Jahre

Zunehmende Zahl ausländischer Seniorinnen und Senioren

Dieser Abschnitt betrachtet die Entwicklung der älteren Menschen in den vergangenen 10 Jahren.² Obwohl sich die Zahl der Frankfurter Einwohnerinnen und Einwohner insgesamt zwischen 1994 und 2004 rückläufig entwickelt hat (- 18.511 Personen bzw. - 2,7 %), verzeichnete die Statistik bei den älteren Menschen ab 60 Jahren im gleichen Zeitraum ein leichtes Plus von 5.178 Personen bzw. 3,7 % (vgl. Tabelle 2.2.1 (II)). Der Anstieg beruht allein auf der zunehmenden Zahl ausländischer Seniorinnen und Senioren (+ 6.796 Personen bzw. + 54,5 %), denn die Zahl der älteren Deutschen (- 1.618 Personen bzw. - 1,3 %) ging im vergangenen Jahrzehnt leicht zurück.

² Eine langfristige Betrachtung zur Entwicklung älterer Menschen in Frankfurt am Main enthält der Beitrag: Sieglinde Klueß: Immer weniger junge Menschen stehen einer größeren Zahl älterer Menschen gegenüber – Frankfurt am Main 1925 – 1993. In: Frankfurter Statistische Berichte 1994, Heft 4.

Tabelle 2.2.1 (II): Ältere Menschen in der Frankfurter Bevölkerung 1994 und 2004 im Vergleich

Einwohner/innen	1994	2004	Veränderung	
			absolut	%
Insgesamt				
Insgesamt	676 311	657 800	-18 511	-2,7
darunter				
50 - 59	93 470	80 275	-13 195	-14,1
60 u. älter	139 646	144 824	5 178	3,7
davon				
Frauen	86 186	83 235	-2 951	-3,4
Männer	53 460	61 589	8 129	15,2
Deutsche				
Insgesamt	486 693	489 608	2 915	0,6
darunter				
50 - 59	73 179	59 153	-14 026	-19,2
60 u. älter	127 167	125 549	-1 618	-1,3
davon				
Frauen	80 613	74 534	-6 079	-7,5
Männer	46 554	51 015	4 461	9,6
Ausländer/innen				
Insgesamt	189 618	168 192	-21 426	-11,3
darunter				
50 - 59	20 291	21 122	831	4,1
60 u. älter	12 479	19 275	6 796	54,5
davon				
Frauen	5 573	8 701	3 128	56,1
Männer	6 906	10 574	3 668	53,1

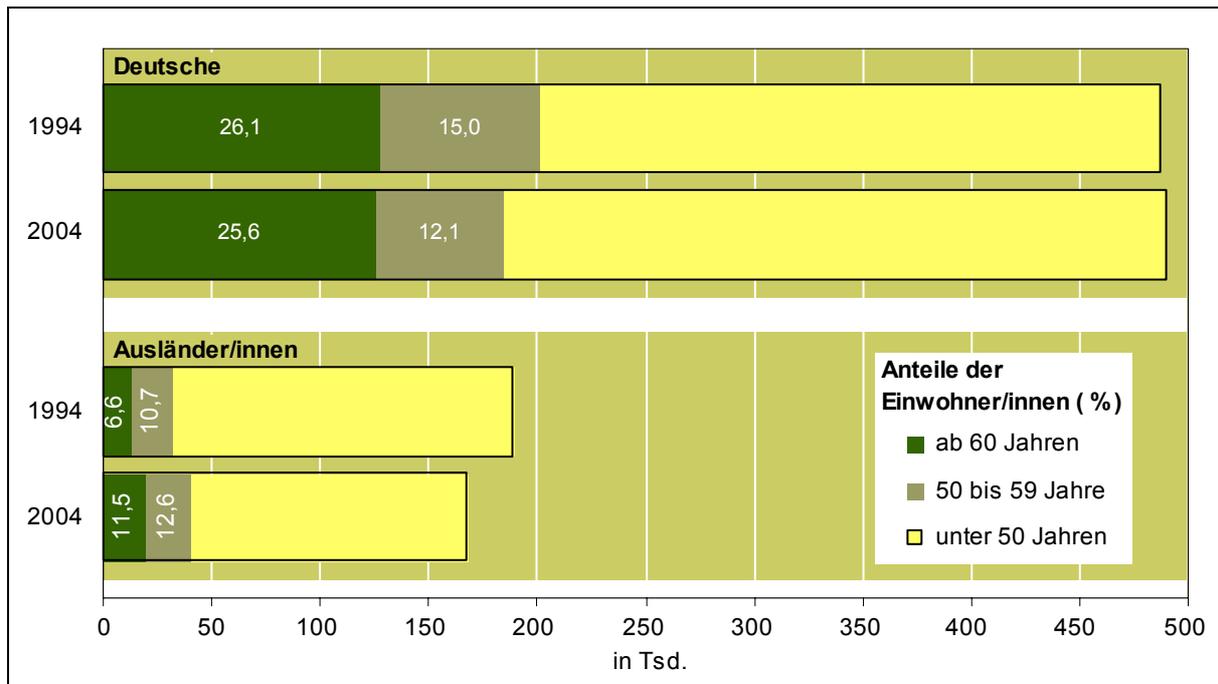
Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen - Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen.

Sinkender Frauenüberschuss

Letzteres hatte zwei Ursachen: Zum einen näherten sich im Beobachtungszeitraum vergleichsweise starke Geburtsjahrgänge mit hohem Frauenüberschuss aus der Zeit vor 1914 dem neunten Lebensjahrzehnt. Erfahrungsgemäß nimmt die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen nach dem Überschreiten des achtzigsten Lebensjahres rasch ab.³ Dies führte zu vermehrten Sterbefälle bei den genannten gut besetzten Jahrgängen und damit zu einem überproportionalen Rückgang der deutschen Seniorinnen von - 7,5 %. Zum anderen rückten während dieser Zeit relativ schwach besetzte Jahrgänge in den Kreis der älteren Frankfurterinnen und Frankfurter ab 60 Jahren nach (vgl. Abbildung A 2.2.1 (II) und A 2.2.2 (II)).

³ Nach der abgekürzten Sterbetafel für Hessen vom Hessischen Statistischen Landesamt hatten im Beobachtungszeitraum 2001/2003 beispielsweise 75-jährige Frauen eine durchschnittliche Lebenserwartung von 12 Jahren, 80-Jährige von 8,7 Jahren, 85-Jährige von 6,0 Jahren sowie 90-Jährige von 4,0 Jahren.

Abbildung 2.2.1 (II): Ältere Menschen in der Frankfurter Bevölkerung 1994 und 2004



Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen - Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen.

Während bei der deutschen Bevölkerung der Anteil der Seniorinnen und Senioren trotz der beschriebenen Veränderungen mit 25,6 % nahezu konstant blieb, hat sich der Vergleichswert bei der ausländischen Einwohnerschaft mit einem Anstieg von 6,6 % auf 11,5 % fast verdoppelt (vgl. Abbildung 2.2.1 (II)). Der Anteil künftiger Seniorinnen und Senioren (50 bis 59jährige) ging bei den Deutschen von 15,0 % auf 12,1 % zurück und nahm bei den ausländischen Frankfurterinnen und Frankfurtern leicht zu von 10,7 % auf 12,6 %.

Steigende Zahlen bei den Hochbetagten

Die Entwicklung in den einzelnen Altersgruppen ab 60 Jahren verlief im Beobachtungszeitraum sehr unterschiedlich. Deshalb wurde in Tabelle 2.2.2 (II) eine feinere Altersgliederung gewählt. Mehr oder weniger hohe Plus- oder Minussalden wechseln sich dort scheinbar beliebig ab. Die Ursachen hierfür sind jedoch nicht zufällig, sondern liegen in den Besetzungszahlen der einzelnen Geburtsjahrgänge. Und diese wiederum sind geprägt von großen historischen Ereignissen im letzten Jahrhundert, wie den beiden Weltkriegen oder der Weltwirtschaftskrise. Ihre zahlenmäßig negati-

ven Auswirkungen auf die Geburten in den betroffenen Jahren spiegeln sich gut sichtbar in der Bevölkerungspyramide wider (vgl. Abbildung 2.1.1 (II)).

Tabelle 2.2.2 (II): Altersgruppen 1994 und 2004 im Vergleich

Einwohner/innen von .. bis .. Jahre	1994		2004		Veränderung	
	Geburtsjahr		Geburtsjahr		absolut	%
50 - 54	1944 - 1940	48 482	1954 - 1950	42 300	-6 182	-12,8
55 - 59	1939 - 1935	44 988	1949 - 1945	37 975	-7 013	-15,6
60 u. älter	vor 1935	139 646	vor 1945	144 824	5 178	3,7
davon						
60 - 64	1934 - 1930	33 170	1944 - 1940	38 317	5 147	15,5
65 - 69	1929 - 1925	31 447	1939 - 1935	33 968	2 521	8,0
70 - 74	1924 - 1920	29 012	1934 - 1930	23 643	-5 369	-18,5
75 - 79	1919 - 1915	15 832	1929 - 1925	20 917	5 085	32,1
80 - 84	1914 - 1910	17 096	1924 - 1920	16 449	- 647	-3,8
85 - 89	1909 - 1905	9 540	1919 - 1915	6 426	-3 114	-32,6
90 - 94	1904 - 1900	2 953	1914 - 1910	4 069	1 116	37,8
95 u. älter	vor 1900	596	vor 1910	1 035	439	73,7

Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen - Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen.

Am kräftigsten waren die Veränderungen zwischen 1994 und 2004 für die drei ältesten Gruppen (vgl. Tabelle 2.2.2 (II)): Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner ab 95 Jahren stieg um 439 Personen. Für die kleinste aller Gruppen (2004: 1.035 Personen) bedeutete dies ein gewaltiges Plus von 73,7 %. Der Kreis der 90 bis 94jährigen gewann 1.116 Personen hinzu und steigerte die Zahl seiner Mitglieder damit um 37,8 %. Negativ hingegen fiel der Saldo für die Gruppe der 85 bis 89jährigen aus mit minus 3.114 Personen bzw. - 32,6 %, da die geburtenschwachen Jahrgänge (1915 -1919) aus der Zeit des Ersten Weltkriegs hinein alterten.

Den höchsten Zuwachs in absoluten Zahlen (5.147 Personen bzw. 15,5 %) verbuchten die 60 bis 64jährigen durch die Alterung der gut besetzten Geburtsjahrgänge 1940 bis 1944. Ein kräftiges Plus weisen auch 75 bis 79jährige (5.085 Personen bzw. 32,1 %) auf. Den höchsten Rückgang hatten die 70 bis 74jährigen mit einem Minus von 5.369 Personen (- 18,5 %). In diese Altersgruppe rückten in den vergangenen 10 Jahren die vergleichsweise schwachen Geburtsjahrgänge (1930 - 1934) aus der Zeit der Weltwirtschaftskrise auf.

Bei den künftigen Seniorinnen und Senioren verlief die Entwicklung in beiden Altersgruppen 50 bis 54 Jahre (- 12,8 %) sowie 55 bis 59 Jahre (- 15,6 %) rückläufig, da im Beobachtungszeitraum jeweils stärkere Gruppen von schwächeren abgelöst wurden.

2.3 Künftige Entwicklung

Bei den folgenden Ausführungen handelt es sich um einen 2004 erschienen leicht modifizierten Kurzbericht, der die Ergebnisse der zuletzt erstellten Frankfurter Bevölkerungsprognose ergänzt.⁴ Zu beachten ist, dass es sich dabei um Modellrechnungen handelt, die auf bestimmten Annahmen, im Wesentlichen über künftige Geburten und Sterbefälle, Zu- und Fortzüge beruhen. Diese Annahmen wurden in der Reihe Frankfurter Statistische Berichte im Einzelnen beschrieben.⁵

Ausgangsbevölkerung für die Prognose waren die 651.000 wohnberechtigten Frankfurter Einwohnerinnen und Einwohner zur Jahresmitte 2003. In der Hauptvariante wurden Zu- und Wegzüge im langjährigen (10-Jahres-) Trend angenommen. Zur Berechnung der Sterbefälle diente die Hessische Sterbetafel 2000/2002. In dieser Modellrechnung bleibt die Frankfurter Bevölkerung bis 2020 weitgehend stabil (vgl. Tabelle 2.3.1 (II)). Auch bei den Altersgruppen gibt es keine großen Ausschläge. Die Hauptvariante ließ allerdings offen, wie sich eine weiter steigende Lebenserwartung auf die Ergebnisse auswirken würde.

Zwei weitere Modellrechnungen sollten helfen, den Effekt eines fortgesetzten medizinischen Fortschritts und damit verbunden einer weiteren Steigerung der Lebenserwartung einzugrenzen. Dazu wurden für die zurückliegenden Zeitpunkte 1980 und 1990 die Sterbetafeln getrennt für Männer und Frauen mit der aktuellen von 2002 verglichen. Festzustellen ist, dass sich der medizinische Fortschritt vor allem bei den über 60jährigen auswirkt. Für die ergänzenden Modellrechnungen werden deshalb nur die Veränderungen ab diesem Alter betrachtet.

⁴ Rudolf Schulmeyer: Frankfurter Bevölkerungsprognose 2020. In: Frankfurter Statistische Berichte 2004, Heft 1.

⁵ vgl. Rudolf Schulmeyer: Frankfurter Bevölkerungsprognose 2020. In: Frankfurter Statistische Berichte 2003, Heft 2/3.

Besonders bei den Frauen ist augenfällig, dass in den 80-er Jahren des letzten Jahrhunderts die Überlebenswahrscheinlichkeit in hohen Altersjahren stärker gestiegen ist als in den 90er-Jahren. Das könnte dafür sprechen, dass sich auch in Zukunft der medizinische Fortschritt langsamer auf die Überlebenswahrscheinlichkeiten auswirkt. Nicht kalkulierbar sind sprunghafte Entwicklungen – im Guten (z. B. revolutionäre Therapien) wie im Schlechten (z. B. Epidemien).

Zahl der Altenbevölkerung voraussichtlich leicht steigend

Würde sich bis 2020 der medizinische Fortschritt wie zwischen 1980 und 2002 weiter entwickeln und der gesamte Effekt von Anfang an wirksam, so würde die Zahl der über 60jährigen Frankfurterinnen und Frankfurter von 144.500 in 2003 auf 153.500 in 2020 ansteigen (+ 9.000 Personen, + 6 %) (vgl. Tabelle 2.3.2 (II)). Dieses Gedankenexperiment geht in seinen Annahmen aber weit über die Realität der vergangenen

20 Jahre hinaus, weil die am Ende des Zeitraums gemessene Lebenserwartung als von Anfang an wirksam angenommen wird, um diesen extremen Effekt zu zeigen. Wahrscheinlicher ist eine Entwicklung, die schwächer ausfällt und später einsetzt. In einer zweiten Modellrechnung wird deshalb angenommen, dass in Zukunft die Überlebenswahrscheinlichkeiten in den höheren Altersjahren nur noch halb so schnell zunehmen wie zwischen 1980 und 2002 und dieser Effekt ab 2011 wirksam wird. In diesem Fall würde die über 60-jährige Bevölkerung bis 2020 um 1.400 auf 145.900 Personen wachsen (+ 1 %) (vgl. Tabelle 2.3.3 (II)).

Tabelle 2.3.1 (II):

Modellrechnung "langjähriger Trend" - Wohnberechtigte Bevölkerung

Einwohner/innen von .. bis .. Jahren	Anfangsbestand 30.06.2003	Bevölkerung zum 01.01			Differenz gegenüber 2003		
		2010	2015	2020	2010	2015	2020
insgesamt	651 261	651 609	651 455	651 026	348	194	- 235
darunter							
50 - 59	80 423	81 454	86 295	89 636	1 031	5 872	9 213
60 u. älter	144 485	143 564	142 099	141 578	- 921	-2 386	-2 907
davon							
60 - 64	39 639	34 565	34 858	35 934	-5 074	-4 781	-3 705
65 - 74	55 711	60 954	56 613	54 982	5 243	902	- 729
75 - 84	37 185	34 197	36 980	37 844	-2 988	- 205	659
85 u. älter	11 950	13 849	13 647	12 817	1 899	1 697	867

Tabelle 2.3.2 (II):

Modellrechnung "langjähriger Trend" - Wohnberechtigte Bevölkerung

Variante 1 mit gesteigerter Lebenserwartung: Gesamteffekt 1980/2002 von Anfang an

Einwohner/innen von .. bis .. Jahren	Anfangsbestand 30.06.2003	Bevölkerung zum 01.01			Differenz gegenüber 2003		
		2010	2015	2020	2010	2015	2020
insgesamt	651 261	659 194	661 900	662 934	7 933	10 639	11 673
darunter							
50 - 59	80 423	81 454	85 090	89 636	1 031	4 667	9 213
60 u. älter	144 485	151 150	152 443	153 486	6 665	7 958	9 001
davon							
60 - 64	39 639	34 736	35 293	36 117	-4 903	-4 346	-3 522
65 - 74	55 711	62 716	59 609	56 899	7 005	3 898	1 188
75 - 84	37 185	36 811	39 518	42 645	- 374	2 333	5 460
85 u. älter	11 950	16 886	18 024	17 825	4 936	6 074	5 875

Tabelle 2.3.3 (II):

Modellrechnung "langjähriger Trend" - Wohnberechtigte Bevölkerung

Variante 2 mit gesteigerter Lebenserwartung: Halber Effekt 1980/2002 ab 2011

Einwohner/innen von .. bis .. Jahren	Anfangsbestand 30.06.2003	Bevölkerung zum 01.01			Differenz gegenüber 2003		
		2010	2015	2020	2010	2015	2020
insgesamt	651 261	651 609	653 922	655 329	348	2 661	4 068
darunter							
50 - 59	80 423	81 454	86 295	89 636	1 031	5 872	9 213
60 u. älter	144 485	143 564	144 566	145 880	- 921	81	1 395
davon							
60 - 64	39 639	34 565	34 942	36 025	-5 074	-4 697	-3 614
65 - 74	55 711	60 954	57 171	55 844	5 243	1 460	133
75 - 84	37 185	34 197	37 872	39 548	-2 988	687	2 363
85 u. älter	11 950	13 849	14 581	14 463	1 899	2 631	2 513

Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen – Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen; eigene Berechnungen.

Abbildung 2.3.1 (II):

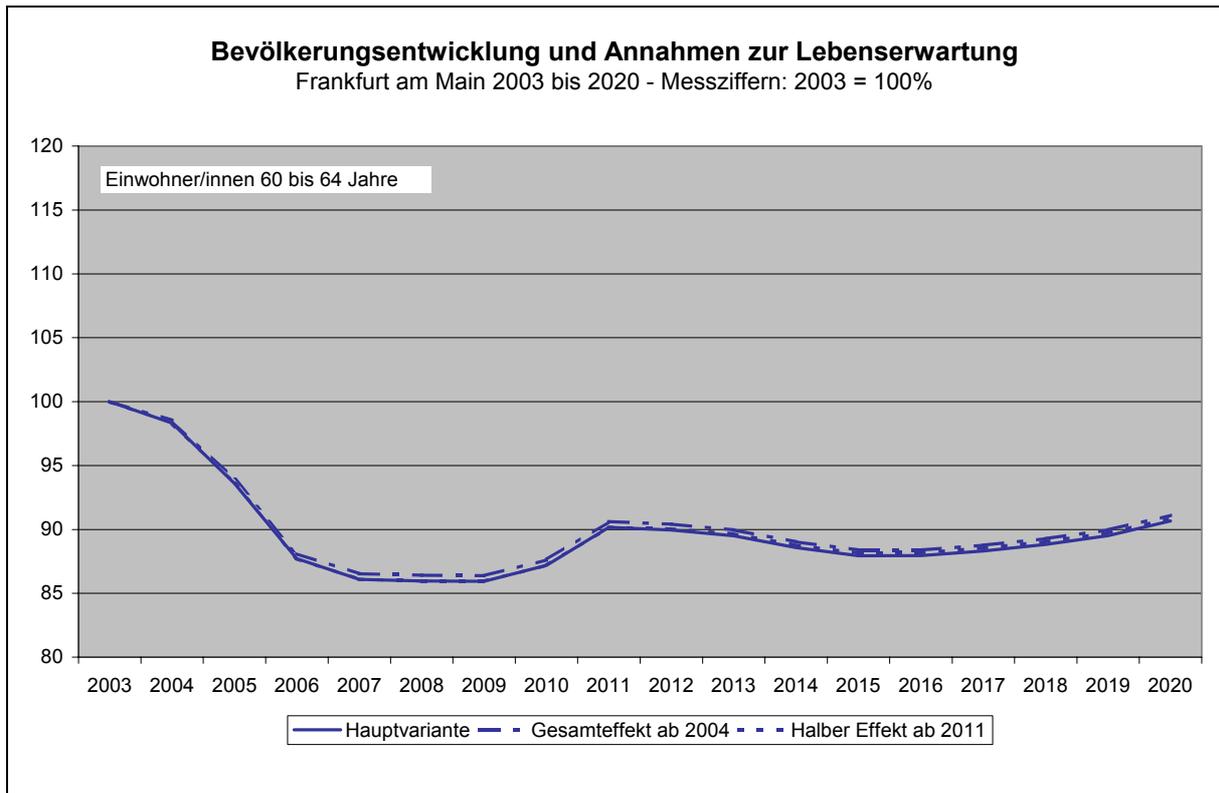
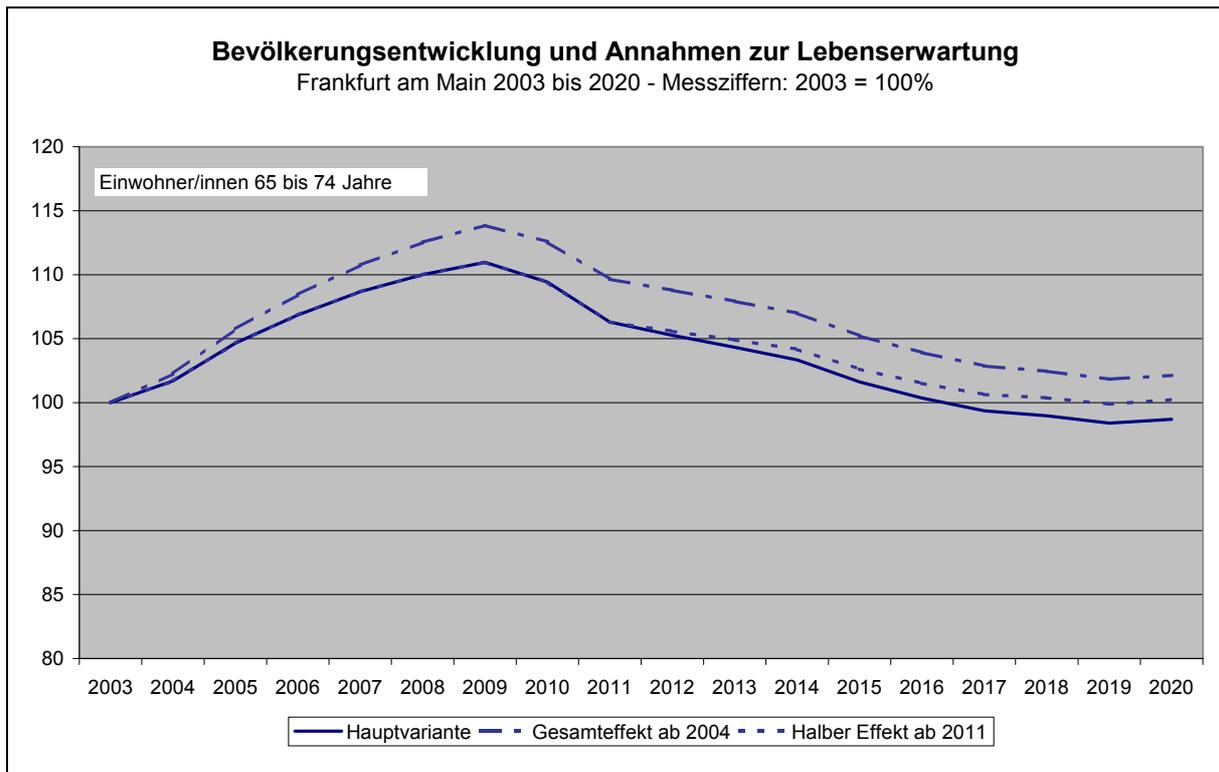


Abbildung 2.3.2 (II):



Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen – Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen; eigene Berechnungen.

Abbildung 2.3.3 (II):

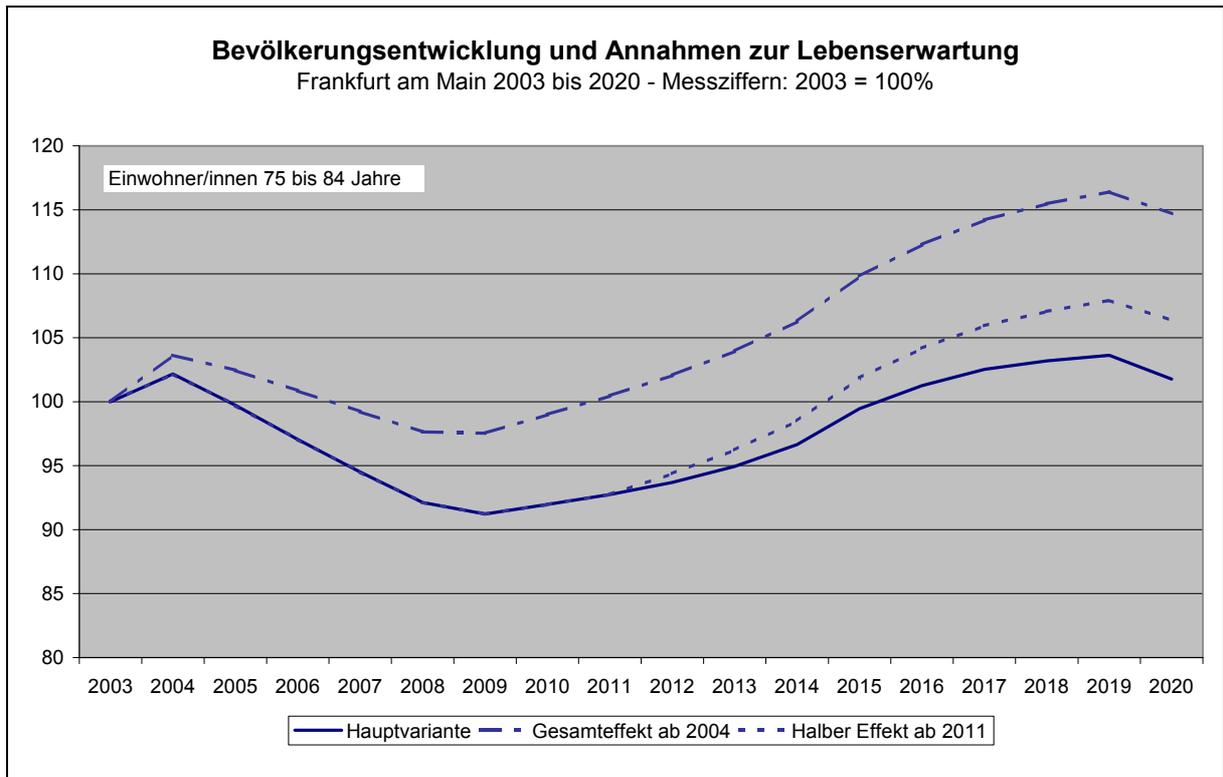
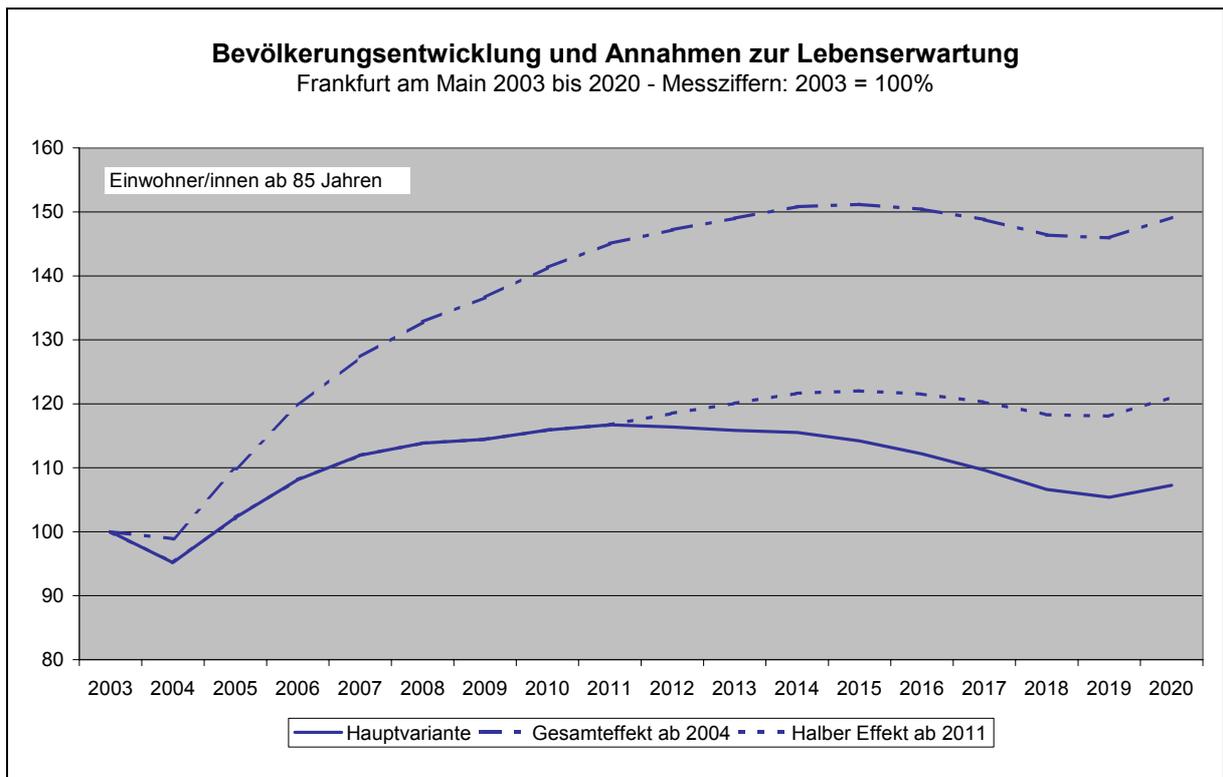


Abbildung 2.3.4 (II):



Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen – Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen; eigene Berechnungen.

Weitere Zunahme bei den Hochbetagten

Betrachtet man die Entwicklung in den einzelnen Altersgruppen, fallen Unterschiede auf (vgl. Abbildung 2.3.1 (II) bis 2.3.4 (II)): So sinkt die Zahl der 6- bis 64jährigen zunächst, um dann langsam wieder anzusteigen. Das Niveau von 2003 wird allerdings nicht mehr erreicht. Die 65 bis 74jährigen verzeichnen anfangs zunehmende Zahlen und gehen bis 2020 wieder auf die Größenordnung von 2003 zurück. Anders ist der Verlauf bei den 75 bis 84jährigen: Nach einem leichten Rückgang steigt ihre Zahl zu Beginn des nächsten Jahrzehnts wieder an und liegt 2020 über dem Umfang von 2003. Die Zahl der über 85jährigen steigt im Prognosezeitraum nahezu kontinuierlich und befindet sich 2020 weit über dem Niveau von 2003.

Bei einer Bewertung der Ergebnisse scheint es wahrscheinlich, dass die künftige tatsächliche Einwohnerentwicklung der über 60jährigen Frankfurterinnen und Frankfurter in dem von den beiden Modellrechnungen aufgespannten Korridor verläuft und näher bei der niedrigeren Variante liegen dürfte.

Die Gruppe der künftigen Seniorinnen und Senioren wird im Prognosezeitraum um etwa 9.000 Personen (+ 11 %) zunehmen (vgl. Tabelle 2.3.1 (II)). Hier machen sich die stark besetzten Altersjahrgänge aus der Zeit des Babybooms bemerkbar.

Der angekündigte große demographische Wandel wird für die Frankfurter Bevölkerung vermutlich erst 2030 einsetzen. Im Laufe der kommenden Jahre sollen die bisherigen Modellrechnungen mit einer erweiterten und aktualisierten Datengrundlage kontinuierlich überprüft und fortgeschrieben werden. Dabei wird dann auch der Prognosezeitraum verlängert werden.

2.4 Räumliche Verteilung der älteren Menschen im Stadtgebiet

Deutliche Unterschiede zwischen den Stadtteilen

Die Gruppe der Frankfurter Seniorinnen und Senioren ab 60 Jahren verteilt sich nicht gleichmäßig über das Stadtgebiet. So werden bereits auf der relativ groben Ebene der 46 Stadtteile regionale Schwerpunkte sichtbar. Die meisten älteren Menschen in

absoluten Zahlen gemessen finden sich in den größeren Stadtteilen. An der Spitze stehen Sachsenhausen-Süd mit rund 7.000 Bewohnerinnen und Bewohnern ab 60 Jahren, Bornheim bzw. Ostend mit jeweils rund 6.000 Personen (vgl. Abbildung 2.4.1 (II)). In den beiden kleinsten Stadtteilen, dem Bahnhofsviertel bzw. Berkersheim, ist die Gruppe der 60jährigen und älteren nur mit 366 bzw. 628 Personen vertreten.

Auch die Seniorenanteile an der Gesamtbevölkerung weisen in den einzelnen Stadtteilen eine beträchtliche Spannweite auf. Sie bewegen sich zwischen 29,1 % in Seckbach und 14,0 % im Bahnhofsviertel. Zu den Stadtteilen mit den höchsten Werten gehören, neben Seckbach, der Dornbusch (28,1 %), Niederursel (27,9 %) und Sachsenhausen-Süd (27,2 %) (vgl. Abbildung 2.4.2 (II)). Diese und andere Stadtteile mit überdurchschnittlichen Seniorenanteilen haben in der Regel mindestens eine der folgenden Eigenschaften (vgl. Tabelle 2.4.1 (II)): Der Anteil der deutschen Bevölkerung liegt deutlich über dem städtischen Durchschnitt von 74,4 %. Im Stadtteil gibt es größere Altenpflegeheime und/oder Seniorenwohnanlagen. Auf dem Gebiet des Stadtteils befinden sich Siedlungen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus.

In den oben genannten vier Stadtteilen mit den Spitzenwerten bewegen sich die Anteile der deutschen Bevölkerung zwischen 77,7 % in Niederursel und 81,9 % am Dornbusch. In Seckbach (464 Personen)⁶, am Dornbusch (344 Personen) und in Sachsenhausen-Süd (868 Personen) gibt es große Einrichtungen für ältere Menschen. In allen vier Stadtteilen befinden sich zudem Wohnsiedlungen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus. So leben in Niederursel allein 81,5 % der Einwohnerschaft ab 60 Jahren in der Nordweststadt, am Dornbusch zählen 36,8 % der über 60jährigen zu den dortigen Siedlungsbewohnerinnen und -bewohnern. Im städtischen Durchschnitt wohnen 28,2 % der Seniorinnen und Senioren in Siedlungen.

Senioren-Hochburgen auf Quartiersebene - Beispiel Wohnsiedlungen

Bei einigen der 63 Frankfurter Wohnsiedlungen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus handelt es sich um wahre Senioren-Hochburgen (vgl. Tabelle A 2.4.2 (II))

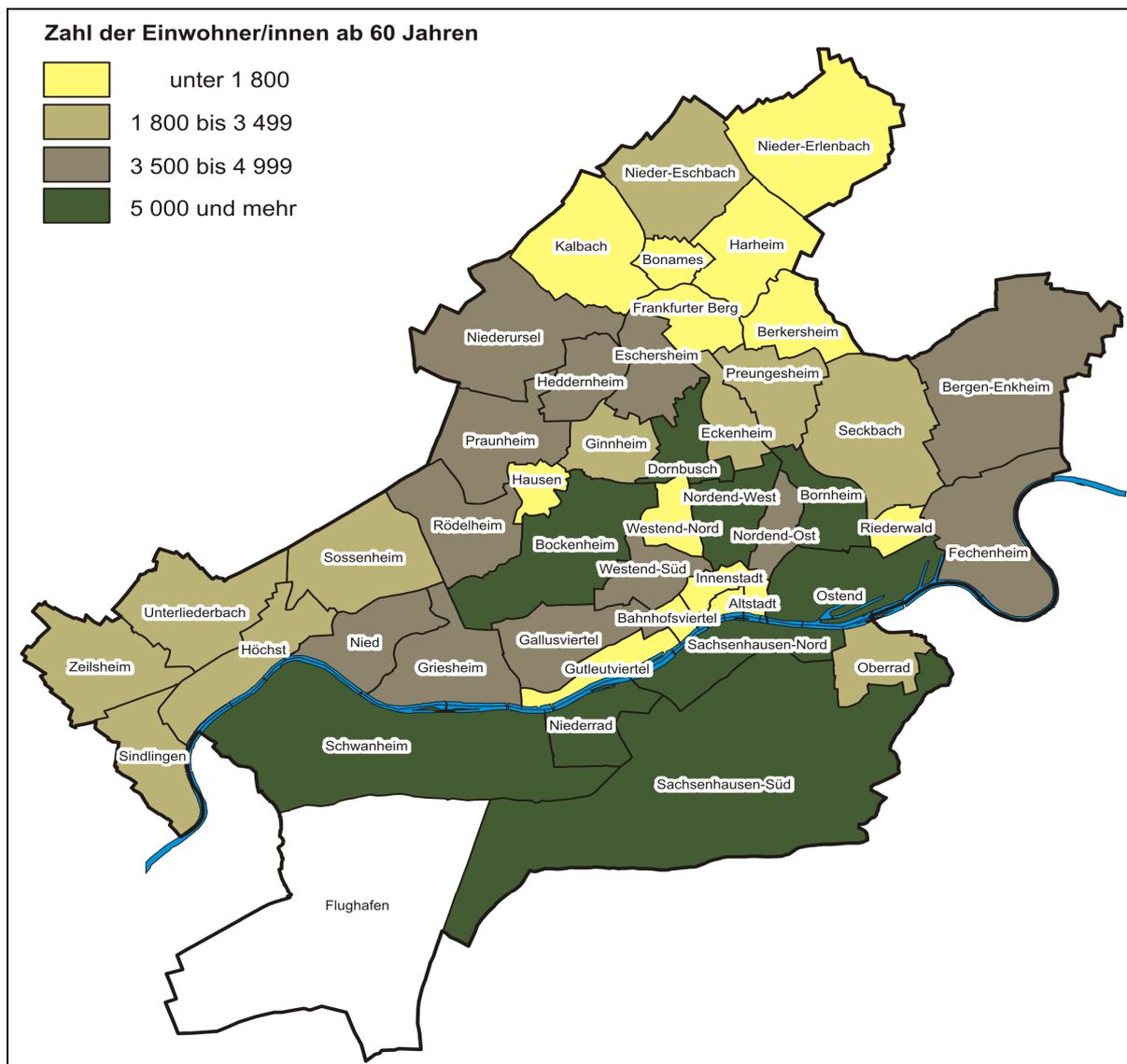
⁶ In Klammer steht die jeweilige Summe der Personen, die ihren Wohnsitz in Seniorenwohnungen oder Altenpflegeheimen haben.

und Abbildung A 2.4.1 (II)).⁷ Der Anteil der Personen ab 60 Jahren unter allen Bewohnerinnen und Bewohnern liegt in diesen Wohnquartieren insgesamt bei 25,8 % und damit über dem städtischen Durchschnitt (22,0 %). In 12 Siedlungen werden Werte über 30 % erreicht. Auf den ersten Plätzen rangieren die Willi-Brundert-Siedlung (35,3 %), die Siedlung Liederbacher Straße/Johannesallee (35,1 %) und die Atzelberg-Siedlung (35,1 %). Die Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus entstanden überwiegend in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts und wurden bevorzugt von jungen Familien mit Kindern bezogen. Die Kinder wuchsen heran, verließen das Elternhaus und damit die Siedlung, zurück blieben die Eltern in der ehemaligen Familienwohnung. Dadurch erhöht sich der Anteil älterer Bewohnerinnen und Bewohner kontinuierlich bis im Rahmen der natürlichen Fluktuation wieder Wohnungen frei und neu belegt werden. Die beschriebene Entwicklung von Familien im Zeitablauf trifft natürlich auch auf andere ehemalige Neubaugebiete mit vergleichsweise homogener Bezieherstruktur und geringer Fluktuation zu.

Ballungszentren der Frankfurter Seniorinnen und Senioren auf Stadtteilebene sind die Stadtteile Sachsenhausen-Süd (7.155 Personen; 27,2 %), Schwanheim (5.337 Personen; 25,7 %) und der Dornbusch (5.082 Personen; 28,1 %). Hier treffen hohe Personenzahlen mit hohen Seniorenanteilen zusammen (vgl. Tabelle 2.4.1 (II)).

⁷ vgl. Waltraud Schröpfer: Zum demographischen Profil älter werdender Wohngebiete. Das Beispiel Nordweststadt. In: Frankfurter Statistische Berichte 2000, Heft 2/3.

Abbildung 2.4.1 (II): Regionale Schwerpunkte der Seniorinnen und Senioren 2004

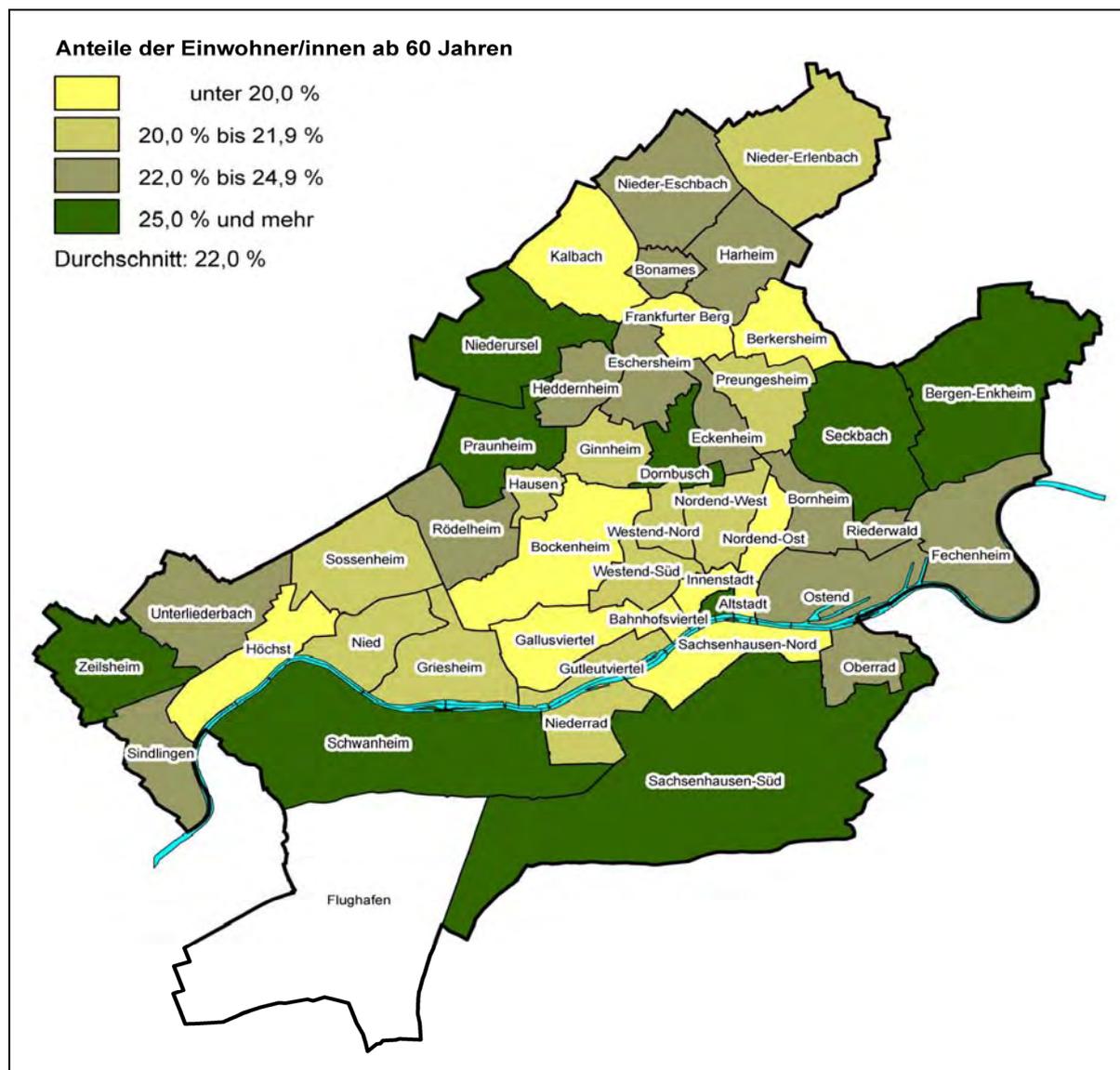


Stadtteile sortiert nach der Zahl der Einwohner/innen über 60 Jahren

Nr	Stadtteil	Anzahl	Nr	Stadtteil	Anzahl	Nr	Stadtteil	Anzahl
14	Sachsenhausen-Süd	7 155	24	Heddernheim	4 026	36	Höchst	1 908
9	Bornheim	5 984	20	Rödelheim	3 800	30	Preungesheim	1 887
8	Ostend	5 955	37	Nied	3 793	5	Westend-Nord	1 673
6	Nordend-West	5 684	4	Westend-Süd	3 625	31	Bonames	1 549
12	Bockenheim	5 616	35	Fechenheim	3 574	21	Hausen	1 521
13	Sachsenhausen-Nord	5 539	28	Eschersheim	3 506	2	Innenstadt	1 345
18	Schwanheim	5 337	26	Ginnheim	3 372	10	Gutleutviertel	1 179
27	Dornbusch	5 082	41	Sossenheim	3 325	47	FrankfurterBerg	1 163
17	Niederrad	5 017	29	Eckenheim	3 293	33	Riederwald	1 141
11	Gallusviertel	4 658	40	Unterliederbach	3 211	43	Kalbach	1 004
7	Nordend-Ost	4 559	39	Zeilsheim	3 101	44	Harheim	938
46	Bergen-Enkheim	4 416	16	Oberrad	2 875	42	Nieder-Erlenbach	934
19	Griesheim	4 300	34	Seckbach	2 804	1	Altstadt	921
25	Niederursel	4 150	45	Nieder-Eschbach	2 637	32	Berkersheim	628
22	Praunheim	4 142	38	Sindlingen	2 131	3	Bahnhofsviertel	366

Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen - Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen.

Abbildung 2.4.2 (II): Regionale Schwerpunkte der Seniorinnen und Senioren 2004



Stadtteile sortiert nach dem Anteil der Einwohner/innen ab 60 Jahren

Nr	Stadtteil	Anteile (%)	Nr	Stadtteil	Anteile (%)	Nr	Stadtteil	Anteile (%)
34	Seckbach	29,1	16	Oberrad	23,6	26	Ginnheim	20,5
27	Dornbusch	28,1	29	Eckenheim	23,3	5	Westend-Nord	20,5
25	Niederursel	27,9	9	Bornheim	23,2	30	Preungesheim	20,2
14	Sachsenhausen-Süd	27,2	40	Unterliederbach	22,6	6	Nordend-West	20,1
22	Praunheim	26,1	35	Fechenheim	22,5	19	Griesheim	20,1
39	Zeilsheim	26,1	45	Nieder-Eschbach	22,4	2	Innenstadt	19,6
18	Schwanheim	25,7	8	Ostend	22,3	32	Berkersheim	19,1
46	Bergen-Enkheim	25,3	20	Rödelheim	22,1	13	Sachsenhausen-Nord	18,6
1	Altstadt	25,2	17	Niederrad	21,9	11	Gallusviertel	18,1
28	Eschersheim	24,9	37	Nied	21,7	47	FrankfurterBerg	17,9
31	Bonames	24,6	42	Nieder-Erlenbach	21,6	7	Nordend-Ost	17,7
44	Harheim	24,1	21	Hausen	21,6	12	Bockenheim	17,5
38	Sindlingen	23,7	41	Sossenheim	21,0	43	Kalbach	16,8
33	Riederwald	23,7	10	Gutleutviertel	20,8	36	Höchst	14,4
24	Heddernheim	23,7	4	Westend-Süd	20,5	3	Bahnhofsviertel	14,0

Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen - Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen.

Tabelle 2.4.1 (II): Seniorinnen und Senioren in den Stadtteilen 2004

Stadtteile	Einwohner/ innen insgesamt	darunter		Von den Senior/innen ab 60 J. leben				Anteil der deutschen Einwohner/ innen (3)
		60 Jahre und älter		in Altenein- richtungen (1)		in Siedlungen (2)		
		absolut	%	absolut	%	absolut	%	
Altstadt	3 657	921	25,2	-	-	-	-	69,2
Innenstadt	6 864	1 345	19,6	254	18,9	-	-	55,8
Bahnhofsviertel	2 613	366	14,0	-	-	-	-	41,6
Westend-Süd	17 654	3 625	20,5	120	3,3	-	-	75,1
Westend-Nord	8 179	1 673	20,5	131	7,8	346	20,7	74,7
Nordend-West	28 228	5 684	20,1	408	7,2	-	-	78,9
Nordend-Ost	25 816	4 559	17,7	367	8,1	-	-	75,8
Ostend	26 758	5 955	22,3	760	12,8	-	-	70,2
Bornheim	25 847	5 984	23,2	817	13,7	2 452	41,0	75,6
Gutleutviertel	5 668	1 179	20,8	380	32,2	-	-	53,8
Gallusviertel	25 675	4 658	18,1	193	4,1	2 328	50,0	57,1
Bockenheim	32 003	5 616	17,5	175	3,1	1 070	19,1	71,0
Sachsenhausen-Nord	29 776	5 539	18,6	302	5,5	810	14,6	75,8
Sachsenhausen-Süd	26 295	7 155	27,2	868	12,1	1 300	18,2	79,0
Oberrad	12 182	2 875	23,6	215	7,5	26	0,9	75,7
Niederrad	22 904	5 017	21,9	317	6,3	2 029	40,4	71,2
Schwanheim	20 777	5 337	25,7	471	8,8	3 609	67,6	80,5
Griesheim	21 383	4 300	20,1	105	2,4	1 852	43,1	65,0
Rödelheim	17 210	3 800	22,1	271	7,1	-	-	72,1
Hausen	7 049	1 521	21,6	99	6,5	851	56,0	72,1
Praunheim	15 872	4 142	26,1	320	7,7	2 656	64,1	80,4
Heddernheim	17 002	4 026	23,7	223	5,5	1 653	41,1	79,4
Niederursel	14 876	4 150	27,9	291	7,0	3 381	81,5	77,7
Ginnheim	16 453	3 372	20,5	315	9,3	688	20,4	77,2
Dornbusch	18 091	5 082	28,1	344	6,8	1 868	36,8	81,9
Eschersheim	14 092	3 506	24,9	19	0,5	533	15,2	82,3
Eckenheim	14 133	3 293	23,3	327	9,9	830	25,2	73,4
Preungesheim	9 358	1 887	20,2	59	3,1	721	38,2	74,7
Bonames	6 291	1 549	24,6	102	6,6	611	39,4	80,6
Berkersheim	3 286	628	19,1	-	-	-	-	83,3
Riederwald	4 807	1 141	23,7	151	13,2	1 070	93,8	76,0
Seckbach	9 637	2 804	29,1	464	16,5	645	23,0	80,4
Fechenheim	15 871	3 574	22,5	542	15,2	973	27,2	66,0
Höchst	13 255	1 908	14,4	65	3,4	-	-	62,1
Nied	17 457	3 793	21,7	310	8,2	1 323	34,9	70,8
Sindlingen	8 977	2 131	23,7	58	2,7	1 184	55,6	77,7
Zeilsheim	11 901	3 101	26,1	82	2,6	1 552	50,0	78,5
Unterliederbach	14 214	3 211	22,6	17	0,5	1 546	48,1	75,9
Sossenheim	15 811	3 325	21,0	329	9,9	1 445	43,5	71,8
Nieder-Erlenbach	4 322	934	21,6	42	4,5	-	-	89,7
Kalbach	5 969	1 004	16,8	-	-	-	-	86,9
Harheim	3 899	938	24,1	-	-	-	-	90,0
Nieder-Eschbach	11 779	2 637	22,4	98	3,7	425	16,1	81,9
Bergen-Enkheim	17 421	4 416	25,3	38	0,9	-	-	85,9
Frankfurter Berg	6 488	1 163	17,9	-	-	1 028	88,4	76,9
Insgesamt	657 800	144 824	22,0	10 449	7,2	40 805	28,2	74,4

Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen - Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen.

(1) Summe aus Seniorenwohnungen und Altenpflegeheimen. (2) 63 Siedlungen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus. (3) Bezogen auf die Einwohner/innen im Stadtteil insgesamt.

Unterschiede in den regionalen Schwerpunkten von deutschen und ausländischen Seniorinnen und Senioren

Erwartungsgemäß unterscheiden sich die Wohnschwerpunkte von deutschen und ausländischen Seniorinnen und Senioren. Die älteren Deutschen ab 60 Jahren überwiegen anteilmäßig vor allem in Wohnlagen mit höherer Wohnqualität insbesondere mit Ein-/Zweifamilienhausbebauung oder in Stadtteilen, auf deren Gebiet sich wie bereits erwähnt Wohnsiedlungen befinden. An der Spitze sind zu nennen die nördlichen Vororte Harheim (96,4 %), Nieder-Erlenbach (94,8 %), Kalbach (94,3 %), oder Bergen-Enkheim (93,3 %) (vgl. Tabelle 2.4.2 (II) und Abbildung 2.4.3 (II)). Auch mittelständisch geprägte Randlagen zur Innenstadt wie Eschersheim (93,4 %) oder der Dornbusch (92,3 %) gehören dazu. Südlich des Mains sind es die Stadtteile Schwanheim (92,2 %) oder Sachsenhausen-Süd (91,1 %).

Tabelle 2.4.2 (II): Deutsche und ausländische Seniorinnen und Senioren in den Stadtteilen 2004

Stadtteile	Einwohner/ innen insgesamt	darunter 60 Jahre und älter		Von den Senior/innen ab 60 Jahren waren ...			
		absolut	%	Deutsche		Ausländer/innen	
				absolut	%	absolut	%
Altstadt	3 657	921	25,2	782	84,9	139	15,1
Innenstadt	6 864	1 345	19,6	989	73,5	356	26,5
Bahnhofsviertel	2 613	366	14,0	148	40,4	218	59,6
Westend-Süd	17 654	3 625	20,5	3 122	86,1	503	13,9
Westend-Nord	8 179	1 673	20,5	1 448	86,6	225	13,4
Nordend-West	28 228	5 684	20,1	4 915	86,5	769	13,5
Nordend-Ost	25 816	4 559	17,7	3 664	80,4	895	19,6
Ostend	26 758	5 955	22,3	4 849	81,4	1 106	18,6
Bornheim	25 847	5 984	23,2	4 965	83,0	1 019	17,0
Gutleutviertel	5 668	1 179	20,8	735	62,3	444	37,7
Gallusviertel	25 675	4 658	18,1	3 299	70,8	1 359	29,2
Bockenheim	32 003	5 616	17,5	4 602	81,9	1 014	18,1
Sachsenhausen-Nord	29 776	5 539	18,6	4 747	85,7	792	14,3
Sachsenhausen-Süd	26 295	7 155	27,2	6 520	91,1	635	8,9
Oberrad	12 182	2 875	23,6	2 560	89,0	315	11,0
Niederrad	22 904	5 017	21,9	4 254	84,8	763	15,2
Schwanheim	20 777	5 337	25,7	4 922	92,2	415	7,8
Griesheim	21 383	4 300	20,1	3 602	83,8	698	16,2
Rödelheim	17 210	3 800	22,1	3 255	85,7	545	14,3
Hausen	7 049	1 521	21,6	1 393	91,6	128	8,4
Praunheim	15 872	4 142	26,1	3 781	91,3	361	8,7
Heddernheim	17 002	4 026	23,7	3 643	90,5	383	9,5
Niederursel	14 876	4 150	27,9	3 809	91,8	341	8,2
Ginnheim	16 453	3 372	20,5	2 990	88,7	382	11,3
Dornbusch	18 091	5 082	28,1	4 691	92,3	391	7,7
Eschersheim	14 092	3 506	24,9	3 273	93,4	233	6,6
Eckenheim	14 133	3 293	23,3	2 850	86,5	443	13,5
Preungesheim	9 358	1 887	20,2	1 667	88,3	220	11,7
Bonames	6 291	1 549	24,6	1 378	89,0	171	11,0
Berkersheim	3 286	628	19,1	582	92,7	46	7,3
Riederwald	4 807	1 141	23,7	1 005	88,1	136	11,9
Seckbach	9 637	2 804	29,1	2 549	90,9	255	9,1
Fechenheim	15 871	3 574	22,5	3 044	85,2	530	14,8
Höchst	13 255	1 908	14,4	1 456	76,3	452	23,7
Nied	17 457	3 793	21,7	3 247	85,6	546	14,4
Sindlingen	8 977	2 131	23,7	1 944	91,2	187	8,8
Zeilsheim	11 901	3 101	26,1	2 813	90,7	288	9,3
Unterliederbach	14 214	3 211	22,6	2 853	88,9	358	11,1
Sossenheim	15 811	3 325	21,0	2 912	87,6	413	12,4
Nieder-Erlenbach	4 322	934	21,6	885	94,8	49	5,2
Kalbach	5 969	1 004	16,8	947	94,3	57	5,7
Harheim	3 899	938	24,1	904	96,4	34	3,6
Nieder-Eschbach	11 779	2 637	22,4	2 397	90,9	240	9,1
Bergen-Enkheim	17 421	4 416	25,3	4 118	93,3	298	6,7
Frankfurter Berg	6 488	1 163	17,9	1 040	89,4	123	10,6
Insgesamt	657 800	144 824	22,0	125 549	86,7	19 275	13,3

Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen - Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen.

Abbildung 2.4.3 (II): Stadtteile mit den jeweils 10 höchsten Anteilen von deutschen und ausländischen Senior/innen

von 100 Senior/innen sind...

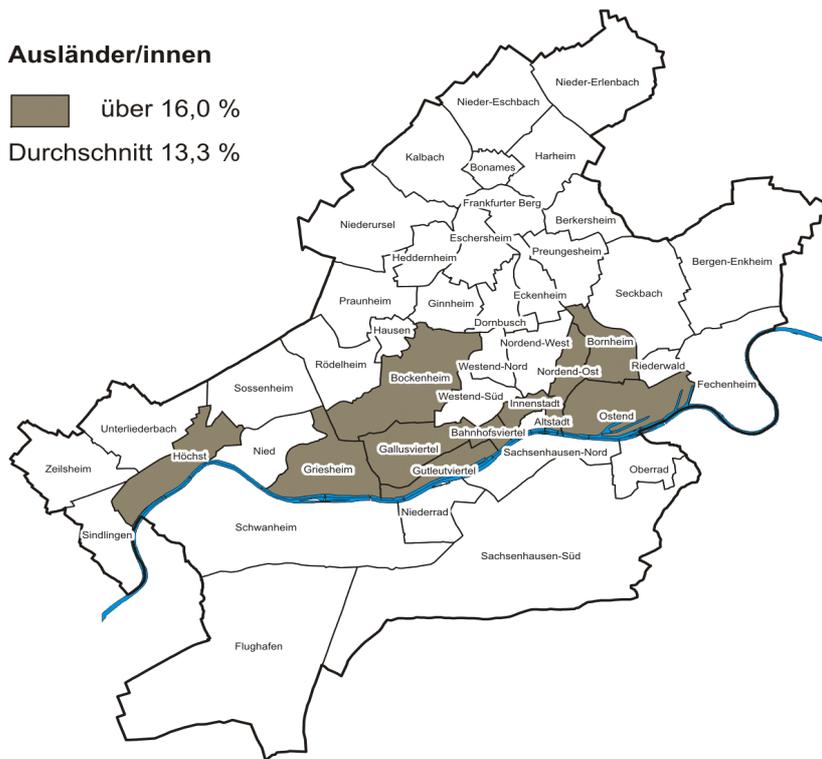
Deutsche

über 91,5 %
Durchschnitt 86,7 %



Ausländer/innen

über 16,0 %
Durchschnitt 13,3 %



Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen - Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen.

Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger ab 60 Jahren sind gemessen in absoluten Zahlen vor allem im Gallusviertel (1.359 Personen), im Ostend (1.106 Personen), in Bornheim (1.019 Personen) oder in Bockenheim (1.014 Personen) anzutreffen (vgl. Tabelle 2.4.2 (II)). Die höchsten Anteile von ausländischen Staatsangehörigen unter den Seniorinnen und Senioren finden sich in den Stadtteilen, die traditionell für ihre hohen Ausländeranteile bekannt sind (vgl. auch Abbildung 2.4.3 (II)). Auf Platz eins steht das Bahnhofsviertel. Mehr als die Hälfte (59,6 %) der insgesamt 366 Personen ab 60 Jahren besitzt hier einen ausländischen Pass. Mit weitem Abstand folgen Stadtteile entlang des Mains, in denen sich die herkömmlichen Arbeiterwohnquartiere oder preiswertere Wohnlagen befinden. Dazu zählen u. a. das Gutleutviertel

(37,7 %), das Gallusviertel (29,2 %), Höchst (23,7 %) oder das Ostend (18,6 %).

Doch auch Bockenheim (18,1 %) als ehemaliger Standort des Produzierenden Gewerbes oder so begehrte Wohnviertel wie das Nordend-Ost (19,6 %) gehören dazu.

Hochbetagte verstärkt in Stadtteilen mit vielen Seniorenwohnungen und Altenpflegeheimen vertreten

Abschließend noch ein Blick auf die räumliche Verteilung der hochbetagten Frankfurterinnen und Frankfurter. Die ältesten Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt konzentrieren sich erwartungsgemäß in den Stadtteilen mit vergleichsweise vielen Seniorenwohnungen oder Altenpflegeheimen (vgl. Tabellen A 2.4.1 (II) und 2.4.1 (II)). In sechs Stadtteilen tragen Hochbetagte mehr als 10 Prozent zu den ortsansässigen Seniorinnen und Senioren ab 60 Jahren bei. An der Spitze stehen die Innenstadt (13,9 %), Seckbach (13,2 %), das Gutleutviertel (12,8 %) und das Ostend (11,7 %).

Keine regionalen Besonderheiten bei den künftigen Seniorinnen und Senioren

Auf die Gruppe der künftigen Seniorinnen und Senioren wird unter kleinräumigen Aspekten nicht weiter eingegangen, da hier keine regionalen Besonderheiten auftreten. So bewegt sich der Anteil der 50 bis 59jährigen lediglich zwischen 10,4 % in Nie-

derursel und 13,4 % im Bahnhofsviertel, Westend-Nord und Bergen-Enkheim. Der gesamtstädtische Vergleichswert beträgt 12,2 % (vgl. Tabelle A 2.4.1 (II)).

2.5 Ältere Menschen in Seniorenwohnungen und Altenpflegeheimen

... bilden eine Minderheit

Knapp 10.500 Personen, das sind rund 7 % der insgesamt 144.824 Frankfurter Einwohnerinnen und Einwohner ab 60 Jahren, hatten Ende 2004 ihren Wohnsitz an einer Adresse, an der sich Seniorenwohnungen und/oder Altenpflegeheime befinden. Bei diesen und den folgenden Zahlen über die Bewohnerschaft der Frankfurter Seniorenwohnungen und Altenpflegeheime handelt es sich um Näherungswerte, genaue Angaben lassen sich aus dem Melderegister allein nicht ableiten. Die methodischen Probleme sind in der Fußnote ausführlich erläutert.⁸ Die Zahlen wurden dennoch in den Beitrag aufgenommen, da sie erstmals statistische Informationen zu diesem Teil der Frankfurter Altenbevölkerung liefern.

Laut Tabelle 2.5.1 (II) leben rund 7.300 Seniorinnen und Senioren an Adressen, die Seniorenwohnungen aufweisen. Zirka 1.200 Personen sind an Adressen gemeldet, unter welchen eine Kombination aus Altenpflegeheim und Seniorenwohnungen anzu-

⁸ Den Auswertungen liegen rund 380 Frankfurter Adressen mit Seniorenwohnungen oder Altenpflegeheimen zugrunde, die mit Unterstützung des Jugend- und Sozialamtes zusammengetragen wurden. Die Seniorenwohnungen befinden sich mehrheitlich in Gebäuden, die als reine Altenwohnanlagen geplant und gebaut wurden, sind teilweise aber auch in Gebäude eingestreut, die für eine gemischte Bewohnerschaft erstellt wurden. Die Möglichkeit einer zusätzlichen Betreuung gibt es in beiden Varianten, sie wird jedoch nicht überall von der Einrichtung selbst angeboten. Einige Adressen enthalten Einrichtungen, in denen sowohl Altenpflegeheime als auch Seniorenwohnungen vorhanden sind.

Einwohnerdaten aus dem Melderegister stehen nur adressenscharf zur Verfügung, eine Zuordnung zu Wohnungen ist grundsätzlich nicht möglich. Daraus ergeben sich methodische Unschärfen. So ist bei den Adressen mit der Kombination aus Altenpflegeheimen und Seniorenwohnungen eine Trennung der gemeldeten Personen nach Heimbewohnern und Wohnungsmietern nicht möglich. Befinden sich einzelne Seniorenwohnungen in Liegenschaften mit gemischter Bewohnerstruktur, wird in diesem Beitrag unterstellt, dass die altengerechten Wohnungen auch tatsächlich von den Seniorinnen und Senioren an dieser Adresse bewohnt werden. Das entspricht jedoch nicht zwangsläufig den tatsächlichen Gegebenheiten.

Unter der Bewohnerschaft von Gebäuden, die als reine Altenwohnanlagen erstellt wurden, befinden sich nicht ausschließlich Personen im Rentenalter, wie bei den vorliegenden Auswertungen festgestellt wurde. Vergleiche zwischen dem Wohnraumangebot der Frankfurter Seniorenwohnungen und den hier ermittelten Bewohnerzahlen sind deshalb nicht ohne weiteres möglich.

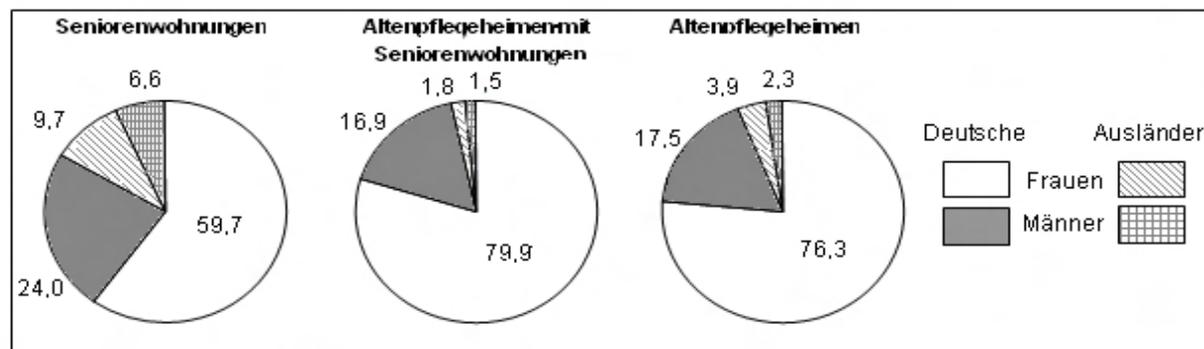
Eine genaue Zahl der Seniorinnen und Senioren in Altenpflegeheimen lässt sich ebenfalls aus dem Melderegister allein nicht ermitteln, da unter bestimmten rechtlich definierten Voraussetzungen die Meldepflicht entfällt. Erfahrungsgemäß wird auch nicht immer konsequent auf An- und Abmeldungen geachtet. Die tatsächliche Zahl der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner dürfte **deutlich höher** als die ermittelten Werte ausfallen. (Vgl. dazu Teilbericht III: Angebote und Hilfen zur selbstbestimmten Lebensführung in stationären Einrichtungen. Kapitel 2.1.2, Zahl der Pflegeplätze und Kapitel 2.1.8, Auslastung).

treffen ist. Knapp 2.000 Personen gehören zu den Bewohnerinnen und Bewohnern von reinen Altenpflegeheimen. Grundsätzlich nimmt der Anteil der Menschen in Seniorenwohnungen und in Altenpflegeheimen mit steigendem Alter zu, allerdings variieren die zahlenmäßigen Schwerpunkte in den verschiedenen Einrichtungstypen. In Seniorenwohnungen, in denen die Möglichkeiten zu einer völlig eigenständigen Lebensführung noch gegeben sind, überwiegen die vergleichsweise vitalen bzw. rüstigen Altersgruppen zwischen 65 und 84 Jahren (zus. rd. 73 %). Anders ist es in den Altenpflegeheimen. Der Umzug in ein Heim bedeutet einen tiefen Einschnitt in die bisherige Lebensgestaltung. Er wird offensichtlich erst dann vollzogen, wenn der Gesundheitszustand keine andere Wahl lässt. Selbstverständlich können Menschen aller Altersgruppen pflegebedürftig werden. Da die Wahrscheinlichkeit mit dem Alter jedoch zunimmt, überwiegen in den Altenpflegeheimen Personen ab 80 bis 94 Jahren (zus. rd. 67 %). Auch in den Einrichtungen, in denen Altenpflegeheime mit Seniorenwohnungen kombiniert sind, liegt der zahlenmäßige Schwerpunkt (zus. 68 %) in dieser Altersgruppe. Ein Hinweis darauf, dass in diesen Einrichtungen vermutlich Menschen leben, die einen erhöhten Bedarf an Betreuung und Pflege haben.

Tabelle 2.5.1 (II): Ältere Menschen in Seniorenwohnungen und Altenpflegeheimen 2004

Einwohner/innen von .. bis .. Jahren	Insgesamt	darunter in ...		
		Seniorenwohnungen	Altenpflegeheimen mit Seniorenwohnungen	Altenpflegeheimen
absolut				
60 u. älter	144 824	7 261	1 233	1 955
davon				
60 - 64	38 317	884	32	38
65 - 69	33 968	1 333	46	98
70 - 74	23 643	1 232	64	124
75 - 79	20 917	1 387	152	223
80 - 84	16 449	1 322	349	491
85 - 89	6 426	580	235	346
90 - 94	4 069	417	254	471
95 u. älter	1 035	106	101	164
in % der jeweiligen Altersgruppe				
60 u. älter	100,0	5,0	0,9	1,3
davon				
60 - 64	100,0	2,3	0,1	0,1
65 - 69	100,0	3,9	0,1	0,3
70 - 74	100,0	5,2	0,3	0,5
75 - 79	100,0	6,6	0,7	1,1
80 - 84	100,0	8,0	2,1	3,0
85 - 89	100,0	9,0	3,7	5,4
90 - 94	100,0	10,2	6,2	11,6
95 u. älter	100,0	10,2	9,8	15,8
in % der jeweiligen Einrichtung				
60 u. älter	x	100,0	100,0	100,0
davon				
60 - 64	x	12,2	2,6	1,9
65 - 69	x	18,4	3,7	5,0
70 - 74	x	17,0	5,2	6,3
75 - 79	x	19,1	12,3	11,4
80 - 84	x	18,2	28,3	25,1
85 - 89	x	8,0	19,1	17,7
90 - 94	x	5,7	20,6	24,1
95 u. älter	x	1,5	8,2	8,4

Abbildung-2.5.1 (II): Bewohnerinnen und Bewohner in ...



Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen - Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen.

Die Menschen in Seniorenwohnungen und Altenpflegeheimen setzen sich mehrheitlich aus deutschen Frauen (zwischen 59,7 % und 79,9 %) und deutschen Männern (zwischen 16,9 % und 24,0 %) zusammen (vgl. Abbildung 2.5.1 (II)). Größere Anteile an ausländischen Mitbürgerinnen (9,7 %) und Mitbürgern (6,6 %) finden sich lediglich in Seniorenwohnungen, was auf die ohnehin jüngere Altersstruktur der ausländischen Einwohnerschaft zurückzuführen ist.

In welchem Alter der Wechsel von der bisherigen Wohnung in eine betreute Wohnform oder in ein Altenpflegeheim stattfindet, lässt sich aus Tabelle 2.5.2 (II) schließen, welche eine Wohndauer von unter 2 Jahren an der Adresse mit den verschiedenen Altersgruppen kombiniert. Danach erfolgt der Zuzug in eine Seniorenwohnung vor allem im Alter zwischen 60 bis 69 Jahren. In den drei folgenden Altersgruppen (70 bis 84 Jahre) nehmen die Anteile von 17,7 % auf 12,4 % kontinuierlich ab. Ein drastischer Rückgang setzt in der Gruppe ab 85 bis 89 Jahren (5,3 %) ein. In Altenpflegeheimen mit Seniorenwohnungen bzw. in Altenpflegeheimen werden vor allem Personen zwischen 80 und 84 Jahren (29,7 % bzw. 27,4 %) aufgenommen. Die jeweiligen Anteile der nachfolgenden Gruppen liegen bereits deutlich darunter.

Tabelle 2.5.2 (II): Wechsel von der Privatwohnung in eine Seniorenwohnung oder ein Altenpflegeheim 2004

Einwohner/innen von .. bis .. Jahren	Wohndauer unter 2 Jahren in ...					
	Seniorenwohnungen		Altenpflegeheimen mit Seniorenwohnungen		Altenpflegeheimen	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
60 u. älter	1 115	100,0	407	100,0	892	100,0
davon						
60 - 64	239	21,4	14	3,4	18	2,0
65 - 69	240	21,5	24	5,9	51	5,7
70 - 74	197	17,7	23	5,7	64	7,2
75 - 79	179	16,1	64	15,7	120	13,5
80 - 84	138	12,4	121	29,7	244	27,4
85 - 89	59	5,3	77	18,9	168	18,8
90 - 94	55	4,9	65	16,0	179	20,1
95 u. älter	8	0,7	19	4,7	48	5,4

Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen - Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen.

Tabelle A 2.5.2 (II) - im Anhang - gibt einen Gesamtüberblick über die Wohndauer der Personen in Seniorenwohnungen und Altenpflegeheimen. Insbesondere die Zahlen über die Verweildauer in Altenpflegeheimen weisen nachdrücklich darauf hin, wie schlecht es um den Gesundheitszustand der Neuzugänge bestellt sein muss. Am Jahresende 2004 lebte ein Viertel (25,3 %) aller Bewohnerinnen und Bewohner noch kein ganzes Jahr in der Einrichtung, bei einem Fünftel (20,3 %) beträgt die Verweildauer zwischen einem und weniger als zwei Jahren, ein Siebtel (14,7 %) hat eine Aufenthaltsdauer von zwei bis unter drei Jahren und ein Zehntel (10,1 %) wird seit nicht ganz vier Jahren im Altenpflegeheim betreut. Mit jedem weiteren Jahr nehmen die Zahlen der dazugehörigen Personen durch Tod rasch ab.

2.6 Resümee und Handlungsempfehlungen

Die Zahl der älteren Menschen ab 60 Jahren wird in Frankfurt am Main bis 2020 voraussichtlich nur wenig steigen. Der Beginn des großen demographischen Wandels wird erst ab 2030 erwartet. Die Verschiebungen in den demographischen Strukturen, wie sie bereits im vergangenen Jahrzehnt stattfanden, werden sich auch in absehbarer Zukunft fortsetzen: So wird sich der Überschuss der deutschen Frauen noch etwas mehr verringern, die Zahlen der Hochbetagten und die Zahlen der Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund werden weiter zunehmen.

Die Frankfurter Altenbevölkerung wird sich auch künftig nicht gleichmäßig über das Stadtgebiet verteilen. Allerdings werden die kleinräumigen Schwerpunkte von heute in ihrer Gesamtheit nicht die von morgen sein, denn durch Alterung, natürliche und räumliche Bevölkerungsbewegungen, Familienzyklen und andere Einflussgrößen werden die bestehenden Kristallisationskerne vermutlich nach und nach aufgelöst und es werden neue Zentren entstehen.

Wie der vorliegende Beitrag erkennen lässt, gibt es bereits jetzt ein breit gefächertes Angebot an demographischen Daten über den älteren Teil der Frankfurter Bevölkerung und ihre künftige Entwicklung. Was fehlt sind Informationen, die Hinweise zu den Lebenslagen der älteren Menschen beinhalten. Dazu gehören beispielsweise

Daten über ihre Familien- und Haushaltsstrukturen, ihre Erwerbsbeteiligung, ihre ökonomische Situation oder ihre Pflegebedürftigkeit. Hier gilt es bisher ungenutzte Informationsquellen statistisch zu erschließen.

Die regelmäßige Bereitstellung differenzierter Informationen über ältere Menschen und ihre Lebenssituation sowie die kontinuierliche Beobachtung der strukturellen und räumlichen Veränderungsprozesse gehörten bisher nicht zum Standardangebot der Frankfurter Statistik. Gerade diese Daten werden jedoch künftig verstärkt eingefordert werden, als unverzichtbare Grundlage für eine zielgruppenorientierte effiziente Altersplanung. Darüber hinaus stellen sie ein objektives Eichmaß für die Kontrolle und Bewertung getroffener Maßnahmen dar.

Die Frankfurter Statistik plant in Zusammenarbeit mit den anderen Dezernaten und Ämtern der Stadtverwaltung deshalb den **Aufbau eines Statistischen Berichts- und Beobachtungssystems**, in dem umfassend Informationen über die älteren Bürgerinnen und Bürger der Stadt aus den verschiedenen Quellen zusammengeführt und gepflegt werden. Dazu gehören auch **regelmäßige Bevölkerungsprognosen** mit erweiterter, aktualisierter Datengrundlage, die die Ergebnisse aus vorangegangenen Modellrechnungen kontinuierlich überprüfen und fortschreiben.

Die wichtigsten Daten aus dem Berichts- und Beobachtungssystem **sollen** in standardisierter Form **regelmäßig veröffentlicht** bzw. in die Berichtsreihen der Statistik eingebunden **werden**. Darüber hinaus können die Träger der Altersplanung aus dem Datenpool mit sachlich, räumlich und zeitlich tief gegliedertem Datenmaterial versorgt werden. In welcher Form und in welchen Zeitabständen dies geschieht, wäre mit den verschiedenen Trägern der Altenhilfe bilateral zu vereinbaren.

2.7 Anhang zu Kapitel 2

2.7.1 Verzeichnis der Tabellen in Kapitel 2

Im Text

Nr.		Seite
2.1.1 (II)	Ältere Menschen 2004	II - 2
2.1.2 (II)	Ältere Frauen und Männer 2004	II - 4
2.1.3 (II)	Ältere Deutsche und Ausländer/innen 2004	II - 5
2.1.4 (II)	Ausgewählte Nationalitäten 2004	II - 5
2.1.5 (II)	Ältere Menschen mit und ohne Ehepartner/in 2004	II - 6
2.1.6 (II)	Ältere Menschen nach der Wohndauer an der Adresse 2004	II - 7
2.2.1 (II)	Ältere Menschen in der Frankfurter Bevölkerung 1994 und 2004 im Vergleich	II - 9
2.2.2 (II)	Altersgruppen 1994 und 2004 im Vergleich	II - 11
2.3.1 (II)	Modellrechnung „langjähriger Trend“ – Wohnberechtigte Bevölkerung	II - 14
2.3.2 (II)	Modellrechnung „langjähriger Trend“ – Wohnberechtigte Bevölkerung Variante 1 mit gesteigerter Lebenserwartung: Gesamteffekt 1980/2002 von Anfang an	II - 14
2.3.3 (II)	Modellrechnung „langjähriger Trend“ – Wohnberechtigte Bevölkerung Variante 2 mit gesteigerter Lebenserwartung: Halber Effekt 1980/2002 ab 2011	II - 14
2.4.1 (II)	Seniorinnen und Senioren in den Stadtteilen 2004	II - 22
2.4.2 (II)	Deutsche und ausländische Seniorinnen und Senioren in den Stadtteilen 2004	II - 24
2.5.1 (II)	Ältere Menschen in Seniorenwohnungen und Altenpflegeheimen 2004	II - 29
2.5.2 (II)	Wechsel von der Privatwohnung in eine Seniorenwohnung oder ein Altenpflegeheim 2004	II - 31

Im Anhang

Nr.		Seite
A 2.1.1 (II)	Ältere Frauen und Männer, Deutsche und Ausländer/innen 2004	II - 37
A 2.1.2 (II)	Ältere Menschen nach Altersjahren 2004	II - 38
A 2.1.3 (II)	Nationalitätengruppen mit mehr als 50 Einwohner/innen ab 60 Jahren 2004 - sortiert nach der Anzahl der 60jährigen und älteren	II - 40
A 2.1.4 (II)	Ältere Menschen nach Familienstand 2004	II - 41
A 2.1.5 (II)	Ältere Menschen nach der Wohndauer an der Adresse 2004	II - 42
A 2.2.1 (II)	Entwicklung der älteren Frauen und Männer, Deutschen und Ausländer/innen 1994 und 2004	II - 43
A 2.4.1 (II)	Ältere Menschen in den Stadtteilen 2004 - absolut und in % -	II - 49
A 2.4.2 (II)	Seniorinnen und Senioren in Frankfurter Wohnsiedlungen 2004	II - 52
A 2.5.1 (II)	Frauen und Männer, Deutsche und Ausländer/innen in Seniorenwohnungen und Altenpflegeheimen 2004	II - 54
A 2.5.2 (II)	Seniorinnen und Senioren nach der Wohndauer in Seniorenwohnungen und Altenpflegeheimen 2004	II - 55

2.7.2 Verzeichnis der Abbildungen in Kapitel 2

Im Text

Nr.		Seite
2.1.1 (II)	Alterspyramide der älteren Menschen in Frankfurt am Main 2004	II - 3
2.2.1 (II)	Ältere Menschen in der Frankfurter Bevölkerung 1994 und 2004	II - 10
2.3.1 (II)	Bevölkerungsentwicklung und Annahmen zur Lebenserwartung – Einwohner/innen 60 bis 64 Jahre	II - 15
2.3.2 (II)	Bevölkerungsentwicklung und Annahmen zur Lebenserwartung - Einwohner/innen 65 bis 74 Jahre	II - 15
2.3.3 (II)	Bevölkerungsentwicklung und Annahmen zur Lebenserwartung - Einwohner/innen 75 bis 84 Jahre	II - 16
2.3.4 (II)	Bevölkerungsentwicklung und Annahmen zur Lebenserwartung - Einwohner/innen ab 85 Jahren	II - 16
2.4.1 (II)	Regionale Schwerpunkte der Seniorinnen und Senioren 2004 - Zahl der Einwohner/innen ab 60 Jahren	II - 20
2.4.2 (II)	Regionale Schwerpunkte der Seniorinnen und Senioren 2004 - Anteile der Einwohner/innen ab 60 Jahren	II - 21
2.4.3 (II)	Stadtteile mit den jeweils 10 höchsten Anteilen von deutschen und ausländischen Senior/innen	II - 25
2.5.1 (II)	Bewohnerinnen und Bewohner in Seniorenwohnungen und Altenpflegeheimen	II - 29

Im Anhang

Nr.		Seite
A 2.2.1 (II)	Altersaufbau der Frankfurter Bevölkerung 1994	II - 45
A 2.2.2 (II)	Altersaufbau der Frankfurter Bevölkerung 2004	II - 46
A 2.3.1 (II)	Altersaufbau der Frankfurter Bevölkerung 2004 - Anfangsbestand für die Bevölkerungsprognose	II - 47
A 2.3.2 (II)	Altersaufbau der Frankfurter Bevölkerung 2020	II - 48
A 2.4.1 (II)	Frankfurter Wohnsiedlungen mit überdurchschnittlichen Seniorenanteilen 2004	II - 51

**Tabelle A 2.1.1 (II):
Ältere Frauen und Männer, Deutsche und Ausländer/innen 2004**

Einwohner/innen von .. bis .. Jahre	Insgesamt			Deutsche			Ausländer/innen		
	Frauen	Männer	insges.	Frauen	Männer	insges.	Frauen	Männer	insges.
	absolut								
Insgesamt	334 455	323 345	657 800	253 437	236 171	489 608	81 018	87 174	168 192
darunter									
50 - 54	21 109	21 191	42 300	15 531	15 986	31 517	5 578	5 205	10 783
55 - 59	18 836	19 139	37 975	13 953	13 683	27 636	4 883	5 456	10 339
60 u. älter	83 235	61 589	144 824	74 534	51 015	125 549	8 701	10 574	19 275
davon									
60 - 64	18 985	19 332	38 317	15 661	15 100	30 761	3 324	4 232	7 556
65 - 69	17 857	16 111	33 968	15 452	12 974	28 426	2 405	3 137	5 542
70 - 74	13 118	10 525	23 643	11 663	8 619	20 282	1 455	1 906	3 361
75 - 79	12 685	8 232	20 917	11 865	7 460	19 325	820	772	1 592
80 - 84	11 708	4 741	16 449	11 285	4 381	15 666	423	360	783
85 - 89	4 797	1 629	6 426	4 630	1 522	6 152	167	107	274
90 - 94	3 212	857	4 069	3 126	812	3 938	86	45	131
95 u. älter	873	162	1 035	852	147	999	21	15	36
	in %								
Insgesamt	50,8	49,2	100,0	38,5	35,9	74,4	12,3	13,3	25,6
darunter									
50 - 54	49,9	50,1	100,0	36,7	37,8	74,5	13,2	12,3	25,5
55 - 59	49,6	50,4	100,0	36,7	36,0	72,8	12,9	14,4	27,2
60 u. älter	57,5	42,5	100,0	51,5	35,2	86,7	6,0	7,3	13,3
davon									
60 - 64	49,5	50,5	100,0	40,9	39,4	80,3	8,7	11,0	19,7
65 - 69	52,6	47,4	100,0	45,5	38,2	83,7	7,1	9,2	16,3
70 - 74	55,5	44,5	100,0	49,3	36,5	85,8	6,2	8,1	14,2
75 - 79	60,6	39,4	100,0	56,7	35,7	92,4	3,9	3,7	7,6
80 - 84	71,2	28,8	100,0	68,6	26,6	95,2	2,6	2,2	4,8
85 - 89	74,6	25,4	100,0	72,1	23,7	95,7	2,6	1,7	4,3
90 - 94	78,9	21,1	100,0	76,8	20,0	96,8	2,1	1,1	3,2
95 u. älter	84,3	15,7	100,0	82,3	14,2	96,5	2,0	1,4	3,5

Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen - Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen.

**Tabelle A 2.1.2 (II):
Ältere Menschen nach Altersjahren 2004**

Altersjahre Altersgruppen	Insgesamt			Deutsche			Ausländer/innen		
	Frauen	Männer	insges.	Frauen	Männer	insges.	Frauen	Männer	insges.
50	4 270	4 388	8 658	3 162	3 270	6 432	1 108	1 118	2 226
51	4 291	4 142	8 433	3 186	3 220	6 406	1 105	922	2 027
52	4 121	4 222	8 343	3 012	3 197	6 209	1 109	1 025	2 134
53	4 108	4 021	8 129	3 043	3 038	6 081	1 065	983	2 048
54	4 319	4 418	8 737	3 128	3 261	6 389	1 191	1 157	2 348
50 - 54	21 109	21 191	42 300	15 531	15 986	31 517	5 578	5 205	10 783
55	4 211	4 170	8 381	3 116	3 082	6 198	1 095	1 088	2 183
56	4 157	4 117	8 274	3 053	2 907	5 960	1 104	1 210	2 314
57	3 923	3 983	7 906	2 929	2 844	5 773	994	1 139	2 133
58	3 472	3 607	7 079	2 565	2 551	5 116	907	1 056	1 963
59	3 073	3 262	6 335	2 290	2 299	4 589	783	963	1 746
55 - 59	18 836	19 139	37 975	13 953	13 683	27 636	4 883	5 456	10 339
60	3 793	3 840	7 633	3 015	2 966	5 981	778	874	1 652
61	3 716	3 812	7 528	3 040	2 988	6 028	676	824	1 500
62	3 487	3 666	7 153	2 827	2 805	5 632	660	861	1 521
63	3 885	3 993	7 878	3 333	3 152	6 485	552	841	1 393
64	4 104	4 021	8 125	3 446	3 189	6 635	658	832	1 490
60 - 64	18 985	19 332	38 317	15 661	15 100	30 761	3 324	4 232	7 556
65	3 953	3 790	7 743	3 391	3 040	6 431	562	750	1 312
66	3 706	3 397	7 103	3 178	2 686	5 864	528	711	1 239
67	3 430	3 084	6 514	2 962	2 474	5 436	468	610	1 078
68	3 478	3 043	6 521	2 997	2 439	5 436	481	604	1 085
69	3 290	2 797	6 087	2 924	2 335	5 259	366	462	828
65 - 69	17 857	16 111	33 968	15 452	12 974	28 426	2 405	3 137	5 542
70	3 087	2 624	5 711	2 742	2 140	4 882	345	484	829
71	2 452	2 061	4 513	2 121	1 605	3 726	331	456	787
72	2 456	1 938	4 394	2 153	1 583	3 736	303	355	658
73	2 425	1 965	4 390	2 208	1 646	3 854	217	319	536
74	2 698	1 937	4 635	2 439	1 645	4 084	259	292	551
70 - 74	13 118	10 525	23 643	11 663	8 619	20 282	1 455	1 906	3 361
75	2 538	1 837	4 375	2 349	1 629	3 978	189	208	397
76	2 550	1 886	4 436	2 376	1 719	4 095	174	167	341
77	2 525	1 543	4 068	2 368	1 396	3 764	157	147	304
78	2 544	1 549	4 093	2 370	1 419	3 789	174	130	304
79	2 528	1 417	3 945	2 402	1 297	3 699	126	120	246
75 - 79	12 685	8 232	20 917	11 865	7 460	19 325	820	772	1 592
80	2 450	1 096	3 546	2 330	992	3 322	120	104	224
81	2 403	964	3 367	2 314	884	3 198	89	80	169
82	2 258	955	3 213	2 186	884	3 070	72	71	143
83	2 288	895	3 183	2 218	847	3 065	70	48	118
84	2 309	831	3 140	2 237	774	3 011	72	57	129
80 - 84	11 708	4 741	16 449	11 285	4 381	15 666	423	360	783

**noch Tabelle A 2.1.2 (II):
Ältere Menschen nach Altersjahren 2004**

Altersjahre Altersgruppen	Insgesamt			Deutsche			Ausländer/innen		
	Frauen	Männer	insges.	Frauen	Männer	insges.	Frauen	Männer	insges.
85	1 528	540	2 068	1 472	512	1 984	56	28	84
86	921	329	1 250	901	305	1 206	20	24	44
87	819	236	1 055	786	221	1 007	33	15	48
88	681	269	950	650	246	896	31	23	54
89	848	255	1 103	821	238	1 059	27	17	44
85 -89	4 797	1 629	6 426	4 630	1 522	6 152	167	107	274
90	934	270	1 204	905	253	1 158	29	17	46
91	772	211	983	750	201	951	22	10	32
92	652	153	805	642	148	790	10	5	15
93	475	134	609	458	126	584	17	8	25
94	379	89	468	371	84	455	8	5	13
90 - 94	3 212	857	4 069	3 126	812	3 938	86	45	131
95	273	55	328	265	52	317	8	3	11
96	226	45	271	222	40	262	4	5	9
97	147	21	168	145	19	164	3	4	7
98	90	16	106	89	14	103	0	0	0
99 u. äl.	137	25	162	131	22	153	6	3	9
95 und älter	873	162	1 035	852	147	999	21	15	36

Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen - Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen.

**Tabelle A 2.1.3 (II):
Nationalitätengruppen mit mehr als 50 Einwohner/innen ab 60 Jahren 2004
- sortiert nach der Anzahl der 60jährigen und älteren**

Einwohner/innen aus ...	Altersgruppen in Jahren				
	50 - 59	60 u. älter	60 - 64	65 - 74	75 u. älter
Türkei	3 024	3 914	1 611	1 936	367
Serbien und Montenegro	2 206	2 147	842	1 037	268
Kroatien	2 809	2 104	1 042	932	130
Italien	2 131	1 922	726	927	269
Griechenland	1 053	1 281	490	650	141
Spanien	793	1 002	343	526	133
Marokko	533	902	283	487	132
Österreich	486	570	271	186	113
Bosnien und Herzegowina	962	506	246	229	31
Vereinigte Staaten	443	501	139	189	173
Russische Föderation	220	427	74	226	127
Ukraine	173	391	61	183	147
Portugal	523	338	185	131	22
Iran	270	268	70	130	68
Polen	653	222	69	90	63
Frankreich	431	193	74	68	51
Großbritannien u. Nordirland	386	180	73	74	33
Afghanistan	168	173	45	73	55
Slowenien	173	141	65	57	19
Mazedonien	236	137	82	51	4
Niederlande	171	114	45	37	32
Rumänien	157	112	30	38	44
Israel	103	107	29	36	42
Schweiz	108	95	42	35	18
Staatenlos	72	91	20	28	43
Indien	205	70	36	24	10
Pakistan	139	65	21	29	15
Ungarn	82	61	23	26	12
Korea, Republik	117	60	35	22	3
Belgien	42	51	16	20	15
Andere	2 253	1 130	468	426	236
Insgesamt	21 122	19 275	7 556	8 903	2 816

Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen - Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen.

**Tabelle A 2.1.4 (II):
Ältere Menschen nach Familienstand 2004**

Volljährige Einwohner/innen von .. bis .. Jahren	zusammen	Familienstand			
		ledig	verheiratet	verwitwet	geschieden
		absolut			
zusammen	557 867	191 160	276 241	40 630	49 836
darunter					
50 - 54	42 300	6 906	27 679	1 259	6 456
55 - 59	37 975	4 438	25 807	1 791	5 939
60 u. älter	144 824	13 339	80 052	36 087	15 346
davon					
60 - 64	38 317	4 145	25 547	3 081	5 544
65 - 69	33 968	3 156	22 012	4 715	4 085
70 - 74	23 643	1 938	14 123	5 448	2 134
75 - 79	20 917	1 723	10 485	7 105	1 604
80 - 84	16 449	1 433	5 707	8 055	1 254
85 und älter	11 530	944	2 178	7 683	725
		in %			
zusammen	100,0	34,3	49,5	7,3	8,9
darunter					
50 - 54	100,0	16,3	65,4	3,0	15,3
55 - 59	100,0	11,7	68,0	4,7	15,6
60 u. älter	100,0	9,2	55,3	24,9	10,6
davon					
60 - 64	100,0	10,8	66,7	8,0	14,5
65 - 69	100,0	9,3	64,8	13,9	12,0
70 - 74	100,0	8,2	59,7	23,0	9,0
75 - 79	100,0	8,2	50,1	34,0	7,7
80 - 84	100,0	8,7	34,7	49,0	7,6
85 und älter	100,0	8,2	18,9	66,6	6,3

Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen - Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen.

**Tabelle A 2.1.5 (II):
Ältere Menschen nach der Wohndauer an der Adresse 2004**

Volljährige Einwohner/innen von .. bis .. Jahren	zusammen	Wohndauer an der Adresse				
		unter 5 Jahren		5 - 9 Jahre	10 - 14 Jahre	15 Jahre und länger
		zusammen	dar. unter 2 J.			
absolut						
zusammen	557 867	229 579	127 177	96 759	48 108	183 421
darunter						
50 - 54	42 300	11 058	5 377	8 211	5 631	17 400
55 - 59	37 975	7 771	3 656	6 288	4 237	19 679
60 u. älter	144 824	18 332	8 207	14 593	10 510	101 389
davon						
60 - 64	38 317	6 116	2 735	5 049	3 599	23 553
65 - 69	33 968	4 451	1 914	3 901	2 675	22 941
70 - 74	23 643	2 470	1 050	2 287	1 643	17 243
75 - 79	20 917	1 818	815	1 460	1 245	16 394
80 - 84	16 449	1 690	800	1 009	796	12 954
85 und älter	11 530	1 787	893	887	552	8 304
zusammen	100,0	41,2	22,8	17,3	8,6	32,9
darunter						
50 - 54	100,0	26,1	12,7	19,4	13,3	41,1
55 - 59	100,0	20,5	9,6	16,6	11,2	51,8
60 u. älter	100,0	12,7	5,7	10,1	7,3	70,0
davon						
60 - 64	100,0	16,0	7,1	13,2	9,4	61,5
65 - 69	100,0	13,1	5,6	11,5	7,9	67,5
70 - 74	100,0	10,4	4,4	9,7	6,9	72,9
75 - 79	100,0	8,7	3,9	7,0	6,0	78,4
80 - 84	100,0	10,3	4,9	6,1	4,8	78,8
85 und älter	100,0	15,5	7,7	7,7	4,8	72,0

Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen - Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen.

Tabelle A 2.2.1 (II):
Entwicklung der älteren Frauen und Männer, Deutschen und Ausländer/innen 1994 und 2004

Einwohner/innen von .. bis .. Jahre	Insgesamt			Deutsche			Ausländer/innen		
	Frauen	Männer	insges.	Frauen	Männer	zus.	Frauen	Männer	zus.
	1994								
Insgesamt	344 211	332 100	676 311	259 663	227 030	486 693	84 548	105 070	189 618
darunter									
50 - 54	23 028	25 454	48 482	18 522	18 723	37 245	4 506	6 731	11 237
55 - 59	22 172	22 816	44 988	18 642	17 292	35 934	3 530	5 524	9 054
60 u. älter	86 186	53 460	139 646	80 613	46 554	127 167	5 573	6 906	12 479
davon									
60 - 64	16 862	16 308	33 170	14 534	12 597	27 131	2 328	3 711	6 039
65 - 69	17 524	13 923	31 447	16 104	12 264	28 368	1 420	1 659	3 079
70 - 74	18 998	10 014	29 012	18 166	9 156	27 322	832	858	1 690
75 - 79	10 665	5 167	15 832	10 241	4 817	15 058	424	350	774
80 - 84	12 100	4 996	17 096	11 781	4 785	16 566	319	211	530
85 - 89	7 211	2 329	9 540	7 069	2 255	9 324	142	74	216
90 - 94	2 326	627	2 953	2 251	598	2 849	75	29	104
95 u. älter	500	96	596	467	82	549	33	14	47
	2004								
Insgesamt	334 455	323 345	657 800	253 437	236 171	489 608	81 018	87 174	168 192
darunter									
50 - 54	21 109	21 191	42 300	15 531	15 986	31 517	5 578	5 205	10 783
55 - 59	18 836	19 139	37 975	13 953	13 683	27 636	4 883	5 456	10 339
60 u. älter	83 235	61 589	144 824	74 534	51 015	125 549	8 701	10 574	19 275
davon									
60 - 64	18 985	19 332	38 317	15 661	15 100	30 761	3 324	4 232	7 556
65 - 69	17 857	16 111	33 968	15 452	12 974	28 426	2 405	3 137	5 542
70 - 74	13 118	10 525	23 643	11 663	8 619	20 282	1 455	1 906	3 361
75 - 79	12 685	8 232	20 917	11 865	7 460	19 325	820	772	1 592
80 - 84	11 708	4 741	16 449	11 285	4 381	15 666	423	360	783
85 - 89	4 797	1 629	6 426	4 630	1 522	6 152	167	107	274
90 - 94	3 212	857	4 069	3 126	812	3 938	86	45	131
95 u. älter	873	162	1 035	852	147	999	21	15	36

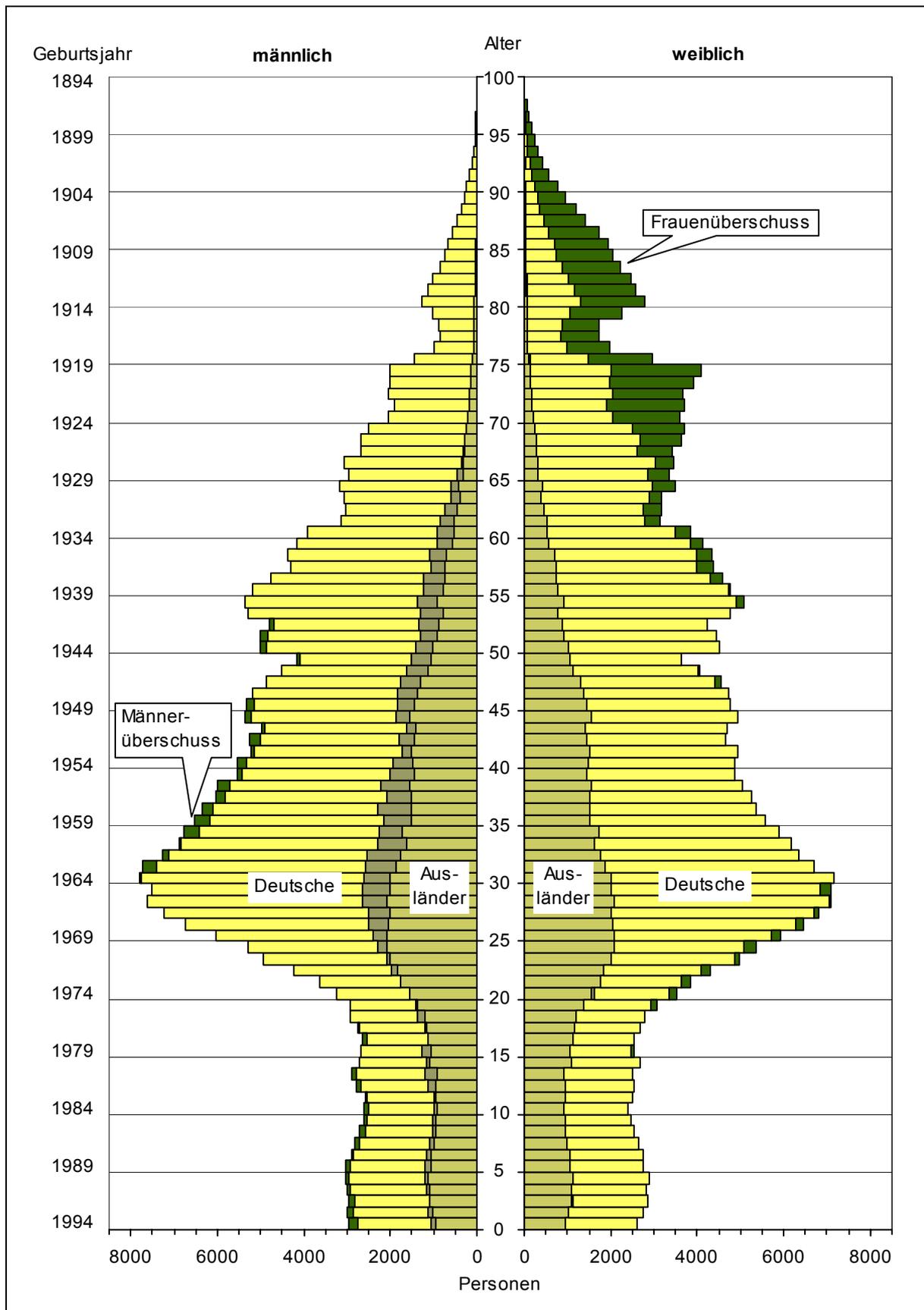
noch Tabelle A 2.2.1 (II):

Entwicklung der älteren Frauen und Männer, Deutschen und Ausländer/innen 1994 und 2004

Einwohner/innen von .. bis .. Jahre	Insgesamt			Deutsche			Ausländer/innen		
	Frauen	Männer	insges.	Frauen	Männer	zus.	Frauen	Männer	zus.
	Veränderung 2004 gegenüber 1994 - absolut								
Insgesamt	-9 756	-8 755	-18 511	-6 226	9 141	2 915	-3 530	-17 896	-21 426
darunter									
50 - 54	-1 919	-4 263	-6 182	-2 991	-2 737	-5 728	1 072	-1 526	- 454
55 - 59	-3 336	-3 677	-7 013	-4 689	-3 609	-8 298	1 353	- 68	1 285
60 u. älter	-2 951	8 129	5 178	-6 079	4 461	-1 618	3 128	3 668	6 796
davon									
60 - 64	2 123	3 024	5 147	1 127	2 503	3 630	996	521	1 517
65 - 69	333	2 188	2 521	- 652	710	58	985	1 478	2 463
70 - 74	-5 880	511	-5 369	-6 503	- 537	-7 040	623	1 048	1 671
75 - 79	2 020	3 065	5 085	1 624	2 643	4 267	396	422	818
80 - 84	- 392	- 255	- 647	- 496	- 404	- 900	104	149	253
85 - 89	-2 414	- 700	-3 114	-2 439	- 733	-3 172	25	33	58
90 - 94	886	230	1 116	875	214	1 089	11	16	27
95 u. älter	373	66	439	385	65	450	- 12	1	- 11
	Veränderung 2004 gegenüber 1994 in %								
Insgesamt	-2,8	-2,6	-2,7	-2,4	4,0	0,6	-4,2	-17,0	-11,3
darunter									
50 - 54	-8,3	-16,7	-12,8	-16,1	-14,6	-15,4	23,8	-22,7	-4,0
55 - 59	-15,0	-16,1	-15,6	-25,2	-20,9	-23,1	38,3	-1,2	14,2
60 u. älter	-3,4	15,2	3,7	-7,5	9,6	-1,3	56,1	53,1	54,5
davon									
60 - 64	12,6	18,5	15,5	7,8	19,9	13,4	42,8	14,0	25,1
65 - 69	1,9	15,7	8,0	-4,0	5,8	0,2	69,4	89,1	80,0
70 - 74	-31,0	5,1	-18,5	-35,8	-5,9	-25,8	74,9	122,1	98,9
75 - 79	18,9	59,3	32,1	15,9	54,9	28,3	93,4	120,6	105,7
80 - 84	-3,2	-5,1	-3,8	-4,2	-8,4	-5,4	32,6	70,6	47,7
85 - 89	-33,5	-30,1	-32,6	-34,5	-32,5	-34,0	17,6	44,6	26,9
90 - 94	38,1	36,7	37,8	38,9	35,8	38,2	14,7	55,2	26,0
95 u. älter	74,6	68,8	73,7	82,4	79,3	82,0	-36,4	7,1	-23,4

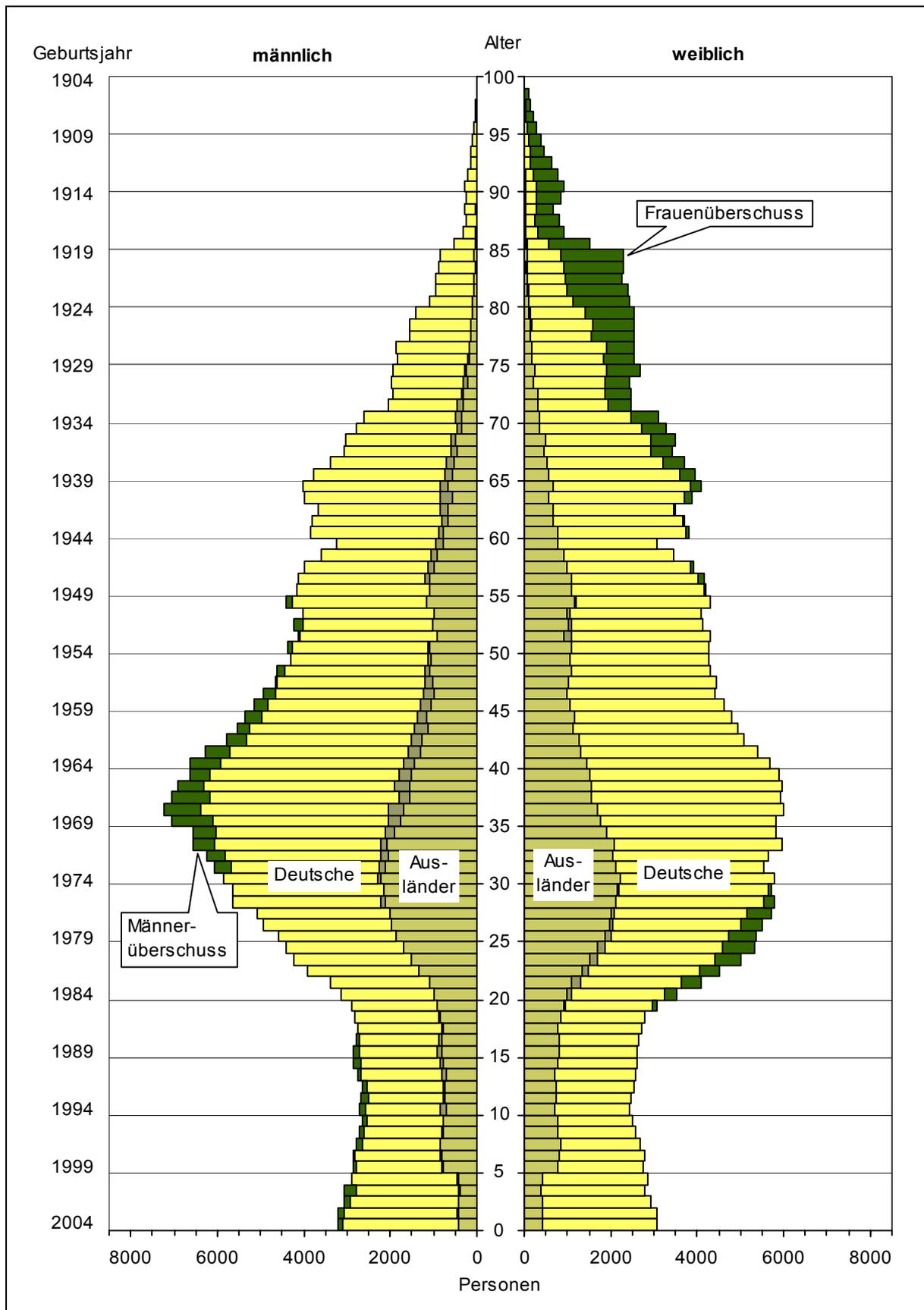
Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen - Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen.

**Abbildung A 2.2.1 (II):
Altersaufbau der Frankfurter Bevölkerung 1994**



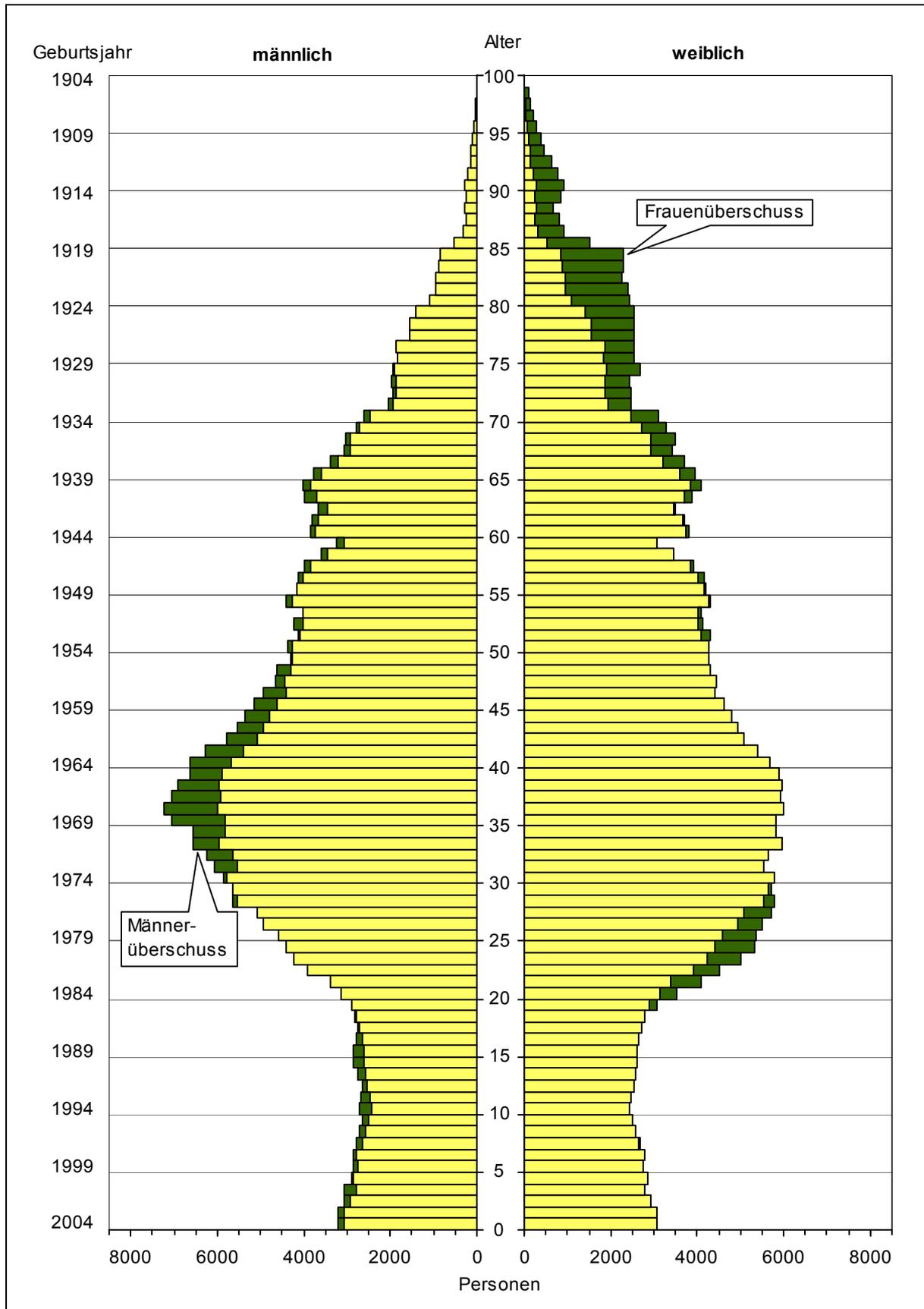
Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen - Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen.

**Abbildung A 2.2.2 (II):
Altersaufbau der Frankfurter Bevölkerung 2004**



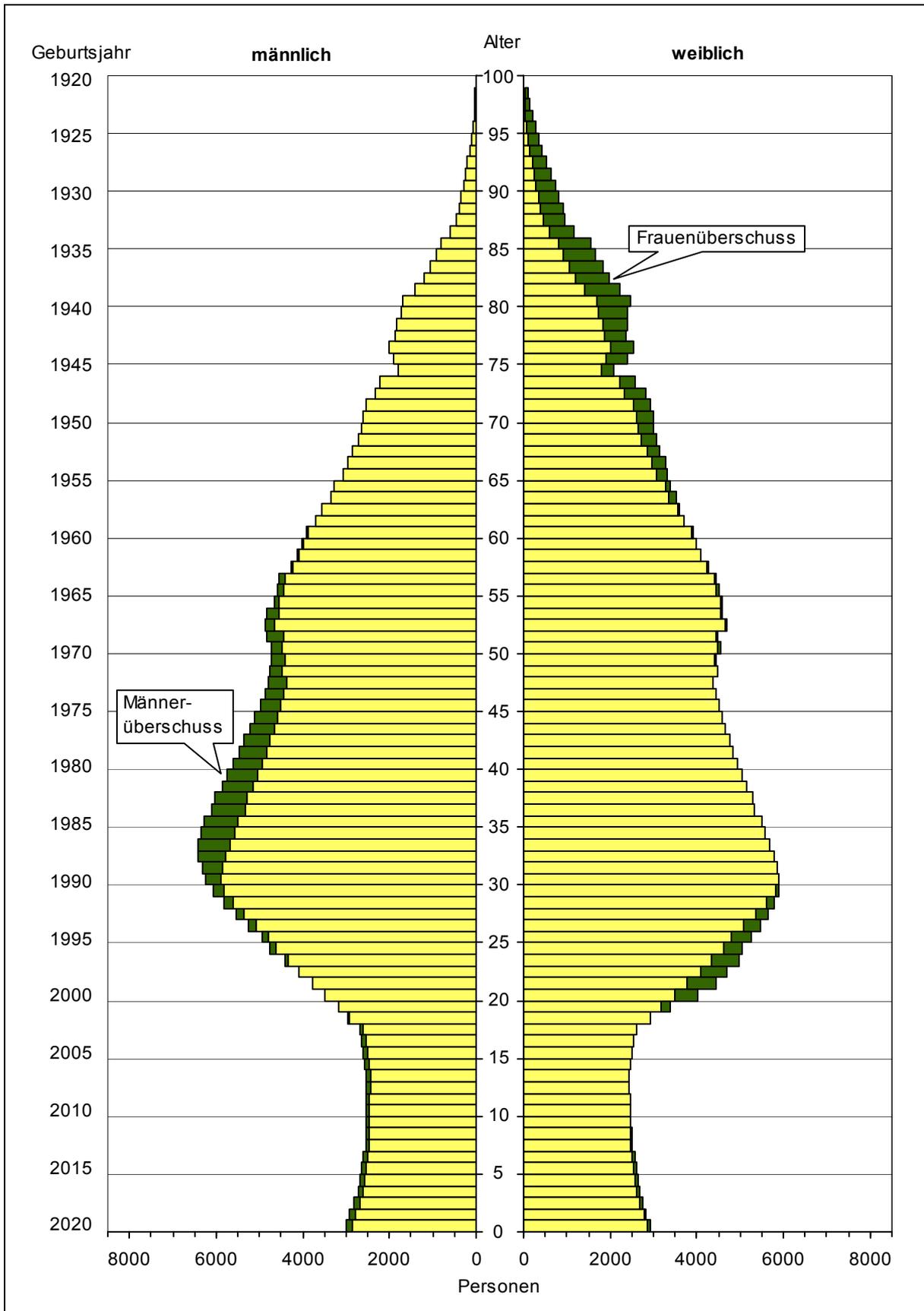
Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen - Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen.

**Abbildung A 2.3.1 (II):
 Altersaufbau der Frankfurter Bevölkerung 2004
 - Anfangsbestand für die Bevölkerungsprognose**



Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen - Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen.

**Abbildung A 2.3.2 (II):
Altersaufbau der Frankfurter Bevölkerung 2020**



Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen - Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen.

**Tabelle A 2.4.1 (II):
Ältere Menschen in den Stadtteilen 2004 - absolut**

Stadtteile	50 - 59 Jahre	60 Jahre und älter	davon in Altersgruppen			
			60 - 64	65 - 74	75 - 84	85 u. älter
Altstadt	480	921	228	303	307	83
Innenstadt	840	1 345	358	504	296	187
Bahnhofsviertel	351	366	138	172	46	10
Westend-Süd	2 216	3 625	1 157	1 326	846	296
Westend-Nord	1 096	1 673	489	584	426	174
Nordend-West	3 641	5 684	1 667	2 026	1 430	561
Nordend-Ost	3 272	4 559	1 377	1 727	1 089	366
Ostend	3 344	5 955	1 449	2 185	1 624	697
Bornheim	3 227	5 984	1 438	2 288	1 680	578
Gutleutviertel	694	1 179	291	456	281	151
Gallusviertel	3 061	4 658	1 415	1 888	1 057	298
Bockenheim	3 625	5 616	1 592	2 134	1 426	464
Sachsenhausen-Nord	3 583	5 539	1 624	2 194	1 269	452
Sachsenhausen-Süd	3 405	7 155	1 912	2 618	1 954	671
Oberrad	1 607	2 875	794	1 215	687	179
Niederrad	2 941	5 017	1 381	1 940	1 294	402
Schwanheim	2 504	5 337	1 227	2 302	1 463	345
Griesheim	2 670	4 300	1 147	1 730	1 144	279
Rödelheim	2 179	3 800	1 062	1 495	904	339
Hausen	799	1 521	373	631	393	124
Praunheim	2 043	4 142	1 077	1 676	1 027	362
Heddernheim	1 967	4 026	993	1 735	1 057	241
Niederursel	1 553	4 150	960	1 844	1 118	228
Ginnheim	1 766	3 372	838	1 368	926	240
Dornbusch	2 354	5 082	1 313	1 737	1 523	509
Eschersheim	1 666	3 506	920	1 328	968	290
Eckenheim	1 692	3 293	791	1 290	919	293
Preungesheim	1 089	1 887	476	807	481	123
Bonames	767	1 549	389	690	371	99
Berkersheim	399	628	191	278	123	36
Riederwald	582	1 141	295	417	335	94
Seckbach	1 243	2 804	666	1 019	748	371
Fechenheim	1 831	3 574	825	1 508	980	261
Höchst	1 465	1 908	550	760	457	141
Nied	2 127	3 793	1 025	1 673	870	225
Sindlingen	1 026	2 131	504	942	553	132
Zeilsheim	1 477	3 101	744	1 325	851	181
Unterliederbach	1 646	3 211	749	1 314	918	230
Sossenheim	1 778	3 325	833	1 409	859	224
Nieder-Erlenbach	561	934	261	405	213	55
Kalbach	696	1 004	308	426	224	46
Harheim	508	938	263	405	227	43
Nieder-Eschbach	1 389	2 637	695	1 186	643	113
Bergen-Enkheim	2 334	4 416	1 219	1 838	1 106	253
Frankfurter Berg	781	1 163	313	513	253	84
Insgesamt	80 275	144 824	38 317	57 611	37 366	11 530

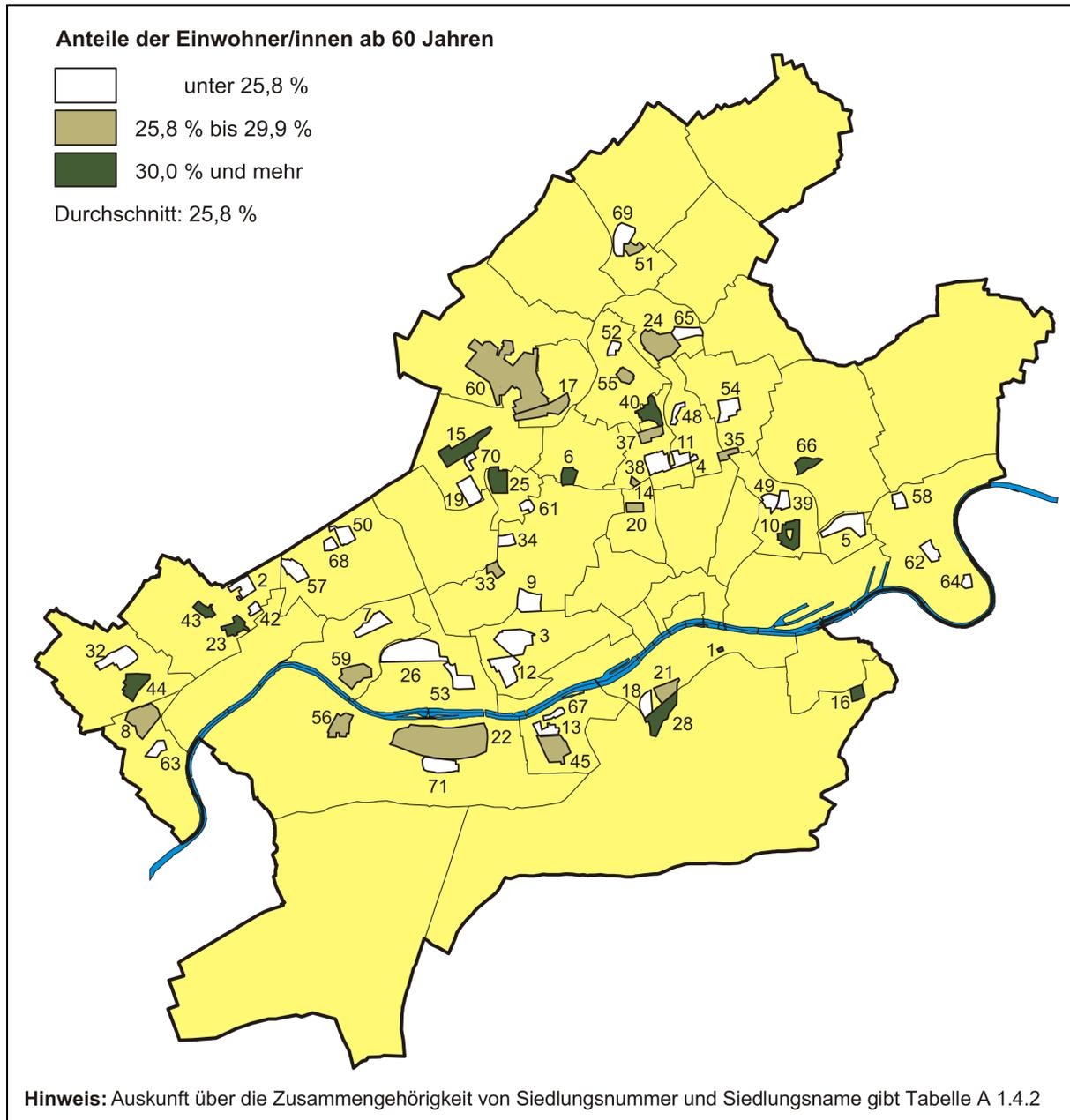
**noch Tabelle A 2.4.1(II):
Ältere Menschen in den Stadtteilen 2004 - in %**

Stadtteile	50 - 59 Jahre (1)	60 Jahre und älter	davon in Altersgruppen in %			
			60 - 64	65 - 74	75 - 84	85 u. älter
Altstadt	13,1	100,0	24,8	32,9	33,3	9,0
Innenstadt	12,2	100,0	26,6	37,5	22,0	13,9
Bahnhofsviertel	13,4	100,0	37,7	47,0	12,6	2,7
Westend-Süd	12,6	100,0	31,9	36,6	23,3	8,2
Westend-Nord	13,4	100,0	29,2	34,9	25,5	10,4
Nordend-West	12,9	100,0	29,3	35,6	25,2	9,9
Nordend-Ost	12,7	100,0	30,2	37,9	23,9	8,0
Ostend	12,5	100,0	24,3	36,7	27,3	11,7
Bornheim	12,5	100,0	24,0	38,2	28,1	9,7
Gutleutviertel	12,2	100,0	24,7	38,7	23,8	12,8
Gallusviertel	11,9	100,0	30,4	40,5	22,7	6,4
Bockenheim	11,3	100,0	28,3	38,0	25,4	8,3
Sachsenhausen-Nord	12,0	100,0	29,3	39,6	22,9	8,2
Sachsenhausen-Süd	12,9	100,0	26,7	36,6	27,3	9,4
Oberrad	13,2	100,0	27,6	42,3	23,9	6,2
Niederrad	12,8	100,0	27,5	38,7	25,8	8,0
Schwanheim	12,1	100,0	23,0	43,1	27,4	6,5
Griesheim	12,5	100,0	26,7	40,2	26,6	6,5
Rödelheim	12,7	100,0	27,9	39,3	23,8	8,9
Hausen	11,3	100,0	24,5	41,5	25,8	8,2
Praunheim	12,9	100,0	26,0	40,5	24,8	8,7
Heddernheim	11,6	100,0	24,7	43,1	26,3	6,0
Niederursel	10,4	100,0	23,1	44,4	26,9	5,5
Ginnheim	10,7	100,0	24,9	40,6	27,5	7,1
Dornbusch	13,0	100,0	25,8	34,2	30,0	10,0
Eschersheim	11,8	100,0	26,2	37,9	27,6	8,3
Eckenheim	12,0	100,0	24,0	39,2	27,9	8,9
Preungesheim	11,6	100,0	25,2	42,8	25,5	6,5
Bonames	12,2	100,0	25,1	44,5	24,0	6,4
Berkersheim	12,1	100,0	30,4	44,3	19,6	5,7
Riederwald	12,1	100,0	25,9	36,5	29,4	8,2
Seckbach	12,9	100,0	23,8	36,3	26,7	13,2
Fechenheim	11,5	100,0	23,1	42,2	27,4	7,3
Höchst	11,1	100,0	28,8	39,8	24,0	7,4
Nied	12,2	100,0	27,0	44,1	22,9	5,9
Sindlingen	11,4	100,0	23,7	44,2	26,0	6,2
Zeilsheim	12,4	100,0	24,0	42,7	27,4	5,8
Unterliederbach	11,6	100,0	23,3	40,9	28,6	7,2
Sossenheim	11,2	100,0	25,1	42,4	25,8	6,7
Nieder-Erlenbach	13,0	100,0	27,9	43,4	22,8	5,9
Kalbach	11,7	100,0	30,7	42,4	22,3	4,6
Harheim	13,0	100,0	28,0	43,2	24,2	4,6
Nieder-Eschbach	11,8	100,0	26,4	45,0	24,4	4,3
Bergen-Enkheim	13,4	100,0	27,6	41,6	25,0	5,7
Frankfurter Berg	12,0	100,0	26,9	44,1	21,8	7,2
Insgesamt	12,2	100,0	26,5	39,8	25,8	8,0

Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen - Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen.

(1) Bezogen auf die Einwohner/innen im Stadtteil insgesamt.

**Abbildung A 2.4.1 (II):
Frankfurter Wohnsiedlungen mit überdurchschnittlichen Seniorenanteilen 2004**



Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen - Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen.

**Tabelle A 2.4.2 (II):
Seniorinnen und Senioren in Frankfurter Wohnsiedlungen 2004**

Nr.	Siedlung (*)	Baujahr	Einwohner/innen		
			insgesamt	darunter 60 Jahre oder älter	
				absolut	%
1	Siedlung Am ehem. Lokalbahnhof	1862	79	24	30,4
2	Siedlung Engelsruhe	1892-1974	2 591	528	20,4
3	Hellerhof - Siedlung	1901-1938	6 378	1 433	22,5
4	Siedlung Marbachweg	1910-1914	506	61	12,1
5	Siedlung Riederwald	1910-1978	4 550	1 070	23,5
6	Siedlung Reichelstraße	1913-1962	2 188	688	31,4
7	Eisenbahner-Siedlung	1918-1961	1 828	450	24,6
8	Ferdinand-Hofmann-Siedlung	1919-1960	3 895	1 038	26,6
9	Kuhwaldsiedlung	1919-1922	2 485	627	25,2
10	Siedlung Bornheimer Hang	1925-1953	3 948	1 275	32,3
11	Dornbuschsiedlung Ost	1925-1960	1 734	404	23,3
12	Friedrich-Ebert-Siedlung	1925-1956	3 685	895	24,3
13	Siedlung Bruchfeldstraße	1926-1928	1 670	417	25,0
14	Siedlung Raimundstraße	1926-1952	455	132	29,0
15	Siedlung Praunheim	1926-1930	3 191	1 020	32,0
16	Tellersiedlung	1927	81	26	32,1
17	Siedlung Römerstadt	1927-1929	2 660	748	28,1
18	Heimatsiedlung I	1927-1933	2 279	477	20,9
19	Siedlung Westhausen	1929-1931	2 367	593	25,1
20	Siedlung Miquel-Allee	1930-1934	1 308	346	26,5
21	Heimatsiedlung II	1931	1 109	309	27,9
22	Goldsteinsiedlung	1932-1965	8 797	2 309	26,2
23	Siedlung Liederb. Str./Johannesalle	1934-1961	1 354	475	35,1
24	Siedlung Frankfurter Berg	1935-1953	2 378	645	27,1
25	Willi- Brundert-Siedlung	1936-1975	1 808	638	35,3
26	Eberhard-Wildermuth-Siedlung	1948-1970	4 711	1 168	24,8
28	Fritz-Kissel-Siedlung	1950-1955	4 035	1 300	32,2
32	Siedlung Taunusblick	1950-1962	3 712	781	21,0
33	Postsiedlung	1951-1954	960	273	28,4
34	Industriehofsiedlung	1951-1956	680	170	25,0
35	Walter-Kolb-Siedlung	1951-1961	1 057	298	28,2
37	Heinr.-von-Stephan-Siedlung	1952-1955	1 831	478	26,1
38	Dornbuschsiedlung-West	1952-1959	1 694	432	25,5
39	Siedlung Wöllstädter Straße	1952-1964	2 602	630	24,2
40	Albert-Schweitzer-Siedlung	1953-1956	2 735	862	31,5
42	Siedlung Sieringstraße	1955-1956	1 226	252	20,6
43	Siedlung Ibellstr./L.-Hensler-Str.	1955-1960	878	291	33,1
44	Märchen-Siedlung	1955-1975	2 241	771	34,4
45	Adolf-Miersch-Siedlung	1956-1965	4 085	1 204	29,5
48	Siedlung Sigmund-Freud-Str.	1957-1959	962	227	23,6
49	Siedlung An den Röthen	1957-1964	2 228	547	24,6
50	Carl-Sonnenschein-Siedlung	1958-1961	2 571	495	19,3
51	Bonames-Nord (H.-Sinzh.-Str.)	1958-1961	1 214	331	27,3
52	Siedlung Im Melsig	1958-1961	1 278	245	19,2
53	Siedlung Espenstraße	1958-1962	3 076	684	22,2
54	Karl-Kirchner-Siedlung	1958-1971	2 711	561	20,7
55	Anne-Frank-Siedlung	1959-1960	871	252	28,9
56	Siedlung Kelsterbacher Weg	ab 1960	2 664	740	27,8
57	Henry-Dunant-Siedlung	1961	2 598	654	25,2
58	Siedlung Birsteiner Straße	1961	1 239	288	23,2

**noch Tabelle A 2.4.2 (II):
Seniorinnen und Senioren in Frankfurter Wohnsiedlungen 2004**

Nr.	Siedlung (*)	Baujahr	Einwohner/innen		
			insgesamt	darunter 60 Jahre oder älter	
				absolut	%
59	Siedlung Nieder Kirchweg	1961-1969	2 950	873	29,6
60	Siedlung Nordweststadt	1961-1972	16 414	4 909	29,9
61	Siedlung Langweidenstraße	1961-1973	1 320	322	24,4
62	Siedlung Leo-Gans-Straße	1962	1 761	423	24,0
63	Siedlung Hermann-Brill-Straße	1962-1963	700	146	20,9
64	Siedlung Dietesheimer Straße	1964	1 133	262	23,1
65	Siedlung Berkersheimer Weg	1967-1971	2 160	383	17,7
66	Atzelberg-Siedlung	1968-1972	1 839	645	35,1
67	Siedlung Mainfeld	1974-1976	2 112	408	19,3
68	Robert-Dißmann-Siedlung	1975-1976	1 973	296	15,0
69	Siedlung Ben-Gurion-Ring	1976-1977	4 268	705	16,5
70	Siedlung Heinrich-Lübke-Straße	1977-1982	1 485	311	20,9
71	Siedlung Goldstein-Süd	ab 1981	2 882	560	19,4
Siedlungen zusammen			158 180	40 805	25,8
Stadt Frankfurt insgesamt			657 800	144 824	22,0

Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen - Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen.

(*) Wohnsiedlungen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus.

**Tabelle A 2.5.1 (II):
Frauen und Männer, Deutsche und Ausländer/innen in Seniorenwohnungen
und Altenpflegeheimen 2004**

Einwohner/innen von .. bis .. Jahre	Insgesamt			Deutsche			Ausländer/innen		
	Frauen	Männer	insges.	Frauen	Männer	insges.	Frauen	Männer	insges.
Seniorenwohnungen	absolut								
60 u. älter	5 044	2 217	7 261	4 338	1 741	6 079	706	476	1 182
davon									
60 - 64	463	421	884	335	338	673	128	83	211
65 - 74	1 587	978	2 565	1 239	721	1 960	348	257	605
75 - 84	2 068	641	2 709	1 881	519	2 400	187	122	309
85 u. älter	926	177	1 103	883	163	1 046	43	14	57
	in %								
60 u. älter	69,5	30,5	100,0	59,7	24,0	83,7	9,7	6,6	16,3
davon									
60 - 64	52,4	47,6	100,0	37,9	38,2	76,1	14,5	9,4	23,9
65 - 74	61,9	38,1	100,0	48,3	28,1	76,4	13,6	10,0	23,6
75 - 84	76,3	23,7	100,0	69,4	19,2	88,6	6,9	4,5	11,4
85 u. älter	84,0	16,0	100,0	80,1	14,8	94,8	3,9	1,3	5,2
Altenpflegeheime mit Seniorenwohnungen	absolut								
60 u. älter	1 007	226	1 233	985	208	1 193	22	18	40
davon									
60 - 64	19	13	32	15	11	26	3	3	6
65 - 74	80	30	110	78	28	106	4	0	4
75 - 84	407	94	501	396	88	484	12	5	17
85 u. älter	501	89	590	496	81	577	3	10	13
	in %								
60 u. älter	81,7	18,3	100,0	79,9	16,9	96,8	1,8	1,5	3,2
davon									
60 - 64	59,4	40,6	100,0	46,9	34,4	81,3	9,4	9,4	18,8
65 - 74	72,7	27,3	100,0	70,9	25,5	96,4	3,6	0,0	3,6
75 - 84	81,2	18,8	100,0	79,0	17,6	96,6	2,4	1,0	3,4
85 u. älter	84,9	15,1	100,0	84,1	13,7	97,8	0,5	1,7	2,2
Altenpflegeheime	absolut								
60 u. älter	1 567	388	1 955	1 491	343	1 834	76	45	121
davon									
60 - 64	7	31	38	7	26	33	0	5	5
65 - 74	132	90	222	116	78	194	16	12	28
75 - 84	554	160	714	528	144	672	26	16	42
85 u. älter	874	107	981	840	95	935	34	12	46
	in %								
60 u. älter	80,2	19,8	100,0	76,3	17,5	93,8	3,9	2,3	6,2
davon									
60 - 64	18,4	81,6	100,0	18,4	68,4	86,8	0,0	13,2	13,2
65 - 74	59,5	40,5	100,0	52,3	35,1	87,4	7,2	5,4	12,6
75 - 84	77,6	22,4	100,0	73,9	20,2	94,1	3,6	2,2	5,9
85 u. älter	89,1	10,9	100,0	85,6	9,7	95,3	3,5	1,2	4,7

Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen – Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen.

**Tabelle A 2.5.2 (II):
Seniorinnen und Senioren nach der Wohndauer in Seniorenwohnungen
und Altenpflegeheimen 2004**

Wohndauer an der Adresse	Einwohner/innen ab 60 Jahren in ...					
	Seniorenwohnungen		Altenpflegeheimen mit Seniorenwohnungen		Altenpflegeheimen	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
unter 1 Jahr	578	8,0	188	15,2	495	25,3
1 bis unter 2 Jahre	537	7,4	219	17,8	397	20,3
2 bis unter 3 Jahre	586	8,1	132	10,7	288	14,7
3 bis unter 4 Jahre	504	6,9	117	9,5	198	10,1
4 bis unter 5 Jahre	486	6,7	77	6,2	151	7,7
5 bis unter 6 Jahre	415	5,7	82	6,7	100	5,1
6 bis unter 8 Jahre	815	11,2	103	8,4	145	7,4
8 bis unter 10 Jahre	698	9,6	94	7,6	59	3,0
10 bis unter 15 Jahre	1 146	15,8	142	11,5	69	3,5
15 oder mehr Jahre	1 496	20,6	79	6,4	53	2,7
Zusammen	7 261	100,0	1 233	100,0	1 955	100,0

Quelle: Bürgeramt, Statistik und Wahlen - Melderegister, wohnberechtigte Einwohner/innen.

2.8 Literaturverzeichnis zu Kapitel 2

Klueß, Sieglinde: Immer weniger junge Menschen stehen einer größeren Zahl älterer Menschen gegenüber – Frankfurt am Main 1925 – 1993. In: Frankfurter Statistische Berichte 1994, Heft 4.

Schröpfer, Waltraud: Zum demographischen Profil älter werdender Wohngebiete. Das Beispiel Nordweststadt. In: Frankfurter Statistische Berichte 2000, Heft 2/3.

Schulmeyer, Rudolf: Frankfurter Bevölkerungsprognose 2020. In: Frankfurter Statistische Berichte 2003, Heft 2/3.

Schulmeyer, Rudolf: Frankfurter Bevölkerungsprognose 2020. In: Frankfurter Statistische Berichte 2004, Heft 1.

3. Zur finanziellen Situation in der zweiten Lebenshälfte

Autorin: Birgit Speicher-Kiefer

3.1 Einleitung

Die Lebensqualität von Menschen, gleich welcher Altersgruppe, wird im Wesentlichen durch ihre finanzielle Situation bestimmt.

Ausreichende finanzielle Mittel ermöglichen Selbstbestimmung und Teilhabe am gemeinschaftlichen und gesellschaftlichen Leben, Konsum- und Freizeitverhalten werden davon bestimmt aber auch Gesundheit und medizinische Versorgung.

Finanzen beeinflussen somit die Lebenslage des Einzelnen.

Deshalb war es für uns unbestritten, dass sich die Arbeitsgruppe im Rahmen dieser Arbeit auch mit diesem Themenkomplex beschäftigen muss.

Grundlegende Aussagen in Bezug auf diese Thematik für die jetzigen Senioren und Seniorinnen in Frankfurt am Main sind im Frankfurter Sozialbericht, Teil VI, „Chancen und Risiken einer alternden Stadt“¹ zusammengefasst.

Trotzdem blieb für diesen Themenbereich die spannende Frage, wie ist das subjektive Empfinden der Seniorinnen und Senioren hinsichtlich ihrer finanziellen Situation.

Die repräsentative telefonische Umfrage 50+ und die explorative Fragebogenaktion vermitteln hierzu interessante Aussagen.²

¹ Stadt Frankfurt am Main, Der Dezernent für Soziales und Jugend (Hrsg.), Reihe Soziales und Jugend, Band 29, Frankfurter Sozialbericht, Teil VI, Chancen und Risiken einer alternden Stadt, Frankfurt a. M. 2003

² Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Repräsentative Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen der partizipativen Altersplanung der Stadt Frankfurt am Main, i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, der SUZ GmbH, Sozialwissenschaftliches UmfrageZentrum, Duisburg, Frankfurt a. M. 2003 und
Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Explorative – untersuchende - schriftliche (nicht repräsentative) Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, Firma EDV- und andere Dienstleistungen, Joachim Ritter, Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 2004
Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung:
Eine gesonderte Publikation von Auswertungsergebnissen ist vorgesehen

Die repräsentative Befragung ergab 1.011 auswertbare Interviews, die explorative Aktion 1.453 auswertbare Fragebogen. Die Zahl der Nennungen entspricht der unterschiedlichen Anzahl von Aussagen zu einer Frage.

3.2 Ausgewählte Ergebnisse der beiden Befragungen

Die erste Frage zur finanziellen Situation bezog sich darauf, wie die Befragten mit ihren finanziellen Mitteln auskommen.

Die Skala bot 4 Antwortmöglichkeiten, die von „Es geht mir finanziell gut, ich kann mir meine Konsumwünsche im Großen und Ganzen erfüllen und auch etwas zurücklegen“ (gut), „ich komme mit meinem Einkommen gut aus“ (komme aus), „ich muss jeden Euro zweimal umdrehen, mein Einkommen reicht gerade so aus“ (reicht gerade) bis „mir geht es finanziell schlecht, ich muss auf Vieles verzichten“ (schlecht) reichen.

Auf diese Frage antworteten in der Repräsentativbefragung 80,1 % der Interviewten mit „gut“ und „komme aus“.

Bei der Fragebogenerhebung waren dies 70,6 % der Teilnehmer und Teilnehmerinnen. In beiden Umfragen zeigt sich eine überwiegende Mehrheit der Befragten zufrieden mit ihrer finanziellen Situation. Nach Geschlechtern unterschieden schwankt dieser Wert bei der repräsentativen Befragung um 5 Prozentpunkte zwischen Männern (82,8 %) und Frauen (77,8 %). Die Antwort „es reicht gerade“ wird von 19,2 % der Frauen und 14,5 % von Männern gegeben. Ihre finanzielle Situation als schlecht schätzen dagegen sowohl Frauen (2,9 %) als auch Männer (2,7 %) fast gleich hoch ein.

Es wäre nun aber fatal zu glauben, dass sich die Einkommenssituation von Männern und Frauen angeglichen hätte. Die im Sachstandsbericht „Ältere Menschen in Frankfurt am Main“³ getroffene Feststellung „... Armut im Alter ist weiblich.....“, hat weiterhin ihre Gültigkeit.

³ Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Repräsentative Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen der partizipativen Altersplanung der Stadt Frankfurt am Main, i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, der SUZ GmbH, Sozialwissenschaftliches UmfrageZentrum, Duisburg, Frankfurt a. M. 2003

Bei der Repräsentativbefragung findet sich eine überwiegend positivere Einschätzung. Es scheint, dass Menschen dazu neigen, auf persönliche Ansprache eher positiv zu antworten. Hinzu kommt sicherlich, dass gerade die ältere Generation ungern über finanzielle Probleme redet (man erinnere sich an die vor ca. 20 Jahren geführte Diskussion über die „versteckte Armut“).

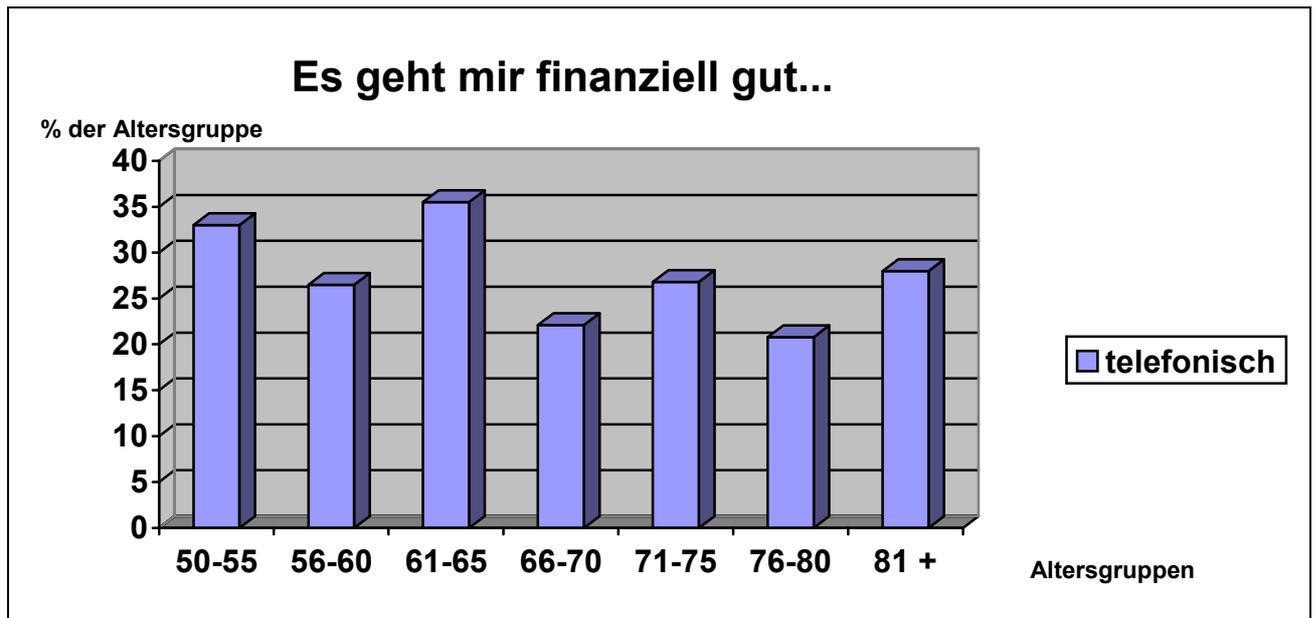
Die Erfahrungen aus der Praxis im St. Katharinen- und Weißfrauenstift zeigen, dass oftmals selbst Kinder oder Enkelkinder nichts über die Finanzen der Eltern oder Großeltern wissen, geschweige denn, dass ihnen bekannt ist, dass finanzielle Mittel nur knapp vorhanden sind.

Gleichzeitig bestätigt aber die Befragung – betrachtet man die Antworten nach Altersgruppen - dass die jetzige Rentnergeneration sich zum Großteil finanziell gut versorgt fühlt (dies unterstreichen auch die Feststellungen zum Kapitel „Einkommenssituation“ im Frankfurter Sozialbericht, Teil IV)⁴.

Eine weitere interessante Frage war nach der Verteilung in den einzelnen Altersgruppen. Die nachfolgenden Abbildungen zeigen die Ergebnisse für die einzelnen Antworten:

⁴ Stadt Frankfurt am Main, Der Dezernent für Soziales und Jugend (Hrsg.), Reihe Soziales und Jugend, Band 29, Frankfurter Sozialbericht, Teil VI, Chancen und Risiken einer alternden Stadt, Frankfurt a. M. 2003

**Abb. 1a (III): Einschätzung der finanziellen Situation nach Altersgruppe – „gut“
(repräsentative telefonische Befragung); N = 989 von 1.011**



**Abb. 1b (III): Einschätzung der finanziellen Situation nach Altersgruppe – „gut“
(explorative schriftliche - nicht repräsentative - Befragung)
N = 245 Nennungen von 1.339**

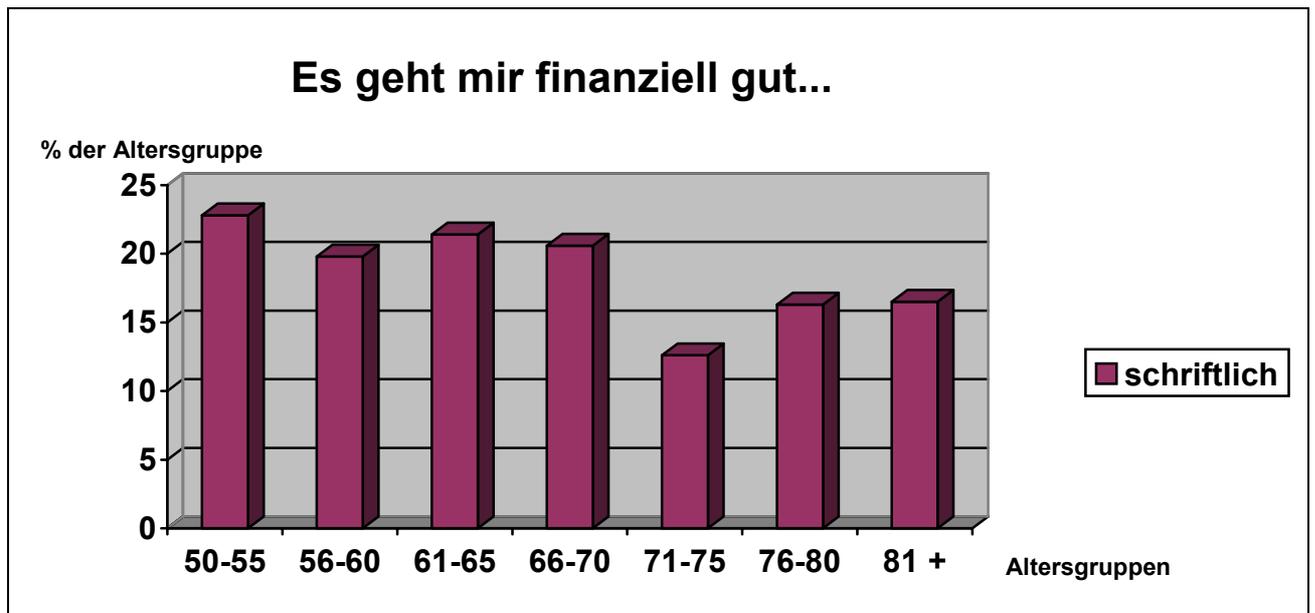


Abb. 2a (III): Einschätzung der finanziellen Situation nach Altersgruppe –
 „komme gut aus“ (repräsentative telefonische Befragung)
 N = 989 von 1.011

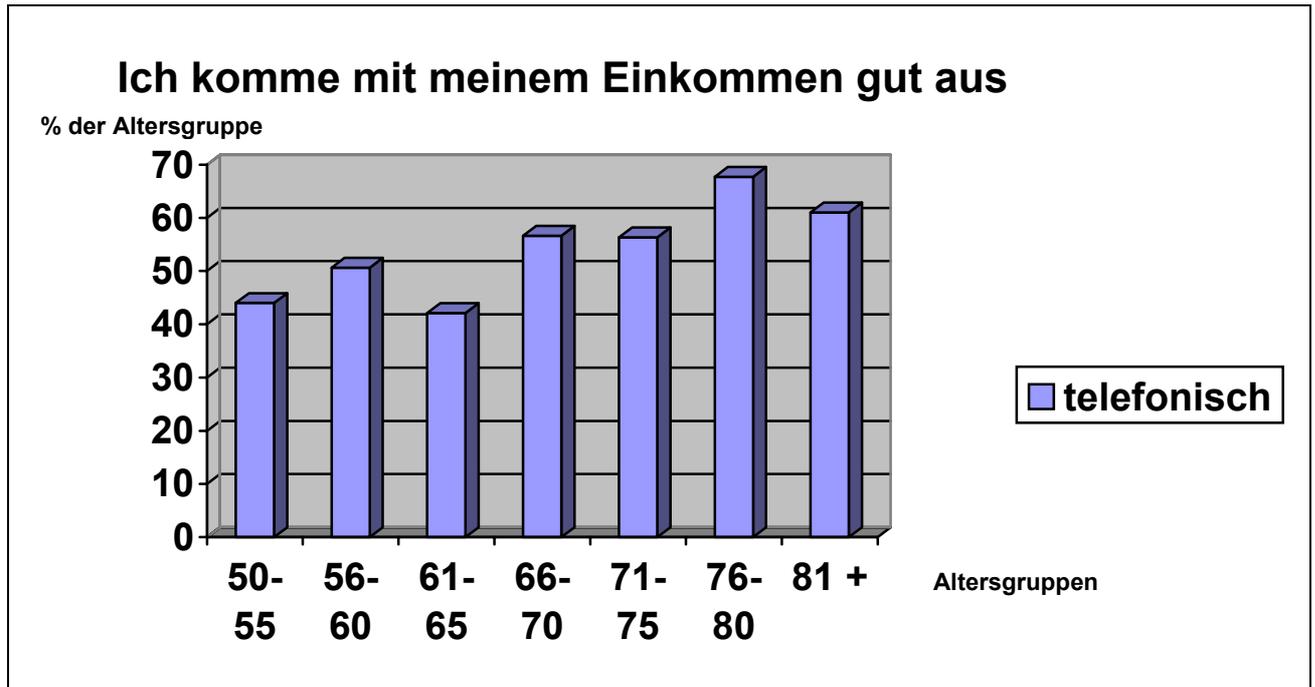
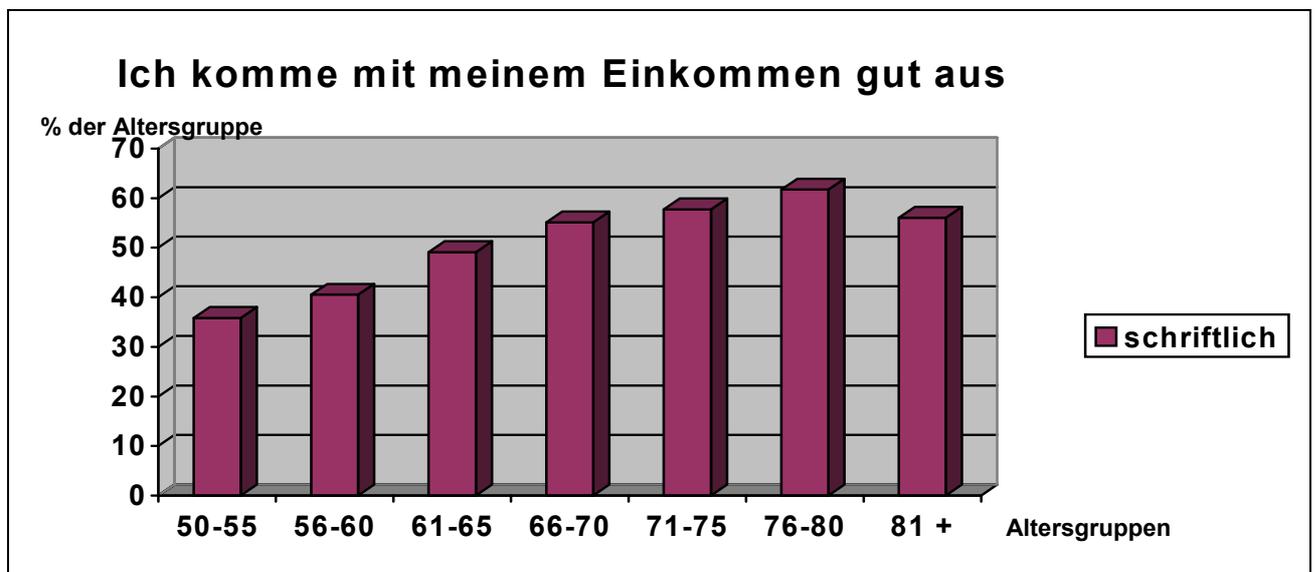
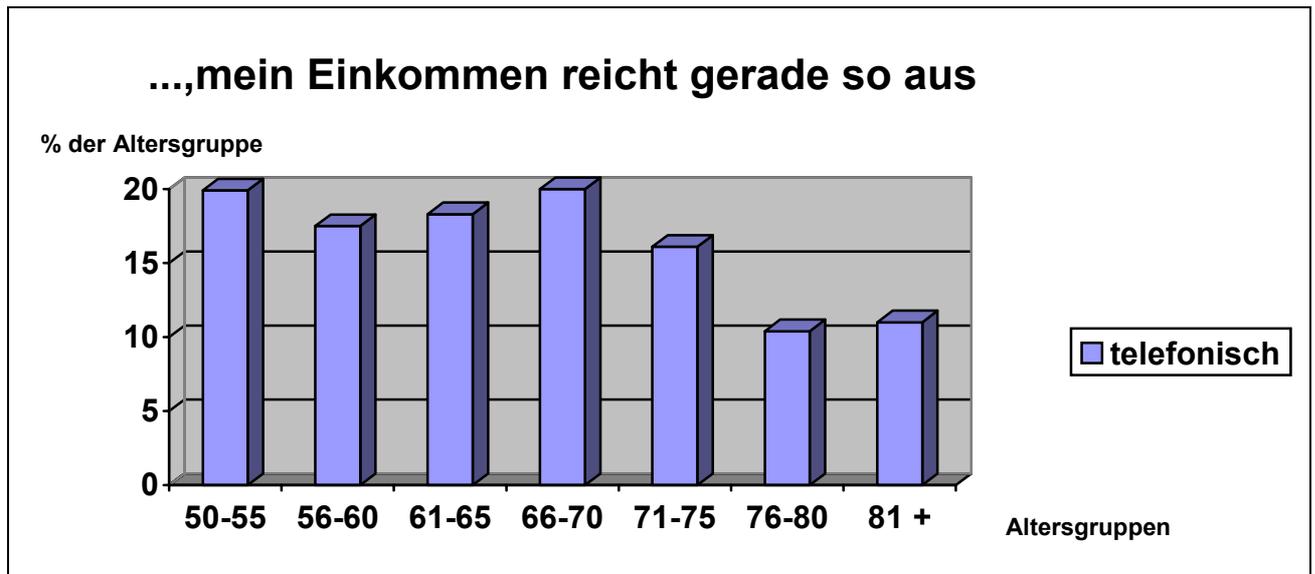


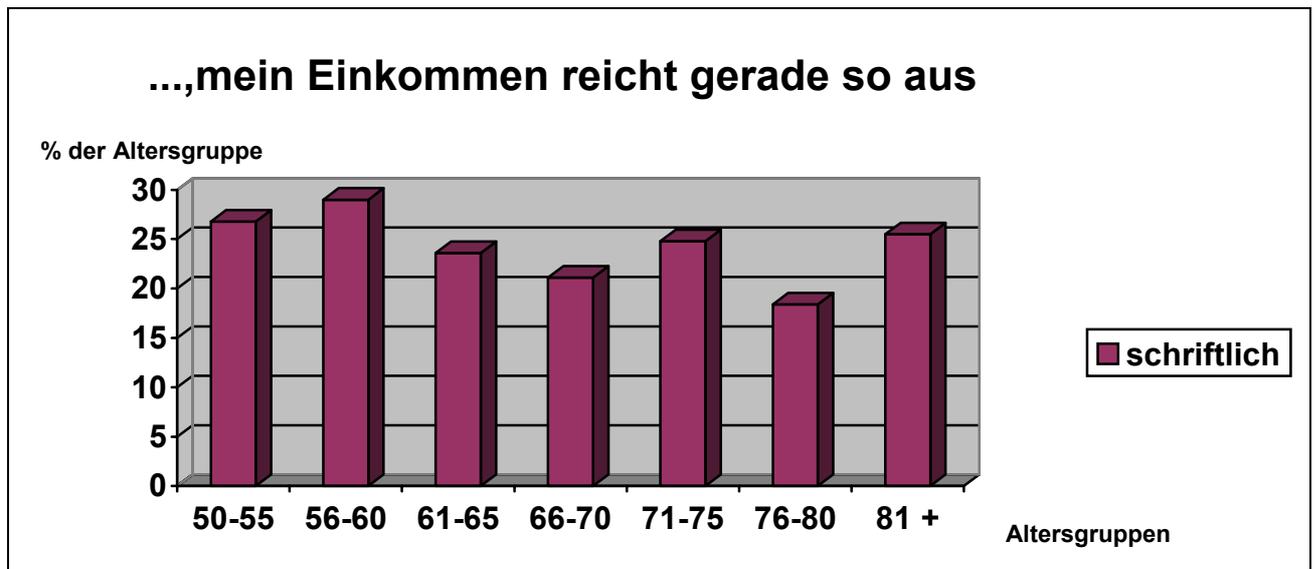
Abb. 2b (III): Einschätzung der finanziellen Situation nach Altersgruppe –
 „komme gut aus“
 (explorative schriftliche - nicht repräsentative - Befragung)
 N = 702 Nennungen von 1.339



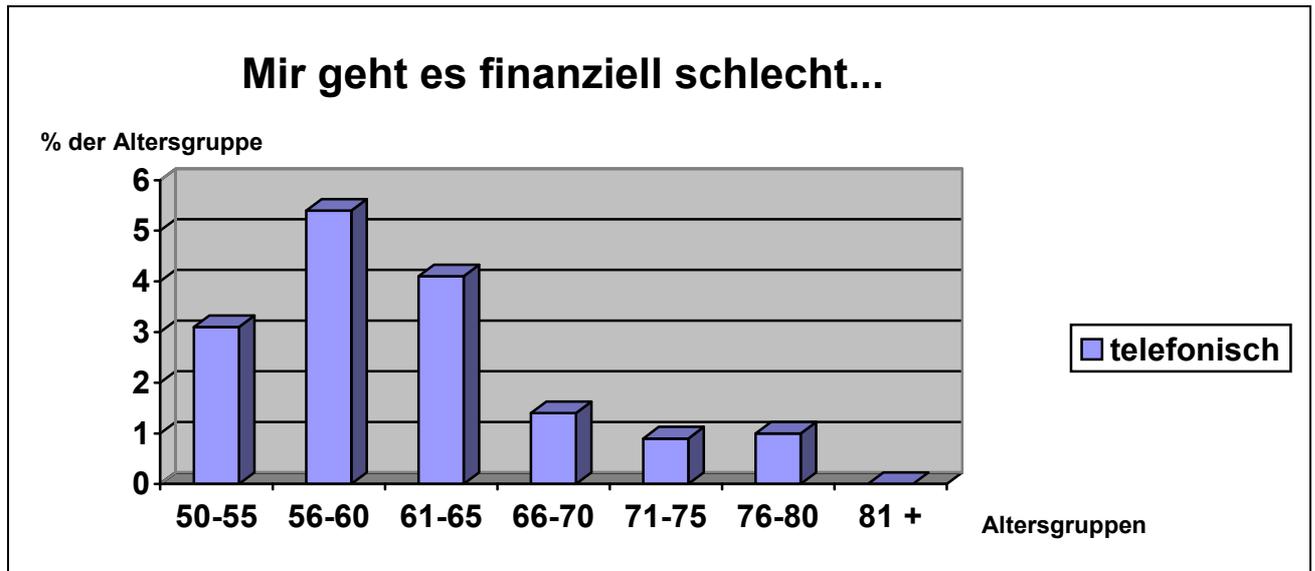
**Abb. 3a (III): Einschätzung der finanziellen Situation nach Altersgruppe – „reicht gerade“ (repräsentative telefonische Befragung)
N = 989 von 1.011**



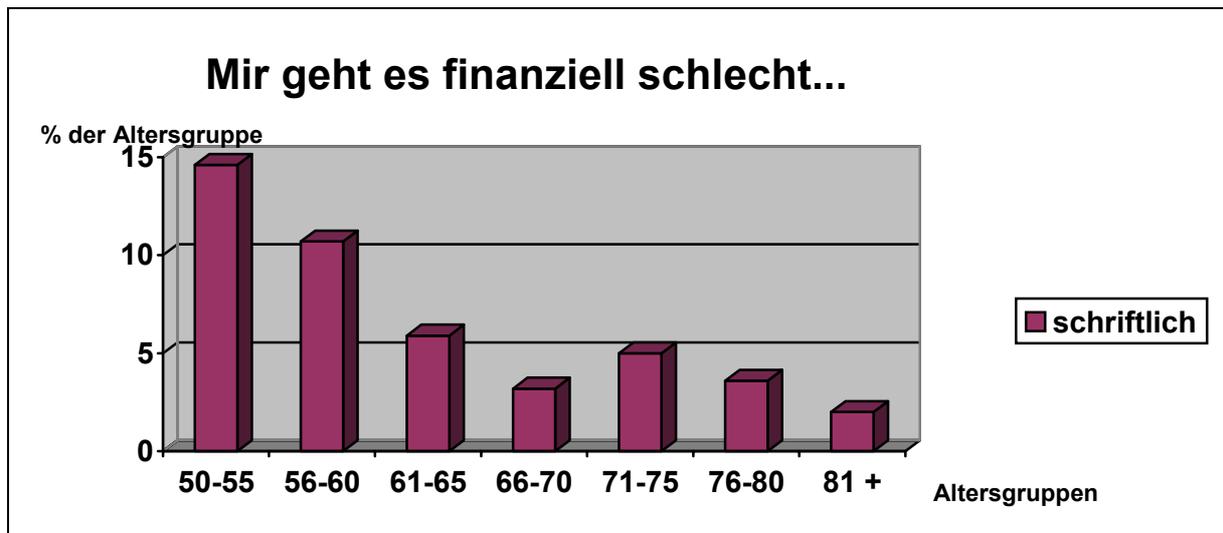
**Abb. 3b (III): Einschätzung der finanziellen Situation nach Altersgruppe – „reicht gerade“ (explorative schriftliche - nicht repräsentative - Befragung)
N = 317 Nennungen von 1.339**



**Abb. 4a (III): Einschätzung der finanziellen Situation nach Altersgruppe – „schlecht“
 (repräsentative telefonische Befragung)
 N = 989 von 1.011**



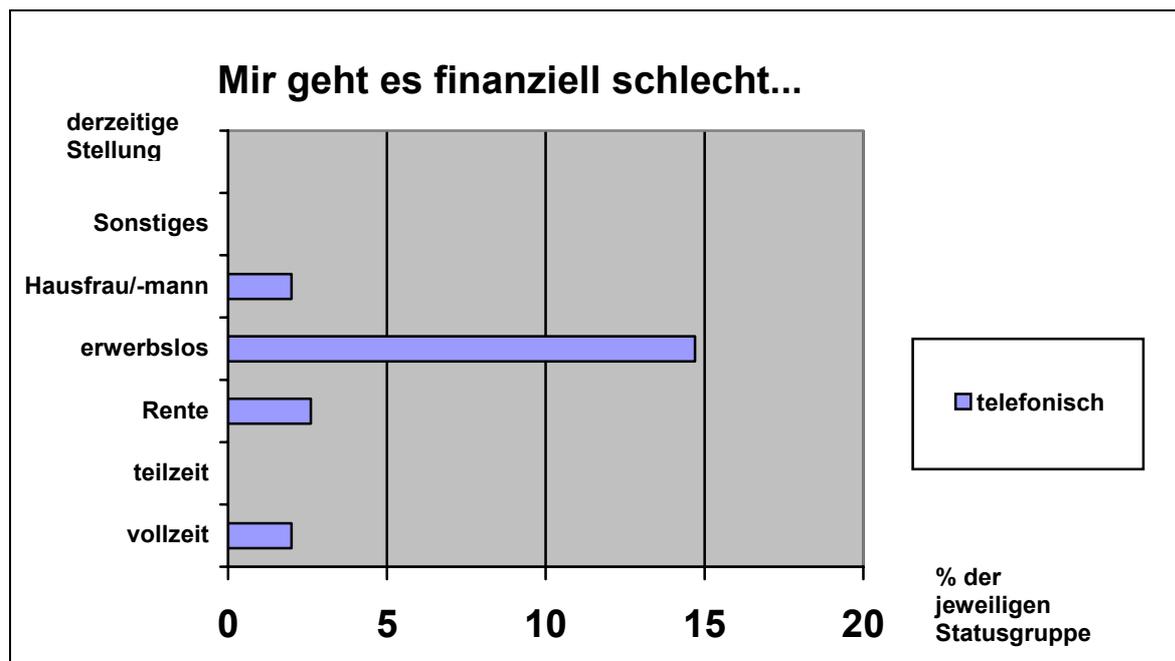
**Abb. 4b (III): Einschätzung der finanziellen Situation nach Altersgruppe – „schlecht“
 (explorative schriftliche - nicht repräsentative - Befragung)
 N = 75 Nennungen von 1.339**



Die Antwort, „es geht mir finanziell schlecht“ wurde am häufigsten in der Altersgruppe der 50–60jährigen genannt, während die über 80jährigen den geringsten Anteil daran hatten.

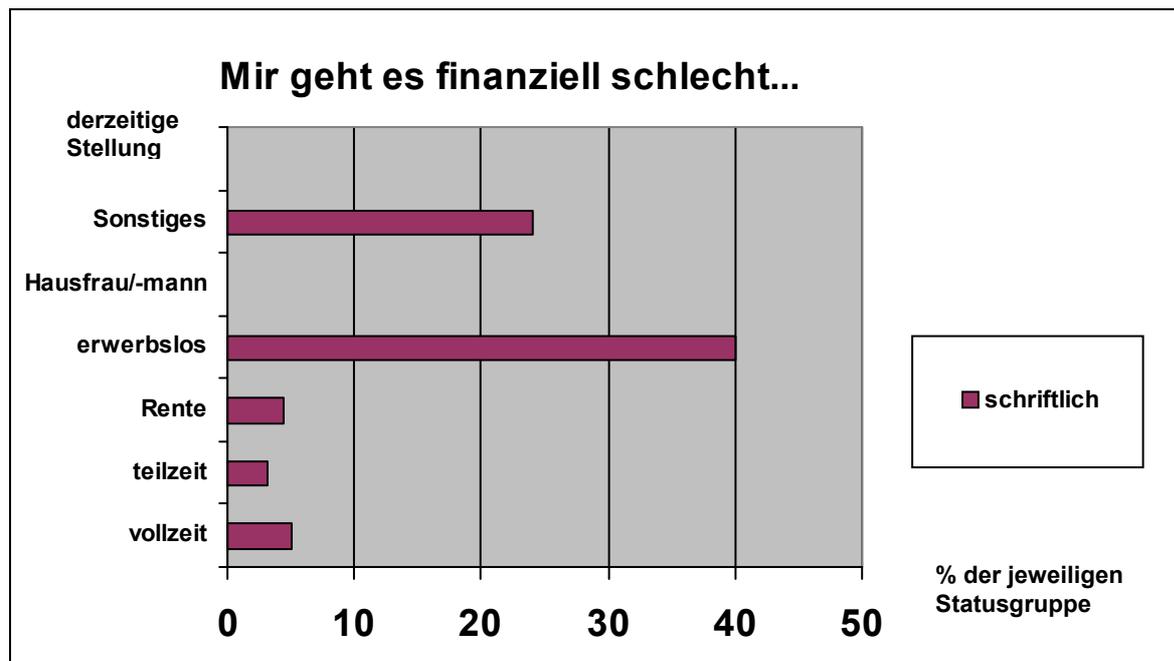
Ein Grund dafür liegt sicherlich auch in der Tatsache, dass in der Altersgruppe der 50–60jährigen viele erwerbslos sind und eine Rückkehr auf den Arbeitsmarkt häufig aussichtslos ist.

**Abb. 5a (III): Einschätzung der finanziellen Situation als schlecht, aufgeschlüsselt nach Erwerbsstatus (repräsentative telefonische Befragung)⁵
N = 961 von 1.011**



⁵ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Repräsentative Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen der partizipativen Altersplanung der Stadt Frankfurt am Main, i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, der SUZ GmbH, Sozialwissenschaftliches UmfrageZentrum, Duisburg, Frankfurt a. M. 2003
Frage D.7: Sind Sie zur Zeit ... Rentner/-in / Pensionär/-in, in Vorruhestand? arbeitslos, mache Null-Kurzarbeit? Hausfrau/Hausmann? anderes, nämlich?
i. V. m. Frage D.9: Wie beurteilen Sie Ihre finanzielle Situation? Bitte sagen Sie uns, welche dieser Aussagen auf Sie am ehesten zutrifft: es geht mir finanziell gut, ich kann mir meine Konsumwünsche im Großen und Ganzen erfüllen und auch etwas zurücklegen / ich komme mit meinem Einkommen gut aus / ich muss jeden EURO zweimal umdrehen, mein Einkommen reicht gerade so aus / mir geht es finanziell schlecht, ich muss auf Vieles verzichten.
Als Antworten auf Frage D.7 i. V. m. „mir geht es finanziell schlecht, ich muss auf Vieles verzichten“ liegen folgende Gruppen vor:
teilzeit berufstätig 0,0 %
vollzeit berufstätig 2,0 %
Hausfrau/Hausmann 2,0 %
arbeitslos, Null-Kurzarbeit 14,7 %
Renter/-in, Pensionär/-in, in Vorruhestand 2,6 %

Abb. 5b (III): Einschätzung der finanziellen Situation als schlecht, aufgeschlüsselt nach Erwerbsstatus (explorative schriftliche - nicht repräsentative - Befragung)⁶ N = 1.352 Nennungen von 1.453



In der Explorativbefragung antworteten 40 % der erwerbslosen Befragten, dass es ihnen finanziell schlecht geht. Ein Wert, der im Verhältnis zu den Rentenbeziehern in dieser Umfrage fast 10 mal so hoch ist.

Dass Erwerbslosigkeit für viele eine erhebliche Belastung darstellt, wird auch bestätigt, wenn wir die Ergebnisse anhand der Bildungsabschlüsse vergleichen.

Generell galt bisher immer, je höher der Schulabschluss, umso höher das Einkommen.

⁶ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Explorative – untersuchende - schriftliche (nicht repräsentative) Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, Firma EDV- und andere Dienstleistungen, Joachim Ritter, Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 2004

Frage 54. Sind Sie zur Zeit ...

- vollzeiterwerbstätig
- Teilzeiterwerbstätig
- Rentner/in / Pensionär/in, in Vorruhestand
- arbeitslos, mache Null-Kurzarbeit
- Hausfrau / Hausmann
- anderes, nämlich:...

i. V. m. Frage 43. Wie beurteilen Sie Ihre finanzielle Situation? Wir haben vier Aussagen formuliert. Bitte kreuzen Sie die Aussage an, die auf Sie persönlich am besten zutrifft!

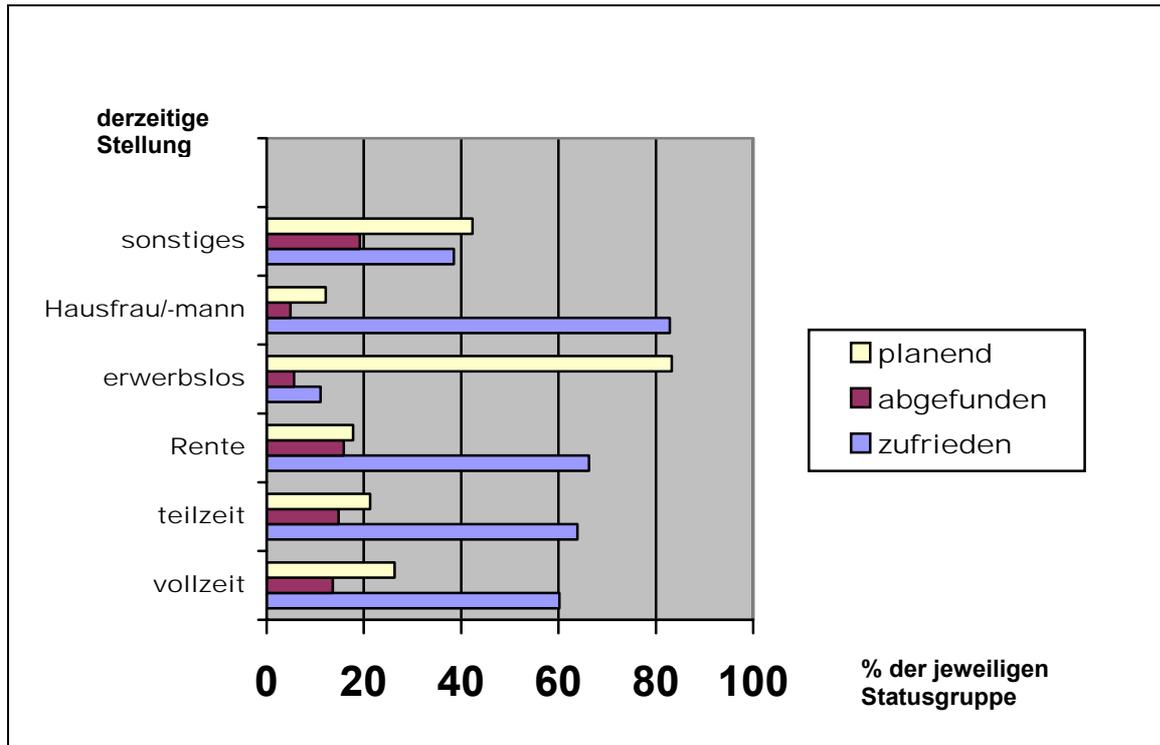
- es geht mir finanziell gut, ich kann mir meine Konsumwünsche im Großen und Ganzen erfüllen und auch etwas zurücklegen
- ich komme mit meinem Einkommen gut aus
- ich muss jeden EURO zweimal umdrehen, mein Einkommen reicht gerade so aus
- mir geht es finanziell schlecht, ich muss auf Vieles verzichten, nämlich auf: ...

In der repräsentativen Umfrage geben z.B. 40,7 % der Befragten mit Abitur an, dass es ihnen finanziell gut geht. In der explorativen Fragebogenaktion verringert sich dieser Wert auf 29,4 %, gleichzeitig steigt der Anteil derer, die ihre finanzielle Situation als schlecht bezeichnen, von 2,3 % (repräsentativ) auf 7,8 % (explorativ) der Befragten mit Abitur.

Schaut man nach der aktuellen Erwerbstätigkeit in dieser Gruppe mit Abitur, so sind dort 18,6 % (höchster Wert) der Befragten in Vollzeit beschäftigt, aber auch 6,6 % (ebenfalls höchster Wert) sind erwerbslos. Dies ist sicherlich mit ein Grund dafür, dass in dieser Gruppe die Einkommenssituation als schlecht bezeichnet wird, da deren finanzielle Mittel sich stetig verringern.

Interessant dabei ist die Frage, wie gehen die Einzelnen mit ihrer Einkommenssituation um. Hier zeigt die Befragung positiv, dass nur ein geringer Teil der erwerbslosen Befragten sich mit ihrer Situation abgefunden haben, während der Großteil sehr wohl noch Perspektiven für sich sieht und planend vorgeht.

**Abb. 6 (III): Umgang mit der Einkommenssituation nach Erwerbsstatus
(explorative schriftliche - nicht repräsentative – Befragung)⁷
N = 1.360 Nennungen von 1.453**



⁷ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Explorative – untersuchende - schriftliche (nicht repräsentative) Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main i. V. m. der INBAS- Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, Firma EDV- und andere Dienstleistungen, Joachim Ritter, Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 2004

Frage 54. Sind Sie zur Zeit ...

- vollzeiterwerbstätig
- Teilzeiterwerbstätig
- Rentner/in / Pensionär/in, in Vorruhestand
- arbeitslos, mache Null-Kurzarbeit
- Hausfrau / Hausmann
- anderes, nämlich:

i. V. m.

Frage 44. Sind Sie mit dieser Einkommenssituation zufrieden? Bitte kreuzen Sie von den folgenden Aussagen diejenige an, die auf Sie persönlich am besten zutrifft.

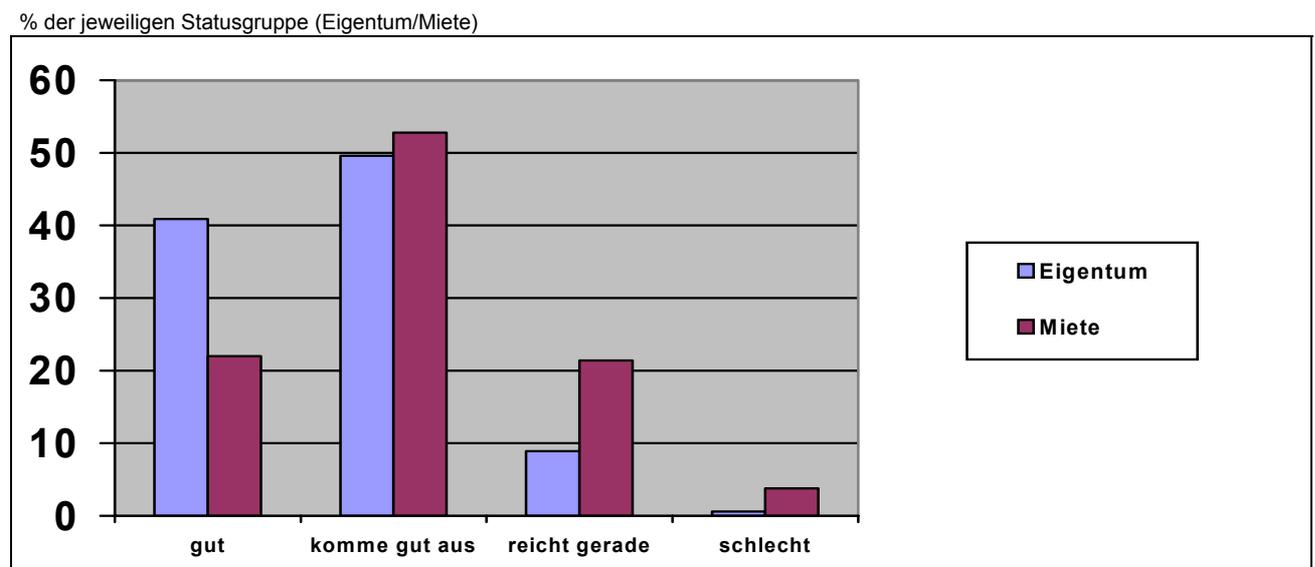
- ich bin zufrieden
- Ich bin nicht zufrieden, finde mich aber mit der Situation ab
- ich bin nicht zufrieden und würde gerne meine Einkommenssituation verbessern

3.3 Eigentum und Vermögen als wichtige finanzielle Grundlage

Eigentum und Vermögen sind wichtige Bestandteile der finanziellen Alterssicherung.

Im Rahmen der Repräsentativbefragung beschränkt sich die Arbeitsgruppe auf das Wohneigentum, andere Vermögenswerte blieben dabei unberücksichtigt, bzw. wurden nicht erfragt. Die nachfolgende Abbildung (Daten aus der Repräsentativbefragung) zeigt die unterschiedliche Einschätzung der finanziellen Situation zwischen Befragten die zur Miete wohnen bzw. Wohneigentum besitzen.

**Abb. 7(III): Zufriedenheit mit der Einkommenssituation nach Wohnsituation
(repräsentative telefonische Befragung)
N = 991 von 1.011**



Das Ergebnis zeigt klar, dass Menschen, die über Wohneigentum verfügen, sich finanziell sicherer fühlen. Insgesamt schätzen sie ihre Situation als positiver ein.

Die Bedeutung von Eigentum und Vermögen im Alter darf u. E. nicht unterschätzt werden. Ein im August 2004 erschienener Bericht über „Alterseinkommen der Zukunft – eine szenarische Skizze“⁸ erläutert dies folgendermaßen:

⁸ Motel-Klingebeil, Andreas/ Krause, Peter/ Künemund, Harald: Alterseinkommen der Zukunft – eine szenarische Skizze, S. 5 und 6, Deutsches Zentrum für Altersfragen, Berlin 2004, in: Motel-Klingebeil, Andreas/ Tesch-Römer, Clemens: Generationengerechtigkeit in der sozialen Sicherung – Anmerkungen sowie ausgewählte Literatur aus Sicht der angewandten Altersforschung, Deutsches Zentrum für Altersfragen, Berlin 2004

„Bei den Älteren sind der Bevölkerungsanteil mit Kapitalbeständen wie auch die mittleren Vermögenswerte erwartungsgemäß höher als im Bevölkerungsdurchschnitt ..., dass durchaus beachtliche Vermögenswerte auch bei niedrigeren Einkommenslagen keineswegs selten sind. Dies ist insbesondere bei selbstgenutztem Wohneigentum festzustellen. ...Dabei ist zu berücksichtigen, dass Vermögen typischerweise im Lebenslauf angespart (oder geerbt) werden müssen, so dass Ältere zwangsläufig häufiger und meist auch über höhere Vermögensbestände verfügen.“

3.4 Zukünftige finanzielle Situation der Älteren

Welche Mittel dem Menschen im Alter zur Verfügung stehen, wird durch viele verschiedene Faktoren bestimmt. Dabei ist entscheidend, welche ökonomischen, demographischen und politischen Bedingungen vorhanden waren und Entscheidungen in der vorgelagerten Erwerbsphase der Menschen getroffen wurden.

Eine Vielzahl von Faktoren also beeinflussen die Einkommenssituation im Alter, die einerseits verhaltensunabhängig sind (z.B. Lohnwachstum), andererseits aber auch verhaltensabhängig und individuell (z.B. Sparverhalten).

Wie die vielfältigen externen Faktoren und auch die individuell gesteuerten Einflüsse (z.B. Vorsorgeverhalten) letztlich zu einem hohen Maß an Heterogenität hinsichtlich des Einkommens und Vermögens im Alter führen, verdeutlicht die nachfolgende Tabelle.

Tab. 1 (III): Einflüsse hinsichtlich des Einkommens und Vermögens im Alter

Bereich	Untergruppe	Einflussfaktoren
Globale Faktoren	Allgemein ökonomische Faktoren	Lohnwachstum, Verzinsung, Wettbewerbssituation auf den Finanzmärkten, Art und Umfang der Erwerbstätigkeit im formellen Sektor
	Ausgestaltung der Alterssicherungssysteme	Rentenberechnung, Rentenniveau bei Rentenbeginn, Rentenanpassung, Einkommensanrechnung
	Übriges Steuer- und Transfersystem	Einkommenssteuer, Sozialbeiträge, bedarfsgeprüfte Transfers (Sozialhilfe, Bedarfsorientierte Grundsicherung)
Einzelfallbezogene Faktoren	Vermögensaufbau und –auflösung	Ersparnis, Aufteilung des Vermögens für verschiedene Zwecke (laufende Lebenshaltung, Vererbungsabsichten)
	Familienbedingte Einflussgrößen	Aktueller Familienstand, Empfangene/geleistete private Transfers, Einkommen der Kinder, Zahlungsbereitschaft von Familien- bzw. Haushaltsangehörigen
	Biographische Faktoren	Ausbildung, Einkommensverlauf, Einbeziehung in Alterssicherungssysteme, Familienbiographie (Heirat, Ehescheidung, Kinder), Beginn des Ruhestandes

Quelle: Expertise für die Sachverständigenkommission für den fünften Altenbericht der Bundesregierung „Künftige Einkommenslage im Alter“⁹

Hier wird deutlich, dass Prognosen für die finanzielle Situation der zukünftigen Älteren kaum möglich sind.

⁹ Dr. Viebrok, Holger: Künftige Einkommenslage im Alter, Expertise für die Sachverständigenkommission für den fünften Altenbericht der Bundesregierung, Zentrum für Sozialpolitik d. Universität Bremen, Bremen 2004

Auf einer Fachtagung mit dem Titel „Wirtschaftliche Potenziale des Alters“ hieß es dazu¹⁰ :

„Darüber hinaus werden unterschiedliche Geburtsjahrgänge in unterschiedlichen Phasen ihres Lebenslaufs unterschiedlich lange von bestimmten Bedingungen betroffen – man denke beispielsweise an die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Die Auswirkungen der verschlechterten Arbeitsmarktsituation auf die Alterssicherung werden sich zum überwiegenden Teil erst noch in der Zukunft zeigen.

All dies macht unmittelbar plausibel, dass sich einfache Fortschreibungen eines z. B. jetzt vorfindbaren Zustands (Rentenansprüche oder Einkommenslage heute Älterer im Vergleich zu Erwerbstätigen) in Zukunft verbieten.“

3.5 Auswirkungen der Rentenreform

Die Reformen, die in den letzten 5 Jahren bzgl. der Alterssicherung beschlossen wurden sind ein entscheidender Faktor für die zukünftige Entwicklung der Einkommenssituation der Älteren.

Wesentliches Element dieser Reformen ist die private Alterssicherung, die zukünftig eine wichtige Einkunftsart in der Nacherwerbsphase sein wird, während das Niveau der gesetzlichen Renten nachhaltig sinkt. Ob dies durch privates Vorsorgeverhalten ausgeglichen werden kann, ist momentan spekulativ und abhängig vom Einzelnen.

Andererseits wurde durch die Reformen in der gesetzlichen Rentenversicherung die finanzielle Absicherung von Erziehenden verbessert, ebenso wurde auf die Zunahme von Lücken in den Versicherungsverläufen reagiert, in dem die Anrechenbarkeit von beitragslosen Zeiten erleichtert wurde.

¹⁰ Schmähl, Prof.Dr. Winfried: Vortrag anlässlich der Fachtagung „Wirtschaftliche Potentiale des Alters“, BMFSFJ und Sachverständigenkommission des 5. Altenberichts, Berlin 2004

3.6 Bedarfsorientierte Grundsicherung

Ein besonderes Augenmerk muss auf der bedarfsorientierten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung liegen. Dieses Gesetz, das im Jahr 2003 in Kraft trat und seit 1.1.2005 in das SGB XII integriert wurde, ist neben Wohngeld eine der wichtigsten Transferleistungen für ältere Menschen.

Im Gegensatz zur Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII, ist die Grundsicherung im Alter von einem Antrag abhängig. Bei rentenberechtigten Personen berät zwar der zuständige Rentenversicherungsträger über diese Leistungen. Personen aber, die keine Rentenansprüche erworben haben, werden nur auf Anfrage beraten und informiert. Dies setzt aber voraus, dass sie über diese rechtlichen Möglichkeiten informiert sind.

Die Erfahrungen aus der täglichen Arbeit mit älteren Frauen im St. Katharinen- und Weißfrauenstift zeigen aber, dass man davon nicht generell ausgehen kann. Die von uns betreuten Frauen haben häufig Probleme, sich zurechtzufinden und wichtige Anträge rechtzeitig zu stellen.

Eine weitere Besonderheit im Rahmen dieser Leistung ist der Wegfall der einmaligen Beihilfen. Die bisherigen einmaligen Beihilfen wie z. B. Kleidergeld sind nun pauschal im Regelsatz enthalten. Ausnahme gibt es nur bei der Erstausrüstung mit Möbel, Hausrat und Kleidung.

Das SGB XII ermöglicht in vielen Fällen die Vergabe von zinslosen Darlehen, z. B. für die Kautionszahlung einer Wohnung. Dies ist für die Betroffenen sehr problematisch, da sich durch die monatliche Tilgung - die aufgrund der geringen Tilgungsraten bei größeren Beträgen Jahre dauern kann - der schon kaum vorhandene finanzielle „Spielraum“ enorm verringert, so dass keinesfalls mehr Rücklagen gebildet werden können. Größere Anschaffungen (z. B. Kauf einer Waschmaschine) können so nicht getätigt werden, so dass dann nur der Ratenkauf oder ein weiteres Darlehen bleibt, was zu einer weiteren Verschuldung führt.

Grundsatz bei der Pauschalierung ist die Bedarfsorientierung, nicht mehr die Bedarfsdeckung (Belegabrechnung). Dies setzt aber bei den Hilfeempfängern Budgetfähigkeit voraus. Dies ist vermutlich für viele Menschen problematisch, die evtl. jahrelang Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen haben und denen es aufgrund der vorhandenen Mittel nicht möglich war Rücklagen zu bilden.

Bei den Kosten der Unterkunft werden die tatsächlichen Aufwendungen berücksichtigt, sofern diese angemessen sind. Die Übernahme unangemessen hoher Mietkosten in den Fällen, in denen ein Wohnungswechsel nicht zumutbar oder möglich ist (bei älteren Menschen wird dies häufiger der Fall sein), wird in der Regel auf längstens 6 Monate begrenzt.

Das SGB XII ermöglicht es dem einzelnen Sozialhilfeträger künftig, die Kosten für Unterkunft und Heizung zu pauschalieren, aber nur dann, wenn auf dem örtlichen freien Wohnungsmarkt hinreichend angemessener, freier Wohnraum zur Verfügung steht und in Einzelfällen die Pauschalierung zumutbar ist.

Welche Wege die Stadt Frankfurt am Main hier gehen wird, gilt abzuwarten.

3.7 Fazit

Abschliessend lässt sich folgendes feststellen.

Auf der Grundlage verschiedener Modellrechnungen (vgl. Kapitel 2.3) wird sich der Anteil der Älteren an der Gesamtbevölkerung in Frankfurt am Main in den nächsten 20 bis 30 Jahren nicht erheblich verändern bzw. leicht ansteigen. Diese Menschen werden ganz unterschiedliche und individuelle Voraussetzungen für diesen Lebensabschnitt mitbringen. Das Alter wird vielfältiger und unterschiedlicher sein, so dass wir eher von den „Altersgenerationen“ sprechen müssen.

Das Niveau der gesetzlichen Renten wird sinken, und die Gesamteinkünfte werden stärker vom Vorsorgeverhalten des Einzelnen abhängig, aber auch von einer

verlängerten Erwerbsphase. Sicherlich werden damit Transferleistungen, wie z. B. die Grundsicherung im Alter, größere Bedeutung erlangen.

Die Umstellung von der Bedarfsdeckung auf die Budgetierung im Rahmen des SGB XII ist eine der einschneidendsten Maßnahmen für den einzelnen Leistungsempfänger, deren Auswirkung genauestens beobachtet werden sollte. So stellen wir in der täglichen Praxis im St. Katharinen- und Weißfrauenstift eine verstärkte Anfrage aus den Sozialrathäusern, von Sozialbezirksvorstehern, Sozialpflegern und gesetzlichen Betreuern nach Stiftungsmitteln, im Besonderen für einmalige Bedarfe, fest.

Wir gehen davon aus, dass zukünftig Stiftungsmittel verstärkt benötigt werden und die Bedeutung des Stiftungswesens als Teil der Wohlfahrtspflege in der Stadt Frankfurt am Main zunehmen wird.

3.8 Handlungsempfehlung

Es wäre wünschenswert, wenn die freiwilligen monetären Hilfen, die von den verschiedensten Trägern und Stiftungen erbracht werden, koordiniert und vernetzt würden, um Hilfesuchenden und ehrenamtlichen und professionellen Helferinnen und Helfern einen schnellen Zugriff auf diese Leistungen zu ermöglichen. Es sollte damit auch sichergestellt werden, dass Hilfen nicht parallel nebeneinander einer Person zufließen, wie wir es immer häufiger in der Praxis erleben. Diesem „Stiftungstourismus“ (Hilfesuchender erhält gleichzeitig von mehreren Stiftungen finanzielle Unterstützung oder Sachleistungen) kann letztlich nur durch Vernetzung und Zusammenarbeit der einzelnen Träger entgegengewirkt werden. Eine solche Massnahme bietet aber auch die Chance unterschiedlichste, zukünftige Bedarfslagen schnell und unbürokratisch aufzugreifen und geeignete Hilfen anzubieten.

Historisches Vorbild dafür ist die vor über hundert Jahren entstandene „Centrale für private Fürsorge“, deren Gründungsgedanke die Koordination des Spendenwesens der damals über 200 privaten Stiftungen in Frankfurt am Main war.

Heute wäre sicherlich u.a. die Initiative Frankfurter Stiftungen e.V. ein wichtiger Ansprechpartner, um ein solches Projekt für Frankfurt am Main zu starten.

3.9 Literaturverzeichnis zu Kapitel 3

- Dr. Viebrok, Holger: Künftige Einkommenslage im Alter, Expertise für die Sachverständigenkommission für den fünften Altenbericht der Bundesregierung, Zentrum für Sozialpolitik d. Universität Bremen, Bremen 2004
- Engstler, Heribert: Geplantes und realisiertes Austrittsalter aus dem Erwerbsleben, Deutsches Zentrum für Altersfragen, DZA Diskussionspapiere, Berlin 2004
- Motel-Klingebeil, Andreas/ Krause, Peter/ Künemund, Harald: Alterseinkommen der Zukunft – eine szenarische Skizze, Deutsches Zentrum für Altersfragen, Berlin 2004
- Motel-Klingebeil, Andreas/ Tesch-Römer, Clemens: Generationengerechtigkeit in der sozialen Sicherung – Anmerkungen sowie ausgewählte Literatur aus Sicht der angewandten Altersforschung, Deutsches Zentrum für Altersfragen, Berlin 2004
- Schmähl, Prof.Dr. Winfried: Vortrag anlässlich der Fachtagung „Wirtschaftliche Potentiale des Alters“, BMFSFJ und Sachverständigenkommission des 5. Altenberichts, Berlin 2004
- Stadt Frankfurt am Main, Der Dezernent für Soziales und Jugend (Hrsg.), Reihe Soziales und Jugend, Band 29, Frankfurter Sozialbericht, Teil VI, Chancen und Risiken einer alternden Stadt, Frankfurt a. M. 2003
- Stadt Frankfurt am Main, Der Dezernent für Soziales und Jugend (Hrsg.), Materialienreihe Jugend und Soziales, H. 1, Sachstandsbericht Ältere Menschen in Frankfurt am Main 2001, Frankfurt a. M. 2003
- Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Repräsentative Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen der partizipativen Altersplanung der Stadt Frankfurt am Main, i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, der SUZ GmbH, Sozialwissenschaftliches UmfrageZentrum, Duisburg, Frankfurt a. M. 2003
- Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Explorative schriftliche Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, Firma EDV- und andere Dienstleistungen, Joachim Ritter, Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 2004

4. Wohnen und Wohnumfeld

Autorinnen und Autoren:

Ute Rasim	Kapitel 4.1 bis 4.4
Rainer Tost, Gabriella Zanier	Kapitel 4.5, 4.5.1 bis 4.5.4
Gabriella Zanier	Kapitel 4.5.5
Nicolas Paefgen	Kapitel 4.6
Barbara Jacob, Gabriella Zanier	Kapitel 4.7

4.1 Einleitung

In diesem Kapitel wird kurz auf allgemeine, mit zunehmendem Alter relevante funktionale Bedürfnisse des Wohnens eingegangen und dann die vorhandenen Angebote - insbesondere die Altenwohnanlagen - aufgezeigt. Partizipationsansätze werden an drei praktischen Beispielen dargestellt. Abschließend sind Handlungsempfehlungen zusammengestellt. Querschnittthemen fließen in die einzelnen Kapitel ein.

4.2 Älter werden

Wohnen und Wohnumfeld definieren sich einerseits über objektive Gegebenheiten wie die Angebotsstruktur von Wohnraum, z. B. Ausstattung und Lage der Wohnung, Infrastruktur des Stadtteils, andererseits über subjektive Gegebenheiten wie z. B. biographische Erfahrung, Einkommen, Bildung, persönliche Anspruchshaltungen, Mobilität innerhalb und außerhalb der Wohnung, soziale Eingebundenheit im Stadtteil. „Unsere alltägliche Umwelt ist die Wohnung, das eigene Haus, das Nachbarschaftsgebiet, das weitere Wohnumfeld und das Stadtgebiet. Die menschliche Existenz ist raumgebunden, sie braucht zu ihrer Entfaltung die konkrete alltägliche Umwelt. Sie ist Teil der jeweils individuellen Lebenslage und bildet einen der wichtigsten Faktoren der Lebensgestaltung. Räumlich-soziale Umweltgegebenheiten rücken mit zunehmendem Lebensalter immer stärker in unser Bewusstsein und werden für die alltägliche Lebensgestaltung bedeutsamer. Wohnen im Alter heißt vor allem Wohnalltag“.¹

Der Aktionsraum ändert sich in den verschiedenen Lebensphasen. In der Kindheit

¹ vgl. Funkkolleg „Altern“, Studienbrief 6, Studieneinheit 15. Monika Reichert und Winfried Saup. Deutsches Institut für Fernstudienforschung an der Universität Tübingen, Tübingen 1997/98

ist er sehr klein, dehnt sich in der Jugend aus, und reduziert sich mit zunehmendem Alter. Es ändern sich geistige und körperliche Fähigkeiten, die für die Gestaltung bis hin zur Bewältigung des Alltags von Bedeutung sind.

Die Familie mit kleinen Kindern hat sich mit der Wohnung im 4. Stock ohne Fahrstuhl abgefunden. Der Kinderwagen findet im Hausflur ebenso wenig Platz wie ein Rollstuhl oder Gehwagen. Bei guter Gesundheit erlebt der 50jährige Mensch, dass er ein bisschen außer Atem im 4. Stock ankommt und ärgert sich, das Brot nicht eingekauft zu haben und noch einmal los zu müssen. Er überlegt, bei einem eventuellen Umzug ein Haus mit Fahrstuhl zu wählen oder eine Parterrewohnung.

Die funktionale Ausstattung einer Wohnung, z. B. platzsparende Einbauschränke, Haltegriffe in den Nasszellen, Gehwagenbreite der Türöffnungen, Stauraum im Treppenhaus für Kinderwagen bzw. Rollstühle, entspricht dem Bedarf junger Familien ebenso wie Seniorinnen und Senioren. Bedarfe an Wohnung und Wohnumfeld von Senioren, Behinderten und jüngeren Familien sind in vielen Punkten ähnlich, hinsichtlich Funktionalität und Bezahlbarkeit der Wohnung. Familiengerechtigkeit und Seniorengerechtigkeit als auch allgemein „menschengerechtes“ Wohnen ermöglichen grundsätzlich mehr Mobilität und Eigenständigkeit.

Zwar wünscht sich jeder eine gute Nachbarschaft im Haus, aber kleine Gefälligkeiten wie der gegenseitige Einkauf von schweren Lebensmitteln sind aufgrund der eigenen altersbedingten gesundheitlichen Einschränkungen nicht umsetzbar. Eine Zeitspanne altert oft „das ganze Haus“, das heißt, die Mieterinnen und Mieter sind alle jung eingezogen und werden nun miteinander alt, dann vollzieht sich ein Generationswechsel und Junge ziehen nach, die ihre eigenen Wege gehen. Ältere fühlen sich allein gelassen und in ihren Wertvorstellungen in Frage gestellt, und obwohl sie gerade im Alter auf nachbarschaftliche Hilfe angewiesen sind, können sie diese immer weniger erwarten.

In der Fragebogenaktion 50+ formulierten bei den offenen Fragen alle Teilnehmer in unterschiedlicher Form den Wunsch, im Alter selbstbestimmt und möglichst unabhängig von fremder Hilfe zu leben. Barrierefreiheit innerhalb und außerhalb der Wohnung und Serviceangebote durch entsprechende Dienste sind Möglichkeiten, den Alltag auch bei eingeschränkten Kompetenzen zu bewältigen.

5 % der Frauen über 80 Jahre sind auf einen Rollstuhl und 25 % auf eine Gehhilfe angewiesen.² Die Möglichkeiten, sich in der Wohnung selbständig zu bewegen, sind schon durch Barrieren innerhalb der Wohnung stark eingeschränkt. Hinzu kommen bauliche Barrieren beim Verlassen der Wohnung.³

Keine oder verminderte Gehfähigkeit ist nicht die einzige Einschränkung, die Wohnung zu verlassen. Andere altersbedingte, gesundheitliche Defizite wurden nicht abgefragt, bzw. würden unter Umständen aus persönlichen Gründen nicht angegeben, z. B. Inkontinenz, nachlassende örtliche Orientierungsfähigkeit.

Die Anzahl der älteren Menschen, die ihre Wohnung nur noch verlassen, wenn es sein muss, ist mit insgesamt 14,2 % der Befragten, die dieser Aussage „voll und ganz“ oder „eher“ zustimmen, erfreulich gering, obwohl zu bedenken ist, dass es sich hier - auf die ältere Frankfurter Bevölkerung hochgerechnet - um ca. 30.000 Personen handelt.⁴

Eine möglichst funktionale und barrierefreie Wohnung und das entsprechende Wohnumfeld sind Voraussetzungen zum Erhalt der Lebensqualität. Alter definiert sich aber nicht ausschließlich nach der Zahl der Jahre, sondern auch durch den Umfang und die Qualität persönlicher und sozialer Beziehungen – nicht nur – im Wohnumfeld. Die Auseinandersetzung mit den altersbedingten Veränderungen wird subjektiv unterschiedlich, oder weniger bewusst wahrgenommen oder auch verdrängt:

Ein Gast
Das Alter klopft an meine Tür:
„Du bist da drin, ick spüre dir.“
Ich mach nicht auf und pflüstre schwach:
„Lern du zuerst mal deutsche Sprach’.“
Worauf der Gast zu gehn geruht.
Ey, Alter! Das ging noch mal gut.

(Robert Gernhardt)⁵

² Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Repräsentative Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen der partizipativen Altersplanung der Stadt Frankfurt am Main, i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, der SUZ GmbH, Sozialwissenschaftliches UmfrageZentrum, Duisburg, Frankfurt a. M. 2003
N = 548 Frauen

Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung:
Eine gesonderte Publikation von Auswertungsergebnissen ist vorgesehen

³ ebenda

⁴ ebenda

⁵ Gernhardt, Robert: Ein Gast, Frankfurter Anthologie, Gedichte und Interpretationen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a. M. 26.03.2005

Die Sorge, im Alter könnte bei dem Spruch „Trautes Heim – Glück allein“ das „Glück“ verblasen und das „allein“ dominieren und zum „...Elend der eigenen 4 Wände“ werden, wird in den Befragungen im Rahmen der partizipativen Altersplanung deutlich. Mit zunehmendem Alter wird eine altersgerechte Wohnung - möglichst mit Betreuungsangeboten - vorstellbarer. So würden 48,7 % der weiblichen Umzugswilligen in ein Haus mit Betreuungsangeboten ziehen.⁶ Die Befragten halten professionelle Unterstützung für sinnvoll in der Hoffnung, auch im Pflegefall entsprechende Hilfen zu erhalten, um möglichst lange selbständig in der eigenen Wohnung zu leben.

4.3 Situation für ältere Wohnungssuchende

4.3.1 Wohnungsangebote

Wohnungen in Seniorenwohnanlagen werden von unterschiedlichen Vermietern angeboten - die zum Teil in der Frankfurt Holding zusammengefasst sind - und von Genossenschaften, Stiftungen, kirchlichen Trägern, Wohlfahrtsverbänden, gewerblichen und privaten Anbietern.⁷ Diese stellen entweder das Betreuungsangebot selbst oder arbeiten mit anderen Betreuungsträgern zusammen. Insgesamt gibt es in Frankfurt am Main

10 Häuser mit eingestreuten Seniorenwohnungen
20 Seniorenwohnanlagen ohne Betreuung
69 Seniorenwohnanlagen mit Betreuung
13 Seniorenwohnanlagen im Verbund mit Altenhilfezentren⁸

Die Zahl der registrierten Haushalte mit Antragsstellern ab 51 Jahren bei der Kommunalen Wohnungsvermittlungsstelle stieg seit 1999 kontinuierlich. Im Jahr 2003 waren insgesamt 1.761 Haushalte mit Personen ab 51 Jahren als Wohnungssu-

⁶ Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Repräsentative Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen der partizipativen Altersplanung der Stadt Frankfurt am Main, i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, der SUZ GmbH, Sozialwissenschaftliches UmfrageZentrum, Duisburg, Frankfurt a. M. 2003
N = 134; es waren 16 Auswahlantworten vorgegeben, Mehrfachnennungen waren möglich
Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung:
Eine gesonderte Publikation von Auswertungsergebnissen ist vorgesehen

⁷ Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Seniorenwohnanlagen mit Betreuung und Seniorenwohnungen, → www.frankfurt.de unter dem Stichwort „Seniorenwohnanlagen mit Betreuung und Seniorenwohnungen“, Frankfurt a. M. 04.03.2005

⁸ www.seniorenwohnungen-frankfurt.de

chende registriert. Besonders auffällig ist der Anstieg bei den Haushalten mit 51 bis 55jährigen Personen: von 1999 bis 2003 stieg die Zahl von 370 auf 546 registrierte wohnungssuchende Haushalte.⁹

Ältere Wohnungssuchende, die die Einkommensgrenzen zum Bezug einer öffentlich geförderten Wohnung überschreiten, sind auf den freien Wohnungsmarkt angewiesen. Sie sind zudem zuwenig über die Möglichkeit informiert, in welchen Fällen sie – z. B. über die Leistung einer Fehlbelegungsabgabe – doch in eine geförderte seniorengerechte Wohnung einziehen können.

„Die Grundauszählung der Ergebnisse zur Frage der Haushaltsstruktur weist zunächst aus, dass jeweils mehr als 40 % der älteren Frankfurterinnen und Frankfurter allein bzw. ausschließlich mit der Partnerin oder dem Partner zusammen leben.“

„...Es ist klar zu erkennen, dass Alleinleben im Alter - aufgrund der höheren Lebenserwartung von Frauen - eine Problemsituation ist, die ganz überwiegend Frauen betrifft.“¹⁰

Die Anzahl der öffentlich geförderten Wohnungen vermindert sich zunehmend, da die Sozialbindungen befristet sind. Die Bausubstanz vieler Häuser aus den 60er und 70er Jahren entspricht nicht mehr heutigen Wohnstandards. Der Anspruch an den Wohnraum - wobei darunter die Wohnung und das Wohnumfeld verstanden werden - hat sich gewandelt. Ein „Dach über dem Kopf“ reicht heute nicht mehr. Wohnen soll eine bestimmte Qualität haben: Wohnungsgröße, Beschaffenheit und Ausstattung wie z. B. ein Fahrstuhl, örtliche Infrastruktur und Verkehrsanbindung werden genannt. Viele Seniorinnen und Senioren haben sich in den letzten Jahren für die Installation eines Hausnotrufgerätes in der eigenen Wohnung entschieden, um so in Notfällen über externe Anbieter rund um die Uhr Erste Hilfe zu erhalten. Auf diese Weise lässt sich oft ein Umzug in eine seniorengerechte Wohnung umgehen, bzw. hinausschieben.

Es ist zu vermuten, dass die Nachfrage nach seniorengerechten Wohnungen bei

⁹ Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, eigene Berechnungen auf der Grundlage der Jahresberichte der Kommunalen Wohnungsvermittlungsstelle im Amt für Wohnungswesen, Frankfurt a. M. 2004

¹⁰ Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Repräsentative Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen der partizipativen Altersplanung der Stadt Frankfurt am Main, i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, der SUZ GmbH, Sozialwissenschaftliches UmfrageZentrum, Duisburg, Frankfurt a. M. 2003

Investoren zu einem betriebswirtschaftlichen Faktor wird. Angebote neu gebauter alten- und behindertengerechter Wohnungen von privaten Trägern richten sich eher an Seniorinnen und Senioren mit sehr gutem Einkommen. Über eine Mischfinanzierung mit Mitteln der öffentlichen Hand werden bei einigen dieser Objekte Wohnungen für Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen vorgehalten und über das Amt für Wohnungswesen vergeben. Grundsätzlich fehlen Seniorenwohnungen im mittleren Preissegment für Personen, die nicht berechtigt sind in eine öffentlich geförderte Wohnung zu ziehen, da sie über der Einkommensgrenze liegen.

4.3.2 Wohnangebote für Menschen mit Behinderungen

Alter und Behinderung sind nicht per se identisch. Alte Menschen können bis ins hohe Alter gesund leben und eine hohe Lebensqualität haben. Mit zunehmendem Alter wächst jedoch das Risiko von Körper- und /oder Sinnesbehinderungen und psychischen Erkrankungen.

Laut der Auflistung der „Wohnangebote für Menschen mit Behinderung“¹¹ verteilt sich die Anzahl der Wohnungen für mobilitäts- bzw. sinnesbehinderte Menschen wie folgt:

Tab. 1 (IV): Wohnangebote für Menschen mit Behinderung

behinderten- freundlich	rollstuhl- und behindertenge- recht	für sehbehinderte und blinde Menschen	sehbehinderte und blinde Menschen ab 60 Jahre	gesamt
499*	194	24	40	757

*davon 3 Seniorenwg.

Von diesem Angebot sind lediglich 3 behindertenfreundliche Mietwohnungen ausdrücklich älteren Bürgerinnen und Bürgern vorbehalten und 40 weitere sehbehinderten und blinden Menschen ab 60 Jahre.

¹¹ Quelle: Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Wohnangebote für Menschen mit Behinderung → www.frankfurt.de unter dem Stichwort „Rathaus, Angebote, Angebote für Menschen mit Behinderungen, weitere Informationen“, und → http://www.frankfurt-handicap.de/dl/2004_10_07_Behi_Wohnen.pdf, Frankfurt a. M. 2005

Nicht erwähnt sind hier die altengerechten und / oder behindertenfreundlichen Seniorenwohnungen in Altenwohnanlagen.¹² Das mangelnde Angebot an geeignetem Wohnraum zwingt jedoch junge Behinderte, auch in Altenwohnanlagen zu ziehen. Mit Blick auf die Zunahme Hochaltriger wird auch die Zahl der mobilitäts- und sinnesbehinderten Menschen insgesamt wachsen. Das vorhandene Angebot barrierefreier bzw. behindertengerechter Wohnungen erscheint nicht ausreichend. Sollen Menschen, die z. B. auf einen Rollstuhl angewiesen sind, die Chance haben, selbständig und selbstbestimmt zu wohnen, ist die barrierefreie bzw. rollstuhlgerechte Ausstattung ein grundsätzlich zu beachtendes Kriterium der Planung von Wohnraum.

4.3.3 Altenwohnanlagen

Frankfurt am Main hat schon Ende der 60er Jahre des letzten Jahrhunderts den Bedarf an seniorengerechten Wohnungen erkannt, politisch vertreten und entsprechende Maßnahmen eingeleitet, unter anderem mit dem Bau von Altenwohnanlagen mit Betreuungsangebot. Im Jahr 2004 lag der Bestand im gesamten Stadtgebiet bei ca. 7.678 Seniorenwohnungen, davon ca. 4900 in öffentlich geförderten Altenwohnanlagen. Der durchschnittliche Versorgungsgrad aller Stadtteile von 1996 bis 2004 liegt bei 4,75 %. Angestrebt wurden im 3. Kommunalen Altenplan 7 – 8 % (1980). Manche Stadtteile - wie z. B. die Innenstadt, Bahnhofsviertel, Westend-Nord, Frankfurter Berg - haben keine Seniorenwohnungen, in anderen Stadtteilen - wie z. B. Ostend, Bornheim und dem Gutleutviertel - liegt der Versorgungsgrad zwischen 9,5 % bis 14 %.¹³ Einige der ältesten Anlagen sind nun in die Jahre gekommen und entsprechen nach heutigen Maßstäben nicht mehr dem Bedarf einer seniorengerechten Grundausstattung. Fällige Sanierungen und Modernisierungen mit Blick auf Altersgerechtigkeit werden aus profitorientierten Überlegungen der Vermieter nicht vorgenommen. Gründe der Ablehnung durch Interessenten, wie z. B. die Wohnungsgröße oder die Ausstattung, können nicht die einzig entscheidenden Kriterien sein. Die Untersu-

¹² Die Begriffe behindertenfreundlich, barrierefrei, seniorenfreundlich, seniorengerecht sind nicht eindeutig festgelegt.

¹³ Quelle: Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, eigene Berechnungen auf der Grundlage der Statistischen Jahrbücher Frankfurt am Main, der Melderegister des Bürgeramtes Statistik und Wahlen sowie Erhebungsergebnisse der Jugendhilfe- und Sozialplanung zum Bestand von Seniorenwohnungen, Frankfurt a. M. 2005

chung der Stadt Frankfurt am Main von 1980¹⁴ zum Thema „Wohnen in Altenwohnanlagen“ kam zu dem Ergebnis, dass damals $\frac{2}{3}$ der Bewerber Bekannte in der jeweiligen Altenwohnanlage hatten und Mundpropaganda mehr Bedeutung hatte als schriftliche Informationsquellen oder Information durch das Amt für Wohnungswesen und das Jugend- und Sozialamt.

Neben der Bausubstanz können andere Faktoren die Entscheidung für eine Altenwohnanlage beeinflussen, wobei je nach Bedürfnis unterschiedlichen Gegebenheiten mehr oder weniger Bedeutung bei gemessen wird:

- Wie sieht die Struktur des Stadtteils aus, z. B. die Verkehrsanbindung?
- Welche Möglichkeiten und Angebote werden in nächster Nähe angeboten, z. B. welche Einkaufsmöglichkeiten, Cafes, Kultur?
- Wie sieht das "Image" der Seniorenwohnanlage aus, z. B. gibt es dort viele „schwierige“ Mieterinnen und Mieter oder ist die soziale Mischung gelungen?
- Wie wirken sich Qualität und Umfang der Betreuungsangebote in der Anlage auf die Akzeptanz aus?
- Werden mit Altenhilfezentren vernetzte Seniorenwohnanlagen bevorzugt?¹⁵

Diese Fragen lassen sich nicht eindeutig beantworten, da keine neuen gesicherten Umfrageergebnisse vorliegen. Es gibt offensichtlich verschiedene Gründe, warum sich Bewerber für oder gegen eine Wohnung in einer bestimmten Seniorenwohnanlage entscheiden. Manche Seniorenwohnanlagen werden gut nachgefragt, obwohl sie eine schlechte Verkehrsanbindung und miserable Einkaufsmöglichkeiten haben, z. B. im Stadtteil Goldstein die Altenwohnanlage Tränkweg 28. Wieder bei anderen kann davon ausgegangen werden, dass die Vernetzung mit einem Altenhilfezentrum ein positiver Anreiz ist oder das breite Angebot einer sozialen Betreuung mit Begegnungsangeboten im Haus den Ausschlag gibt für die Entscheidung, in eine bestimmte Anlage zu ziehen. Kleine Ursachen können große Wirkung erzielen, z. B. das Vorhandensein einer Satellitenschüssel auf dem Dach: Die Möglichkeit für Migrantinnen und Migranten, weiter Sendungen aus der Heimat zu empfangen, wiegt schwerer als Mängel in der Wohnung oder weite Wege zum Einkaufen.

¹⁴ Stadt Frankfurt am Main, Der Dezernent für Soziales, Jugend und Wohnungswesen (Hrsg.): Wohnen in Altenwohnanlagen, Befragung von Bewohnern und Bewerbern, Frankfurt a. M. Juli 1980

¹⁵ vgl. ebenda

4.4 Partizipative Ansätze zur Gestaltung der Lebenswelt in Altenwohnanlagen

4.4.1 Allgemeine Rahmenbedingungen zum Wohnen in einer Altenwohnanlage mit Betreuung

Ein einheitliches Konzept zur Betreuung in Altenwohnanlagen gibt es nicht. Verbindlich ist der Inhalt des Vertrags der Stadt Frankfurt am Main mit den Betreuungsträgern und der Betreuungsvertrag, welcher zwischen dem Betreuungsträger und den Mieterinnen und Mietern abgeschlossen wird. Dem Betreuungsvertrag ist ein Merkblatt¹⁶ beigefügt, in dem die wesentlichen Bestandteile der Leistungen des Betreuungsdienstes aufgeführt sind. Eine eigene Konzept-Entwicklung und die Organisation der Betreuung bleibt dem Betreuungsträger in Absprache mit dem Jugend- und Sozialamt, Besonderer Dienst 2, Rathaus für Senioren, vorbehalten. Das Wohnen in Altenwohnanlagen mit Betreuungsdienst bietet den Mieterinnen und Mietern zusätzlich Betreuung mit Hausnotruf als einem Dienstleistungs- und Serviceangebot an. Damit soll ein hohes Maß an Sicherheit und Selbständigkeit gewährleistet werden. Die Mieterinnen und Mieter entscheiden, diese Möglichkeiten bei Bedarf zu nutzen, sich andere Unterstützung zu suchen oder aber auch grundsätzlich jedes Angebot abzulehnen.

Leistungsangebot

Hauptsächlich wird der Betreuungsdienst in folgenden Bereichen tätig, wobei die einzelnen Angebote je nach personeller und finanzieller Kapazität des Betreuungsträgers in den einzelnen Seniorenwohnanlagen abweichen können.¹⁷

Notrufbereitschaft¹⁸

Mit einem Funkfinger können die Mieterinnen und Mieter von jedem Platz der Wohnung Alarm auslösen und mit der Notrufzentrale Kontakt aufnehmen. Während der Dienstzeit werden die Betreuerinnen und Betreuer informiert und gehen dem Notruf nach. Außerhalb der Dienstzeit, nachts und an den Wochenenden geht der Notruf direkt an die Notrufzentrale.

¹⁶ Das Merkblatt über Leistungen des Betreuungsdienstes in Altenwohnanlagen der Stadt Frankfurt am Main ist Anlage zum Betreuungsvertrag

¹⁷ Die hier formulierte Leistungsbeschreibung wird im Folgenden unter dem Begriff „Betreuung“ verstanden

¹⁸ In wenigen Anlagen ist das Notrufsystem verkabelt und wird durch Personal direkt im Haus abgedeckt

Soziale Beratung

Die Beratung ist zentrale Aufgabe der Betreuung und erfordert Sach- und Fachwissen, um Problemlagen zu erkennen und mögliche Lösungen auch durch Vermittlung an den geeigneten Fachdienst zu finden. Die Beratung umfasst sowohl alltägliche Anliegen als auch schwierige und schwer zu durchschauende Lebenslagen. Zugehende Beratung in Form von Hausbesuchen ist ein wesentlicher Aspekt, kann aber nur bei entsprechenden personellen Kapazitäten sichergestellt werden.

Gesundheitsberatung

Neben den seelischen Veränderungen machen sich im Alterungsprozess vermehrt auch gesundheitliche Einschränkungen bemerkbar. Beginnende und zunehmende Pflegebedürftigkeit ist meist ein schleichender Prozess, der von der Betreuung aufmerksam begleitet wird. Die Vermittlung an Fachstellen hat das Ziel, dass die Mieterinnen und Mieter möglichst lange in der eigenen Wohnung verbleiben können. Eine entsprechende Wohnraumberatung schafft Möglichkeiten für eine längere Verweildauer in der eigenen Wohnung.

Krisenintervention

Der Verlust der Partnerin / des Partners, Konflikte mit Angehörigen oder Nachbarn oder das plötzliche Auftreten einer Krankheit können zu einer persönlichen Krise führen. Soweit frühzeitig erkannt, sind schwerwiegende Folgen mitunter auch durch kleinere Interventionen abwendbar. So werden Maßnahmen soweit als möglich vermieden, die an den Bedürfnissen und Wünschen der alten Menschen vorbeigehen und die einen hohen Hilfebedarf und entsprechend hohe Kosten verursachen.

Angehörigenberatung

Angehörige werden beraten und informiert über bestehende Hilfemöglichkeiten, z. B. im Bereich der Pflege, der Pflegehilfsmittel oder der Gerontologie und ggf. an die Beratungs- und Vermittlungsstellen verwiesen. Sie werden in Entscheidungsprozessen begleitet, um Verantwortlichkeiten abzuklären und Problemlösungen in Übereinstimmung mit den Beteiligten anzustreben.

Informelle Gespräche

Informelle Gespräche sind eine wichtige Voraussetzung zum Aufbau von Beziehungen zwischen Mieterinnen und Mietern und dem Betreuungsdienst. Die Gespräche haben unterschiedlichen Charakter und Inhalt. Sie können informativ und / oder entlastender Natur sein, machen aber auch auf Bedürfnisse aufmerksam. Gespräche „am Rande“ zwischen Mieterinnen und Mietern und dem Betreuungsdienst ermöglichen einen frühzeitigen und unverfänglichen Kontakt. Sie eignen sich als Wegbereiter zur Akzeptanz des Hilfeangebotes und eines angenehmen Wohnumfeldes.

Integration

Jede Altenwohnanlage hat eine eigene Binnenstruktur. Sie ist geprägt durch die Altersstruktur, den individuellen soziokulturellen Hintergrund und die Lebenslagen der Mieterinnen und Mieter, sowie durch die personelle und räumliche Ausstattung der Anlage. Die Bewohnerinnen und Bewohner werden eingeladen und wo nötig unterstützt in ihrem Wunsch, am Gemeinschaftsleben teil zu nehmen. In Einzelgesprä-

chen und über Gruppenangebote wird auf gegenseitige Toleranz und Akzeptanz hin gewirkt.

Serviceleistungen

Serviceleistungen werden von externen Anbietern erbracht. Der Betreuungsdienst stellt Räume zur Verfügung und kooperiert in Fragen der Organisation. Dies können Angebote sein wie:

- Der Betreuungsdienst vermittelt Einkaufshilfen, Botengänge
- In einigen Altenwohnanlagen halten Allgemeinmediziner regelmäßig wöchentlich Sprechstunden ab
- Apotheken bieten Hol- und Bringdienste an für Rezepte und Medikamente
- Frisiersalons und / oder Fußpflege

Gemeinwesenorientierung

Es wird Wert darauf gelegt, dass die Seniorenwohnanlagen in ihrer Arbeit nicht isoliert im Stadtteil stehen, sondern sich dem jeweiligen Einzugsgebiet öffnen.

Altenwohnanlagen sind in die Struktur des Stadtteils eingebettet. Die Öffnung zum Stadtteil soll einer Ghettoisierung entgegenwirken.

Soziale Lage der Mieterinnen und Mieter

Der überwiegende Teil der Mieterinnen und Mieter lebt allein. Bei den Paaren ist der Partner bzw. die Partnerin oft pflegebedürftig, gebrechlich oder zeitweise verwirrt.

Das heißt, die/der rüstigere Partnerin/Partner - zumeist die Frau - ist in hohem Maße belastet und bisweilen überfordert. Die/der Hilfsbedürftige wäre ohne den/die Partner/in vermutlich schon in einer stationären Einrichtung untergebracht. Der Anteil der in eine Pflegestufe eingruppierten Mieterinnen und Mieter liegt z. B. in den einzelnen Altenwohnanlagen der Arbeiterwohlfahrt (AWO) zwischen 10 % und 50 %.¹⁹

Gesicherte Kenntnisse über die Einkommensverhältnisse liegen nicht vor. Der Anteil der Grundsicherungsberechtigten liegt bei ca. einem Drittel. Ebenfalls groß ist die Gruppe der Bezieherinnen und Bezieher kleiner Einkommen, die gerade über dem Anspruch auf Grundsicherung liegen. Obwohl sie einen Anspruch auf ergänzende Hilfen haben, werden diese oft nicht beantragt. Viele chronisch Kranke leben am Existenzminimum und müssen sich, bedingt durch die gestiegenen Kosten für Medi-

¹⁹ Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Frankfurt e. V., AWO, Jahresbericht Statistik 2004

kamente und andere gesundheitserhaltende Maßnahmen, noch stärker einschränken. In finanziell gesicherten Verhältnissen lebt ca. ein Drittel der Mieterinnen und Mieter.

Die Kenntnis der jeweiligen Lebenslage ermöglicht eine bessere Einschätzung des Hilfebedarfs. Physische und psychische Veränderungen (z. B. bei beginnender Verwirrtheit, bzw. Demenz, die sich durch das Verlegen von Schlüsseln, Probleme in der Haushaltsführung und der Umgang mit Geld äußern kann) werden prozesshaft wahrgenommen, dadurch kann ein sich anbahnendes Problem in einem frühen Stadium mit entsprechenden Maßnahmen aufgefangen werden. Kontinuierliche Interaktion und Kommunikation zwischen Mieterinnen und Mietern und dem Betreuungsdienst bestimmen wesentlich den Verlauf der Betreuung²⁰.

4.4.2 Ausgewählte Beispiele zu Partizipativen Ansätzen bei der Gestaltung der Lebenswelt in Altenwohnanlagen

4.4.2.1 Vermietung an junge Studierende in der Altenwohnanlage Dunantring

4.4.2.1.1 Rahmenbedingungen²¹

Eigentümerin der Altenwohnanlage ist die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH Hessen (GWH).

Träger der Betreuung ist die Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Frankfurt e.V. (AWO).

Tab. 2 (IV): Eckdaten Altenwohnanlage Dunantring

Baujahr	Sanierung	Finanzierung	Bindung	Anzahl WE	Größe
1962	keine	Städtische Mittel Keine Landesmittel	bis 30.06.2013	59	30m ²
				1 ²²	50 m ²

²⁰ Subjektives Erleben der Mieterinnen und Mieter des Betreuungsangebotes kann sich von der professionellen Einschätzung des Betreuungsdienstes unterscheiden: „Ich bin noch völlig selbständig und brauche überhaupt keine Betreuung.“ Das kann tatsächlich aber heißen, dass regelmäßige pflegerische und hauswirtschaftliche Hilfen bereits durch die Betreuung vermittelt wurden und „ein Helfer mich einmal in der Woche zum Club abholt“.

²¹ Daten unter www.seniorenwohnanlagen.de Belegungsbogen

²² Ehemalige Dienstwohnung an ein junges türkischen Ehepaar mit Kleinkind vermietet und wird in den Statistiken der AWO nicht berücksichtigt

Standort

Die Seniorenwohnanlage mit Betreuung befindet sich im Stadtteil Sossenheim, Dunantring 8.

Ausstattung der Anlage

Das Haus hat 8 Stockwerke. Ein Fahrstuhl ist vorhanden. Die Verbindungswege außerhalb des Hauses sind mit Gehhilfen und Rollstühlen gut nutzbar. Es gibt ausreichend viele Parkplätze für die Mieterschaft und Besucherinnen und Besucher direkt vor der Tür.

Wohnumfeld

Die Anlage liegt in einer Wohnsiedlung der 60er Jahre in sehr ruhiger Lage mit viel Grün. Die Bushaltestelle ist 150 m und die S-Bahn 300 m entfernt. Ein Fahrstuhl ist an der S-Bahnstation nicht vorhanden.

In unmittelbarer Nähe befindet sich ein Kiosk mit Dingen des täglichen Bedarfs. In 300 m Entfernung bestehen Einkaufsmöglichkeiten. Ärzte, Apotheke, Friseur und Sporteinrichtungen sind zwischen 200 – 300 m entfernt. Die Entfernung zur Post beträgt 600 m. Kirchliche Einrichtungen sind in 500 m erreichbar. Die Einkaufsstraße im Ortskern ist ohne Bus bzw. Auto schwer erreichbar. Der ausgeprägte Siedlungscharakter lässt kein urbanes Lebensgefühl aufkommen. Schwätzchen beim Einkaufen oder auf der Straße mit Bekannten sind selten. Zwischendurch ins Cafe gehen ist in der Siedlung nicht möglich. Mit den Kindern und Jugendlichen der Siedlung kam es in der Vergangenheit wiederholt zu Konflikten, meist wegen Ruhestörungen. Seit dem 1.1.2005 ist das Quartier in das Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen.

Ausstattung der Wohnung

Sämtliche Wohnungen sind mit Küche, Bad und Balkon ausgestattet. Die Küche wird mit Einrichtung vermietet. Bis auf den Balkon haben die Räume ausreichende Bewegungsflächen für Rollstuhlfahrer. Eine Sprechanlage gibt es nicht. Eine Stufe an der Wohnungstür stellt eine Barriere für Rollstuhlfahrer dar. Sie könnte durch eine kleine Rampe ausgeglichen werden. Bis jetzt hat der Eigentümer dahingehende Vorschläge

nicht aufgegriffen. Die verhältnismäßig tiefe Badewanne stellt für gebrechliche Seniorinnen und Senioren eine Hürde dar.

Einzugsvoraussetzungen

- Mindestalter ist 60 Jahre bzw. Rentenbezug
- Zuweisung durch die Kommunale Wohnungsvermittlungsstelle, gekoppelt an die Unterzeichnung des Betreuungsvertrages
- Ärztliches Attest, das die Fähigkeit zur selbstständigen Haushaltsführung bestätigt, ggf. unterstützt durch mit einziehende Pflegepersonen.

Mietvertrag/ Betreuungsvertrag

- Mietvertrag zwischen Mieterin bzw. Mieter und Vermieter
- Betreuungsvertrag zwischen Mieterin bzw. Mieter und Betreuungsträger
- Betreuungsvertrag ist nicht an den Mietvertrag gekoppelt
- Betreuungsträger übernimmt das Inkasso für die Betreuungsverträge stellvertretend für das Jugend- und Sozialamt

Da grundsätzlich bei abgeschlossener Vermittlung einer Wohnung im Amt für Wohnungswesen der Betreuungsvertrag unterschrieben werden muss, versuchen immer wieder Mieterinnen und Mieter nach dem Einzug den Vertrag zu kündigen. Der Vermieter stellt den Mieterinnen und Mietern frei, den Betreuungsvertrag abzuschließen bzw. zu kündigen. 10 Mieterinnen und Mieter unter 60 Jahren benötigen keinen Betreuungsvertrag. Von 48 Mieterinnen und Mietern über 60 Jahre liegen 36 Betreuungsverträge bei 50 betreuten Wohneinheiten vor. 18 Mieterinnen und Mieter haben auf eigenen Wunsch und Verantwortung die Abmeldetaste des Hausnotrufgerätes aktiviert²³.

Mieterstruktur

Das Durchschnittsalter mit 68 Jahren ist relativ niedrig. Man kann vermuten, dass die oben genannte Ausstattung der Wohnungen Seniorinnen und Senioren über 75 Jahre abschreckt. Der infrage kommende Personenkreis wird zusätzlich eingeschränkt,

²³ AWO, Statistik 30.06.2005, Überschneidungen möglich

da keine Ehepaarwohnungen zur Verfügung stehen. In der einzigen 2-Zimmer-Wohnung lebt ein junges Ehepaar mit Kleinkind.²⁴

Tab. 3 (IV): Mieterstruktur Altenwohnanlage Dunantring²⁵

Alter	Mieter gesamt		Deutsche	Ausländer
unter 50 Jahre	10*	20,8 %		
55 – 59 Jahre	0	0		
60 – 64 Jahre	9**	18,8 %		
65 – 69 Jahre	5	10,4 %		
70 – 74 Jahre	12	25 %		
75 – 79 Jahre	5	10,4 %		
80 – 84 Jahre	2	4,17 %		
85 – 89 Jahre	4	8,33 %		
90 Jahre und älter	1	2,08 %		
insgesamt	48	100 %	34	14

* davon 7 Studenten

** davon 2 pflegebedürftige Personen, nach dem Pflege-Versicherungsgesetz eingestuft

Die Mieterschaft zwischen 60 und 64 Jahre besteht überwiegend aus Männern und hat besonderen Hilfe- und Beratungsbedarf. Einige waren vor ihrem Einzug ohne festen Wohnsitz und haben gesundheitliche und/oder soziale Probleme.

Die Nationalität der Studenten ist dem Betreuungsdienst nicht bekannt. Vermutlich kommen die meisten aus der ehemaligen Sowjetunion. Die in der Anlage lebenden alten Ausländerinnen und Ausländer ab 60 Jahren sind in der Regel Migrantinnen und Migranten, die seit ca. 30 Jahren in Deutschland leben und ohne Qualifikation in geringfügig bezahlten Arbeitsverhältnissen standen. Sie stellen geringe Ansprüche an die Ausstattung der Wohnung, benötigen aber Unterstützung durch die Betreuung aufgrund der meistens psychosomatisch bedingten Krankheiten. Sie sprechen wenig oder kein Deutsch und finden schwer Anschluss an die Nachbarn in der Anlage. Unterschiedliche soziokulturelle Hintergründe, keine Angehörigen, Freunde oder Bekannte sind ebenso Gründe für ein sozial isoliertes Leben.

²⁴ ehemalige Dienstwohnung

²⁵ AWO, Statistik 30.06.2005

4.4.2.1.2 Betreuungsangebot

Räumliche Ausstattung

Das Büro des Betreuungsdienstes und die Räume der Begegnungsstätte befinden sich im Erdgeschoss der Anlage und sind mit einem großzügigen Raumangebot ausgestattet. Der Mieterverein Sossenheim hat ein Büro angemietet und bietet seine Beratung für den Stadtteil an. Seit 1996 ist das Bewohnerforum der Arbeiterwohlfahrt ebenfalls räumlich integriert. Der Betreuungsdienst und das Forum arbeiten kooperativ zusammen. Die Tagesstätte ist werktags ganztägig geöffnet und zu bestimmten Anlässen auch abends oder am Wochenende. Die Angebote der Seniorenwohnanlage und des Bewohnerforums stehen dem Stadtteil offen. Mieterinnen und Mieter aus der Anlage und Gruppen aus dem Stadtteil können die Räume nach Absprache nutzen, bzw. anmieten.

Konzeption

Die Konzeption der AWO zur Betreuung in Altenwohnanlagen wird entsprechend auf die einzelnen Seniorenwohnanlagen angewandt.²⁶

Sie geht von einem ganzheitlichen Menschenbild aus. Das Unterstützungshandeln richtet sich auf die gesamte Lebenssituation alter Menschen in ihrem häuslichen und gesellschaftlichen Umfeld. Ziel ist der Erhalt der selbständigen Lebensführung der Mieterinnen und Mieter, indem präventiv, begleitend und aktivierend gearbeitet wird. Es wird sich an Fähigkeiten und Bedürfnissen der Mieterinnen und Mieter orientiert und soviel Unterstützung wie möglich und so viel Hilfe wie nötig gegeben. Die Mieterinnen und Mieter werden als selbstbestimmte und kompetente Partner wahrgenommen. Betreuung ist ein Dienstleistungs- und Serviceangebot. Den Mieterinnen und Mietern stehen mit Abschluss des Betreuungsvertrages die darin aufgeführten Leistungen zu²⁷.

²⁶ AWO, Konzeption für den Betreuungsdienst in Altenwohnanlagen

²⁷ Merkblatt zum Betreuungsvertrag

Personal

Die Betreuungsleistungen werden 8 Stunden in der Woche von einer ausgebildeten Ergotherapeutin erbracht. Die Qualifizierung wird durch regelmäßige Fortbildungen und Supervision sichergestellt.

Betreuungsleistung²⁸

- Notrufbereitschaft
Mit einem Funkfinger können die Mieterinnen und Mieter von jedem Platz der Wohnung Alarm auslösen und mit der Notrufzentrale Kontakt aufnehmen. Während der Dienstzeit wird die Betreuerin informiert und leistet Erste Hilfe. Außerhalb der Dienstzeit, nachts und an den Wochenenden geht der Notruf direkt an die Notrufzentrale des Anbieters.
- Soziale Beratung
- Gesundheitsberatung
- Krisenintervention
- Informelle Gespräche
- Integration
- Serviceleistungen:
 - Die Apotheke bietet Hol- und Bringdienste an für Rezepte und Medikamente
 - Der Betreuungsdienst vermittelt Einkaufshilfen, Botengänge

Begegnungsstätte

Die Räume der Begegnungsstätte im Haus teilen sich die Altenwohnanlage und das Bewohnerforum und das Stadtteilzentrum der AWO. Einrichtungen und Veranstaltungen des Bewohnerforums, wie Internetcafe, Clubs, Feste, kulturelle Veranstaltungen und wöchentlicher Mittagstisch stehen den Mieterinnen und Mietern der Seniorenwohnanlage und den Bürgerinnen und Bürgern aus dem Stadtteil offen. Die Gemeinschaftsräume können von den Mieterinnen und Mietern der Anlage und Organisationen und Gruppen aus dem Stadtteil für eigene Veranstaltungen genutzt werden.

²⁸ siehe, Allgemeine Rahmenbedingungen, 4.4.1

Ehrenamtlich wird einmal wöchentlich eine Sozialberatung in türkischer Sprache für Mieterinnen und Mieter in der Altenwohnanlage und Nutzer aus dem Stadtteil angeboten.

4.4.2.1.3 Soziale Einbindung der Mieterinnen und Mieter in der Altenwohnanlage

Die meisten Mieterinnen und Mieter leben zurückgezogen in ihrer Wohnung. Manche haben Kontakte zu Bekannten außerhalb der Wohnanlage, die sie schon vor dem Umzug kannten. Einige kommen regelmäßig ins Betreuungsbüro, andere nur bei Bedarf. Wieder andere melden sich telefonisch mit ihren Anliegen. Bei Bedarf geht die Betreuerin in die Wohnung. Der Altenclub trifft sich seit 20 Jahren einmal in der Woche und ist auf 8 Personen geschrumpft. Zusätzlich bietet die Betreuerin einmal monatlich selbst zubereitetes Mittagessen an. „Jüngere“ Mieterinnen und Mieter zwischen 70 und 75 Jahren sind am Club nicht interessiert mit der Begründung „sie kommen, wenn sie alt sind“. Umgekehrt wehren sich die Clubmitglieder gegen die Versuche der Betreuerin, die jüngeren Seniorinnen und Senioren zu integrieren. Sie wollen „unter sich“ bleiben.

Trotz der attraktiven Angebote und einer sehr erfolgreichen Gemeinwesenarbeit des Bewohnerforums in der Altentagesstätte für junge und alte Bürgerinnen und Bürger aus dem Stadtteil, werden diese nur von wenigen Mieterinnen und Mietern aus der Anlage angenommen. Sie deuten auf Fragen nach dem Grund an, dass die „Anderen“ „ihre“ Wohnanlage in Beschlag nehmen oder sie stört das Rauchverbot im Gemeinschaftsraum. Objektiv durfte nie in dem Raum geraucht werden. Durchschnittlich 6 „Raucherinnen“ treffen sich vormittags im Vorraum am runden Tisch neben dem Betreuungsbüro und dem Eingang zur Begegnungsstätte. Zu der Runde kommen auch regelmäßig 2 Frauen aus dem Stadtteil. Die Frauen bilden eine konstante Gruppe, der „harte Kern“ der Mieterschaft. Der runde Tisch hat die Funktion eines kleinen Marktplatzes innerhalb der Anlage übernommen. Nichtraucher werden großzügig aufgenommen. Männer müssen sich „gut benehmen“, wenn sie sich dazusetzen wollen (z. B. kein Bier am Morgen, keine „Anmache“). In diesen Situationen wird von der Betreuerin die Schlichtung der Konflikte erwartet und dankbar angenommen.

Die Mieterinnen und Mieter identifizieren sich nach einer Eingewöhnungszeit mit der Seniorenwohnanlage.

4.4.2.2 Projekt „Jung und Alt unter einem Dach“

Anlass

Die Anlage hat seit Jahren einen Leerstand an Wohnungen. Schon in den neunziger Jahren wurden 5 Wohnungen kurzfristig an junge Pflegekräfte vermietet. 4 Pflegekräfte zogen nach und nach wieder aus.

Ziel

Der Abbau von Leerständen in der Altenwohnanlage wird durch die Vermietung eines Wohnungskontingents an Studierende angestrebt. Es mangelt an billigem Wohnraum für diese Zielgruppe; die Vermutung liegt nahe, dass die kleinen und günstigen Wohnungen gut angenommen werden.

Seit Ende 2003 gibt es für diese Wohnanlage eine entsprechende Sondernutzungsvereinbarung. Hierbei wurden Mieter und Mieterinnen innerhalb der Anlage umgesetzt, um eine Etage jüngeren Wohnungssuchenden - in diesem Falle Studenten - zur Verfügung zu stellen. Diese sollten allerdings nur im Rahmen eines Belegungskonzeptes „Jung und Alt unter einem Dach“ vermittelt werden. Beide Gruppen sollten voneinander profitieren. „Sollten für die freigestellten Seniorenwohnungen im Dunantring geeignete Interessenten gefunden werden und das Zusammenleben sich bewähren, ist beabsichtigt, noch weitere Seniorenwohnanlagen in entsprechende Maßnahmen mit einzubeziehen.“²⁹

Konzept

Die Sondernutzung wurde zwischen den politischen Gremien, dem Amt für Wohnungswesen und dem Vermieter vereinbart. Ein Konzept hinsichtlich der Umsetzung und inhaltlichen Ausgestaltung, wie Jung und Alt im Dunantring 8 zusammenleben und voneinander profitieren können, wurde nicht entwickelt.

²⁹ vgl. Stadt Frankfurt am Main, Bericht des Magistrats vom 29.03.2004, B 203, „Jung und Alt unter einem Dach“

Umsetzung

Mieterinnen und Mieter im Haus wurden in frei werdende Wohnungen umgesetzt, um möglichst eine Etage für junge Mieterinnen und Mieter vorzuhalten. Die Anwerbung der Studierenden erfolgte über das Amt für Wohnungswesen. Die Mieterinnen und Mieter und der Träger der Betreuung wurden nicht informiert und nicht einbezogen.

Ergebnis

Der Betreuungsträger erfuhr vom Amt für Wohnungswesen Ende 2004 von dem Projekt „Jung und Alt unter einem Dach“: „Der Betreuungsdienst möge im Januar 2005 eine Bewohnerversammlung einberufen.“ In diesem Rahmen sollten die bisherigen Erfahrungen der alten und jungen Mieterinnen und Mieter zusammengetragen werden.

Von den zu dieser Zeit 6 Studierenden zwischen 20 und 37 Jahren war keiner der Einladung gefolgt. Die 7 anwesenden älteren Mieterinnen und Mieter waren identisch mit der Gruppe des oben erwähnten runden Tisches. Sie waren von anderen Mieterinnen und Mietern beauftragt, in ihrem Sinne über Erfahrungen mit den Studierenden zu sprechen: „ Die sind in Ordnung, man sieht und hört sie nicht, im Gegensatz zu so manchen anderen schwierigen Nachbarn.“ Gleichwohl lehnten sie den Einzug von weiteren Jüngeren ab, wenn sich dadurch die Anwesenheit und Leistungen der sozialen Betreuung reduzieren. Dies sei schon jetzt ärgerlich. Das Haus solle Seniorenwohnanlage bleiben. Ein spezielles Konzept „Jung und Alt“ war den Mieterinnen und Mietern nicht bekannt.

In der Seniorenwohnanlage Dunantring wurde das Prinzip Partizipation – wie es ein Projekt „Jung und Alt unter einem Dach“ suggeriert - zugunsten einer schnellen Vermietung der Wohnungen aufgegeben. Trotz der Belegung mit zur Zeit 7 Studierenden (14,6 %) und 3 anderen Mieterinnen und Mietern unter 55 Jahren (6,24 %) stehen immer noch Wohnungen leer.

4.4.2.2.1 Überlegungen zu einer partizipativen Vorgehensweise bei der Umsetzung altersgemischten Wohnens in der Altenwohnanlage Dunantring

„Gemischte Belegungen sollten im Rahmen eines professionell begleitenden, partizipativ erarbeiteten Projekts durchgeführt werden. Das Belegungskonzept sollte geeignet sein, die spezifischen Interessen und die Leistungsbereitschaft der Beteiligten d. h. der Mieterinnen und Mieter, des Eigentümers und maßgeblicher behördlicher oder verbandlicher Organisationen, so aufeinander abzustimmen, dass Alt und Jung profitieren können.“³⁰

Status des Betreuungsdienstes

Der Status der Betreuung innerhalb des Projektes „Jung und Alt unter einem Dach“, ist nicht definiert, sie hat allgemein den des Beratenden und Vermittelnden in sozialen Fragen. Auftraggeber ist das Jugend- und Sozialamt. In Fragen der Vermietung hat sie kein Mitbestimmungsrecht und keine Entscheidungskompetenz. Vereinbarungen zur Zusammenarbeit mit dem Amt für Wohnungswesen und dem Vermieter im Sinne der Mieterschaft gibt es nicht.

Mögliche Rolle des Betreuungsdienstes

Der Betreuungsdienst wäre durch Auftrag und Qualifikation der ideale Partner zur Umsetzung von Projekten in Altenwohnanlagen wie z. B. „Jung und Alt unter einem Dach“.

- Die Rolle des Betreuungsdienstes sehen die Mieterinnen und Mieter unter anderem als Vermittler zwischen ihren und den Interessen des Vermieters.
- Die gute Kooperation zwischen Vermieter und Betreuung wird von den Mieterinnen und Mietern oft als vertrauensbildend empfunden.³¹
- Der Betreuungsdienst ist „näher dran“ an den Mieterinnen und Mietern, er hat gute Kenntnisse über die Binnenstruktur der Wohnanlage, z. B. die Lebenslage, Befindlichkeiten und Stimmungen der Mieterinnen und Mieter.

³⁰ vgl. Stadt Frankfurt am Main, Bericht des Magistrats vom 31.01.2005, B 110, „Jung und Alt unter einem Dach“

³¹ Erfahrungen des AWO-Betreuungsdienstes mit anderen Seniorenwohnanlagen und Vermietern.

- Er hat das Know-how in der Entwicklung und Umsetzung handlungsorientierter Ansätze.

Mögliche Beteiligung der Mieterinnen und Mieter bei der Umsetzung

Der Betreuungsdienst kann - aufgrund seiner Beziehung zu der Gruppe vom runden Tisch als Multiplikatoren, dem Club und anderen informellen Kontakten zu den Mieterinnen und Mietern - das Thema „Jung und Alt“ im Haus ansprechen. Meinungen, Ideen und Möglichkeiten können hier im kleinen Kreis ausgetauscht werden. Auf diese Weise wird das Thema in die Anlage transportiert und kommuniziert und ist damit bei einer späteren gemeinsamen Bewohnerversammlung bekannt. Vorstellbar ist eine Arbeitsgruppe, in die alle involvierten Gruppen eine Interessenvertretung entsenden. Diese bestimmen eine koordinierende Moderation. Strategien und Maßnahmen werden erarbeitet und allen Mieterinnen und Mietern zugänglich gemacht. Es ist nicht bekannt, ob bei der Belegung die jungen Mieterinnen und Mieter in das Projekt eingeführt und Verbindlichkeiten festgelegt wurden. Wenn nicht, ist ihre Kooperation wünschenswert, kann aber darum momentan nicht verbindlich eingefordert werden.

Bei einer zukünftigen Belegung mit Studierenden oder anderen jungen Bewerberinnen und Bewerbern im Sinne von „Jung und Alt unter einem Dach“, ist das Einverständnis zu den bis dahin zu verabredenden Zielen unverzichtbar, damit das Projekt funktioniert.

Auswirkungen altersgemischten Wohnens auf die Betreuungsleistungen

Der Betreuungsträger befindet sich in einem Interessenkonflikt, wenn er seine Kooperation bei der Integration junger Mieterinnen und Mieter anbietet, da er die eigene Finanzierungsbasis gefährdet.

Steigt die Zahl der Mieterinnen und Mieter unter 60 Jahren – sinken die Mittel für den Betreuungsdienst.³²

Steigt die Zahl leer stehender Wohnungen – sinken die Mittel für den Betreuungsdienst ebenso.

³² Mieter unter 60 Jahren sind nicht verpflichtet, einen Betreuungsvertrag abzuschließen.

Auswirkungen altersgemischten Wohnens auf die Mieterstruktur

Die Belegungspraxis begünstigt die Bildung sehr unterschiedlicher Interessengruppen:

- Junge Mieterinnen und Mieter (Studierende) die ohne nachbarschaftliche Beziehungen auskommen. Sie suchen keinen Anschluss an die Hausgemeinschaft, sondern gehen von einem zeitlich begrenzten Mietverhältnis aus (Studienabschluss).
- Bewerber mit besonderem Hilfebedarf im Rahmen der Gefährdetenhilfe, die - aufgrund des Wohnungsleerstandes und dem Vorhandensein einer Betreuung vor Ort - in die Anlage vermittelt werden.
- Mieterinnen und Mieter mit dem Anspruch auf seniorengerechtes Wohnen und vertraglich vereinbarter Betreuung.

Konfliktpotential

Sollten die Seniorinnen und Senioren mit Betreuungsvertrag den jungen Mieterinnen und Mietern die Kürzung des Betreuungsangebotes zuschreiben, können die vorhandenen sozialen Spannungen zunehmen.

Voraussichtliche Behebung des Leerstandes

Schon jetzt ist der geplante Anteil Studierender mit 14,6 % knapp erreicht. Bis jetzt hat die Vermietung an Studierende den Vermieter nicht dazu bewegt bauliche Mängel zu kompensieren. Standards in der Ausstattung der Wohnung sind auch für junge Mieterinnen und Mieter eine Entscheidungshilfe bei der Anmietung einer Wohnung. Die Wohnungsgröße und das Wohnumfeld - d. h. die Infrastruktur und Verkehrsanbindung des Stadtteils Sossenheim - sind für Bedürfnisse junger Studierender unattraktiv. Die angebotenen Wohnungen können lediglich einen aktuellen Bedarf befriedigen, erlauben aber keine langfristige Zukunftsplanung.

4.4.2.3 Integration von Kontingentflüchtlingen aus der ehemaligen Sowjetunion in die Altenwohnanlage und Altentagesstätte Kohlbrandstraße

4.4.2.3.1 Rahmenbedingungen der Altenwohnanlage³³

Die Altenwohnanlage hat das Konzept „Altersgemischtes Wohnen“. Sie war von Beginn an für junge Familien und ältere Bürgerinnen und Bürger konzipiert. In den Häusern leben ca. 150 Familien und 285 Seniorinnen und Senioren. Die im Folgenden genannten Wohnungen sind Seniorenwohnungen.

Die Eigentümerin der Häuser Nr. 24 - 26 ist die Wohnheim GmbH (Frankfurt Holding).

Die Eigentümerin der Häuser Nr. 28 – 30 ist die HABAH (Privater Vermieter).

In der Anlage befindet sich eine Altentagesstätte. Träger der Betreuung und der Altentagesstätte ist die Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Frankfurt e.V. (AWO).

Tab. 4 (IV): Kohlbrandstr. 24 – 26

Baujahr	Sanierung	Finanzierung	Bindung
1980	keine	Städtische Mittel, Landesmittel	31.12.2030 31.03.2031

Tab. 5 (IV): Kohlbrandstr. 28 – 30

Baujahr	Sanierung	Finanzierung	Bindung
1980	keine	Städtische Mittel, Landesmittel	31.12.2036/ 2081 31.03.2031

Tab. 6 (IV): Anzahl der Wohnungen insgesamt

Anzahl	Zimmer	Größe in m ²
139	1 ½ Zimmer-Wohnungen	43 – 45 m ²
109	2 Zimmer-Wohnungen	53 – 54 m ²

³³ Daten unter www.seniorenwohnanlagen.de, Belegungsbogen

Standort

Die Seniorenwohnanlage mit Betreuung und Altentagesstätte befindet sich im Stadtteil Bornheim.

Ausstattung der Anlage

Die Anlage besteht aus 4 Hochhäusern mit bis zu 16 Etagen. Fahrstühle sind vorhanden. Die Verbindungswege außerhalb des Hauses sind mit Gehhilfen und Rollstühlen gut nutzbar. Es gibt ausreichend viele Parkplätze für die Mieterschaft und Besucherinnen und Besucher direkt vor der Tür.

Im Haus Nr. 24 befinden sich im Parterre 2 Betreuungsbüros und ein Raum für Arzt und Fußpflege. Die Altentagesstätte - mit großzügiger räumlicher Ausstattung - befindet sich im Tiefparterre: 1 Versammlungsraum für ca. 50 Personen, 2 Gruppenräumen und einem Gymnastikraum.

Wohnumfeld

Ruhige Verkehrslage am Stadtrand mit Blick auf Schrebergärten zeichnen die Anlage aus. In der Nähe führt eine Autobahn vorbei, deren Lärmemission bei ungünstiger Witterung zu hören ist.

U-Bahn und Bus sind in 300 m zu erreichen. Ein Fahrstuhl zur U-Bahnstation ist vorhanden. Die Innenstadt lässt sich mit der U-Bahn schnell erreichen. Der Kern des Stadtteils Bornheim mit vielen Einkaufsmöglichkeiten, Ärzten, Apotheken, Cafes, Wochenmarkt ist 500 m entfernt. Man trifft fast immer Bekannte aus der Anlage zu einem Schwätzchen. Die Post liegt 1000 m entfernt. Kirchliche Einrichtungen sind in ca. 300 m zu finden.

Ausstattung der Wohnung

Die Wohnungen sind mit Küche, Bad, und Balkon ausgestattet. Die Küche wird mit Einrichtung vermietet. Wohnung und Balkon sind mit Rollstuhl befahrbar. Die Wohnungen sind gut geschnitten und bieten in den höheren Etagen einen beeindruckenden Panoramablick.

Einzugsvoraussetzungen

Analog der geförderten Altenwohnanlagen.³⁴

Mietvertrag/ Betreuungsvertrag und Besonderheiten

- Mietvertrag zwischen Mieterin bzw. Mieter und Vermieter
- Betreuungsvertrag zwischen Mieterin bzw. Mieter und Betreuungsträger
- Betreuungsträger übernimmt das Inkasso für die Betreuungsverträge stellvertretend für das Jugend- und Sozialamt bei den Häusern 28 und 30
- Mietvertrag und Betreuungsvertrag der Häuser 24-26 sind gekoppelt. Die Wohnheim GmbH übernimmt das Inkasso mit Einzug der Miete, stellvertretend für das Jugend- und Sozialamt.

Kündigungen des Betreuungsvertrags durch Mieterinnen und Mieter, deren Beitrag mit der Miete einbehalten wird, kommen nicht vor. Der Vermieter der Häuser 28-30 stellt den Mieterinnen und Mietern frei, den Betreuungsvertrag abzuschließen, bzw. zu kündigen.

Alle 26 Mieterinnen und Mieter unter 60 Jahren haben keinen Betreuungsvertrag.³⁵

³⁴ vgl. Einzugsvoraussetzungen Dunantring, 4.4.2.1.1

³⁵ Diese Mieter leben in öffentlich geförderten Seniorenwohnungen und werden nicht zum Anteil junger Mieter gerechnet.

Tab. 7 (IV): Mieterstruktur Altenwohnanlage Kohlbrandstraße³⁶

Alter	Mieter gesamt		Kontingentflüchtlinge		Mieter mit besonderem Hilfebedarf	
	Anzahl	Anteil %	Anzahl	Anteil %	Anzahl	Anteil %
unter 50 Jahre						
55 - 59 Jahre	26	9,0 %	15	5,2 %	6	2,1 %
60 - 64 Jahre	27	9,4 %	22	7,7 %	9	3,1 %
65 - 69 Jahre	57	19,9 %	29	10,1 %	10	3,5 %
70 - 74 Jahre	49	17,1 %	32	11,1 %	8	2,9 %
75 - 79 Jahre	50	17,4 %	18	6,3 %	6	2,1 %
80 - 84 Jahre	47	16,4 %	9	3,1 %	5	1,7 %
85 - 89 Jahre	14	4,9 %	5	1,7 %	5	1,7 %
90 Jahre und älter	17	5,9 %	1	0,3%	1	0,3 %
insgesamt *	287	100 %	137	45,5 %	50	15,7 %

* davon 47 (16,4 %) pflegebedürftige Personen, nach dem Pflegeversicherungsgesetz eingestuft

* davon 40 (13,9 %) Ehepaare

Das Durchschnittsalter liegt bei 73 Jahren. Genaue Daten über die Geschlechterverteilung liegen nicht vor. Der Ausländeranteil beträgt 54,4 %. Er setzt sich aus 137 Kontingentflüchtlingen aus der ehemaligen Sowjetunion und 19 Mieterinnen und Mietern anderer Nationalitäten zusammen.

4.4.2.3.2 Betreuungsdienst in der Altenwohnanlage

Räumliche Ausstattung

Die Räume des Betreuungsdienstes liegen im Parterre des Hauses Nr. 24. Es stehen 2 Büros und 1 Arzttraum mit Wartemöglichkeit zur Verfügung.

Die Altentagesstätte, mit einem Gemeinschaftsraum für ca. 50 Personen, 2 Gruppenräumen und einem Gymnastikraum, befindet sich im Tiefparterre.

³⁶ AWO, Statistik 30.06.2005

Konzeption

Die Konzeption der AWO zur Betreuung in Altenwohnanlagen wird entsprechend auf die Altenwohnanlage Kohlbrandstrasse angewandt.³⁷

Betreuungsleistung

Die Betreuung entspricht der ausführlichen Leistungsbeschreibung.³⁸

- Serviceleistungen sind u. a. ärztliche Sprechstunde 1 mal wöchentlich, Fußpflege, Vermittlung und Organisation von kostenlosen Begleitdiensten, Einkaufshilfen, Hausbesuche

Personal

Die Betreuungsleistungen werden werktags 8 Stunden von einer Krankenschwester, einem Diplompädagogen und einem Krankenpflegehelfer, auf 3 Planstellen verteilt, erbracht. Der Diplompädagoge leitet mit 50 % seiner Planstelle die Altentagesstätte. Die Qualifikation ist durch Fortbildungen und Supervision sichergestellt. Zusätzlich wird ein Zivildienstleistender / Freiwilliges Soziales Jahr eingesetzt.

4.4.2.3.3 Soziale Einbindung der Mieterinnen und Mieter in der Altenwohnanlage

In den ersten Jahren waren massive Konflikte zwischen jungen Familien und Seniorinnen und Senioren auf der Tagesordnung. Die Arbeit des Betreuungsdienstes und der Altentagesstätte bestand zu einem großen Teil im Konfliktmanagement. Inzwischen haben sich gute nachbarschaftliche Kontakte und Freundschaften entwickelt. Gäste aus dem Stadtteil sind willkommen. Das „Ghetto“ hat durch den Mittelpunkt „Altentagesstätte“ eher „Dorf-Charakter“ angenommen. Die Altenwohnanlage wird auf diese Weise zu einer lebendigen und offenen Einrichtung, die es den Mieterinnen und Mietern ermöglicht, am öffentlichen Leben teilzuhaben.

³⁷ vgl. Konzeption Dunantring, 4.4.2.1.2

³⁸ vgl. Allgemeine Rahmenbedingungen zum Wohnen in der Altenwohnanlage, 4.4.1

4.4.2.3.4 Die Altentagesstätte

Personal

Ein Diplompädagoge leitet die Altentagesstätte. Er koordiniert und leitet 3 Teilzeitkräfte, 21 ehrenamtliche / freiwillige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ein/en Zivildienstleistenden / Freiwilliges Soziales Jahr an. Er organisiert und koordiniert die unterschiedlichen Angebote, bzw. führt sie selbst durch.

Konzeption

Die Altentagesstätte bietet Begegnungs- und Kontaktmöglichkeiten für die Mieterinnen und Mieter in der Anlage und Besucherinnen und Besuchern aus dem Stadtteil. Persönliche Ressourcen der Bewohnerinnen und Bewohner sollen genutzt und gestärkt werden. Das Engagement in den unterschiedlichen Veranstaltungen wird angeregt, gefördert, unterstützt und begleitet. Die Leitung versteht sich als Organisator, Anreger und Mittler in der Kommunikation der Mieterinnen und Mieter untereinander und im Gemeinwesen.

Leistungsangebot

Die Altentagesstätte ist von 9.00 Uhr bis 17.00 Uhr für die Mieterinnen und Mieter und Gäste aus dem Stadtteil geöffnet. Sie können ihr Mittagessen gemeinsam einnehmen. Gruppen aus dem Stadtteil können Räume bis 22.00 Uhr nutzen.

Einige Angebote werden von Mieterinnen und Mietern und Ehrenamtlichen aus den Stadtteilen - nach einer Anleitungsphase durch den Altentagesstättenleiter - selbstständig durchgeführt. Dem Leiter obliegen Organisation und Koordination und bei Bedarf fachliche Beratung. Angebote, die fachliche Qualifikationen voraussetzen³⁹, werden von pauschal finanzierten Kräften durchgeführt, die zusätzlich freiwillig viel Zeit ohne finanzielle Entschädigung einbringen.

- 2 Altenclubs treffen sich wöchentlich regelmäßig
- Redaktion Bewohnerzeitung
- Verschiedene Kleingruppen mit Anleitung und Programm
- Gruppen, die sich regelmäßig selbstständig treffen

³⁹ Internetcafe, Integrationsprojekt

- Offene Treffs für alle
- Gymnastikkurse
- Handarbeitskreis
- „Kneipe“, einmal wöchentlich, mit Getränkeausschank und Spezialitäten
- Offene Gruppe zum Mittagstisch, einmal wöchentlich
- Deutschkurse für Flüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion
- Internetcafe für Mieterinnen und Mieter der Anlage und Besucherinnen und Besucher aus dem Stadtteil
- Vermietung an verschiedene Gruppen am Abend
- Städtereisen und Tagesausflüge
- Kulturelle Veranstaltungen
- Organisation von religiösen Zusammenkünften

4.4.2.3.5 Das „Integrationsprojekt“ der Altentagesstätte

Ausgangslage

Innerhalb von 3 Jahren wurden 80 Wohneinheiten der Anlage mit Kontingentflüchtlingen mosaischen Glaubens aus der ehemaligen Sowjetunion belegt. In der Anlage wohnen 93 weibliche und 22 männliche Senioren ab 60 Jahren aus der ehemaligen Sowjetunion. Die Vermietung an diese Personengruppe hat steigende Tendenz.

Sprachliche Barrieren, eine andere soziale und kulturelle Sozialisation erschweren besonders älteren Menschen die Integration in ihr neues zu Hause. Die große Zahl der Kontingentflüchtlinge in dieser Anlage erleichtert einerseits Kontakte untereinander, verhindert andererseits die Integration im Haus und zu anderen Bevölkerungsgruppen im Stadtteil.

Der Vorschlag einer russischen Mieterin, ehrenamtlich einen Sprachkurs anzubieten, griff der Leiter der Altentagesstätte auf, um der Ghettoisierung entgegen zu wirken. Nachdem eine Anschubfinanzierung durch Landesmittel zur Förderung von Integrationsmaßnahmen zunächst für ein Jahr gesichert war, wurde das Projekt entwickelt.

Ziel des Projekts

Ziel ist es, die soziale und kulturelle Integration der Kontingentflüchtlinge und die gegenseitige Akzeptanz der Mieterschaft durch entsprechende Angebote zu erreichen, möglichst auf der Basis freiwilliger Mitarbeit russischer und deutscher Mieterinnen und Mieter. Die Arbeit musste auf die spezielle Lebens- und Interessenlage der Zielgruppe abgestimmt sein.

- Erwerb der deutschen Sprache
 - Sprachunterricht in der Begegnungsstätte der Altenwohnanlage
 - Zweisprachiges Angebot des Internetcafes in der Begegnungsstätte
- Integration in die Hausgemeinschaft der Altenwohnanlage
 - Mitgestaltung der Mieterfeste
- Förderung der Partizipation am kulturellen und sozialen Leben in der neuen Heimat
- Einbindung deutscher und russischer Mieterinnen und Mieter in die Aktivitäten der Altentagesstätte
 - Treffen und Austausch mit anderen Gruppen im Haus und aus den Stadtteilen
 - Kulturelle Veranstaltungen in Form von Vorträgen und Konzerten in der Altenwohnanlage
 - Gemeinsamer Besuch von Veranstaltungen außerhalb der Einrichtung
 - Gestaltung von typischen Festen (Purim, Nanuka etc.)
 - Kurzbildungsreisen in andere deutsche Städte

4.4.2.3.5.1 Umsetzung

Einbindung der Mieterinnen und Mieter

Die hohe Besucherfrequenz erfordert grundsätzlich die Unterstützung durch Ehrenamtliche bzw. freiwillige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die russischen Mieterinnen und Mieter haben ein anderes Selbstverständnis sich zu engagieren. Der Begriff „Ehrenamt“ ist ihnen nicht geläufig. Es ist keine „Ehre“ etwas für die Anderen zu tun,

sondern es gibt dem Leben Sinn. Sie haben das Vertrauen ihrer russisch sprechenden Nachbarn und befinden sich in einer sehr ähnlichen Lebenslage.

Die russische Mieterin, die sich für die Sprachkurse anbot, war vielen schon bekannt als Nachbarin. Sie sprang oft als Übersetzerin ein, unterstützte auf Ausflügen und Fahrten den Leiter und Betreuer, lud Gäste aus ihrem Bekanntenkreis außerhalb der Anlage ein, welche zu kulturellen Veranstaltungen in der Altentagesstätte auftraten. Auf dieser Vertrauensbasis konnte der Altentagesstättenleiter das Projekt aufbauen. Die tragende Säule des Projekts sind die freiwilligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Methode

Sämtliche Veranstaltungen sind grundsätzlich nationalitätenübergreifend konzipiert. Es wird ausschließlich mit Gruppen gearbeitet, sie geben Sicherheit und es entwickelt sich ein Zugehörigkeitsgefühl. Eigene Initiativen werden unterstützt. Sämtliche Teilnehmerinnen und Teilnehmer kommen freiwillig. Alter und bisherige Lernerfahrungen sind wesentliche Aspekte und müssen berücksichtigt werden. Bei den Sprachkursen wird auf Zertifikate und Prüfungen verzichtet. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können ohne Leistungsdruck arbeiten und ihr eigenes Lerntempo bestimmen. Versagensängste werden abgebaut und persönliche Stärken gefördert.

Ergebnis

Nach 3 Jahren Erfahrung sprechen folgende Indikatoren für den erfolgreichen Verlauf des Projekts:

- Gleichbleibende hohe Teilnehmerzahlen (393 weibliche und 131 männliche monatlich)
- Größere sprachliche Kompetenz in der Verständigung mit deutschsprachigen Personen, z. B. im Umgang mit Ämtern und Ärzten
- Entwicklung von Eigeninitiativen
- Konstruktive Vorschläge und Mitarbeit
- Positive Entwicklung des sozialen Klimas in der Wohnanlage
- Abbau bzw. Verringerung der sozialen Distanz der Besucherinnen und Besucher aus dem Stadtteil

Das Ergebnis des Integrationsprojekts formuliert eine der freiwilligen Helferinnen selbst in einem Interview:

„Jeder weiß, wie oft es Streit zwischen Verwandten oder Nachbarn gibt. Es lohnt sich auch nicht zu erläutern, wie unerwünscht Leute sind, die aus einem anderen Land kommen. Meistens kennen Sie die Sprache nicht, sie bekennen sich zu anderen Religionen, es fällt ihnen nicht leicht, mit neuen Traditionen, Kultur und Lebensweise zurecht zu kommen.“... und weiter: „Das erste und wichtigste beim Integrieren ins neue Leben ist die Sprache. Im Club findet zweimal in der Woche ein kostenloser Deutschunterricht statt. Die Leute sind zu bewundern: hartnäckig, nachdrücklich und zielbewusst eignen sie sich die Sprache an. Wie schwierig das im hohen Alter ist, kann nur der verstehen, der es selbst versucht hat. Die Bemühungen waren nicht vergeblich, viele können schon ziemlich gut reden und verstehen.“

„Hier kann man klassische Musik oder deutsche, russische und jüdische Lieder hören. Hier wird auch über Puschkin, Verdi, Heine, Chagall und Tschaikowski erzählt. Das alles machen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Besucher selber. Solche Veranstaltungen machen allen Spaß, den Gästen und Organisatoren, weil die Leute, die auf diesem Gebiet tätig waren, jetzt ihre Kenntnisse präsentieren können. Das Miteinander leben ist wahrscheinlich nicht absolut geglückt, aber es gibt ein wohlwollendes nebeneinander Leben. Von der Seite der deutschen Leute wächst das Interesse an ihren Nachbarn aus der ehemaligen Sowjetunion und die ihrerseits verstehen jetzt vieles in der deutschen Geschichte anders. In diesem Jahr wurde von ihnen eine Gedenkfeier zum Kriegsende vor 60 Jahren geplant, die sie gemeinsam begehen möchten.“⁴⁰

4.4.2.3.5.2 Beteiligung der Altentagesstätte

Status der Leitung

Die Altentagesstätte ist eine eigenständige Einrichtung innerhalb der Wohnanlage. Der Träger ist mit dem Betreuungsträger identisch. Es gelten die Leistungsvereinbarungen der Stadt Frankfurt am Main mit den Trägern der Altentagesstätten und Altenclubs. Die Dienst- und Fachaufsicht liegt beim Betreuungsträger.

⁴⁰ Zitat aus dem Interview mit Frau Mouchnik, Expertenbericht „Integrationsprojekt Kohlbrandstrasse“, Frankfurt a. M. März 2005

Rolle der Altentagesstättenleitung

Die Besetzung der Stellen zum Betrieb der Altentagesstätte und des Betreuungsdienstes in Personalunion ist eine ideale Möglichkeit, die soziale Einbindung der Mieterinnen und Mieter sowohl in der „Privatheit“ des Wohnbereichs, als auch in der Öffentlichkeit der Altentagesstätte zu erreichen.⁴¹

Anleitung, Organisation, Koordination und fachliche Beratung wird durch die Leitung sichergestellt. Inhalte und Umsetzung der Angebote des Projekts werden gemeinsam geplant. Aufwändige Unternehmungen, z. B. Ausflüge und Reisen, werden von der Leitung durchgeführt. Die freiwilligen Helferinnen und Helfer nehmen sich als Team wahr, das dem Leiter der Altentagesstätte zugeordnet ist.

4.4.2.3.5.3 Ausblick

Die langfristige Integration ist Auftrag. Die Gruppen bedürfen auch weiterhin der Begleitung. Ein Ende des Zuzugs von Kontingentflüchtlingen die hier wohnen möchten ist nicht zu erwarten. Daraus ergibt sich ein zeitlich nicht zu begrenzender Bedarf an integrationsfördernden Maßnahmen. Die momentane Finanzierung der sozialen Betreuung wurde allerdings nur durch die Aufgabe eines der beiden Clubs der Altentagesstätte möglich. Ohne finanzielle Unterstützung wird das Projekt in absehbarer Zeit eingestellt werden müssen.

4.4.2.4 „Interkulturelle Nachbarschaft“ in Niederrad, Altenwohnanlage Im Mainfeld 16

4.4.2.4.1 Rahmenbedingungen⁴²

Eigentümerin ist die Wohnheim GmbH. Sie ist auch Träger der Betreuung.

⁴¹ vgl. Soziale Einbindung der Mieterinnen und Mieter in der Altenwohnanlage, 4.4.2.3.3

⁴² Daten unter www.seniorenwohnanlagen.de, Belegungsbogen

Tab. 8 (IV): Eckdaten Altenwohnanlage Im Mainfeld 16

Baujahr	Sanierung	Finanzierung	Bindung
1974	Keine	Städtische Mittel,	Bis 31.12.2040 und 30.06.2042

Tab. 9 (IV): Anzahl, Größe und Belegung der Wohnungen insgesamt

Anzahl	Wohnungsgrößen	Davon nicht belegt
189	1 Zimmer-Wohnungen 32 m ² *	21
22	2 Zimmer-Wohnungen 53 m ²	

* davon sind 4 Wohneinheiten nicht an Seniorinnen und Senioren vermietet.

Standort

Die Seniorenwohnanlage mit Betreuung befindet sich im Stadtteil Niederrad, Im Mainfeld 16.

Ausstattung der Anlage

Der Wohnblock hat 11 Stockwerke. Fahrstühle sind vorhanden. Die Verbindungswege außerhalb des Hauses sind mit Gehhilfen und Rollstühlen gut nutzbar. Es gibt insgesamt 24 Parkplätze für die Mieterschaft und Besucherinnen und Besucher direkt vor der Tür.

Wohnumfeld

Die Anlage ist Teil mehrerer gleichartig gebauter Wohnblöcke. Die Hochhäuser aus den 80er Jahren haben den Charme einer Plattenbausiedlung. Ruhige Verkehrslage im Grünen. Ein Park ist gut erreichbar. In der Nähe führt die viel befahrene Niederräder Uferstraße vorbei. Die Straßenbahn in 400 m Entfernung fährt in Richtung Hauptbahnhof. Die Bushaltestelle ist 400 m und die S-Bahn 1500 m entfernt. Ein Fahrstuhl ist an der S-Bahnstation nicht vorhanden. Personen mit Mobilitätseinschränkungen können nur mit Auto bzw. Taxi in die Innenstadt Frankfurt gelangen. Mit dem Umbau

der gewerblich genutzten Räume im Erdgeschoss der Altenwohnanlage wurde zugunsten eines Sozialraumes für die Mieterschaft der Einkaufsläden aufgegeben. In 300 m Entfernung bestehen Einkaufsmöglichkeiten. Kirchliche Einrichtungen, Ärzte, Apotheke, Bank und Friseur und sind 200 bis 300 m entfernt. Die Entfernung zur Post beträgt 900 m. Seniorenrestaurants sind in 600 m erreichbar. Der ausgeprägte Siedlungscharakter lässt kein urbanes Lebensgefühl aufkommen. Mit den Kindern und Jugendlichen der Siedlung kam es in der Vergangenheit wiederholt zu Konflikten.

Ausstattung der Wohnung

Alle Wohnungen sind mit Küche, Bad und Balkon ausgestattet. Die Küche wird mit Einrichtung vermietet. Balkon und Flur haben keine ausreichenden Bewegungsflächen für Rollstuhlfahrer. Eine Sprechanlage ist vorhanden.

Einzugsvoraussetzungen

Die Bewerber können mit bis zu 40 % über der Einkommensgrenze für die Vergabe einer öffentlich geförderten Wohnung liegen.⁴³

Mietvertrag/ Betreuungsvertrag

- Betreuungsvertrag ist an den Mietvertrag gekoppelt
- Die monatlichen Beiträge für die Betreuungsverträge werden mit der Miete eingezogen, stellvertretend für das Jugend- und Sozialamt.

Bei 176 betreuten Wohneinheiten (1-Zimmer-Wohnungen) liegen Betreuungsverträge vor.

⁴³ Die Wohnungen wurden ohne Landesmittel gefördert, siehe Tabelle 8 (IV)

Tab. 10 (IV): Mieterstruktur⁴⁴

Alter	Anzahl insgesamt	%	davon weibl.	davon männl.	davon Ausländer
unter 60 Jahre	28	13,5	10	18	
60 - 69 Jahre	71	34,1	29	42	
70 - 74 Jahre	32	15,4	12	20	
75 - 79 Jahre	37	17,8	22	15	
80 - 84 Jahre	19	9,1	14	5	
85 - 89 Jahre	11	5,3	8	3	
ab 90 - ?	10	4,8	9	1	
Gesamt:	208	100	104	104	ca. 59

Das Durchschnittsalter von 68,6 Jahren spiegelt die Mieterstruktur nur unzureichend.

Der Anteil der unter 60jährigen Personen liegt bei 13,5 %.

Der Anteil hochbetagter Personen ab 85 Jahren liegt bei 10,1 %.

Die Zahl der in der Anlage lebenden Ausländerinnen und Ausländer ab 60 Jahren beträgt 28,5 %.

Trotz der Vielfalt der individuellen Lebenslagen ergibt sich ein ähnlicher Gesamteindruck wie in der Altenwohnanlage Dunantring.⁴⁵

4.4.2.4.2 Betreuungsangebote

Räumliche Ausstattung

Das Betreuungsbüro befindet sich am Eingang im Parterre. Seit Mai 2004 wurden gewerblich genutzte Büroräume zu einem großen Gemeinschaftsraum mit Küche für ca. 90 Personen umgebaut. Der Fachdienst für Migration der Caritas hat 1 Büro angemietet. In einem anderen Raum wird von Montag bis Samstag ein Mittagstisch angeboten. Im Erdgeschoss befindet sich eine Gästewohnung, die angemietet werden kann.

Konzeption

Es gibt ein ausführliches Betreuungskonzept. Grundlage ist der Vertrag zur Betreuung von Altenwohnanlagen mit dem Jugend- und Sozialamt.

⁴⁴ Quelle: Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Bürgeramt, Statistik und Wahlen, Meldebehörde. Bericht Wohnheim GmbH, Stichtag 30.07.2005

⁴⁵ vgl. Mieterstruktur Dunantring, 4.4.2.1.1

Personal

2 Sozialarbeiterinnen und ein Hausmeister erbringen die Betreuungsleistungen werktags von 8.00 bis 16.00 Uhr.

Leistungsangebot

Das Angebot entspricht den im Merkblatt⁴⁶ des Betreuungsvertrages aufgeführten Leistungen.

- Hausnotruf⁴⁷

Besondere Angebote im Gemeinschaftsraum

„Seit dem 01.01.05 – mit dem Wegfall unserer Bereitschaftszeiten – bieten wir neben dem schon traditionellen Geburtstagskaffee, der Weihnachtsfeier und dem Sommerfest, regelmäßig stattfindende Veranstaltungen an, wie den Spiele-Nachmittag, Seniorengymnastik, Gedächtnistraining; donnerstags ein gemeinsames Frühstück; einmal im Monat besucht uns vormittags der Kindergarten der Caritas (Goldsteinstr.) zum gemeinsamen Spielen; montags bis donnerstags ist ab 15 Uhr der Aufenthaltsraum für die Hausbewohner geöffnet, Kaffee und Gebäck wird angeboten; einmal im Monat erscheint eine kleine Hauszeitung, welche die Hausbewohner insbesondere über aktuelle Dinge informiert“.⁴⁸

4.4.2.4.3 Soziale Einbindung der Mieterinnen und Mieter in der Seniorenwohnanlage

Viele Mieterinnen und Mieter, besonders die älteren, leben zurückgezogen in ihrer Wohnung. Manche haben Kontakte zu Bekannten außerhalb der Wohnanlage, die sie schon vor dem Umzug kannten. Einige kommen regelmäßig auf ein Schwätzchen ins Betreuungsbüro, andere nur bei Bedarf. Wieder andere melden sich telefonisch mit ihren Anliegen. Bei Bedarf geht die Betreuerin in die Wohnung.⁴⁹

⁴⁶ vgl. Anlage zum Betreuungsvertrag, Merkblatt

⁴⁷ Wird seit Januar 2005 über Hausnotruf vom Frankfurter Verband für Alten- und Behindertenhilfe e. V. übernommen

⁴⁸ Zitat aus dem Bericht „Aktivitäten über die eigentliche Betreuungsarbeit hinaus“, von Frau Johanna Helga Ba, Betreuerin in der Altenwohnanlage Im Mainfeld, in: Expertenbericht „Altenwohnanlage im Mainfeld“, Frankfurt a. M. Juni 2005

⁴⁹ vgl. auch Soziale Einbindung Dunantring, 4.4.2.1.3

4.4.2.4.4 Das Projekt „Interkulturelle Nachbarschaft Niederrad“

Das Projekt ist ein Beispiel, wie eine Altenwohnanlage in ein kooperatives Netzwerk sozialer Träger einbezogen wird. Ziel ist die Integration aller Bewohner im Stadtteil, durch Mobilisierung ihrer Selbsthilfepotenziale.

Anlass / Ausgangslage

In der Siedlung und auch in der Altenwohnanlage gibt es seit Jahren erhebliche soziale Spannungen zwischen verschiedenen Bewohnergruppen. Im Juni 2004 starten die Fachdienste für Migration, Team Stadtmitte, des Caritasverbandes Frankfurt ihr Projekt. Das Büro ist in der Seniorenwohnanlage Im Mainfeld 16 verortet.

Ziel

Integration aller Bewohnerinnen und Bewohner im Stadtteil - durch Mobilisierung ihrer Selbsthilfepotenziale - mit folgenden Teilzielen:

1. Abbau sozialer Spannungen durch Aufbau und Mobilisierung von Ressourcen zur Konfliktlösung,
2. Mobilisierung der Wohnbevölkerung zur Artikulation ihrer Bedürfnisse,
3. Gewinnung und Solidarisierung der Bevölkerung,
4. Einführung wohnumfeldbezogener partizipativer Methoden,
5. Vernetzung der Aktivitäten für Jugendliche im Stadtteil und Integration von Gruppen „problematischer“ Jugendlicher,⁵⁰
6. Verbesserung der interkulturellen Kommunikation zwischen Spätaussiedlern, Ausländern und Deutschen,
7. Schwerpunkt „Alt – Jung“.

Umsetzung

Erste Schritte waren das Eröffnungsfest am 17.09.2004 mit der Vorstellung des Projekts unter breiter Beteiligung verschiedener Bewohnergruppen und der Presse. Es wurden Umfragen über Veränderungswünsche im Stadtteil durchgeführt. Folgende Schritte wurden umgesetzt:

- Beratungsbüro in der Seniorenwohnanlage mit Sprechstunden,

⁵⁰ Die anvisierten Ziele die ausschließlich auf Jugendliche abgestimmt sind, werden hier nicht ausgeführt.

- Erstellung von Flyern und mehrsprachigen Handzettel und ihre Verteilung in alle Briefkästen unter Einbeziehung der Kinder und Jugendlichen im Stadtteil,
- Angebot von Mediation und Konfliktvermittlung innerhalb und außerhalb der Sprechstunde,
- Planung gemeinsamer wohnumfeldbezogener Verschönerungsaktionen,
- Einrichtung einer nachbarschaftlichen Begegnung im Forum des Altenheims St. Josef im „alten“ Stadtteilkern,
- eine monatlich stattfindende „interkulturelle Runde“ zwischen deutschen und ausländischen Niederrädern,
- Lesungen und Erzählcafe unter Einbeziehung einer Gruppe von Gastarbeitern und Migrantinnen und Migranten der ersten Generation in der Altenwohnanlage Mainfeld,
- Einbeziehung von Jugendlichen bei allen Aktivitäten, z. B. Weihnachtsbasteln für Jung und Alt,
- Initiierung einer Kooperation zwischen der Altenwohnanlage und dem Kindergarten Dom/St. Leonhard.

Ergebnis

Erste Schritte der Umsetzung haben begonnen. Soziale Einrichtungen und Institutionen kooperieren miteinander. Die Ergebnisse des Projektes sind abzuwarten. Veränderungen in der Betreuungsarbeit werden deutlich.

4.4.2.4.4.1 Beteiligung des Betreuungsdienstes an der Umsetzung des Projektes

Die Problematik multikulturellen Zusammenlebens ist dem Betreuungsdienst aus der alltäglichen Betreuungsarbeit vertraut. Das Projekt zeigt Wirkung auf die Binnenstruktur der Seniorenwohnanlage und ermöglicht die Öffnung ins Gemeinwesen.

Aktivitäten über den eigentlichen Betreuungsdienst hinaus

Bericht von Frau Johanna Helga Ba, Betreuerin in der Altenwohnanlage Im Mainfeld:

„In den letzten Jahren und Monaten, insbesondere seit der Bereitstellung des großen Aufenthaltsraumes, hat sich unser Aufgabenfeld sehr erweitert. Das Betreuungsteam unserer Anlage hat einen regelmäßigen Kontakt zu den verschiedensten regionalen Gremien, die sich um die Verbesserung der Belange der älteren Bürgerinnen und Bürger im Stadtteil Niederrad bemühen. Das sind

- der **Regionalrat Niederrad** beim Präventionsrat der Stadt Frankfurt am Main; Arbeitskreis „Sicherheit und besondere Lebenslagen älterer Menschen in Niederrad“,
- die **Sozialkonferenz** - hier spielt das Projekt „Älter werden in Niederrad“ eine wichtige Rolle (u. a. sind die Kirchen, das Sozialrathaus, die Altenheime, die Suchthilfe, die Caritas, die Beratungs- und Vermittlungsstelle vertreten)
- die **Caritas**, mit dem Projekt „Interkulturelle Nachbarschaft Niederrad“. Wir stellen für deren Veranstaltungen unseren Raum zur Verfügung und beteiligen Klienten des Frankfurter Verbandes – so beim Besuch des Hessischen Rundfunks und beim Besuch der Rennbahn in unserem Stadtteil.
- die **Suchthilfe Fleckenbühl** bietet in unserem Haus Mittagessen an (Vollwertkost).“

4.4.2.4.5 Ausblick

Die Veränderung struktureller Bedingungen, wie die Ausgliederung des Nachgangs bei Notrufen und die Eröffnung des großen Gemeinschaftsraumes, ermöglicht dem Betreuungsdienst auch gruppen- und stadtteilorientiertes Arbeiten.⁵¹ Inwieweit sich die Mieterinnen und Mieter selbst zu eigenem Engagement ermuntert fühlen und der partizipative Ansatz des Projekts Früchte trägt, bleibt abzuwarten. Die Mieterinnen und Mieter haben meist nicht gelernt, Eigeninitiative zu entwickeln. Manche sind der Ansicht, dass „jetzt mal andere etwas für mich tun“ oder körperliche Defizite werden als Hindernis gesehen. Die Angebote im Haus und die Zusammenarbeit im Stadtteil haben sicher motivierenden Einfluss.

⁵¹ vgl. Zitat aus dem Bericht „Aktivitäten über die eigentliche Betreuungsarbeit hinaus“, von Frau Johanna Helga Ba, Betreuerin in der Altenwohnanlage Im Mainfeld, in: Expertenbericht „Altenwohnanlage im Mainfeld“, Juni 2005

4.4.2.5 Exkurs

Zwischenbericht St. Katharinenwohnstift Sossenheim Projekt „Nachbarschaftliches Wohnen“

Die Wohnanlage des St. Katharinen- und Weißfrauenstifts Sossenheim mit 31 Plätzen wurde im Juli 2004 eröffnet. Sie unterscheidet sich konzeptionell von den anderen fünf Wohnanlagen der Stiftung. Hier wird erstmals das Konzept des „nachbarschaftlichen Wohnens“ umgesetzt.

Mittlerweile sind alle Wohnungen vermietet, und es erscheint nach einem knappen Jahr, ein guter Zeitpunkt, eine erste Analyse des Projektes „Nachbarschaftliches Wohnen“ vorzulegen.

4.4.2.5.1 Grundidee und Zielsetzung des „nachbarschaftlichen Wohnens“

Das Konzept des St. Katharinen- und Weißfrauenstifts sieht die Mieterinnen nicht als Konsumenten, sondern will diese vielmehr anregen, sich an der Gestaltung „ihrer“ Wohnanlage zu beteiligen und Verantwortung für die Gemeinschaft zu übernehmen. Als Bauherrin gab die Stiftung den zukünftigen Mieterinnen von Beginn an Mitspracherecht. Dies betraf sowohl die bauliche, als auch die zukünftige Gestaltung des Alltags und des Zusammenlebens.

Deshalb sollte bereits im Vorfeld eine Interessengemeinschaft von potentiellen Mieterinnen entstehen, die ihre Vorstellungen über eine Seniorenwohnanlage miteinander besprechen, für ihre Interessen einstehen und schon vor dem Bezug einen Gemeinschaftssinn entwickeln.

Freiräume, Selbständigkeit und gegenseitige Verantwortung werden bei den einzelnen Mieterinnen und der Hausgemeinschaft gefördert. Die körperliche und geistige Gesundheit soll durch eine selbstbestimmte Lebensgestaltung und Bildung eines sozialen Netzwerks gefördert werden. Einer möglichen Vereinsamung im Alter soll durch eine größere Verbundenheit mit dem Wohnumfeld vorgebeugt werden, die über ein unverbindliches nachbarschaftliches Zusammenleben hinausgeht.

Der Schwerpunkt liegt deshalb seitens der Stiftung auf der Bildung einer selbst organisierten Hausgemeinschaft mit flankierenden Angeboten, wobei das Zusammenleben weiterhin von den Prinzipien der Selbständigkeit und dem Erhalt des eigenen Lebensstiles bestimmt ist.

Da es keine Seniorenbetreuerin vor Ort geben wird, ist dies für die Bewohner die Chance, sich ihren Alltag und den Tagesablauf innerhalb der Gemeinschaft selbst zu organisieren.

Dies bezieht sich auf die

- Organisation von privaten Aktivitäten, wie alltägliche Treffen mit Nachbarn, gemeinsamer Einkauf, Pflegen von Freundschaften, Treffen auf dem Flur je nach Bedürfnis der Mieterinnen
- gegenseitige Hilfeleistung (z. B. Einkauf bei Krankheit)
- Gestaltung des Gemeinschaftsraumes und des Foyers
- Festlegung von Regeln, je nach Bedürfnissen, z. B. Ruhezeiten, Ordnung im Gemeinschaftsraum; regelmäßige Treffen im Hausplenum, um Probleme zu besprechen
- Organisation von Gemeinschaftsaktivitäten, wie Ausflüge, Kaffeenachmittage, Veranstaltungen mit Vorträgen, Feste, Kochgruppe, Freizeitunternehmungen je nach Vorstellung der Mieterinnen.

4.4.2.5.2 Die Treffen vor der Eröffnung der Wohnanlage

Um den zukünftigen Mieterinnen gemäß des „Nachbarschaftlichen Wohnkonzepts“ die Möglichkeit zu geben, ihre Wünsche und Vorstellungen bzgl. der baulichen Planung und des Zusammenlebens mitzuteilen und sich darüber auszutauschen, wurden folgende Treffen durchgeführt:

4. Mai 2001:

Infoveranstaltung zum Bau der Seniorenwohnanlage mit Frau Pfreundschuh, Sozialabteilung und Aufbau AG (Teilnehmerinnen: 31).

6. März 2003:

Spatenstich (Teilnehmerinnen: Ca. 25).

19. Mai 2003:

Bericht und Fragen zur baulichen Situation; Erläuterung des Projekts „Nachbarschaftliches Wohnen“; teilnehmende Frauen wurden nach ihren Beweggründen für einen Umzug gefragt (Teilnehmerinnen: 27)

23. Juni 2003:

Folgende Fragen wurden mit den teilnehmenden Frauen erörtert:

- Welche Bedeutung hat für Sie Nachbarschaft?
- Was würden Sie in Ihrem jetzigen Stadtteil ändern?
- Wie und wo gestalten Sie Ihre Freizeit?
- Welche Interessen und Freizeitwünsche haben Sie bisher nicht verwirklichen können?
- Welche Fähigkeiten haben Sie, die Sie anderen zur Verfügung stellen können?

(Teilnehmerinnen: 16)

8. September 2003:

Kurze Einführung in das Thema „nachbarschaftliches Wohnen“.

Folgende Fragen wurden mit den teilnehmenden Frauen erörtert:

- Haben Sie persönliche Erfahrungen in Bezug auf gute bzw. schlechte Nachbarschaft?
- Was fördert bzw. was stört eine gute Nachbarschaft?

Modell der Musterwohnung steht zur Anschauung bereit (Teilnehmerinnen: 25).

11. Dezember 2003:

Film über ein „Mehrgenerationenwohnen“ in Frankfurt wurde gezeigt und gemeinsam mit den Frauen überlegt, welche Anregungen für das nachbarschaftliche Wohnen übernommen werden können (Teilnehmerinnen: 12).

11. Februar 2004:

Besichtigung der Musterwohnung.

3. März 2004:

- Hausordnung erstellen
- Welche regeln soll es geben
- Welche Pflichten soll es geben
- Wie kann man sich organisieren, um die eigenen Interessen zu vertreten
- Was macht man bei Konflikten innerhalb der Bewohnerschaft.

27. Mai 2004:

Grundsätzliches zum Thema Umzug (Fragen wurden von der Mietabteilung beantwortet), Verteilung der Umzugsmappen, Mitteilung des Besichtigungstermins im Juni (Teilnehmerinnen ca. 25).

Die Treffen wurden überwiegend von der Sozialabteilung moderiert, und wenn notwendig wurde ein Mitarbeiter der Mietabteilung hinzugezogen.

4.4.2.5.3 Auswahl der zukünftigen Mieterinnen

Ursprünglich dachten wir, uns die Mieterinnen so aussuchen zu können, dass sie in das „Nachbarschaftliche Wohnkonzept“ hineinpassen, d.h. Frauen, die von dem Konzept überzeugt, geistig und körperlich fit und bereit sind, Verantwortung zu übernehmen.

Diese Vorstellung erschien auch realistisch, da wir in der Phase vor der Eröffnung sehr viele Interessentinnen hatten. Als es allerdings an die Wohnungsvergabe ging, sprangen viele Frauen wieder ab, weil sie sich doch scheuten, ihr Wohnumfeld zu verändern, teilweise, weil ihnen der Mietpreis zu hoch schien oder ihnen bestimmte Details der Wohnungen nicht gefielen (z. B. offene Küche, zu kleine Wohnung etc.). So standen wir vor der Situation, uns die Mieterinnen nicht gemäß den oben genannten Kriterien aussuchen zu können. Als der Mietpreis gesenkt wurde, verbesserte sich die Situation etwas, aber gerade für die nicht so attraktiven Wohnungen (Erdgeschoss-Wohnungen, Eckwohnungen) war die Nachfrage nicht so groß, als dass wir zwischen mehreren Bewerbern hätten auswählen können.

Die größte Anzahl der attraktiven Wohnungen konnte dennoch an Frauen vergeben werden, die Interesse am Konzept des „Nachbarschaftlichen Wohnens“ hatten. Bei ca. fünf Frauen hatten wir von Anfang an Zweifel, ob ein Interesse an dem Konzept vorhanden war.

Nach der Vermietung der letzten Wohnung in Sossenheim stieg das Interesse an den Wohnungen wieder, so dass wir bei zukünftig frei werdenden Wohnungen voraussichtlich in der glücklichen Lage sein werden, uns die Mieterinnen gezielter in Bezug auf das „nachbarschaftliche Wohnkonzept“ aussuchen zu können.

4.4.2.5.4 Phase des Umzugs

Im Juli 2004 wurde die Wohnanlage eröffnet. Die Mieterinnen zogen aufgrund unterschiedlicher Kündigungsfristen nach und nach ein, was von Seiten der Stiftung auch so gewünscht war, um eine möglichst ruhige Umzugsphase zu gewährleisten

(Juli '04: 4 Mieterinnen (M), August: 5 M, September: 4 M, Oktober: 2 M, November: 8 M, Dezember: 3 M, Januar '05: 1 M, Februar '05: 1 M, Juni '05: 1 M, Juli '05: 2 M). Im ersten Monat zogen vier Frauen ein, die sich anfangs etwas unwohl fühlten, da sie sich verloren in der großen Wohnanlage vorkamen. Außerdem gab es in den ersten Monaten viele technische Probleme im Haus, die zu einigen Verärgerungen bei den Mieterinnen führten. Doch als sich in den folgenden Monaten langsam das Haus füllte und die technischen Mängel nach und nach behoben werden konnten, besserte sich die Stimmung im Haus.

4.4.2.5.5 Die Treffen nach dem Einzug der ersten Mieterinnen

Nach dem Einzug der ersten Mieterinnen war es uns wichtig, Gelegenheiten und Projekte zu initiieren, bei denen diese die Möglichkeit hatten, sich gemäß des „Nachbarschaftlichen Wohnkonzepts“ auf verschiedene Art und Weise in den Alltag der Wohnanlage einzubringen.

Frühstück

Das zentrale Element diesbezüglich ist das gemeinsame Frühstück, das einmal monatlich stattfindet. In diesem Rahmen wird den Mieterinnen Raum gegeben, Fragen, Kritik und Wünsche zu äußern und viele Angelegenheiten zur Gestaltung des gemeinschaftlichen Zusammenlebens werden zusammen mit ihnen erarbeitet. Die Frühstückstreffen werden immer von der zuständigen Sozialarbeiterin moderiert. Um einen Einblick in die Treffen zu geben, sind sie nachfolgend aufgelistet:

10. August 2004: Mietabteilung und Sozialabteilung informieren über die neuesten Entwicklungen rund um die Seniorenwohnanlage. Außerdem war viel Zeit für Fragen und Wünsche.

(Teilnehmerinnen: 8).

29. September 2004: Abteilungsleitung Soziales, Leiter der Mietabteilung und Sozialarbeiterinnen standen für Fragen und Anregungen zur Verfügung. Diese Besetzung war wichtig, um den anfänglichen technischen Problemen des Hauses zu erklären und die Mieterinnen diesbezüglich zu informieren, wann welche Probleme behoben werden können. Zusammen mit den Frauen wurde erarbeitet, was ihnen an der Wohnanlage gefällt und was noch verbesserungswürdig ist. Dabei stellte sich heraus, dass die Zufriedenheit mit der Wohnanlage viel höher ist, als wir anlässlich der kritischen Äußerungen zunächst vermutet hatten.

11. Oktober 2004: Grosse Eröffnungsfeier gemeinsam mit dem Frankfurter Verband.

3. November 2004: Informationen über Veranstaltungen, Informationen rund ums Haus, gemeinsame Planung der Weihnachtsfeier (Teilnehmerinnen: 14).

13. Dezember 2004: Weihnachtsfeier (Teilnehmerinnen: 22).

26. Januar 2005: Jahresplanung, Gründung des Veranstaltungskomitees, Initiierung der Seniorengymnastik (Teilnehmerinnen: 22)

9. März 2005: Erläuterung zum Projekt „Kunsttherapie“ (Teilnehmerinnen: 18)

13. April 2005: Frühstück; kurze Informationen zur Wohnanlage von Frau Pfreundschuh, gemeinsame Feier zum 90. Geburtstag der ältesten Mieterin.

Zwischen diesen einzelnen Treffen fanden drei kleinere Treffen statt, an denen wir bewusst die Mieterinnen an der Gestaltung der Wohnanlage teilhaben lassen wollten: Zum einen haben wir gemeinsam das Geschirr für die Gemeinschaftsküche eingeräumt (6 Teilnehmerinnen), Kerzen für die Weihnachtsfeier dekoriert (ca. 15 Teilnehmerinnen) und zum anderen den Weihnachtsbaum gemeinsam geschmückt (ca. 10 Teilnehmerinnen). Außerdem fand im Gemeinschaftsraum der Wohnanlage ein Stammtisch für Stiftsfrauen der Stadtteile Sossenheim, Höchst und Nied statt (26 Teilnehmerinnen), und es wurden die Mieterinnen aller unserer Seniorenwohnanlagen zum Martins-Gans-Essen eingeladen (7 Teilnehmerinnen aus Sossenheim).

Kunstprojekt

Anfang 2005 äußerten einige Mieterinnen den Wunsch, dass Bilder an den Wänden in den Fluren aufgehängt werden. In der Sozialabteilung entstand die Idee, dass die Bilder von den Mieterinnen selbst, unter Anleitung des Kunsttherapeuten des benachbarten Altenhilfezentrums, gestaltet werden könnten. Diese Idee entspricht dem

Kerngedanken des „Nachbarschaftlichen Wohnens“: Die Mieterinnen sollen sich mit der Wohnanlage identifizieren, für die Wohnanlage verantwortlich sein und das Wohnumfeld und den Alltag so gestalten, dass sie sich „zu Hause“ fühlen.

Der Kunsttherapeut erklärte sich bereit, dieses Projekt zu begleiten und nach einer gemeinsamen Vorbesprechung, an der fast alle Mieterinnen teilnahmen, bildete sich eine Gruppe von acht Frauen, die sich auf dieses „Experiment“ einlassen wollen. Das Projekt wird Mitte April beginnen und über 6 Monate laufen. Die Bilder sollen zu verschiedenen Themen entstehen, wie z. B. „Heimat“, „Frühling“, etc., die gemeinsam mit den Frauen erarbeitet werden. Am Ende des Projekts ist eine Ausstellung geplant.

Veranstaltungskomitee

Anfang des Jahres wurde ein so genanntes „Veranstaltungskomitee“ gegründet. Dieser Gruppe gehören sechs Frauen an, die Veranstaltungen für die Mieterinnen für das laufende Jahr zunächst unter der Anleitung der Sozialarbeiterin gemeinsam planen sollen. Es wurde überlegt vier Veranstaltungen zu organisieren:

1. 1 Diavortrag (April)
2. Sommerfest mit den Angehörigen (Juni)
3. Vortrag vom Institut für Sozialarbeit über „Trickdiebstahl-Betrug-Einbruch und Gewalt“ (September/Oktober)
4. Stadtteilhistoriker Sossenheim, Herr Moos (Dezember/Januar).

Die Buchung der Vortragenden erfolgt durch den Sozialarbeiter; die Bestellung des Kuchens und das Kaffeekochen, Aufdecken der Tische, abräumen etc. soll durch die Frauen erledigt werden.

Bibliothek

Im Kellergeschoss der Wohnanlage ist eine Bibliothek entstanden. Die Bibliothek wurde gemeinsam mit zwei bis drei Mieterinnen und einer Sozialarbeiterin ausgestattet. Die Bibliothek ist von den Mieterinnen noch nicht angenommen worden, da sie noch nicht fertig eingerichtet ist (es fehlen Stühle und Tisch, Bilder an den Wänden) und vor allem, weil die Bibliothek von den Mieterinnen nicht aufgeschlossen werden

kann. D.h. die Mieterinnen müssen immer die Sozialarbeiterin bzw. Hausmeister bitten, die Bibliothek aufzuschliessen, was natürlich sehr nutzerunfreundlich ist. Es wurde allerdings ein Auswechseln des Schlosses beantragt, und es ist zu hoffen, dass die Bibliothek dann auch besser angenommen wird, wenn die Mieterinnen mit ihren Schlüsseln diese nutzen können und sich Bücher ausleihen können, wann sie wollen.

Seniorengymnastik

In Absprache mit den Mieterinnen wurde eine Seniorengymnastik installiert, die einmal wöchentlich im Gemeinschaftsraum der Wohnanlage stattfindet. Da die Seniorengymnastik plätzemäßig noch nicht ganz ausgelastet ist, werden auch Stiftsfrauen aus dem Stadtteil dazu eingeladen. Das hat den positiven Nebeneffekt, dass die Wohnanlage sich dem Stadtteil öffnet.

4.4.2.5.6 Bewertung des Projektes „Nachbarschaftliches Wohnen“

Nach einem knappen Jahr ist ein guter Zeitpunkt zu bewerten, was an dem Konzept „nachbarschaftliches Wohnen“ umgesetzt werden konnte und was als unrealistisch einzustufen ist.

In der Bewertung beziehen wir uns auf das Kapitel 4.4.2.5.1, in dem das „Nachbarschaftliche Wohnkonzept“ beschrieben wird.

Mietergemeinschaft vor dem Bezug:

Die Idee war ursprünglich, dass schon vor dem Umzug in die Wohnanlage eine Gemeinschaft unter den Wohnungsbewerberinnen entsteht. Dies hat sich als nicht realisierbar erwiesen, da sich wie bereits erwähnt, viele Frauen für die Wohnanlage interessiert haben, aber letztendlich nur ein kleiner Teil von denen die an den Treffen vorher teilgenommen haben, auch nachher eingezogen sind. Außerdem haben sich viele zukünftige Mieterinnen erst relativ kurzfristig zu einem Umzug entschlossen, ohne vorher an den Treffen teilgenommen zu haben.

Selbstorganisierte Hausgemeinschaft:

Innerhalb der Wohnanlage hat sich relativ schnell eine gute Hausgemeinschaft entwickelt, dies liegt u. E. daran, dass die Frauen erst nach und nach eingezogen sind und damit in Ruhe Kontakte zu den einzelnen knüpfen konnten, ohne den Überblick zu verlieren.

Zum anderen liegt es daran, dass wir sofort nach dem Einzug regelmäßige Frühstücke und Gemeinschaftsprojekte veranstaltet haben, bei denen wir betont haben, wie wichtig uns die Gemeinschaft untereinander ist und wo die Frauen einen Raum hatten, sich kennenzulernen. Diese gute Hausgemeinschaft drückt sich darin aus, dass die Mieterinnen Interesse am Wohlergehen der anderen haben. Wenn eine Mieterin krank ist, wird oft Hilfe von den anderen angeboten, wie z. B. Hilfe beim Einkaufen, Mittagessen bringen, gehbehinderte Frauen zu Veranstaltungen im Haus abzuholen und wieder in die Wohnung zu bringen, Krankenhausbesuche etc..

Verbundenheit mit dem Wohnumfeld:

Unseres Erachtens fühlen sich die Frauen tatsächlich sehr verantwortlich für die Wohnanlage. Es gibt Mieterinnen, die regelmäßig konstruktive Vorschläge zur Verbesserung bzw. Verschönerung des Wohnumfeldes machen, die abends kontrollieren, ob das Licht ausgeschaltet ist, die den Gemeinschaftsraum lüften, ihnen unbekannte Besucher fragen, ob sie behilflich sein können. Diese vielen Kleinigkeiten sind ein Zeichen, dass viele Mieterinnen ein gesundes Verantwortungsgefühl für „ihre Wohnanlage“ entwickelt haben.

An dieser Stelle möchten wir auf das Kunstprojekt verweisen (s. Kap. 4.4.2.5.5), anhand dessen man erkennt, dass die Frauen Interesse an einem schönen Wohnumfeld haben und auch bereit sind, sich dafür einzusetzen.

Mitgestaltung vom Gemeinschaftsleben:

Neben diesen praktischen Hilfeleistungen hat sich auch ein selbständiges gesellschaftliches Leben entwickelt. Die Mieterinnen verabreden sich an Feier- und Geburtstagen zum Kaffee- bzw. Sekttrinken im Gemeinschaftsraum, gehen gemeinsam zum Mittagessen in das benachbarte Seniorenrestaurant. Zu Ostern haben sich bei-

spielsweise drei Frauen verabredet und haben ein kleines Osterkörbchen für alle Mieterinnen gebastelt und ihnen dieses als Überraschung vor die Tür gestellt. Auch das Veranstaltungskomitee (s. Kap. 4.4.2.5.5) zeigt, dass die Mieterinnen sich gerne für gemeinschaftliche Aktivitäten engagieren.

Zu erwähnen ist auch noch, dass bei allen Veranstaltungen sich immer Frauen einfinden, die ungefragt bei der Vorbereitung und beim Aufräumen behilflich sind. Und die Frauen sind ebenfalls gerne bereit, bei Weihnachtsfeier und Geburtstagen eigene Beiträge, wie z. B. Gedichte und Lieder beizusteuern.

Gemeinsames Aufstellen von Regelungen:

Bei den Treffen vor dem Einzug haben wir mit den Interessentinnen auch über die Erstellung einer Hausordnung diskutiert. In dem bisherigen Zusammenleben hat sich jedoch gezeigt, dass ein unausgesprochener Konsens über das gemeinsame Zusammenleben besteht, was sicherlich an der homogenen Mietergemeinschaft liegt (alleinstehende Frauen, über 60 Jahre alt). So lange dieser gemeinsame Konsens besteht, sehen wir keinen Handlungsbedarf dieses Thema anzusprechen. Wir gehen eher davon aus, dass dann ein Konfliktpotential entstehen könnte.

4.4.2.5.7 Schlussbemerkung zum Projekt „Nachbarschaftliches Wohnen“

Anhand der Auswertung im vorherigen Kapitel wird deutlich, dass viele Punkte des „nachbarschaftlichen Wohnkonzepts“ realisiert wurden, und man bis zu diesem Zeitpunkt von einer erfolgreichen Umsetzung sprechen kann.

Welche Punkte haben zu dieser positiven Umsetzung geführt?

- Unserer Meinung nach war die **lange Vorbereitungsphase** sehr wichtig, damit sowohl die Mitarbeiter, als auch die Mieterinnen das Konzept verinnerlichen konnten.
- Außerdem war es wichtig, dass das Wohnkonzept in einer ganz **neuen Wohnanlage** umgesetzt wird. Es ist sicherlich sehr schwierig, ein solches Konzept in einer bestehenden Mietergemeinschaft umzusetzen.

- Die **Anzahl der Wohnungen (31)** scheint dafür ideal. Eine geringere Anzahl birgt die Gefahr, dass die Mieterinnen zu intensive Kontakte und zu wenige Ausweichmöglichkeiten haben und sich dadurch mehr Konfliktpotential entwickelt. Eine größere Anzahl von Wohnungen verhindert die Überschaubarkeit des Ganzen für die einzelne Mieterin.

Die Umsetzung des „nachbarschaftlichen Wohnkonzeptes“ ist in der Anfangsphase sehr arbeitsintensiv und nach Einzug hat es fast ein Jahr gebraucht, um die notwendigen Strukturen in der Mieterinnengemeinschaft zu schaffen. Es hat sich gezeigt, dass trotz der hohen Selbständigkeit vieler Mieterinnen es gerade in diesem ersten Jahr unbedingt der Anleitung und Moderation des Sozialarbeiters bedarf.

Die Ursprungsidee „Nachbarschaftliches Wohnkonzept“ ging davon aus, dass eine funktionierende Hausgemeinschaft die bisherigen Tätigkeiten der Seniorenbetreuerin ersetzen kann. Dies ist nur teilweise realistisch. Die Praxis zeigt, dass bestimmte Aufgaben der Seniorenbetreuerin nicht auf die Mieterinnen, sondern nur auf eine professionelle Mitarbeiterin der Stiftung zu übertragen sind, wie z. B. den Überblick über die Bedürfnisse und Notlagen der gesamten Mieterschaft zu behalten, Anschaffungen für die Wohnanlage, Organisation von Veranstaltungen, das Verwalten der Gelder etc..

Zum Abschluss ist noch anzumerken, dass in Zukunft unbedingt darauf zu achten ist, dass die frei werdenden Wohnungen mit „jungen“ und aktiven Mieterinnen über 60 Jahre besetzt werden, um eine „gute Durchmischung“ der Mietergemeinschaft zu erreichen. Das „nachbarschaftliche Wohnkonzept“ steht und fällt mit den Mieterinnen. Sollte ein Großteil der Mieterinnen pflegebedürftig werden, ist eine Umsetzung des „Nachbarschaftlichen Wohnkonzeptes“ kaum noch möglich.

4.4.3 Bewertung, Handlungsempfehlungen und Ausblick

4.4.3.1 Bewertung

Eine der altersgerechten Wohnformen sind die öffentlich geförderten Altenwohnanlagen mit Betreuung. Die Förderichtlinien und Verträge mit Vermietern und Betreuungsträgern wurden seit ihrer Entwicklung bis heute kaum modifiziert und neueren Entwicklungen angepasst. Wohnungsleerstände in bestimmten Altenwohnanlagen weisen auf eine Fehlentwicklung in Angebot und Nachfrage hin.⁵² Strukturell bedingter Leerstand⁵³ verbunden mit eingeschränktem Betreuungsangebot entspricht nicht den Erwartungen der Bewerber und wird daher nicht angenommen.

4.4.3.2 Handlungsempfehlungen für Altenwohnanlagen

Erhalt bzw. Ausbau des Angebotes

- Erhalt bzw. Ausbau des Angebotes barrierefreier Mietwohnungen im Rahmen des Sozialen Wohnungsbaus
- Erhalt der vorhandenen Altenwohnanlagen und Hinwirken auf bedarfsorientierte Sanierung und Modernisierung
- Planung neuer und Umbau bestehender Wohnanlagen bzw. Wohneinheiten:
 - Anlagen mit 30 bis 40 Wohneinheiten sind überschaubar und geben Orientierung. Hochhäuser erzeugen Ängste, in der Anonymität nicht wahrgenommen und sozial isoliert zu werden. Sie werden im Umfeld als „Altenghetto“ wahrgenommen.

⁵² vgl. Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Repräsentative Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen der partizipativen Altersplanung der Stadt Frankfurt am Main, i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, der SUZ GmbH, Sozialwissenschaftliches UmfrageZentrum, Duisburg, Frankfurt a. M. 2003
Ergebnisse zum Bereich Wohnen: Wird ein Umzug in Betracht gezogen, wünschen sich rd. 49% der weiblichen und rd. 16% der männlichen befragten Personen, in ein Haus mit Betreuungsangeboten zu ziehen.
N = 134

Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung:
Eine gesonderte Publikation von Auswertungsergebnissen ist vorgesehen

⁵³ vgl. Situation Dunantring, 4.4.2

- Bedarfsanalysen sollten partnerschaftlich von Vermietern und Betreuungsträgern unter Bürgerbeteiligung erhoben werden.⁵⁴
- Wohnungen müssen behindertengerecht bzw. barrierefrei konzipiert werden, um spätere teure Wohnraumanpassungen zu vermeiden.
- Der Bedarf an Zwei-Zimmer-Wohnungen für Ehepaare kann zur Zeit nicht befriedigt werden. In Zukunft werden auch Single-Haushalte Zwei-Zimmer-Wohnungen beanspruchen, oder Paare eine Wohnung mit 3 Räumen, um z. B. Pflegepersonen aufnehmen zu können.

Belegungskriterien

- Flexibilisierung der Vergabekriterien von altersgerechtem sozial gefördertem Wohnraum und Überprüfung der Einzugsriterien:
 - Die Einkommenskriterien, eine Maßnahme zur Wahrung der Chancengleichheit auf dem angespannten Wohnungsmarkt, haben sich für Bewerber mit mittlerem Einkommen zu einer schwerüberwindbaren Hürde entwickelt. Einerseits liegen sie geringfügig über dem zulässigen Einkommen, andererseits können sie eine Seniorenwohnung in gewerblich betriebenen Anlagen nicht finanzieren. Einkommensüberschreitungen bis zu 40 % bei der Bewerbung um eine Sozialwohnung sind zwar zulässig - die Bewerberinnen und Bewerber werden als Wohnungssuchende erfasst - aber sie können nur nachrangig zum Zuge kommen.
 - In Fragen der Vermietung hat der Betreuungsdienst kein Mitbestimmungsrecht und keine Entscheidungskompetenz. Vereinbarungen zur Zusammenarbeit mit dem Amt für Wohnungswesen und dem Vermieter zur Wahrung der Interessen der Bewohnerschaft gibt es nicht.

Partizipation

- Förderung von Wohnmodellen und -projekten
- Entwicklung von Ansätzen und Strukturen zur Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner an Planungsvorhaben, die die Veränderung bzw. Neugestal-

⁵⁴ vgl. Stadt Frankfurt am Main, Bericht des Magistrats vom 04.07.2005, B 493, Seniorengerechtes Wohnen in Frankfurt (I):
- Durch eine Bedarfsanalyse voranbringen

tung einer bestehenden oder die Entwicklung einer neuen Wohnanlage zum Ziel haben:

- Beteiligung der Mieterinnen und Mieter in der Planungsphase neuer Konzepte.
- Die Gestaltung von Projekten, die - über ein ungestörtes Nebeneinander in der Anlage hinaus - die soziale Einbindung und gegenseitiges Profitieren der alten und der jungen Mieterinnen und Mieter zum Ziel haben
- Die Bildung gemeinschaftlicher Wohnformen sind auch in schon bestehenden Wohnanlagen möglich und auf dem Wege eines abgestimmten Belegungskonzeptes und unter professioneller Begleitung der sozialen Prozesse durch soziale Träger zu realisieren.

Beratung

- Beratung und fachliche Begleitung:
 - Den vorhandenen Beratungs- und Vermittlungsstellen und den Sozialdiensten für ältere Bürger kann die Aufgabe zufallen, für Interessentinnen und Interessenten die mitgestalten möchten, eine Lotsenfunktion zu übernehmen. Sie beraten und informieren über Möglichkeiten und vermitteln an entsprechende Kooperationspartner. Bei Bedarf können sie eine Gruppe während des Entwicklungsprozesses begleiten oder an andere Kooperationspartner vermitteln.
 - Eine neutrale Beratungsstelle, die berät, vermittelt und begleitet bei der Suche und Entwicklung von Wohn- und Versorgungsformen und mit zuständigen Ansprechpartnern kooperiert.
 - Beratungs- und Unterstützungsangebote, die auf die speziellen Bedarfe spezifischer Gruppen ausgerichtet sind und sie bei der Entwicklung und Umsetzung von Wohnmodellen und Betreuungsdiensten unterstützen und begleiten.
 - Fachliche Begleitung bei der Entwicklung und Selbstorganisation von Beteiligungspotentialen unter den Bewohnerinnen und Bewohnern.

- Mit Blick auf die Vermietung insbesondere an Personen unter 60 Jahre müssen alle Faktoren, die zur Produktion der Wohnungsleerstände beitragen könnten, untersucht werden.

Modifizierung des Betreuungsvertrages

Den hier genannten Empfehlungen liegt das Interesse der Betreuungsträger zugrunde, Umfang und Qualität der vereinbarten Grundleistungen⁵⁵ langfristig zu sichern und möglichst auszubauen.

- Der Betreuungsvertrag sollte grundsätzlich an den Mietvertrag gekoppelt werden.⁵⁶
- Der Passus - Kündigung durch die Mieterin bzw. den Mieter ohne Auswirkung auf das Mietverhältnis - sollte entfallen.
- In die Leistungsvereinbarungen zwischen der Stadt Frankfurt am Main und den gegenwärtigen und zukünftigen Betreuungsträgern sollten die Vermieter als dritter Vertragspartner einbezogen werden, zur Festlegung gegenseitiger Verbindlichkeiten.

Ausbau von Serviceleistungen⁵⁷ in den Seniorenwohnanlagen

- Seit der Einführung des Hausnotrufs hat die Notrufbereitschaft rund um die Uhr - als spezielles Betreuungsangebot in Altenwohnanlagen - an Bedeutung verloren. Dieses Angebot allein rechtfertigt keinen Umzug in eine Seniorenwohnanlage. Dagegen steigt der Bedarf für soziale Betreuung ständig. Daher gilt es den vorhandenen Betreuungsstandard zu sichern und auszubauen.
- Bedarf besteht für externe Angebote wie z. B. Wäschedienste mit Abholen und Bringen, Hauswirtschaftliche Dienste, Hol-, Bring- und Begleitdienste.

⁵⁵ Wir verweisen auf den Teilbericht II, Kapitel 5.3.1, S. 53: Die Empfehlungen der landesweiten Arbeitsgruppe zur Wahlfreiheit hinsichtlich des Leistungserbringers greifen aus Sicht der Betreuungsträger zu kurz, da Wohnungssuchende sich für die Wohnform „Altenwohnanlage mit Betreuung“ frei entscheiden und somit die Wahlfreiheit gegeben ist

⁵⁶ Im Teilbericht II Kapitel 5.3.2 S. 55 – 58, werden die möglichen Auswirkungen der Kündigung des Betreuungsvertrages nach dem Einzug in eine Altenwohnanlage ausführlich dargelegt. Betreuungsträger erhoffen sich über die o. g. Vorgehensweise Planungssicherheit für die Ausgestaltung der Betreuungsleistungen. Ein zuverlässiges und langfristiges Angebot dürfte auch im Interesse der Mieterinnen und Mieter liegen

⁵⁷ Wahlfreiheit bei Serviceleistungen, die nicht im Betreuungsvertrag geregelt sind, muss gewahrt bleiben

Öffentlichkeitsarbeit

- Öffentliche Veranstaltungen die geeignet sind, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.
- Die Schaffung von Öffentlichkeit, mit Veranstaltungen zu Themen die sich mit unterschiedlichen Wohnformen im Alter auseinander setzen.
- Transparenz und Nachvollziehbarkeit bei der Planung und Umsetzung von Projekten sowie die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger, bieten die Chance bedarfsgerechter Entwicklungen und die Freisetzung gestalterischer Potentiale.
- Veröffentlichungen für Senioren und die Beratungsstellen mit Informationen, die als Entscheidungshilfe für Bewerberinnen und Bewerber und Interessierte relevant sind, wie z. B. Darstellung der Wohnangebote mit Ausstattung und Betreuungsangebot. Sie werden im Amt für Wohnungswesen, öffentlichen Einrichtungen und bei anderen Verteilern ausgelegt bzw. über das Internet zugänglich gemacht.

Aufklärung über die Funktion der Altenwohnanlagen mit bzw. ohne Betreuung

Die Altenwohnanlage als Wohnform wird oft mit dem „klassischen“ Altenwohnheim verwechselt.

Inhaltliche Unterschiede zwischen „Betreuung in Altenwohnanlagen“ und „Betreutes Wohnen“ sind Fachkreisen bekannt aber für Laien nicht nachvollziehbar.

Betreuung weckt einerseits die Hoffnung auf eine umfassende Versorgung, andererseits wird sie aus dem gleichen Grund von rüstigen Wohnungs-Bewerberinnen und -Bewerbern abgelehnt.

Die Begriffe „Seniorenwohnanlage“ und „Servicewohnen“ führen zu neuen Irritationen, weil die Unterschiede nicht transparent werden.

4.4.3.3 Ausblick

Aufgrund der Langfristigkeit (Umzugsverhalten, unbefristete Mietverträge) sind Entscheidungen über die Gestaltung neuer Belegungs- und Betreuungskonzepte grundsätzlich zukunftsweisende Entscheidungen. Schon jetzt ist erkennbar, dass Seniorinnen und Senioren mit geringem Einkommen auf das Angebot von Seniorenwohnungen im sozialen Wohnungsbau angewiesen sind. Die Entwicklung der Renten und

der Einkommen in den nächsten 20 Jahren wird die Nachfrage nach bezahlbaren Seniorenwohnungen mit Betreuungsangeboten weiter beeinflussen.

4.5 Gemeinschaftliche Wohnformen

Die Lebensstile sind im Wandel, genauso wie die Anforderungen, die Menschen an ihre Wohnungen, Wohnquartiere und städtische Institutionen stellen. Zeitgemäße Räume und Wohnformen müssen verschiedensten sozialen Anforderungen genügen: Sie sollen human, barrierefrei, kinderfreundlich, kommunikativ, ökologisch und flexibel sein. Damit sind auch neue Dienstleistungen bei Planung, Bau und Bewirtschaftung verknüpft.

Heute denken schon Menschen mittleren Alters an die Planung der Jahre nach der Familien- und/oder Berufsphase. Dabei geht es nicht nur um eine Versorgung für das Alter, sondern generell um andere Formen des Zusammenlebens, die auf Solidarität bauen und gleichzeitig jedem und jeder Einzelnen genügend Freiraum bieten, ein eigenständiges Leben zu führen. Sie wollen Autonomie, Sicherheit und Zusammengehörigkeit und benötigen dafür baulich und finanziell angemessenen Wohnraum.

Die Veränderungen in unserer Gesellschaft bewirken, dass die Nachfrage nach alternativen Lebens- und Wohnformen zunimmt. In einer Zeit des Umbruchs traditioneller und familiärer Bindungen suchen immer mehr Menschen nach neuen selbstbestimmten und solidarischen Formen des Zusammenlebens.

Es geht dabei um die Ergänzung bisheriger Wohnformen um zukunftsfähige Wohnprojekte, die

- der Vereinsamung vorbeugen und so dazu beitragen, die Gesundheit zu erhalten;
- die es ermöglichen, seine Lebensgestaltung selbst zu bestimmen und in einer frei gewählten Gemeinschaft zu wohnen;
- den Austausch zwischen Generationen unterstützen;
- ein Miteinander unterschiedlicher Familien-, Arbeits- und Lebensformen möglich machen;
- Selbst- und Nachbarschaftshilfe fördern;

- Begegnungsmöglichkeiten schaffen und soziale Netzwerke bilden;
- beständige Mietergemeinschaften mit sehr geringer Fluktuation sind;
- sich sowohl in Eigentumswohnungen als auch im Mietwohnungsbau realisieren lassen;
- bezahlbare Alternativen zu herkömmlichen Wohnformen sind;
- durch gegenseitige Unterstützung andere Kostenträger entlasten;
- Heimunterbringung vermeiden oder zumindest hinauszögern;
- durch Beteiligung der zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner an der Planung bedarfs- und kundenorientiert gebaut werden können.

4.5.1 Was ist mit gemeinschaftsorientiertem Wohnen gemeint?

In den Wohnprojekten leben Menschen, die sich zwar nach Alter, Herkunft Einkommen voneinander unterscheiden, aber ähnliche Wohnvorstellungen haben.

Die zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner sollten bei der Planung einbezogen werden. Dabei lernen sie sich kennen und können erproben, ob sie zueinander passen. Oft entstehen dabei Freundschaften, Wahlfamilien oder zumindest gutnachbarschaftliche Beziehungen.

Die Wohnflächen müssen so gestaltet werden, dass sie ohne großen Aufwand den sich ändernden Bedürfnissen von Alleinstehenden, Paaren, Familien mit Kindern, Alten und Behinderten angepasst werden können.

Zum Wohnen in der Zurückgezogenheit der eigenen vier Wände gehört als Ergänzung ein Bereich für gesellige Unternehmungen: gemeinsame Mahlzeiten, Gruppentreffen, Festlichkeiten, Besucher.

Das Verwalten der Wohnanlage sollte – unter Beachtung des rechtlichen Rahmens - Sache der Bewohnerinnen und Bewohner sein. Dazu gehört auch die gemeinsame Planung und Organisation des nachbarschaftlichen Alltagslebens und bei Bedarf das Hinzuziehen externer Hilfen als Moderatoren.

Die Bewohnerinnen und Bewohner einer Hausgemeinschaft sollten das Belegrecht bzw. ein Mitspracherecht haben, d. h. sie entscheiden über bzw. sie sind beteiligt an der Auswahl neuer Mitbewohner. Dies ist z. B. bei einer genossenschaftlich organisierten Haus- oder einer Eigentümer-Gemeinschaft möglich. Eine Mietergemein-

schaft dagegen kann mit dem Hauseigentümer entsprechende Vereinbarungen zum Belegungsmodus gestalten. Wird dieses Recht von anderer Seite ausgeübt oder seitens des Eigentümers nicht eingeräumt bzw. von behördlicher Seite – bei öffentlich gefördertem Wohnraum – nicht angemessen berücksichtigt, kann der Einzug von Bewohnerinnen und Bewohnern gegen den Willen der Hausgemeinschaft den Hausfrieden und sogar das gemeinsame Projekt der Bewohnerschaft gefährden.

In selbst und frei gewählten Gemeinschaften leben Initiativen bereits zusammen oder versuchen derzeit, ihre Pläne zu realisieren. Sie haben sich im „Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen“ zusammengeschlossen.

4.5.2 Das Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen

Ist im Februar 2002 mit der Unterstützung von der Hessischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung (HAGE), dem Institut für Sozialarbeit und der Jugendhilfe- und Sozialplanung der Stadt Frankfurt am Main entstanden, als Plattform für Vernetzung und Selbsthilfe unter den Frankfurter Wohninitiativen und -projekten.

Durch einen internen Selbstorganisationsprozess hat sich das Netzwerk eine Geschäftsordnung gegeben (*siehe Anhang*) und in der Gründungsversammlung entschieden, die Rechtsform eines eingetragenen und gemeinnützigen Vereins anzunehmen; die entsprechenden Anträge werden gestellt.

Seine Aufgaben sieht das Netzwerk in der Förderung des Austauschs, gegenseitiger Unterstützung, Fortbildung und Vernetzung der Mitgliederinitiativen.

Das „Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen“ ist ein selbst organisierter Zusammenschluss von und für Wohninitiativen, unterstützt durch aktive Einzelpersonen und fördernde Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Kommune, Verbänden und anderen Institutionen.

Regional – auf kommunaler Ebene - ist das Netzwerk im „Beratungsverbund Wohnen im Alter“ eingebunden (vgl. Kapitel 4.7.3).

Überregional – auf Bundesebene - ist das Netzwerk Mitglied im „Forum für gemeinschaftliches Wohnen e.V.“.

Zu Beginn des selbsthilfeorientierten Zusammenschlusses, konnten hier in Frankfurt am Main gerade 4 Wohninitiativen gezählt werden. Inzwischen, nach 3 Jahren, sind weitere 7 Wohninitiativen und -projekte entstanden und dem „Netzwerk für gemeinschaftliches Wohnen“ beigetreten, das sich heute insgesamt aus 11 ordentlichen Mitgliedern (Wohninitiativen) und 5 Fördermitgliedern (Institutionen / Träger) zusammensetzt.

4.5.2.1 Fördernde Mitglieder des Netzwerks Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen

Fördernde Mitglieder sind Institutionen bzw. Unternehmen, die zur Entstehung und Weiterentwicklung der Selbsthilfestruktur beigetragen haben und beitragen, durch:

- Fachliche Begleitung,
- freie Nutzung von Räumlichkeiten,
- die Vermittlung zu Behörden auf kommunaler – und Landesebene und zu Bauträgern und Wohnungsbaugesellschaften und
- die Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit.

Dies sind:

Caritasverband Frankfurt e. V., Anlaufbüro-Seniorengruppen,

Frankfurter Verband für Alten- und Behindertenhilfe e. V.,

Bürgerinstitut – Soziales Engagement in Frankfurt
(bis 31.12.2005: Institut für Sozialarbeit e. V.)

Jugendhilfe- und Sozialplanung des Jugend- und Sozialamtes Frankfurt am Main,
„Lösungsoptimierung in Teamarbeit Ffm“ (LOT).

.

4.5.2.2 Wohninitiativen und Wohnprojekte im „Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen“

In der Anzahl und der alters-, geschlechts- und schichtspezifischen Zusammensetzung der Mitglieder weisen die Wohninitiativen einen differenzierten Charakter auf. Unterschiedlich sind auch die Vorstellungen hinsichtlich der baulichen Gestaltungen und des Standorts. Aufgrund des begrenzten finanziellen Rahmens kommt bei der überwiegenden Mehrheit der Wohninitiativen nur das Mietverhältnis in Frage. Hin-

sichtlich der Entwicklung befinden sich die meisten der Wohninitiativen noch in der Gruppenfindungs- oder in der Konzeptionsphase. Ein Wohnprojekt steht derzeit mitten in der Baurealisierungsphase und 3 Wohnprojekte sind bereits verwirklicht und leben als Gemeinschaft in „ihren“ Häusern.

Im folgenden Abschnitt wird ein Überblick über die Wohninitiativen gegeben, die sich, in alphabetischer Reihenfolge, hier selbst vorstellen.

anders leben – anders wohnen e. V.

Generationenübergreifendes Wohnen

Realisiertes Projekt in Bergen-Enkheim

Selbst initiiert, selbst organisiertes Wohnen und Zusammenleben von Familien und Singles, eingetragener Verein, Einzug im Dezember 2001, 12 Personen, davon 3 Kinder in einem Mietshaus mit 8 Wohnungen. Es sind Einzelmietverträge mit der Nassauischen Heimstätte abgeschlossen.

Der Verein will im Rahmen seines Wohnprojektes:

Das generationsübergreifende Wohnen in Frankfurt verwirklichen, die Rahmenbedingungen für andere ähnliche Projekte ausloten, die Idee des gemeinschaftlichen Wohnens von Jung und Alt in der gesellschafts-politischen Diskussion vorantreiben und innerhalb des Quartiers zur Selbsthilfe im Sinne intensiver Nachbarschaft beitragen. Hierzu ist im Konzept der Wohngruppe ein Gemeinschaftsraum vorgesehen, der nicht nur der Gruppe dienen sollte.

Frankfurt House

Frankfurt House – Vielfalt unter einem Dach!

Vielfältige Lebensformen unter einem Dach – offen nach aussen

Realisiertes Projekt in Sachsenhausen

1975 war der Verein Institute of Cultural Affairs (ICA) - vermittelt über Probst Dieter Trautwein von der Evangelischen Kirche in Frankfurt - in Kontakt mit Hr. Ernst Gerhardt, dem damaligen Stadtkämmerer, gekommen. Das ICA suchte damals ein Objekt in Frankfurt für Schulungen und als Wohnhaus für eine Initiative gemeinschaftlichen Wohnens. Das Haus in der Darmstädter Landstraße war eini-

ge Zeit davor von der Evangelischen Kirche (Südgemeinde) in den Besitz der Stadt gewechselt. Obwohl das Haus in einem schlechten Zustand war, waren die damaligen ICA-Mitglieder bereit es zu übernehmen. Der Mietvertrag wurde 1976 unterschrieben.

Das ICA ist ein internationales Netzwerk von unabhängigen nationalen Nicht-Regierungs-Organisationen. In Deutschland ist ICA ein eingetragener Verein mit Sitz in Berlin. Schwerpunkte der Arbeit von ICA sind: entwicklungspolitische Arbeit, Gemeinwesenarbeit in Stadtteilen und Organisationsberatung für eine sehr breite Palette von Institutionen. In der Vergangenheit hat ICA in Deutschland Projekte in verschiedenen deutschen Großstädten durchgeführt mit dem Ziel, das Zusammenleben von Ausländern und Deutschen zu verbessern sowie fehlende Infrastrukturen in den Stadtteilen zu entwickeln. Eine weitere Aufgabe war über viele Jahre die Moderation von Stadtteil-Gesprächen, um lokale Organisationen in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Vor drei Jahren entstand, in einer Kooperation zwischen dem ICA und der Bertelsmann-Stiftung, ein Trainingsprogramm für Moderatoren in der Jugendarbeit. Das Haus in der Darmstädter Landstraße war bei all diesen Aktivitäten ein wichtiger Ort.

Neben den genannten Programmen und nach außen gerichteten Aktivitäten, bildet das Zusammenleben der Hausbewohner einen weiteren Schwerpunkt. Das Haus war von Beginn an bis heute ein Ort für das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher nationaler Herkunft und unterschiedlichen Alters. Der älteste Bewohner war 75 Jahre alt; die „Kindergeneration“ hat von Geburt an bis zum „Flügge-Werden“ im Haus gelebt. Die aktuelle Altersspanne liegt zwischen 7 und 61 Jahren.

10 Bewohner, die seit Jahren konstant im „Frankfurt House“ leben – eine Bewohnerin lebt mittlerweile seit über 25 Jahren im Haus – bilden mittlerweile einen festen Kern. Daneben gab es über die Jahre eine lange Reihe von Mitbewohnern, deren Lebenssituation sie für einige Monate nach Frankfurt führte. Sie blieben „auf Zeit“. Diese Verbindung aus „Sesshaften“ und „Vorübergehenden“ hat – bei aller immer wieder zu leistenden Neuanpassung – dem Haus über all die Jahre eine große Lebendigkeit und Anschlussfähigkeit nach „draußen“ erhalten.

Der Charakter unseres Hauses als Begegnungsort hat auch viel mit einer Bewohnerin und ihrer freiberuflichen Tätigkeit als Sprachlehrerin mit Schwerpunkt im Gesundheitswesen zu tun. Das „centre for communication“ ist mehr als eine Sprachschule. Es ist über die Jahre für viele MitarbeiterInnen unterschiedlicher Berufsgruppen aus verschiedenen Kliniken und Krankenpflegeschulen des Rhein-Main-Gebiets zu einem Ort für Austausch und Kontakt geworden.

Die Kurse und Programme hatten immer auch einen multi-kulturellen Charakter. Anfang der 90-er Jahre wurden Deutschkurse für ausländische Pflegekräfte im Haus angeboten, unterstützt durch das Hessische Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit. Weitere Kurse finden in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Frankfurt, der VHS und anderen Trägern statt. (siehe www.cchc.de)

Daneben war das Haus immer ein Ort für unterschiedliche Gruppierungen außerhalb, mit denen die Hausbewohner beruflich oder persönlich in Verbindung stehen. Besuche der Kinder aus dem Haus mit ihren Kindergartengruppen fanden über die Jahre hier genauso ihren Platz wie betriebliche Klausurveranstaltungen und Festivitäten.

Und für all diese Aktivitäten bietet das „Frankfurt House“ einen äußeren Rahmen, der Kommunikation und Begegnung unterstützt.

1988 wurde ein großes Boden-Labyrinth im Garten hinter dem Haus angelegt. Angeregt wurde das Projekt durch ein ähnliches Labyrinth in Zürich. Seit damals sind viele Labyrinth über ganz Deutschland und Europa entstanden, als Orte der Begegnung und Wiederentdeckung einer alten Form des Sichtbar-Machens vom Zusammenhang unsere Gesellschaft und der Erde (siehe www.labyrinth-international.org). Immer wieder finden sich interessierte Besucher unseres Labyrinths ein. Das Labyrinth wird von 2 Gruppen von Frauen, die nicht Bewohnerinnen des Hauses sind, gepflegt und bei Feierlichkeiten genützt.

Diese Beschreibungen veranschaulichen, dass das „Frankfurt House“ auch als kleines unabhängiges „Kulturzentrum“ seinen Platz im Stadtteil Sachsenhausen gefunden hat – und dies ohne öffentliche Zuschüsse.

Im Rahmen unserer Möglichkeiten haben wir viel Zeit und Geld investiert, um das Haus zu renovieren und in Stand zu halten. Größere Maßnahmen wurden vom Liegenschaftsamt der Stadt Frankfurt am Main getragen. Über lange Jahre

blieb das Haus Bestandteil der Liegenschaften der Stadt Frankfurt am Main. Ende 1999 wurde „unser Haus“ von der FAAG (Frankfurter Aufbau Gesellschaft) erworben. Die FAAG als neuer Eigentümer hat seitdem einige wichtige Renovierungsmaßnahmen durchgeführt (neue Fenster im Treppenhaus und neues Heizungssystem) ... und immer noch gibt es viel zu tun, um die Substanz des Hauses auf Dauer zu erhalten.

Das „Frankfurt House“ hat eine 30jährige Geschichte und verdient als Begegnungsort und als Projekt des gemeinschaftlichen Wohnens eine Zukunft. Diese von uns im obigen Sinne gewollte und geplante Zukunft ist jedoch in Frage gestellt. Mit unseren Überlegungen zur inhaltlichen Weiterentwicklung und zur Verbesserung der ökonomischen Rentabilität des Projekts „Frankfurt House“ fanden wir bislang bei der FAAG kein offenes Ohr als Voraussetzung für eine kreative Auseinandersetzung. Die Wahrnehmung des „Frankfurt House“ aus der Perspektive der FAAG ist bislang die des unliebsamen „Problemfalles“.

Wir halten dagegen das Projekt „Frankfurt House“ nicht für ein exotisches und unrentables Biotop zur Erhaltung überkommener Werte, sondern für eine überaus lebendige, zukunftsfähige und modellhafte Keimzelle im Stadtteil, die sich in vielerlei Hinsicht rentiert. Formen gemeinschaftlichen Wohnens sind kein Auslaufmodell, sondern für eine wachsende Anzahl von Menschen eine echte Alternative zu einem „versingelten“ Stadtleben samt vorprogrammierter Altersvereinsamung.

Unsere Zukunftsplanung sieht eine verdichtete Bebauung des großen Areals und damit eine personale Erweiterung der Bewohnerzahl im Projekt „Frankfurt House“ vor. Das jetzige „Frankfurt House“ wird zentraler Teil eines Gebäude-Ensembles. Das Projekt „gemeinschaftlich Wohnen im neuen Frankfurt House“ bietet Raum für unterschiedliche Wohn- und Lebensformen (Familien, Singles und Paare unterschiedlichen Alters „mit Anschluss“, „vorübergehende“ Mitbewohner). Ein sparsamer Wohnflächenbedarf der einzelnen Bewohnerinnen und Bewohner (Einheiten) wird durch die Teilhabe an gemeinschaftlich genutzten Außen- und Innenräumen ausgeglichen und bringt dadurch eine Verringerung der Wohnkosten (ökonomischer Vorteil).

FUNDAMENT Bauen Wohnen Leben eG i. G.

Bereits nach drei Monaten Vorbereitungszeit haben 30 Gründungsmitglieder eine neue Genossenschaft für selbst verwaltetes, soziales und ökologisches Wohnen in Frankfurt gegründet. Die Genossenschaft stellte sich am 23.7.2005 auf einem großen Gründungsfest im Club Voltaire einer breiten Öffentlichkeit vor. „FUNDAMENT Bauen Wohnen Leben“ hat sich zum Ziel gesetzt, Genossenschaftsmitgliedern gute Wohnungen zu sozialen Preisen anzubieten. Im Rhein-Main-Gebiet sind die Mietpreise fast unbezahlbar, vor allem für Familien mit Kindern gibt es zu wenig Angebote. Das wollen und werden wir ändern, weil wir auf Selbsthilfe unserer Genossinnen und Genossen setzen. Angesichts der aktiven Mitarbeit vieler interessierter Bürger die ihren Sachverstand in einzelnen Projekten einbringen, hoffen die Gründer bereits in diesem Jahr das erste Bauvorhaben in Angriff zu nehmen. Schon im nächsten Jahr könnten die ersten Wohnungen entstehen.

Lila Luftschloss

Bauen von Frauen für Frauen

Realisiertes Projekt mit bisher zwei Häusern

In guter Frankfurter Tradition – die erste Frankfurter Frauenwohngenossenschaft wurde 1916 gegründet – fanden sich 1991 Frankfurter Frauen zur Frauenwohnungsbaugenossenschaft Lila Luftschloss zusammen, um Wohnraum für Frauen in eigener Regie zu schaffen.

Im November 1992 entstand die Genossenschaft in Gründung, kurze Zeit später erhielt Lila Luftschloss die beiden Grundstücke Heidestraße und Gutleutstraße in Erbpacht von der Stadt Frankfurt am Main.

Beraten wird die Genossenschaft durch den Wohnbund Frankfurt, 1994 wurde das Architekturbüro Baufrösche in Kassel mit der Planung beauftragt. 1994/1995 erhielt Lila Luftschloss mit dieser Planung eine Auszeichnung im hessischen Landeswettbewerb „Familienfreundlicher Städtebau“.

Neben Finanzierungszusagen der Stadt Frankfurt am Main und des Landes Hessen erfolgte schließlich die Verabschiedung der Satzung und Lila Luftschloss

wurde ins Genossenschaftsregister des Prüfverbandes der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft e. V. eingetragen.

Preungesheimer Ameisen

Generationsübergreifende Hausgemeinschaft im Frankfurter Bogen

Projekt in der Bauphase seit Dezember 2004

Seit 2005 als gemeinnützig anerkannt.

Zentrale Aspekte des gemeinsamen Wohnens:

Selbständigkeit in der eigenen Wohnung, Vermeidung von Vereinsamung, gegenseitige Hilfe durch aktive und zuverlässige Nachbarschaft (jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten) zur Unterstützung bei Bedarf und z. B. im Krankheitsfall. Einkaufen, kochen, Pflanzen versorgen, Briefkasten leeren, kleine handwerkliche Handreichungen, miteinander reden und ein Stück Alltag teilen, Probleme ansprechen und gemeinsam Lösungen finden.

Was erwarten wir von unseren Mitbewohnern:

Sich selbst einbringen mit den eigenen Fähigkeiten und Erfahrungen, an den regelmäßigen Treffen der Hausgemeinschaft (1 Mal monatlich und bei Bedarf häufiger) zum internen Austausch und zur Regelung der Selbstverwaltung teilnehmen, gemeinsame Verantwortung für das Haus und für die Organisation unseres Zusammenwohnens. Unseren Gemeinschaftsraum, dessen Miet- und Unterhaltungskosten von der Gemeinschaft der "Preungesheimer Ameisen" getragen werden, wollen wir nutzen, um durch verschiedene Angebote an die Bewohner des Quartiers das Zusammenwachsen im neuen Stadtteil zu fördern.

Der momentane Stand:

Baubeginn war Dezember 2004, Einzug voraussichtlich Mai 2006.

Wir suchen noch Mitglieder. Wem diese Form der Hausgemeinschaft zusagt, kann gerne mit uns einziehen.

Wir haben noch Wohnungen frei. Wir haben einen Bauherren - GSW - gefunden, der sich unserer Idee angenommen hat, der uns auch ein Grundstück anbieten konnte und das Haus für uns bauen wird.

Die Architektur des Bauvorhabens: Frankfurt-Preungesheim, Gundelandstraße,

Viergeschossiges Wohnhaus mit großzügigen Dachgeschosswohnungen, 28 barrierefreie Wohneinheiten mit nach Süden ausgerichteten Terrassen bzw. Balkonen, ein Gemeinschaftsraum mit Foyer und Terrasse, mindestens 15 PKW-Stellplätze.

Wie wohnen wir? – Quodlibet!

Generationenübergreifendes Mietwohnen in zentraler Lage

Die Initiative besteht seit Anfang 2005. Organisation und Strukturierung wird von einer so genannten Kerngruppe erarbeitet. Die Ergebnisse fließen in das monatliche Gesamtgruppentreffen ein. Angestrebt wird ein Projekt, in dem frei finanzierte und geförderte Wohnungen bezogen werden können. Im Erdgeschoss soll es gemeinschaftlich nutzbare Räumlichkeiten geben, die sowohl nach innen wie nach außen verwendet werden. Die Bewohnerhaushalte setzen sich zusammen aus Einzelpersonen, Paaren und Familien. Eine WG in einer eigenen Wohnung ist ebenfalls möglich. Jung und Alt, gleich welcher Herkunft, wollen mit diesem Projekt in ihrem Quartier dazu beitragen, ein gutes und nachbarschaftliches Wohnen zu leben – Quodlibet!

Initiative "Selbstbestimmtes Wohnen"

Selbstbestimmtes Leben und Wohnen für Menschen mit und ohne Behinderung
Die Initiative „Selbstbestimmtes Wohnen“ ist ein Zusammenschluss von jungen Erwachsenen mit unterschiedlichen Behinderungen und deren Eltern bzw. Unterstützern.

Wie ist die Gruppe organisiert?

Eine Gruppe junger behinderter Erwachsener bereitet sich in regelmäßigen "Wohntreffen" auf ein selbständiges Leben außerhalb des Elternhauses vor. Thematisiert wird, wie jeder Einzelne/jede Einzelne gerne Wohnen möchte, ob lieber in einer Wohngemeinschaft, einer Hausgemeinschaft oder alleine. Die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind in integrativen Bezügen aufgewachsen (Kindergarten, Schule, Arbeitsplatz) und haben - trotz ihrer Abhängigkeit von Hilfe und Unterstützung - ein großes Interesse an einem Leben in größtmöglicher Normalität.

Die Eltern und Unterstützer haben die Initiative gegründet und treiben die Umsetzung voran.

Was will die Gruppe?

Im Gegensatz zur stationären Pflege behinderter Menschen, ist unser Ziel das selbst bestimmte Wohnen in Wohn- oder Hausgemeinschaften. Das erfordert, dass Selbstbestimmung und Integration strukturell ermöglicht wird und die Abhängigkeit von fremden Hilfen soweit wie möglich reduziert wird: Wohnmodelle, die den Aufbau bzw. die Einbindung in ein tragfähiges soziales Netzwerk und informelle Unterstützung im Alltag ermöglichen können.

Ideal wären (Miet)Objekte, die über mehrere Einzelappartements bzw. Zwei-Zimmerwohnungen verfügen, in denen sowohl behinderte als auch nicht behinderte Menschen wohnen (können). Gesucht wird aber auch eine 4-5 Zimmerwohnung für eine integrative Wohngemeinschaft.

Wo will die Gruppe wohnen?

Die Wohnungen sollten gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar und barrierefrei sein und in einem stabilen sozialen Umfeld liegen.

Bevorzugte Stadtteile sind: Bockenheim, Ginnheim, Nord-West-Stadt, Praunheim, Heddernheim, Niederursel oder Eschersheim.

Was versteht die Gruppe unter selbst bestimmtem Wohnen?

Die Bewohnerinnen und Bewohner der Wohn- und Hausgemeinschaften sind gleichberechtigt und teilen sich die anfallenden gemeinschaftlichen Aufgaben nach ihren Fähigkeiten. Sie entscheiden über ihre eigenen Belange und auch darüber mit wem sie zusammen leben möchten.

Betreuerinnen / Betreuer und Eltern haben nur beratende und unterstützende Funktion.

Wie ist die Betreuung geregelt?

Die Begleitung der behinderten Mieterinnen und Mieter erfolgt durch MitarbeiterInnen von KOMM Ambulante Dienste e. V., die – soweit notwendig – Unterstützung in Alltags- und Behördenangelegenheiten geben, Freizeitangebote initiieren und bei Konfliktlösungen unterstützen.

Wer sind die Vorbilder?

Von Hamburg über München bis Wien gibt es bereits Wohn- und Hausgemeinschaften in denen Menschen mit und ohne Behinderung erfolgreich zusammenleben. Zur Miete, in Eigentumswohnungen und auch in Wohnprojekten, die gemeinsam, z. B. als Genossenschaften oder Gesellschaften finanziert wurden. Der Austausch mit den Initiatorinnen und Initiatoren und Bewohnerinnen und Bewohnern (häufig auch in einer Person) hat uns Mut gemacht und gezeigt, dass es geht.⁵⁸

Was braucht die Gruppe zur Realisierung?

Bauträger, die bereit sind mit uns solch ein Projekt zu verwirklichen.

Kooperationspartner, kommunale Wohnungsträger, Stiftungen und Investoren, die uns bei der Verwirklichung unseres Vorhabens unterstützen.

Mitstreiterinnen und Mitstreitern, d.h. nicht behinderte junge Menschen, die es sich vorstellen können neue Wohnformen auszuprobieren.

SenSe e. V.

GH3L (Gemeinschaftshäuser für das 3. Lebensalter)

Seit 2005 als gemeinnützig anerkannt.

Zielgruppe: Männer und Frauen ab ca. 50 Jahren jeglichen Familienstands; derzeit 30 Mitglieder; Durchschnittsalter: 60 Jahre, 26 Frauen, 4 Männer, 2 Paare, der Rest sind Singles. Maximalbegrenzung der Gruppe: 50 Mitglieder. Gesucht werden Objekte in Stadtteilen mit guter Infrastruktur. Sen-Se e.V. wird im Stadtteil Niederursel ab 2006 ein Wohnprojekt realisieren und ist offen für weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Sen-Se e.V. Ffm. ist eine Gruppe von "jungen Alten", die eine neue Form des Wohnens im Alter verwirklichen wollen, in Gemeinschaftshäusern für das 3. Lebensalter (GH3L). Wir setzen uns dafür ein, dass neben dem Allein-zurechtkommen im Alter und dem Wohnen in einer Pflegeeinrichtung, die Wohnform des selbstbestimmten, gemeinschaftlichen Zusammenlebens weit verbreitet etabliert wird. Da es immer mehr ältere Menschen und immer weniger helfende Familienangehörige gibt, ist es wichtig sich in GH3Ls gegenseitig zu unterstützen, um der Isolation und Vereinsamung zu entgehen, sich nicht nutzlos zu füh-

⁵⁸ Die Wohninitiative plant gemeinsam mit dem Frankfurter Verband für Alten- und Behindertenhilfe e.V. ein Projekt gemeinschaftlichen Wohnens im Stadtteil Bockenheim.

len, lange körperlich und geistig fit zu bleiben, aber auch um die öffentliche Hand zu entlasten.

W.i.R. - Gemeinschaftliches Wohnen

Gemeinschaftliches Wohnen im Alter

Ziele sind u. a. die gemeinschaftliche, wechselseitige, gemeinsam organisierte Unterstützung im Alltag, ökonomische und ökologische Lebensweise mit gemeinsamer Nutzung größerer Gebrauchsartikel wie z. B. das Auto. Angestrebt werden regelmäßige gemeinsame Treffen und Aktivitäten. Die Gruppe ist multinational und dem Stadtteil (stadtnah, zentral) gegenüber offen. Sie besteht derzeit aus 6 Frauen und 2 Männern. Das Durchschnittsalter beträgt 55 Jahre. Die Initiative besteht seit 2 Jahren und befindet sich in der Planungs- und Organisationsphase.

Wohngruppe unterm Dach

... zusammen wohnen, leben, arbeiten, uns gegenseitig helfen.

Baubeginn im Januar 2006

Den meisten macht die Vorstellung des Alters Sorgen. Denn nur zu oft ist damit die Perspektive verbunden, aus dem aktiven Leben in einen letzten Lebensabschnitt einzutreten, für den es keine richtige Aufgabe mehr gibt. Was für ein Kontrast bei der Begegnung mit der Frankfurter Wohnprojektgruppe Unterm Dach: „Zusammen leben, sich gegenseitig unterstützen, sich geistig weiterentwickeln“, fasst eine der Initiatorinnen die Ziele der Gruppe zusammen. Sechs Frauen und zwei Männer im Alter zwischen 58 und 70 Jahren, die mit praller Lebensfreude ihr Alter planen – ein ungewohntes, unerwartetes Bild!

Begonnen hat alles schon vor sieben Jahren im Rahmen der anthroposophischen Sozialeinrichtung „der hof“ in Frankfurt, wo zur Palette der Lebensformen von der Kleinkindgruppe bis zur Waldorfschule die Bildung einer Altenwohngruppe angeregt wurde. Diese Idee konkretisierte sich jedoch dann im Zusammenhang mit dem Altenheim Haus Aja Textor-Goethe im Frankfurter Stadtteil Eckenheim. Seit etwa zwei Jahren trifft sich hier die Gründungsgruppe und plant eine

Senioren-Wohngemeinschaft. Vier der Mitgründer verbindet eine konkrete berufliche Erfahrung mit der anthroposophischen Altenpflegestelle.

Die Überlegungen der Gruppe verbanden sich schließlich mit einem Ausbauprojekt des Hauses Aja, das auf einem Nachbargrundstück eine Einrichtung für Senioren mit Demenz nach neuartigen Gesichtspunkten plant. Nicht nur das Fachpersonal, auch der Architekt Wolfgang Schwarzmeier hat sich dabei für seine Entwürfe intensiv mit dem Phänomen Demenz auseinander gesetzt. Im Dachgeschoss dieses Gebäudes, liebevoll „Ajass Gartenhaus“ genannt, sollen die Wohnungen und ein Gemeinschaftsbereich für die „Senioren-WG“ entstehen.

Die Beteiligten brachten dabei sehr unterschiedliche finanzielle Möglichkeiten in die gemeinsame Planung ein. Verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten wurden diskutiert. In einer „Sternstunde“ wurde ihnen dann klar, dass das Vorhaben nur gelingen konnte, wenn auf ein Denken in festen „Anteilen“ verzichtet werden würde und jeder einfach das einbrachte, was er konnte. „Jeder legte auf den Tisch, was er hatte, und zu unserem Erstaunen stellten wir fest, dass es genau reichte“, erzählt Renate Wahl. Auf Grundlage dieser gemeinschaftlichen Entscheidung konnte der entscheidende Schritt getan werden. Die Gründung einer Stiftung wurde in Angriff genommen, in die das mitgebrachte Kapital der Einzelnen als Schenkung eingeht. „Die Form der Stiftung gewährleistet dabei, dass unsere Idee auch über unseren Tod hinaus weiter besteht und dass andere daraus Nutzen ziehen“, erläutert Friedrich Schorling, der den größten Anteil in das Projekt hinein gab und durch seine Erfahrungen im Beruf und beim Aufbau einer Waldorfschule zum organisatorischen „Motor“ der Gruppe wurde. Nach ihm ist die in Gründung begriffene Stiftung auch benannt. Haben die Erben nicht enttäuscht reagiert, als sie erfuhren, dass ihre Eltern ihr Erspartes einer Stiftung abtreten? „Meine Kinder haben gesagt: jetzt wissen wir, dass Mutter gut aufgehoben ist“, antwortet eine der Beteiligten. Verstimmungen habe es nirgends gegeben.

Eine weitere – generationenübergreifende - **Initiative** befindet sich noch in der Gründungsphase.

Hindernisse

Aus den bisherigen Erfahrungen, die im Netzwerk zusammengetragen wurden, haben sich als „typische“ Hindernisse für die Realisierung von gemeinschaftlichen Wohnprojekten herausgestellt:

- Das Fehlen von erschwinglichen Wohn-Angeboten am gewünschten Standort.
- Das Fehlen von öffentlich gefördertem Wohnraum für die finanziell unterschiedlich ausgestatteten Mitglieder der Wohninitiativen. (Eine soziale Mischung wird dadurch verhindert bzw. bestehenden Wohngruppen droht die Spaltung oder der Ausschluss von finanziell gering ausgestatteten Mitgliedern.)
- Mitgliedergewinnung und -fluktuation
- Unzureichende Informations-, Beratungs- und Begleitungsangebote für die Unterstützung der Wohninitiativen in ihren verschiedenen Entwicklungsphasen, z. B.:
 - bei der Herstellung von Kontakten zu Bauträgern,
 - bei der Erstellung von Finanzierungskonzepten,
 - bei der ämterübergreifenden Kooperation,
 - bei der Öffentlichkeitsarbeit
- ...

Die beschriebenen Hindernisse sind mit der Entwicklung kooperativer Beziehungen - z. B. der Organisation von „runden Tischen“ mit Akteuren aus Behörden, der Wohnungswirtschaft und den Wohninitiativen - in Teilbereichen und im Einzelfall überwunden worden, Dank des Engagements der Beteiligten.

Damit die oben erwähnte Schwierigkeiten und Zugangsschwellen in Zukunft der Realisierung von gemeinschaftlichen Wohnprojekten nicht im Wege stehen, bedarf es der strukturellen Absicherung, z. B. durch Stellen- / Aufgabenbeschreibungen, Geschäftsordnungen und Rahmenvereinbarungen.

Die Hindernisse zu überwinden helfen hat sich das „Netzwerk für gemeinschaftliches Wohnen“ zur Aufgabe gemacht. Dabei sind hier insbesondere die fördernden Mitglieder gefordert.

4.5.3 Befragungsergebnisse 50+

Im Jahr 1999 nahm das Interesse an neuen Wohnformen im Alter nur eine Randstellung ein.

Die Bereitschaft, selbst etwas beizutragen, wenn es um die Zukunftsgestaltung der eigenen Art des Wohnens geht, ist heute erstaunlich hoch. Wenn in der explorativen Umfrage im Rahmen der Partizipativen Altersplanung der Stadt Frankfurt am Main 2004 danach gefragt wird, ob man sich in einer Gruppe engagieren möchte, können sich insgesamt 55,5 % der Befragten eine Mitarbeit vorstellen, bzw. arbeiten schon in einer Gruppe.⁵⁹ Insbesondere die 60 bis 70jährigen sind bereit, sich in Gruppen zu organisieren. Bei der offenen Frage, welches Thema vorrangig behandelt werden sollte, stehen Wohnbedingungen und das Wohnumfeld im Alter an erster Stelle. Hier ein paar typische Antworten, wobei durch den offenen Fragecharakter die Antworten selten nur ein Thema beinhalten:

- „Mitgestaltung und Mitbestimmung bei der Altersplanung; Einsamkeitsbewältigung bei alten Menschen“
- „Gemeinsames Helfen bei Bedarf, keine Vereinsamung, selbstständig und selbst bestimmt wohnen“
- „Alt werden und alle damit verbundenen Themen, Bewältigung der eigenen Homosexualität“
- „Kultur, Nachbarschaftshilfe, Einkauf. Einen ganzen Wohnblock für Senioren umbauen in seniorengerechte Wohnungen, wo jeder seine eigene Wohnung hat, die aber miteinander „verbunden“ sind, auch für Personal! (Westhausen)“
- „Generationsübergreifendes Wohnen, Nachbarschaftshilfe, Integration behinderter und ausländischer Mitbürger“
- „Info der Stadt über Wohnungsprojekte, deren Planung und Stand der Verwirklichung.“
- „Netzwerke im Stadtteil aufbauen“
- „Suche von Interessierten, Suche von Objekten, Koordination mit der Stadt

⁵⁹ Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Explorative – untersuchende - schriftliche (nicht repräsentative) Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, Firma EDV- und andere Dienstleistungen, Joachim Ritter, Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 2004
N = 1.267 von 1.453
z. B. bei: der Bürgerinitiative „Alte für Frankfurt“, dem „Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen“, dem „Netzwerk neue Nachbarschaften“. Siehe www.aelterwerden-in-frankfurt.de

und Wohnungsämtern, Medienpräsenz“

- „Einrichtung anderer Wohnformen, vor allem für Ältere.“
- „Es sollte einen „Altenrat“ als grundsätzliche Lobby und Referenz an 30 % der Bevölkerung geben, analog zum Jugend- und Sozialausschuss.“
- „Kulturelle Integration ausländischer Frauen, Spielen, Basteln, Musik und Betreuung von verwahrlosten Kindern, „Wir machen unsere Stadt schön“ - Projekte mit solchen Kindern (sie sind unsere Zukunft).“
- „Sozialen Wohnungsbau fördern. In jedem Neubaugebiet, in jedem Stadtteil müssten Gebäudekomplexe eingeplant werden für gemeinschaftliche Wohnformen.“

Diese Aussagen deuten darauf hin, dass gemeinschaftliche Wohnformen die richtige Antwort auf die sich abzeichnenden Bedürfnisse sind.

4.5.4 Handlungsempfehlungen / Förderung gemeinschaftlichen Wohnens

Wohninitiativen und Wohnprojekte

- Überlassung städtischer Grundstücke zu günstigen Erbpacht-Bedingungen
- Fachliche und sachliche Unterstützung auf Anfrage sowohl einzelner Wohninitiativen als auch des „Netzwerks für gemeinschaftliches Wohnen“, z. B. durch:
 - Moderation der Gruppenprozesse, Supervision
 - Beratung zu Organisation und Rechtsformen
 - Beratung zur Finanzplanung
 - Moderation (ggf. Mediation) zwischen Wohninitiativen und dem Wohnumfeld (Quartier, Stadtteil) bei quartierbezogenen Wohnkonzepten
- Finanzielle und/oder fachpersonelle Unterstützung bei Schulungsmassnahmen und Öffentlichkeitsarbeit
- Flexibilisierung des Vergabeverfahrens von öffentlich gefördertem Wohnraum für gemeinschaftliche Wohnprojekte (siehe Exkurs 4.5.5)

- Förderung sozial gemischter Wohngruppen, die im öffentlichen Interesse die Generationen im Altersgemischten Wohnen zusammenführen und gemeinwesenbezogen sind
- Weiterführung der bestehenden stadtinternen Anlaufstellen für Wohninitiativen
- Einbettung von quartierbezogenen Wohnprojekten als Akteure in gemeinwesenorientierte Arbeitsansätze und in soziale Programme (wie z. B. „Soziale Stadt“)

Wohnungswirtschaft

- Barrierefreiheit und flexible Bauweise (Grundrisse) als Förder- bzw. Genehmigungskriterium
- Beteiligung der Mieterinnen und Mieter im Bestand / der Wohninitiativen bei Neubau an Planung und Umsetzung schon zu Beginn des Vorhabens (Partizipation)
- Ausschreibung von Wettbewerben zu den Punkten Flexibilisierung, Partizipation und Schaffung von Wohnraum für gemeinschaftliche Wohnformen seitens der Kommune

Vernetzungsstrukturen

- Einrichtung einer übergreifenden Anlauf-, Beratungs- und Koordinierungsstelle fürs Wohnen, bei der das Netzwerk Frankfurt das Segment des gemeinschaftlichen Wohnens abdeckt

4.5.5 Exkurs: Zusammenfassung der Diskussion um förderliche und hemmende Faktoren in Bezug auf gemeinschaftliches Wohnen

Praxisbericht des Anlaufbüros Seniorengruppen⁶⁰

ÖFFENTLICH GEFÖRDERTER WOHNRAUM

Ausgangslage

Seit mehr als 3 Jahren und spätestens mit der Etablierung der Selbsthilfestruktur des Vereins „Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen“ (NWF), ist diese Wohnform eine stets wachsende Realität in Frankfurt am Main geworden. Damit hat auch Frankfurt eine Entwicklung nachgeholt. In vielen anderen Bundesländern hat diese Wohnform durch bessere Bedingungen inzwischen eine größere Verbreitung gefunden.

Die bisherige ehrenamtliche (NWF) und hauptamtliche Praxis (Anlaufbüro Seniorengruppen) hier in Frankfurt am Main hat gezeigt, dass die Vergabekriterien des öffentlich geförderten Wohnraums für die Realisierung von gemeinschaftlichen Wohnformen angepasst werden müssen. Die Schwierigkeiten bestehen für sozial gemischte Gruppen - hinsichtlich des Alters, der Einkommensverhältnisse und der Erwerbstätigkeit.

Z. B. konnte eine Seniorenwohnanlage von einer Wohninitiative nicht bezogen werden, weil ein Teil der Gruppenmitglieder die Vergabekriterien nicht erfüllte. Diese Situation war besonders brisant im Falle von Ehepaaren.

Für die Wohninitiativen bedeutet dies als Konsequenz:

- a) Entweder muss sich die Gruppe spalten in diejenigen, die berechtigt sind und diejenigen die über der Einkommens- und oder unter der Altersgrenze liegen und das Ziel nun getrennt verfolgen (z. B. im Falle der Koreanischen Wohngruppe).
- b) Oder die gesamte Gruppe orientiert sich nicht mehr an öffentlich gefördertem Wohnraum, mit der Konsequenz, dass diejenigen, die das finanzielle

⁶⁰ Verfasser: Caritas Verband Frankfurt e.V., Anlaufbüro Seniorengruppen

Potential für das Objekt auf dem freien Wohnungsmarkt nicht aufbringen können, aus der Wohninitiative aussteigen müssen (z. B. Preungesheimer Ameisen).

- c) Oder die gesamte Gruppe bleibt zusammen und muss sich erneut auf die Objektsuche machen, wobei zu bedenken ist, dass es für Gruppen prinzipiell schwieriger ist ein passendes Objekt zu finden. Nur wenige Wohnungsbaugesellschaften sind bislang bereit mit Gruppen zu kooperieren.

Verzögerungen und geringe Aussicht auf Erfolg führen dazu, dass Wohninitiativen auf Dauer einem Auszehrungsprozess ausgesetzt sind, der ihnen den anfänglichen Schwung nimmt und ihre Weiterarbeit und Existenz bedroht.

Alle drei Wege haben entsprechend negative Folgen für die Gruppenstabilität und Dynamik der Wohninitiativen und lassen - wenn überhaupt - diese zukunftsweisende und präventive Wohnform nur für eine gehobene Mittelschicht, die sie sich leisten kann, Realität werden.

Forderungen

Grundsätzlich sollten Mitglieder von Wohninitiativen / Wohngruppen, die eine gemeinschaftliche Wohnform anstreben, bei der Belegung - nicht nur von frei finanziertem, sondern auch von öffentlich gefördertem Wohnraum - unterstützt werden.

Die derzeit geltenden Vergabekriterien sollten im Hinblick auf die Möglichkeit der Unterstützung gemeinschaftlicher Wohnformen hin überprüft und künftig entsprechend modifiziert werden und zwar in folgendem Sinne:

Altersgrenze

sollte künftig keine Rolle mehr bei der Vergabe von öffentlich gefördertem Wohnraum spielen, wenn es sich um Mitglieder einer gemeinschaftlichen Wohngruppe handelt, die mehrheitlich aus berechtigten Mitgliedern besteht. Es ist ganz

- a) im Sinne der Präventionsförderung, wenn Menschen, die noch nicht 60 Jahre alt geworden sind, sich auf das Alter einstellen. Dies gilt es zu belohnen und nicht durch formalen Ausschluss zu behindern.

- b) im Sinne der Förderung der Integration und des Zusammenhalts zwischen den Generationen, wenn Menschen aus verschiedenen Generationen ihr Wohnen und Leben gemeinsam gestalten wollen

Einkommensgrenze

Sollte wie folgt gehandhabt werden:

- a) Wenn die Antragsteller nachweislich mit ihrem Einkommen auch Angehörige unterstützen und pflegen, sollte dies bei der Einkommensberechnung berücksichtigt werden.
- b) Bei Mitgliedern von Wohninitiativen, die eine gemischte Hausgemeinschaft in ein öffentlich gefördertes Wohnobjekt anstreben, sollten die Vergabekriterien modifiziert werden, z. B. durch die Zahlung der Fehlbelegungsabgabe bis zur Zahlung der ortsüblichen Vergleichsmiete.
- c) Die Einkommensgrenze sollte grundsätzlich für alle angehoben werden. Dies scheint nach der nachgewiesenen Verteuerung der Lebenshaltungskosten gerechtfertigt und notwendig. Eine Relativierung besteht bereits dadurch, dass die Antragsteller für eine Seniorenwohnung die Einkommensgrenze um bis zu 40 % überschreiten können und als Ausgleich die Fehlbelegungsabgabe zahlen.

Zuzug nach Frankfurt am Main

Die strenge Anwendung des Vergabekriteriums: „Hauptwohnsitz in Frankfurt am Main“, sollte aufgelockert werden. Bei Personen, die einer Frankfurter Wohninitiative angehören - aber zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht in Frankfurt mit Hauptwohnsitz leben - sollten weitere Aspekte berücksichtigt werden, z. B.

- a) familiäre und / oder soziale Bindungen in Frankfurt, z. B. in einer Wohngruppe,
- b) die kontinuierliche Ausübung einer ehrenamtlichen Aktivität in Frankfurt und für Frankfurter Bürgerinnen und Bürger.

Wohnungsgröße

- a) Grundsätzlich sollte diese Grenze für alle angehoben werden. Nach den heutigen Vorstellungen bezüglich Wohnqualität - nicht nur älterer Menschen - sollte eine Standardwohnung mindestens 50 qm aufweisen. Eine Anpassung würde auch das Problem „Einzel-,“ bzw. „Paarbelegung“ entschärfen.

Begründung

Für die oben formulierten Forderungen folgen hier einige zentrale Gründe:

- Sowohl die repräsentative wie auch die explorative Befragung 50+ im Rahmen der Partizipativen Altersplanung Frankfurt am Mains, haben ein eindeutiges und unerwartet verbreitetes Interesse an gemeinschaftlichen Wohnformen belegt. Ein Potential ist vorhanden und ein gesellschaftliches Interesse gegeben.
- Zuwachs ist nicht nur bzgl. der Anzahl der Interessenten zu verzeichnen. Die Zahl der bereits realisierten oder in Umsetzung befindlichen Initiativen zum gemeinschaftlichen Wohnen, ist in 3 Jahren von ursprünglich 3 auf 11 gestiegen.
- Inzwischen ist eine Infrastruktur der Selbsthilfe und Selbstorganisation entstanden, zur gegenseitigen Unterstützung bei der Umsetzung: der Verein „**Netzwerk Frankfurt** für gemeinschaftliches Wohnen“ (NWF). Seine Bemühungen können allerdings nicht wirksam werden, wenn nicht auch die Kommune und die Wohnungswirtschaft unterstützend entgegenkommen und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen beitragen.
- Es sollte im Sinne der Chancengleichheit durch kommunales Handeln vermieden werden, dass sich zwei Klassen von Wohninitiativen - entsprechend ihres finanziellen Potentials - bilden oder, dass diese Wohnform nur für die obere Mittelschicht zugänglich bleibt. Vielmehr sollten sozial gemischte Wohngruppen unterstützt werden, die im öffentlichen Interesse die Generationen im Altersgemischten Wohnen zusammenführen und gemeinwesenbezogen sind.

- Diese Wohnform hat einen präventiven Effekt auf der individuellen Ebene: Vorbeugung von Isolierung, Verzögerung bis Vermeidung von stationärer Unterbringung.
- Sie regt im Wohnumfeld die Aktivierung der Selbsthilfepotentiale und der individuellen Ressourcen der Bewohnerschaft zugunsten der Entwicklung weiterer Gruppen an.
- Somit zeigt diese Wohnform nicht zuletzt auch einen präventiven und integrativen Effekt auf das soziale Umfeld, in dem die jeweilige Wohninitiative eingebettet ist, und erfüllt ein öffentliches Interesse.

Umsetzung

Bereits realisierte gemeinschaftliche Wohnprojekte zeigen, dass erfolgreiche Kooperation möglich ist.

Die Zusammenführung der Akteure aus Behörden, der Wohnungswirtschaft und den Wohninitiativen an „runden Tischen“ durch die fördernden Mitglieder des NWF, hat entscheidend dazu beigetragen, dass Wohnprojekte realisiert werden konnten und können.

Allerdings wurde auch deutlich, dass an förderlichen Richtlinien gearbeitet werden muss.

FREI FINANZierter WOHNRAUM

Parallel zu den Modifizierungen bzgl. des öffentlich geförderten Wohnraums, sollten zur Förderung gemeinschaftlichen Wohnens in der Stadt Frankfurt am Main Überlegungen und Maßnahmen auch für den freien Markt entwickelt werden.

Als Anregung dazu sollen die unten skizzierten Ansätze dienen.

- a) Massnahmen in Bezug auf die Wohnungswirtschaft, die die Zusammenarbeit mit Wohninitiativen zur Realisierung von gemeinschaftlichen Wohnformen belohnen
- b) Architekten-Wettbewerb für gemeinschaftliches Wohnen in Frankfurt am Main ausschreiben

4.5.6 Anhang zu Kapitel 4.5

Geschäftsordnung
für das

Netzwerk Frankfurt
für gemeinschaftliches Wohnen

Präambel

Das **Netzwerk Frankfurt** für gemeinschaftliches Wohnen ist ein selbstorganisierter Zusammenschluss von und für Wohninitiativen, aktive Einzelpersonen und fördernde TeilnehmerInnen aus Kommune, Verbänden und anderen Institutionen.

Ziele / Aufgaben

Das **Netzwerk Frankfurt** bietet den teilnehmenden Gruppen und Personen im Frankfurter Raum einen Rahmen,

- sich regelmäßig zu treffen,
- sich zu informieren,
- sich über gemachte Erfahrungen auszutauschen,
- sich Mut zu machen, positive Beispiele nachzuahmen,
- einander Impulse und gegenseitige Unterstützung zu bieten,
- den Gedanken der neuen Wohnform „gemeinschaftliches Wohnen“ in der Öffentlichkeit zu verbreiten,
- den Kontakt zu VertreterInnen der Wohnungswirtschaft, Architekten und Behörden herzustellen und Kooperationsmöglichkeiten zu entwickeln,
- gemeinschaftliche Wohnformen zu realisieren.

Mitglieder

im **Netzwerk Frankfurt** sind

- VertreterInnen von Wohninitiativen im Raum Frankfurt nach einem Erstgespräch mit dem Koordinierungsteam
- aktive Einzelpersonen nach einem Erstgespräch mit dem Koordinierungsteam und etwa sechs aktiven Monaten

KooperationspartnerInnen und TeilnehmerInnen

am **Netzwerk Frankfurt** sind

- fördernde Personen
- VertreterInnen der Behörden
- VertreterInnen der Wohnungswirtschaft und Architekten
- VertreterInnen von Verbänden und Vereinen

Die Mitglieder, Kooperationspartner und TeilnehmerInnen sorgen für ihre kontinuierliche Teilnahme am Plenum.

Beschlussfassung

- Einfache Mehrheit der anwesenden, stimmberechtigten Mitglieder
- Bei Stimmgleichheit gilt eine Vorlage als abgelehnt
- Wohninitiativen und aktive Einzelpersonen haben jeweils eine Stimme
- Schriftliche Stimmabgabe ist jeweils bis Freitag vor einem Plenum möglich

Organisatorischer Rahmen

Das **Netzwerk Frankfurt** ist in Selbstverantwortung organisiert.

- Ein Koordinierungsteam wird von den Mitgliedern jährlich gewählt und besteht aus bis zu vier Personen.
Die Wahl findet im November statt und gilt für das nächste Kalenderjahr.
- Das Koordinierungsteam ist mit den Aufgaben der Geschäftsführung beauftragt.
 1. Vorbereitung der monatlichen Sitzungen, die in der Regel an jedem dritten Mittwoch eines Monats von 18:00 bis 20:00 Uhr stattfinden.
Eine schriftliche Einladung ergeht nicht.
Themen sind dem Protokoll zu entnehmen.
 2. Die Moderation der Sitzungen übernimmt das Koordinierungsteam.
Tagesordnungspunkte können zu Beginn jeder Sitzung eingebracht werden.
- Termine und Sitzungsorte sollen zu Beginn eines Kalenderjahres für das ganze Jahr festgelegt werden.
- Das Protokoll wird von den Mitgliedern im Wechsel (nach alphabetischer Reihenfolge) erstellt und in der nächsten Besprechung verlesen.
Verteilung erfolgt über das Koordinierungsteam.

Internet- und Postadresse / AnsprechpartnerIn

Internet-Adressen:

info@gemeinschaftliches-wohnen.de
www.gemeinschaftliches-wohnen.de

Postadresse:

Netzwerk Frankfurt

für gemeinschaftliches Wohnen
c/o Roswitha Hill, Postfach 56 01 33, 60406 Frankfurt am Main

Ansprechpartner:

Rainer R. Tost, Telefon: 069 / 560 39 39 (Privatanschluss mit Anrufbeantworter)

4.6 "WOHNEN FÜR HILFE" –

Wohnpartnerschaften zwischen Jung und Alt

„Wohnen im Alter“ ist ein in jeder Stadt aktuelles Thema und „Wohnen für Hilfe“ eine Möglichkeit, den Wohn- und Lebensbedürfnissen sowohl alter wie junger Menschen gerecht zu werden.

Seit Beginn der Vermittlung von "Wohnen für Hilfe" im Frühjahr 2004 haben Jung und Alt bisher in 13 Wohnpartnerschaften zueinander gefunden. Besonderes Kennzeichen fast aller dieser Wohngemeinschaften ist das harmonische Miteinander beider Generationen. Auf der einen Seite zeigen sich die älteren Menschen, die sich nach oft längerem Nachdenken für diese Wohnform entschieden haben, als sehr aufgeschlossen, diskussionsfreudig und tolerant gegenüber den Jüngeren. Auf der anderen Seite begegnen diese den Älteren mit viel Respekt, Verständnis und Hilfsbereitschaft. Insofern erweisen sich die meisten Wohnpartnerschaften auch als relativ langlebig und enden meist erst dann, wenn die Studierenden ihren Studienort wechseln. Dass deren ältere Wohnpartnerinnen bzw. Wohnpartner sich in diesen Fällen für eine weitere Wohnpartnerschaft entscheiden, zeigt, dass ihre Mitbewohner ihnen tatsächlich eine Hilfe (gewesen) sind. Und dies nicht nur im Falle konkreter Hilfsleistungen in Haus und Garten, sondern auch und vor allem allein durch ihre Anwesenheit und den damit einhergehenden ständigen sozialen Kontakt.

Bisweilen erscheint es so, als seien die Älteren nach einer mehrmonatigen Wohnpartnerschaft jünger geworden und die Jüngeren älter im Sinne von reifer. Obwohl die Wohnungsnot der Studierenden groß ist und sich seit Anfang 2004 bereits über 130 Studierende und einige Auszubildende im Bürgerinstitut – Soziales Engagement in Frankfurt (bis 31.12.2005: Institut für Sozialarbeit e. V.) nach "Wohnen für Hilfe" erkundigt haben, steckt hinter diesen Anfragen der Jüngeren in den meisten Fällen mehr als die Suche nach preiswertem Wohnraum. Oft ist ein echtes Interesse am Zusammenleben mit der älteren Generation spürbar; und viele sind bereit, auch längere Zeit auf ein passendes Angebot zu warten.

"Wohnen für Hilfe" verbreitet sich bundesweit immer mehr: Nach München, Freiburg,

Köln und Münster läuft das Projekt nun auch in Stuttgart an, gefördert u. a. vom Sozialamt der Stadt. Die letztgenannten Städte haben sich zuvor vom Frankfurter Projektleiter beraten lassen.

Eine sorgfältige Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist unabdingbar, so dass die Beratung der Interessierten auch darauf hinauslaufen kann, sie auf andere Wohn- und Hilfsmöglichkeiten aufmerksam zu machen. So fügt sich „Wohnen für Hilfe“ ein in das vom Bürgerinstitut – Soziales Engagement in Frankfurt und anderen sozialen Einrichtungen angebotene Beratungsnetz in der Stadt Frankfurt am Main („Beratungsverbund Leben und Wohnen im Alter“, vgl. Kapitel 4.7.3).

4.7 Wohnberatung

4.7.1 Wohnen im Alter – Bedeutung

„Wohnen im Alter ist eines der zentralen Themen zukunftsorientierter Altenpolitik“. So formuliert es der Zweite Altenbericht der Bundesregierung und unterstreicht damit die Bedeutung, die diesem Thema zukommt. Aufgabe einer abgestimmten Seniorenpolitik wäre es, „die Rahmenbedingungen für ein zufriedenes, selbständiges und eigenverantwortliches Leben im Alter zu verbessern“.

Wohnen und Wohnumfeld sind für alle Menschen von zentraler Bedeutung, bestimmen maßgeblich das Wohlergehen und die Lebensqualität. Die Wohnung bietet Schutz, Geborgenheit und Rückzug, ermöglicht aber auch Kontakt und Austausch mit anderen, der Familie, Freunden, Nachbarn.

Insbesondere für ältere Menschen steht das Wohnen im Mittelpunkt der alltäglichen Lebenserfahrung. Denn sie verbringen mit durchschnittlich 4/5 des Tages mehr Zeit in der eigenen Wohnung oder in Erholungsräumen des nahe gelegenen Wohnumfeldes als jüngere Generationen. Mit zunehmendem Alter nimmt die Bedeutung des Wohnens und des Wohnumfeldes in dem Maße zu wie der Bewegungsradius abnimmt.

Wachsende gesellschaftliche Differenzierung der älteren Generationen sowie die unterschiedlichen Lebensentwürfe der Menschen erfordern heute unterschiedliche Ansätze für das Wohnen im Alter.

4.7.2 Die Ausgangslage

Wohnen im Alter wird sowohl von den in der Planung und Erstellung wie auch in der Beratung älterer Menschen tätigen städtischen Ämtern und Behörden auf Landesebene, Wohnungsbaugesellschaften, freien Trägern und Initiativen in Frankfurt am Main als wichtiges Feld wahrgenommen.

Auf Seiten der Stadt sind dies hauptsächlich:

Das Stadtplanungsamt in seiner Zuständigkeit für Stadtentwicklungsplanungen, Bebauungspläne und der Wohnungsbauförderung

Das Liegenschaftsamt mit der Verwaltung und Vermarktung städtischer Grundstücke, z. B. als Erbpachtgeber

Das Amt für Wohnungswesen, mit der Kommunalen Wohnungsvermittlungsstelle

Das Jugend- und Sozialamt, mit dem Fachreferat Grundsatz und den zuständigen zentralen und dezentralen Diensten

Wohnungsbaugesellschaften und private Träger sind:

Eigentümer von Seniorenwohnanlagen, seniorengerechtem Wohnraum, Heim- und Pflegeeinrichtungen und auch Betreuungsträger.

Verbände der freien Wohlfahrtspflege sind:

Hauseigentümer und Träger von Betreuungsdiensten in Seniorenwohnanlagen, Betreiber von Heim- und Pflegeeinrichtungen sowie neuen Modellen des Wohnens und Zusammenlebens spezifischer Personenkreise (z. B. Wohngruppen für Demenzkranke), Träger von Beratungsstellen und Projekten im Bereich Wohnen und Leben im Alter.

Vereine und Initiativen,

wie z. B. das „Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen“, koordinieren Wohninitiativen und helfen beim Aufbau von neuen.

Suchen Menschen in Frankfurt am Main Rat in Bezug auf das Wohnen im Alter, sehen sie sich einer Vielzahl von Beratungsinstanzen gegenüber, die mit unterschiedlichen Schwerpunkten dieses Themas befasst sind. Für die Ratsuchenden sind die Zuständigkeiten oftmals nicht durchschaubar.

4.7.2.1 Wohnberatungsstellen im Überblick

Eine Beratung von Einzelpersonen oder auch Gruppen zu Fragen, die mit dem Wohnen im Alter zu tun haben, findet derzeit bei folgenden Trägern statt (siehe nachfolgende Tabelle):

Tab. 11 (IV): Wohnberatungsstellen im Überblick⁶¹

Anbieter	Standort	Thematik/ Aufgaben	Personen- Kreis	Ausgangs- situation/ Kontakt- aufnahme	Inhalt der Beratung	Konkrete Leistung	Kosten für den Rat- suchen- den	Haus- besuche
Stadt Frankfurt am Main Amt für Wohnungs- wesen Kommunale Wohnungs- vermitt- lungsstelle	Adickesallee 67/69	Registrierung u. Vermittlung Besonderer Personenkreise	Seniorinnen und Senioren	Antragstellung der Senioren, Anrufe, Vorsprachen	Allgemeine Wohnbera- tung, Hinweise zu Hilfs- angeboten u. anderen Stellen, Möglichkeiten im Sachgebiet, Erläuterung des vorhandenen u. des Betreuungsangebotes, allgemeine Umzugsbe- ratung u. Information zu Angeboten der Träger, Umzugsberatung bei Aufgabe einer öffentlich geförderten Wohnung mit Möglichkeiten für Prämien, Renovierungs- u. Umzugskosten	Telefonische u. persönliche Beratung Zusammenarbeit mit Fachstelle für soziale Wohnraumhilfe, Prüfung v. Wohnungsbewerbungen, Registrierung u. Vermittlung von. öffentlich geförderten Wohnungen, Umzugsberatung, Auszahlung v. Prämien, Renovierungs- u. Umzugskosten	keine	keine

⁶¹ Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Jugend- und Sozialamt, Frankfurt am Main 2006

Anbieter	Standort	Thematik/ Aufgaben	Personen- Kreis	Ausgangs- situation/ Kontakt- aufnahme	Inhalt der Beratung	Konkrete Leistung	Kosten für den Rat- suchen- den	Haus- besuche
Stadt Frankfurt am Main Jugend -u. Sozialamt Wohnungs- beratung für Körperbe- hinderte und Senioren	Adickesallee 67/69 (im Amt für Wohnungs- wesen)	Information u. Beratung von Menschen mit einer körperlichen Behinderung, älteren und chro- nisch kranken Menschen zur Verbesserung ihrer Wohn- situation in Absprache mit den zuständigen Sozialräthäusern, Besonderen Diensten u. ande- ren Kostenträ- gern, Stadtplanungs- amt	Menschen mit körperlichen Behinderungen, Seniorinnen und Senioren	telefonische u. persönliche Wohn- beratung mit Terminabsprache	Beratung zu baulichen Veränderungen in der jetzigen Wohnung: Wohnungsan- passungsmassnahmen zu Angeboten und Mög- lichkeiten im Bereich Behinderten- und behin- dertenfreundlichen Woh- nungen	Mitwirkung bei d. Wohnungsvermitt- lung von geeignetem Wohnraum im sozial gebundenen Bestand, Unter- stützung bei Fragen zu Hilfsmitteln und Finanzierungsmöglichkeiten, Kooperation mit anderen Fachstel- len, Zusammenarbeit mit Wohnungsge- sellschaften b. Planung und Bau v. barrierefreien Wohnungen, Öffent- lichkeitsarbeit, die sich an Vermie- ter, Mieter u. Fachöffentlichkeit richtet, Mitarbeit in d. Frankfurter Behindertenarbeitsgemeinschaft, Zusammenarbeit mit ehrenamtl. Diensten, Mitwirkung in Fachgremien	keine	Ja, Bera- tung vor Ort

Anbieter	Standort	Thematik/ Aufgaben	Personen- Kreis	Ausgangs- situation/ Kontakt- aufnahme	Inhalt der Beratung	Konkrete Leistung	Kosten für den Rat- suchen- den	Haus- besuche
Stadt Frankfurt am Main Jugend -u. Sozialamt (dezentrale) Sozial- dienste für ältere Bürger	in den 9 Sozialrathäusern	Information u. Beratung von älteren Menschen zur Verbesserung ihrer Wohn- situation, Information zu Wohnangeboten in Frankfurt am Main	Seniorinnen und Senioren	Beratung nach telefonischer und/ oder persönlicher Kontaktaufnahme	Beratung älterer Men- schen zu ambulanten Hilfen u. Dienst- leistungen, zum Verbleib in d. bisherigen Wohnung, Beratung zu Fragen der Finanzierung solcher Leistungen, Informationen zu allen Wohnformen im Alter und Angebote dazu in Frankfurt am Main, Hilfe beim Ausfüllen v. Anträgen, Vermittlung an andere Beratungsstellen, Umzugsberatung für Senioren	Kooperation mit anderen zuständigen Stellen.	keine	Ja

Anbieter	Standort	Thematik/ Aufgaben	Personen- Kreis	Ausgangs- situation/ Kontakt- aufnahme	Inhalt der Beratung	Konkrete Leistung	Kosten für den Rat- suchen- den	Haus- besuche
Stadt Frankfurt am Main Jugend- u. Sozialamtes Zentrale Koordinie- rungsstelle für ambulante und stationäre Hilfen	Rathaus für Senioren Hansaallee 150 60320 Frankfurt	Information u. Beratung von älteren Menschen zur Verbesserung ihrer Wohn- situation, Information zu Wohnangeboten in Frankfurt am Main	Seniorinnen/ Senioren und/oder ihre Angehörigen	Beratung nach tele- fonischer, schriftli- cher und/oder per- sönlicher Kontakt- aufnahme	Beratung älterer Men- schen zu ambulanten Hilfen u. Dienst- leistungen zum Verbleib in d. bisherigen Wohnung; Beratung zu Fragen der Finanzierung solcher Leistungen; Information zu allen Wohnformen im Alter und den Angeboten in Frankfurt am Main; Ver- mittlung an andere Beratungsstellen	Telefonische u. persönliche Beratung; Kooperation mit und Vermittlung an zuständige Stellen.	keine	keine

Anbieter	Standort	Thematik/ Aufgaben	Personen- Kreis	Ausgangs- situation/ Kontakt- aufnahme	Inhalt der Beratung	Konkrete Leistung	Kosten für den Rat- suchen- den	Haus- besuche
Stadt Frankfurt am Main im Auftrag des Jugend- u. Sozial- amtes Beratungs- und Vermitt- lungsstellen der Ortsliga der freien Wohlfahrts- verbände (BuV)	versch. Standorte, jeweils im Einzugsbereich eines Sozialrathauses	Information u. Beratung von älteren Menschen zur Verbesserung ihrer Wohn- situation, Information zu Wohnangeboten in Frankfurt am Main	Seniorinnen/ Senioren und/oder ihre Angehörigen	Beratung nach tele- fonischer, schriftli- cher und/oder per- sönlicher Kontakt- aufnahme	Beratung älterer Men- schen zu ambulanten Hilfen u. Dienstleistun- gen zum Verbleib in d. bisherigen Wohnung; Fragen zur Finanzierung solcher Leistungen; Information zu allen Wohnformen im Alter und den Angeboten in Frankfurt am Main; Vermittlung an andere Beratungsstellen. Hilfe bei der Antragstellung; Umzugsberatung für Senioren	Telefonische u. persönliche Beratung; Kooperation mit und Vermittlung an zuständige Stellen	keine	ja

Anbieter	Standort	Thematik/ Aufgaben	Personen- Kreis	Ausgangs- situation/ Kontakt- aufnahme	Inhalt der Beratung	Konkrete Leistung	Kosten für den Rat- suchen- den	Haus- besuche
Caritas- verband Frankfurt e.V.	Humboldt- strasse 94	begleitende Bera- tung und Unter- stützung von Initiativgruppen älterer Menschen und generations- übergreifender Gruppen	Initiativen älterer Menschen und generations- übergreifender Gruppen	telefonische und persönliche Anfragen	Reflexion von Gruppen- prozessen, Unterstützung bei der Zielfindung und -erreichung.	Praxisbegleitung, Moderation von Gruppenprozessen, Unterstützung von Wohninitiativen und bei der Entwicklung von Netz- werken, Einzel- und Gruppengespräche	keine	keine, aber Besuche der Gruppen vor Ort
Anlaufbüro Senioren- gruppen								
CeBeeF Frankfurt e.V.	Elbinger Strasse 2	Beratung zu Wohnungen für Menschen mit Behinderungen	Menschen mit Behinderungen und/oder ihre Angehörigen	telefonische und persönliche Kon- taktanfrage	Informatorische Beratung bei der Woh- nungssuche (Erläute- rung des Frankfurter Verfahrens), Fördermöglichkeiten, Beratung bei indivi- dueller Wohnungs- anpassung, Verweise auf andere Beratungsstellen	Informatorische Beratung	keine	keine

Anbieter	Standort	Thematik/ Aufgaben	Personen- Kreis	Ausgangs- situation/ Kontakt- aufnahme	Inhalt der Beratung	Konkrete Leistung	Kosten für den Rat- suchen- den	Haus- besuche
Deutsche Multiple Sklerose Gesell- schaft (DMSG)	Wittels- bacherallee 86	MS-Erkranken- beratung für medizinische u. therapeutische Fragen, psycholo- gische Beratung f. Neutroffene u. Krisen- intervention	MS Erkrankte und Angehörige	telefonische und persönliche Kon- taktanfrage	Hilfsmittelberatung, Hilfen bei Antrag- stellung- ggf. Wider- spruchverfahren, sozi- alrechtliche Beratung bzgl. des Berufslebens (SGB XII), Kranken- u. Versicherungsrechts sowie Schwerbehinder- tengesetzes	Behindertendienstleistungen und kl. Hilfen im Alltag durch Zivis, Angebot von Einzelgesprächen, Gesprächs- kreise, Therapiekurse, Seminare u. Behindertenfreizeiten	keine für Beratung	Ja
Frankfurter Verband für Alten- und Behinder- tenhilfe e. V. (FVAB) Senioren- telefon	Hansaallee 150, (im Rathaus für Senioren)	Information und Weitervermittlung an zuständige Beratungsstellen	ältere Menschen	telefonische Kon- taktanfrage	Weitervermittlung an zuständige Stellen.	Information und Weitervermittlung an zuständige Beratungsstellen.	keine	keine

Anbieter	Standort	Thematik/ Aufgaben	Personen- Kreis	Ausgangs- situation/ Kontakt- aufnahme	Inhalt der Beratung	Konkrete Leistung	Kosten für den Rat- suchen- den	Haus- besuche
Bürger- institut- Soziales Engagement in Frankfurt (bis 31.12.2005: Institut für Sozial- arbeit e.V. (IFS))	Oberlindau 20	Beratung von alten Menschen und/oder ihren Angehörigen zu allen Fragen, die mit dem Wohnen im Alter zu tun haben	Seniorinnen und Senioren und/oder Ange- hörige	Anrufe, Vorsprachen, Email-Kontakt, Terminabsprache	Beratung älterer Men- schen zu ambulanten Hilfen und Dienstleistun- gen, die einen Verbleib in der bisherigen Wohnung ermöglichen sowie Fragen der Finan- zierung solcher Dienst- leistungen Information zu allen Wohnformen im Alter und den konkreten Angeboten dazu in Frankfurt am Main Hilfe beim Ausfüllen von Anträgen, Umzugsberatung und -hilfen, Einbindung bürger- schaftlichen Engagements	Personenkreis wird telefonisch oder persönlich beraten, Pflege der Datenbank zu allen Seniorenwohnanlagen in Frankfurt am Main, Vermittlung von Wohnpartner- schaften zwischen Jung und Alt – Wohnen für Hilfe, psychosoziale und organisatorische Hilfen durch ehrenamtliche Mitarbei- terInnen bei der Umzugsberatung, Vermittlung an andere Beratungs- stellen, Initiierung und geschäftsführende Aufgaben der AG der Wohnbera- tungsstellen (Beratungsverbund), Durchführung von Informationsver- anstaltungen / Podiumsdiskussio- nen zum Thema Wohnen im Alter	für die Beratung: keine für den Einsatz der ehrenamtl- ichen Mitar- beiterInnen bei der Umzugsbe- ratung: max. 30,- Euro	bei Woh- nen für Hilfe und der Umzugs- beratung

Anbieter	Standort	Thematik/ Aufgaben	Personen- Kreis	Ausgangs- situation/ Kontakt- aufnahme	Inhalt der Beratung	Konkrete Leistung	Kosten für den Rat- suchen- den	Haus- besuche
Netzwerk Frankfurt für gemein- schaftliches Wohnen (e.V. i.Gr.)	www.gemeinschaftliches-wohnen.de	Beratung zu selbstbestimmten und gemeinschafts- orientierten Wohnformen	alle Menschen, sofern sie keine vollstationäre Pflege benötigen: Singles, Paare, Familien, ggf. Wohn- gemeinschaften	Telefonischer Kontakt über Rainer R. Tost (Sprecher des Netz- werks)	allgemeine Beratung zum gemeinschaftlichen Wohnen: zu Organisati- onsformen, zu beste- henden Gruppen, Informative Beratung bei der Suche nach indivi- duellen Lösungen, ggf. Hinweise auf andere Wohnberatungsstellen, Beratung bei der Neu- gründung von Wohninitiativen	Organisation von Seminaren, Schulung von Wohninitiativen und Interessierten, Öffentlichkeitsarbeit, Organisation eines monatlichen Plenums	keine	keine

Anbieter	Standort	Thematik/ Aufgaben	Personen- Kreis	Ausgangs- situation/ Kontakt- aufnahme	Inhalt der Beratung	Konkrete Leistung	Kosten für den Rat- suchen- den	Haus- besuche
Sozialver- band VdK Hessen - Thüringen	Gleimstrasse 3, FH –Kleiststrasse, Gebäude 10	Beratung zur Aufrecht- erhaltung eines selbständigen Haushaltes für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen	Ältere Men- schen u. Men- schen mit Be- hinderungen, Angehörige, Institutionen wie: Sozialstati- onen, Bera- tungs- u. Ver- mittlungsstellen, gesetzl. Betreu- er, VdK- Orts- verbände, am- bulante Dienste, Schwerbehin- dertenver- trauensleute, Handwerker, Architekten, Wohnungs- baugesell- schaften u. -genossen- schaften.	telefonische und schriftliche Anfragen	Beratung zur Beschaf- fung u. Einsatz v. All- tagshilfen u. techn. Hilfsmitteln, Aufklärung über Angebot u. Nutzen sowie Einsatzmöglich- keiten, Abrechnungs-/ Finanzierungsberatung auch b. Umbauten, Aufzeigen von Änderun- gen im Wohnbereich, Hilfen bei Antrag- stellungen, Vorbeugen- de Beratung bei Neubauten, Gestaltung barrierefreier Gärten, Findung v. Maßnahmen damit eine Pflege in gewohnter Umgebung möglich ist	Unterstützung bei Beschaffung u. Einsatz v. Alltagshilfen u. techn. Hilfsmitteln, Beratungen vor Ort oder im Trai- ningszentrum mit Möglichkeit des Ausstehens der Objekte der Lang- zeitaustellung (barrierefreie Bäder, höhenverstellbare u. unterfahrbare Küche mit Alltagshilfen, Pflegebett, Haltegriffe Rollstühle etc.) Problembereiche können zur Lösungsfindung nachgestellt wer- den, Dia-Vorträge für Senioren- u. VdK- Ortsverbände, Besuch von u. Teilnahme an Fachmessen	Keine	Ja, zur Analyse u. Be- gutachtung der Lebens- u. Wohn- situation

Anbieter	Standort	Thematik/ Aufgaben	Personen- Kreis	Ausgangs- situation/ Kontakt- aufnahme	Inhalt der Beratung	Konkrete Leistung	Kosten für den Rat- suchen- den	Haus- besuche
Wohnraum- anpas- sungs- beratung (WAP) der Geriatri- schen Klinik St. Kathari- nen-KH am Hufeland- Haus	Wilhelmshöher Strasse 4	Patienten mit bleibenden Schäden oder Beein- trächtigungen, einen Verbleib in der derzeitigen Wohnung zu ermöglichen	Personen nach Einweisung in die Klinik, nach Stürzen, Schlaganfällen, Frakturen, ande- ren Alterskrank- heiten mit blei- bendem Funkti- onsverlust sowie die Angehörigen dieser Personen	Klinikeinweisungen, Erstgespräch in der Klinik mit Infoschrei- ben, Termin für Hausbesuch vereinbaren	Wohnberatung und Vorstellung v. anderen Wohnformen sowie Vermittlung der Ansprechpartner	Hausbesuch für Empfehlungen und Durchführungen zur Umgestaltung der Wohnung, bauliche Verände- rungen, Hilfe zur Rezeptausstellung f. Hilfsmittel, Hinweise für Hilfen (Notrufsystem), Üben alltäglicher Handlungen- auch mit Hilfsmitteln	keine	Ja

4.7.3 Beratungsverbund „Leben und Wohnen im Alter“

Seit dem Frühjahr 2004 treffen sich Vertreterinnen und Vertreter von 8 Beratungsstellen, um das bestehende Angebot im Sinne der Nutzer besser zu koordinieren. Sie bilden einen Beratungsverbund, um die älteren Bürgerinnen und Bürger über das gesamte Spektrum der in Frankfurt am Main möglichen Wohnformen zu informieren und bei der Realisation der individuellen Wünsche behilflich zu sein. Dem Beratungsverbund gehören derzeit an:

- Kommunale Wohnungsvermittlungsstelle im Amt für Wohnungswesen
- Beratungs- und Vermittlungsstellen für ambulante und stationäre Hilfen (BuV)
- Sozialverband VdK – Beratungsstelle für technische Hilfsmittel und Wohnraumanpassung
- Wohnraumanpassungsberatung der Geriatrischen Klinik St. Katharinen-KH
- Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft (DMSG)
- Frankfurter Behinderten Arbeitsgemeinschaft – Bauen und Wohnen
- Beratungsdienst Leben und Wohnen im Alter im Institut für Sozialarbeit e.V.
- Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen

Sie sehen in diesem Zusammenschluss der Beratungsstellen die Möglichkeit, die Wünsche und Bedürfnisse der Interessentinnen und Interessenten zu bündeln und an die zuständigen Stellen - sowohl auf der Ebene der Planung als auch bei den Anbietern von Wohnmöglichkeiten für ältere Menschen zurück zu koppeln. Damit könnte außerdem gewährleistet werden, dass Betroffene in die Planung und Verwirklichung von Wohnkonzepten mit einbezogen werden.

4.7.4 Aufgaben einer Koordinierungsstelle für das ‚Leben und Wohnen im Alter‘

Nötig und vom oben genannten Beratungsverbund befürwortet ist die Einrichtung einer koordinierenden und vermittelnden Stelle mit folgenden Aufgaben:

- Bündelung der Bedarfe aus den Bereichen der verschiedenen Beratungsstellen,

- Aufbereitung, Informationen und Rückkoppelung an die einzelnen Beratungsstellen und Planungsebenen,
- Individuelle Beratung, Hilfe bei der Entscheidungsfindung und Weitervermittlung an andere Beratungsstellen.
- Verbindung zu Ämtern herstellen.
- Verbindung zu Wohnungsbaugesellschaften, Bauherren und Hauseigentümern herstellen.
- Entwicklung von Beteiligungsformen und Einsatzfeldern für Freiwillige unter dem Gesichtspunkt „Bürger für Bürger“ als Experten in eigener Sache, z. B.:
 - Mitwirkung bei Erhebungen
 - Umzugshilfen, Umzugsmanagement
 - koordinierende Hilfen bei Wohnungsanpassungsmassnahmen
 - Sicherheitsberatung
 - ehrenamtliche Mediation bei Nachbarschaftskonflikten.
- Öffentlichkeitsarbeit.

Sie sollte darüber hinaus:

- Eine Börse für Wohnungstausch etablieren.
- Kontakte pflegen zu Wohn- und Nachbarschaftsgruppen in den Stadtteilen.
- Impulse geben für neue Entwicklungen des Wohnens im Bestand.
- Gruppen- und Netzwerkbildung im Bereich Leben und Wohnen im Alter unterstützen.
- Fachliche Beratung für Nachbarschaftsgruppen und Wohninitiativen durchführen oder vermitteln (z. B. zu den Themen Finanzierung, Rechtsform von Initiativen, Architektur und Bauplanung, Gruppendynamik, -entwicklung, Supervision).
- Beratungsangebote für Gruppen, Gruppenbegleitung, Mediation, Krisenintervention vermitteln wie auch
- bei der Entwicklung und Umsetzung von Wohnstandards auch im Bestand behilflich sein (z. B. Barrierefreiheit, Bauflexibilisierung, kommunikationsfördernde Bauweise).

- Nationale und internationale Erfahrungen mit neuen Wohnmodellen und Bau-standards als Anregung für Frankfurter (private und kommunale) Träger und Wohnungsbaugesellschaften systematisch sichten und dokumentieren.
- Nationale und internationale Wohn- und Quartiersprojekte als Anregung für Frankfurter Initiativen, Träger und die Kommune systematisch sichten und dokumentieren.
- Informations- und Fortbildungsveranstaltungen durchführen.
- Persönliche und telefonische Sprechzeiten anbieten.

Die Stelle sollte dort angesiedelt sein, wo durch ein Konzept auch das bürger-schaftliche Engagement trägerübergreifend organisiert und koordiniert wird.

4.8 Literatur- und Quellenverzeichnis zu Kapitel 4.1 bis 4.4

- Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Frankfurt e. V., AWO, Jahresbericht Statistik 2004
- Ba, Johanna Helga: Betreuerin in der Seniorenwohnanlage der Wohnheim GmbH, „Aktivitäten über die eigentliche Betreuungsarbeit hinaus“, in: Expertenbericht „Senioren-wohnanlage Im Mainfeld“, Frankfurt a. M. Juni 2005
- Dr. Schröter, Jan (Hrsg.): Abschlussbericht „Wirkungsorientierte Steuerung in der kommunalen Altenhilfe der Stadt Leverkusen“, JSB, Bonn 2004
- Funkkolleg „Altern“, Studienbrief 6, Studieneinheit 15. Monika Reichert und Winfried Saup. Deutsches Institut für Fernstudienforschung an der Universität Tübingen, Tübingen 1997/98
- Gernhardt, Robert: Ein Gast, Frankfurter Anthologie, Gedichte und Interpretationen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a. M. 26.03.2005
- Interview mit Frau Tatjana Moutchnik, Jahrgang 1939, ehemalige Professorin der Germanistik in Moskau, leitet die Sprachkurse, selbst Mieterin in der Altenwohnanlage Kohlbrandstrasse, Expertenbericht „Integrationsprojekt Kohlbrandstraße“, Frankfurt a. M. März 2005
- Niejahr, Elisabeth: „Die Bellheim-Republik“, Wochenzeitung „DIE ZEIT“, Hamburg 28.08.2003
- Sautner, Elke (SPD): Stadtverordnete, Vors. Wohnungsausschuss, Frankfurter Neue Presse, Frankfurt a. M. 06.05.2003

- Stadt Frankfurt am Main, Bericht des Magistrats vom 29.03.2004, B 203, „Jung und Alt unter einem Dach“
- Stadt Frankfurt am Main, Bericht des Magistrats vom 31.01.2005, B 110, „Jung und Alt unter einem Dach“
- Stadt Frankfurt am Main, Bericht des Magistrats vom 04.07.2005, B 493, Seniorengerechtes Wohnen in Frankfurt (I):– Durch eine Bedarfsanalyse voranbringen
- Stadt Frankfurt am Main, Der Dezernent für Soziales, Jugend und Wohnungswesen (Hrsg.): Wohnen in Altenwohnanlagen, Befragung von Bewohnern und Bewerbern, Frankfurt a. M. Juli 1980
- Stadt Frankfurt am Main, Der Dezernent für Soziales und Jugend (Hrsg.), Reihe Soziales und Jugend, Band 18, Ältere Migrantinnen und Migranten in Frankfurt am Main - Wohnsituation, Vorstellungen zum Wohnen im Alter und zur Hilfe und Pflege, Frankfurt a. M. 2000
- Stadt Frankfurt am Main, Der Dezernent für Soziales und Jugend (Hrsg.), Reihe Soziales und Jugend, Band 29, Frankfurter Sozialbericht, Teil VI, Chancen und Risiken einer alternden Stadt, Frankfurt a. M. 2003
- Stadt Frankfurt am Main, Der Dezernent für Soziales und Jugend (Hrsg.), Materialienreihe Jugend und Soziales, H. 1, Sachstandsbericht Ältere Menschen in Frankfurt am Main 2001, Frankfurt a. M. 2003
- Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Repräsentative Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen der partizipativen Altersplanung der Stadt Frankfurt am Main, i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, der SUZ GmbH, Sozialwissenschaftliches UmfrageZentrum, Duisburg, Frankfurt a. M. 2003
- Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Explorative – untersuchende - schriftliche (nicht repräsentative) Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, Firma EDV- und andere Dienstleistungen, Joachim Ritter, Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 2004
- Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Seniorenwohnanlagen mit Betreuung und Seniorenwohnungen, → www.frankfurt.de unter dem Stichwort „Seniorenwohnanlagen mit Betreuung und Seniorenwohnungen“, Frankfurt a. M. 04.03.2005
- Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, eigene Berechnungen auf der Grundlage der Jahresberichte der Kommunalen Wohnungsvermittlungsstelle im Amt für Wohnungswesen, Frankfurt a. M. 2004

- Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, eigene Berechnungen auf der Grundlage der Statistischen Jahrbücher Frankfurt am Main, der Melderegister des Bürgeramtes Statistik und Wahlen sowie Erhebungsergebnisse der Jugendhilfe- und Sozialplanung zum Bestand von Seniorenwohnungen, Frankfurt a. M. 2005

5. Sicherheit und besondere Lebenslagen älterer Menschen Eine Untersuchung der Geschäftsstelle des Präventionsrates der Stadt Frankfurt am Main

Autor: Frank Goldberg

5.1 Einleitung

Die ältere Generation wird von den Folgen der Kriminalität härter betroffen als jüngere Menschen. Sie sind zwar nicht häufiger Opfer von Straftaten, doch haben sie psychisch und physisch stärker darunter zu leiden. Im Vergleich zu anderen Altersklassen fallen ältere Menschen Straftätern nur wenig zum Opfer, gleichwohl ist die Furcht vor Verbrechen stärker ausgeprägt.

Die Beurteilung des Sicherheitsgefühls älterer Menschen kann nicht isoliert von den individuellen und lokalen Lebensbedingungen vorgenommen werden. Während z. B. Opfererfahrung Dritter und das öffentliche Straßenbild mit seinen „incivilities“ (Verwahrlosungstendenzen und offenkundig asoziales Verhalten) die Verbrechensfurcht meist jüngerer Menschen bestimmt, so spielen bei älteren Menschen affektive (gefühlsbetonte) Elemente eine große Rolle. Zudem ist mit zunehmendem Alter auch die Angst vor Veränderung, Fremdem und Neuem verstärkter ausgeprägt. Soziale Integration, Geborgenheit in der Gemeinschaft sind hingegen Komponenten, die das Sicherheitsgefühl gerade der Seniorinnen und Senioren positiv mitbestimmen.

Neben der repräsentativen Telefonumfrage und der explorativen schriftlichen Befragung im Rahmen der Partizipativen Altersplanung der Stadt Frankfurt am Main¹, hat die Geschäftsstelle des Präventionsrates, unter Mitarbeit der Regionalräte, Befragungen von Menschen ab 50 Jahren in 11 Stadtteilen durchgeführt, um die lokalen Besonderheiten sowie individuellen Lebensumstände in die Untersuchung einzube-

¹ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung:
Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Repräsentative Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen der partizipativen Altersplanung der Stadt Frankfurt am Main, i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, der SUZ GmbH, Sozialwissenschaftliches UmfrageZentrum, Duisburg, Frankfurt a. M. 2003 und
Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Explorative – untersuchende - schriftliche (nicht repräsentative) Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, Firma EDV- und andere Dienstleistungen, Joachim Ritter, Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 2004
Eine gesonderte Publikation von Auswertungsergebnissen ist vorgesehen

ziehen und mit schon vorhandenen Daten und Informationen zum Sicherheitsgefühl aus Stadteilmbefragungen der Regionalräte und der Befragung der Mieter der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH aus dem Jahr 2000 vergleichen zu können.

Den vorliegenden Ausführungen liegt folgende Datenbasis zu Grunde:

Zusammenstellung der Gesamtzahl von eingegangenen und ausgewerteten Fragebögen aller Stadtteile:

Tab. 5.1 (V): Anzahl von eingegangenen und ausgewerteten Fragebögen der Erhebung des Präventionsrates nach Stadtteilen

Stadtteile	eingegangene Fragebogen	ausgewertete Fragebogen
Bergen-Enkheim	106	103
Fechenheim	85	84
Gallus	117	115
Goldstein	123	113
Griesheim	112	112
Nieder-Eschbach	53	53
Niederrad	142	130
Oberrad	74	74
Schwanheim	58	58
Sossenheim	115	115
Zeilsheim	88	86
Nied	24	nicht ausgewertet
Sindlingen	18	18
Frankfurter Berg	keine Beteiligung	
Gesamt	1.115	1.061

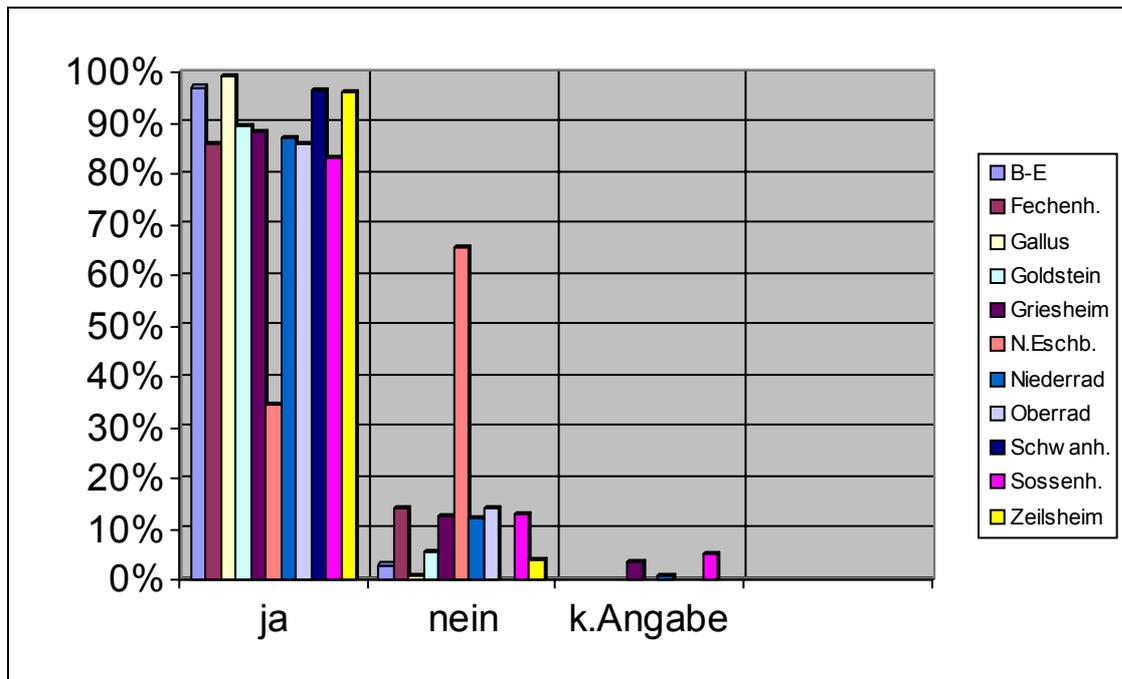
Insgesamt lagen der Untersuchung folgende Befragungsergebnisse zu Grunde:

5.2 Soziale Eingebundenheit

Tab. 5.2 (V): Soziale Eingebundenheit im Stadtteil

Frage	Auswertung
„Ich fühle mich sozial im Stadtteil eingebunden.“	„Ja“: Die überwiegende Mehrheit der befragten Senioren fühlen sich in ihrem Stadtteil eingebunden.
„Ja.“	97,0% Bergen-Enkheim
„Nein, weil ...“	99,1% Gallus
	96,5% Schwanheim
	96,2% Zeilsheim
	89,4% Goldstein
	88,3% Griesheim
	87,2% Niederrad
	85,9% Fechenheim
	85,9% Oberrad
	83,0% Sossenheim
	Auf der anderen Seite fällt Nieder Eschbach/Am Bügel auf, wo nur 34 % der Befragten sich eingebunden fühlen.

Abb. 5.3 (V): Antworten auf die Frage „Ich fühle mich sozial eingebunden ...“



Fazit:

1. Seniorinnen und Senioren fühlen sich in dem Stadtteil, in dem sie schon lange wohnen, wo sie selbst geboren und groß geworden sind, heimisch und sozial eingebunden.

2. Die Dauer des Wohnens ist ein maßgebliches Kriterium für das Eingebundensein im Stadtteil. Auch in Stadtteilen mit schwieriger Sozialstruktur (Gallus, Sossenheim, Griesheim) fühlen sich die Menschen eingebunden, wenn sie dort längere Zeit wohnen oder dort großgeworden sind.

Auf der anderen Seite, wie das Beispiel „Am Bügel“ zeigt, fühlen sich ältere Menschen in Stadtteilen oder Siedlungen sozial nicht eingebunden, wenn die Altersstruktur nicht homogen gewachsen ist und das Umfeld befremdlich erscheint. Der Zuzug von älteren Menschen ändert nichts an dieser Haltung.

Beispiele zu Angaben bei Verneinung („Nein, weil ...“):

- ❖ Zu viele Ausländer
- ❖ Es kümmert sich keiner um mich
- ❖ Es gibt keine Angebote für ältere Menschen

3. Auch in Stadtteilen mit guter Sozialstruktur (z. B. Oberrad, Niederrad) fühlen sich rund 15 % der Befragten sozial nicht eingebunden.

Genannte Gründe hierfür sind z. B.:

- ❖ Einsamkeit
- ❖ kürzlich erst umgezogen
- ❖ liegt an mir selbst
- ❖ mangelnde Mobilität

Gerade mangelnde und eingeschränkte Mobilität ist häufig die Ursache für Einsamkeit und das Gefühl des Ausgeschlossenenseins, sozial nicht eingebunden zu sein.

5.3 Sicherheitsgefühl

Tab. 5.4 (V): Gefühl der Sicherheit im Stadtteil

<p>„Wie sicher fühlen Sie sich in ihrem Stadtteil?“</p> <p>„sicher“ „eher sicher“ „sehr unsicher“ „eher unsicher“ „weiß nicht“</p>	<p>„Sehr sicher“ und „eher sicher“ fühlen sich in:</p> <p>Bergen-Enkheim: 83,4% (Altersdurchschnitt: 59,1%*) Oberrad: 72,6% (Altersdurchschnitt: 78,7%*) Schwanheim: 71,2% (Altersdurchschnitt: 73,2%*) Fechenheim: 27,9% (Altersdurchschnitt: 43,2%*) Goldstein: 50,0% Griesheim: 43,8% Sossenheim: 48,6% Zeilsheim: 47,2% Gallus: 34,8% Am Bügel: 18,5% (Altersdurchschnitt: 17,8%*)</p> <p><u>Vergleich:</u> Befragung der Mieter der ABG Holding durch die Geschäftsstelle: 41%</p> <p><u>Details der Befragung in Sossenheim:</u> Antwort „sicher“ / „eher sicher“:</p> <p>a) Wohngebiet: 48% b) Auf der Straße: 41% c) Bus/Bahn: 45% d) zu Hause: 81%</p>
---	--

*Stadtteilbefragung der gesamten Bevölkerung d.h. ohne Altersgrenzen, durch die Regionalräte

Tab. 5.5 (V): Zufriedenheit mit der Sicherheit im Stadtteil

Stadtteil	„zufrieden“	„nicht zufrieden“	„weiss nicht“
Bergen-Enkheim	85	14	3
Fechenheim	24	61	1
Gallus	40	70	5
Goldstein	56	54	4
Griesheim	49	60	3
Nieder-Eschbach	10	43	1
Niederrad	65	57	4
Oberrad	53	16	4
Schwanheim	42	15	2
Sossenheim	56	47	1
Zeilsheim	40	40	6
Gesamt	520	477	34

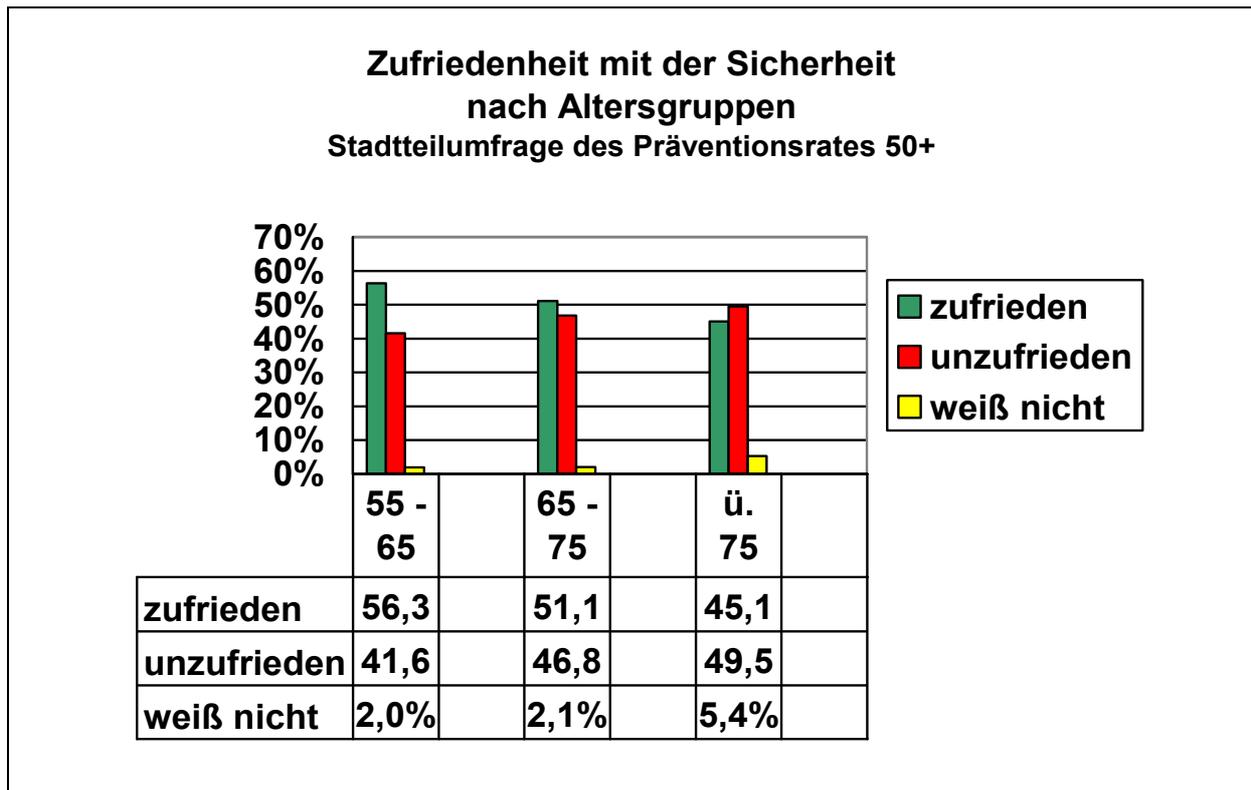
Tab. 5.6 (V): Zufriedenheit mit der Sicherheit im Stadtteil, Umfragen im Vergleich

	Umfrage Präventionsrat Stadt Frankfurt a. M.	Umfrage 50+ Dezernat für Soziales und Jugend Stadt Frankfurt a. M. ²	Umfrage ABG FRANKFURT HOLDING ³
Antworten insgesamt	1031	1242 = 100,00%	800
„zufrieden“	520 = 50,44%	516 = 41,55%	41%
„nicht zufrieden“	477 = 46,26%	713 = 57,41%	51,7%
„weiß nicht“	34 = 3,30%	3 = 0,24%	7,3%

² Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Explorative – untersuchende - schriftliche (nicht repräsentative) Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main i. V. m. der INBAS- Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, Firma EDV- und andere Dienstleistungen, Joachim Ritter, Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 2004

³ Befragung von Mieterinnen und Mietern durch den Präventionsrat im Sommer 2000 zur Sicherheit und Wohnzufriedenheit

Abb. 5.7 (V): Zufriedenheit mit der Sicherheit nach Altersgruppen, Umfrage des Präventionsrates



Fazit:

Seniorinnen und Senioren fühlen sich häufig nicht unsicherer als der Durchschnitt aller Bürgerinnen und Bürger in ihrem Stadtteil. In einigen Stadtteilen, Bergen-Enkheim und Sossenheim, fühlen sie sich sogar sicherer. Klar feststellbar ist, dass mit zunehmendem Alter die Zufriedenheit mit der persönlichen Sicherheit abnimmt. Hier spielen vor allem zunehmende allgemeine Lebensängste eine Rolle.

Ausnahmen:

In Stadtteilen wo sich Seniorinnen und Senioren sozial nicht eingebunden fühlen oder die ein „Kriminalitätsimage“ haben oder wo über das ganze Leben Erfahrungen mit Kriminalität gemacht wurden, fühlen sich die älteren Menschen unsicherer als der Durchschnitt aller Bürgerinnen und Bürger.

- Gallus:
Hier zeigt sich, dass konkrete, persönliche Victimisierungserfahrungen bis ins Alter die Einstellung der Menschen prägen. Obwohl 99% aller Bewohner des

Stadtteils sich sozial eingebunden fühlen, haben Opfererfahrungen und die offene Konfrontation mit selbsterlebter Kriminalität eine äußerst kritische Beurteilung der Sicherheit im Stadtteil entstehen lassen.

- Am Bügel:

Hier zeigt sich, dass die mangelnde soziale Integration zu einer äußerst negativen Bewertung der Sicherheit im Quartier kumuliert. Die hier festzustellenden schlechten Einschätzungen weichen deutlich von der objektiven Kriminalitätssituation ab. Mangelnde soziale Integration älterer Menschen ist ein Nährboden für Angst und Verbrechensfurcht.

Zu Hause oder im unmittelbaren Wohngebiet fühlen sich ältere Menschen sicherer als im Stadtteil. Bahn und Bus haben eine bessere Bewertung als der Stadtteil als solcher (Umfrage Sossenheim, siehe Tab. 5.4 (V)). Je weiter sich ältere Menschen von zu Hause wegbewegen, um so größer sind ihre Sicherheitsängste.

Bei der Beurteilung der Sicherheit im öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV), ist zwischen den Verkehrsbauwerken und dem Transportmittel selbst zu unterscheiden.

U- und S-Bahnstationen sind, insbesondere ab 21:00 Uhr, für ältere Menschen deutliche Angsträume. Ursachen sind schlechte Beleuchtung, Schmutz und Vandalismus sowie abnehmende Fahrgastzahlen am späten Abend und damit mangelnde soziale Kontrolle.

In den U- und S-Bahnen wird vor allem Schmutz, Vandalismus und das aggressive und rücksichtslose Verhalten der Mitfahrgäste bemängelt.

Zur Verbesserung der Sicherheit, fordern Seniorinnen und Senioren mehr Präsenz der Polizei und der Ordnungskräfte, persönlichen Schutz (z. B. an Zahltagen bei der Bank und im ÖPNV), Stärkung des Wertebewusstseins und der Zivilcourage. Außerdem wird ein klares und deutlicheres Vorgehen auch gegen Kleinkriminelle gefordert.

5.4 Wohnangebot und Qualität des Wohnumfeldes

Wohnangebot

Tab. 5.7 (V): Einschätzung des Wohnangebotes im Stadtteil

„Ist das Wohnangebot für Senioren ...?“	Nennung „gut“ z. B. in:
„gut“	Goldstein 64,7%
„ausreichend“	Oberrad 58,1%
„schlecht“	Schwanheim 7,3%

Fazit:

Seniorinnen und Senioren möchten oftmals dort ihren Lebensabend verbringen, wo sie zuletzt über lange Zeit gelebt haben. Deshalb ist der Wunsch nach altengerechten Wohnungen und Pflegeeinrichtungen im Wohnstadtteil groß. Die Exploration zeigt, dass altengerechte Wohnmöglichkeiten in manchen Stadtteilen nur unzureichend vorhanden sind wie z. B. Schwanheim.

Einkaufsmöglichkeiten

Tab. 5.8 (V): Einschätzung der Einkaufsmöglichkeiten im Stadtteil

„Sind die Einkaufsmöglichkeiten ...?“	„Gute“ Einkaufsmöglichkeiten z. B. in:
„gut“	Zeilsheim 48,5%
„ausreichend“	Niederrad 48,0%
„mangelhaft“	Oberrad 46,5%
	Schwanheim 46,5%
	Am Bügel 3,8%
	Goldstein 7,3%

Fazit:

Die Mobilität ist im Alter eingeschränkt. Seniorinnen und Senioren wollen daher möglichst im „Geschäft um die Ecke“ ihren Tagesbedarf decken. Es wird durchweg bemängelt, dass immer mehr kleine Geschäfte und Supermärkte schließen. Besonders in Stadtteilen wie Goldstein, die keinen Stadtteilmittelpunkt haben und wo die wenigen Geschäfte sich auf die gesamte Stadtteilfläche verteilen, ist das Einkaufen für

ältere Menschen sehr erschwert. Aber auch in Wohnsiedlungen und Quartieren haben besonders alte Menschen unter Ladenschließungen zu leiden (z. B. Niederrad - Im Mainfeld).

Nahverkehrsangebot

Tab. 5.9 (V): Einschätzung des Nahverkehrsangebotes im Stadtteil

„Ist das Nahverkehrsangebot ...?“	„Gutes“ Nahverkehrsangebot in:	
„gut“	Griesheim	77,6%
„ausreichend“	Gallus	76,2 %
„mangelhaft“	Zeilsheim	60,2%
	Schwanheim	21,4%
	Fechenheim	21,4%

Fazit:

Seniorinnen und Senioren wissen es zu schätzen, wenn sie auf ein gut ausgebautes Nahverkehrsnetz zurückgreifen können. Dieses ist z. B. nach Meinung der Schwanheimer für ihren Stadtteil nicht vorhanden. Ältere Menschen haben zwar keinen großen Anspruch hinsichtlich eines ausreichenden ÖPNV-Angebots; wenn aber die Anbindung schlecht ist oder Verbindungen gekappt werden (z. B. Linie 16 nach Offenbach), dann trifft dies die Seniorinnen und Senioren besonders hart und sie beklagen dies.

Von allen Befragten wird insbesondere der Einsatz von Niederflurwagen und die Notwendigkeit und das Funktionieren von Rolltreppen in S- und U-Bahn-Stationen reklamiert. Gerade die Dinge, die die Mobilität älterer Menschen behindern, werden durchweg als Mängelpunkte des ÖPNV heftig kritisiert. Sauberkeit und Pünktlichkeit stehen an zweiter Stelle der Mängelliste. Besonders im Focus der Kritik steht auch das Preissystem. Fahrkarten werden als zu teuer bezeichnet und ein „Seniorenticket“ gefordert.⁴

⁴ Es sei darauf hingewiesen, dass in Frankfurt am Main bereits seit Jahren der Frankfurt-Pass angeboten wird, der dazu beiträgt, auch die Lebenssituation von Seniorinnen und Senioren zu erleichtern. Die Forderung nach einem „Seniorenticket“ lässt vermuten, dass der Frankfurt-Pass noch nicht ausreichend bekannt ist

Kulturangebot

Tab. 5.10 (V): Einschätzung des Freizeit- und Kulturangebotes im Stadtteil

„Ist das Freizeit- und Kulturangebot im Stadtteil ...?“	„Gutes“ Freizeit und Kulturangebot in:	
„gut“	Bergen-Enkheim	48,9 %
„ausreichend“	Goldstein	40,4 %
„mangelhaft“	Griesheim	39,2 %
	Fechenheim	12,5%
	Am Bügel	13,5%

Fazit:

In vielen Stadtteilen gibt es ein gutes Freizeit- und Kulturangebot. Dies wird von Seniorinnen und Senioren honoriert. Insbesondere Stadtteile mit einem funktionierenden Vereinsnetzwerk stehen an der Spitze der Bewertung.

In Fechenheim und „Am Bügel“ sind offenbar Defizite im Angebot für Seniorinnen und Senioren vorhanden.

Angebot an Ärzten

Tab. 5.11 (V): Einschätzung des Angebotes an Ärzten im Stadtteil

„Das Angebot an Ärzten ist ...“	Ein „gutes“ Angebot an Ärzten findet sich in:	
„gut“	Bergen Enkheim	79,0%
„ausreichend“	Griesheim	71,7%
„mangelhaft“	Niederrad	61,5%
	Fechenheim	32,5%
	Goldstein	35,0%

Fazit:

Das Angebot an Ärzten wird - bis auf Fechenheim und Goldstein - durchweg als gut bewertet. Gleichwohl besteht überall der Wunsch, im Stadtteil auf Fachärzte zurückgreifen zu können. Insbesondere Orthopäden und Augenärzte sind gewünscht.

Kritik am Angebot für Ältere / an der Infrastruktur des Wohnumfeldes

Tab. 5.12 (V): Kritik am Angebot für Ältere

„Besonders missfällt mir beim Angebot für Ältere, dass ...“	Beispiele: <ul style="list-style-type: none">❖ Keine Briefkästen in der Nähe❖ Zu wenig Sitzmöglichkeiten zum ausruhen❖ Keine Fachgeschäfte, schlechte Einkaufsmöglichkeiten❖ Mangelnde Sauberkeit❖ Es gibt keine Niederflurbahn❖ Mehr Zebrastreifen
---	---

Fazit:

Viele ältere Menschen fühlen sich vom zunehmenden Straßenverkehr überfordert und haben Mühe sich sicher zu orientieren.

Hinderungsgründe, vermehrt Freizeit- und Kulturangebote zu nutzen

Tab. 5.13 (V): Hinderungsgrund „Entfernung“

„Ich würde mehr Freizeit- und Kulturangebote annehmen, wenn die Entfernung zu meiner Wohnung nicht so groß wäre.“	„Ja“ : <table><tr><td>Goldstein</td><td>36,5 %</td></tr><tr><td>Fechenheim</td><td>29,4 %</td></tr><tr><td>Gallus</td><td>11,7%</td></tr><tr><td>Zeilsheim</td><td>11,8%</td></tr></table>	Goldstein	36,5 %	Fechenheim	29,4 %	Gallus	11,7%	Zeilsheim	11,8%
Goldstein	36,5 %								
Fechenheim	29,4 %								
Gallus	11,7%								
Zeilsheim	11,8%								

Fazit:

Besonders in Flächenstadtteilen und Stadtteilen mit schlechter Nahverkehrs-Infrastruktur haben Seniorinnen und Senioren, aufgrund der großen Entfernungen und ihrer eingeschränkten Mobilität, Probleme Kulturangebote zu erreichen. Die Reduzierung der örtlichen Kultur- und Freizeiteinrichtungen (z. B. „Kinosterben“) führt dazu, dass eine längere Anreise z. B. für den Theater- oder Kinobesuch erforderlich ist. Da ältere Menschen mit zunehmendem Alter häufig in ihrer Mobilität einge-

schränkt sind, nehmen sie - gerade in der dunklen Jahreszeit (Stichwort: Sicherheitsgefühl) - diese Anreisewege nicht mehr in Kauf.

Tab. 5.14 (V): Hinderungsgrund „nicht genug Altersgenossen“

„Ich würde mehr Freizeit- und Kulturangebote annehmen, wenn mehr Leute meiner Altersgruppe teilnehmen würden.“	„Ja“ :	
	Bergen-Enkheim	30,2%
	Goldstein	28,1%
	Fechenheim	9,2%

Fazit:

Altersgerechte Veranstaltungen mit der Möglichkeit des Beisammenseins in der gleichen Altersgruppe wird im Durchschnitt von ca. 25 % aller Befragten gewünscht. Dies ist insbesondere in Stadtteilen mit gutem Veranstaltungsangebot und aktivem Vereinsleben der Fall. Je älter die Menschen sind, desto ausgeprägter ist der Wunsch mehr mit Gleichaltrigen kulturell zusammen zu sein.

Tab. 5.15 (V): Hinderungsgrund „Unattraktivität“

„Ich würde mehr Freizeit- und Kulturangebote annehmen, wenn die Angebote attraktiver wären.“	„Ja“ :	
	Am Bügel	38,4%
	Gallus	32,4%
	Niederrad	27,9%

Fazit:

Jeder 4. bis jeder 5. der Befragten bemängelt die Attraktivität der Angebote für Seniorinnen und Senioren. Besonders „Am Bügel“ werden interessante Angebote vermisst und wohnortnahe Freizeitangebote gewünscht. Gerade dort, wo das kulturelle Angebot mangelhaft ist und nicht ortsnah auf den Nachbar-Stadtteil ausgewichen werden kann, sind die Defizite eklatant.

Tab. 5.16 (V): Hinderungsgrund „unangemessene Zeiten“

„Ich würde mehr Freizeit- und Kulturangebote annehmen, wenn die Angebote zeitlich besser den Bedürfnissen älterer Menschen angepasst wären.“	„Ja“ :	
	Zeilsheim	38,5%
	Bergen-Enkheim	37,5%
	Sossenheim	33,0%
	Goldstein	16,7%

Fazit:

Durchweg in allen Stadtteilen besteht der Wunsch, dass die Freizeit- und Kulturangebote mehr auf die zeitlichen Bedürfnisse Älterer ausgerichtet werden, d.h. tagsüber stattfinden.

Kritik am Stadtteil

Tab. 5.17 (V): Kritik am Stadtteil

„Besonders missfällt mir im Stadtteil ...“	<u>Häufige Nennungen:</u>	
	❖	Lärm
	❖	Zu viel Hunde und Hundedreck
	❖	Schmutz und Sperrmüll
	❖	Ausländer, Roma und Sinti
	❖	Belästigung und Krach durch Jugendliche
	❖	Keine öffentlichen Toiletten

Fazit:

Schmutz, Lärm, Belästigung durch Jugendliche und Angst vor zu vielen Ausländern sind die häufigsten Äußerungen der Seniorinnen und Senioren.

Seniorinnen und Senioren wünschen klare Regeln und Einhaltung ordnungsrechtlicher Vorschriften. Werden diese Regeln nicht befolgt, gehen ältere Menschen sofort auf Distanz zu der störenden Person/Personengruppe. Auf der anderen Seite haben die Antworten gezeigt, dass ein grosses Harmoniebedürfnis bei älteren Menschen besteht und sie Ansprache und Kontakte zum Teil geradezu erhoffen. Ältere Men-

schen haben ein zunehmendes Ruhebedürfnis und Lärm ist eine der häufigsten Beschwerdegründe. Angst und Vorbehalte gegen Ausländer sind in vielen Antworten zu finden und beruhen auf Erfahrungen im konkreten Lebensumfeld. Bei den Antworten wird vielfach auch die Befürchtung geschildert, die vielen Kulturen hätten im räumlichen Zusammenleben keinen Respekt und Rücksichtnahme gerade gegenüber älteren Menschen. Die offenkundige Vermüllung und Verschmutzung des öffentlichen Raums stößt bei älteren Menschen auf absolutes Unverständnis und löst - im Verbund mit Vandalismus, schlechter Beleuchtung und auf der Straße „herumhängenden“ Jugendlichen - ein Gefühl des allgemeinen gesellschaftlichen Werteverlustes aus. Dies ist besonders für ältere Menschen schmerzlich, da sie ihren lebenslangen gesellschaftlichen Beitrag nunmehr geschmälert sehen.

5.4.1 Engagementpotential für ehrenamtliche Tätigkeiten

Tab. 5.18 (V): Engagementpotential für ehrenamtliche Tätigkeiten

<p>„Ich würde mich gerne noch ehrenamtlich engagieren.“</p> <p>„Ja.“</p> <p>„Ja , unter der Bedingung, dass ich die terminlichen Bedingungen frei bestimmen kann.“</p> <p>„Nein.“</p>	„Ja“ :	
	Gallus	16,9%
	Oberrad	10,0%
	Zeilsheim	10,0%
	Am Bügel	8,3%
	Griesheim	4,0%
	Sossenheim	0,9%
	„Ja, unter der Bedingung, dass...“ :	
	Gallus	29,0%
	Am Bügel	18,8%
	„Nein“ :	
	Griesheim	88,0%
	Zeilsheim	81,5%
Bergen-Enkheim	80,3%	

Fazit:

Die Bereitschaft sich ehrenamtlich zu engagieren ist lokal sehr unterschiedlich. Wenn die Termine selbst bestimmt werden können, ist die Bereitschaft erheblich größer. Insbesondere in Stadtteilen mit aktivem Vereinsleben, ist kaum Bereitschaft sich zu

engagieren vorhanden. Durchgeführte Interviews lassen vermuten, dass dort die Seniorinnen und Senioren sich bereits in jüngeren Jahren engagiert haben und das Engagement fortführen oder sich nunmehr zu alt fühlen, um sich zusätzlich zu engagieren.

Besonders in Stadtteilen mit wenig oder unattraktiven Angeboten gibt es ein deutliches Potential, das für Engagement gewonnen werden kann.

Im Durchschnitt sind etwa 20 % der Befragten bereit, sich - unter ihren Bedingungen - ehrenamtlich zu engagieren.

5.5 Konsequenzen und Folgerungen: Handlungsempfehlungen

5.5.1 Sicherheit

In den Stadtteilen, in denen das subjektive Sicherheitsgefühl von der eigenen Kriminalitätserfahrung geprägt ist und die Kriminalitätsfurcht in keinem Verhältnis zur Kriminalitätsbelastung steht, ist die Einrichtung von ehrenamtlichen Seniorensicherheitsberatern sinnvoll und erforderlich. Die Sicherheitsberater für Senioren sollten im Stadtteil / Quartier / Nachbarschaft wohnen und Hilfe und Beratung zur Kriminalitätsvorbeugung vor Ort leisten. Die Ausbildung müsste, wie im vergleichbaren Projekt in Mainz, durch die Polizei erfolgen.

In den anderen Stadtteilen sollte die erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Sicherheitsberatern des Instituts für Sozialarbeit, der Polizei und den Regionalen Präventionsräten fortgesetzt werden.

Dem Wunsch nach sichtbarer sozialer Kontrolle an U- und S-Bahnhöfen könnte durch vermehrte Einrichtung von Verkaufsständen entgegengekommen werden. Hilfreich sind auch videoüberwachte Meetingpoints.

Das Sicherheitsbedürfnis der Seniorinnen und Senioren hat auch gezeigt, dass das Sicherheitskonzept in den U-Bahnen ausgebaut werden müsste. Neben Sicherheitspersonal als Fahrgastbegleiter - insbesondere in den Abendstunden, muss auch das Gebot der gegenseitigen Hilfe, Rücksichtnahme und des Respekts gegenüber alten Menschen von den Verkehrsunternehmen verstärkt propagiert werden.

5.5.2 Soziale Integration und besondere Lebenslagen

- a) Neue Siedlungen und Quartiere sind in der Planung auf eine soziale und breite Altersdurchmischung auszulegen, damit die Integration aller dort Wohnenden sozialverträglich und partnerschaftlich stattfindet.
- b) In Siedlungen und Quartieren mit schlechter Integrationskraft für ältere Menschen (z. B. „Am Bügel“) sind die vorhandenen sozialen und kulturellen Angebote hinsichtlich Effizienz, Nachfrage und Akzeptanz unvoreingenommen kritisch zu beleuchten. Mit den Seniorinnen und Senioren ist auf neuer Grundlage ein „Masterplan“ für ein Programm „Alt werden in...“ zu erstellen und im Verbund mit Trägern der Altenhilfe, Institutionen und Organisationen im Quartier / in der Siedlung umzusetzen.
- c) In allen Stadtteilen ist im Bereich der Altenhilfe aber auch der ehrenamtlichen Hilfesysteme, Kirchengemeinden und der Vereine darauf zu achten, dass mangelnde Mobilität eines einzelnen älteren Menschen für die/den Betroffene/n nicht zur sozialen Segregation führt. Hier müssen individuelle oder trägerübergreifende Hol-, Bring- und Besuchsdienste organisiert werden. Dies gilt auch für die Ermöglichung der Teilnahme des alten Menschen am kulturellen Leben.
- d) Freizeit- und Kulturangebote müssen verstärkt wohnortnah stattfinden oder Hol- und Bringdienste organisiert werden. Kultur muss auch zu alten Menschen und nicht immer die alten Menschen zur Kultur kommen. Es gilt daher, Projekte wie Theater und Kino im Altenclub zu testen und bei Erfolg auf breiter Ebene umzusetzen. Freizeit- und Kulturangebote müssen vor allem tagsüber stattfinden und sich an der Zeitebene älterer Menschen orientieren.
- e) Es ist darauf zu achten, dass in räumlicher Nähe des Wohnortes die Grundversorgung des Einzelnen gewährleistet werden kann. Da das persönliche Einkaufen auch ein Akt der Teilnahme am sozialen Leben darstellt, kann das Einkaufen nicht adäquat z. B. durch Internetbestellung ersetzt werden. Es ist

unvoreingenommen zu prüfen, ob ehrenamtlich organisierte Einkaufsfahrten für ältere Menschen stattfinden können oder im Verbund mit Discountern in der näheren Umgebung ein Abkommen für regelmäßige Einkaufsfahrten vereinbart werden kann.

- f) Mobilitätshindernisse wie zugeparkte Gehwege, defekte Rolltreppen, mangelnde Ruhemöglichkeiten (wie z. B. Sitzbänke) müssen ernst genommen werden. Eine entsprechende Prioritätensetzung bei städtischen Dienststellen - wie Ordnungsamt, Grünflächenamt und Hochbauamt – sollte u.a. dafür sorgen, dass diese Hindernisse und Mängel abgebaut werden oder erst gar nicht entstehen. Auch der Verstoß gegen den Leinenzwang für Hunde muss verstärkt in die Überwachung des Ordnungsamtes aufgenommen werden.

5.5.3 Stadtteilorientierung

Ältere Menschen, gerade in einer Großstadt, haben mit zunehmendem Alter Probleme der Lebensorientierung, Lebensgestaltung und Lebensbewältigung. Sie brauchen daher vor Ort verstärkte Beachtung ihrer spezifischen Bedürfnisse. Sie brauchen eine lokale Lobby, die in das Stadteilnetzwerk hineinwirkt und in den Institutionen, Organisationen und Vereinen verstärkt die Bedürfnisse älterer Menschen kommuniziert. In Stadtteilen mit Regionalen Präventionsräten kann über diese Gremien die übergeordnete Interessensvertretung wahrgenommen werden. Ansonsten bieten sich Vereinsringe, Bürgervereine oder andere, schon vorhandene Netzwerke wie „Älter werden in Niederrad“, als örtliche Verankerung an. Diese örtlichen Interessensvertreter sind in das gesamtstädtische Informations- und Kommunikationsnetzwerk zur Senioren-Arbeit/-Politik einzubeziehen.

5.5.4 Ehrenamtliches Engagement

Gerade in Stadtteilen mit niedriger Vereinsquote und damit wenig attraktiven Freizeit- und Kulturangeboten, sind alte Menschen bereit sich auch ehrenamtlich zu engagieren. Dieses Potential ist verstärkt in der Altenarbeit auszuschöpfen und im Rahmen einer partnerschaftlichen Teilhabe zur Gestaltung des Kultur- und Freizeitangebots vor Ort zu nutzen. Auch bei der Gestaltung der Arbeit der Projekte „Soziale Stadt“ in

Frankfurt am Main, ist das Potential an ehrenamtlicher Bereitschaft zu nutzen, um generationenübergreifend zu einem besseren nachbarschaftlichen Zusammenleben im Quartier beizutragen. Hier könnte sich der ehrenamtliche Beitrag von Seniorinnen und Senioren - eingebunden in konkrete Projekte - stabilisierend und klimaverbessernd in Wohnquartier und Siedlung auswirken und nachhaltige Wirkung entfalten.

6. SOZIALE EINBINDUNG

Autorin und Autoren:

Heinz Buchholz	Kapitel 6.1
Inge Bervoets	Kapitel 6.2 und 6.4
Michael Gollan	Kapitel 6.3

6.1 Soziale Einbindung im privaten Bereich

6.1.1 Kontakte in der privaten Sphäre

Soziale Eingebundenheit ist letztendlich immer ein subjektives Erleben. So genannte harte Fakten können hier nur wenig aussagen. So genügt für den einen Menschen ein kurzes Gespräch im Treppenhaus, ein anderer denkt mit Schrecken daran, einmal allein leben zu müssen. Die wenigsten Menschen würden allerdings auf den Kontakt zu anderen Menschen gänzlich verzichten wollen. Grundlage der nachfolgenden Prozentangaben ist die Repräsentativbefragung. Bei der repräsentativen Befragung im Rahmen der partizipativen Altersplanung geben dennoch 6,2 % der befragten Männer und 4,1 % der Frauen¹ an, keinen großen Wert auf Kontakt zu anderen Menschen zu legen („trifft voll und ganz zu“), und immerhin weitere 9,1 % könnten sich dieser Ansicht anschließen („trifft eher zu“). 73 % der Befragten erklären, einen großen Freundes- und Bekanntenkreis zu haben, und glauben – wenn notwendig – auch Hilfe zu erhalten (min. 89,1 % einer Altersgruppe bis max. 85,6 % einer Altersgruppe).² Die Mehrzahl der Befragten im Alter von 50 bis 75 Jahren ist sich sicher, gebraucht zu werden und würde auch helfen, wenn sie oder er gebraucht wird (min. 92,3 % einer Altersgruppe bis max. 85,6 % einer Altersgruppe).³ Vier Fünftel (87,9 %) aller Befragten geben an, dass sie auf der Straße oder in den Geschäften in der Umgebung ihrer Wohnung Leute treffen, die sie kennen und mit denen sie ein paar Worte wechseln können. Auf die Frage, ob sie etwas unternehmen, um mehr Kontakt zu anderen Menschen zu bekommen oder neue Leute kennen zu lernen, haben 55,3 % der Befragten nach ihrer Aussage

¹ Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Repräsentative Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen der partizipativen Altersplanung der Stadt Frankfurt am Main, i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, der SUZ GmbH, Sozialwissenschaftliches UmfrageZentrum, Duisburg, Frankfurt a. M. 2003
Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: **N = 1.007**
Eine gesonderte Publikation von Auswertungsergebnissen ist vorgesehen

² ebenda; Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: **N aller Altersgruppen = 1.000**

³ ebenda

genug Kontakt. Dabei benennen 25,5 % ihre aktive Arbeit in Vereinen und sozialen Gruppen als Grund. 11,4 % würden gerne neue Kontakte aufnehmen. Mitglied einer Glaubensgemeinschaft ist ab 50 Jahren jeder Vierte. Mit zunehmendem Alter steigt dieses Verhältnis auf bis zu 55,2 %.

Tab. 1 (VI): Verwendete Kommunikationsmitteln⁴

Altersgruppe	Briefe	Telefon	E-Mail
50 – 55 Jahre	34,6 %	91,3 %	48,9 %
56 – 60 Jahre	37,9 %	93,4 %	38,9 %
61 – 65 Jahre	43,9 %	89,4 %	31,8 %
66 – 70 Jahre	46,7 %	91,9 %	16,7 %
71 – 75 Jahre	56,0 %	89,4 %	21,2 %
76 - 80 Jahre	58,3 %	94,8 %	23,9 %
81 Jahre und älter	52,4 %	91,3 %	12,4 %

Freundschaften müssen gepflegt werden. Briefe, Telefon und neuerdings E-Mail sind hierzu die adäquaten Mittel. In allen Altersgruppen ist das Telefon – wie die Tabelle oben zeigt - das am häufigsten genannte Kommunikationsmittel. Es überrascht nicht, dass die E-Mail hauptsächlich von den Jüngeren genutzt wird. Ob diese Gruppe dieses moderne Kommunikationsmittel auch im späteren Alter noch nutzen wird, bleibt offen.

Eigene Kinder sind keine Garantie, dass es im Alter Menschen gibt, die sich um einen kümmern. 65,8 % der Befragten rechnen aber damit, wenn sie einmal Rat und Hilfe benötigen, dass ihnen ihre Kinder helfen, 10,4 % glauben allerdings nicht daran und fast ein Viertel (23,6 %) hat keine Kinder. Dieser Sachverhalt sollte mit Blick auf die Entwicklung der Alterspyramide noch etwas näher betrachtet werden: Von den 66 bis 70jährigen Befragten haben 16,7 % keine Kinder, doch bereits in der Gruppe der 50 bis 65jährigen geben ein Viertel (26,8 % bis 24,9 %) an, keine Kinder zu haben.

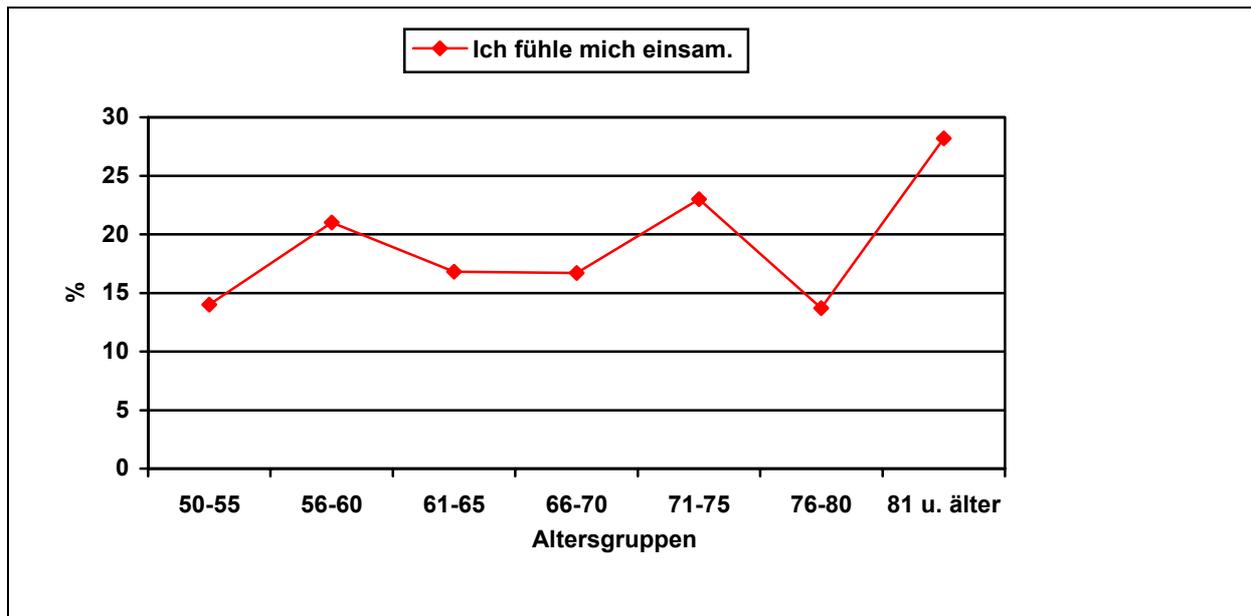
⁴ ebenda

Sieht man sich das Zahlenverhältnis zu den Enkeln an, wird die Entwicklung noch deutlicher: Bei den 50 bis 55jährigen haben 83,0 % keine Enkel (56 – 60 Jahre = 70,7 %, 61 – 65 Jahre = 51,5 %) - in diesen Altersgruppen besteht allerdings noch eine Möglichkeit, Enkel zu bekommen. Bei den über 65 Jahre alten Befragten haben nur rd. ein Drittel keine Enkel. Voraussichtlich wird in Zukunft der Anteil älterer Menschen die keine Enkel haben erheblich steigen.

6.1.2 Subjektives Erleben der sozialen Eingebundenheit

Einsamkeit ist ein Problem, mit dem sich die Menschen mit zunehmendem Alter immer mehr auseinander zu setzen haben – der Partner stirbt, die Kinder wohnen weit weg, die eigene und die Mobilität der Bekannten und Freunde schränkt sich ein. Bei der repräsentativen Befragung geben aber dennoch mehr als die Hälfte der Befragten an, nicht einsam zu sein. Es ist nichts Neues, dass hierbei befragte Männer ihre Situation positiver einschätzen: 71,0 % sind nicht einsam, während nur 57,7 % der Frauen nicht über Einsamkeit klagen und 10,3 % sehr unter der Einsamkeit leiden (Männer 6,2 %). Dies liegt zum einen an der objektiven Situation, dass bei zunehmendem Alter der Anteil der allein stehenden Frauen steigt und zum anderen – so vermuten wir aus Erfahrung - an der individuell unterschiedlichen Verarbeitung und an der größeren Bereitschaft der Frauen, darüber zu reflektieren. Einen nachdenkenswerten Ausreißer macht hier allerdings die Gruppe der 81jährigen und älteren. Hier steigt der Anteil der sich einsam fühlenden Menschen auf 21 % und mit denen, die sich als „eher einsam“ einschätzen, um weitere 27,2 % auf insgesamt 48,2 %. (Deutlich ist vor allem der stetige Anstieg über die Altersgruppen hinweg.) Auf die Frage, ob sie Wert auf Kontakte zu anderen Menschen legen, geben 13,3 % der Befragten der Altersgruppen 50 bis 80 Jahre an, keinen oder wenig Wert darauf zu legen; die Gruppe der 81jährigen und älter ist hier mit 28,1 % vertreten (siehe Diagramm unten). Einsamkeit wird ein Problem mit dem Älterwerden: aber Einsamkeit ist vor allem ein Problem der Hochbetagten!

Abb. 1 (VI): Übersicht zur Frage nach Einsamkeit⁵



Eine relativ hohe Zufriedenheit wird angezeigt, wenn gefragt wird, ob man jederzeit jemanden habe, den man ansprechen kann, wenn man gemeinsam etwas mit anderen unternehmen möchte. Dies trifft auf 71,2 % der männlichen und auf 61,3 % der weiblichen Befragten „voll und ganz“ zu und weitere 18,1 % bzw. 22,2 % sehen dies ebenfalls als eher gegeben an. Die Hochbetagten brechen aber hier mit 47,6 % wieder aus dem allgemeinen Trend aus.

Die Mobilität spielt hier eine wichtige Rolle, denn 41,5 % der Hochbetagten geben an, ihre Wohnung nur zu verlassen, wenn es sein muss. In der Altersgruppe davor (76 bis 80 Jahre) sind dies „nur noch“ 25,3 %. Und die Zahl nimmt stetig mit der jeweils jüngeren Gruppe von Befragten ab.

Die Nachbarschaft scheint im Großen und Ganzen zu funktionieren. Immerhin geben 89,7 % aus allen Altersgruppen an, dass sie Nachbarn haben, die sie um eine Gefälligkeit bitten können. Hier fühlen sich auch die Hochbetagten gleich gut

⁵ ebenda; Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: Antworten auf folgende Fragestellung: Nun eine Frage, die sich auf Ihre Kontakte zu anderen Menschen bezieht. Bitte sagen Sie wieder zu jeder Aussage, ob diese für Sie persönlich voll und ganz zutrifft, eher zutrifft, eher nicht zutrifft oder überhaupt nicht zutrifft. Es waren 31 Auswahlantworten vorgegeben, Mehrfachnennungen waren möglich
Zu „Ich fühle mich manchmal einsam“ beträgt **N aller Altersgruppen = 997**; die Abb. fasst die Antworten „trifft voll und ganz zu“ und „trifft eher zu“ zusammen

aufgehoben. Ähnlich sieht es aus, wenn festzustellen ist: „Ich habe jemanden in der Nähe, an den ich mich wenden kann, wenn ich Rat oder Hilfe brauche“ (86,2 % im Durchschnitt, Hochbetagte 89,0 %).

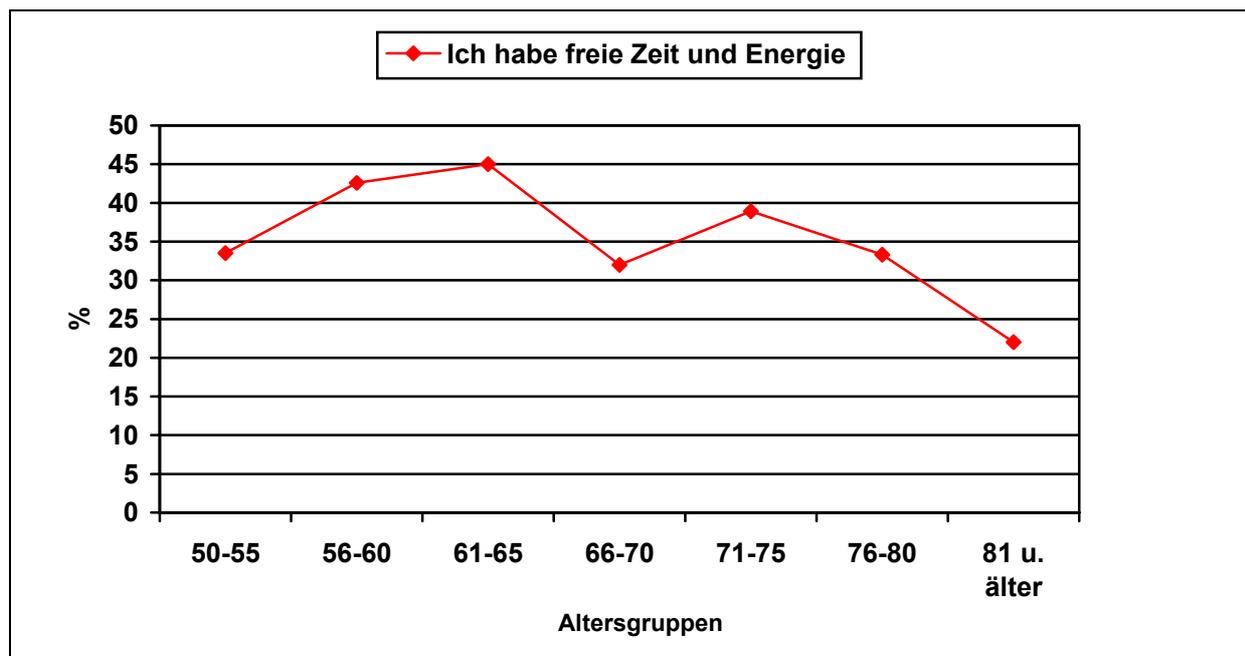
6.1.3 Änderungswünsche und –ansätze

Wenn auch – wie oben erwähnt – relativ wenig Menschen angegeben haben, neue Kontakte knüpfen zu wollen, so war die Antwortpalette auf die Frage „Könnten bestimmte Angebote und Veranstaltungen es Ihnen erleichtern, Kontakt zu anderen Menschen zu pflegen und neue Leute kennen zu lernen?“ recht bunt und reicht von „Stadtteulfeste“, „gemeinsame Fahrten zu Theater“ und „Tanztreffs“ über „Frauenfrühstück“, „Seniorensport“ und „kirchliche Gemeinschaften“ bis zu „interkulturellen Begegnungen“, „Internetangebote im Stadtteil“ und „Gesprächsrunden auch mit Jüngeren“. Seniorenclubs und –gruppen schätzen dagegen nur 7,9 % der befragten Frauen und 4,8 % der Männer, auch wenn in den Altersgruppen mit zunehmendem Alter ein positive Tendenz zu verzeichnen ist. Altersgruppe 50 bis 55 Jahre: 0,5 %; Altersgruppe 61 bis 65 Jahre 4,5 % und die Menschen ab 81 Jahren 11,0 %.

Gut darüber Bescheid zu wissen, welche Veranstaltungen und Aktivitäten es im Stadtteil gibt, glauben 43,0 % der Befragten. Dabei ist hier die Gruppe der 66 bis 70jährigen die aufgeklärteste Gruppe. Die jüngste Gruppe (50 bis 55 Jahre) glaubt nur zu 32,0 % Bescheid zu wissen, ähnlich wie die Gruppe der Hochbetagten mit 29,1 %.

Zeit und Energie für zusätzliche interessante Tätigkeiten zu haben, geben von den befragten Männern 33,1 % aber nur 21,3 % der Frauen an. Hier lohnt sich auch ein Blick auf den Kurvenverlauf der Altersgruppen:

Abb. 2 (VI): Übersicht zur Frage nach freier Zeit und Energie für zusätzliche Tätigkeiten⁶



6.2 Soziale Einbindung durch Angebote der freien Wohlfahrtspflege und der Stadt Frankfurt am Main

Ein Teilaspekt der „gesellschaftlichen Teilhabe älterer Menschen in Frankfurt am Main“ ist die Teilnahme am öffentlichen sozialen und kulturellen Leben der Stadt Frankfurt am Main.

Die im folgenden auf diesen Aspekt hin verwendeten Aussagen der Befragungen „Frankfurt 50 +“⁷ untersuchten u. a., in welchem Umfang die sozialen Angebote der

⁶ ebenda; Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: Antworten auf folgende Fragestellung: Nun eine Frage, die sich auf Ihre Kontakte zu anderen Menschen bezieht. Bitte sagen Sie wieder zu jeder Aussage, ob diese für Sie persönlich voll und ganz zutrifft, eher zutrifft, eher nicht zutrifft oder überhaupt nicht zutrifft. Es waren 31 Auswahlantworten vorgegeben, Mehrfachnennungen waren möglich. Zu „ich habe noch freie Zeit und Energie für zusätzliche interessante Tätigkeiten“ beträgt **N aller Altersgruppen = 1.000**; die Abb. fasst die Antworten „trifft voll und ganz zu“ und „trifft eher zu“ zusammen

⁷ Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Repräsentative Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen der partizipativen Altersplanung der Stadt Frankfurt am Main, i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, der SUZ GmbH, Sozialwissenschaftliches UmfrageZentrum, Duisburg, Frankfurt a. M. 2003 und Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Explorative – untersuchende - schriftliche (nicht repräsentative) Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, Firma EDV- und andere Dienstleistungen, Joachim Ritter, Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 2004 / Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: Eine gesonderte Publikation von Auswertungsergebnissen ist vorgesehen

offenen Altenhilfe und die allgemeinen kulturellen Angebote bei den älteren Menschen in Frankfurt am Main bekannt sind⁸, von ihnen genutzt werden und wie sie von ihnen bewertet werden.⁹

In den Befragungen hat man zwischen den allgemeinen kulturellen Angeboten (z. B. Ausstellungen, Bibliotheken, Museen, Theater, Oper, Konzerte) und den klassischen Angeboten der „offenen Altenhilfe“ bzw. der freien Wohlfahrtspflege unterschieden.¹⁰

Bei den Angeboten der freien Wohlfahrtspflege kommt der Aspekt der Lebenslage (u. a. Alter, Mobilität, gesundheitlicher Zustand, finanzielle und soziale Ressourcen, Querschnittsthemen) in Bezug auf die gesellschaftliche Teilhabe zum Tragen. Für die soziale und kulturelle Integration älterer Menschen sind verschiedene zielgruppenspezifische Zugangswege und Angebote notwendig, deren Nachfrage durch die Befragungsergebnisse bestätigt und an Beispielen hier aufgezeigt werden.

Folgender Abschnitt orientiert sich an den Befragungsergebnissen von „Frankfurt 50+“, dabei werden Themen anderer Bereiche gestreift. Ein Zusammenhang zwischen der persönlichen Lebenslage der Befragten und ihren Antworten konnte im Rahmen der repräsentativen Befragung „Frankfurt 50+“ bislang nicht ausgewertet werden, daher verbirgt sich die Lebenslage der Befragten hinter den Befragungsergebnissen, die hier ausgewertet sind.

Die Ergebnisse werden auf der Basis von Praxiserfahrung aus der offenen Altenarbeit reflektiert und durch Beispiele neuer Zugangswege (gemeinwesenorientierte Ansätze) ergänzt. Davon leiten sich die Handlungsempfehlungen ab.

⁸ „Bekanntheit“ ist der prozentuale Anteil der Personen einer Zielgruppe, die z.B. einen Namen kennen. Unterschieden wird in aktive Bekanntheit (ohne Zuhilfenahmen von Gedächtnisstützen) und passiver Bekanntheit (gestützte Erinnerung durch Vorlage von Gedächtnisstützen). Zahlen passiver Bekanntheit sind meist überzogen, da Befragte in Interviews die Bekanntheit angeben, ohne das Gefragte in Wirklichkeit zu kennen (Overclaiming). Währenddessen Zahlen des aktiven Bekanntheitsgrades zu niedrig sind, weil Befragte sich im konkreten Fall der Befragung an etwas nicht erinnern, was ihnen im Übrigen bekannt ist. Ein hoher Bekanntheitsgrad sagt nichts darüber aus, was die Betroffenen über ein Objekt denken. (Focus-Lexikon zu: „Bekanntheitsgrad“). In der repräsentativen Befragung wurde die passive Bekanntheit erfragt.

⁹ Zur inhaltlichen Diskussion: Prof. Dr. Eckart Hammer „Brauchen wir eine Senioren-Kultur-Arbeit?“ in Evangelische Impulse 2/2000.

¹⁰ Die Befragungsergebnisse von „Frankfurt 50+“ haben bereits innerhalb eines Jahres dazu geführt, dass z. B. Museen Ältere als eigene Zielgruppe entdeckt haben und parallel zur „Altenhilfestruktur“ eigene Veranstaltungen für Ältere anbieten.

Unter dem Aspekt der Querschnittsthemen wird gestreift, wie die spezifischen Gruppen der Obdachlosen, Behinderten, Schwulen und Lesben sowie Migrantinnen und Migranten ihre Berücksichtigung in den Angeboten der Altenarbeit finden. Dabei stehen Kooperationsmodelle mit selbst organisierten Gruppen bzw. Initiativen im Vordergrund und zwei verschiedene Ansätze bei einem Altenhilfeträger, der sich für ältere Migrantinnen und Migranten öffnet.

6.2.1 Befragungsergebnisse und Analyse der Angebote der Offenen Altenhilfe

6.2.1.1 Beratungs- und Unterstützungsangebote

Einen Überblick über die ausdifferenzierte Altenhilfestruktur der Stadt Frankfurt am Main und der Träger der freien Wohlfahrtspflege erhält man durch den Wegweiser „Älter werden in Frankfurt“, herausgegeben vom Jugend- und Sozialamt.¹¹

Nach der repräsentativen Befragung „Frankfurt 50+“ von November 2003 würden sich die Antwortenden bei der Suche nach einem „Rat, der die Probleme älterer Menschen betrifft“ zu

41,8 % an städtische Stellen,

19,2 % an sonstige bzw. unspezifisch bezeichnete Einrichtungen wenden,

14,8 % an kirchliche Stellen und

11,6 % an Wohlfahrts- und Sozialverbände wenden.¹²

¹¹ Wegweiser im Internet unter: www.aelterwerden-in-frankfurt.de (ISIS-Sozialforschung Frankfurt am Main, im Auftrag der Stadt Frankfurt am Main, Jugend- und Sozialamt, Älter werden in Frankfurt, Ein Wegweiser für ältere Menschen und für Menschen, die sie beraten, unterstützen und pflegen, Frankfurt a. M. 2002)

Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: Informationen zum Wohnen und zu Wohnmöglichkeiten veröffentlicht das Jugend- und Sozialamt im Internet unter dem Stichwort „Seniorenwohnanlagen mit Betreuung und Seniorenwohnungen“ bei www.frankfurt.de und unter http://www.frankfurt-handicap.de/dl/2004_10_07_Behi_Wohnen.pdf. Informationen zu Angeboten für Menschen mit Behinderung finden sich bei: http://www.frankfurt-handicap.de/dl/BehiSpezAngeb_2005_09_11.pdf und http://www.frankfurt-handicap.de/dl/BehiTreffs_2005_09_11.pdf. Die Internetversionen berücksichtigen aktuelle Veränderungen.

¹² Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Repräsentative Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen der partizipativen Altersplanung der Stadt Frankfurt am Main, i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, der SUZ GmbH, Sozialwissenschaftliches UmfrageZentrum, Duisburg, Frankfurt a. M. 2003
Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: Antworten auf folgende Fragestellung: Bitte stellen Sie sich einmal vor, Sie brauchen einen Rat, der die Probleme älterer Menschen betrifft, egal, ob Sie den Rat für sich selbst oder für jemand anderen brauchen. An welche Stellen hier in Frankfurt würden Sie sich da wenden? Bitte nennen Sie uns alle Stellen, die Ihnen einfallen! **N = 1.011**. Im Ergebnis liegen 1.135 Nennungen von 991 Antwortenden (rd. 98 % von 1.011 Befragten insgesamt) vor. Die Nennungen wurden nachträglich kategorisiert, woraus sich die o. g. Stellenzuordnungen ergaben

Weitere 4,1 % der Antwortenden würden sich an Ärzte und Einrichtungen des Gesundheitssystems wenden, 4,0 % an private Netzwerke, 2,6 % Rat durch Medien suchen.

Von den Einzelnennungen der städtischen Einrichtungen wurde mit Abstand das Sozialamt am häufigsten genannt, dann das Römertelefon und Römer/Rathaus, gefolgt vom „Rathaus für Senioren“.¹³

Bei den 55 bis über 81jährigen Frankfurterinnen und Frankfurtern könnte die Kenntnis und entsprechende Nutzung der vorhandenen ausdifferenzierten Beratungsangebote besser sein. Unterscheidungen nach Alter und Geschlecht spielen dabei nur eine geringfügige Rolle.¹⁴

- Bei ungefähr der Hälfte der Befragten sind bekannt die „Sozialbezirksvorsteher und Sozialpfleger“ (46,9 %), gefolgt vom „Seniorenbeirat“ (44,8 %), und den „Beratungs- und Vermittlungsstellen“ (41,1 %).¹⁵
- Das „Rathaus für Senioren“ (29,5 %), das „Büro Aktiv“ (Freiwilligenagentur und Seniorenbüro) im Bürgerinstitut – Soziales Engagement in Frankfurt¹⁶
- Institut für Sozialarbeit (22,5 %), die „Wohnberatungsstellen für Senioren“ (24,2 %) und die „Selbsthilfekontaktstelle“ (25,8 %) sind ungefähr bei einem Viertel bekannt.
- Angebote wie die „Servicestelle BürgerInnenbeteiligung“ (10,3 %), und der „Präventionsrat“ (12,5 %) sind wenig bekannt.

¹³ ebenda, absolute Nennungen: Sozialamt (124), Römertelefon (56), Römer/Rathaus (37), Rathaus für Senioren (36)

¹⁴ ebenda; Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung zur Frage: Ich habe hier eine Liste mit Beratungs- und Unterstützungsangeboten für ältere Menschen in Frankfurt, die ich Ihnen jetzt gerne vorlesen möchte. Bitte sagen Sie mir zu jeder Einrichtung, ob Sie diese schon in Anspruch genommen haben, ob Sie diese kennen, nur dem Namen nach kennen oder nicht kennen! Es waren 13 Auswahlantworten vorgegeben und vier Kategorien (habe ich schon in Anspruch genommen; kenne ich, habe ich aber noch nicht in Anspruch genommen; kenne ich nur dem Namen nach; kenne ich nicht). Mehrfachnennungen waren möglich. **Zu jeder Antwort** (z. B. Seniorenbeirat, Rathaus für Senioren usw. ist **N = 100 % 1.011**)
Die Prozentangaben zu den o. g. Aussagen fassen jeweils die ersten vier Kategorien ((habe ich schon in Anspruch genommen; kenne ich, habe ich aber noch nicht in Anspruch genommen; kenne ich nur dem Namen nach) zusammen, d. h. 46,9 % kennen Sozialbezirksvorsteher und Sozialpfleger (2,7 % habe ich schon in Anspruch genommen + 6,6 % kenne ich, habe ich aber noch nicht in Anspruch genommen + 37,6 %; kenne ich nur dem Namen nach

¹⁵ Stadt Frankfurt am Main, Der Dezernent für Soziales und Jugend (Hrsg.), Materialienreihe Jugend und Soziales, H. 1, Sachstandsbericht Ältere Menschen in Frankfurt am Main 2001, Frankfurt a. M. 2003
Der Sachstandsbericht vermittelt ein inhaltliches Verständnis über die Hilfen und Angebote zur Erhaltung der selbständigen Lebensführung im Alter, insbesondere der stadtteilorientierten „Beratungs- und Vermittlungsstellen (BuV)“ und des „ehrenamtlichen Dienstes des Jugend- und Sozialamtes“.

¹⁶ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: bis 31.12.2005: Institut für Sozialarbeit e. V.

- Am Bekanntesten ist das Römertelefon (85,4 %), gefolgt vom Seniorentelefon (67,6 %) und der Bürgerberatung am Römerberg (59,3 %). Wobei das Römertelefon von über 20 % (21,4 %) und das Seniorentelefon von 1,1 % der Befragten schon in Anspruch genommen wurde.¹⁷

6.2.1.1.1 Exkurs: Überlegungen für eine Verbesserung der Bekanntheit der Altenhilfestruktur

Die weniger gute Kenntnis der Beratungs- und Unterstützungsangebote für Ältere kann positiv auf dem Hintergrund der relativ intakten sozialen Kontakte¹⁸ gesehen werden. Daher sollte die Altenhilfestruktur nicht nur bei Älteren, sondern auch bei Jüngeren, insbesondere Multiplikatoren (z. B. Ärzten und Anbietern gesundheitlicher Dienstleistungen) bekannt sein.

Die Stadt Frankfurt am Main gibt seit über 30 Jahren die Senioren Zeitschrift heraus, die immer wieder umfassend über alle Beratungs- und Unterstützungsangebote bei den entsprechenden Stellen informiert und von ihren Lesern dafür sehr geschätzt wird. Diese Information erreicht potentielle Interessenten und Leserkreise nicht, die sich nicht mit dem Begriff „Senioren“ identifizieren.

Die mangelnde Bekanntheit und Unübersichtlichkeit der Beratungsangebote für ältere Menschen drückt sich auch in den Anfragen beim Seniorentelefon der Stadt Frankfurt am Main aus.

Das „Seniorentelefon“ hat die Erfahrung gemacht, dass der Informations- und

¹⁷ Zum Vergleich: Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Explorative – untersuchende - schriftliche (nicht repräsentative) Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, Firma EDV- und andere Dienstleistungen, Joachim Ritter, Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 2004: hier haben 37,6 % der Befragten über das Römertelefon Kontakt zur Stadt aufgenommen (N = 1.400 von 1.453)

¹⁸ siehe Kap. 6.1. des Teilberichts 1, „Soziale Einbindung im privaten Bereich“. Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Repräsentative Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen der partizipativen Altersplanung der Stadt Frankfurt am Main, i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, der SUZ GmbH, Sozialwissenschaftliches UmfrageZentrum, Duisburg, Frankfurt a. M. 2003 Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: Antworten auf folgende Fragestellung: Nun eine Frage, die sich auf Ihre Kontakte zu anderen Menschen bezieht. Bitte sagen Sie wieder zu jeder Aussage, ob diese für Sie persönlich voll und ganz zutrifft, eher zutrifft, eher nicht zutrifft oder überhaupt nicht zutrifft. Es waren 31 Auswahlantworten vorgegeben. Mehrfachnennungen waren möglich. Zu „Ich habe jemanden in der Nähe, an den ich mich jederzeit wenden kann, wenn ich Rat oder Hilfe brauche“ betragen die Antworten „trifft voll und ganz zu“ und „trifft eher zu“ über 85 % Zu „Wenn ich Rat oder Hilfe brauche, sind meine Kinder für mich da“ über 65 % Zu „Wenn ich Rat oder Hilfe brauche, ist mein Partner / meine Partnerin für mich da“ über 50 % N = 100 % = 1.011 je Auswahlantwort

Hilfesuchende oft nicht weiss, welche Stelle für seine Anfrage zuständig ist (Senioren Zeitschrift 4/2003, S. 36). Im Moment gibt es sehr viele Wege, die zur Information führen. Anlaufstellen mit dem Begriff „Senioren“ sind aber erst einmal wenig attraktiv, daher wendet man sich zuerst an das Römertelefon, das entweder direkt oder an das Seniorentelefon weitervermittelt.

Die Hauptaufgabe des Seniorentelefons ist, das eigentliche Anliegen des Anrufers zu klären und zu kanalisieren, um ihn anschließend entsprechend an die überwiegend städtischen Stellen weiterzuvermitteln.¹⁹ Die Anfragen erreichen die zuständigen Stellen auf diesem Trichterweg (z. B. Römertelefon – Seniorentelefon – zuständige Stelle). Nach den Ergebnissen aus der schriftlichen Befragung „Frankfurt 50+“, auf die Frage nach den Erfahrungen mit dem Römertelefon, könnte das umfassende Beratungsangebot verbessert werden, indem die zentralen Anlaufstellen (Römer- und Seniorentelefon) für die Klärung und Weitervermittlung zu den Fachstellen ausgebaut werden (Qualifizierung, Vernetzung, Bekanntheit fördern).²⁰

Eine Transparenz der Beratungslandschaft und die die Förderung der Nutzung des Trichterweges könnte die Bekanntheit der Beratungs- und Unterstützungsangebote verbessern.

Die mangelnde Bekanntheit der Altenhilfestruktur sollte auf dem **Hintergrund der „Altersdiskriminierung“**²¹ gesehen werden.

Altersdiskriminierung und das neue verinnerlichte Altersbild vom leistungsfähigen, integrierten, bildungsbeflissenen älteren Menschen führen dazu, dass Ältere sich nicht mit „Senioren“ oder „Alten“ identifizieren wollen und sich persönlich nicht zu dieser Altersgruppe zugehörig fühlen.

Die Problematik, mit welchen begrifflichen Formulierungen (z. B. Alter, Älterwerden, Senioren, 50+) neue und jüngere Zielgruppen der älteren Generationen sich angesprochen fühlen, ist in der offenen Altenarbeit lange bekannt. Diejenigen, die

¹⁹ ca. 80 Anrufe und 40 Besucher vor Ort am Tag

²⁰ Zum Vergleich: Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Explorative – untersuchende - schriftliche (nicht repräsentative) Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, Firma EDV- und andere Dienstleistungen, Joachim Ritter, Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 2004; Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: hier haben 37,6 % der Befragten über das Römertelefon Kontakt zur Stadt aufgenommen (N = 1.400 von 1.453). Auskunft erhielten ca. 56 %, eine Verbindung ca. 26 % (N = 517 von 1.453)

²¹ siehe z. B. Diskussion Frank Schirrmacher: „Das Methusalem-Komplott“, 2004.

sich nicht mit dem eigenen Älterwerden und Altsein auseinandersetzen wollen, schließen für sich so genannte Angebote und (eventuell) auch Anbieter aus. Andere Ältere hingegen finden Bezeichnungen wie „50+“ und „aktiv“ diskriminierend, weil sie dem gesellschaftlichen „Jugendlichkeitswahn“ folgen.

Die „Begriffsproblematik“ steht für die fehlende gesellschaftliche Akzeptanz der Alten und des Älterwerdens und den Wunsch der verschiedenen Alterskohorten, sich voneinander abzugrenzen bzw. des Einzelnen, nicht nach dem Kriterium „Alter“ beurteilt zu werden. ²²

An anderen Orten hat man sich bemüht, dynamischere zu verwenden, wie z. B. „Leitstelle Älterwerden“, wenn verschiedene Alterskohorten und Zielgruppen gleichzeitig angesprochen werden sollen.

Aktionen wie die Jubiläumsveranstaltung des Seniorenbeirates und der Senioren Zeitschrift auf dem Römerberg mit Messecharakter und die Präsentation des „Frankfurter Sofortprogramm“ auf der Zeil, die auch von einem jüngeren (Lauf-) Publikum mit großem Interesse und Anerkennung – „was die Stadt für die Älteren tut!“ - wahrgenommen wurde, wirken der Altersdiskriminierung entgegen und fördern die Akzeptanz der Altenhilfe und -arbeit.

6.2.1.2 Angebote zur Erhaltung der selbständigen Lebensführung²³

Obwohl die Angebote aus eigener Anschauung oft nicht bekannt sind²⁴, sind nach der repräsentativen Befragung „Frankfurt 50+“ gegenwärtig oder in Zukunft jeweils

²² siehe dazu 6.2.1.3., „Seniorenclubs und Begegnungsstätten“

²³ Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Repräsentative Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen der partizipativen Altersplanung der Stadt Frankfurt am Main, i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, der SUZ GmbH, Sozialwissenschaftliches UmfrageZentrum, Duisburg, Frankfurt a. M. 2003 Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: Antworten auf folgende Fragestellung: „Und nun möchten wir gerne Ihre Meinung zu einigen Angeboten für ältere Menschen hier in Frankfurt wissen. Bitte sagen Sie uns zu jedem Angebot, ob Sie dies interessiert, in Zukunft interessant werden könnten oder nicht interessiert: Seniorenclubs und Seniorenbegegnungsstätten, Seniorenwohnungen, Seniorenrestaurants, Essen auf Rädern, Computerclubs und Internetcafés für Senioren, Selbstorganisierte Clubs und Initiativen für Menschen ab 50, von der Stadt Frankfurt veranstaltete Tageserholungen und Reisen für Senioren“, **N = 100 % = 1.011 je Angebot**

²⁴ ebenda; Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: Antworten auf folgende Fragestellung: „Und nun möchten wir gerne Ihre Meinung zu einigen Angeboten für ältere Menschen hier in Frankfurt wissen. Bitte sagen Sie uns zu jedem Angebot, ob Sie es schon einmal genutzt haben oder nicht: Seniorenclubs und Seniorenbegegnungsstätten, Seniorenwohnungen, Seniorenrestaurants, Essen auf Rädern, Computerclubs und Internetcafés für Senioren, Selbstorganisierte Clubs und Initiativen für Menschen ab 50, von der Stadt Frankfurt veranstaltete Tageserholungen und Reisen für Senioren“, **N = 100 % = 1.011 je Angebot**
Nur bei einem Viertel der Befragten sind Seniorenclubs und –Begegnungsstätten aus eigener Anschauung bekannt.

rd. 70 % an Seniorenwohnungen, Seniorenclubs- und Begegnungsstätten²⁵, rd. 75 % an Essen auf Rädern sowie rd. 65 % an Tageserholung.

Seniorenwohnungen²⁶

Bei den Seniorenwohnungen steigt das gegenwärtige Interesse von ca. 42 % bei den Befragten mit zunehmendem Alter geringfügig an. Etwa ein Drittel der Befragten geben an, in Zukunft an einer Seniorenwohnung interessiert zu sein, insbesondere die Jüngeren (50-55jährige) mit 38 %. Seniorenwohnungen sind bei den Befragten - unabhängig vom Alter - zu ca. 45 % aus eigener Anschauung bekannt.

Essen auf Rädern²⁷

„Essen auf Rädern“ ist für ca. 30 % der Befragten jetzt von Interesse, fast 50 % der 50-55jährigen gibt ein Interesse in der Zukunft an. Bei ca. 10 % aller Befragten ist „Essen auf Rädern“ aus eigener Erfahrung bekannt, dieser Anteil steigt bei den über 81jährigen auf ca. ein Viertel der Befragten an.

Seniorenrestaurants²⁸

Obwohl nur ca. 11 % der Befragten Seniorenrestaurants aus eigener Anschauung kennen (bei den über 76jährigen sind es jedoch bereits 20 %), interessieren sich jetzt oder zukünftig insgesamt 43 % dafür. Von den derzeitigen Interessenten (Durchschnitt 22 %) ist die Altersgruppe der über 81jährigen mit 34 % am stärksten vertreten. Nach den Befragungsergebnissen bleibt das zukünftige Interesse an Seniorenrestaurants ungefähr gleich.

6.2.1.3 Freizeit-, Kultur- und soziale Angebote der offenen Altenarbeit Seniorenclubs und -begegnungsstätten

Je älter die Befragten sind, desto größer ist ihr gegenwärtiges Interesse an

²⁵ Interesse an Clubs u. Begegnungsstätten: 33,9 % gegenwärtig, 36,9 % zukünftig, 29,2 % weder noch.

²⁶ siehe Teilbericht II „Selbstbestimmtes und selbstständiges Leben zu Hause“ bzw. Kapitel 4 „Wohnen und Wohnumfeld“ des Teilberichts 1

²⁷ siehe Teilbericht II „Selbstbestimmtes und selbstständiges Leben zu Hause“

²⁸ siehe Teilbericht II „Selbstbestimmtes und selbstständiges Leben zu Hause“

„Seniorenclubs und -begegnungsstätten“²⁹ und desto wahrscheinlicher haben sie ein solches Angebot auch schon genutzt: ab 75 Jahren zu 40 %.

Von den jetzt 50-55jährigen bekunden fast 60 % ein Interesse an Seniorenclubs und -begegnungsstätten in der Zukunft.³⁰

50 % der Befragten interessieren sich jetzt oder später für Internetcafés, Computerclubs sowie selbst organisierte Initiativen oder Clubs, dabei dominieren die jüngeren Altersgruppen. Bei den Befragten sind die Internetcafés für Senioren aus eigener Anschauung nur zu 11 % bekannt.³¹

6.2.1.3.1 Exkurs: Die Umbruchssituation der offenen Altenarbeit

In den Befragungen „Frankfurt 50+“ wurde nicht zwischen Seniorenclubs und -begegnungsstätten und den weiteren Angeboten unterschieden, die aber von verschiedenen Alterskohorten und Zielgruppen genutzt werden. Mit dem Wandel der Altersstruktur ist auch ein differenzierteres Sozial- und Freizeitverhalten der Älteren zu beobachten, dem die offene Altenarbeit – bei bereits knappen Kassen - versucht Rechnung zu tragen.

Gewährleistet durch die Träger der freien Wohlfahrtspflege und der Kirchen besteht noch ein fast flächendeckendes Netz an Altenclubs und Begegnungsstätten/ Altentagesstätten³² in den verschiedenen Stadtteilen von Frankfurt am Main.

Ein Club für ältere Bürger bzw. Altenclub ist ein wöchentlicher Gruppennachmittag mit fester Struktur: Gemeinsames Kaffeetrinken bei informativen, kulturellen und geselligen Programmangeboten (z. B. Vorträge rund um das Thema Älterwerden oder zu Kultur, Gedächtnistraining, jahreszeitliche Feste) und Gesprächsangebote. Darüber hinaus ist die Clubleitung Ansprechpartner für Erstberatung und

²⁹ Das gegenwärtige Interesse steigt von der Gruppe der 50-55jährigen (unter 20 %) bis zur Gruppe der über 81jährigen auf 58 % kontinuierlich an.

³⁰ Nur ca. 1/3 der Befragten haben weder gegenwärtig noch in der Zukunft ein Interesse an Seniorenclubs und -Begegnungsstätten.

³¹ 1999 eröffnete der Frankfurter Verband für Alten- und Behindertenhilfe e. V. (Frankfurter Verband) das erste Internetcafé für Senioren in Frankfurt am Main mit damals 20 Ehrenamtlichen, mittlerweile sind es vier Internetcafés. Kritiker hatten nur eine temporäre Nachfrage vorausgesehen, die mit dem Einzug der PCs zu Hause nachlassen würde. Das Gegenteil hat sich bewahrheitet. Mit den ständigen technischen Neuerungen (z.B. digitale Photographie) wächst die Nachfrage an Schulungen und Unterstützung, auf die sich die spezifischen Internetcafés eingestellt haben.

³² Je nach Träger unterschiedliche Benennung, im Weiteren nur Begegnungsstätten genannt.

Weitervermittlung in Bezug auf die Bewältigung des Alltags mit seinen Problemen.³³ Eine Begegnungsstätte/Altentagesstätte bildet meist den Mittelpunkt einer Altenwohnanlage und wird überwiegend von Menschen aus dem Stadtteil besucht, um die Angebote der Cafeteria und Programmnachmittage, Kurse (z. B. Bewegung, Sprache, Gedächtnistraining) und Ausflüge in und um Frankfurt am Main wahrzunehmen.

Innovative und erlebnisorientierte Angebote sowie Möglichkeiten zum bürgerschaftlichen Engagement sind z. B. Internetcafés, das Senioren-Orchester und -Theatergruppen, selbstorganisierte Initiativen, die Kreativwerkstatt, Aktiv-Clubs und Projekte von und mit Ehrenamtlichen (z. B. Senioreninitiative Höchst, Hobby-Börse). Diese richten sich vor allem an die so genannten „jungen Alten“.

Derzeit überwiegen noch traditionelle Angebote, die Bedürfnisse nach sozialen Kontakten, Geselligkeit und festen Bezugspersonen erfüllen. Hierzu zählen die Angebote von Seniorenclubs. Diese haben sich mit den Jahren zu Kleingruppen für Hochaltrige mit ihrer spezifischen Problematik (Lebenslage)³⁴ entwickelt. Die Besucher von Begegnungsstätten sind durchschnittlich ca. Mitte 70. Davon unterscheiden sich hinsichtlich des Alters die Teilnehmer von „partizipativen“ und erlebnisorientierten Angeboten, wie Internetcafés, Aktivclubs, Initiativen und Bewegungs- und kreativen Kursen.

Mit dem Wandel des Verständnisses vom Altern und damit einhergehend der Beschwörung eines positiven Altersbildes, besteht die Gefahr, traditionelle Angebote mit dem Etikett „Kaffee-Kuchen-Diavortrags-Altenarbeit“ abzutun. In der schriftlichen Befragung wurde auf die Frage „Unternehmen Sie etwas, um mehr Kontakt zu anderen Menschen zu bekommen und neue Menschen kennen zu lernen?“ der Seniorenclub häufig genannt. Für das „persönliches Wohlbefinden“ und die „sozialen

³³ Zieldefinition nach dem Leistungsvertrag der Stadt Frankfurt am Main mit dem Frankfurter Verband, der ca. 100 Altenclubs im Auftrag der Stadt betreibt.

³⁴ Daten der Offenen Seniorendienste Nord/Ost des Frankfurter Verbandes: 55 % der Clubmitglieder sind zwischen 80-100 Jahre alt, 29 % zwischen 70-80 Jahre, 14 % bis 70 Jahre alt.

Kontakte“ der Clubmitglieder ist der Club sehr wichtig.³⁵

Für die offene Altenarbeit ist die Tatsache problematisch, dass nach dem Gründungsboom in den 70er Jahren, aufgrund jahrzehntelanger Mitgliedschaften und eingetretener Hochaltrigkeit, die Mitgliedskohorten regelrecht zusammenschrumpfen und es sehr schwierig ist, neue und jüngere Mitglieder in schon lang bestehende Gruppen (zum Teil 30-40 Jahre) zu integrieren. Würde man die kleinen Clubs aufgeben, würde das einen erheblichen Verlust für die hochaltrigen Mitglieder bedeuten, deren „letzte“ mögliche regelmäßige sozial-kulturelle Aktivität der Altenclub in der Nähe bedeutet. Genauso fraglich wäre der Rückzug aus der Fläche, da die zukünftigen Alterskohorten ihr Interesse an einem solchen Angebot - dass dann aber zeitgemäß zu gestalten ist - bekunden. Die offene Altenarbeit steht vor der Herausforderung, den Übergang in verschiedene Alterskohorten gleichzeitig traditionell und innovativ zu gestalten.

In den Begegnungsstätten/Altentagesstätten, die meist als Zentrum einer Altenwohnanlage angelegt sind, stellen sich andere neue Herausforderungen: Die Überalterung in Wohnanlagen stellt Ansprüche an die Mitarbeiter der Begegnungsstätten, die früher u. a. von Altenheimen erfüllt wurden (z. B. wird die soziale Betreuung und Begleitung von Menschen mit Demenz eingefordert, der Beratungs- und Betreuungsbedarfs ist dadurch gestiegen). Gleichzeitig werden die Wohnungen an immer Jüngere und anderweitig Bedürftige vergeben, die sich deutlich von den Älteren in/und Besuchern der Begegnungsstätte abgrenzen. Dabei wird von den Älteren die Moderation von Interessenkonflikten eingefordert.³⁶

Mit der Einfrierung und Kürzung der Mittel für Offene Altenarbeit hat ein Dilemma begonnen:

Die Möglichkeiten für attraktive Altenarbeit und damit neue Angebote für jüngere

³⁵ Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Explorative – untersuchende - schriftliche (nicht repräsentative) Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, Firma EDV- und andere Dienstleistungen, Joachim Ritter, Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 2004; Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: Antwortmöglichkeiten zu o. g. Frage 16: nein, ich habe genug Kontakte/ nein, aber ich hätte gerne mehr Kontakt zu anderen Menschen oder würde gerne neue Leute kennen lernen/ ja, nämlich: ...

³⁶ siehe Kapitel 4 „Wohnen und Wohnumfeld“

Interessenten sind gesunken, da die bestehenden Angebote für eine mit dem Alter zahlenmäßig abnehmende, dafür aber sehr bedürftige Zielgruppe Hochaltriger aufrechterhalten werden müssen. Auch die Standorte von Begegnungsstätten in überalterten Wohnanlagen werden von der Zielgruppe 50+ als wenig attraktiv bewertet.

Andererseits zeigen Beispiele von neu eingerichteten Altenclubs und Begegnungsstätten, dass sie auch bei Jüngeren auf eine bemerkenswerte Resonanz stoßen; dies bestätigen auch die Befragungsergebnisse.³⁷

Die nachrückenden Kohorten sind gebildeter, erlebnisorientierter und fragen Bildungs-, Erlebnis-, Kreativ- und Aktivangebote nach.

Dazu zeichnet sich ein Trend ab, dass nach der immer früheren Ausgliederung aus dem Erwerbsleben neue Bedarfe für die offene Altenarbeit entstehen.³⁸ Die „neuen Alten“ suchen weniger die Unterhaltung als das selbstbestimmte „sinnvolle“ Tätigsein.

Mit der Verlängerung des Lebensdauer und der Zunahme des Bevölkerungsanteils der Älteren“ entstehen neue Anforderungen an die Offene Altenarbeit und parallele Strukturen, um wiederum deren Integration zu erfüllen:

- Alte, flächendeckende Angebote für immer kleiner werdende problematische Gruppen (z. B. Thema abnehmende Mobilität und zunehmende Demenz) zu erhalten,
- gleichzeitig neue, ausdifferenzierte Angebote für die Zielgruppe „50+“ aufzubauen
- und neue Projekte, Möglichkeiten und Strukturen zu schaffen, in denen Ältere als Produzenten in die Altenarbeit einbezogen werden können (z. B. bürgerschaftliches Engagement, Arbeitsgelegenheiten und Mini-Jobs zur Aufbesserung der Rente).

³⁷ Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Explorative – untersuchende - schriftliche (nicht repräsentative) Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, Firma EDV- und andere Dienstleistungen, Joachim Ritter, Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 2004, Frage 25: „Könnten bestimmte Angebote oder Einrichtungen Ihnen dabei helfen, neue für Sie interessante Aktivitäten zu beginnen? Bitte notieren Sie, welche Angebote bzw. Einrichtungen das sein könnten!“
vgl. auch Christian Carls: Altenhilfe als Begegnungsraum – passé?, Forum Kritische Gerontologie im Internet, S.4, www.kritische-gerontologie/oah2.htm

³⁸ Wunsch nach Treffs für das „mittlere Alter“ und Interessengemeinschaften für Arbeitssuchende ab 50, siehe: Explorativbefragung. Frage 17: „Könnten bestimmte Angebote oder Veranstaltungen es Ihnen erleichtern, Kontakt zu anderen Menschen zu pflegen und neue Leute kennen zu lernen? Bitte notieren Sie, welche Angebote oder Veranstaltungen das sein könnten!“

6.2.1.4 Beispiel eines stadtteilorientierten Projektes „Am Bügel“ als Umsetzung der partizipativen Altersplanung

Im Rahmen der Umfragen „Frankfurt 50+“ hat der Präventionsrat, unter Mitarbeit der Regionalräte, eine eigene Untersuchung „Zur Sicherheit und besonderen Lebenslagen älterer Menschen in den Stadtteilen“ durchgeführt.³⁹

Demnach waren die am Bügel lebenden „Bürgerinnen und Bürger 50+“ mit der Sicherheit und Sauberkeit und den sozial-kulturellen Angeboten sowie mit der Grundversorgung (z. B. Geschäfte, Ärzte, Dienstleistungen) nicht sehr zufrieden.

Das Wohngebiet am Bügel ist ein in den 70er Jahren am Stadtrand (Bonames) im Grünen gebaute Ansammlung mittlerer Hochhäuser. Mittlerweile umgeben von einem Gewerbegebiet, ist die Wohnanlage zwar idyllisch in einer Gartenanlage aber isoliert gelegen. Für ältere Menschen, z. B. für die 200 Senioren der Altenwohnanlagen, sind die wenigen Dienstleistungen (z. B. Ärzte) und Einkaufsmöglichkeiten vor Ort schwierig zu erreichen, da die Siedlung nur mit Genehmigung mit einem PKW passierbar ist und - für ältere Menschen weite Wege - zur nächstgelegenen Ladengalerie und zum Supermarkt zu bewältigen sind. Mangelnde Attraktivität des Standortes und Belegungsschwierigkeiten haben dazu geführt, dass die Wohnungen überproportional an Sozialhilfeempfänger, Aussiedler und ausländische Familien vergeben werden, die z. T. in ihren Wohnungen auf engstem Raum leben. Dies führt zu Spannungen und Konflikten, mangelndem Sicherheits- und Sauberkeitsempfinden und Vandalismus.

Vor Ort kümmert sich eine Bürgerinitiative um die Belange der Mieter in der Siedlung und nimmt die Interessenvertretung wahr gegenüber dem Vermieter, der GWH. Weiter stehen Aktivitäten für Kinder und Jugendliche im Vordergrund und ein vierteljährliches Informations- und Beratungsangebot (Vorträge, Sprechstunden) für Senioren. Das Quartiersmanagement vor Ort arbeitete (bis Oktober 2005) an der sozialen Integration vorallem der Aussiedler.

Der Frankfurter Verband unterhält in der Seniorenwohnanlage am Ben-Gurion-Ring

³⁹ siehe Kapitel 5, „Sicherheit und besondere Lebenslagen älterer Menschen“. Eine Untersuchung der Geschäftsstelle des Präventionsrates der Stadt Frankfurt am Main.

20 Clubräume und einen Seniorenclub-Nachmittag, überwiegend für die Bewohnerinnen und Bewohner der von ihm betreuten Seniorenwohnanlagen. Bisherige Angebote wurden in der Vergangenheit wenig angenommen (Seniorenclub, Mittagstisch, Cafeteria), so dass zur Zeit nur ein Seniorenclub-Nachmittag pro Woche angeboten wird. Um neue, standortsbezogene und bedarfsgerechte Angebote zu entwickeln, standen dem Träger aufgrund von Einsparvorgaben der Stadt Frankfurt am Main die Mittel nicht zur Verfügung.

Dank der Arbeitsergebnisse im Rahmen der Partizipativen Altersplanung hat der Präventionsrat auf die Untersuchungsergebnisse (siehe Kapitel 5) „Am Bügel“ reagiert und das Gespräch und die Kooperation mit dem Frankfurter Verband gesucht, um dort das Kultur- und Freizeitangebot zu verbessern.

In einem ersten Schritt unterstützte der Präventionsrat die Renovierung und Ausstattung der vom Frankfurter Verband unterhaltenen Räume, um den Standort zunächst attraktiver zu gestalten.⁴⁰

Von Seiten des Frankfurter Verbandes wurde ein Konzept vorgelegt, wie in den Räumen ein attraktiveres Angebot von, mit und für die „Am Bügel“ lebenden älteren Bürgern entstehen könnte. Dieses Projekt zielt auf eine Neuentwicklung ab und könnte Modellcharakter für andere Siedlungen und Stadtteile haben.

Das Beratungs- und Begegnungszentrum als „MITmachzentrum am Bügel“ sieht die Einbindung bürgerschaftlichen Engagements unter hauptamtlicher Leitung vor. Somit könnten regelmäßig gesellige Veranstaltungen, Kurse (z. B. Gedächtnistraining, Gymnastik), Informationsvorträge, eventuell eine Cafeteria oder gelegentlicher Mittagstisch stattfinden.

Angebote zur Unterstützung der Lebens-Planung und -Führung älterer Bürgerinnen und Bürger im Stadtteil, wären zunächst vorrangig zu organisieren:

- Beratungsangebote mit Kooperationspartnern (Sicherheitssektor, Sozialbezirksvorsteher, Seniorenbeirat),

⁴⁰ siehe Frankfurter Rundschau, 20.09.05, S. 41 „Verband will Senioren Kultur bieten“, Tobias Becker.

- Dienstleitungen (wie z. B. Fußpflege, Optiker, Akustiker, Gesundheitsbedarf) und
- die Organisation von Einkaufshilfen etc., um die Grundversorgung zu verbessern.

Das „MITmachzentrum“ funktioniert nur, wenn die „Am Bügel“ lebenden Bürgerinnen und Bürger und Organisationen vor Ort mitgestalten und mitwirken und in hauptamtlicher Verantwortlichkeit die freiwillige Arbeit Ehrenamtlicher koordiniert und Angebote organisiert werden.

Ein Anreiz für bürgerschaftliches Engagement zur Gewinnung von „Mitmachern“ könnte die Einrichtung eines „Internet-Service-Points“ sein, der dann - wie in den anderen vom Frankfurter Verband betriebenen Internet-Cafés - von Ehrenamtlichen betreut würde. Davon würden ältere Menschen mit abnehmender Mobilität profitieren können, z. B. für Fahrplanauskünfte, virtuelle Behördengänge, Preisvergleiche, Bestellungen aus dem Internet.

Gemäß des Leitbildes des Trägers sind interkulturelle und generationenübergreifende Aktivitäten erwünscht, um die verschiedenen Zielgruppen (z. B. Aussiedler aus den ehemaligen GUS-Staaten) zu erreichen. Die Kooperation vor allem mit dem Präventionsrat und der Bürgerinitiative vor Ort, den Kirchen, Kinder- und Jugendeinrichtungen ist dabei vorgesehen.

Für ein Beratungs- und Begegnungszentrum als „MITmachzentrum Am Bügel“ wären einmalige Anschaffungskosten und laufende Personal- und Sachkosten zu finanzieren, die der Träger neben der Übernahme der Grundkosten (Miete und Unterhalt der Räume) nicht zusätzlich aus Eigenmitteln leisten kann.

Die Ziele eines gemeinwesenorientierten Stadtteilzentrums sind:

- Die soziale Infrastruktur und Lebensqualität im Stadtteil zu verbessern,
- dafür zu sorgen, dass ältere Menschen möglichst lange in ihrem Wohnquartier bleiben können um den vorzeitigen Umzug in eine stationäre Einrichtung zu

vermeiden,

- Synergieeffekte durch Bündelung und Vernetzung zu schaffen (bessere Zusammenarbeit von Institutionen und Nutzung ihrer Ressourcen),
- ein breites Angebot unter einem Dach anzubieten,
- die Selbstverantwortung und das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern zu fördern,
- die interkulturelle und generationenübergreifende Integration zu fördern.

Die Anforderungen für ein gemeinwesenorientiertes Stadtteilzentrum sind:

- Eine hauptamtliche Projektleitung mit Fachkenntnissen (Gemeinwesenarbeit, Personalentwicklung, Öffentlichkeitsarbeit, Altenarbeit),
- eine verbindliche Kontaktperson für Ehrenamtliche und Besucher (Gewinnung, Qualifikation, Begleitung und Koordination des Einsatzes) und
- ehrenamtlich Mitarbeitende.⁴¹

Tages- und Altenerholung (Seniorenreisen) der Stadt Frankfurt am Main

Die Tageserholungen und Altenerholungen (Seniorenreisen) der Stadt Frankfurt am Main⁴² sind nach der repräsentativen Befragung „Frankfurt 50+“ mit zunehmenden Alter von Interesse, aber auch die Jüngeren der Generationen 50+ bekunden ihr Interesse für die Zukunft. Von den Befragten haben bisher 9 % eine solche Reise unternommen, mit zunehmendem Alter steigt die Nutzung des Angebots auf fast ein Viertel bei den über 81jährigen.

Kritik

Die Befragten äußern Kritik an Tageserholung und Altenerholung zu 10 %, an Seniorenclubs und Begegnungsstätten und an Seniorenrestaurants zu 13 %, an Essen auf Rädern zu 14 % und an den Seniorenwohnungen zu 26 %. Diejenigen, die die Angebote aus eigener Anschauung kennen, üben eher Kritik als die Nicht-Kenner. Im Hinblick auf die Begründung der Kritik unterscheiden sich Nutzer und

⁴¹ siehe Leitfaden: „Qualitätsentwicklung in der Offenen Altenarbeit“, Hrsg. Diakonisches Werk der EKD e.V., 2005

⁴² „Tageserholung“ sind Tagesfahrten und „Altenerholung“ sind Urlaubsmaßnahmen von 14-21 Tagen für Frankfurter Bürgerinnen und Bürger ab 65 Jahren, von der Stadt Frankfurt am Main organisiert. Daneben existieren die hier nicht erfassten Busfahrten und „Seniorenreisen“ von Verbänden der freien Wohlfahrtspflege und kommerziellen Anbietern.

Nicht-Nutzer im Allgemeinen nicht wesentlich voneinander.

Die Kritik an den Seniorenwohnungen und an den von der Stadt veranstalteten Tageserholungen und Altenerholungen beschreibt am häufigsten das Angebot als unzureichend, zu teuer und nicht nach dem Geschmack der Befragten.

Nach den Kritikern sind Seniorenrestaurants „nur etwas für alte Leute“, umgekehrt wird aber die Ausgrenzung alter Leute durch das Angebot „Seniorenrestaurants“ genauso kritisiert. Bei „Essen auf Rädern“ steht der eigene Geschmack im Vordergrund, man ist mit dem Angebot nicht zufrieden weil die eigene Geschmacksrichtung nicht getroffen wird.

Von denjenigen, die schon einmal in einem Seniorenclub bzw. -begegnungsstätte waren, haben 76 % nichts daran auszusetzen.

Die Kritik an Seniorenclubs und -begegnungsstätten macht sich vielmehr fest an den Inhalten und am Altersunterschied zu den anderen Teilnehmern. Hier drücken sich die in der Altenarbeit bekannten Vorurteile gegenüber den Senioren- und Altenclubs aus: viele Jüngere, die einmal ihre Hemmschwelle überwunden haben, sind begeistert vom Clubnachmittag und kommen gerne wieder trotz Altersunterschied. Nur über "Mundpropaganda" und durch eigene Erfahrung werden die Vorurteile abgebaut. Diejenigen, für die ein Clubbesuch nicht in Frage kommt, halten den Club für "unmodern" und definieren darüber ihre eigene Nicht- Zugehörigkeit zum Alter gegenüber den anderen "Alten".⁴³

Zusammenfassend lässt sich nach den Befragungsergebnissen „Frankfurt 50+“ sagen, dass Menschen ab 50 in Frankfurt am Main die Angebote für ältere Menschen zur Erhaltung der selbständigen Lebensführung relativ selten aus eigener Anschauung oder Nutzung kennen, ihnen aber dennoch eine hohe Akzeptanz einräumen.

Das Interesse an Seniorenangeboten kann von der Lebenslage abhängig sein, denn je älter die Befragten sind, desto größer ist ihr Interesse bzw. auch der

⁴³ siehe Diskurs 6.2.1.1.1. "Überlegungen für eine Verbesserung der Bekanntheit der Altenhilfestruktur" und 6.2.1.3.1. Exkurs: Die Umbruchssituation der offenen Altenarbeit

Bekanntheitsgrad durch eigene Nutzung an Seniorenangeboten.⁴⁴

Auch die jüngeren Befragten schätzen ihr zukünftiges Interesse an diesen Angeboten entsprechend dem gegenwärtigen Interesse der Älteren ein.

6.2.2 Übergreifende Aspekte⁴⁵

6.2.2.1 Angebote für ältere Obdachlose

In Frankfurt am Main leben nach Schätzungen 1000 bis 2000 Menschen ohne festen Wohnsitz, die vorübergehend in Wohnheimen verschiedener Träger verkehren und dadurch potentiell Angebote zur Integration in die Gesellschaft wahrnehmen können. Davon sind ca. 200-400 „Obdachlose“, Menschen die auf der Strasse leben. Größtenteils sind sie zwischen 35-50 Jahre alt. Der Anteil an über 50jährigen beträgt ca. 30 %.⁴⁶ Obdachlose sind in Einrichtungen der Offenen Altenarbeit so gut wie nicht vertreten. Wenn sie vereinzelt in den Einrichtungen auftauchen, ist es sehr schwierig sie aufgrund der mangelnden Akzeptanz der Besucher zu integrieren.

6.2.2.2 Angebote für ältere Menschen mit Behinderung

Für Menschen mit einer körperlichen Behinderung sind im Alter keine explizit für sie geschaffenen Angebote bekannt. Wenn sie in Alten- und Behindertenwohnanlagen, wie z. B. im Sozialzentrum Marbachweg oder Auguste-Oberwinter-Haus leben, haben sie Zugang zu den Angeboten der räumlich angegliederten Begegnungsstätten, die zumeist baulich behindertenfreundlich bzw. -gerecht ausgestattet sind. Man ist dort bemüht, Menschen mit einer körperlichen Behinderung in die Gruppen zu integrieren. In Behinderten- und Altenwohnanlagen nehmen Menschen mit einer körperlichen Behinderung partiell am Angebot der Begegnungsstätten teil (z. B. Cafeteria, Grillnachmittage, Qi Gong).

Nach der Tagungsreihe vom hessischen Sozialministerium in Zusammenarbeit mit

⁴⁴ Die Ergebnisse wurden nicht dahingehend ausgewertet, inwiefern das Interesse und die Nutzung der Seniorenangebote von bestimmten Lebenslagen (z. B. Einkommen, Stadtteil, gesundheitlicher Zustand, Einschränkung in der Mobilität) abhängig sind.

⁴⁵ Im Anschluss an die Teilberichte I bis IV sind Sonderuntersuchungen und -analysen durch das Dezernat für Soziales und Jugend vorgesehen, da die übergreifenden Aspekte („Querschnitt-Themen“) hier nicht abschließend behandelt werden können

⁴⁶ Quelle: Ursula Röttger: Interview mit Evelyne Becker, Leiterin Referat Wohnungslosenhilfe im Fachdienst für besondere Lebenslagen beim Caritasverband Frankfurt e. V., Frankfurt a. M., Juni 2004

Verbänden für Menschen mit geistiger Behinderung im Jahr 2000 unter dem Motto „Lebensräume für Menschen mit geistiger Behinderung“ stand fest, dass es für ältere Menschen mit geistiger Behinderung⁴⁷ keine Angebote gibt. Daraufhin schlossen sich 5 Wohlfahrtsverbände⁴⁸ zusammen und richteten 2001 einen monatlich stattfindenden Samstagstreff im Westend ein, den schlicht bezeichneten „Seniorentreff“ für ältere Menschen mit geistiger Behinderung. Diese von der Stadt Frankfurt am Main geförderten Aktivitäten - wie z. B. gemeinsame Unternehmungen - wurden bald darauf um ein zweimal monatlich stattfindendes Kreativangebot und wöchentliches „Erzählfrühstück“ erweitert. Bei diesen gut besuchten Angeboten haben sich bereits feste Freundschaften gebildet.

Ein Problem stellt die Erreichbarkeit der Treffpunkte und die Teilnahme an aushäusigen Unternehmungen dar, denn nur wenige der Teilnehmer und Teilnehmerinnen können sich allein mit öffentlichen Verkehrsmitteln bewegen. Für die Beförderung muss noch eine Regelung gefunden werden. Auch für ältere Menschen mit geistiger Behinderung ist es wichtig, neben den Bereichen Wohnen und Arbeiten und gerade auch nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben, eigene Treffpunkte für soziale Kontakte, Freizeit und Bildung zu haben.

6.2.2.3 Angebote für ältere Lesben und Schwule

Im März 2002 konstituierte sich ein Runder Tisch zur Situation der Lesben und Schwulen in Frankfurt am Main mit Vertretern des Frankfurter Forums⁴⁹ (Interessenvertretung der Lesben und Schwulen) und der Stadtverwaltung. Gespräche der Fachgruppe „Alter“ mit Mitarbeitern der Wohlfahrtsverbände brachten die Erkenntnis, dass die Belange älterer Lesben und Schwuler weder von Seiten der Stadt noch von den professionellen Alteneinrichtungen wahrgenommen wurden. Ältere Homosexuelle, die sich aus historischen und biographischen Gründen nicht dazu bekennen konnten, sind tendenziell nicht in der Lage ihre spezifischen

⁴⁷ Stadt Frankfurt am Main, Dezernat für Soziales und Jugend (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem Presse- und Informationsamt, Senioren Zeitschrift, Frankfurt a. M.
Hier: 2/2005, S. 35: Danach sind 70 ältere Personen mit geistiger Behinderung in Frankfurt am Main laut Wohlfahrtsverbänden bekannt, die Dunkelziffer wird auf ca. 100 geschätzt (Claus Zahn, Lebenshilfe Frankfurt).

⁴⁸ Deutsches Rotes Kreuz BV Frankfurt am Main, KOMM Ambulante Dienste e. V., Praunheimer Werkstätten gGmbH, Konrad-von-Preysing-Haus (Caritasverband Frankfurt e. V.), Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V.

⁴⁹ FRANKFURTER FORUM Initiative für einen runden Tisch zur Situation von Lesben und Schwulen in Frankfurt

Bedürfnisse und Wünsche selbstbewusst zu artikulieren. Wenn sie als Homosexuelle wahrgenommen werden, dann überwiegend von ihrer Sexualität her, wodurch die persönlichen biographischen Aspekte mit ihren Konsequenzen zu wenig Berücksichtigung finden.

Die ca. 8000 schwulen und lesbischen Frankfurterinnen und Frankfurter über 60 Jahre⁵⁰ sind ein Personenkreis mit spezifischen Bedürfnissen, die andererseits nicht ihren Rückhalt in der homosexuellen Szene finden, da diese stark an den Interessen der Jugend ausgerichtet ist. Aufgrund der spezifischen Nachkriegsbiographie - bis 1969/1972 war (männliche) Homosexualität strafbar – die vielfältige Rollenwechsel und Versteckspiele erforderte, leben viele ältere Lesben und Schwule heute allein, einsam und isoliert. Anliegen des Runden Tisches ist, gezielt diese älteren Lesben und Schwulen in Frankfurt am Main zu erreichen, Ihnen Beratungs- und sozial-kulturelle Angebote und Kontakte zu ermöglichen sowie Wohn- und Pflegeprojekte zu initiieren.

Die Gruppen 40plus sehen daher einen spezifischen Bedarf für diesen Personenkreis, außerhalb der homosexuellen Szene einen niedrighwelligen Anlaufpunkt für Beratung und Unterstützung zu Fragen des Älterwerdens anzubieten (z. B. durch eine Hotline bzw. Telefonsprechstunde).

In Folge dieser Gespräche wurden folgende Maßnahmen bereits umgesetzt:

- Es wurde ein Flyer „Angebote für ältere Lesben und Schwule in Frankfurt“ erstellt, der an die Träger der Altenhilfe, an das Rathaus für Senioren und andere städtische Einrichtungen ging.
- Mit Unterstützung des Frauenreferats wird Beratung für Lesben durch Libs e.V. (Lesben Informations- und Beratungsstelle e. V.) angeboten und das LSKH (Lesbisch-Schwule-Kulturhaus) betrieben. Dort treffen sich ältere Lesben und Schwule in selbstorganisierten Gruppen (Gruppe 40+ Schwules Forum, Gruppe 60plus, Gruppe 40+Lesben) mit themenbezogenen Arbeitsgruppen, sportlichen, kulturellen und sozialen Aktivitäten.

⁵⁰ Stadt Frankfurt am Main, Dezernat für Soziales und Jugend (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem Presse- und Informationsamt, Senioren Zeitschrift, Frankfurt a. M.
Hier: Senioren Zeitschrift 2/2004, S. 39 „Ein normales Leben und doch anders“.

- **Öffentlichkeitsarbeit:**
Die Fachgruppe Alter des Runden Tisches hat das Anliegen älterer Lesben und Schwule beim Seniorenbeirat vorgetragen. Die Aufgaben des Runden Tisches zur Situation der Lesben und Schwulen in Frankfurt am Main wurde in der Senioren Zeitschrift vorgestellt. Veranstaltungen für ältere Lesben und Schwule im Rahmen der jährlichen Aktionswoche „Älter werden in Frankfurt“ finden seit 2003 statt.⁵¹
- Der Verein Altenpflegayheim e.V. zur Errichtung einer Altenpflegeeinrichtung für Schwule und Lesben in Frankfurt am Main, beschäftigt sich u. a. auch mit der Gestaltung, Entwicklung und Förderung einer bedürfnisorientierten Altenarbeit für Lesben und Schwule. Die Stadt Frankfurt am Main hat in 2003 eine Bedarfsanalyse finanziert, die vom Altenpflegayheim durchgeführt wurde.
- Im November 2003 fand auf Initiative des Runden Tisches die erste Fortbildungsveranstaltung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Altenpflege zum Thema Lesben und Schwule in Frankfurt am Main statt.
- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung (25.11.2004), dass Beratungstelefone für ältere Lesben und Schwule eingerichtet werden sollen. Das Institut für Sozialarbeit e. V.⁵² hat hierfür seine Kooperation angeboten.⁵³

Bedarfsanalyse

- In Folge der noch einzurichtenden Telefonberatung von 2 - 4 Wochenstunden je Gruppe, könnte Bedarf für eine Anschlussberatung entstehen.
- Veranstaltungen für ältere Lesben und Schwule in Altenhilfeeinrichtungen mit organisatorischer Unterstützung.
- Entsprechend der Antidiskriminierungs-Richtlinie der Stadt Frankfurt am Main, die Aufnahme älterer Lesben und Schwule in Alteneinrichtungen zu verankern, durch entsprechende Hinweise auf Informationsschriften und

⁵¹ Internetpräsenz der beiden Gruppenangebote ältere Lesben und Schwule unter www.aelterwerden-in-frankfurt.de.

⁵² Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: seit 01.01.2006: Bürgerinstitut – Soziales Engagement in Frankfurt

⁵³ Stadt Frankfurt am Main, Bericht des Magistrats vom 09.07.2004, B 454, Runder Tisch zur Situation von Lesben und Schwulen in Frankfurt, aktualisierter Sachstand vom 08.12.04; Expertenbericht Fachgruppe Alter des „Runden Tisches zur Situation von Lesben und Schwulen in Frankfurt“; Flyer „Angebote in Frankfurt für ältere Lesben und Schwule“.

Aufnahmebögen der stationären Häuser, interne Qualitätssicherung und Fortbildung.

- Finanzielle Unterstützung einer erweiterten Neuauflage des vom Frankfurter Forum herausgegebenen Flyers zur Verteilung in allen Alteneinrichtungen, Apotheken, Verbänden und Vereinen.
- Aufbau eines ehrenamtlichen Besuchsdienstes für ältere Lesben und Schwule, die in Folge der langjährigen Diskriminierung allein, zurückgezogen und isoliert leben, um sie wieder sozial einzubinden. Zur Zeit wird dazu ein Konzept erarbeitet.

6.2.2.4 Angebote für ältere Migrantinnen und Migranten

In 2004 lebten in Frankfurt am Main 39.940 Einwohner älter als 50 mit ausländischem Pass. Davon waren 21.141 50- 59 Jahre, 18.799 60 Jahre und älter (7.599 60-64 Jahre, 8.530 65-74 Jahre, 2.670 75 u. älter).⁵⁴ Ausländische Mitbürger und Mitbürgerinnen ab 60 Jahren leben vor allem im Gallusviertel (Bahnhofsviertel, Gutleutviertel), im Ostend, in Bockenheim und in Bornheim, in Nordend Ost und in Höchst.⁵⁵

Die Stadt Frankfurt am Main, das Amt für Multikulturelle Angelegenheiten und das Jugend- und Sozialamt befassen sich seit Anfang der 90er Jahre mit dem Thema „Alter und Migration“ und haben vielfältige Projekte, Arbeitskreise und Kooperationen angeregt und gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden umgesetzt, z. B. interkulturelle Rentenberatung und muttersprachliche Informationsreihen für ältere Migrantinnen und Migranten als neue Kundenkreise der Altenhilfe. Von den Wohlfahrtsverbänden und anderen Trägern⁵⁶ gibt es zunehmend in den erwähnten Stadtteilen interkulturelle und muttersprachliche Beratungs- und Begegnungsangebote für ältere Migrantinnen und Migranten. Je nach Träger stehen Hilfestellungen im Vordergrund (z. B. bei Ämter- und

⁵⁴ Quelle: Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Bürgeramt Statistik und Wahlen, Frankfurt a. M. 2005

⁵⁵ Quelle: Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Bürgeramt Statistik und Wahlen, Frankfurt a. M. 2005

⁵⁶ Siehe ISIS-Sozialforschung Frankfurt am Main, im Auftrag der Stadt Frankfurt am Main, Jugend- und Sozialamt, Älter werden in Frankfurt, Ein Wegweiser für ältere Menschen und für Menschen, die sie beraten, unterstützen und pflegen, a. a. O., Frankfurt a. M. 2002

Behördengängen oder Alltagsproblemen), die muttersprachliche Beratung (u. a. zum deutschen Altenhilfesystem, um Hemmschwellen zu diesen Einrichtungen abzubauen) und/oder die soziale Integration durch Kontakte und Begegnungen sowie die psychosoziale Betreuung und Begleitung migrationsbiographischer Themen- und Fragestellungen. Darüber hinaus werden eigene Deutsch- und Orientierungskurse sowie Informations-, Bildungs- und Freizeitprogramme veranstaltet.⁵⁷

Die Aussagen der Repräsentativbefragung „Frankfurt 50+“ Personen mit Migrationshintergrund betreffend (von insgesamt 1.011 Befragten sind dies 143 Personen) sind nicht repräsentativ, da nicht herkunftssprachig unterstützt erhoben. Wegen der Sprachbarrieren sind ältere Migrantinnen und Migranten hier unterrepräsentiert bzw. nur diejenigen mit überdurchschnittlichen Sprachkenntnissen, Bildungsstand und Integrationserfolg erreicht worden. Befragte mit Migrationshintergrund (ausländische Staatsangehörige, Aussiedler, Flüchtlinge, eingebürgerte Personen ausländischer Herkunft) sind danach zu ca. 42 % („voll und ganz“ und „eher“) in einem Verein, Club oder einer Gruppe organisiert.⁵⁸

Gemäß einer Befragung der Träger/Einrichtungen zur Nutzung von Angeboten der offenen Altenarbeit in Seniorenbegegnungsstätten und Altenclubs durch ältere Migrantinnen und Migranten sind in 47,4 % der Einrichtungen Migrantinnen und Migranten präsent, wobei ihr Anteil an den Besuchern bei den meisten Einrichtungen zwischen 10 - 40 % variiert.⁵⁹ Über 70 % der Besucher mit Migrationshintergrund sind Frauen. Über 50 % der Besucher und Besucherinnen sind Aussiedler (56,8 %), 28,4 % aus dem ehemaligen Jugoslawien, danach sind Polen und Rumänien (je 16,1

⁵⁷ In diesem Zusammenhang wird auf die Magistratsberichte B 336 vom 24.05.2004 „Was tut die Stadt für die wachsende Zahl älterer Menschen mit Migrationshintergrund?“ und Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV), Anfrage an den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main, KA 31 vom 02.03.2005 „Einrichtungen für ältere Menschen muslimischen Glaubens“, Punkt 1: „Wie viele Einrichtungen für ältere Menschen muslimischen Glaubens gibt es in Frankfurt am Main? ...“ hingewiesen

⁵⁸ Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Repräsentative Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen der partizipativen Altersplanung der Stadt Frankfurt am Main, i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, der SUZ GmbH, Sozialwissenschaftliches UmfrageZentrum, Duisburg, Frankfurt a. M. 2003

⁵⁹ Stadt Frankfurt am Main, Der Dezernent für Soziales und Jugend (Hrsg.), Materialienreihe Jugend und Soziales, H. 2, Gesellschaftliche Teilhabe älterer Migrantinnen und Migranten in Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 2005

%), ehemaliges Russland und Türkei (je 14,8 %) und Italien mit 13,6 % die am häufigsten genannten Herkunftsländer.⁶⁰ Über die Hälfte der Migrantinnen und Migranten engagieren sich in diesen Einrichtungen ehrenamtlich (51,8 %).⁶¹

Die Zustimmung zur Schaffung eigener Angebote für Migrantinnen und Migranten ist in den 171 befragten Einrichtungen eher gering: „Ja“: 10,1 %, „teils/teils“: 16,7 %.

74 Migrantenorganisationen, in denen sich ältere Migrantinnen und Migranten beteiligen, wurden für den Bericht erfasst.⁶² 60 % dieser Organisationen und Vereine sind seit 1990 entstanden. Ihre Inhalte sind überwiegend „Kultur“, „Integration“, „Religion“, „Beratung“, „Bildung“, „Freizeit“ und „Betreuung“.⁶³

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat eine Kampagne für eine kultursensible Altenhilfe mit dem in 2002 veröffentlichten „Memorandum für kultursensible Altenhilfe“ vorgestellt. Die Zielsetzungen - wie Unterstützung des Prozesses der interkulturellen Öffnung der Altenhilfe, Zugänge von Migrantinnen und Migranten zu Angeboten der Altenhilfe zu erleichtern, Teilhabe und Mitgestaltung an den Angeboten zu ermöglichen - wurden von vielen Trägern aufgegriffen.⁶⁴ Im Juni 2005 hat der Dezernent für Soziales und Jugend stellvertretend für den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main, gemeinsam mit dem Vertreter der Ortsliga der Wohlfahrtsverbände, das „Memorandum für eine kultursensible Altenhilfe“ unterzeichnet.

6.2.2.4.1 Exkurs: Zwei unterschiedliche Ansätze eines Altenhilfeträgers, sich älteren Migrantinnen und Migranten zu öffnen

Während muttersprachliche Beratungsstellen und Treffs für Migrantinnen und Migranten mehr auf die Berücksichtigung der Bedürfnisse ethnischer Gruppen ausgerichtet sind, bemühen sich zunehmend Träger der (offenen) Altenhilfe

⁶⁰ ebenda

⁶¹ ebenda

⁶² ebenda

⁶³ ebenda

⁶⁴ Flyer und Konzeptionspapier der „Kampagne für eine kultursensible Altenhilfe“, www.kda.de

Migrantinnen und Migranten in die Regelangebote der (offenen) Altenhilfe zu integrieren. Man hat erkannt, dass ältere Migrantinnen und Migranten nicht in das Herkunftsland zurückkehren, sondern wegen familiärer Bindungen und gerade auch der gesundheitlichen/pflegerischen Versorgung im Einwanderungsland verbleiben.

1997 hat sich der Frankfurter Verband für Alten- und Behindertenhilfe e. V. im Stadtbereich West zum Ziel gesetzt, seine Einrichtungen für ältere Migrantinnen und Migranten zu öffnen. Innerhalb der offenen Seniorendienste beschäftigt sich die Begegnungsstätte Bockenheim aufgrund ihrer zentralen Lage im multikulturellen Stadtteil Bockenheim schwerpunktmäßig mit der Umsetzung der interkulturellen Öffnung.

Zur Vorbereitung der deutschen Besucher und um erste Kontakte zu älteren Migrantinnen und Migranten herzustellen wurden in Kooperation mit dem Internationalen Familienzentrum regelmäßige Begegnungen und gemeinsame Aktivitäten von und für älteren Migrantinnen und Migranten und deutschen Seniorinnen und Senioren organisiert.

Im Frühjahr 2000 wurde eine zweisprachige Begegnungsstättenleiterin (türkisch/deutsch) eingestellt.

Neben einer Vielzahl von Einzelveranstaltungen (Feste, Informationsveranstaltung zur Pflegeversicherung in türkischer Sprache, Ausstellungen, Erzählcafé, u. s. w.) haben sich seitdem folgende Aktivitäten bzw. Angebote für Migrantinnen und Migranten fest installiert:

- Eine Montagsgruppe: Wöchentlich stattfindendes Treffen älterer Migrantinnen, die vor allem aus der Türkei kommen. Gemeinsam werden unterschiedliche Aktivitäten unternommen: Kinobesuche, Besuch von Ausstellungen und andere Unternehmungen in Frankfurt am Main, aber auch Informationsveranstaltungen in türkischer Sprache (z. B. zur Pflegeversicherung) stehen auf dem Programm.
- Frauentanznachmittag am Sonntag: Diese Veranstaltung, die in erster Linie von älteren Migrantinnen - zum Teil mit ihren Töchtern und Enkelkindern - besucht wird, zu der aber auch deutsche Frauen eingeladen sind, findet

einmal monatlich im Auguste-Oberwinter-Haus/ Rödelheim statt.

- Gemeinsame Aktivitäten von deutschen Seniorinnen und Migrantinnen: An Busausflügen, Lesungen, Erzählcafés, Festen, verschiedenen Kursangeboten („Feste des Orients“, „Blicke in fremde Kochtöpfe“) und den beiden Bildungsreisen (nach Portugal und in die Türkei) nehmen deutsche Seniorinnen und ältere Migrantinnen gemeinsam teil.

Neben der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Familienzentrum hat sich auch eine intensive Kooperation mit dem Caritas-Verband (Fachdienst für Migration) entwickelt (gemeinsame Bildungsreisen, Kurse, Lesungen, etc).

Für die langjährigen deutschen Besucher der Begegnungsstätte war es zunächst schwer, ältere Migrantinnen in „ihrer“ Einrichtung zu akzeptieren. Mittlerweile ist die Toleranz und Akzeptanz auf beiden Seiten gestiegen und es finden, wie oben aufgeführt, punktuell gemeinsame Aktivitäten statt.

Die Interkulturelle Altenarbeit wird dadurch erschwert, dass die erste Generation der Migrantinnen und Migranten, die ihr Alter in Deutschland verbringt, häufig nur über eingeschränkte Deutschkenntnisse verfügt und die Muttersprache im Alter wieder mehr an Bedeutung gewinnt. So ist ein Rückzug älterer Migrantinnen und Migranten in ethnische Gruppen eher gegeben. Aber durch geeignete Angebote können Begegnungen und Kontakte älterer Menschen unterschiedlicher Nationalitäten ermöglicht und gefördert werden.

Die Integration von deutschen und ausländischen Älteren kann nicht erzwungen werden, sondern nur punktuell erfolgen, indem Interessierte bzw. bestehende (muttersprachliche) Gruppen (mit Übersetzerinnen bzw. Übersetzern) bei bestimmten Aktivitäten (z. B. Feste, Lesungen, Ausflüge, gemeinsame Fahrten etc.) zusammengeführt werden.

Mit Unterstützung der Stadt Frankfurt am Main öffnete sich auch die Seniorenwerkstatt des Frankfurter Verbandes - mit der Umbenennung in „Die Kreativwerkstatt, Internationaler Treff für Alt bis Jung“ - seit 2000 sukzessive für

ältere Migrantinnen. Erst in Kooperation mit INFRAU e.V., danach in Eigenregie, wurde der „Internationale Frauenkreis“ für Frauen nicht-deutscher und deutscher Herkunft gegründet. Es sind Frauen zwischen 25 und 84 Jahren aus 10 Nationen mit ost- und südeuropäischer Herkunft, aus Südamerika und mit muslimischem Hintergrund. Hier ist die gemeinsame Sprache Deutsch, was die Sprachkompetenz des Einzelnen fördert. Gemeinsam wird kreativ gearbeitet, über wichtige persönliche und gesellschaftliche Themen diskutiert, dabei ist das Thema „Frauen“ Leitmotiv. Gemütliches Beisammensein und gemeinsame Ausflüge und Aktivitäten in und um Frankfurt am Main stehen genauso auf dem Programm. In einem geschützten Rahmen mit der Verfolgung eines gemeinsamen Interesses ist es einfacher sich bewusst zu begegnen, Vorurteile wahrzunehmen, abzubauen und aneinander Anteil zu nehmen. Gegenseitiges Verständnis und eine realistische Einschätzung wird durch gelebte Unterschiedlich- und Gemeinsamkeiten möglich. Der Internationale Frauenkreis und interkulturelle Tanz- und Musikangebote sollen bei den deutschen Besucherinnen und Besuchern der Einrichtung für das interkulturelle Zusammenleben in der Stadt und im Alter sensibilisieren und dadurch Vorurteile abbauen.

6.2.2.4.2 Ausblick: Gesellschaftliche Teilhabe älterer Migrantinnen und Migranten

Die Untersuchungen zur „Nutzung von Seniorenbegegnungsstätten und Altenclubs“, „Beteiligungen in Migrantenorganisationen“ und „Ehrenamtliches Engagement“ schaffen die Grundlage für weiterführende Planungen.

Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sind in der Vorstellung der Studie „Gesellschaftliche Teilhabe älterer Migrantinnen und Migranten in Frankfurt am Main“⁶⁵ zusammengefasst:

(Zitat) „Die Ergebnisse zeigen, dass ältere Migrantinnen und Migranten genauso wie ihre deutschen Altersgenossen Geselligkeit suchen und sich auch engagieren wollen. So zählen knapp die Hälfte der 171 befragten Altenbegegnungsstätten und Seniorenclubs ältere Menschen ausländischer Herkunft zu ihren Besuchern. Mehr als die Hälfte dieser Einrichtungen gaben an, dass sich die ausländischen

⁶⁵ Stadt Frankfurt am Main, Der Dezernent für Soziales und Jugend (Hrsg.), Materialienreihe Jugend und Soziales, H. 2, Gesellschaftliche Teilhabe älterer Migrantinnen und Migranten in Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 2005

Besucherinnen und Besucher auch aktiv einbringen. Und das, obwohl bislang nur ein gutes Viertel aller befragten Einrichtungen von sich aus Anstrengungen unternommen hat, ältere Migrantinnen und Migranten gezielt anzusprechen. Weit über die Hälfte aller befragten Einrichtungen zeigten allerdings Interesse an einem Erfahrungsaustausch mit interkulturellen Begegnungsstätten oder Treffpunkten.

Interessant ist aber nicht nur, ob die Alteneinrichtungen in den Stadtteilen auf Migranten zugehen, sondern auch inwiefern Migrantorganisationen sich auf das Älterwerden ihrer Mitglieder einstellen. Drei Fünftel der 74 befragten Migrantorganisationen haben Mitglieder die 50 Jahre und älter sind. 20 Organisationen haben Angebote speziell für diese Altersgruppe. Es handelt sich um Treffs, Lesungen, Vorträge, Beratungen, Ausflüge, Gedächtnistraining, Sprach- und Handarbeitskurse, Seelsorge und Diakonie.

In mehr als der Hälfte der befragten Organisationen übernehmen ältere Menschen selbst ehrenamtliche Tätigkeiten. Sie engagieren sich bei der Organisation von Veranstaltungen und Festen. Sie übernehmen Büro-, Verwaltungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Sie beteiligen sich in Musik- und Tanzgruppen oder Chören. Sie leiten Sprach- und Kochkurse, Gruppen und Gesprächskreise.“ (Zitatende)⁶⁶

Diese Untersuchungsergebnisse sollen, aufbauend auf den gewonnen Erkenntnissen, dazu beitragen, mehr ältere Migrantinnen und Migranten mit der Weiterentwicklung bestehender als auch der Initiierung neuer bedürfnisgerechter Angebote zu erreichen. Dazu gehört in einem nächsten Schritt die praktische Erprobung innovativer Angebote unter wissenschaftlicher Begleitung. Diese Vorgehensweise erlaubt es, Daten zu erheben und gleichzeitig die Arbeitsabläufe in den Projekten zu optimieren.

Träger, Vereine, Migrantorganisationen sind angesprochen, sich an dem Modellversuch zu beteiligen und entsprechende Projekte zu entwickeln. Die Erprobung unterschiedlicher Ansätze ist vorgesehen. Dabei kann es sich z. B. um Projekte handeln zur Gestaltung des Alltags, der Förderung persönlicher

⁶⁶ Schriftliches Statement von Stadtrat Franz Frey, Dezernent für Soziales und Jugend, bei der Vorstellung des Berichts zu „Gesellschaftliche Teilhabe älterer Migrantinnen und Migranten in Frankfurt am Main“, Pressekonferenz am 11. August 2005, Frankfurt am Main

Fähigkeiten, sportlicher Aktivitäten und Erkundungen der Umgebung.

Eine Abschlussanalyse soll Erkenntnisse zur Gestaltung bedürfnisgerechter Angebote für ältere Migrantinnen und Migranten liefern.

6.3 Soziale Einbindung durch kulturelle und Bildungs-Angebote

Im folgenden Abschnitt geht es darum, ob und in welchem Umfang gesellschaftliche Teilhabe für Seniorinnen und Senioren durch die vorhandenen kulturellen Angebote in Frankfurt am Main stattfindet und was ihr möglicherweise im Wege steht. Die Ausführungen stützen sich auf die Auswertung der „Repräsentativen Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main“⁶⁷ im Bereich Kulturelle Angebote und auf die Auswertung der offenen Fragen 16, 17, 18 und 19 (die Unternehmungen und Möglichkeiten der Befragten betreffend „andere Leute kennen zu lernen“ und ihr „körperliches und seelisches Wohlbefinden zu verbessern“) aus der explorativen „Schriftlichen Fragebogenaktion 2004“.⁶⁸

6.3.1 Theater, Oper, Konzerte

Die nachfolgenden Angaben basieren auf der Repräsentativbefragung.

Interesse⁶⁹

Insgesamt 79,7 % aller Befragten sind an den Angeboten dieser drei Sparten interessiert (Männer 76 %, Frauen 82,8 %), das größte Interesse entwickeln die 76 bis 80jährigen mit 82,3 %, das schwächste zeigen die 61 bis 65jährigen mit 79,8 %. In der Tendenz nimmt das Interesse bis zum Alter von 80 Jahren zu und fällt dann ab 81 Jahren um 17,7 Prozentpunkte (von 82,3 % auf 64,6 %) rapide ab.

⁶⁷ Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Repräsentative Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen der partizipativen Altersplanung der Stadt Frankfurt am Main, i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, der SUZ GmbH, Sozialwissenschaftliches UmfrageZentrum, Duisburg, Frankfurt a. M. 2003

⁶⁸ Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Explorative – untersuchende - schriftliche (nicht repräsentative) Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, Firma EDV- und andere Dienstleistungen, Joachim Ritter, Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 2004

⁶⁹ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: zur Auswahl standen die drei Antworten: „interessiert mich, ich nutze die Angebote“; „interessiert mich, ich nutze die Angebote aber nicht“; „interessiert mich nicht“. Für die vorliegenden Aussagen „Interesse“ wurden die ersten beiden Kategorien zusammengefasst
Geschlecht N = 1.011, Altersgruppen N = 1.000

Nutzung⁷⁰

Die Angebote werden von 64,8 % der Befragten genutzt (Männer 64,1 %, Frauen 65,4 %), die meisten Besucherinnen und Besucher finden sich bei den 56 bis 60jährigen mit 75,4 %, ab 81 Jahre besuchen nur noch 39,0 % der Befragten Theater, Oper oder Konzerte. In der Tendenz nimmt die Nutzung mit zunehmendem Alter ab (Ausnahme bei den 56 bis 60jährigen).

Kritik⁷¹

Insgesamt 31,4 % aller Befragten (Männer 29,6 %, Frauen 32,9 %) haben etwas an den Angeboten auszusetzen, die meisten Kritiker gibt es bei den 76 bis 80jährigen mit 37,4 % und bei den 66 bis 70jährigen mit 35 %, am wenigsten haben die 81jährigen und älteren mit 27,6 % zu bemängeln.

Zur Kritik im Einzelnen:⁷²

- als zu teuer nennen 36,9 % der Antworten bzw. 42,8 % der Befragten die Angebote,
- nicht nach ihrem Geschmack sind sie in 30,3 % der Antworten und
- unzureichend in 10,4 % der Antworten,
- 6,9 % der Antworten kritisieren die ungünstigen Zeiten und
- 6,3 % der Antworten die schwere Erreichbarkeit.

Bei den Antworten auf die offene Frage wurde häufig kritisiert:

- Inszenierungen in Theater und Oper seien zu modern;
- Anreise sei zu lang und zu teuer;
- es sei schwierig, an Karten zu kommen und
- die Räumlichkeiten seien oft nicht rollstuhlgerecht.

⁷⁰ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: zur Auswahl standen die drei Antworten: „interessiert mich, ich nutze die Angebote“; „interessiert mich, ich nutze die Angebote aber nicht“; „interessiert mich nicht“. Für die vorliegenden Aussagen „Nutzung“ wurde die ersten Kategorie zugrunde gelegt
Geschlecht N = 1.011, Altersgruppen N = 1.000

⁷¹ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: **Geschlecht N = 952, Altersgruppen N = 943**

⁷² Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung:
Basis: 299 Befragte, die etwas auszusetzen hatten, gaben 347 Antworten. Mehrfachnennungen waren möglich.

Konkrete Vorschläge:

- mit Theaterkarten den ÖPNV kostenlos benutzen können⁷³;
- frühe Aufführungstermine am Nachmittag schaffen;
- Seniorenfahrdienst einrichten.

Auffälliges

Das Interesse an den Angeboten wächst bis ins hohe Alter von 80, die Nutzung jedoch nimmt im gleichen Zeitraum rapide ab: sind die Angebote noch erreichbar? Interesse und Nutzung der Angebote sind jedoch insgesamt sehr stark im Vergleich zu den anderen kulturellen Angeboten, gleichzeitig wird heftige Kritik an den Inszenierungen von Schauspiel und Oper geübt: sind Operette, Musical und Konzerte vielleicht für Senioren eher interessant?

6.3.2 Bibliotheken, Stadtteilbüchereien

Interesse⁷⁴

Insgesamt 50,4 % der Befragten (Männer 49,5 %, Frauen 51,1 %) interessieren sich für Bibliotheken und Stadtteilbüchereien, am stärksten ist das Interesse mit 64,4 % bei den 50 bis 55jährigen ausgeprägt, am schwächsten mit 41,5 % bei den 76 bis 80jährigen. Insgesamt ist die Tendenz sinkend, ausgenommen bei den 66 bis 70jährigen (49,4 %) und ab 81 Jahren (42,7 %).

Nutzung⁷⁵

34,1 % aller Befragten (Männer 34,0 %, Frauen 34,1 %) nutzen die Angebote von Bibliotheken, am stärksten im Alter von 50 bis 55 Jahren mit 46,9 %, am schwächsten ab 81 Jahren mit 23,2 %. Tendenziell nimmt die Nutzung mit

⁷³ Die städtischen Bühnen bieten diese Service bereits an. Das ist offensichtlich nicht genügend bekannt.

⁷⁴ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: zur Auswahl standen die drei Antworten: „interessiert mich, ich nutze die Angebote“; „interessiert mich, ich nutze die Angebote aber nicht“; „interessiert mich nicht“. Für die vorliegenden Aussagen „Interesse“ wurden die ersten beiden Kategorien zusammengefasst
Geschlecht N = 1.007, Altersgruppen N = 996

⁷⁵ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: zur Auswahl standen die drei Antworten: „interessiert mich, ich nutze die Angebote“; „interessiert mich, ich nutze die Angebote aber nicht“; „interessiert mich nicht“. Für die vorliegenden Aussagen „Nutzung“ wurde die erste Kategorie zugrunde gelegt
Geschlecht N = 1.007, Altersgruppen N = 996

zunehmendem Alter stetig ab, lediglich im Alter von 66 bis 70 Jahren gibt es einen Anstieg um 3 Prozentpunkte (von 46,4 % auf 49,4 %).

Kritik⁷⁶

19,5 % der Befragten (Männer 18,7 %, Frauen 20,2 %) haben etwas an Bibliotheken und Stadtteilbüchereien auszusetzen, die meisten Kritiker sind unter den 50 bis 55jährigen zu finden, am wenigsten haben die Befragten ab 81 Jahre auszusetzen. In der Tendenz nimmt die Kritik mit zunehmendem Alter ab, nur die 76 bis 80jährigen haben mehr geringfügig auszusetzen als die vorherige Altersgruppe.

Zur Kritik im Einzelnen:⁷⁷

- die Schließung oder drohende Schließung von Stadtteilbibliotheken erwähnen 37,5 % aller Kritiken,
- das Angebot ist unzureichend: 32,1 % der Antworten,
- Angebote sind nicht nach ihrem Geschmack: 6,5 % der Antworten,
- die schwere Erreichbarkeit bemängeln 6,5 % der Antworten und
- zu teuer sagen 2,2 % der Antworten aus.

Bei den Antworten auf die offene Frage wurde häufig kritisiert:

- Stadteinähe von Bibliotheken sei für Senioren besonders wichtig, deshalb müssten Schließungen verhindert werden;
- Buchbestand sei zu alt und unhygienisch;
- Standort von Bibliotheken sei schlecht ausgeschildert.

Auffälliges

Interesse und Nutzung steigt bei den 66 bis 70jährigen: Bibliotheken gewinnen im klassischen Rentenalter noch einmal an Bedeutung. In der Gruppe der 60 bis 65jährigen interessiert sich weniger als die Hälfte der Befragten für Bibliotheken:

⁷⁶ **Geschlecht N = 885, Altersgruppen N = 878**

⁷⁷ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung:
Basis: 173 Befragte, die etwas auszusetzen hatten, gaben 184 Antworten. Mehrfachnennungen waren möglich.

fehlende Angebote, zu wenig Öffentlichkeitsarbeit und/oder Imageproblem, Zeitbudget der Betroffenen? Die Nutzung sinkt von 46,9 % (50 bis 55jährige) auf 23,2 % (über 81jährige), auch hier: sind die Angebote im Alter noch erreichbar, wie könnten sie näher gebracht werden?

6.3.3 Kurse und Vorträge bei Volkshochschule (VHS) und anderen Bildungsanbietern oder in der Universität des Dritten Lebensalters (U3L)

Interesse⁷⁸

Insgesamt 52,5 % der Befragten (Männer 48,5 %, Frauen 55,7 %) interessieren sich für Bildungsangebote, das stärkste Interesse findet sich bei den 50 bis 55jährigen mit 61,4 %, das schwächste bei den 81jährigen und älteren mit 34,6 %. In der Tendenz nimmt das Interesse mit zunehmendem Alter ab.

Nutzung⁷⁹

Insgesamt 26,1 % aller Befragten (Männer 22,8 %, Frauen 28,8 %) nutzen die Bildungsangebote, die meisten Nutzer gibt es unter den 56 bis 60jährigen mit 30,1 %, am schwächsten ist die Nutzung unter den 81jährigen und älteren mit 13,6 %. In der Tendenz nimmt die Nutzung der Bildungsangebote mit zunehmendem Alter ab, Ausnahmen gibt es bei den 56 bis 60jährigen und 66 bis 70jährigen.

Kritik⁸⁰

Insgesamt haben nur 11,8 % aller Befragten (Männer 6,5 %, Frauen 15,7 %) etwas an den Bildungsangeboten auszusetzen, am stärksten kritisieren die 50 bis 55jährigen mit 16,2 % In der Tendenz: sinkt die Kritik mit zunehmendem Alter, eine Ausnahme bilden die 66 bis 70jährigen.

⁷⁸ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: zur Auswahl standen die drei Antworten: „interessiert mich, ich nutze die Angebote“; „interessiert mich, ich nutze die Angebote aber nicht“; „interessiert mich nicht“. Für die vorliegenden Aussagen „Interesse“ wurden die ersten beiden Kategorien zusammengefasst
Geschlecht N = 1.005, Altersgruppen N = 994

⁷⁹ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: zur Auswahl standen die drei Antworten: „interessiert mich, ich nutze die Angebote“; „interessiert mich, ich nutze die Angebote aber nicht“; „interessiert mich nicht“. Für die vorliegenden Aussagen „Nutzung“ wurde die erste Kategorie zugrunde gelegt
Geschlecht N = 1.005, Altersgruppen N = 994

⁸⁰ **Geschlecht N = 816, Altersgruppen N = 809**

Zur Kritik im Einzelnen:⁸¹

- als zu teuer erscheinen die Angebote in 24,8 % der Antworten,
- als unzureichend in 23 %,
- in 16,8 % der Antworten sind die Angebote nur schwer zu erreichen,
- in 8,8 % der Antworten sind die Angebote nicht nach dem Geschmack der Befragten und
- in 5,3 % der Antworten, sind die Leute mit denen sie dort zusammentreffen, nicht nach ihrem Geschmack.

Bei den Antworten auf die offene Frage wurde oft genannt:

- die extrem steigenden Gebühren,
- Wünsche nach mehr Öffentlichkeitsarbeit und mehr Veranstaltungen auch tagsüber,
- die Angebote seien nicht stadtteilnah,
- zu viele Besserwisser bei den Nutzern.

Auffälliges

Die beiden Spitzen bei der Nutzung liegen bei den 56 bis 60jährigen und 66 bis 70jährigen: Die Datengrundlage reicht nicht aus, um die geringere Nutzung durch die 60 bis 65jährigen zu erklären, die auch bezüglich der Bibliotheks-/Bücherei-Besuche zu verzeichnen ist.

Nur 6,5 % der Männer üben Kritik: hohe Zufriedenheit von 93,5 %.

6.3.4 Museen und Ausstellungen

Interesse⁸²

Insgesamt sind 86,5 % der Befragten (Männer 88,9 %, Frauen 82,7 %) an Museen

⁸¹ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung:
Basis: 96 Befragte, die etwas auszusetzen hatten, gaben 113 Antworten. Mehrfachnennungen waren möglich.

⁸² Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: zur Auswahl standen die drei Antworten: „interessiert mich, ich nutze die Angebote“; „interessiert mich, ich nutze die Angebote aber nicht“; „interessiert mich nicht“. Für die vorliegenden Aussagen „Interesse“ wurden die ersten beiden Kategorien zusammengefasst
Geschlecht N = 1.008, Altersgruppen N = 997

und Ausstellungen interessiert, das stärkste Interesse zeigen die 61 bis 65jährigen mit 89,8 %, am schwächsten ist es bei den 81jährigen und älteren ausgeprägt. Das Interesse sinkt mit zunehmendem Alter, eine Ausnahme bilden die 61 bis 65jährigen mit 89,8 %.

Nutzung⁸³

77,0 % aller Befragten (Männer 81,6 %, Frauen 73,2 %) besuchen Museen und Ausstellungen, die meisten Besucher gibt es unter den 56 bis 60jährigen mit 84,4 %, die wenigsten unter den 81jährigen und älteren mit 51,2 % In der Tendenz bleibt die Nutzung bis zum Alter von 66 - 70 Jahren mit ca. 80 % nahezu gleich, danach ist ein starker Rückgang der Besuche festzustellen.

Kritik⁸⁴

11,9 % der Befragten (Männer 12 %, Frauen 11,7 %) haben etwas auszusetzen, am kritischsten sind die 71 bis 75jährigen mit 16,2 %. Es gibt keine altersmäßige Tendenz der Kritik, sie entwickelt sich wellenförmig.

Zur Kritik im Einzelnen.⁸⁵

- 50,8 % Antworten nennen die Angebote zu teuer,
- in jeweils 11,7 % der Antworten
 - sind die Zeiten ungünstig und
 - die Angebote nicht nach dem Geschmack der Befragten,
- schwer zu erreichen sind die Ausstellungsorte in 10,8 % der Antworten,
- das Angebot als unzureichend wird in 8,3 % der Antworten genannt und
- die dort anzutreffenden Leute nicht nach ihrem Geschmack sagen 6,7 % der Antworten aus.

⁸³ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: zur Auswahl standen die drei Antworten: „interessiert mich, ich nutze die Angebote“; „interessiert mich, ich nutze die Angebote aber nicht“; „interessiert mich nicht“. Für die vorliegenden Aussagen „Nutzung“ wurde die ersten Kategorie zugrunde gelegt
Geschlecht N = 1.008, Altersgruppen N = 997

⁸⁴ **Geschlecht N = 953, Altersgruppen N = 944**

⁸⁵ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung:
Basis: 113 Befragte, die etwas auszusetzen hatten, gaben 120 Antworten. Mehrfachnennungen waren möglich.

Bei der Beantwortung der offenen Frage wurde oft genannt:

Wunsch nach

- mehr speziellen Angeboten für Senioren – auch morgens -,
- einer bequemerer Anfahrt,
- Einführung einer Seniorenjahreskarte,
- freiem Eintritt am Mittwoch und
- mehr Sitzgelegenheiten an den Ausstellungsorten.

Kritik gab es an

- der nicht behindertengerechten Ausstattung und
- der zu kleinen Schrift an Exponaten.

Auffälliges

Männer zeigen nur im Bereich Museen und Ausstellungen das größere Interesse und die stärkere Nutzung: weil keine ausgeprägt aktive Teilnahme notwendig ist?

6.3.5 Vergleich der kulturellen Angebote

Das stärkste **Interesse** zeigen die Befragten mit 86,5 % an Museen und Ausstellungen, danach folgen Theater, Oper, Konzerte mit 79,7 %. Deutlich weniger interessiert waren die Befragten an Kursen und Vorträgen bei VHS und anderen Bildungsanbietern oder U3L mit 52,5 % und an Bibliotheken und Stadtteilbüchereien mit 50,4 %.

Eine ähnliche Verteilung ergibt sich beim Vergleich der **Nutzung** der kulturellen Angebote, auch hier stehen mit 77,0 % der Befragten Museen und Ausstellungen an der Spitze, gefolgt von Theater, Oper, Konzerte mit 64,8 %. Bibliotheken und Stadtteilbüchereien werden dagegen nur noch von 34,1 % und Kurse und Vorträge bei VHS und anderen Bildungsanbietern oder U3L von 26,1 % aller Befragten genutzt.

Eine andere Verteilung ergibt sich beim Vergleich der Häufigkeit der **Kritik** an den kulturellen Angeboten. Zu Theater, Oper, Konzerte äußern sich 31,4 % der Befragten

kritisch und noch 19,5 % sehen Bibliotheken und Stadtteilbüchereien kritisch. Nur noch 11,9 % üben Kritik an Museen und Ausstellungen und 11,8 % an Kursen und Vorträgen bei VHS und anderen Bildungsanbietern oder U3L.

6.3.6 Ergebnisse der explorativen Befragung

In der explorativen Befragung wird bei der positiven Beantwortung der **Frage 16**: *„Unternehmen Sie etwas, um mehr Kontakt zu anderen Menschen zu bekommen und neue Leute kennen zu lernen?“* sehr häufig die Nutzung der oben aufgeführten kulturellen Einrichtungen in Frankfurt am Main genannt, es wird allerdings auch hier immer wieder darauf hingewiesen, dass viele dieser Angebote in den Stadtteilen nicht erreichbar seien (27,7 % von 1341 Antwortenden = ja).

Auch bei der Beantwortung der **Frage 17**: *„Könnten bestimmte Angebote oder Veranstaltungen es Ihnen erleichtern, Kontakt zu anderen Menschen zu pflegen und neue Leute kennen zu lernen?“* steht das Problem der **Mobilität** häufig im Mittelpunkt.

Ein Auszug aus den Antworten:

- „Gemeinsame Fahrten in Theater, Konzerte, Ausstellungen, weil der Weg zur U-Bahn in der Dunkelheit alleine nicht angenehm ist.“
- „Es wäre schön, wenn mich jemand holen und wieder bringen könnte.“
- „Kulturelles Angebot mit Möglichkeit des Krankentransportes.“
- „Kulturelles Angebot ausreichend vorhanden, aber unerreichbar, da behindert und kein Transportdienst.“
- „Mehr stadtteilbezogene kulturelle Angebote, auch Theaterveranstaltungen im Stadtteil.“

Bei vielen Antworten steht der zu hohe **Preis** der kulturellen Angebote im Mittelpunkt: es werden häufig *ermäßigte Karten für Konzerte, Oper, Theater und Musikveranstaltungen* gewünscht, konkret wird die *Einführung einer SeniorenCard* vorgeschlagen.

Auch günstigere **Zeiten** könnten den Senioren den Zugang zu kulturellen Veranstaltungen erleichtern: *Vorträge, Theater und Konzerte vormittags und nachmittags, nicht nur zu Weihnachten, aber auch und vor allem in den Wintermonaten* werden häufig gewünscht.

Kurze Wege und kleine Preise, dann wäre alles interessant – so fasst einer der Befragten kurz und prägnant die Aussagen vieler anderer Seniorinnen und Senioren zusammen.

6.3.6.1 Was es schon gibt – gute Beispiele

- **"VorleseKlatsch" in der NordWestStadtBibliothek**

Die Bewohnerinnen und Bewohner der Seniorenwohnanlage der AWO am Eduard-Bernstein-Weg werden mit dem Taxi zum NordWestZentrum gefahren und nach Veranstaltungsende auch wieder nach Hause gebracht. Zu Beginn der Veranstaltungsreihe wurden die Taxi-Kosten von der Schader-Stiftung übernommen, mittlerweile - nachdem die Stiftung vor einiger Zeit als Geldgeber ausgestiegen ist und keine anderen Sponsoren gewonnen werden konnten - zahlt die AWO die Kosten selber.

- **Aktivangebote bzw. -gruppen**

Angebote der Offenen Seniorendienste (z. B. der Wohlfahrtsverbände und der Kirchen), die gemeinsam u. a. kulturell "unterwegs sind", zu Ausstellungsbesuchen und Führungen, vereinzelt auch zu Theater und Kino.

Im Vordergrund steht, die kulturelle Aktivität in Gemeinschaft zu erleben und sich so - z. B. vermittels einer Führung - mit Kultur auseinander zu setzen. Eine Erfahrung, die man von sich aus so vielleicht nicht gesucht hätte. Die Kosten werden unter allen Teilnehmern geteilt.

- Manche **Museen bieten** schon ein **spezielles Programm für Senioren an**, z. B. die Schirn ihre "Kunstsitzungen" am Freitag (Eintritt, Führung im Sitzen, danach Austausch bei Kaffee und Kuchen im Schirn Café).

- **Verbilligte Theaterkarten** - einmal im Jahr zur Vorweihnachtszeit – gibt es subventioniert von der Stadt Frankfurt am Main: Eine Auswahl von Karten zu Nachmittagsvorstellungen/Premieren in ausgewählten Theatern in Frankfurt.

Die Befragungsergebnisse zeigen den Wunsch und den Bedarf – insbesondere der mobilitätseingeschränkten Älteren – nach dem Ausbau dieser guten Praxisbeispiele: „Gut-auf-den-Weg-gebracht bei kleinen Preisen“.

6.4 Handlungsempfehlungen

6.4.1 Die Erhaltung und Wiederbelebung dezentraler Strukturen

Seniorengerechte Kulturveranstaltungen im Stadtzentrum ersetzen keine sozialen und kulturellen Angebote im Wohnumfeld. Für die gesellschaftliche Teilhabe sind beide Zugangswege zu öffnen. Die repräsentative Befragung „Frankfurt 50+“ ergab, je älter, je weniger mobil und je stärker sozial benachteiligt jemand ist („Lebenslage“), desto mehr gewinnen die sozialen Angebote in der Nähe an Bedeutung.

Traditionelle Angebote (wie Seniorenclubs) werden überwiegend von kleineren Gruppen Hochaltriger genutzt. Aufgrund ihrer spezifischen Gesundheitsverfassung, geringeren Mobilität und oft bei kleiner Rente sind sie in ihrer Lebenslage besonders auf ein solches Angebot zur sozialen Einbindung und für ihr persönliches Wohlbefinden angewiesen. Solche Angebote sorgen dafür, dass ältere Menschen möglichst lange in ihrem Wohnquartier bleiben können und vermeiden einen vorzeitigen Umzug in eine stationäre Einrichtung. Wie die repräsentative Befragung „Frankfurt 50+“ ergeben hat, schätzen zukünftige Generationen ihr Interesse an solchen Angeboten entsprechend dem Interesse der gegenwärtigen Älteren relativ hoch ein.

Trotz der Umbruchsituation in der offenen Altenarbeit sind stadtteilnahe Angebote für Hochbetagte zu erhalten. Dazu bedarf es der Unterstützung und Qualifizierung der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter der Clubs auf das sich wandelnde Klientel hin, um auch leicht dementiell Erkrankte im Club bzw. in der Gruppe zu integrieren und

zu unterstützen, damit sie solange wie möglich in ihrer Häuslichkeit verbleiben können.

Die Förderung von gemeinwesenorientierten Projekten (siehe Exkurs: Beispiel eines stadtteilorientierten Projektes „Am Bügel“ als Umsetzung der partizipativen Altersplanung) erhält die soziale Infrastruktur im Stadtteil auch für die Hochbetagten. Gemeinwesenorientierte und partizipative Projekte könnten die Integration verschiedener Alterskohorten und Zielgruppen (z. B. bürgerschaftlich Engagierte und Hochbetagte) leisten und damit gegenseitige Vorurteile abbauen bzw. zu mehr Akzeptanz des Alterns bei den Betroffenen führen.

6.4.2 Die Fortsetzung zentraler Aktionen:

Die Angebote für ältere Bürger, die die Selbständigkeit im Alter unterstützen und erhalten, werden durchaus von den jüngeren wie älteren Alten positiv beurteilt. Öffentliche Aktionen wie die Präsentation des „Frankfurter Sofortprogramms“ auf der Zeil/Stadtmitte oder die „Aktionswoche Älter werden in Frankfurt“ machen die Altenhilfestruktur in der Bevölkerung bekannt und wirken gegen die „Altersdiskriminierung“, da sie Interesse und Anerkennung für das Thema Älterwerden wecken.

Zentrale Anlaufstellen wie das Römertelefon und das Seniorentelefon für die Klärung und Weitervermittlung zu den Fachstellen sind dahingehend zu unterstützen, dass ihre Bekanntheit, Vernetzung und Qualifikation gefördert wird. Es wäre auch die Neuauflage des Wegweisers „Älterwerden in Frankfurt“ mit den dazugehörigen Stadtteilkarten erforderlich.

6.4.3 Förderung einer sukzessiven Erweiterung der Angebote für die stark differenzierten Lebens- und Bedürfnislagen der Bevölkerung 50+:

Die offene Altenarbeit ist in ihrer „Umbruchssituation“ besonders zu unterstützen und die bestehenden Förderkriterien sind anzupassen. Die nachfolgenden Alterskohorten geben ein gleich bleibendes Interesse an solchen Angeboten in der Zukunft an, die neu zu gestalten sind, da sich das Sozial- und Freizeitverhalten dieser Kohorten (z. B. 68er Generation) ausdifferenziert hat. Dazu bedarf es zusätzlicher Mittel, um neue, standortsbezogene und bedarfsgerechte Angebote und eine dem angemessene Infrastruktur zu entwickeln und zu etablieren.

6.4.4 Bezüglich übergreifender Aspekte

Für alle mit übergreifenden Themen angesprochenen Zielgruppen bedarf es städtischer Unterstützung bei der Kooperation zwischen Trägern und Betroffenen in den definierten Personengruppen zur Entwicklung einer zielgruppenspezifischen Infrastruktur. Hier sollen z. B., gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 25.11.2004, Beratungstelefone für ältere Lesben und Schwule eingerichtet werden. Das Institut für Sozialarbeit e. V.⁸⁶ hat hierfür seine Kooperation angeboten.

Rahmenbedingungen um Professionalität und bürgerschaftliches Engagement zusammenführen zu können, sind zu schaffen. Dazu bedarf es der **Förderung der konzeptionellen Veränderung und Umsetzung in Institutionen, um bürgerschaftliches Engagement, Eigeninitiative und Partizipation zu ermöglichen.**⁸⁷

Die Konzepte des „Beratungstelefon für Schwulen und Lesben“ oder des „MITmachzentrums Am Bügel“ sind beispielhaft.

Durch Information, Veranstaltungen, Qualifizierung und Qualitätssicherung sind Diskriminierung und Zugangsbarrieren zu „kultursensiblen Gruppen“ wie Schwulen und Lesben, Migrantinnen und Migranten sowie Menschen mit Behinderungen in Einrichtungen der Altenarbeit und –Hilfe abzubauen. Dabei kann Integration nicht erzwungen werden, sondern sollte „kultursensibel“ für alle Beteiligten erfolgen.⁸⁸

⁸⁶ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: seit 01.01.2006: Bürgerinstitut – Soziales Engagement in Frankfurt

⁸⁷ siehe 6.2.1.4., „Beispiel eines stadtteilorientierten Projektes Am Bügel“ als Umsetzung der partizipativen Altersplanung und Kapitel 9 des Teilberichts 1: „Einsatzpotentiale und Partizipation älterer Bürgerinnen und Bürger“

⁸⁸ siehe Teilbericht III „Angebote und Hilfen zur selbstbestimmten Lebensführung in stationären Einrichtungen“

6.5 Literatur- und Quellenverzeichnis zu Kapitel 6

- Becker, Tobias: „Verband will Senioren Kultur bieten“, Frankfurter Rundschau vom 20.9.2005, S. 41, Frankfurt a. M. 2005
- Carls, Christian: Altenhilfe als Begegnungsraum – passé?, Forum Kritische Gerontologie im Internet, S.4, www.kritische-gerontologie/oah2.htm
- Flyer „Angebote in Frankfurt für ältere Lesben und Schwule“, Frankfurt a. M.
- Flyer und Konzeptionspapier „Kampagne für eine kultursensible Altenhilfe“, www.kda.de
- Hammer, Eckart, Prof. Dr.: Brauchen wir eine Senioren-Kultur-Arbeit?, in: Evangelische Impulse 2/2000
- ISIS-Sozialforschung Frankfurt am Main, im Auftrag der Stadt Frankfurt am Main, Jugend- und Sozialamt, Alter werden in Frankfurt, Ein Wegweiser für ältere Menschen und für Menschen, die sie beraten, unterstützen und pflegen, Frankfurt a. M. 2002, www.aelderwerden-in-frankfurt.de
- Konzeptionspapier der „Kampagne für eine kultursensible Altenhilfe“, www.kda.de
- Leitfaden in der Qualitätsentwicklung der offenen Altenarbeit, Hrsg. Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche Deutschland e.V., 2005.
- Röttger, Ursula: Interview mit Evelyne Becker, Leiterin Referat Wohnungslosenhilfe im Fachdienst für besondere Lebenslagen beim Caritasverband Frankfurt e. V., Frankfurt a. M. 2004
- Schirmmacher, Frank: Das Methusalem-Komplott, 2004
- Stadt Frankfurt am Main, Bericht des Magistrats vom 24.05.2004, B 336 „Was tut die Stadt für die wachsende Zahl älterer Menschen mit Migrationshintergrund?“
- Stadt Frankfurt am Main, Bericht des Magistrats vom 09.07.2004, B 454, Runder Tisch zur Situation von Lesben und Schwulen in Frankfurt, aktualisierter Sachstand vom 08.12.04; Expertenbericht Fachgruppe Alter des Runden Tisches zur Situation von Lesben und Schwulen in Frankfurt am Main.
- Stadt Frankfurt am Main, Der Dezernent für Soziales und Jugend (Hrsg.), Materialienreihe Jugend und Soziales, H. 1, Sachstandsbericht Ältere Menschen in Frankfurt am Main 2001, Frankfurt a. M. 2003
- Stadt Frankfurt am Main, Der Dezernent für Soziales und Jugend (Hrsg.), Materialienreihe Jugend und Soziales, H. 2, Gesellschaftliche Teilhabe älterer Migrantinnen und Migranten in Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 2005
- Stadt Frankfurt am Main, Dezernat für Soziales und Jugend (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem Presse- und Informationsamt, Senioren Zeitschrift, viermal pro Jahr, Frankfurt a. M.

- Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV), Anfrage an den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main, KA 31 vom 02.03.2005 „Einrichtungen für ältere Menschen muslimischen Glaubens“, Punkt 1: „Wie viele Einrichtungen für ältere Menschen muslimischen Glaubens gibt es in Frankfurt am Main? ...“
- Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Repräsentative Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen der partizipativen Altersplanung der Stadt Frankfurt am Main, i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, der SUZ GmbH, Sozialwissenschaftliches UmfrageZentrum, Duisburg, Frankfurt a. M. 2003
- Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Explorative – untersuchende - schriftliche (nicht repräsentative) Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, Firma EDV- und andere Dienstleistungen, Joachim Ritter, Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 2004

7. DAS GESPRÄCH ZWISCHEN ALT UND JUNG IM GEMEINWESEN

Ein Beitrag zur Gestaltung von Generationenbeziehungen

Autorinnen: Barbara Heun, Ute Wannig

Begegnung zwischen Menschen unterschiedlicher Alter kann Elemente des Noch-Nicht-Gelebten für die Jungen und des Bereits-Gelebten für die jeweils älteren beinhalten. Sie bedeutet aber auch, dass beide in einem gemeinsamen Zeit-Raum leben, auf den sie sich in unterschiedlicher Wahrnehmung beziehen.

Dialog als Absicht allein genügt nicht, um eine Basis für Generationenbeziehungen zu schaffen. Es ist entscheidend einen allen bewegenden Katalysator zu finden. Kulturgemischte Gruppen unterschiedlicher Lebensalter begünstigen Lernprozesse. Sie ermöglichen Gruppen-Erfahrungen und Erfahrungen in personal-biografischen Beziehungen.

Frankfurt am Main bietet mit seiner multiethnischen Bewohnerschaft und einer differenzierten Infrastruktur im Rahmen der Altenhilfe und des bürgerschaftlichen Engagements, seinem Netz an Partnerstädten den fruchtbaren Boden für Lernpartnerschaften im Generationendialog.

7.1 Lernnetze zum Verhältnis der Generationen

Die Lernnetze basieren auf der gemeinsamen Entwicklung und Erprobung von Lerninhalten zu denen sich die Partner auf regionaler Ebene verständigt haben. Das Ziel ist, Wege zum Kennen-Lernen und zur wechselseitigen Wertschätzung zu ebnen.

Eines der Lernnetze, das hier vorgestellt sein soll, bezieht sich auf das Verhältnis zwischen den Generationen. Initiatorin ist die „Christliche Initiative Internationales Lernen“

(CIL).¹ An der Entfaltung dieses Lernnetzes beteiligten sich in den vergangenen beiden Jahren neben Partnern aus Litauen, Polen und der Universität der Philippinen in Manila auch Partner der Ehrenamtsagentur und des Diakonischen Werks im Kreis Offenbach, der Caritasverband Frankfurt e. V. und das Jugend- und Sozialamt (Jugendhilfe- und Sozialplanung) der Stadt Frankfurt am Main.

Zu den Grundüberlegungen des Lernnetzes gehört die Suche nach außerfamiliärem Solidarverhalten zwischen Alt und Jung in einer Zeit, in der Beziehungen in der Familie infolge des demographischen Wandels und beruflicher Mobilität oftmals nicht länger tragfähig sind. Die Partner haben diese Vision eines zukünftigen Solidarverhaltens Freund-Verwandtschaften genannt und wie folgt beschrieben:

7.1.1 FreundVerwandtschaften zwischen Jung und Alt

Das Besondere an der Freundschaft ist, dass sie freiwillig zustande kommt.

Das Besondere der Verwandtschaft ist, dass sie immer da ist. Man ist in sie hineingeboren.

Folge dieses Besonderen ist: Freundschaft ist abhängig von einem guten Gefühl.

Verwandtschaft ist davon nicht abhängig. Sie besteht.

Generationenbeziehungen bestehen in der Familie – ob mit oder ohne gute Gefühle. Die Gesellschaft ist, was die Generationenfrage betrifft, gewissermaßen das größere Abbild der Familie. Auch in ihr existieren Generationenbeziehungen mit oder ohne gute Gefühle der Dazugehörigkeit, der Wertschätzung.

Wenn wir uns auf zukunftsfähige Generationenbeziehungen als FreundVerwandtschaften

¹ Die Christliche Initiative Internationales Lernen e.V. (CIL) wurde am 8. Mai 1985 in Frankfurt am Main gegründet. Ihre GründerInnen kamen aus den christlichen Teilen der sozialen Bewegungen der 80er Jahre, aus Deutschland, aus den Philippinen und aus den USA. Neben ihren Engagements in Friedensbewegung und Internationaler Solidaritätsarbeit bezogen sie sich auf befreiungstheologische Ansätze. Nach der Gründung gestaltete die CIL in den darauf folgenden Jahren internationale Lernnetze mit Menschen aus Basisbewegungen in Nord und Süd. Zum Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001 hat sich die CIL am Symposium "Europäischer Erfahrungsaustausch zum bürgerschaftlichen Engagement" - einer Veranstaltung des Dezernats Soziales und Jugend im Römer - beteiligt. Seither bestehen Arbeitsbeziehungen im Rahmen der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zum Thema Generationenbeziehungen. Seit zwei Jahren unterhält sie auch regelmässige Arbeitskontakte zu osteuropäischen Partnerorganisationen im Rahmen von EU-Projekten.

ten beziehen, dann denken wir an die Durchmischung der beständigen Verwandtschaft und der glanzvollen, von guten Gefühlen begleiteten Freundschaft. Indem das Beste von beiden zusammengefügt wird, gewinnt FreundVerwandtschaft eine über beide hinausgehende neue Qualität. Sie verleiht der beständigen Verwandtschaft Glanz und gibt der glanzvollen Freundschaft Beständigkeit.

Die Notwendigkeit dieses Anliegens, außerfamiliale Generationenbeziehungen anzuregen, liegt wesentlich in beruflichen Erfordernissen und der damit zunehmenden Mobilität. Diese führt dazu, dass sich die verschiedenen Generationen in einer Familie oftmals nicht mehr unmittelbar unterstützen können. Hiermit ist sowohl die Unterstützung der Jungen durch die Eltern und Grosseltern als auch die Unterstützung der Alten durch ihre Kinder und Enkelkinder gemeint. Hinzukommt aber auch, dass eine grösser werdende Anzahl berufstätiger Männer und Frauen kinderlos bleibt und damit, auf ihr eigenes Alter hin betrachtet, keine Familie im Sinne des Austauschs zwischen den Generationen zu erwarten hat.

7.2 Ermöglichung oder Verhinderung von FreundVerwandtschaften durch Sprachbilder

Auf der Suche nach der Ermöglichung von FreundVerwandtschaften sind wir in den vergangenen vier Jahren bereits viele Wege gegangen. Einer dieser Wege hat uns auf eine der sehr grundsätzlichen Ebenen zwischenmenschlicher Beziehung geführt. Diese Ebene ist das Sprachverhalten und hier die Sprache zwischen Alt und Jung oder auch von Alt über Jung und Jung über Alt.

Beschrieben haben wir das wie folgt:

7.2.1 Generationen und Sprachverlust

Die Problematik des abnehmenden Erfahrungsaustauschs zwischen Angehörigen mehrerer Generationen im Alltag, färbt auf das Sprechen über die anderen Altersgruppen ab. Sie ist das Abbild davon, was Alt und Jung übereinander zu wissen glauben, wie sie

die andere Generation bewerten und welchen Platz sie sich gegenseitig in ihren Leben einräumen. Sie ist aber auch das Abbild der Selbsteinschätzung, die sich jede Generation im Verhältnis zu den je anderen gibt.

In den vergangenen Jahrzehnten wurden die Sprachbilder, in denen Generationenbeziehung zum Ausdruck kommt, zunehmend von Klischees überlastet. Sie tragen wenig zum Verstehen und zur Anerkennung der älteren oder jüngeren Person und ihrer Erfahrungen bei. Klischees lassen die historische, kulturelle und personale Besonderheit der einzigartigen Person unberücksichtigt. Sprachbilder werden dann immer vermittelt. Sie bilden sich nicht aus den Kontexten persönlicher Erfahrungen, sondern aus dem, was in der Öffentlichkeit als Bild angeboten wird und sich in dieser durchsetzt.

Von solchen Klischees ist die Meinung der Generationen über die je anderen besetzt und dies nicht allein zwischen Alt und Jung (der Enkel- Grosseltern Generation), sondern bereits zwischen der Eltern-Kind Generation. Was diese Klischeelastigkeit für Hochbetagte bedeutet, das bleibt nicht nur zu erraten. Die Binnenorientierung der Generationen marginalisiert die Hochbetagten in extremer Weise. Sprachbilder für das Alter als ebenbürtiger Lebenszeit entfallen. Die Diskussion über Renten und Pflegeversicherung, Ideen zur Änderung der Sozialen Sicherungssysteme, die Beschäftigungsprogramme für ältere Menschen reflektieren diesen Prozess.

7.3 Wege zur Verständigung über Dialogisches Gestalten

In unserem Dialog mit den Partnern in Osteuropa, in der Region und vor Ort haben wir uns daher auf die Suche nach zukunftsfähigen Sprachbildern gemacht. Wir haben dafür drei Begriffe genommen, in denen sich menschliches Erleben sehr wesentlich abbildet. Es sind Heimat, Erinnerung und Schönheit. Drei Partnerländer haben sich die drei Begriffe aufgeteilt und Prozesse des Generationendialogs mit ihnen begonnen: die Litauer ‚Schönheit‘, die polnischen Partner ‚Heimat‘ und die deutschen Partner ‚Erinnerung‘.

7.3.1 Dialogpartner im Diskurs

Die Dialogpartner sind

- zum Thema ‚Alter und Schönheit‘
in Kaunas (Litauen) Schülerinnen und Schüler einer Berufsfachschule für Altenpflege, Kosmetik, Friseurhandwerk und Design.
- zum Thema ‚Heimat‘
in Warschau (Polen) jungen Patientinnen und Patienten in der Drogentherapie und ältere Ehrenamtliche in der Einrichtung.
- zum Thema ‚Erinnerung‘
im Raum Frankfurt am Main Krankenpflege-Schülerinnen und –Schüler, Praktikantinnen und Praktikanten der Sozialarbeit und Alte aus Frankfurt und dem Kreis Offenbach.

Die Themen setzen Impulse für den Generationendialog. Sie werfen Fragen auf und führen die Gesprächspartner in einen spannungsreichen Diskurs über Begriffe wie Schönheit, Heimat, Erinnerung, zu eigenen wie fremden Erfahrungswelten jenseits von Klischees.

Über die Entdeckung ihres Gesprächsstoffs, im offenen Diskurs innerhalb geschützter Gesprächsräume, gestalten sich zukunftsfähige Generationenbeziehungen, die für die Partner nachhaltig von Bedeutung sind.

7.3.2 Aufbereitung der Dialogarbeiten

Aus diesen Dialogarbeiten entstand in einem zweiten Schritt modularische Arbeiten, d.h. die Dialoge wurden für die Einrichtungen in der Jugend- und Altenarbeit, Schulen und Gemeinden methodisch-didaktisch aufbereitet. In einem dritten Schritt gingen die so entstandenen Module in einem der Partnerländer in den Testlauf. Danach haben wir Ergebnisse und Prozess ausgewertet.

7.3.3 Materialien zur interkulturellen Dialogarbeit

Ergebnisse und Auswertung der interkulturellen Dialogarbeit sind in einem Werkheft mit CD-ROM zusammengefasst. Diese Materialien stehen nun allen Kooperationspartnern zur Verfügung, die sich im Prozess einer kultursensiblen und partizipativen Altersplanung in Frankfurt am Main an der Entwicklung eines nachhaltigen Generationendialogs beteiligen möchten. Diese Materialien bilden eine Basis für ein intergeneratives Solidarverhalten.

8. Freiwilliges Engagement

Autorin: Julia Sipreck

8.1 Was ist freiwilliges Engagement?

Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, Bürgerengagement, Initiativen- oder Projektarbeit, Selbsthilfe, Laienhilfe: dies sind die Begriffe, mit denen unbezahlte und freiwillig geleistete Arbeit derzeit beschrieben wird. Und damit sind auch schon zwei Wesensmerkmale vom „Ehrenamt“ genannt. Ohne Entgelt und freiwillig werden die Aufgaben erfüllt, die in der Regel gemeinwohlorientiert sind. Damit ist nicht gemeint, dass die Arbeitsleistung von Freiwilligen kostenfrei zu haben ist, oder dass „unqualifizierte“ Tätigkeiten von ihnen ausgeübt werden. Sondern es zeigt sich immer stärker, dass bestimmte Rahmenbedingungen freiwilliges Engagement erst möglich machen und dass Ehrenamt ein breites Spektrum zwischen substitutiven, also unterstützenden, bis hin zu autonomen Tätigkeiten abdeckt.

8.2 Warum engagieren sich Menschen?

Bei der Ausführung von freiwilligen Tätigkeiten spielt es inzwischen eine große Rolle, dass die Tätigkeit Sinn stiftet und Freude macht. Aber auch Wünsche nach Mitgestaltung der Gesellschaft, das Zusammenkommen mit anderen Menschen, die Erfüllung von Pflichten sowie das Selbstverständnis, das Engagement als Form von politischer Mitbestimmung zu sehen, spielen eine große Rolle¹. Eine Tendenz in der ehrenamtlichen Arbeit lässt sich seit Jahren beobachten, der Wandel vom sogenannten „Traditionellen Ehrenamt“ zum „Neuen Ehrenamt“. Das traditionelle oder klassische Ehrenamt geht in der Regel mit einer langfristigen Bindung an eine Organisation einher, bei der eher geringe Entfaltungsmöglichkeiten gegeben sind. Beim „Neuen Ehrenamt“ hingegen können eigennützliche mit altruistischen Motiven verbunden werden, es ist oft zeitlich begrenzt und häufig mit einem starken

¹ Gensike und Geiss. Die Freiwilligensurveys 1999 - 2004

Lebensphasen-Bezug verbunden². In der Praxis kann man eine Vielfalt von gleichzeitigen Engagementformen - „alt und neu“ - beobachten.

8.3 Wer engagiert sich wo?

In den Jahren 1999 und 2004³ wurden jeweils 15.000 deutschsprachige Personen ab 14 Jahren telefonisch zu ihrem freiwilligen Engagement im sogenannten Freiwilligensurvey befragt. Mit diesen repräsentativen Erhebungen können Aussagen zu Engagementquoten und zur Engagementbereitschaft über einen Zeitraum von fünf Jahren in der Bundesrepublik Deutschland getroffen werden. Innerhalb der letzten fünf Jahre hat der Anteil der freiwillig Engagierten von 34 auf 36 Prozent der Gesamtbevölkerung über 14 Jahre zugenommen. In der Untersuchung wurde eine Altersdifferenzierung in Zehnerschritten bis 64 Jahre vorgenommen. Die einzelnen Altersgruppen sind im Jahr 2004 mit unterschiedlichen Intensitäten freiwillig aktiv:

- Am stärksten engagiert sich die Gruppe zwischen 35 und 44 Jahren (41 Prozent, mit Zunahme von 2 Prozent seit 1999),
- dicht gefolgt von der Gruppe der 45 bis 54jährigen, bei denen sich 40 Prozent engagieren (gleich bleibend zu 1999)
- und der 55 bis 64jährigen mit ebenfalls 40 Prozent. Hier ist jedoch ein starker Anstieg von 35 auf 40 Prozent seit 1999 zu verzeichnen.
- In der Alterstufe der 14- bis 24jährigen sind im Jahr 2004 36 Prozent freiwillig engagiert (Abnahme gegenüber 1999 von 1 Prozent)
- und zwischen 25 und 34 Jahre arbeiten 33 Prozent ehrenamtlich (ein leichter Zuwachs seit 1999 von 1 Prozent).
- Ab dem 65. Lebensjahr lässt das Engagement nach und fällt auf 26 Prozent, ist aber ebenfalls seit 1999 um 3 Prozent angestiegen.

² s. z. B. Beck, 1997; Backhaus-Maul und Jakobi, 1998

³ Gensike und Geiss. Die Freiwilligensurveys 1999-2004

Zu etwas anderen Ergebnissen kommt der Alters-Survey⁴. In der Studie, die 1996 erhoben wurde und in der Menschen ab 40 Jahren, „die gesamte zweite Lebenshälfte“, befragt wurden, stellt sich das Bild zum freiwilligen Engagement wie folgt dar:

In der Altersgruppe der 40 bis 54jährigen sind nach dieser Erhebung 22 Prozent freiwillig engagiert, in der Altersgruppe der 55 bis 69jährigen sind noch 13 Prozent ehrenamtlich tätig und bei den 70 bis 85jährigen sind es nur noch 7 Prozent.

Dieselbe Untersuchung belegt allerdings auch, dass neben dem freiwilligen Engagement ein großer Teil der Älteren mit der Betreuung von Enkelkindern oder der Pflege von Angehörigen beschäftigt ist und in diese Tätigkeiten einen nicht unerheblichen Teil ihrer Zeit investiert. Mindestens 27 Prozent der 70 bis 85jährigen gehen einer der drei Tätigkeiten „Ehrenamt, Enkelbetreuung oder Pflegetätigkeiten“ nach, sogenannten „unbezahlten produktiven Tätigkeiten“.⁵

Zahlen für Frankfurt am Main werden im Frankfurter Sozialbericht⁶ (Teil VI: Chancen und Risiken einer alternden Stadt) und im Sachstandsbericht „Ältere Menschen in Frankfurt am Main 2001“⁷ genannt. Danach wurde in einer Bürgerumfrage⁸ ermittelt, dass 11 Prozent der Menschen über 60 Jahre in Frankfurt am Main ehrenamtlich tätig sind, was der Engagementquote des Alters-Surveys entspricht. Auch in der repräsentativen Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main⁹ im Rahmen der Partizipativen Altersplanung der Stadt Frankfurt am Main

⁴ Kohli, Kühnemund. S. 19

⁵ Kohli, Kühnemund. S. 22

⁶ Stadt Frankfurt am Main, Der Dezernent für Soziales und Jugend (Hrsg.), Reihe Soziales und Jugend, Band 29, Frankfurter Sozialbericht, Teil VI, Chancen und Risiken einer alternden Stadt, S. 47ff, Frankfurt a. M. 2003

⁷ Stadt Frankfurt am Main, Der Dezernent für Soziales und Jugend (Hrsg.), Materialienreihe Jugend und Soziales, H. 1, Sachstandsbericht Ältere Menschen in Frankfurt am Main 2001, Frankfurt a. M. 2003

⁸ Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Bürgeramt Statistik und Wahlen, Frankfurter Statistische Berichte 4/2000, S.243-249, Frankfurt a. M.

⁹ Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Repräsentative Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen der partizipativen Altersplanung der Stadt Frankfurt am Main, i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, der SUZ GmbH, Sozialwissenschaftliches UmfrageZentrum, Duisburg, Frankfurt a. M. 2003

wurde eine Frage nach ehrenamtlicher Tätigkeit i. V. m. der Frage nach sozialen Kontakten gestellt, die von 18,4 Prozent mit „trifft voll und ganz zu“ und weiteren 8,1 Prozent mit „trifft eher zu“ beantwortet wurde.¹⁰ Dieses Ergebnis mit einer Engagementquote von 26,5 Prozent der über 50jährigen ist eine bemerkenswerte Abweichung nach oben, vergleicht man die Daten mit denen des Freiwilligensurveys und der Bürgerumfrage. Neben den Angaben zur ehrenamtlichen Tätigkeit wurden in der oben genannten repräsentativen Befragung unter anderem noch Aussagen zu Aktivitäten in Seniorenorganisationen (6,6 Prozent zutreffend) und zum aktiven Engagement für die Belange älterer Menschen (19 Prozent zutreffend) erfragt.¹¹ Auch hier kann man davon ausgehen, dass es sich nach der Definition „unentgeltlich und freiwillig“ zum großen Teil um ehrenamtliche Aktivitäten handelt, ebenso wie bei der Mitarbeit in Wohlfahrtsverbänden, bzw. Sozialverbänden (13 Prozent zutreffend) sowie bei den Aktivitäten in einer Partei, Gewerkschaft, einem Verband oder Gremium (10,6 Prozent zutreffend).¹² Insgesamt entwerfen die Ergebnisse der repräsentativen Befragung ein aktiveres und engagierteres Bild der über 50jährigen Frankfurterinnen und Frankfurter als es dem Bundesdurchschnitt entspricht.

8.4 In welchen Feldern und in welchen Organisationsformen engagieren sich Menschen?

In absteigender Häufigkeit engagieren sich Menschen ab 14 Jahren in den Bereichen¹³:

- Sport und Bewegung, 11 Prozent
- Schule oder Kindergarten, 7 Prozent

¹⁰ ebenda, Antworten auf folgende Fragestellung: Nun eine Frage, die sich auf Ihre Kontakte zu anderen Menschen bezieht. Bitte sagen Sie wieder zu jeder Aussage, ob diese für Sie persönlich voll und ganz zutrifft, eher zutrifft, eher nicht zutrifft oder überhaupt nicht zutrifft. Es waren 31 Auswahlantworten vorgegeben, Mehrfachnennungen waren möglich zu „Ich engagiere mich ehrenamtlich“ beträgt **N aller Altersgruppen = 1000**

¹¹ ebenda, Es waren 31 Auswahlantworten vorgegeben, Mehrfachnennungen waren möglich zu „Ich bin in einer Seniorenorganisation oder Senioreninitiative aktiv“ beträgt **N aller Altersgruppen = 1000** zu „Ich engagiere mich aktiv für die Belange älterer Menschen“ beträgt **N aller Altersgruppen = 1000**

¹² ebenda, Es waren 31 Auswahlantworten vorgegeben, Mehrfachnennungen waren möglich zu „Ich bin in einem Wohlfahrtsverband oder Sozialverband aktiv“ beträgt **N aller Altersgruppen = 1000** zu „Ich bin in einer Partei, einer Gewerkschaft oder einem politischen Gremium aktiv“ beträgt **N aller Altersgruppen = 1000** zu „Ich bin in meiner Glaubensgemeinschaft/meiner Kirchengemeinde eingebunden“ bezeichneten 36,5% als zutreffen. Auch hier beträgt **N aller Altersgruppen = 1000**

¹³ von Rosenblatt. 1999. S. 41

- Kultur und Musik, 5,5 Prozent
- sozialer Bereich, 5,5 Prozent
- kirchlicher oder religiöser Bereich, 5,5 Prozent
- Freizeit und Geselligkeit, 5 Prozent
- Unfall- oder Rettungsdienst, Freiwillige Feuerwehr, 3 Prozent
- berufliche Interessenvertretung, 2,5 Prozent
- Umwelt- und Naturschutz, Tierschutz, 2,5 Prozent
- Politik / Interessenvertretung, 2,5 Prozent
- außerschulische Jugend- oder Bildungsarbeit für Erwachsene, 2,5 Prozent
- sonstige bürgerschaftliche Aktivitäten am Wohnort, 2 Prozent
- wirtschaftliche Selbsthilfe, 1 Prozent
- Gesundheitsbereich, 1 Prozent
- Justiz- / Kriminalitätsprobleme, 0,5 Prozent

Die verschiedenen Engagementfelder bedeuten, dass Freiwillige es mit sehr unterschiedlichen Organisationsformen zu tun haben und in einem weiten Spektrum von selbstorganisierten Gruppen bis hin zu stark hierarchisierten und reglementierten Einrichtungen tätig sind. Im Freiwilligensurvey wird über folgende Verteilung berichtet¹⁴.

Freiwilliges Engagement findet statt in:

- Vereinen, 43 Prozent,
- Kirchen / religiöse Vereinigungen, 14 Prozent,
- Selbsthilfegruppen, Initiativen, Projekten oder sonstigen selbstorganisierten Gruppen, 13 Prozent,
- staatlichen oder kommunalen Einrichtungen, 11 Prozent,
- Verbänden, 7 Prozent,
- Parteien, 4 Prozent,
- Gewerkschaften, 2 Prozent.

¹⁴ von Rosenblatt. 1999. S. 72

Ein Vergleich dieser Ergebnisse aus dem Freiwilligensurvey mit den Ergebnissen der repräsentativen Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main¹⁵ wird nicht angestrebt. Man kann jedoch davon ausgehen, dass sich Frankfurterinnen und Frankfurter ebenfalls in den oben genannten Bereichen sowie den aufgeführten Organisationsformen engagieren.

8.5 Welche Infrastruktur ist für die Realisierung von freiwilligem Engagement vorhanden?

Frägt man Freiwillige, wie sie zu ihrem Ehrenamt gekommen sind, spielt die persönliche Ansprache eine große Rolle. Relativ wenig freiwillig Engagierte (4 Prozent)¹⁶ kommen demnach über eine Agentur zu ihrem Ehrenamt. Und fragt man sie weiter, was sie sich von Staat, Politik und Öffentlichkeit wünschen, antworteten die Befragten 1999 und 2004¹⁷, dass sie folgende Wünsche haben:

- Bessere Information über die Möglichkeiten des freiwilligen Engagements (55 Prozent der Befragten in 2004),
- mehr Anerkennung durch Berichte in Presse und Medien (47 Prozent),
- bessere steuerliche Absetzbarkeit der Unkosten (43 Prozent),
- bessere steuerliche Absetzbarkeit der Aufwandsentschädigungen (43 Prozent),
- Anerkennung als berufliches Praktikum (40 Prozent),
- bessere Absicherung durch Haftpflicht-/Unfallversicherung (38 Prozent),
- mehr öffentliche Anerkennung, z. B. durch Ehrungen (24 Prozent).

In der Bundesrepublik Deutschland wird seit den 90er Jahren der Aufbau von Seniorenbüros gefördert, die eine Engagement-Infrastruktur für Menschen in ihrer nachberuflichen und nachfamiliären Lebensphase bieten. Auch Freiwilligenagenturen, die ebenfalls seit den 90er Jahren verstärkt eingerichtet

¹⁵ Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Repräsentative Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen der partizipativen Altersplanung der Stadt Frankfurt am Main, i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, der SUZ GmbH, Sozialwissenschaftliches UmfrageZentrum, Duisburg, Frankfurt a. M. 2003

¹⁶ Gensike und Geiss. Die Freiwilligensurveys 1999-2004

¹⁷ Gensike und Geiss. Die Freiwilligensurveys 1999-2004

wurden, sprechen Menschen jeden Alters an, die sich freiwillig engagieren möchten und verstehen sich als Zentren für bürgerschaftliches Engagement.

Positive Erfahrungen wurden mit dem Modellprojekt EhrenamtsCard¹⁸ (E-Card), gemacht. Der Impuls ging im November 2000 mit der Auftaktveranstaltung zum Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001 im Institut für Sozialarbeit¹⁹ aus, die gemeinsam mit dem Dezernat für Jugend und Soziales konzipiert wurde. Dabei ging es um eine Anerkennung der ehrenamtlich geleisteten Arbeit durch Gratifikationen und Vergünstigungen, analog dem Modell der JugendleiterCard im Jugendbereich. Die Landkreise Bergstraße und Offenbach haben sich der Idee aus Frankfurt am Main angeschlossen und das Land als Kooperationspartner gewonnen. Im Jahr 2003 wurden in diesen beiden Landkreisen E-Cards an Personen ausgegeben, die sich „überdurchschnittlich“ ehrenamtlich engagieren. Mit der E-Card sind Vergünstigungen verbunden, die sowohl vom Land Hessen als auch von den Landkreisen gewährt werden, beispielsweise Ermäßigung von Kursgebühren bei der Volkshochschule oder Ermäßigung beim Eintritt in Hallen- und Freibäder und in Sport- und kulturelle Einrichtungen. In der Bewertung äußerten sich die Teilnehmer - sowohl die Nutzer der E-card als auch die Einrichtungen, die Vergünstigungen im Rahmen der E-Card anboten - mehrheitlich positiv (Hessisches Modellprojekt „E-Card“, Endbericht der wissenschaftlichen Begleitung)²⁰. Das Land Hessen regte in einer Veranstaltung im Jahr 2004 zu einer landesweiten Einführung der E-Card an. Der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main hat im Oktober 2005 beschlossen, sich an der landesweiten Einführung zu beteiligen.

¹⁸ Stiehr, Ritter und Spindler. 2004. S. 32

¹⁹ Seit 01.01.2006: Bürgerinstitut – Soziales Engagement in Frankfurt

²⁰ Stiehr, Ritter und Spindler. 2004. S. 21 und S. 28f

8.6 Trägerübergreifende engagementfördernde Strukturen in Frankfurt am Main

In Frankfurt am Main können sich Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren möchten, an das „BüroAktiv“ - trägerübergreifende Freiwilligenagentur und Seniorenbüro - wenden.

Das BüroAktiv wurde 1992 im Rahmen einer Modellförderung als Seniorenbüro mit Bundesmitteln eingerichtet, angesiedelt im Institut für Sozialarbeit e.V.. Ziel des Seniorenbüros war seinerzeit, nachberufliche und nachfamiliäre Handlungsfelder zu erschließen und einen geeigneten Rahmen für freiwilliges Engagement zu bieten. Die Zielgruppe „Ältere“ hat sich im Laufe der Jahre diversifiziert, derzeit nehmen Personen im Alter von 14 bis über 80 Jahren das Beratungsangebot wahr. Heute versteht sich das BüroAktiv als Infrastruktureinrichtung für bürgerschaftliches Engagement. Die trägerübergreifende Vermittlung und Beratung ist seit Beginn der Arbeit ein konzeptionelles Element.

8.6.1 Aufgaben von BüroAktiv sind im Einzelnen:

- Beratung von Einzelpersonen: Jährlich werden im BüroAktiv über 400 Personen beraten, die sich für ein freiwilliges Engagement interessieren. Hierbei geht es sowohl um dauerhafte und regelmäßige Tätigkeiten bei gemeinnützigen oder kommunalen Organisationen als auch um einmalige Einsätze bei diesen Trägern. Dabei hält das BüroAktiv rund 400 Tätigkeitsprofile hauptsächlich im Bereich „Soziales“ bei ca. 250 Trägern vor.
- Organisation des „Frankfurter Freiwilligentages“, bei dem sich Interessierte für einen Tag in sozialen Organisationen engagieren können.²¹
- Beratung von gemeinnützigen und kommunalen Organisationen und Einrichtungen die mit Freiwilligen arbeiten, zum Thema „Freiwilligenmanagement“. Bei den Organisationen handelt es sich hauptsächlich um soziale Einrichtungen.

¹⁷

In den Jahren 2004 und 2005 wurde vom BüroAktiv jeweils ein Freiwilligentag organisiert. Hier hatten „Kurzzeitfreiwillige“ die Gelegenheit, in kleinen Teams in ehrenamtliche Aufgabenfelder hineinzuschnuppern. Im Jahr 2004 konnten mit insgesamt 90 Freiwilligen 13 Projekte, wie z. B. Gartenarbeiten im Evangelischen Hospital für Palliative Medizin oder ein Ausflug mit Bewohnerinnen eines Altenpflegeheimes, verwirklicht werden. Im Jahr 2005 beteiligten sich bereits 120 Freiwillige in 19 Projekten.

- Qualifizierungsangebote für Freiwillige: BüroAktiv ist Anlaufstelle im Programm „Förderung von Qualifizierungs- und Koordinierungsmaßnahmen für bürgerschaftliche/ehrenamtliche Arbeit im sozialen Bereich“ (ein Programm der Hessischen Landesregierung) und koordiniert in diesem Rahmen das Frankfurter Trägernetzwerk, das Qualifizierungen anbietet und entsprechende Programme erarbeitet.
- Aktivitäten im Bereich Corporate Citizenship: das BüroAktiv ist in diesem Zusammenhang UPJ-Servicebüro²² (Bundesinitiative Unternehmen: Partner der Jugend). Hier geht es um die Vermittlung und Begleitung von Unternehmenseinsätzen im sozialen Bereich.
- Betreuung von Freiwilligenprojekten: Erfahrungswissen für Initiativen (EFI), generationsübergreifende Freiwilligendienste, JobProfis (Beratung von benachteiligten Jugendlichen).
- Öffentlichkeitsarbeit rund ums bürgerschaftliche Engagement, unter anderem mit der Quartalszeitschrift „Mach mit“ und der Halbjahresbroschüre für junge Menschen „ich mach mit“.
- Veranstaltungen, Vorträge und Workshops zum Themenbereich „bürgerschaftliches Engagement“.
- Agentur „Jung & Freiwillig“: Information, Beratung und Vermittlung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 14 bis 24 Jahren.
- Agentur im Bundesmodellprojekt „Aufbau von generationsübergreifenden Freiwilligendiensten“.

In der repräsentativen Befragung²³ wurde der Bekanntheitsgrad von BüroAktiv erfragt. 77,5 Prozent der Befragten gaben an, dass sie BüroAktiv nicht kennen. 22,5 Prozent der Befragten kennen jedoch das BüroAktiv entweder aus eigener Inanspruchnahme (2,4 Prozent) oder aus anderen Zusammenhängen (20,1 Prozent).

²² www.upj-online.de

²³ Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Repräsentative Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen der partizipativen Altersplanung der Stadt Frankfurt am Main, i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, der SUZ GmbH, Sozialwissenschaftliches UmfrageZentrum, Duisburg, Frankfurt a. M. 2003
 Fragestellung: Ich habe hier eine Liste mit Beratungs- und Unterstützungsangeboten für ältere Menschen in Frankfurt, die ich Ihnen jetzt gerne vorlesen möchte. Bitte sagen Sie mir zu jeder Einrichtung, ob Sie diese schon in Anspruch genommen haben, ob Sie diese kennen, nur dem Namen nach kennen oder nicht kennen! 13 vorgegebene Antworten. Zu „Büro Aktiv, Freiwilligenagentur und Seniorenbüro am Institut für Sozialarbeit“ beträgt **N aller Altersgruppen = 1000**

8.7 Exkurs: Förderung des intergenerativen Dialogs durch „Jung & Freiwillig“

Wer in jungen Jahren Erfahrungen mit gemeinnützigem Engagement macht, wird mit grösserer Wahrscheinlichkeit auch als Erwachsener freiwillig aktiv für andere sein. Deshalb spricht das BüroAktiv seit 2002 gezielt Jugendliche und junge Erwachsene von 14 bis 24 Jahren an, um diese Altersgruppe für gemeinnütziges Engagement zu interessieren und zu gewinnen. Für über 90 Freiwilligenjobs kooperiert das Projekt mit mehr als 40 Organisationen, die sich ehrenamtliche Unterstützung durch junge Menschen vorstellen können. Dabei finden sich auch mehrere Altenpflegeheime, die sich die Begegnung von jungen Menschen mit ihren Bewohnerinnen und Bewohnern wünschen.

Die Zusammenarbeit mit Schulen ist eine wesentliche Voraussetzung, um Jugendliche zu erreichen und gemeinsam mit ihnen den ersten Schritt in gemeinnütziges Engagement zu tun. „Jung & Freiwillig“ macht sein Serviceangebot bei Besuchen im Unterricht bekannt und bietet – in Kooperation mit interessierten Schulleitern oder Lehrern – niedrighschwellige Freiwilligenaktionen sowie längerdauernde Projekte zum sozialen Lernen für Schülerinnen und Schüler an. Beispiel für eine solche Freiwilligenaktion mit dem Schwerpunkt intergenerative Begegnung, ist ein Nachmittag im Dezember 2004, den eine 9. Klasse der Carl-Schurz-Schule gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern des Altenpflegeheims Martha-Haus in Sachsenhausen verbrachte. Die Schülerinnen und Schüler servierte Kaffee und Kuchen, musizierten und kamen in kleinen Tischgruppen mit den alten Menschen ins Gespräch. Für viele der Jugendlichen war es eine völlig neue Erfahrung, für die Gesprächsführung und Bewirtung verantwortlich zu sein; die alten Menschen erlebten ihre ungewohnte Gesprächsrunde als ausgesprochen anregend. Das Altenpflegeheim Martha-Haus ist an einer Fortsetzung dieser Begegnungen sehr interessiert, z. B. im Rahmen des inzwischen eingerichteten „Montags-Cafés“.

Regelmässige Begegnungen zwischen alten und jungen Menschen ermöglicht ein Schulprojekt der Integrierten Gesamtschule (IGS) –Nordend mit Unterstützung von

„Jung & Freiwillig“. Seit Herbst 2003 bietet die Schule gemeinnütziges Engagement als Wahlpflichtfach im Projekt-Unterricht. Von 14 ausgewählten Neuntklässlern verbringen 4 ein Schuljahr im Altenpflegeheim. Einmal wöchentlich unterstützen sie das Heim und sind für die Bewohnerinnen und Bewohner da. Sie sammeln in diesem verantwortlichen Umgang mit alten Menschen völlig neue Erfahrungen.

Im Rahmen des Wahlpflichtunterrichtes wird ab Februar 2006 auch für Neuntklässler der Salzmannschule die Lebenswelt älterer und hochbetagter Menschen Lerninhalt und Bestandteil ihres Stundenplans sein. Für die Hauptschule ist, in Kooperation mit „Jung & Freiwillig“ und der Initiative „Älterwerden in Niederrad“, ein Stadtteilprojekt mit dem Schwerpunkt intergenerative Begegnungen geplant. Vier Einrichtungen für Senioren in der stationären und offenen Altenhilfe konnten bisher für die Zusammenarbeit gewonnen werden. Die Schülerinnen und Schüler verteilen sich auf die Einrichtungen und unterstützen die professionellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unterschiedlichen Arbeitsfeldern einmal wöchentlich über ein Schuljahr. Auch bei diesem Projekt steht die Begegnung von Mensch zu Mensch im Vordergrund. Ansprechpartner sind Lehrer und feste Kontaktpersonen in den Einrichtungen und der Initiative „Älter werden in Niederrad“. Ein Begleitprogramm im Unterricht zum Themenkomplex „Alte Menschen – junge Menschen“ ist geplant²⁴.

8.8 Vermittlungs- und Beratungsstellen für ehrenamtliches Engagement bei den Wohlfahrtsverbänden

Neben dem trägerübergreifenden Angebot des BüroAktiv (Mitglied im Stadtverband des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes) gibt es weitere Beratungs- und Vermittlungsstellen für ehrenamtliche Tätigkeiten in den trägereigenen Einrichtungen in Frankfurt am Main. Die Träger sind Mitglieder der Liga der freien Wohlfahrtsverbände:

- Arbeiterwohlfahrt (AWO), Kreisverband Frankfurt e.V., Verbandsreferat
- Freiwilligen Agentur „Jugend-Soziales-Sport e. V.“, korporatives Mitglied der AWO

²⁴ Die Autorin des Exkurses, Nina Nessler, ist im BüroAktiv für den Arbeitsbereich „Jung & Freiwillig“ zuständig.

- Caritasverband Frankfurt e.V., Stabsstelle Ehrenamtliches Engagement
- Deutsches Rotes Kreuz, Bezirksverband Frankfurt am Main e. V.
- Evangelischer Regionalverband Frankfurt am Main, Infocenter
- Jüdische Gemeinde Frankfurt am Main K.d.ö.R., Sozialabteilung
- Malteser Hilfsdienst e. V., Stadtgeschäftsstelle Frankfurt, Ehrenamtbüro

Darüber hinaus können sich Interessierte direkt an Kirchengemeinden, Vereine, Stadtteilinitiativen, Büros im Programm „Soziale Stadt“, Schulen, Kindertagesstätten, Altenpflegeheime u.a. mehr wenden.²⁵

8.9 Handlungsempfehlungen

Um freiwilliges Engagement zu fördern ist es wichtig, trägerübergreifende Infrastruktureinrichtungen zu erhalten und auszubauen, bei denen sich Interessierte informieren, beraten und vermitteln lassen können. Gleichzeitig ist die Beratung und Unterstützung von Organisationen, die mit Freiwilligen arbeiten (möchten) eine wichtige Voraussetzung für gelingendes freiwilliges Engagement. Auch ist es eine unabdingbare Voraussetzung, trägerübergreifende Netzwerke aufzubauen und zu nutzen.

Für Freiwillige, die sich in Einrichtungen und Organisationen engagieren, sollten die Bedingungen eines modernen Freiwilligenmanagements erfüllt sein. Das bedeutet unter anderem, dass eine konkrete Aufgabenbeschreibung vorliegt, Ansprechpartner vor Ort sind, eine fachliche Begleitung gewährleistet ist, die Übernahme von Fahrtkosten, die Übernahme von Versicherungsschutz gewährt sowie eine angemessene Anerkennungskultur²⁶ praktiziert wird. Auf den Arbeitsschwerpunkt Freiwilligenmanagement wird das BüroAktiv zukünftig ein noch stärkeres Gewicht legen, damit das im Freiwilligen-Survey ermittelte „Engagementpotential“, also die hohe Motivation sich freiwillig zu engagieren, nicht verpufft.

²⁵ siehe auch www.aelterwerden-in-frankfurt.de (ISIS-Sozialforschung Frankfurt am Main, im Auftrag der Stadt Frankfurt am Main, Jugend- und Sozialamt, Älter werden in Frankfurt, Ein Wegweiser für ältere Menschen und für Menschen, die sie beraten, unterstützen und pflegen, Frankfurt a. M. 2002)

²⁶ Enquete-Kommission. S. 583ff

Daneben sollte die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements „ganz oben“ beim Amt der Oberbürgermeisterin/des Oberbürgermeisters angesiedelt werden, beispielsweise durch die Einrichtung einer Stabsstelle „Freiwilligenarbeit“, um eine dezernatsübergreifende Koordination in der Freiwilligenarbeit zu gewährleisten.

Aufgaben dieser Stelle sollten sein:

- Förderung der Stiftungen
- Innerhalb der städtischen Verwaltung Einsatzmöglichkeiten für freiwilliges Engagement zu fördern und Bedingungen zu schaffen, die den Einsatz für Freiwillige attraktiv machen,
- auch innerhalb der städtischen Verwaltung für Freiwilligenarbeit zu werben (einzelne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Gruppen ansprechen),
- einheitliche Regelungen zum Einsatz Freiwilliger in kommunalen Einrichtungen festzulegen (z. B. Fahrtkostenerstattung),
- einheitliche Anerkennungsformen für das freiwillige Engagement in kommunalen Einrichtungen zu entwickeln, z. B. Zertifizierung der ehrenamtlich geleisteten Arbeit und Vergünstigungen (u.a. Einführung der EhrenamtsCard in Frankfurt am Main),
- über die bestehenden Dankeschön-Veranstaltungen hinaus eine Anerkennungskultur mitzugestalten,
- die bereits bestehenden Einsatzmöglichkeiten von Unternehmens-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern bei kommunalen Einrichtungen auszuweiten,
- Vermittlung leerstehender städtischer Liegenschaften - z. B. im Rahmen einer Zwischennutzung - an Freiwilligeninitiativen.

8.9.1 Öffentlichkeitsarbeit

Städtische Publikationen wie z. B. Senioren Zeitschrift sollten noch mehr zur Werbung für freiwilliges Engagement genutzt - z. B. durch die Einrichtung einer festen Rubrik „Freiwilligenarbeit“ - und Werbekampagnen - z. B. Plakataktionen - initiiert werden.

8.10 Literaturverzeichnis zu Kapitel 8

- Backhaus-Maul, Holger und Jakobi, Frauke. Soziales Engagement und institutionalisierte Enttäuschung. In: Neue Praxis 3/98, S. 292-296
- Beck, Ulrich. Die Seele der Demokratie. Wie wir Bürgerarbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren können. In: Zeit Nr. 49, 28. November 1997, S. 7-8
- Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“
Deutscher Bundestag. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen 2002
- Genske, Thomas und Geiss, Sabine; Die Freiwilligensurveys 1999-2004.
Erste Ergebnisse und Trends. Vorgestellt auf der 15. Sitzung des Arbeitskreises
„Bürgerschaftliches Engagement“ der Friedrich Ebert Stiftung am 1. 10.2004 in Berlin
- ISIS-Sozialforschung Frankfurt am Main, im Auftrag der Stadt Frankfurt am Main,
Jugend- und Sozialamt, Älter werden in Frankfurt, Ein Wegweiser für ältere Menschen
und für Menschen, die sie beraten, unterstützen und pflegen, Frankfurt a. M. 2002
- Kohli, Martin und Kühnemund, Harald. Der Alters-Survey: Die zweite Lebenshälfte im
Spiegel repräsentativer Daten. In: Das Parlament, Beilage 20/2003
- Stadt Frankfurt am Main, Der Dezernent für Soziales und Jugend (Hrsg.),
Reihe Soziales und Jugend, Band 29, Frankfurter Sozialbericht, Teil VI,
Chancen und Risiken einer alternden Stadt, Frankfurt a. M. 2003
- Stadt Frankfurt am Main, Der Dezernent für Soziales und Jugend (Hrsg.),
Materialienreihe Jugend und Soziales, H. 1, Sachstandsbericht Ältere Menschen in
Frankfurt am Main 2001, Frankfurt a. M. 2003
- Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Bürgeramt Statistik und Wahlen,
Frankfurter Statistische Berichte 4/2000, S.243-249, Frankfurt a. M.
- Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und
Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Repräsentative Befragung
älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen der
partizipativen Altersplanung der Stadt Frankfurt am Main, i. V. m. der INBAS-
Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, der SUZ GmbH, Sozialwissenschaftliches
UmfrageZentrum, Duisburg, Frankfurt a. M. 2003
- Stiehr, Karin; Ritter, Joachim und Spindler, Mone. Hessisches Modellprojekt „E-Card“.
Endbericht der wissenschaftlichen Begleitung. 2004
- von Rosenblatt, Bernhard. Freiwilliges Engagement in Deutschland. Freiwilligensurvey
1999 - Ergebnisse der Repräsentativerhebung 1999 zum Ehrenamt, Freiwilligenarbeit
und bürgerschaftlichem Engagement. Stuttgart; Berlin; Köln 2000

9. Einsatzpotentiale und Partizipation älterer Bürgerinnen und Bürger in der Stadt Frankfurt am Main

Autorin: Gabriella Zanier

Im vorliegenden Kapitel werden zwei Schwerpunktthemen – Einsatzpotenziale und Bürgerpartizipation – behandelt.

Ganz im Sinne des positiven Altersbilds¹ ist hier mit *Einsatzpotenzialen* das Sich-selbst-Einbringen gemeint – mit der eigenen Zeit, der eigenen Lebens- und Berufserfahrung und den daraus erworbenen Kompetenzen. Das beinhaltet auch die Fähigkeit, neue Erfahrungen zu machen, mit anderen Menschen gemeinsame Erfahrungen und Interessen zu teilen, Neues dazulernen und zu wagen. Bei diesem Prozess ist das Geben und Nehmen die Grundlage, die Wahrnehmung und Berücksichtigung eigener Bedürfnisse und das „Sich-für-andere-zur-Verfügung-Stellen“ im solidarischen Sinn.

Mit *Bürgerpartizipation* will die Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern an der Planung, Gestaltung und Weiterentwicklung der gesellschaftlichen, infrastrukturellen und politischen Realität der Stadt verstanden sein.

Zu den zwei Schwerpunktthemen werden zum einen die Begrifflichkeiten und deren (wissenschaftlicher) Hintergrund erläutert. Es werden relevante Ergebnisse vorwiegend aus der schriftlichen Befragung „Fragebogen 50+“ im Rahmen der Partizipativen Altersplanung (PAP) vorgestellt und kommentiert, aber auch aus der Repräsentativbefragung.² Beispiele aus der Praxis werden einbezogen zur weiteren Beschreibung des Sachstands von Beteiligung und Partizipationsansätzen, die

¹ Thomae, Lehr, Kruse: Potenziale des Alters

² Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Repräsentative Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen der partizipativen Altersplanung der Stadt Frankfurt am Main, i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, der SUZ GmbH, Sozialwissenschaftliches UmfrageZentrum, Duisburg, Frankfurt a. M. 2003 und Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Explorative – untersuchende - schriftliche (nicht repräsentative) Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, Firma EDV- und andere Dienstleistungen, Joachim Ritter, Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 2004
Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung:
Eine gesonderte Publikation von Auswertungsergebnissen ist vorgesehen

bereits realisiert wurden oder in der Entwicklung sind. Damit wird die Sicht der einzelnen Bürgerinnen und Bürger (Befragte) mit der Erfahrung von Bürgergruppen und Institutionen in Bezug gesetzt. Schließlich werden die daraus abzuleitenden Handlungsempfehlungen formuliert.

Ein auffälliges Merkmal dieses Kapitels ist die Heterogenität der Gestalt und die Vielfalt der Stile. Sie sind aber der Ausdruck umgesetzter Partizipation und deren kohärente Einhaltung in dieser Arbeit. Zu der Abfassung des vorliegenden Kapitels haben verschiedene Autorinnen und Autoren beigetragen (siehe Expertenbeiträge), die in Bürgerinitiativen und Projekten tätig sind, in denen unterschiedliche partizipative Ansätze erprobt werden. Dies war eine bewusste Entscheidung der Mitglieder der AG 1 und der Verfasser und Verfasserinnen dieses Kapitels.

Die Autorinnen und Autoren der Expertenbeiträge verantworten selbst den Inhalt, der hier im Original übernommen wurde.

Zur inhaltlichen Einführung werden einige Definitionen des Begriffs Partizipation und deren Implikationen vorgestellt.

Im *ersten Teil* des vorliegenden Kapitels werden Teilergebnisse und Schlussfolgerungen aus ausgewählten Fragen der repräsentativen Befragung und aus der Fragenbogenaktion 50+ dargestellt, die Aussagen zu den Beteiligungspotenzialen und -wünschen der älteren Frankfurterinnen und Frankfurter liefern. In diesem Zusammenhang wird auf Ergebnisse anderer Kommunen und aus der Forschung Bezug genommen.

Im *zweiten Teil* des Kapitels werden die bisher erprobten (oder noch in Erprobung befindlichen) partizipativen Ansätze beschrieben. Sie werden untergliedert nach dem Grad der selbstinitiierten Organisation und Partizipation in

- programmatisch initiierte Partizipationsansätze
- trägerinitiierte Partizipationsansätze
- bürgerinitiierte Partizipationsansätze

Eine Zusammenstellung der aus den Ergebnissen abzuleitenden wichtigsten Handlungsempfehlungen schließt das Kapitel ab.

9.1 Einführung

9.1.1 Zum Verständnis von Partizipation

Der folgende Abschnitt bietet einen Einstieg zu folgenden Fragen:

- Was ist unter Partizipation zu verstehen?
- Warum und wozu wird Partizipation eingefordert?
- Welche Stufen der Partizipation lassen sich unterscheiden?
- Welche Formen, Ebenen und Verfahren der Partizipation gibt es?
- Welche Voraussetzungen benötigt die Initiierung von Partizipationsprozessen?
- Wie lassen sich Handlungsansätze für die Initiierung von Partizipation gestalten?

Welche Handlungsansätze die Frankfurter Realität erkennen lässt, wird Gegenstand des Unterkapitels 9.4 sein.

9.1.1.1 Definition und Perspektiven

- *Partizipation* >> *partizipieren* = von etwas, was der andere hat, abbekommen, teilhaben.³
- >> *partizipieren* = an etwas teilnehmen, Anteil haben (lat. *participare*: „teilhaben“).⁴

³ Duden Fremdwörterbuch

⁴ Wahrig: Deutsches Wörterbuch

- „Partizipation beschreibt grundsätzlich das Verhältnis von Staat (als das auf der Grundlage der Verfassung strukturell legitimierte Herrschaftssystem) einerseits und andererseits den Individuen und gesellschaftlichen Zusammenschlüssen (als zivile Gesellschaft und politische Gemeinschaft) sowie den VertreterInnen des Wirtschaftssystems. Das Politiksystem (als Teilsystem des Staates) ist durch den Wahlakt formal legitimiert, weit reichende politische Entscheidungen *für* die anderen Systeme zu treffen.“⁵
- Partizipation verfolgt nach dem Verständnis der Verfasserinnen das Ziel, Lebensform zu werden bzw. eine Gesellschaft als „Partizipationsgemeinschaft“ aufzubauen, die auf einem hohen Grad der Selbstbestimmung und -verantwortung, des Selbst- und Sozialvertrauens der Bürgerinnen und Bürger basiert.
- Demokratisierung bedeutet Partizipationsstärkung. Dies erfordert den kontinuierlichen Ausbau des Status Quo der demokratischen Verfahren einer Gesellschaft durch die verstärkte Einbindung der Bevölkerung in den gesellschaftlichen Entwicklungs-, Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess, durch Einflussverlagerung und Machtverteilung.“⁶
- „Partizipation bildet den wesentlichen Standard einer Demokratie ab. Das grundlegende Ziel ist dabei der beständige Ausbau der Teilnahmemöglichkeiten und die Förderung der Teilnahme von nicht-staatlichen Personen bzw. der allgemeinen Öffentlichkeit an den konkreten Prozessen der Willensbildung und Entscheidung zur Gestaltung der verschiedenen Gesellschaftsbereiche.“⁷

⁵ M. Lüttringhaus, 2000, S. 22

⁶ Paffenberger, 1986, S. 261; Alemann, 1993, S. 295; Buse, 1977, S. 14; Rinke, 1984, S. 61; Hollhin, 1978, S. 15, zitiert nach M. Lüttringhaus, 2000, S. 24

⁷ ebd. S. 24

- „Partizipation drückt das Verhältnis *zwischen* der Teilnahmegewährung und Teilnahmestärkung seitens des Staats einerseits *und* die aktive Teilnahme seitens der Bürgerinnen und Bürger andererseits aus. Die zwei Größen bedingen sich gegenseitig. Die Teilnahmestärkung durch die formal legitimierten EntscheidungsträgerInnen sowie die aktive Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger müssen gegeben sein, damit Partizipation vollzogen werden kann.“⁸

Die Realisierung von Partizipation impliziert drei Handlungskomponenten:

- a. Die **Gewährung von Einflussnahme seitens der Mandatsträger:** Politik und Verwaltung lassen die Bürgerinnen und Bürger an der politischen Entscheidung und Planung teilhaben.
- b. Die **aktive Wahrnehmung bzw. Einforderung von Gestaltungsmöglichkeiten seitens der Bürgerinnen und Bürger** und Vertreterinnen und Vertretern der verschiedenen Interessen.
- c. Der Partizipationsprozess würde optimiert werden durch die **Vermittlung einer „Intermediären Instanz“** (z. B. soziale Arbeit).

Damit werden die zwei Perspektiven der Partizipation sichtbar aus dem Blickwinkel der jeweils Beteiligten:

Aus der *Perspektive der Staatssysteme* setzt der partizipative Prozess die Gewährung von **Teilhabe** voraus.

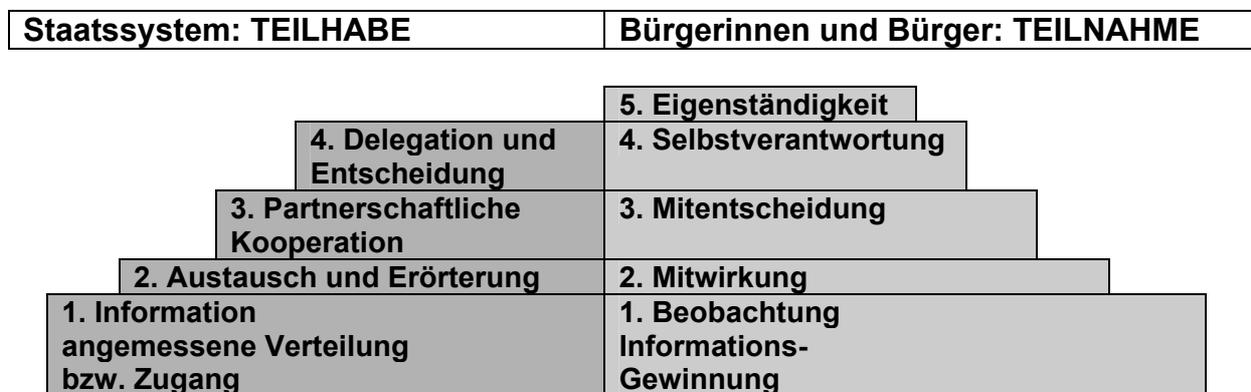
Aus der *Perspektive der Bürgerinnen und Bürger* setzt der partizipative Prozess die aktive **Teilnahme** der Bürgerinnen und Bürger voraus.

⁸ vgl. Taylor, 1996, S. 257

Ein auf wissenschaftlicher Forschung basierendes differenzierteres Stufenmodell der Partizipation⁹ soll das oben erwähnte Staat-Bürger-Verhältnis und die Verzahnung des Prozesses sichtbar machen.

9.1.1.2 Das Stufenmodell der Partizipation

Abb. 1.1 (IX): Stufenmodell der Partizipation von Lüttringhaus¹⁰



Die Stufen bauen aufeinander auf. Dabei ist die erfolgreiche Realisierung einer Prozessstufe notwendig, um die Partizipation auf einer höheren Stufe weiterentwickeln zu können.

Nahe liegend ist an dieser Stelle die Frage: Was beeinflusst den Partizipationsprozess auf beiden Seiten? Eine Antwort lässt sich anhand des folgenden Schemas nachvollziehen¹¹.

9.1.1.3 Determinanten politischer Partizipation

Im Zusammenspiel der Einflussfaktoren auf der Seite der Bürgerinnen und Bürger und auf der Seite des Staats-/Kommunalsystems möchten die Verfasserinnen auch die **Rolle der intermediären Instanzen** (sowohl die Träger, als auch die städtischen Ämter mit einer vermittelnden und koordinierenden Funktion) erwähnen, die für das

⁹ M. Lüttringhaus, 2000, S. 44

¹⁰ M. Lüttringhaus, 2000, S. 44, Abb. 2

¹¹ Buse et. Al, 1997, S. 22

Verhältnis zwischen den zwei Größen im Sinne der Weiterentwicklung von Partizipation förderlich sein kann.

Abb. 1.2 (IX): Determinanten politischer Partizipation¹²

<i>Positive Veränderung und Erfahrung wirken wiederum verstärkend</i>		<i>Positive Veränderung und Erfahrung wirken wiederum verstärkend</i>	
<input type="checkbox"/> Gesellschaftliche und politische Strukturen und Verhältnisse (z. B. Macht- und Eigentumsverhältnisse, Gesetze, Satzungen, Finanzsituation)		Selbstverwalten 4. Partizipationsstufe	<input type="checkbox"/> Demokratieverständnis <input type="checkbox"/> Menschenbild der EntscheiderInnen
<input type="checkbox"/> Zugangsschwellen der Partizipationsformen <input type="checkbox"/> Zeitbudget <input type="checkbox"/> Partizipationskultur <input type="checkbox"/> Gesellschaftliche Wertigkeit von Partizipation		Mitentscheiden 3. Partizipationsstufe	<input type="checkbox"/> Einstellung zum politischen Verhalten <input type="checkbox"/> Partizipationserfahrungen
<input type="checkbox"/> Innovationsfähigkeit des Milieus		Mitwirken 2. Partizipationsstufe	<input type="checkbox"/> Vertrauen in Veränderungsprozesse <input type="checkbox"/> Selbst-, Sozial- u. Systemverhalten
<input type="checkbox"/> Betroffenheit <input type="checkbox"/> Ökonomische Lage <input type="checkbox"/> Partizipationsangebote <input type="checkbox"/> Kommunikationssysteme <input type="checkbox"/> Milieu <input type="checkbox"/> Materielle und personelle Ressourcen		Informieren 1. Partizipationsstufe	<input type="checkbox"/> Interesse <input type="checkbox"/> Informationsverhalten <input type="checkbox"/> Sozial- u. Bildungspotenzial <input type="checkbox"/> Integrationsgrad <input type="checkbox"/> Räumliche Identität
		Nicht-Beteiligung	
<i>Objektiv-strukturelle Grundlagen</i>	Konflikt- bzw. Entscheidungssituation		<i>Subjektive Grundlagen</i>

¹² Buse et. Al 1997 S. 22 Abb. 3

9.1.1.4 Zielsetzungen auf der Handlungsebene

Die im Folgenden beschriebenen Ergebnisse und Schlussfolgerungen werden zum skizzierten Stufenmodell in Bezug gesetzt.

Die Verfasserinnen unterscheiden aus der Sicht ihrer Praxis drei Ebenen der Partizipation, die in Zusammenhang mit der Zielsetzung auf der Handlungsebene stehen und in deren Rahmen Partizipation realisiert oder angestrebt wird. Sie werden wie folgt beschrieben:

- **Zielebene I:** Ausgehend von persönlichen individuellen Bedürfnissen und individueller Teilnahme der Bürgerin bzw. des Bürgers an sozialen, kulturellen, Bildungs- und Gesundheitsangeboten (Miterleben gemeinsamer Interessen in Gemeinschaft).
>> Bürgerinnen und Bürger als „Nutzer“.

- **Zielebene II:** Mitgestaltung in Gemeinschaft mit gleich gesinnten Bürgerinnen und Bürgern des unmittelbaren (Stadtteil) oder erweiterten Lebensumfelds (Stadt) mit dem Anspruch, auf eine Veränderung hinzuwirken (z. B. sozialer, institutioneller, ökologischer und/oder Versorgungsstrukturen). Zu diesem Zweck suchen die engagierten Bürgerinnen und Bürger auch die Kooperation mit Partnern, wie z. B. öffentlichen und freien Trägern, Organisationen aus dem kirchlichen, dem Gewerkschafts- und Wirtschaftsbereich.
>> Bürgerinnen und Bürger als Mitgestalter sozialer Realitäten und des räumlichen Umfelds, sie werden damit zu „Dienstleistern“

- **Zielebene III:** Mitsprache und Mitgestaltung durch die Bürgerinnen und Bürger bei Planungs- und Entscheidungsprozessen in ihrer Kommune und bei der Weiterentwicklung politisch-administrativer Strukturen (direkte Beteiligungsstrukturen).
>> Bürgerinnen und Bürger als Mitverantwortliche und Mitgestalter der politisch-administrativen Systeme

Zur Einordnung der in den folgenden Kapiteln aufgeführten Ergebnisse aus der Fragebogenaktion 50+¹³ und der verschiedenen Beteiligungsformen und Partizipationsansätze aus der Praxis wurde das obige Modell der Partizipation mit den praxisrelevanten Ebenen der Beteiligung in folgender Weise verknüpft:

Abb. 1.3 (IX): Ergänztes Modell der Stufen der Partizipation um die Zielsetzung

Ebenen/Ziele der Partizipation	Zielebene I Nutzung	Zielebene II Solidarität	Zielebene III Politische Mitgestaltung
Entwicklungsstufen der Partizipation			
5. Eigenständigkeit			X
4. Selbstverwaltung			X
3. Mitentscheidung			X
2. Mitwirkung		X	X
1. Information	X	X	X

9.1.2 Beschreibung des partizipativen Ansatzes der AG 1

Voraussetzung und Ziel des Berichts „Lebenslagen und gesellschaftliche Teilhabe. Beiträge zur Partizipativen Altersplanung“ der AG 1 im Rahmen der Partizipativen Altersplanung war die Umsetzung von partizipativen Grundsätzen auch bei der Erstellung des vorliegenden Berichts selbst – sowie die Einleitung partizipativer Prozesse nach außen hin.

Die AG 1 realisierte die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger auf drei Ebenen:

- in der Phase der *Planung und Konzeption* durch die Beteiligung von **Bürgerinnen und Bürgern als Mitglieder der AG 1 und damit als Mitplaner** der Konzeption des vorliegenden Berichts,
- in der Phase der *Bestandsaufnahme* mit der Kontaktaufnahme zu und der Motivierung von Initiativen und Projekten zur **Dokumentation ihrer Partizipationserfahrung** (Expertenbeiträge),
- in der Phase der *Information der Öffentlichkeit*, um **Selbstorganisationsprozesse** rund um das Thema Partizipation zu initiieren (Forenbildung mit der Open-Space-Methode).

¹³ Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Explorative – untersuchende - schriftliche (nicht repräsentative) Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, Firma EDV- und andere Dienstleistungen, Joachim Ritter, Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 2004

Konkret heißt das: Bei der Erstellung der Berichts-Beiträge wurden drei Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Gruppenarbeit der AG1 beteiligt, zwei von ihnen aus dem Bereich der ehrenamtlichen Senioren- bzw. Obdachlosenarbeit, einer aus der ehrenamtlichen Netzwerkarbeit zu „Gemeinschaftlichen Wohnformen“. Sie brachten ihre Erfahrung und ihre Impulse für Handlungsansätze in den Bericht ein.

Bürgerinitiativen und Bürgerprojekte wurden parallel zur Gruppenarbeit aufgesucht und leistete ihren eigenen Experten-Beitrag, damit auch ihre Erfahrungen und Handlungsempfehlungen in den Bericht einfließen konnten.

Schließlich suchte die AG 1 die Beteiligung durch Foren, zu denen die Bürgerinnen und Bürger eingeladen werden. Dort konnten sie die Themen einbringen, die ihnen wichtig sind und mit anderen nach Handlungsansätzen suchen. Die Ergebnisse wurden thematisch eingebunden bzw. hinzugefügt (s. Kap. 10).

Die AG1 verstand ihren Auftrag so, dass die Berichterstellung – nicht nur zum Teilbericht 1 – nicht als eine abgeschlossene Aufgabe zu betrachten ist, hier sind lediglich Beiträge zur Partizipativen Altersplanung vorgelegt. Vielmehr wird die Initiierung eines Interaktionsprozesses unter den Bürgerinnen und Bürgern selbst und zwischen Bürgerschaft und Kommune angestrebt. Die Interaktion bewirkt eine Veränderung bei allen Beteiligten (Transaktion).

9.1.3 Entscheidung für eine partizipative Altersplanung

Betrachtet man den letzten Kommunalen Altenplan der Stadt Frankfurt am Main von 1981 – mit Zwischenbericht für 1980 bis 1985/1986 -, so finden sich weder die Themen Bürgerpotenziale noch Bürgerpartizipation noch ein Hinweis auf soziale Planung der Kommune der in diese Richtung weist. Mit dem im Januar 2003 begonnen Prozess der partizipativen Altersplanung geht die Stadt Frankfurt am Main mehr als 20 Jahre später einen bedeutenden innovativen Schritt, der zur Demokratisierung von administrativen Strukturen beiträgt.

Ansätze der Auseinandersetzung sowohl mit Bürgerpotenzialen als auch mit Partizipation waren im zurückliegenden Zeitraum bereits erkennbar, z. B. in der neuen Geschäftsordnung für den Seniorenbeirat¹⁴ oder in den Grundüberlegungen zur Ausgestaltung einer „Leitstelle Älterwerden“ für die Stadt Frankfurt am Main.¹⁵

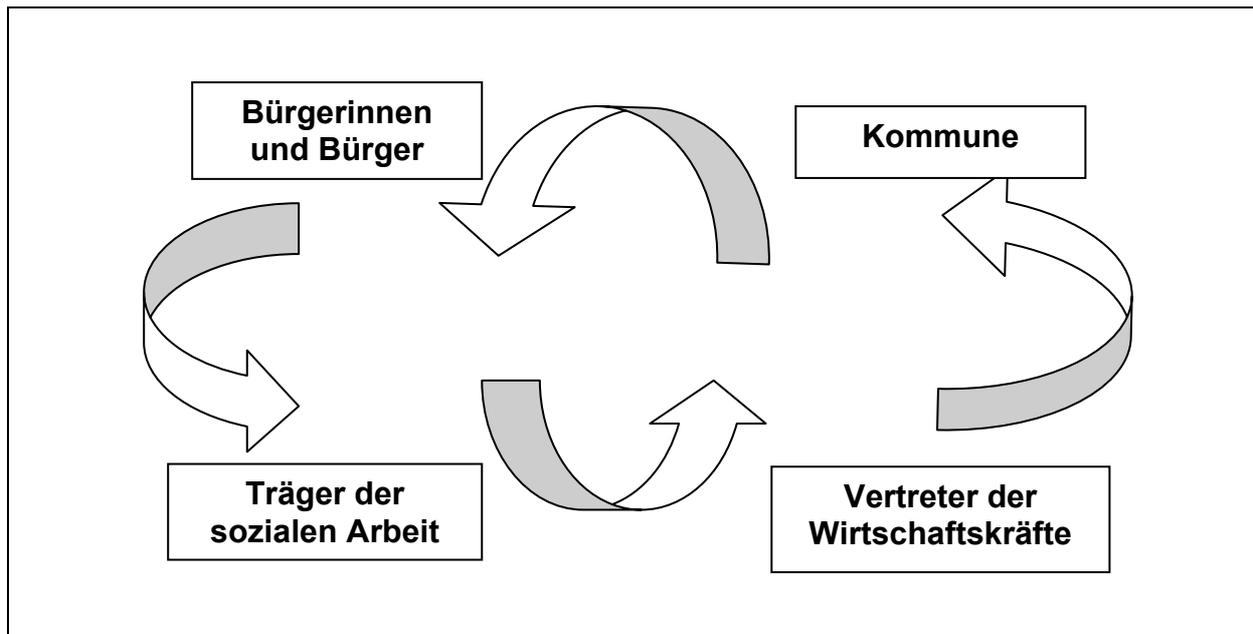
Dass das Thema *Partizipation* aber in einem Planungsprozess aufgenommen wird, ist ein Novum für die kommunale Altersplanung Frankfurts. Begrüßenswert ist in diesem Zusammenhang die Unterzeichnung des Memorandums und der Handreichung für eine kultursensible Altenhilfe („Arbeitskreis Kultursensible Altenhilfe“ und Kuratorium Deutsche Altershilfe 2002) durch den Dezernenten für Soziales und Jugend, stellvertretend für den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main, und den Vertreter der Ortsliga der Wohlfahrtsverbände. Damit wird die in den o. g. Dokumenten formulierte Partizipation – insbesondere auch älterer Migrantinnen und Migranten – als ein zentrales Ziel kommunaler Politik bestätigt und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Realisierung oder Anpassung angemessener Angebote eingeräumt.

Die Realisierung von Partizipation kann in der Tat nur als eine Koproduktion von Bürgerinnen und Bürgern, Kommune, sozialen Verbänden und Verbänden der Wirtschaft erfolgen. Voraussetzung ist dabei die Verzahnung von partizipativen Strukturen der genannten Beteiligten (siehe Abb. 1.4 (IX) unten). Jeder beteiligte Bereich für sich ist gefordert, Strukturen und Verfahren zu entwickeln und mit den anderen abzustimmen.

¹⁴ 1996, Magistratsbeschluss

¹⁵ Stadt Frankfurt am Main, Der Dezernent für Soziales und Jugend (Hrsg.), Materialienreihe Jugend und Soziales, H. 1, Sachstandsbericht Ältere Menschen in Frankfurt am Main 2001, S. 166-167, Frankfurt a. M. 2003

Abb. 1.4 (IX): Verzahnung der Partizipativen Strukturen zur Realisierung von Partizipation



Die Kommune nimmt eine entscheidende Rolle ein bei der Initiierung und Koordination kooperativer Prozesse zwischen Bürgerinnen und Bürgern, der Wirtschaft und den sozialen Trägern.

Die AG 1 hat sich mit dem Thema nicht nur sehr intensiv und kontrovers auseinandergesetzt, sondern sie hat sich auch weitgehend bemüht, das Prinzip „Partizipation“ in ihrer Arbeitsweise kohärent umzusetzen wie folgt:

- in der Wahl der Mitglieder der Arbeitsgruppe
- in der Themenwahl und Fragestellung für die repräsentative Telefonbefragung und vor allem für die explorative schriftliche Befragung 50+
- in den anzuwendenden Methoden
- in der Einbeziehung von Experten als Co-Autoren für die Formulierung ihrer Bestandsaufnahmen und ihrer Handlungsempfehlungen (Expertenbeiträge aus Projekten)
- als Impulsgeberin (Open-Space-Veranstaltung und damit Initiatorin von Bürger-initiativen)

Da aber die Partizipative Altersplanung als Prozess angelegt ist, enthält sie den Auftrag, Erhebungslücken zu schließen. Dabei ist die Methodenwahl, d.h. die Methodenvielfalt und -angemessenheit, so zu gestalten, dass der Zugang zu den Lebenslagen, Bedarfen und Potenzialen benachteiligter Bürgergruppen ermöglicht wird. Das Augenmerk sollte maßgeblich auf interaktive Erhebungsmethoden gerichtet sein.

9.2 Zur Einsatzbereitschaft älterer Bürgerinnen und Bürger in Frankfurt am Main: Auszüge aus den Ergebnissen der Fragebogenaktion 50+¹⁶

„Bei der Kommunalen Altenplanung avanciert die Förderung des tertiären Sektors und insbesondere der Formen des Bürgerschaftlichen Engagements zu einem zentralen Aktionsfeld, das in der Vergangenheit eher vernachlässigt wurde und zugunsten einer einseitig auf Infrastrukturplanung hin angelegten Alten- bzw. Pflegeplanung in den Hindergrund getreten ist“.¹⁷

Demnach verfolgt die Stadt Frankfurt am Main mit dem Projekt Partizipative Altersplanung die Förderung des Bürgerengagements und seine Beteiligung an der Weiterentwicklung von Lösungen für das Älterwerden von heute und morgen.

Im folgenden Kapitel wird ein Überblick vermittelt über die Bereitschaft der Frankfurter Bürgerinnen und Bürger ab 50 Jahren, sich aktiv für die eigenen und öffentlichen, gemeinwesenorientierten Interessen zu engagieren.

Ausgehend von ausgewählten Ergebnissen der repräsentativen Befragung und der schriftlichen Fragebogenaktion 50+¹⁸ wird zunächst die Engagementbereitschaft

¹⁶ Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Explorative – untersuchende - schriftliche (nicht repräsentative) Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, Firma EDV- und andere Dienstleistungen, Joachim Ritter, Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 2004

¹⁷ Thomas Klie, (Hrsg.): Fürs Alter Planen: Beiträge zur kommunalen Altenplanung. Freiburg 2002, S. 441-442

¹⁸ Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Repräsentative Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen der partizipativen Altersplanung der Stadt Frankfurt am Main, i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, der SUZ GmbH, Sozialwissenschaftliches UmfrageZentrum, Duisburg, Frankfurt a. M. 2003

quantitativ dargestellt. Anschließend wird eine Zusammenstellung der Themen präsentiert, bei denen sich die Befragten engagieren würden bzw. bereits engagiert sind. Schließlich werden die Bedingungen formuliert, unter denen die Befragten bereit sind, sich überhaupt zu engagieren.

9.2.1 Überblick über die Einsatzbereitschaft Frankfurter Bürgerinnen und Bürger zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen (Fragen 10, 11, 24c, 24d der Fragebogenaktion)

Es wurden 1.453 Menschen im Alter 50+ in Frankfurt am Main befragt. Zu den einzelnen Fragen gibt es eine unterschiedliche Anzahl gültiger Antworten.

Diese werden jeweils als 100 % der Prozentuierung zugrunde gelegt.

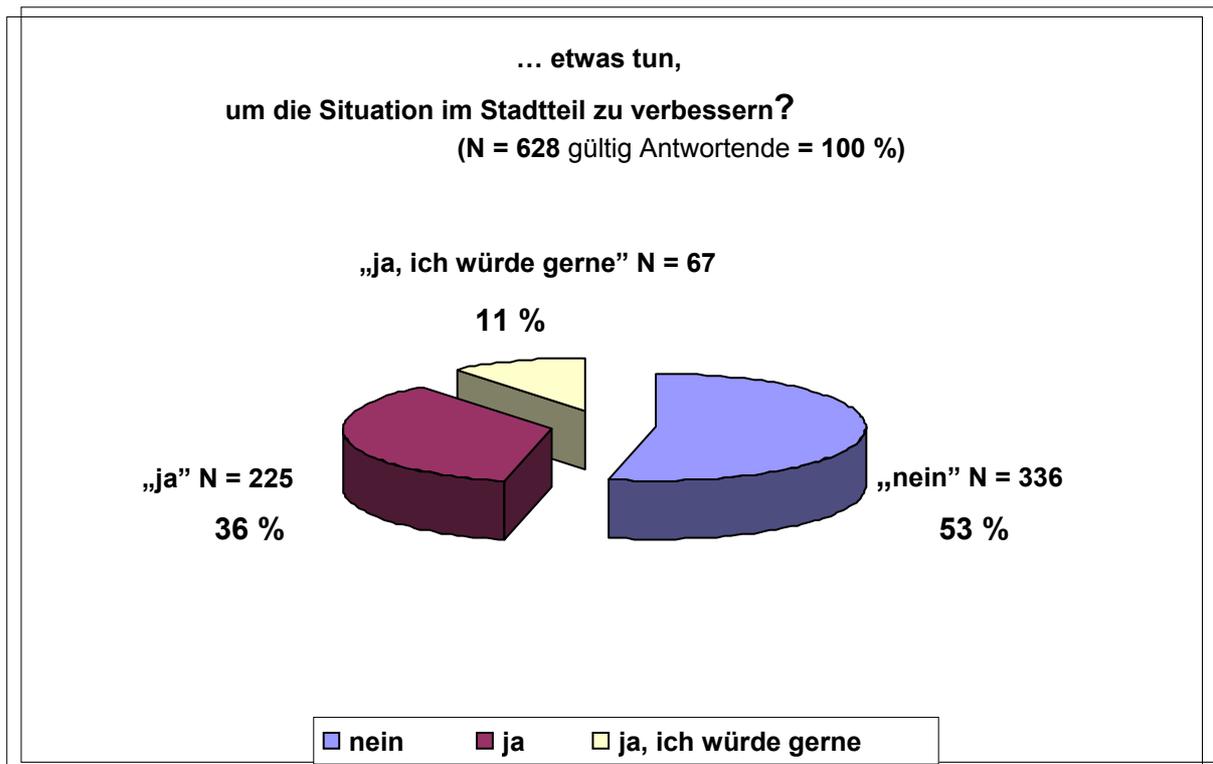
Die nachfolgenden Prozentangaben sind weitgehend gerundet.

Die Einsatzbereitschaft und das bereits aktive Engagement wurden anhand *Fragebogenaktion 50+* sondiert. Auf die Frage (11):

„Unternehmen Sie etwas, um die Situation im Stadtteil zu verbessern?“

- gaben rd. 54 % der gültig Antwortenden, also die Mehrheit (336 von 628), an, sich mit den vorhandenen Verhältnissen abgefunden zu haben,
- gaben rd.36 % der gültig Antwortenden (225 von 628) an, bereits etwas zu unternehmen – die „Aktiven“,
- gaben rd.11 % (67 von 628) an, etwas unternehmen zu wollen – das „Potenzial“.

Abb. 2.1 (IX): „Würden Sie gerne etwas tun, um die Situation im Stadtteil zu verbessern?“ (Frage 11)



Hier gilt es

- **das potenzielle Engagement zu aktivieren**
- **das aktive Engagement zu unterstützen**
- **der resignierenden Haltung nachzugehen**

Um Handlungsansätze zu finden, wäre es sinnvoll, die Hintergründe einer solchen Haltung aufzudecken.

Ein Hinweis auf die Hintergründe der Resignation lässt sich aus der Frage zur Freizeit erschließen (Frage 24 der Fragebogenaktion: Wie stark fühlen Sie sich durch Arbeiten und Pflichten im Alltag belastet? Vier Auswahlantworten: a) *Ich fühle mich überlastet, und zwar durch: .../ b) Ich fühle mich ausgelastet, ich habe weder zu viel noch zu wenig Arbeiten und Pflichten / c) Ich habe freie Zeit die ich gerne für neue Aktivitäten einsetzen würde, nämlich für: ... / d) Ich habe freie Zeit, bin ich aber nicht*

an neuen Aktivitäten interessiert). 69,4 % der gültig Antwortenden geben an, bereits ausgelastet zu sein (801 von 1.155). 17,2 % fühlen sich sogar überlastet. Nur 7,1 % der Personen geben an, freie Zeit für Aktivitäten zu haben. Während 6,3 % der Personen Zeit hätten, aber kein Interesse. Es bleibt zu prüfen, ob und inwieweit andere Einflussfaktoren auf die Einsatzbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger eine negative Wirkung haben.

Abb. 2.2 (IX): Freie Zeit für Aktivitäten (Frage 24 c+d)



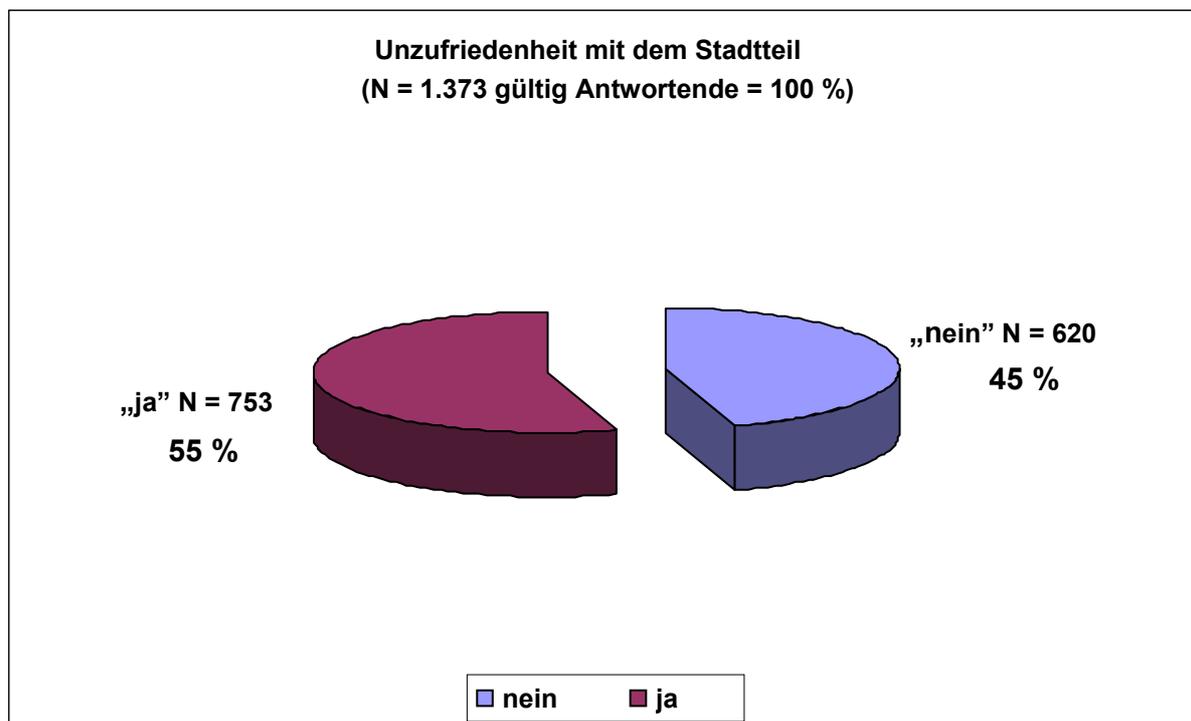
In diesem Zusammenhang ist es auch interessant, nach vermutlichen Hintergründen des Engagements bzw. der Resignation zu suchen. Z. B., indem man die Bereitschaft bzw. Nicht-Bereitschaft der Antwortenden, etwas zu verbessern, vergleicht mit ihrer Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit dem Stadtteil.

Zur Frage 10 der Fragebogenaktion

„Gibt es etwas in Ihrem Stadtteil, das Sie stört, oder vermissen Sie etwas?“ (Zwei Auswahlantworten: ja, nein)

sagte über die Hälfte der gültig Antwortenden 54,8 % (753 von 1.373), dass sie etwas in dem Stadtteil stört bzw. dass sie etwas vermissen

Abb. 2.3 (IX): Unzufriedenheit mit dem Stadtteil (Frage 10)



Dies könnte bedeuten, dass für die Bürgerinnen und Bürger die Verbesserung ihres Lebensumfelds ein wichtiges Einsatzfeld für ihre Ressourcen darstellt.

9.2.2 Thematische Interessen älterer Bürgerinnen und Bürger für ihren gesellschaftlichen Einsatz im Gemeinwesen (Fragen 10b, 12, 13, 14, 15 der Fragebogenaktion)

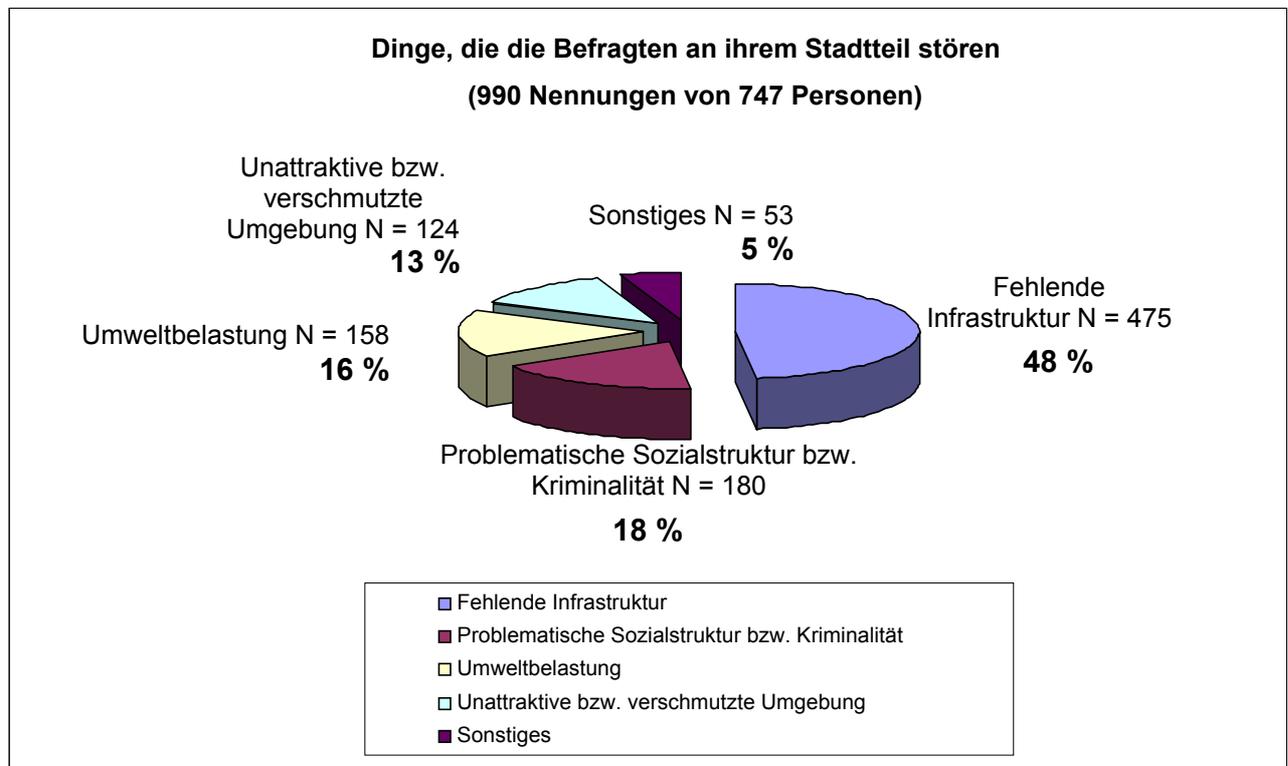
Werden die Personen gefragt, *was genau sie an ihrem Stadtteil stört oder sie vermissen (Frage 10 b)¹⁹*, so geben sie folgende Antworten:

- am häufigsten – mit 48 % der Nennungen – wird die mangelhafte oder fehlende Infrastruktur im Stadtteil angegeben

¹⁹ Bei dieser Frage wurde die Antwortvorgabe „ja, nämlich“ von 753 Personen angekreuzt. Von 6 Personen wurde dies nicht näher spezifiziert, von den verbleibenden 747 Personen wurden 990 Punkte genannt

- mit großem Abstand folgen mit 18 % die Themen zur problematischen Sozialstruktur und des Miteinanders im Stadtteil
- zur Umweltbelastung mit 16 % der Angaben
- zum unattraktiven Wohnumfeld mit 13 % der Angaben

Abb. 2.4 (IX): Themen für Unzufriedenheit mit Stadtteil bzw. was stört und was wird vermisst? (Frage 10 b)



Einzelergebnisse zu Frage 10b:

„Gibt es etwas in Ihrem Stadtteil, das Sie stört oder vermissen Sie etwas?“

A) Fehlende Infrastruktur N = 475

Fehlende Einkaufsmöglichkeiten: 250

Fehlende Banken: 12

Fehlende Postämter, Briefkästen: 32

Fehlende Cafés, Kneipen: 32

Fehlende Ärzte: 9

Schlechte Verkehrsanbindung, öffentliche Verkehrsmittel: 35

Wenig alten-/behindertengerechte Verkehrsmittel, Verkehrswege: 25

Wenig kulturelle Angebote: 17

Fehlende/schlechte öffentliche Einrichtungen, Treffpunkte: 48

Wenig Angebote für Senioren: 15

B) Unattraktive und verschmutzte Umgebung N = 124

Gegend wenig attraktiv, verslumpt: 24

Schmutz: 100

C) Umweltbelastung N = 158

Verkehrsbelastung, Verkehrsgefährdung, Verkehrslärm: 90

Fluglärm: 35

Lärm, schlechte Luft: 33

D) Problematische Sozialstruktur und Kriminalität N = 180

Ausländer, Ausländeranteil: 85

Sicherheit, Kriminalität: 47

Bevölkerungsstruktur, soziales Umfeld: 28

Anonymität, wenig Gemeinschaft: 20

E) Sonstiges N = 53

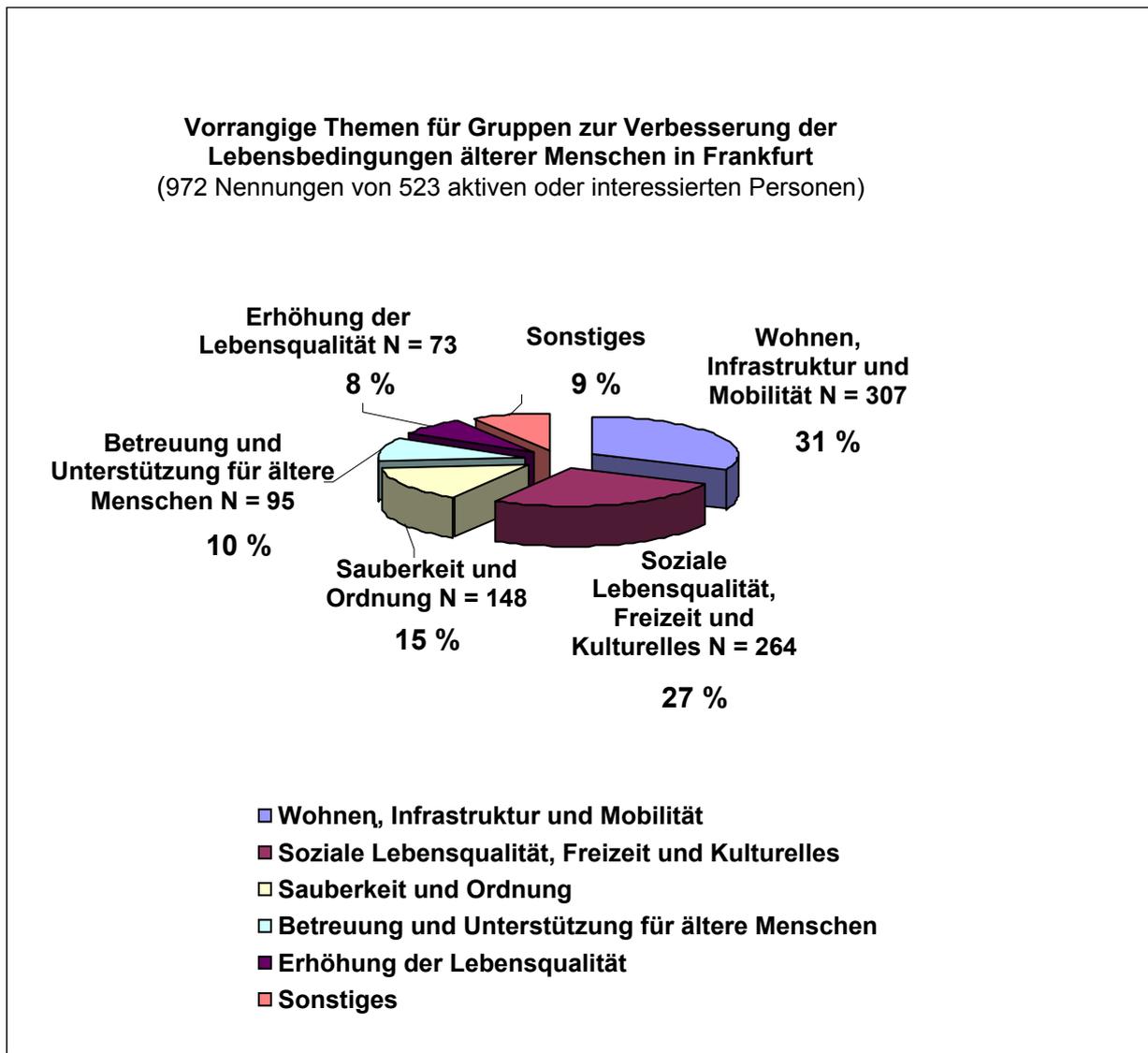
Sonstige Nennungen: 53

Wendet man sich den Befragten zu, die sich in Gruppen engagieren bzw. sich engagieren würden und fragt man sie:

„Welche Themen sollte eine solche Gruppe aus Ihrer Sicht vorrangig bearbeiten?“

(offene Frage 14 der Fragebogenaktion), verteilen sich die Antwortkategorien wie folgt:

Abb. 2.5 (IX): Vorrangige Themen für Gruppen (Frage 14)



Hieraus ergeben sich folgende zwei herausragende Themenkomplexe:

- am häufigsten, mit 31 % der Nennungen, werden Wohnqualität, Infrastruktur und Mobilität im Stadtteil angegeben,
- fast unmittelbar gefolgt von sozialer Qualität des Lebens und Wohnens im Stadtteil mit 27 % der Angaben,
- gefolgt mit Abstand von Sauberkeit und Ordnung mit 15 % der Angaben.

Die Frage bezüglich der anzugehenden Themen wurde (aufgrund der Filterführung in Frage 12) 703 Personen gestellt und von 523 Personen beantwortet.²⁰ Diese nannten insgesamt 972 Themen, die sich folgendermaßen zuordnen lassen:

A) Wohnen, Infrastruktur und Mobilität N = 307

Wohnen: 72

Mobilität: 56

Bürgerfreundliche Stadtplanung: 35

Infrastruktur: 44

Günstiger Wohnraum: 13

Einkaufsmöglichkeiten: 21

Gestaltung des öffentlichen Raumes (z. B. Ruhebänke): 23

Angebote für Familien, Kinder und Jugendliche: 43

B) Freizeit, Miteinander und Kulturelles N = 116

Freizeit, Beschäftigung, kulturelle Aktivitäten: 116

C) Betreuung und Unterstützung N = 95

Gesundheit, Betreuung, Unterstützung: 50

Information/Beratung: 14

Günstige Preise (z. B. Eintrittspreise): 21

Altengerechte Lösungen, Regelungen: 10

D) Soziale Lebensqualität N = 148

Gutes Zusammenleben, gutes soziales Umfeld, soziales Engagement: 90

Miteinander u. Nachbarschaftshilfe: 30

Hilfestellungen für andere: 28

E) Erhöhung der Lebensqualität N = 73

Steigern der Lebensqualität: 47

Umwelt, Ökologie, Schönheit, Image: 26

²⁰ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung zur Frage 12: Wären Sie daran interessiert, in einer Gruppe mitzuarbeiten, die sich darum kümmert, die Lebensbedingungen in Frankfurt zu verbessern?
Vier Antwortmöglichkeiten: nein, auf keinen Fall / ich arbeite bereits in einer solchen Gruppe mit, nämlich: ... / ja, unter bestimmten Bedingungen, nämlich: ... / ja, auf jeden Fall.

F) Sauberkeit und Ordnung N = 148

Sauberkeit, Erhalt, Pflege: 61

Sicherheit, Ordnung: 87

G) Sonstiges, darunter auch Politik und Bürgerbeteiligung N = 85

„Alles Mögliche“: 29

Sonstiges: 38

Politik, Bürgerbeteiligung: 18

Vergleicht man die Antworten zu den Fragen 10 und 14, so stellt man eine deutliche Übereinstimmung bei den Themen fest:

- **„Infrastruktur des Stadtteils“**
- **„Soziale Lebensqualität“**
- **„Qualität des Wohnumfelds“** (Sauberkeit und Ordnung vs. unattraktive und verschmutzte Umgebung)

Das obige Ergebnis lässt erkennen, dass eine Motivationsquelle für das Bürgerengagement der Befragten in Zusammenhang mit der Wahrnehmung der eigenen Interessen und der Einschätzung der Lebensqualität im öffentlichen Raum steht.

Je größer die Überlappung zwischen wahrgenommenem eigenen und öffentlichen Interesse ist, desto eher ist ein Motivationspotenzial für Bürgerschaftliches Engagement im eigenen Umfeld zu erwarten.

9.2.3 Voraussetzungen bei Bürgerinnen und Bürgern für ihren Einsatz zur Verbesserung der Lebensbedingungen im Stadtteil

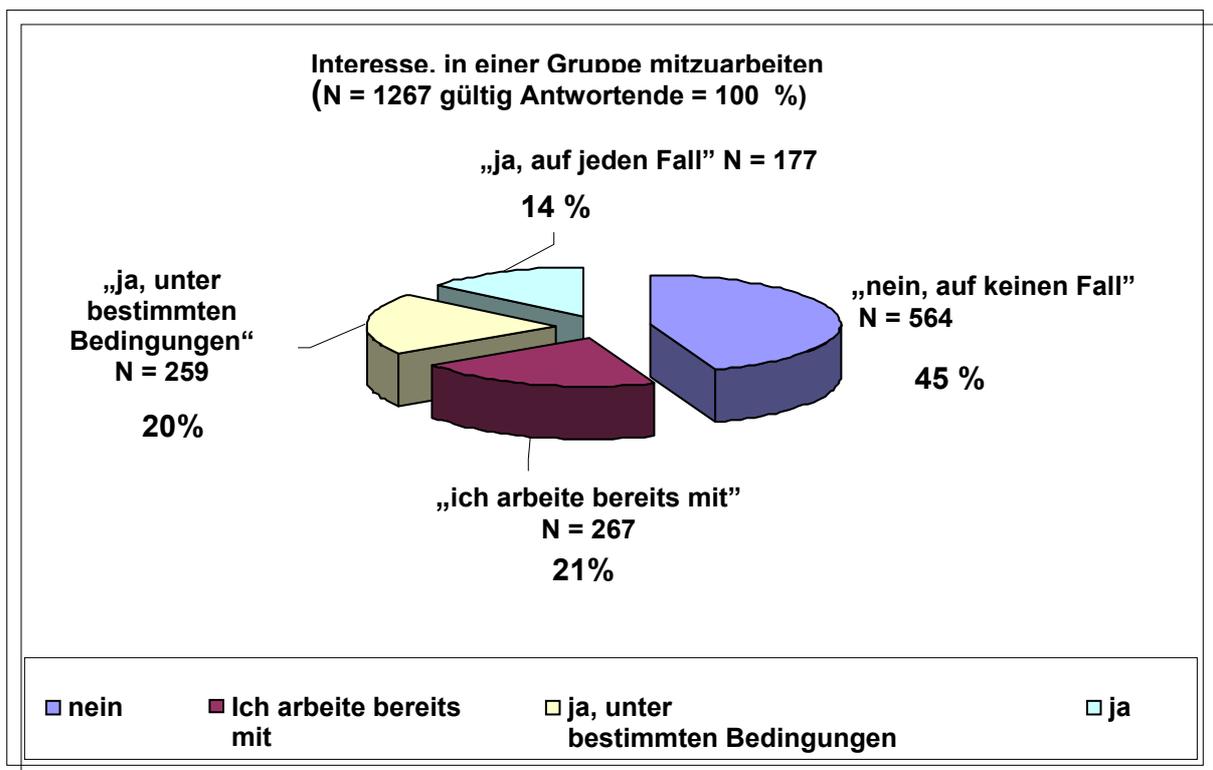
Für das Aktivwerden dieses Engagementpotenzials ist die **individuell verfügbare Zeit** bzw. Auslastung durch andere Aufgaben, wie erwartet, von großem Einfluss.

Eine weitere Größe, die für das Aktivwerden Bürgerschaftlichen Engagements eine Rolle spielt, ist die **Einbindung des individuellen Einsatzes in einer Gruppe**.

Werden die Personen nach ihrem Interesse, in einer Gruppe zu arbeiten, gefragt:

„Wären Sie daran interessiert, in einer Gruppe mitzuarbeiten, die sich darum kümmert, die Lebensbedingungen in Frankfurt zu verbessern?“ (Frage 12, Fragebogenaktion 50+) antworten sie wie folgt:

Abb. 2.6 (IX): Interesse, in einer Gruppe mitzuarbeiten zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Frankfurt am Main (Frage 12)



Ergebnis:

- rund 21 % (267 von 1.267) der Antwortenden geben an, sich bereits für Frankfurt einzusetzen
- rund 20 % (259 von 1.267) haben Interesse, unter bestimmten Bedingungen in einer Gruppen mitzuarbeiten
- rund 14 % (177 von 1.267) haben auf jeden Fall Interesse
- rund 45 % (564 von 1.267) haben KEIN Interesse, in einer Gruppe mitzuarbeiten

Es bleibt offen, womit das fehlende Interesse von 45 % der Befragten zu tun hat:

- mit der individuellen Auslastung durch vorhandene Aufgaben und daher mit der gering verfügbaren Zeit?
- mit der mangelnden Bereitschaft, sich zur Verbesserung der Lebenssituation einzusetzen?
- damit, dass die Arbeit in einer Gruppe für diese Personen nicht die geeignete Form ist, sich zu engagieren?
- damit, dass die Arbeit in einer Gruppe als nicht effektiv und erfolgreich genug eingeschätzt wird?

Es gilt, die 34 % Interessierten und potenziell Interessierten zu unterstützen durch

- Motivation von Bürgerinnen und Bürgern, sich in selbstorganisierter Form zu engagieren
- Arbeitsgruppen, die fachliche Begleitung erhalten, um effektiv arbeiten zu lernen (hier ist an ein kostenloses Angebot von externen Begleitungs- und Unterstützungsmöglichkeiten zu denken)
- Erleichterung der Arbeit mittels eines einfachen Zugangs zu den hierfür notwendigen Informationen
- die Einräumung von Erfolgchancen für die Arbeit dieser Gruppen; dazu sind beteiligungsfreundliche Rahmenbedingungen bei öffentlichen und freien Trägern unentbehrliche Voraussetzung

In Zusammenhang mit dem Interesse, in einer Gruppe zu arbeiten, gewinnen drei weitere Aspekte an Bedeutung, nämlich

- die **Themen**, an denen die engagierte Gruppe arbeitet
- der **örtliche Bezug**, stadtteilbezogen oder stadtteilübergreifend
- die **Möglichkeit einer professionellen Begleitung**, durch die die Effektivität der Arbeit der engagierten Bürgergruppe optimiert und die Existenz der Gruppe gesichert wird

Diese drei Aspekte stehen im Mittelpunkt der Betrachtung des folgenden Abschnitts.

„Welche Themen sollte eine solche Gruppe aus Ihrer Sicht vorrangig bearbeiten?“ (Frage 14, Fragebogenaktion 50+)²¹

Die meistgenannten Themenkomplexe sind in geringerem Abstand

- „Wohnen, Infrastruktur und Mobilität“ mit 31 % Nennungen
- „Soziale Lebensqualität, Freizeit und Kulturelles“ (27 %)
- mit 15 % der Nennungen folgt der Themenkomplex „Sauberkeit und Ordnung“

Wie zu erwarten, ist das Thema *Wohnen* – sowohl in Bezug auf die private Wohnqualität wie auch auf die Qualität der Infrastruktur im Wohnumfeld – das Anliegen, das die meisten bewegt. Mit fast gleicher Häufigkeit wird aber auch die soziale Lebensqualität erwähnt.

- Wenn die Bereitschaft da ist, sich in einer Gruppe über diese Themen Gedanken zu machen, Defizite aufzuzeigen und Lösungsansätze zu finden, sind die mit Planungsaufgaben befassten Träger und Gremien gefragt, dieses Potenzial als Beitrag zur Planung zu berücksichtigen und mit einzubeziehen.

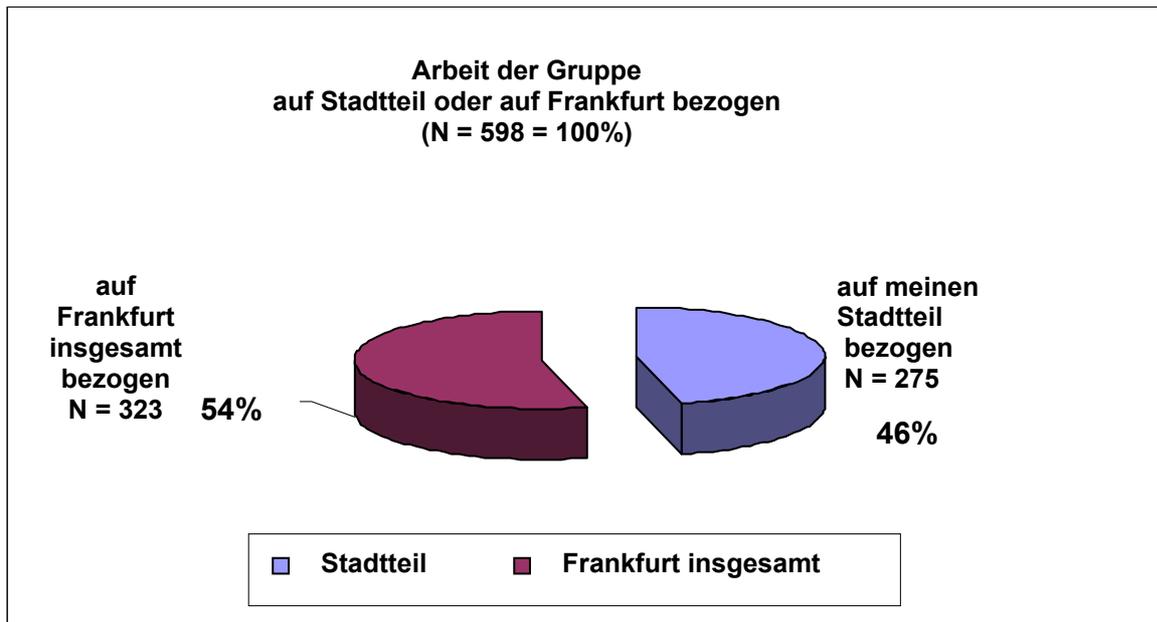
Wird nach dem bevorzugten Ort gefragt, an dem sich die Befragten in einer Gruppe eher einsetzen würden:

„Sollte sich die Arbeit einer solchen Gruppe aus Ihrer Sicht auf Ihren Stadtteil oder auf Frankfurt insgesamt beziehen?“ (Frage 13, Fragebogenaktion 50+)²²

²¹ Zu dieser Frage hatten die Befragten die Möglichkeit, ganz offen zu antworten und mehrere Angaben zu machen. Die Antworten sind durch zwei Reduktionsschritte in Themenkomplexe zusammengefasst worden. Vgl. auch vorherige Ausführungen zu Frage 14 und Abb. 2.5 (IX)

²² Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: von 1.453 Befragten antworteten 598

Abb. 2.7 (IX): Arbeit der Gruppe auf Stadtteil oder auf Frankfurt bezogen (Frage 13)



so ist – anders als vermutet – eine größere Bereitschaft da, sich für die Verbesserung der Stadt insgesamt zu engagieren (54 %, 323 von 598 Antwortenden, die sich engagieren oder engagieren würden) als nur im Stadtteil (46 %).

Das bedeutet:

Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger kann nicht nur auf die lokale Ebene des Wohnumfeldes oder Stadtteils delegiert werden, sondern es sollten stadtteilübergreifende Wirkungsfelder und -möglichkeiten angeboten werden (*siehe 9.2.4, Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen*).

Bedingungen der Arbeit in Gruppen

Fragt man nach den Bedingungen, die ihr aktives Engagement für Stadt oder Stadtteil beeinflussen, so machen die Befragten folgende Angaben:

- zeitlich passend
- nicht zu umfangreich
- mit einer klaren Zielsetzung
- mit Aussicht auf Erfolg

- in geeigneten Gruppen
- in einer konstruktiven Zusammenarbeit
- parteipolitisch und ideologisch neutral

Die letzte Aussage lässt die Befürchtung ideologischer und oder parteipolitischer Funktionalisierung der Arbeit dieser Gruppen erkennen.

Die aufgeführten Merkmale können unmittelbar als Maßgaben für die Gestaltung von Angeboten für die Aktivierung Bürgerschaftlichen Engagements übernommen werden. Sie richten sich sowohl an die Stadt als auch an die sozialen Träger, die

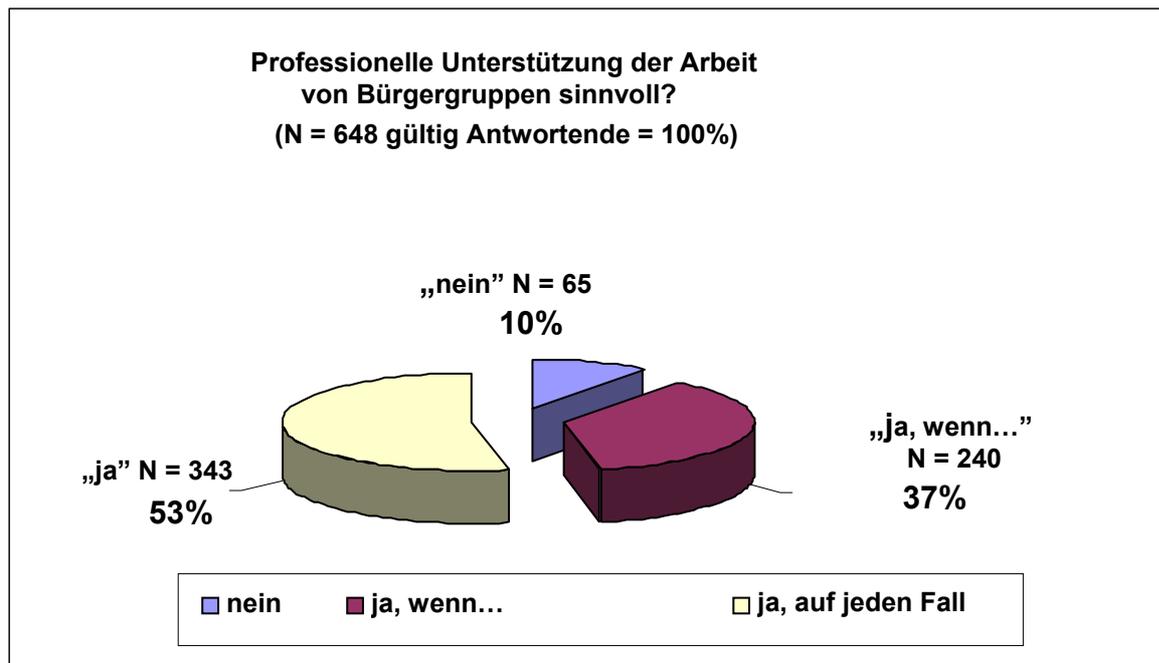
- diese Qualitätskriterien zur Förderung von Bürgerengagement gemeinsam in einem Programm aufgreifen könnten, unter Berücksichtigung der Angaben zu den Themen und zu den weiteren Bedingungen.

Werden die Personen nach der Bedeutung einer professionellen Begleitung für die Arbeit solcher engagierten Gruppen gefragt:

„Halten Sie es für sinnvoll, dass die Arbeit einer solchen Gruppe professionell unterstützt wird?“ Drei Antwortmöglichkeiten: nein / ja, wenn ... / ja, auf jeden Fall (Frage 15, Fragebogenaktion 50+)²³

²³ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: von 1.453 Befragten antworteten 648

Abb. 2.8 (IX): Professionelle Unterstützung der Arbeit von Bürgergruppen (Frage 15)



so gibt die überwiegende Mehrheit von 90 % (53 + 37 % = 90 % = 583 von 648) der Antwortenden die Notwendigkeit einer professionellen Begleitung – „auf jeden Fall“ oder zumindest „unter bestimmten Umständen“ – an.

Dieses Ergebnis bestätigt die Bedeutung von professioneller Begleitung für die Aktivierung und Unterstützung der Arbeit engagierter Bürgergruppen.

Hier sind die Träger der sozialen Arbeit gefragt,

- zum einen ihre Arbeitsansätze entsprechend anzupassen,
- zum anderen das Personal in der offenen Altenarbeit entsprechend daraufhin zu qualifizieren.

Das Personal sollte

- sich als moderierende Instanz verstehen und handeln
- sich bei Bedarf selbst einsetzen
- zugehende Arbeit leisten
- systemisch und gruppenorientiert arbeiten
- projektentwickelnd begleiten

- sich sowohl stadtteilbezogen wie auch stadtteilübergreifend orientieren
- zur Aktivierung benachteiligter Bevölkerungsgruppen spezifische Zugänge entwickeln, die das soziokulturelle Milieu berücksichtigen
- sich anwaltschaftlich einsetzen
- seine Vermittlungsfunktion zu anderen professionellen Instanzen wahrnehmen, um weitere Kontakte zu erschließen und damit die Infrastrukturentwicklung zu fördern
- die Teilhabe und aktive Mitwirkung und Mitverantwortung der Bürgerinnen und Bürger in differenzierter Weise unterstützen und umsetzen helfen

9.2.4 Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen

Zusammenfassend lassen sich folgende Aspekte festhalten, die bei der Gestaltung von Angeboten und Ansätzen zur Unterstützung der Einsatzbereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern berücksichtigt werden sollten:

- **Überschaubare Aufgaben mit**
 - **flexiblen Einsatzmöglichkeiten**
 - **spontanem Engagement auf Zeit**
- **Nähe zu den Themen, die die Menschen *vor Ort* bewegen**
- **Nähe zu Themen, die die Lebensbedingungen *über den Stadtteil hinaus* behandeln**
- **Unterstützungsmöglichkeiten durch professionelle Begleitungsangebote, um die Arbeit der Engagierten zum Erfolg zu führen**

Diese Merkmale finden ihre Bestätigung auch in den Ergebnissen der „Freiburger Studie“.²⁴

Es lassen sich folgende – im Detail näher ausgeführte – Empfehlungen ableiten:

²⁴ Maier, Prof. Dr. K.: „Quartiersaufbau‘ als Beitrag der Sozialarbeit zum Aufbau neuer Wohnquartiere“, 26.Juni 2001. www.Stadtteilarbeit.de/Seiten/Projekte/Maier/Quartiersaufbau.htm

a) **Selbsthilfe- und Solidaritätspotenziale aktivieren:**

- die Bereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern zum aktiven Einsatz sowohl zwecks Selbsthilfe wie auch zwecks Entwicklung des Gemeinwesens mobilisieren
- gleichzeitig Aufwertung der individuellen Biographien und Kompetenzen und orientierende Beratungsangebote bei der Wahl der geeigneten Einsatzform, z. B. durch
 - zentrale wie auch zugehende Beratungsangebote
 - eine parallel laufende Informationskampagne über Angebotsprogramme, sowohl für individuelle und spontane Einsatzmöglichkeiten als auch in organisierten Gruppenprojekten
 - darüber hinaus könnten Wettbewerbe zu stadtteilbezogenen wie auch stadtteilübergreifenden Themen in diese Kampagne eingebettet werden.

b) **Verbindungen zwischen den Generationen zur Förderung der gegenseitigen Solidarität erstellen helfen, z. B. durch**

- abrufbare professionelle Begleitung
- gemeinsame Anliegen und Nutzen entdecken
- wie auch gemeinsame Arbeitsweisen entwickeln helfen

c) **Spezifische Selbsthilfepotenziale und Selbsthilfestrukturen bei sog. schwächeren Bevölkerungsschichten aufspüren und mobilisieren, z. B. durch**

- spezifische Ansätze wie die „kultursensible offene Altenarbeit mit Migrantinnen und Migranten“²⁵
- Einbeziehung vorhandener Strukturen und Organisationen und von Schlüsselpersonen

d) **Aktive Bürgerinnen und Bürger beim erfolgreichen Arbeiten unterstützen, z. B.**

- bei der Beschaffung von Infomaterialien, Arbeitsmitteln und Logistik

²⁵ vgl.: Arbeitskreis kultursensible Altenhilfe & KDA. Handreichung für eine kultursensible Altenhilfe, Berlin, 2002

- durch die Erschließung wichtiger Kontakte
- durch die Vermittlung differenzierter und effektiver Arbeitstechniken und -strukturen
- durch eine entsprechend ausgebildete professionelle Begleitung, die kostenlos für die Nutzer bei Bedarf abgerufen werden kann

e) **Netzwerke ausbauen, bürgerschaftliche und professionelle Strukturen miteinander verknüpfen**

- durch die Entwicklung von vernetztem Handeln sowohl unter den Bürgergruppen als auch zwischen freiwilligen und professionellen Strukturen
- durch die gezielte Vermittlungstätigkeit von intermediären Instanzen aus dem Umfeld der sozialen Träger oder aus der Kommune

Bei den oben genannten Ansätzen sind die Interventionen der offenen Altenhilfe und weitere Leistungen der sozialen Träger von Bedeutung und sollten für die Bürgerinnen und Bürger als Option bereitstehen bzw. gezielt zur Sensibilisierung und Mobilisierung der noch latenten Selbsthilfepotenziale eingesetzt werden. Damit diese Angebote die beabsichtigte Wirkung erreichen, sollten einige Voraussetzungen erfüllt sein:

a) **Professionelle weiterqualifizieren**

- die Leistungen der sozialen Träger modernisieren
- an die neuen Aufgaben anpassen
- an der sehr heterogenen und differenzierten Gruppe der Älteren ab 50 orientieren

Hierzu ist ein **Paradigmenwechsel** in der modernen offenen Altenhilfe gefragt. Nägele formuliert folgende Qualitätsmerkmale bezüglich dieser Rahmenbedingungen, um angemessen den Einsatz der älteren Bürgerinnen und Bürger zur Selbsthilfe wie zur Integration in das Gemeinwesen unterstützen und begleiten zu können:

„...“

1. *einen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration älterer Menschen liefern,*
2. *die Beteiligung der Betroffenen selbst sicherstellen,*
3. *die inter- und/oder intragenerationale Solidarität stärken,*
4. *latente Produktivitätspotenziale älterer Menschen fördern helfen,*
5. *dabei aktivitätsrelevante Differenzierung nach Altersgruppen und Niveaus und die sich daraus ergebende Bedürfnisdifferenzierung konzeptionell in den Blick nehmen,*
6. *die wachsende soziale Polarisierung in den Lebenslagen der älteren Bevölkerung berücksichtigen,*
7. *die gerontologische Genderperspektive auch in der örtlichen Altenpolitik und -arbeit einbeziehen sowie die jeweils damit zusammenhängenden, z. T. erheblichen Unterschiede in den Selbsthilfe- und Produktivitätspotenzialen angemessen berücksichtigen.*²⁶

b) Professionelle Begleitung sicherstellen

- Die Qualitätsentwicklung ebenso wie die Existenzsicherung und Ausweitung einer solchen professionellen Begleitung sollten, anders als bisher, institutionell verankert werden.

c) Erfolgchancen der Arbeit von aktiven Bürgerinnen und Bürgern steigern

- Eine weitere Voraussetzung für die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement ist die Erweiterung des kommunalen Rollenverständnisses. Durch die Wahrnehmung von initiiierenden, moderierenden, koordinierenden und strukturierenden Aufgaben durch die Kommune könnte der aktive Einsatz von Bürgerinnen und Bürgern/Bürgergruppen profitieren. Die Kommune könnte ihrerseits von den präventiven Effekten einer erfolgreichen Selbsthilfe zum Nutzen des Gemeinwesens profitieren.

d) Bewältigungsstrategien zur Minimierung von Formen sozialer Benachteiligung im Alter unterstützen

²⁶ Friedrichs & Nägele, 1999: „Grundzüge für Prioritäten in der künftigen Förderung der Offenen Altenarbeit in NRW“

Ziel einer sozialen Alternspolitik muss sein, Auswirkungen sozialer Benachteiligung oder sozialer Schwäche bei Älterwerdenden und Alten zu minimieren, zu kompensieren sowie sie an Formen der Selbsthilfe unterstützend heranzuführen.

Wichtige Maßnahmen hierzu sind Unterstützungsformen von sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen und Personen mit besonderem Betreuungsbedarf, die aufgrund dementieller Erkrankungen, Behinderungen oder seelischen Beeinträchtigungen, sozialer Isolation, dissozialer Verhaltensweisen oder ehemaliger Wohnungslosigkeit einen über den Pflegebedarf hinausgehenden, erhöhten psycho-sozialen Betreuungsbedarf haben. Für die zweite Gruppe hat das Dezernat für Soziales und Jugend vor einigen Jahren das Sofortprogramm zur Verbesserung der psycho-sozialen Betreuung im Bereich ambulanter Hilfen der Altenpflege eingeführt.

Wissenschaftliche Publikationen untermauern die oben skizzierten Empfehlungen. Hierzu einige Zitate:

„Der produktive Einsatz des Alters, diesseits und jenseits der bezahlten Erwerbsarbeit, ist heute ein gesamtgesellschaftliches Anliegen geworden, nicht nur in ökonomischen Dimensionen gemessen, sondern auch im Interesse eines besseren, d.h. gerechteren Verhältnisses der Generationen zueinander.“ (Nägele, 2004) ²⁷

„Die Aktivitäten von Freiwilligen, das Ehrenamt sowie das Bürgerschaftliche Engagement mit seinen besonderen Konnotationen sind nicht naturwüchsig, sondern bedürfen der systematischen Förderung und gelangen damit auch in den Blick von Altenplanung. Möchte man Formen kustodialer, latent bevormundender Formen der Altenhilfe, wie sie an vielen Orten noch beobachtet werden, verändern und häufig auch ersetzen bzw. umwandeln in Formen der Eigenaktivität von älteren Menschen, so bedarf dies professioneller Begleitung und entsprechender förderlicher Rahmenbedingungen. Das Leitbild des aktiven Alters, der Ressourcenansatz in der Bildungsarbeit älterer Menschen darf sich nicht reduzieren auf programmatische

²⁷ G. Nägele, 2004: Kommunalkongress – Neue Herausforderungen an die kommunale Seniorenpolitik S. 16)

Aussagen in Kommunalpolitikansätzen, sondern muss münden in einer entsprechenden, begleitenden, fördernden und ermöglichenden Arbeit mit und für ältere Menschen.“²⁸ (Th. Klie, 2002)

„Es wird eine ‚politische Verantwortung‘ gefordert, dass Politik dazu jeweils förderliche Rahmenbedingungen schaffen muss. Dies kann zugleich auch als neue Schwerpunktaufgabe für die Kommunen interpretiert werden, wobei die entsprechenden Bezugspunkte insbesondere in der Ausweitung und Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements Älterer liegen, so vor allem durch individuumsbezogene Förderstrategien, Infrastrukturhilfe und Initiativen zur Beteiligung örtlich ansässiger Unternehmen.“ (Nägele, 2004)²⁹

„Schließlich besteht eine wichtige kommunale Zukunftsaufgabe in der Organisation und Unterstützung lokaler Strukturen, einer „neuen Kultur des Helfens“. Gemeint sind kommunale Gewährleistungsaufgaben, die sich nicht auf sozialstaatliche Transferleistungen, sondern auf Märkte, auf Kooperations- und Vernetzungsaufgaben und die Förderung des 3. Sektors und des Freiwilligenengagements beziehen. Die Forderung zielt dabei vor allem auf bislang zu wenig oder gänzlich ungenutzte zivilbürgerliche Hilfepotenziale, worauf auch schon der Abschlussbericht der Enquete-Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‘ hingewiesen hat“³⁰.

„Lokale Solidarität entfaltet sich unter modernen Bedingungen nicht selbstläufig und eigenwüchsig, sondern bedarf förderlicher Rahmenbedingungen, fachlicher Begleitung und einer ermöglichenden und förderlichen Kommunalpolitik und entsprechendem Verwaltungshandeln.“³¹

²⁸ Thomas, Knie (Hrsg.): Fürs Alter planen. Beiträge zur kommunalen Altenplanung. Freiburg 2002, S. 440

²⁹ G. Nägele, 2004: Kommunalkongress – Neue Herausforderungen an die kommunale Seniorenpolitik S. 17

³⁰ Abschlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. 2002

³¹ Evers & Klie, 1999. Die Versorgung pflegebedürftiger alter Menschen in der Kommune. In: Kommunalkongress, Dokumentation, 2004

Das heißt für die Umsetzung einer partizipativen Altersplanung:

- **Die Existenzsicherung und Ausweitung der Angebote zur Partizipation im Rahmen der offenen Altenhilfe und weiterer intermediärer Instanzen sowie die Sicherung ihrer Effektivität durch qualitative Differenzierung und Weiterentwicklung sollten Teil der kommunalen Altersplanung sein, d.h. finanziell und institutionell verankert und nicht der Beliebigkeit „politisch-ökonomischer Konjunkturschwankungen“ überlassen bleiben.**

Eine solche Verankerung ist mehrfach begründet. Zum einen handelt es sich bei der sehr heterogenen Bevölkerung der Menschen ab 50 um eine ständig wachsende Gruppe mit unterschiedlichem Unterstützungs- und Hilfebedarf. Diese Gruppe hat in den maßgebenden Ressorts von Politik und Wirtschaft an der Basis – und nach den Regeln des neuen Paradigmas nach Nägele – keine ausreichenden und angemessenen Möglichkeiten der aktiven Mitgestaltung gefunden. Zum anderen würde die Stärkung von Potenzialen durch eine angemessene professionelle Begleitung deutliche präventive Wirkungen zeitigen, z. B. hinsichtlich der Milderung späterer psychosozialer und gesundheitlicher Defizite.

Des Weiteren können „richtig“ geförderte Potenziale zum bürgerschaftlichen Engagement älterer Menschen eine integrative Wirkung auf Generationen und Schichten zeigen. Aktive, selbstverantwortliche und gemeinschaftsbewusste ältere Bürgerinnen und Bürger können die Kultur des solidarischen Verhaltens weiterentwickeln helfen.

Damit sind einige Aspekte genannt, die die Finanzierung der professionellen Begleitung wie auch anderer Formen der materiellen Unterstützung aktiver Älterer rechtfertigen.

- **Für die finanzielle Förderung der neuen offenen Altenarbeit im beschriebenen Sinne sollten die oben aufgeführten Qualitätskriterien ausschlaggebend sein.**

Damit ist es aber nicht getan. Zur weiteren Motivation und Aktivierung nicht nur älterer Bürgerinnen und Bürger muss es – wie von den Befragten ausdrücklich formuliert – auch Erfolgserlebnisse geben. Diese hängen *nicht allein* von der aktiven Arbeit und qualifizierten Begleitung ab, *sondern* entscheidend *auch* von der Kooperationsbereitschaft der betroffenen Partner. Dazu zählt die Stadt als erster Ansprech- und Kooperationspartner, um Lebens- und Wohnverhältnisse in den Stadtteilen wie im gesamten Stadtgebiet zu verbessern und um – ausgerichtet an den differenzierten Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger – mit ihnen Lösungen zu entwickeln. Die Kommune sollte einen Modus finden, wie sie „auf Augenhöhe“ partnerschaftlich diese Zusammenarbeit gestaltet.

9.3 Einschätzung der politischen Vertretung und Planungsbeteiligung älterer Bürgerinnen und Bürger in Frankfurt am Main: Ergebnisse der Fragebogenaktion 50+

„Der Grad der Bürgerbeteiligung ist der Maßstab für den Grad der realisierten Demokratie.“

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse aus der Fragebogenaktion 50+³² vorgestellt, die sich beziehen

- auf die Einschätzung zu den bestehenden Einfluss- und Vertretungsmöglichkeiten der Interessen und Anliegen der Älteren
- auf die Wünsche und Vorstellungen der älteren Befragten, sich an den kommunalen Planungsprozessen zu beteiligen
- auf die Einschätzung zur vorliegenden Befragung als Instrument der Beteiligung

Zum Schluss werden relevante Handlungsempfehlungen zusammengestellt.

Einführend wird zunächst eine Übersicht der in Frankfurt am Main vorhandenen Einflussmöglichkeiten der Älteren gegeben.

³² Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Explorative – untersuchende - schriftliche (nicht repräsentative) Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main i. V. m. der INBAS- Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, Firma EDV- und andere Dienstleistungen, Joachim Ritter, Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 2004

9.3.1 Übersicht über die in Frankfurt am Main vorhandenen politischen Vertretungsstrukturen und Einflussmöglichkeiten

Grundsätzlich ist die Einflussnahme der (älteren) Bürgerinnen und Bürger durch die direkten Möglichkeiten (z. B. das Stimmrecht) oder durch die indirekten Möglichkeiten (durch ihre Delegierten bzw. in Vertretungsorganen) gegeben.

In Frankfurt am Main stehen älteren Bürgerinnen und Bürgern im **parlamentarischen** Raum folgende Möglichkeiten der Einflussnahme zur Verfügung:

a) Rechte:

- Informationsanspruch gegenüber dem Gemeindevorstand (Magistrat)
- aktives und passives Wahlrecht
- Bürgerversammlung
- Bürgerbegehren
- Bürgerentscheid

b) Instrumente:

Rolle/Funktion	Gestaltungsrechte
als Seniorenbeauftragte im Ortsbeirat	→ mit Anhörungsrecht und Antragsrecht
als gewählter politischer Vertreter im Stadtparlament	→ mit Antrags- und Stimmrecht
als gewählter Stadtrat im Stadtparlament	→ mit dem Recht, Verordnungen für die Umsetzung von Gesetzen zu erlassen
als KAV-Mitglied als gewählte Vertreter ausländischer Mitbürger im Stadtparlament	→ mit Antrags- und Stimmrecht

Im **vorparlamentarischen** Raum stehen folgenden Einflussmöglichkeiten zur Verfügung:

Rolle/Funktion	Gestaltungsrechte
als Mitglied in politischen Parteien, speziell in den Seniorensektionen	→ mit Vorschlagsrecht bei der Gestaltung des Parteiprogramms
als Mitglied in politisch-sozialen oder sozialen Verbänden, speziell in den Seniorensektionen	→ mit Vorschlagsrecht und Mitarbeit bei der Gestaltung der Verbandsarbeit
als Mitglied von kirchlich-sozialen Organisationen	→ mit Vorschlagsrecht und Mitarbeit bei der Gestaltung der Aufgaben der Organisation

→ **Wie bekannt sind diese Instrumente der Vertretung und Mitbestimmung unter den Bürgerinnen und Bürgern?**

→ **Wie wird zurzeit davon Gebrauch gemacht?**

Dies sind zwei zentrale Fragen, die sich bei der Sichtung der Ergebnisse stellen und zu denen insbesondere die Fragen 31 (siehe 9.3.2.3) und 33 (siehe 9.3.3.1) eine Antwort bieten. Auch im Expertenbeitrag der Bürgerinitiative „Alte für Frankfurt“ wird aus der Sicht einer Bürgerinitiative darauf Bezug genommen.³³

9.3.2 Einschätzung älterer Bürgerinnen und Bürger über die bestehenden politischen Vertretungs- und Einflussmöglichkeiten

Der vorliegende Abschnitt beschäftigt sich mit der Wahrnehmung und Einschätzung der Bürgerinnen und Bürgern bzgl. der vorhandenen Einflussmöglichkeiten auf die Gestaltung ihrer Lebenswelt. Hier werden die Ergebnisse der Fragen 29, 30 und 31 vorgestellt und kommentiert.

³³ vgl. Kap. 10 des vorliegenden Teilberichts, H. Michel, „Beteiligung Frankfurter Bürgerinnen und Bürger 50+ an kommunalen Planungsprozessen“

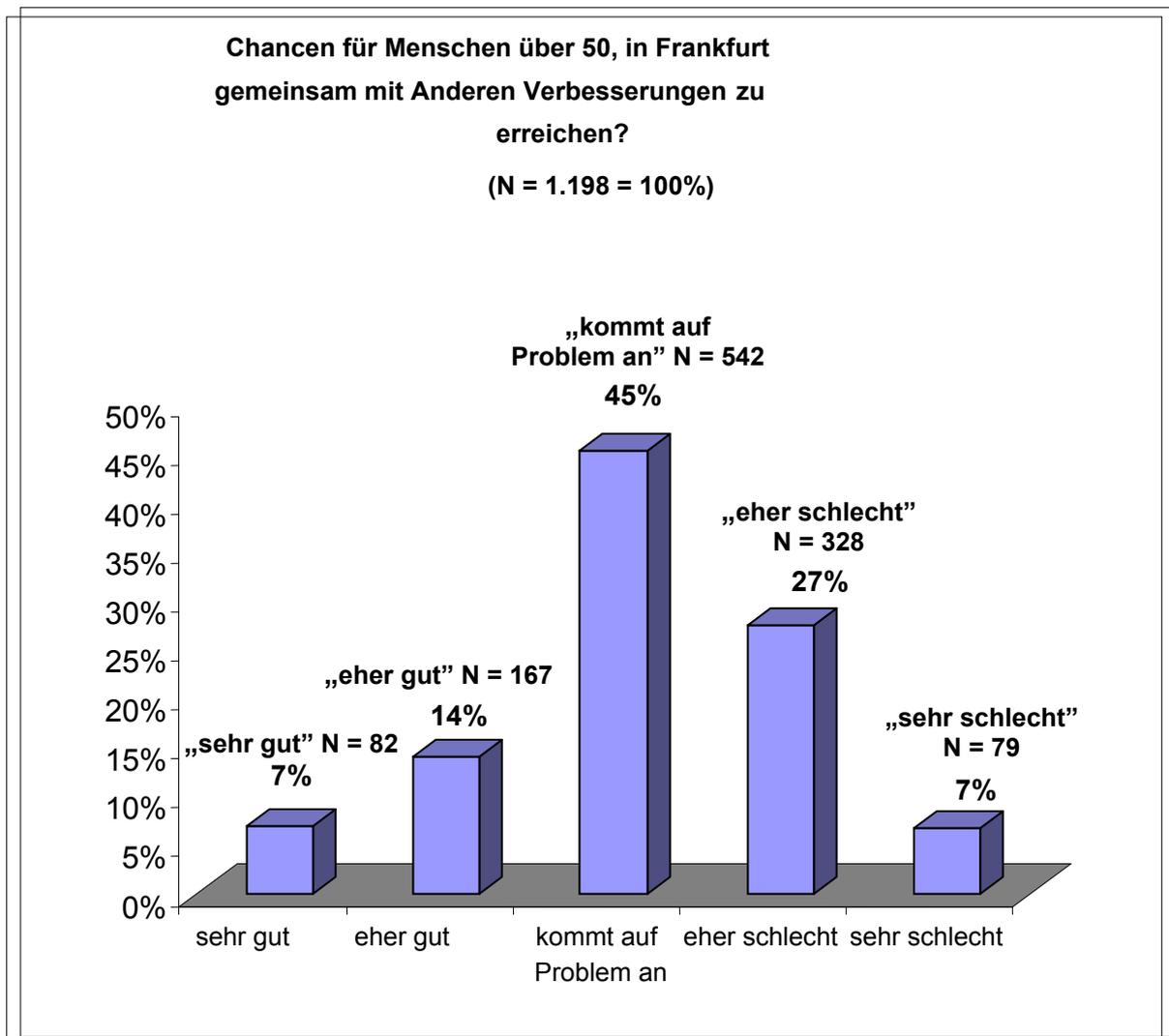
9.3.2.1 Chancen der Älteren, gemeinsam zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Frankfurt am Main beizutragen (Frage 29)

Auf die Frage:

„Was würden Sie sagen, wie gut stehen heutzutage für Menschen über 50 die Chancen in Frankfurt, gemeinsam mit andern Bürgerinnen und Bürgern Verbesserungen zu erreichen?“ Vier Antwortmöglichkeiten: sehr gut / eher gut / kommt auf das Problem an / eher schlecht / sehr schlecht (Frage 29 der schriftlichen Befragung)

haben rund 82 % der Befragten (1.198 von 1.453 Personen) eine verwertbare Antwort gegeben.

Abb. 3.1 (IX): Chancen für Menschen ab 50, gemeinsam mit Anderen Verbesserungen zu erreichen (Frage 29)



Fasst man die Ergebnisse der obigen graphischen Darstellung in den Haupttrends zusammen, so ergibt sich folgendes Bild bei den Befragten:

- **Die „Situativen“**,
die die Wirkung bei der Gestaltung von Verbesserungen von dem jeweils vorliegenden Problem abhängig sehen, bilden fast die Hälfte der Befragten (45 %).
- **Die „Pessimisten“**,
die die mögliche Mitwirkung älterer Bürgerinnen und Bürger hin zu

Verbesserungen „eher schlecht“ bis „sehr schlecht“ einschätzen, machen ein gutes Drittel der Befragten aus (34 %).

- **Die „Optimisten“**,
die die Chancen für ältere Bürgerinnen und Bürger, gemeinsam Verbesserungen zu bewirken als „sehr gut“ bis „gut“ einschätzen, sind eine Minderheit von 20 %.

Die Tatsache, dass sich fast die Hälfte der Befragten unsicher ist bzgl. ihrer Wirkungsmöglichkeiten und dass ein Drittel der Befragten ihre Einflusschancen als eher gering einschätzen, ist durchaus planungsrelevant.

Es ist ernst zu nehmen, wenn Bürgerinnen und Bürger ihre Ressourcen, ihren Beitrag zur Verbesserung des Gemeinwesens und zur Lösung von Problemen nicht einbringen, weil sie dabei zu geringe Chancen auf Erfolg sehen. Damit gehen (Selbsthilfe-)Potenziale für übergreifende Lösungs- bzw. Veränderungsprozesse verloren und die Bindung der Bürgerinnen und Bürger an Solidargemeinschaften und zur Kommune schwächt sich.

Das vorliegende Ergebnis wirft Fragen auf, die nach den Gründen suchen, wie es zu einer solchen „pessimistischen“ Einschätzung kommen kann, wie zum Beispiel:

- Was hat bei den Befragten zu dieser negativen Einschätzung geführt? (Enttäuschung aus schon gemachten Erfahrungen? Nicht ausreichende Kenntnisse über die Einflussmöglichkeiten?)
- Sind die vorhanden Mittel und Verfahren für das Einbringen den Bürgerinnen und Bürgern bekannt und zugänglich im Hinblick auf ihre Beteiligungsbereitschaft?
- Bedarf das Sich-einbringen-Wollen vielleicht einer entsprechenden Motivierung und Unterstützung, die im Moment nicht oder zumindest nicht ausreichend vorhanden ist?

- Ist von Institutionen und der Kommune das Signal gekommen, dass das „Sich-Einbringen“ oder „Sich-Einmischen“ bei der Lösung von Problemen gewollt ist und gewürdigt wird?
- Bieten die vorhandenen Einflussmöglichkeiten spürbare Wirkungschancen?

Weitere Erklärungshinweise auf die dargestellte Antworttendenz finden sich in den Kommentaren der offenen Fragen zur Vertretungseffektivität der vorhandenen Gremien (Frage 31) und zu den Wünschen bzgl. Einflussmöglichkeiten auf die kommunale Planung (Frage 33).

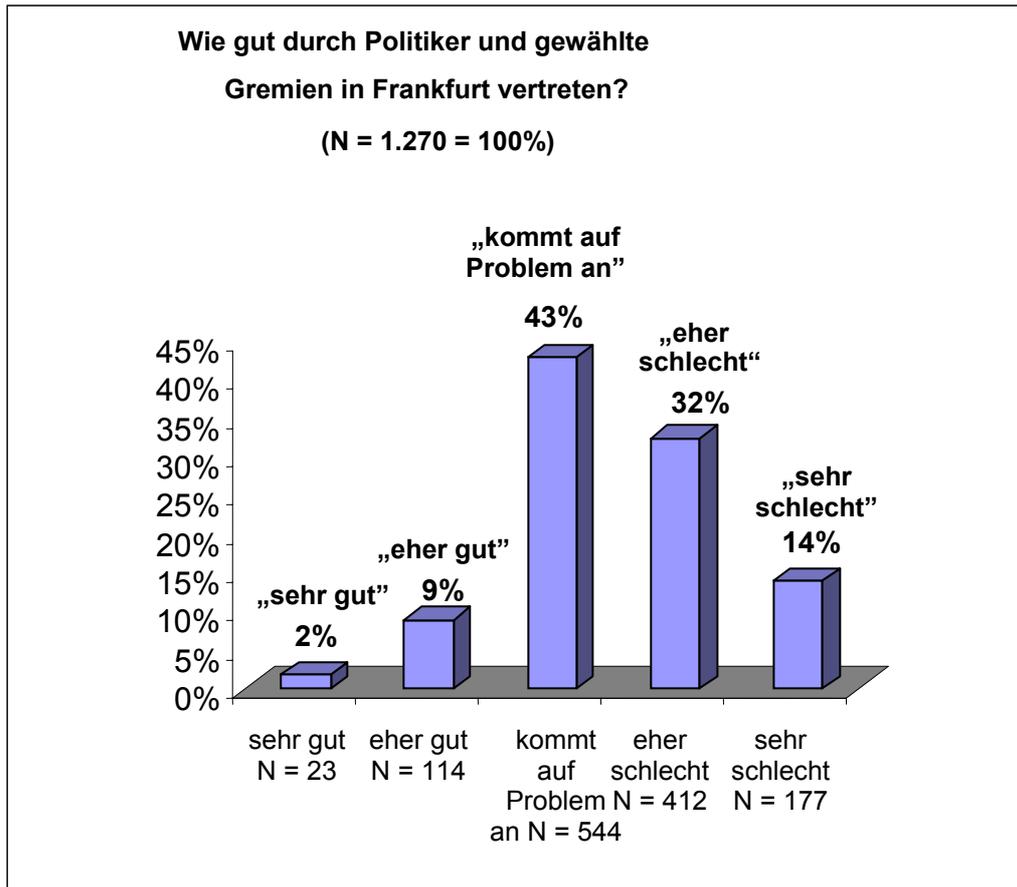
9.3.2.2 Vertretung der Interessen älterer Frankfurterinnen und Frankfurter durch Politiker und gewählte Gremien (Frage 30)

„Wie gut fühlen Sie sich mit Ihren persönlichen Interessen und Problemen von den Politikern und den gewählten Gremien in Frankfurt vertreten?“

Vier Antwortmöglichkeiten: sehr gut / eher gut / kommt auf das Problem an / eher schlecht / sehr schlecht (Frage 30 der schriftlichen Befragung)

Auch hier hat eine hohe Anzahl von Befragten (rd. 87 % = 1.270 von 1.453 Personen) die Frage beantwortet.

Abb. 3.2 (IX): Vertretung durch Politiker und gewählte Gremien



Fasst man die Ergebnisse der obigen Grafik zusammen, so lässt sich folgende Aussage formulieren:

- Der größte Teil von ihnen (46 %) gibt an, sich „eher schlecht“ bis „sehr schlecht“ vertreten zu fühlen.
- Ein fast eben so großer Teil (43 %) sieht die Vertretungseffizienz und -effektivität von Politikern und Vertretungsorganen von dem anstehenden Problem abhängig.
- Nur ein geringerer Anteil (11 %) fühlt sich von den Politikern und gewählten Gremien in Frankfurt am Main „eher gut“ bzw. „sehr gut“ vertreten.

Mit dieser Antwort geben viele ältere Bürgerinnen und Bürger dem Gefühl Ausdruck, dass ihre Probleme und Interessen in Politik und Verwaltung nicht oder zu wenig Beachtung finden. Ein solches Ergebnis weist einen dringlichen Handlungsbedarf bei

Politik und Verwaltung der Kommune auf, zum einen die Hintergründe dieser negativen Einschätzung zu beleuchten und zum anderen Maßnahmen zu ergreifen, damit politisches und administratives Handeln stärker als bisher auf die Interessen und Bedürfnisse der älteren Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet wird. Aufgrund des hohen Anteils an älteren Menschen unter den Wählern und aufgrund ihrer hohen Wahlbeteiligung ist diese Aussage durchaus berechtigt.

Durch mehr Bürgernähe von Politik und Verwaltung könnten

- zum einen die Gründe für eine solch negative Einschätzung im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern erfragt und diskutiert werden,
- zum anderen damit die Bedürfnisse und Interessen der älteren Frankfurter aus erster Hand erfahren werden,
- und schließlich nicht zuletzt mit ihnen die Möglichkeiten der Einbindung ihrer Selbsthilfepotenziale entwickelt und erprobt werden (*mehr dazu in 9.3.3.1*).

Weitere konkrete Ausführungen zu diesem Aspekt, siehe Kap. 10 des vorliegenden Teilberichts: „Beteiligung der Frankfurter Bürgerinnen und Bürger 50+ an kommunalen Planungsprozessen“.

9.3.2.3 Gremien und Einrichtungen, die am besten die Interessen älterer Bürgerinnen und Bürger durchsetzen (Frage 31)

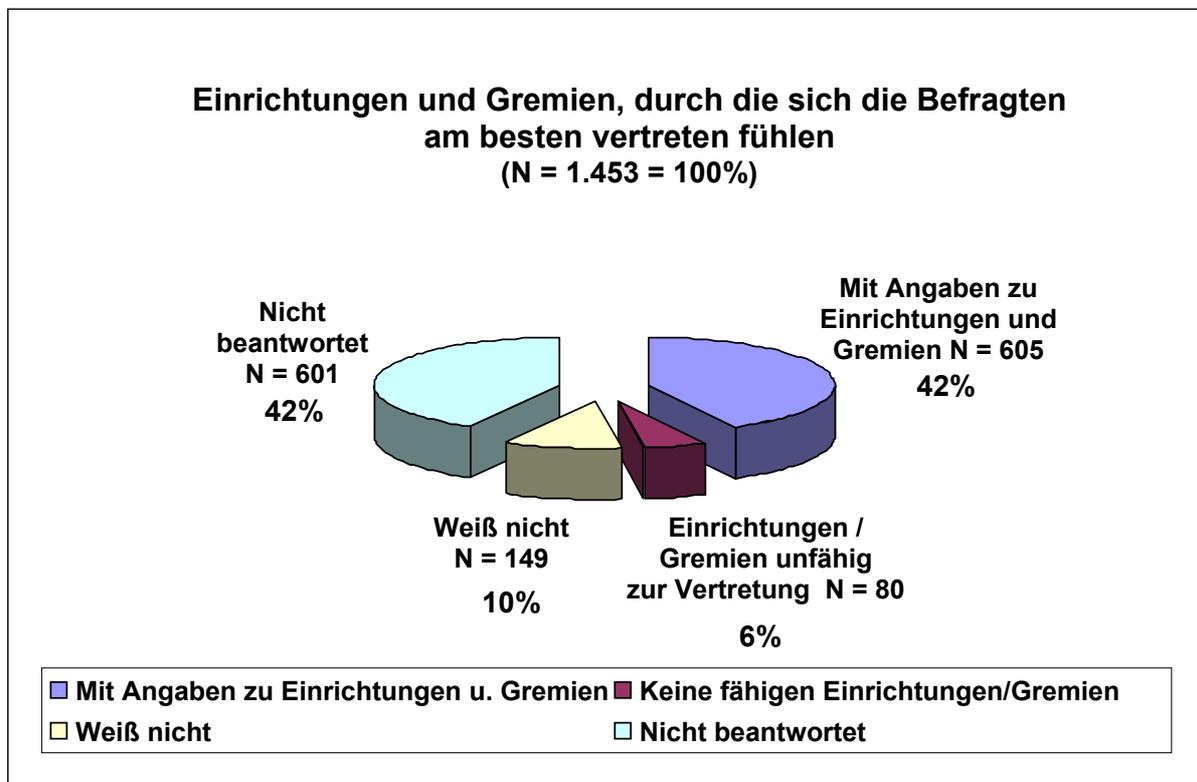
„Welche Einrichtungen oder Gremien können Ihrer Ansicht nach die Interessen der älteren Menschen in Frankfurt am besten durchsetzen?“ (offene Frage 31 der schriftlichen Befragung)

Die Einschätzung der Befragten über Effektivität und Effizienz von gewählten Gremien und Einrichtungen im Hinblick auf die Interessen älterer Menschen wird durch die Frage 31 näher spezifiziert und bietet die Möglichkeit der Zuordnung der Einschätzung. Hierzu konnten die Befragten frei formuliert angeben, was ihren individuellen Erfahrungen genau entspricht (offene Antwortmöglichkeit).

Antwortverhalten:

Von den 1.453 Befragten der Fragebogenaktion haben 834 die Frage beantwortet (149 + 80 + 605), davon jedoch 149 mit „ich weiß nicht“. **685** Personen antworteten mit insgesamt 744 verwertbaren Angaben, da Mehrfachnennungen möglich waren. 601 Personen haben die Frage nicht beantwortet.

Abb. 3.3 (IX): Vertretung durch Einrichtungen und Gremien



Antwortinhalte

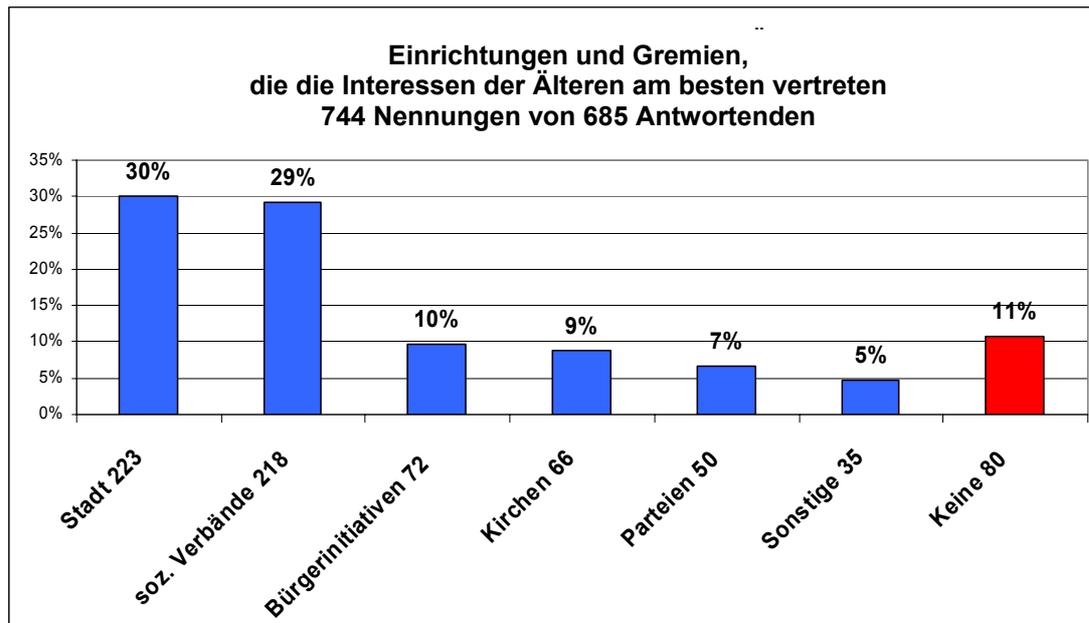
Von 685 „verwertbar Antwortenden“ haben 656 konkrete Angaben gemacht. Durch Mehrfachnennungen ergaben sich 744 Angaben.

Der Antwortenkatalog sieht in der Zusammenfassung wie folgt aus:

Tab. 3.4 (IX): Antwort-Kategorien zur Einschätzung der Interessenvertretung

Kategorien	Anzahl der Benennungen
1. Stadt gesamt	223
Ortsbeirat	66
Seniorenbeirat/-beauftragte	43
Stadtparlament	30
Sozialamt/-dezernat	20
Sozialrathaus, Seniorenrathaus	17
SBV (Ehrenamtlicher Dienst des Jugend- und Sozialamtes)	10
Magistrat	10
Allgemein	7
Polizei	7
Soziale und Gesundheitsausschüsse	6
Oberbürgermeisterin	2
Behindertenbeauftragte	3
Frauenreferat	2
2. Soziale Verbände gesamt	218
Allgemein	60
VDK	48
AWO	38
Caritas	28
Institut für Sozialarbeit	18
Frankfurter Verband	15
Diakonie	5
DPWV	2
St. Katharinen- und Weißfrauenstift	2
Innere Mission	1
DRK	1
3. Bürger-/Senioreninitiativen und -netzwerke	72
4. Kirche	66
5. Parteien gesamt	50
Allgemein	23
Graue Panther	21
SPD	4
CDU	1
APO	1
6. Sonstige (Alle Kategorien unter 10 % sind unter dem Begriff „Sonstige“ zusammengefasst, u.a. Medien, Gewerkschaft, Begegnungsstätten, gesetzliche Programme etc.)	35
ZWISCHENSUMME	664
7. Keine Einrichtungen und Gremien können die Interessen der Bürger vertreten	80
ZWISCHENSUMME	744
8. Unwissenheit: „Ich weiß nicht“	149
GESAMT	893

Abb. 3.5 (IX): Einrichtungen und Gremien, die die Interessen am besten vertreten



Bemerkenswerte Inhalte sind im Folgenden nach der Häufigkeit der Benennung wiedergegeben. Sie bieten eine Grundlage für die Formulierung von Handlungsempfehlungen.

Tab. 3.6 (IX): Genannte Kritik und Vorschläge zu Interessenvertretung

Kritik und Vorschläge	Anzahl der Benennungen
- Kritik an der Einflusslosigkeit des Ortsbeirats und Seniorenbeirats wegen ihrer Parteigebundenheit	16
- Verbesserung der bestehenden Gremien, z. B. Ortsbeirat und Abgeordnetenversammlung der Stadt	14
- Alte gründen eine eigene Partei	6
- Seniorenausschuss/-rat (nicht parteigebunden!)	6
- Gremium für die Situation und Interessen der Alten	4
- Volksabstimmung	4
- RundeTische, an das Sozialdezernat gebunden	2
- Ombudsmann für Altersfragen	2
- Bürgerinitiativen im Stadtparlament mit Mitspracherecht	2
- Mehr Aufmerksamkeit und Ansprechbarkeit der Politiker	2
- Gewählte Vertretung der Älteren mit Mitspracherecht (im Stadtparlament?)	2
- Netzwerk von Seniorenbüros in den Stadtteilen	1
- Seniorenorganisationen gründen	1
- Kritik an der bürgerdistanzierten Haltung der Politiker	1
- Mitarbeit der Betroffenen mit den Politikern	1
- Ein extra Magistrat direkt bei der OB angesiedelt	1
- Freie Bürgerinitiativen, die von der Stadt unterstützt, aber nicht beeinflusst werden	1
- Persönliche Delegation	1
- Ausschuss, der die Belange der älteren Frauen unterstützt	1
GESAMT	68

Zunächst ist zu erwähnen, dass 149 angeben, nicht zu wissen, welche Einrichtung oder welches Gremium die Interessen älterer Frankfurter am besten durchsetzt. Diese Antwort zeigt, dass bei 10 % der Befragten noch Unwissenheit in Bezug auf Vertretungsmöglichkeiten für die eigenen Belange besteht (149 = rd. 10 % aller 1.453 Befragten).

80 der Antwortenden sind der Meinung, dass keine Einrichtung und kein Gremium die Interessen ältere Menschen in Frankfurt am Main durchsetzen kann.

Diese Antworten lassen erkennen, dass

- mehr getan werden sollte, um die Bürgerinnen und Bürger über die Vertretungsmöglichkeiten Ihrer Interessen verständlich zu informieren.
- sich Ältere (80 von 1453 = rd. 6 %) von den vorhandenen Möglichkeiten nicht vertreten fühlen und eine Optimierung der bestehenden Vertretungsmöglichkeiten der Interessen Älterer anstreben.

Diese Empfehlung wird bestätigt auch durch die Ergebnisse aus der Frage 33 (*siehe 9.3.3.1*).

Zu den Angaben zu Einrichtungen und Gremien lässt sich Folgendes festhalten:

- Die **Stadt** (223 Nennungen) und in kleinem Abstand gefolgt von den **Wohlfahrtsverbänden** (218 Nennungen) mit ihren Gremien und Einrichtungen werden von den Befragten am häufigsten als die Institutionen genannt, durch die sie ihre Belange am besten vertreten fühlen. In etwa gleichermaßen – städtische Einrichtungen und Gremien und Einrichtungen der bekannten sozialen Verbände im Stadtgebiet – genießen das Vertrauen der Befragten im Hinblick auf die Durchsetzung ihrer Interessen und Belange.
- Vielfach genannt, aber doch wesentlich seltener werden die „traditionellen“ Gremien, die Bürgerinnen und Bürger – und insbesondere Ältere – auf lokaler Ebene vertreten, nämlich der **Ortsbeirat** mit 66 Nennungen und der **Seniorenbeirat** mit 43 Nennungen.³⁴ Die Angaben werden allerdings mit Kommentaren ergänzt, die den Wunsch nach einer Verbesserung der bestehenden Vertretungsmöglichkeiten unterstreichen.

³⁴ Diese 109 Nennungen sind Bestandteil der 223 „Stadt“-Nennungen

- Mehrere Befragte geben **Hinweise darauf, wie diese Vertretungsgremien verbessert** werden könnten. Zum Beispiel könnte beim Seniorenbeirat
- das Wahlverfahren geändert werden, d.h. die Mitglieder der Seniorenbeiräte sollten nicht aus den Reihen der Parteien-Vertreter in den Ortsbeiräten ernannt werden, sondern von den älteren Bürgerinnen und Bürgern des Stadtteils/Bezirks selbst direkt vorgeschlagen und gewählt werden,
 - sollten die Vertreter über ihre Aufgaben besser aufgeklärt und vorbereitet werden (Einführungs- und Schulungsmaßnahmen) sowie auch angemessen begleitet werden.

- Mit großem Abstand folgen die Befürworter der **Bürger-/Senioreninitiativen und Netzwerke** (72 Nennungen) als geeignete Vertreter der Interessen der Älteren. In diesem Zusammenhang wird von den Befragten auch die **Einführung neuer und direkter Vertretungsformen gefordert.**

Diejenigen, die die Vertretung ihrer Interessen durch Bürgerinitiativen und Netzwerke besser gewahrt sehen, sind in der Minderheit. Die Mehrheit erkennt die Stadt und soziale Verbände als ihre Interessenvertreter an. Eine Erklärung kann darin zu finden sein, dass der Austausch mit und direkte Kontakte zu Bürgerinitiativen von Seiten städtischer Gremien und Träger der sozialen Arbeit nicht „gepflegt“ und bisher von politischer Seite kaum begrüsst wurden. So ist es auch nicht verwunderlich, dass Bürgerinnen und Bürger zu dieser direkten Form der Vertretung ihrer Interessen und Anliegen kaum Vertrauen gefunden haben. Bürgerinitiativen und Netzwerke sind zwar als Selbsthilfe-Organisationen im Bewusstsein mehr oder weniger präsent, nicht aber als politisch wirksame Vertretungen von der Basis her.

FAZIT

Von Seiten der Stadt ist ein deutliches Signal von Nöten, dass Bürgerinitiativen auf Wunsch konkret unterstützt und dass ihre Arbeitsergebnisse auf partnerschaftlicher Ebene berücksichtigt werden.

Die Sozialverbände sind aufgerufen, durch eine angemessene, qualifizierte offene Altenarbeit die Entstehung von Bürgerinitiativen anzustossen und sie im Prozess der

Selbstorganisation auf Wunsch zu begleiten. Darüber hinausgehend, ist es wichtig die Nachhaltigkeit der Interessenvertretung durch den Aufbau von Netzwerken zu untermauern und die Qualifizierung des freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements durch das „Trägernetzwerk“, dem die ortsansässigen Bildungsträger angehören, zu ermöglichen.

- Die **Kirche** mit 66 Angaben bleibt noch ein Ort, in dem Bürgerinnen und Bürger ab 50 ihre Bedürfnisse ernst und aufgenommen sehen.

- Die **Parteien** schneiden sogar schlechter als die Kirche ab mit 50 Erwähnungen insgesamt. Bemerkenswert ist dabei die eindeutig mehrheitliche Nennung der Grauen Panther. Dieses Ergebnis legt die Vermutung nahe, dass die Parteien an Vertretungskraft und Legitimation – nicht nur unter der Jungen, sondern auch bei den Menschen ab 50 (die aber immer noch die treueste Wählerschaft darstellen) – verloren haben. Man vertraut mehr Institutionen als (den großen) Parteien. Dies wird in mehreren Aussagen betont.

Aus diesen Rückschlüssen und unter der Berücksichtigung des bekannten Tatbestands, dass ältere Bürgerinnen und Bürger die Mehrheit der Wähler ausmachen, dass sie ihr Wahlrecht ernst nehmen und dass ihre Wahlbeteiligung im Verhältnis zu anderen Wählergruppen am höchsten liegt, liegt folgender Handlungsbedarf bei den Parteien nahe:

- die älteren Mitglieder ernster zu nehmen und sie bei der Formulierung der Parteiprogramme (insbesondere bzgl. ihrer eigenen Belange) sowie bei Entscheidungen als Experten in eigener Sache deutlich stärker als bisher einzubeziehen,
- nicht zuletzt auch das Vertrauen der Wähler wiederzugewinnen, durch mehr und aufrichtige Bürgernähe, auch außerhalb der Wahlkampfzeiten.

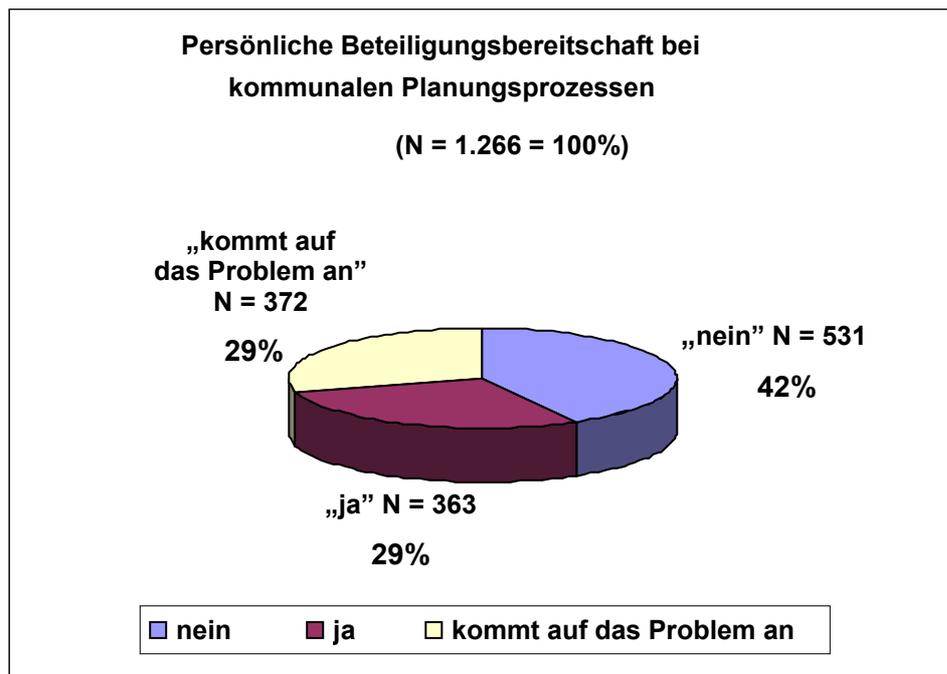
9.3.3 Bereitschaft zur Planungsbeteiligung älterer Bürgerinnen und Bürger (Frage 32 der Fragebogenaktion)

Die Frage „Würden Sie sich persönlich an kommunalen Planungsprozessen beteiligen, wenn Ihnen die entsprechenden Mitspracherechte eingeräumt würden?“

Drei Antwortmöglichkeiten: nein / ja / kommt auf das Problem/Thema an

... haben rd. 87 % der Befragten gültig beantwortet (1.266 von 1.453).

Abb. 3.7 (IX): Persönliche Beteiligungsbereitschaft bei kommunalen Planungsprozessen

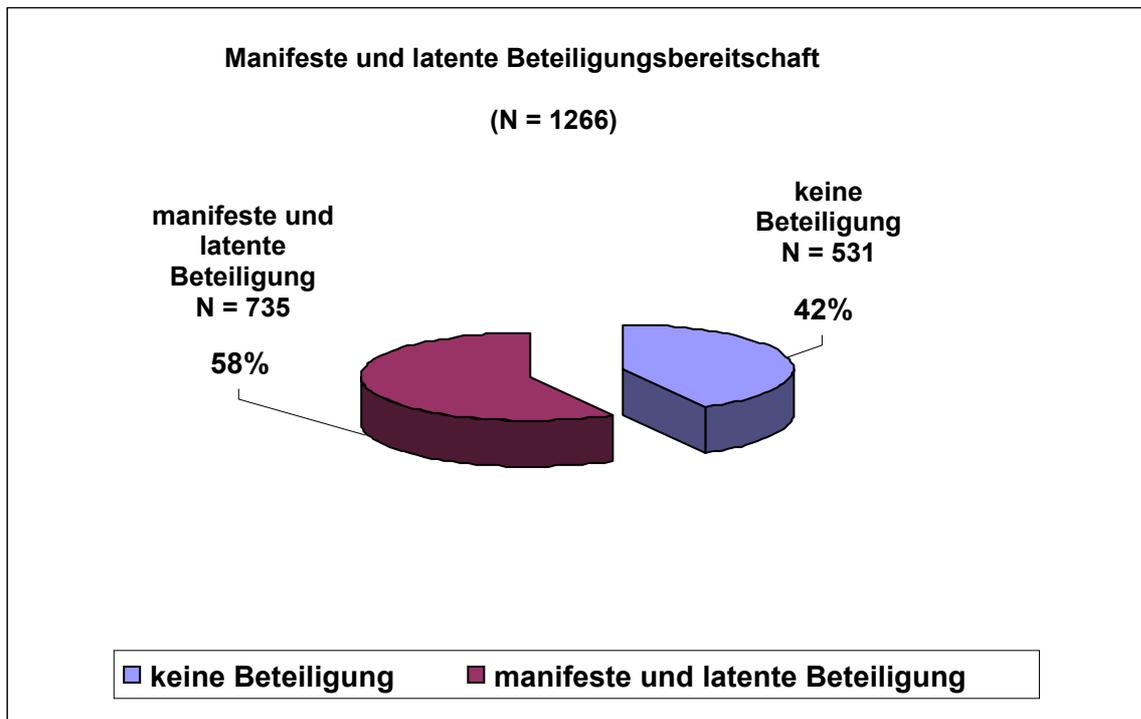


- 41,9 % würden sich NICHT beteiligen (531 von 1.266)
- 29,4 % würden sich abhängig vom Problem/Thema beteiligen (372)
- 28,7 % würden sich beteiligen (363)

Zwar würden sich 531 von den 1.266 Antwortenden (41,9 %) NICHT an kommunalen Planungsprozessen beteiligen, aber fast 29 % würden sich ohne Bedingung beteiligen und etwa ebenso viele Personen (29,4 %) sind zumindest prinzipiell an einer Beteiligung interessiert.

Bei über der Hälfte der Antwortenden (ca. 58 %) lässt sich eine Beteiligungsbereitschaft erkennen.

Abb. 3.8 (IX): Manifeste und latente Beteiligungsbereitschaft



Dass 42 % der Antwortenden sich nicht vorstellen können, sich an kommunalen Planungsprozessen zu beteiligen, ist eine Realität die nachdenklich stimmen sollte und die Frage nach den Gründen einer solchen Ablehnung aufwirft.

Schlüsselt man die Ergebnisse nach verschiedenen soziokulturellen Aspekten auf, ergibt sich folgendes Bild:

Zusammenhang Alter

Betrachtet man die einzelnen Alterskohorten, so lässt sich – nicht überraschend – feststellen, dass in den jüngeren Kohorten (50 bis 65 Jahre alt) ein höheres Interesse und die Bereitschaft an Planungsbeteiligung zu finden ist (44,5 % bis 39,1 %) als in den älteren Altersgruppen (66+), bei denen sie deutlich sinkt (von 31,4 % auf 14,9 %). Ein Zusammenhang zwischen zunehmendem Alter und politischer Sozialisation

ist hier als Erklärung zu vermuten. Evtl. auch andere Aufgabenschwerpunkte, siehe hierzu Kapitel 8. des vorliegenden Berichts.

Zusammenhang Geschlecht

Bei der Geschlechterverteilung lässt sich ein deutlich höherer Planungsbeteiligungswille bei den männlichen (40 %) als bei den weiblichen Antwortenden (24,2 %) beobachten. Dieser Trend ist bereits beschrieben worden in der Untersuchung zum Ehrenamt (Freiwilligensurvey) in Deutschland.³⁵

Zusammenhang Herkunft

Da der Anteil der Antwortenden anderer Herkunft bei dieser Frage nur rd. 5 % bzw. 6 % beträgt (75 von insgesamt 1.453 Befragten bzw. 75 von insgesamt 1.237 Antwortenden zu dieser Frage), lässt sich zum Beteiligungswillen und -bereitschaft dieser Gruppe keine verlässliche Aussage machen.

Zusammenhang lokale Zuordnung

Interessant im Hinblick auf die Entwicklung von Handlungsansätzen ist auch die Sichtung der Antworten bzgl. ihrer Zuordnung zu den Stadtteilen.

FAZIT

Zum einen unterstützt das deutlich gewordene Beteiligungspotenzial die Empfehlung, bestehende Beteiligungsinstrumente und Verfahren an der kommunalen Planung zu erweitern und neue zu entwickeln - nicht zuletzt, um auch Älteren, Frauen und Frankfurter Bürgerinnen und Bürgern aus anderen Herkunftsländern bessere Zugangschancen zur Beteiligung zu bieten.

Zum anderen sollten die Hintergründe der fehlenden Beteiligungsbereitschaft (42 %) beleuchtet werden.

Es wird außerdem deutlich, dass der Bekanntheitsgrad der Beteiligungsmöglichkeiten unter den Befragten gering ist, bzw. deren Funktion und Wirkungsgrad nicht klar sind oder verwechselt werden (*vgl. auch 9.3.3.1*) und dass die Möglichkeit

³⁵ vgl. Gensike, Thomas und Geiss, Sabine. Die Freiwilligensurveys 1999-2004

der Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger durch diese Instrumente z. T. als zu gering eingeschätzt wird.

Es liegt die Vermutung nahe, dass

→ **eine solche Unwissenheit sowohl die Beteiligungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger als auch deren aktive Nutzung von Beteiligungs- und Selbstvertretungsstrukturen negativ beeinflusst.**

Das unterstützt die Hypothese, dass die geringere Beteiligung mit fehlender angemessener Information und Aufklärung zusammenhängt. Und weist auf die dringende Notwendigkeit hin, diese Instrumente den Bürgerinnen und Bürgern in angemessener Form zu erklären und sie ihnen durch differenzierte Sensibilisierungs- und Aktivierungsansätze zugänglich zu machen.

Damit wären das demokratische Grundprinzip der Chancengleichheit und eine zentrale Aufgabe der Kommune erfüllt.

9.3.3.1 Wünsche und Vorstellungen älterer Bürgerinnen und Bürger über weitere Vertretungsrechte, Formen der Planungsbeteiligung und mögliche Einflussnahmen (Fragen 33 + 34)

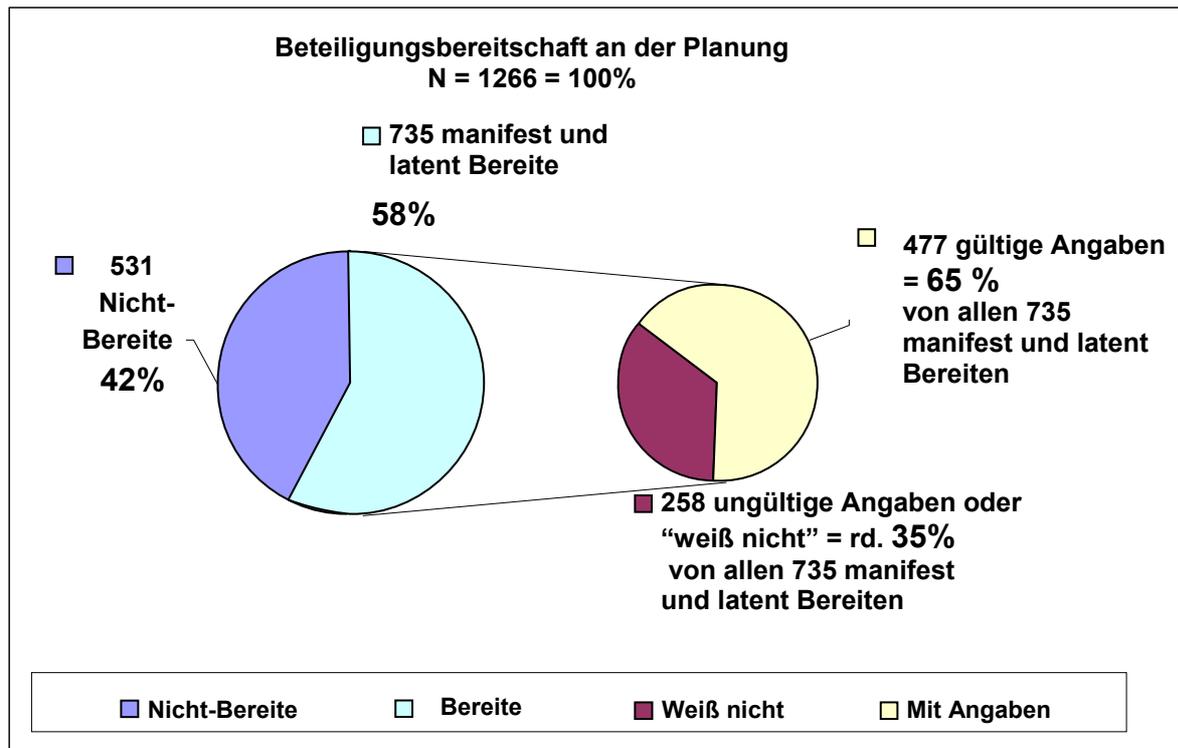
„Wie stellen Sie sich eine solche Einflussnahme auf die kommunalen Planungsprozesse vor?“ (offene Frage 33, schriftliche Fragebogenaktion)

Von den 1.266 Antwortenden hatten 531 bereits zur Frage 32 angegeben, dass sie sich an Planungsprozessen beteiligen würden. Etwas mehr als die Hälfte, 735 hatten die Frage bejaht (28,7 % = 363) oder vom jeweiligen Problem/Thema abhängig gemacht (29,4 % = 372) (siehe 9.3.3). Diese 735 Personen sind auch diejenigen, denen die Frage 33 gestellt wurde. Von den 735 Antwortenden geben 477 eine gültige Antwort, während 258 (35 % von 735) entweder „ich weiß nicht wie“ sagen oder nicht interpretierbare Antworten geben.

Die 477 gültig Antwortenden machten 589 Angaben, davon sind 524 interpretierbar.

Abb. 3.9 (IX): Beteiligungsbereitschaft

(Quelle: Antworten zu den Fragen 32 und 33 und Abb. 3.8 (IX))



Widmet man sich den Inhalten der interpretierbaren 524 Angaben – die Befragten konnten bei dieser Frage offen und mit Mehrfach-Nennungen antworten – so ergibt sich ein differenziertes Spektrum, das im folgenden Abschnitt in mehreren Reduktionsschritten vorgestellt wird.

In den folgenden Tabellen sind die Angaben zusammengestellt, zunächst in Detailkategorien, dann in Hauptkategorien nochmal zusammengefasst. Dazwischen sind bemerkenswerte Rückmeldungen beispielhaft aufgeführt.

1. Zusammenfassung der Antwortkategorien zur Beteiligungsbereitschaft und -wege

Tab.3.10 (IX): 1. Zusammenfassung der Antwort-Kategorien zur Frage 33

CLUSTER	Nennungen
1. Traditionelle Rechte & Verfahren	30
→ Wahlen	3
→ Volksbegehren	2
→ (örtliche/stadtweite) Volksabstimmung	17
→ Bürgerentscheide	8
2. Traditionelle Vertretungsgremien	71
→ durch Partei	12
→ Politiker der Stadtverordnetenversammlung werden	1
→ durch Verein/e	5
→ durch Gewerkschaft	5
→ Sprechstunden beim Senioren- und Ortsbeirat	3
→ Seniorenbeirat mit mehr Einflussmöglichkeiten und Mitbestimmung	8
→ erweiterter Beirat mit mehr Einflussnahme und Zusammenarbeit mit dem Ortsbeirat	37
3. Erweiterte bzw. mehr direkte Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte	111
→ öffentliches Anhörungsrecht als Bürger oder Initiative vor der Planung und Umsetzung von Vorhaben	38
→ Antragsrecht der Bürger	4
→ Annahme von Bürgerideen und Planungsvorschlägen (Vorschlagsrecht)	7
→ Einspruchsrecht	1
→ Vetorecht	2
→ direktes Mitspracherecht und Vorschlagsrecht der Bürger in der Stadtverordneten-Versammlung	42
→ Mitentscheidung von einzelnen Bürgern oder Bürgergruppe/n	16
→ Erfolgskontrolle durch die Bürger	1
4. Neue und direkte Vertretungsgremien	26
→ überparteiliche Gremien	1
→ Projektgruppen	1
→ kommunale Ansprechpartner für die Bürgeranliegen	1
→ Seniorenbeauftragte	1
→ Beratungsgremium der Alten	2
→ Seniorenrat mit Antrags- und Vorschlagsrecht wie auch Mitbestimmung im Stadtparlament	7
→ Gremium der Älteren, das sich an Planungs- und Entscheidungsprozessen beteiligt	13
5. Differenzierte Mitbestimmungsmethoden und -verfahren im vorparlamentarischen Raum	120

→ direkte Ansprache, Kontakt, Dialog der Politiker mit den Bürgern (mehr Bürgernähe)	16
→ öffentliche Bürgerversammlungen/Diskussionsforen	43
→ Beschwerdestelle, wo die Stimme der Bürger ernst genommen wird	1
→ Demos/Protest	1
→ Lobby der Älteren zwecks mehr Einflussnahmen bei der Beratungen über Planungsvorhaben	1
→ Bürgergruppen beraten die Politiker als Experten	2
→ wohnortbezogene Arbeitsgruppen	2
→ direkte Vertretung verschiedener Interessensgruppen bzw. Bevölkerungsgruppen	2
→ Beteiligung von Senioren durch Arbeitsgruppen/Bürgerinitiativen/-kreise mit der Möglichkeit, Vorschläge für Planungen den Politikern vorzustellen	33
→ runde Tische mit Bürgervertretern und Politiker zur gemeinsamen Planung (evtl. auch mit Wohlfahrtsverbänden)	13
→ Zukunftswerkstätte/Open space	4
→ Ortsbegehung und Analyse	1
→ Quartierbudgets für schnelle Lösungen vor Ort	1
6. Allgemeine Partizipationsforderungen für mehr Beteiligung an der Planung und Umsetzung	54
→ Gleichstellung von Bürgern und Politiker	1
→ frühzeitige Einbeziehung und Beteiligung normaler Bürger bei der Planung	37
→ Mit- und Zuarbeit der Bürger in den bestehenden politischen Gremien, z. B. Ausschüssen	11
→ direkte Beteiligung an der Umsetzung von kommunalen Vorhaben	4
→ Zusammenarbeit mit der Kirche	1
7. Meinungsabfrage	53
→ Umfragen, Bürgerbefragungen, Fragebögen, Meinungsumfragen wie diese	53
8. Information	52
→ mehr öffentliche Information, umfassend und frühzeitig, über Planungen und Entscheidungen	35
→ Internet	2
→ Presse, Öffentlichkeitsarbeit, auch als Mittel der Bürger, um Druck auf die Politiker auszuüben	15
9. Voraussetzungen der Partizipation	7
→ Qualifizierung älterer Migranten für die Förderung ihrer Teilnahme	1
→ gläserne Organisation der kommunalen Verwaltung und Transparenz des Entscheidungsverfahrens	2
→ Motivation zur Beteiligung fördern	3
→ Professionelle Begleitung	1
Gesamt interpretierbare Angaben	524

Tab.3.11 (IX): Zusammenstellung exemplarischer Antworten zur Frage 33

Exemplarische Vorschläge und Kritik
<ul style="list-style-type: none"> • Aus jedem Stadtteil nach Größe der Einwohnerzahl 5 bis 7 Menschen in einen Gesprächskreis senden
<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitskreise und Interessentenkreise insb. für Menschen zwischen 50+ und dem Eintritt in die Rente
<ul style="list-style-type: none"> • Zeitungsartikel verfassen, Einladung von Politikern in die Gemeinden, Fragestellung an sie
<ul style="list-style-type: none"> • Dass man mehr auf Behinderte in den Bauten eingeht und der öffentliche Nahverkehr verbessert wird
<ul style="list-style-type: none"> • Umfragen wie diese, Projekte werden in alternativer Form interessierten Bürgern zur Diskussion gestellt, Ergebnis trägt zur Entscheidungsfindung bei
<ul style="list-style-type: none"> • Bürgerversammlungen auch im kleinen Kreis mit Arbeitseingaben für die Stadt Frankfurt am Main
<ul style="list-style-type: none"> • Bürgerforen einrichten, in denen es so etwas wie einen Ältestenrat gibt, genauso wie einen Rat, der sich um die Belange von Kindern kümmert
<ul style="list-style-type: none"> • Sprecher von Initiativen werden zu den jeweiligen Themen an die runden Tischen gebeten (Bürgernähe)
<ul style="list-style-type: none"> • Feste „Runde Tische“ installieren für die Mitglieder der Wohlfahrtsverbände. Kein Kader-/Ombudsmann für Altersfragen
<ul style="list-style-type: none"> • Sehr skeptisch: die Ortsbeiräte sind leider völlig machtlos. Eigentlich wären das die Gremien
<ul style="list-style-type: none"> • Wohnungsbausektor (Mitspracherecht, Anhörung)
<ul style="list-style-type: none"> • Auflisten der lokalen Probleme, Gewichtung und Formulierung eines Lösungsansatzes, der in einen Masterplan eingearbeitet werden sollte!
<ul style="list-style-type: none"> • Offenlegung von kommunalen Plänen, Bürgerbefragungen
<ul style="list-style-type: none"> • Kontakt herstellen zwischen BürgerInnen, die im Stadtteil gewählt wurden und Bürger vertreten beim Planungsdezernat
<ul style="list-style-type: none"> • Ortsbegehung, Offenlegung aller ökonomischer Bedingungen, öffentliche Debatte und Internetpublizität
<ul style="list-style-type: none"> • Ich brauche mehr Deutschkenntnisse
<ul style="list-style-type: none"> • Nach rechtzeitiger, umfassender Information Beteiligung an Entscheidungen durch Antrags- und Einspruchsrecht
<ul style="list-style-type: none"> • Projektgruppen, Räume und Material sollten gestellt werden, Profis sollten anfänglich unterstützen
<ul style="list-style-type: none"> • Anhörung von älteren Bürgern, bevor alles schon geplant ist
<ul style="list-style-type: none"> • Seniorenbeauftragten ernennen, Gesprächsrunden einrichten mit nachfolgender Erfolgskontrolle
<ul style="list-style-type: none"> • Bürgerdiskussionen über bestimmen Themen. Mitsprache in entsprechenden Gremien, z. B. Personalabteilung für Einstellung Älterer, Quotenregelung notwendig
<ul style="list-style-type: none"> • Anregungen und Klagen der Bürger sollten von den Ämtern ernst genommen werden, und nicht nur freundlich am Telefon abgewimmelt werden: Kein Personal
<ul style="list-style-type: none"> • Zusammentreffen, Vorschläge ausarbeiten und der Stadtverwaltung ein bis zweimal monatlich in einer öffentlicher Anhörung vorstellen

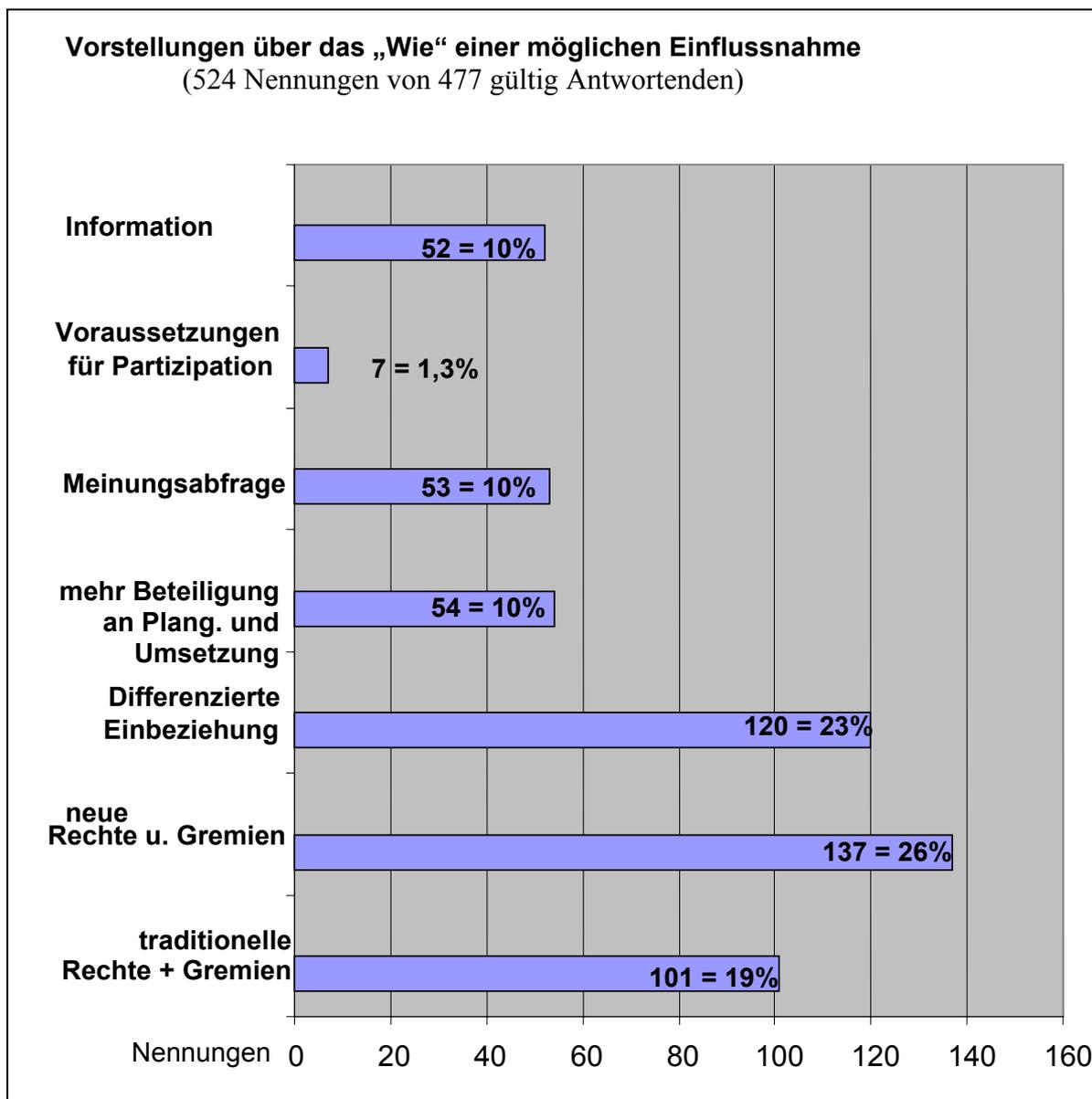
Ein dritter und letzter Schritt der Zusammenfassung der Angaben bietet das folgende Bild an:

2. Zusammenfassung der Antwortkategorien zur Beteiligungsbereitschaft

Tab.3.12 (IX): 2. Zusammenfassung der Antwort-Kategorien zur Frage 33

1. + 2. Traditionelle Vertretungsgremien, Rechte und Verfahren	101
3. Erweiterte bzw. direkte Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte	111
4. Neue und direkte Vertretungsgremien	26
GESAMT 3. + 4.	137
5. Differenzierte Beteiligungs- und Mitbestimmungsmethoden und -verfahren im vorparlamentarischen Raum	120
7. Meinungsabfrage	53
6. Allgemeine Partizipationsforderungen für mehr Beteiligung an der Planung und Umsetzung	54
8. Information	52
9. Voraussetzungen der Partizipation	7
GESAMT	524

Abb. 3.13 (IX): Das „Wie“ möglicher Einflussnahme³⁶



In 101 von 524 Nennungen (rd. 19 %) wird die Einflussnahme durch die traditionellen Rechte, Verfahren und Gremien im Rahmen der parlamentarischen Möglichkeiten bestätigt. Zugleich wird aber auch auf eine wünschenswerte Optimierung der Einflussnahme älterer Bürgerinnen und Bürger bei diesen Gremien hingewiesen (137 von 524 Nennungen = ca. 26 %) (siehe Tab. 3.10, Kategorien 3+4).

³⁶ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung:
zum Vergleich: die explorative Fragebogenaktion führte zu 1.453 auswertbaren Antworten insgesamt

120 von 524 Aussagen (ca. 23 %) formulieren den Wunsch nach vielfältigen Formen und Methoden der Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern bei Entscheidungen sowie auch bei der Erfassung von Defiziten und bei der Erarbeitung von Vorschlägen schon im vorparlamentarischen Raum.

54 der 524 Angaben sind allgemeiner Art, vermitteln aber auch den Wunsch nach Partizipation im Sinne von mehr direkter und aktiver Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an der Vorbereitung wie auch an der Umsetzung von Planungen bzw. Lösungsansätzen. Es wird aber nicht näher konkretisiert, in welchem Rahmen genau dies geschehen soll (*siehe Tab. 3.10, Kategorie 6*).

Interessant ist die positive Einschätzung der „Befragung“ als Instrument der Beteiligung (53 Angaben, ca. 10 %).

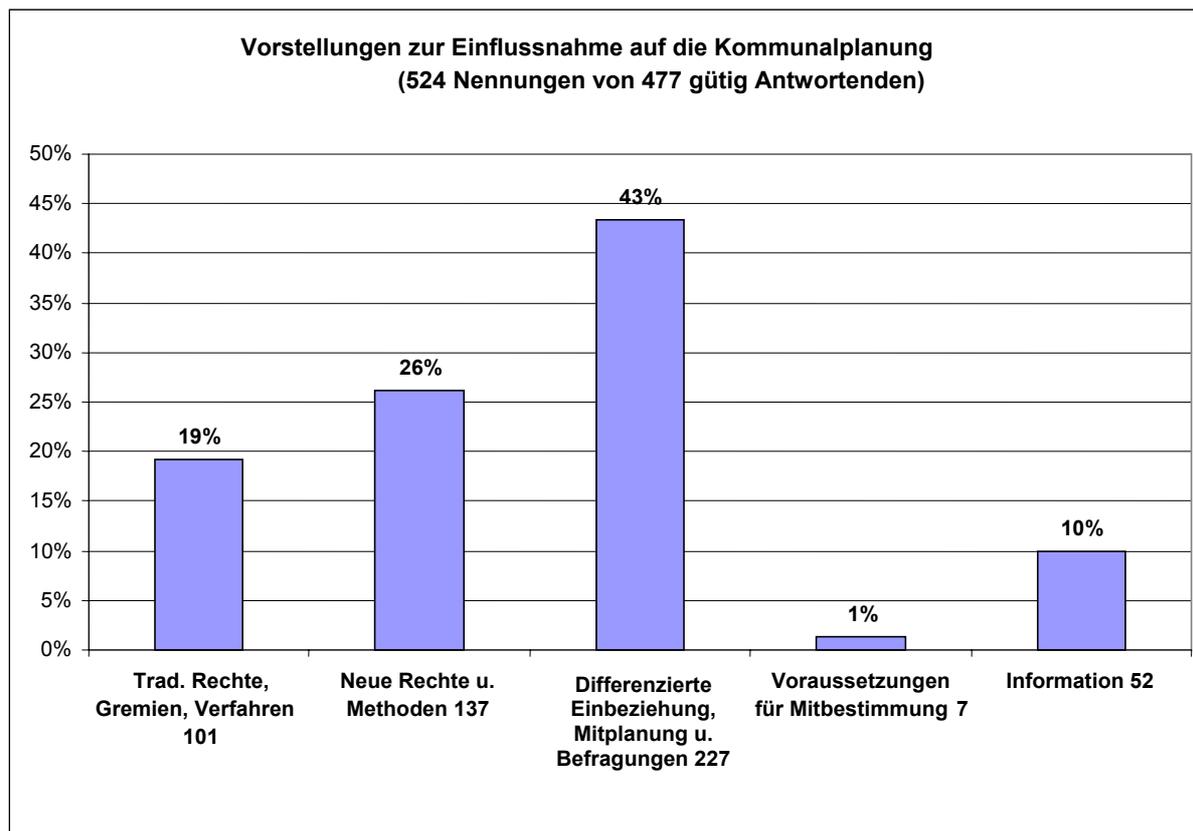
Die Vorstellung, dass Partizipation über Information geschehen kann, drücken 52 Angaben aus (ca. 10 %).

Ein Teil der Rückmeldungen weist auf die Notwendigkeit von Qualifizierungsmaßnahmen, Motivationsförderung und professioneller Begleitung hin als wichtige Voraussetzungen für eine effektive, konstruktive Einflussnahme auf kommunale Planungsprozesse (7 Nennungen = 1,3 %).

Trend

Fasst man die Angaben bezüglich der erweiterten Beteiligungsmethoden zusammen – differenzierte Einbeziehung, Befragungen, mehr Beteiligung an der Umsetzung (*vgl. Tabelle 3.10, Kategorien 7+8+2*) – so ergibt sich folgendes Bild:

Abb. 3.14 (IX): Vorstellungen zur Einflussnahme



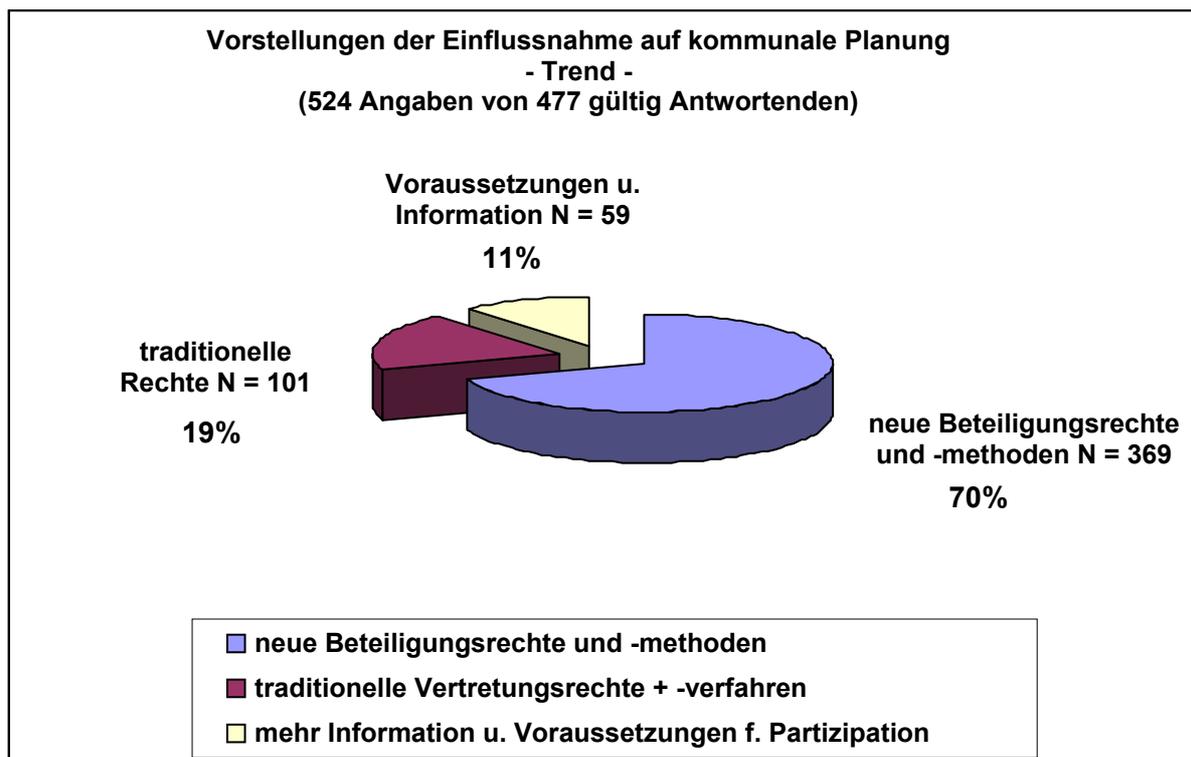
227 von 524 Angaben (d.h. 43 %) drücken den Wunsch nach neuen und differenzierten Formen der Beteiligung und Mitbestimmung und Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an Planungsvorhaben aus.³⁷

Die hier eingeforderten Möglichkeiten erstrecken sich außerhalb der parlamentarischen Verfahren, setzen aber deren unmittelbare Verankerung innerhalb der parlamentarischen Möglichkeiten voraus (vgl. *Tabelle 3.10, Kategorie 5+6*).

Fasst man – in einem letzten Reduktionsschritt – die Wünsche nach neuen Rechten und Verfahren sowohl im parlamentarischen als auch im vorparlamentarischen Raum insgesamt zusammen, so ergibt sich eine eindeutige Mehrheit für diese Formen der Mehrbeteiligung von rd. 70 % (differenzierte Einbeziehung, Mitplanung und Befragungen (227) zusammen mit neuen Rechten und Methoden (137), insgesamt 364 von 524).

³⁷ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: zum Vergleich: die explorative Fragebogenaktion führte zu 1.453 auswertbaren Antworten insgesamt

Abb. 3.15 (IX): Zusammenfassung der Vorstellungen möglicher Einflussnahme



FAZIT

Mehr als die Hälfte der Aussagen formulieren die Forderung nach mehr direkten Rechten und Verfahren für die Bürgerinnen und Bürger im parlamentarischen Raum wie auch nach der Einführung neuer und vielfältiger Beteiligungsformen im vorparlamentarischen Raum.	364 von 524 ~ 70 %
Ein Fünftel der Aussagen bestätigt den Wunsch nach Verbesserung der bestehenden partizipativen Rechte und Verfahren im parlamentarischen Raum, hier insb. der Ortsbeiräte.	101 von 524 ~ 19 %
Ein Zehntel der Aussagen fordert mehr Information und die Schaffung von entsprechenden Voraussetzungen, damit Partizipation überhaupt bekannt gemacht wird und Wirkung zeigen kann.	59 von 524 ~ 11 %

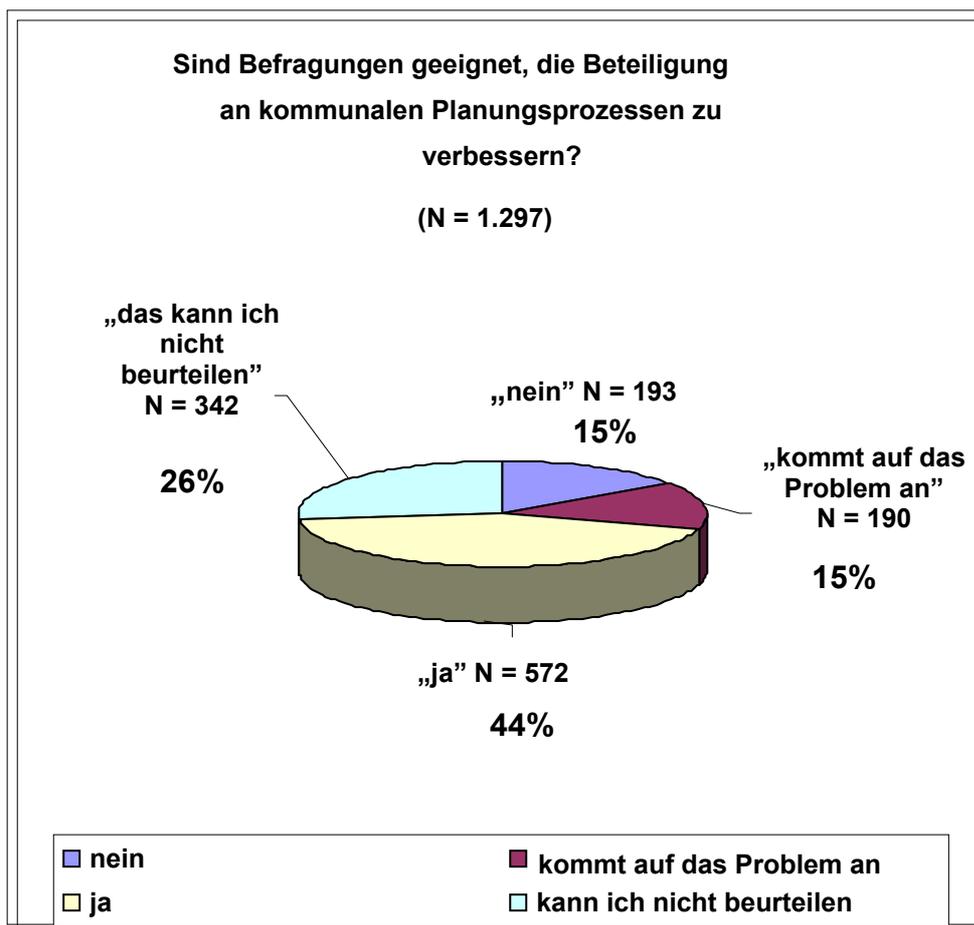
9.3.3.2 Befragungen als Beteiligungsinstrument (Frage 34)

Die Frage:

„Halten Sie Befragungen wie die vorliegende für eine geeignete Möglichkeit, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an kommunalen Planungsprozessen zu verbessern?“ Vier Antwortmöglichkeiten: nein / kommt auf das Problem an / ja / das kann ich nicht beurteilen (Frage 34, schriftliche Fragebogenaktion)

... haben rd. 89 % der Personen gültig beantwortet, d. h. 1.297 von 1.453 Befragten.

Abb. 3.16 (IX): Sind Befragungen ein geeignetes Instrument?



- ~ 44 % unter ihnen schätzen Befragungen als geeignet ein
- ~ 26 % können dies nicht beurteilen
- ~ 15 % machen es abhängig von den Bedingungen der Befragung
- ~ 15 % halten diese Instrument für nicht geeignet

FAZIT

Es wird deutlich, dass für die Befragten schwer einschätz- und nachvollziehbar ist, welche Wirkung die eigene Meinungsäußerung im Rahmen einer Befragung hat. Insgesamt bestätigen jedoch die Antwortenden die **Befragung als eine Möglichkeit, die eigenen Vorstellungen, Wünsche und Kritik zu äußern und sich in der kommunalen Altersplanung berücksichtigt zu wissen.**

Zusammenhang Alter

Anders als bei der Frage nach Planungsbeteiligungswillen/-bereitschaft unterscheiden sich die verschiedenen Alterskohorten im Hinblick auf die positive Einschätzung der Befragung als ein Beteiligungsinstrumentarium (50 – 55 Jahre: 50,4 %, 76 – 80 Jahre: 37,9 %).

Zusammenhang Geschlecht

Es ist zunächst auffällig, dass eine fast doppelt so hohe Anteil unter den Frauen keine Beurteilung des Instruments „Befragung“ angeben können (30 % = 276 von 919 Frauen, männliche Befragte 17,5 % = 64 von 366 Männern).

Im Verhältnis schätzen prozentual mehr Männer (49,5 % = 181 von 366) als Frauen (42,1 % = 387 von 919 Frauen) die Befragung als eine Beteiligungsmöglichkeit an der Planung.

Zusammenhang Herkunft

Betrachtet man die Antworten im Zusammenhang mit der Herkunft der Befragten, so lässt sich keine besondere prozentuale Abweichung feststellen, im Vergleich zum Antwortverhalten der Befragten, die schon immer in Deutschland gelebt haben. Allerdings ist diese Feststellung nur sehr eingeschränkt verwertbar, denn der Anteil der Antwortenden, die aus einem anderen Land kommen, betrug bei dieser Frage nur ca. 5 bis 6 % (75 Antwortende).

Zusammenhang mit anderen Antworten

Betrachtet man dieses Ergebnis mit den Antworten auf die Frage 33 (gewünschte Beteiligungsmöglichkeiten), so lässt sich die positive Einschätzung dieses

Erhebungsinstruments als eine Form des Ausdrucks der Bürgermeinung erhärten. Diese Beteiligungsform ist auch bei der Frage 33 eine sehr häufig genannte Angabe.

FAZIT

Zusammenfassend ist festzustellen, dass breit angelegte Befragungen eine wichtige Form der systematischen und direkten Sammlung von Bürgermeinungen sind und eine bedeutende Ergänzung zu aktiven Beteiligungsformen, -verfahren und -gremien darstellen.

Schlussfolgerungen zu Frage 34

Wenn die Befragung von einer Mehrheit positiv eingeschätzt wird, wäre es sinnvoll

- **methodisch differenzierte Formen der Befragung einzusetzen**, um das Erfassungs- und Beteiligungspotenzial dieses Instrumentariums am besten zu ausschöpfen.

Grundsätzlich ist der Einsatz eines solchen Instrumentariums sehr überlegt zu planen, denn die Form der Befragung darf nicht nur auf die Wissenserweiterung zum thematischen Untersuchungsgegenstand angepasst sein, sondern

- **sie muss ebenso die Zielgruppe mit ihren Eigenschaften und Grenzen in ihrem sozialen Raum berücksichtigen.**

Des Weiteren

- **muss sie, wenn sie dem Ziel der Partizipation dienen soll, auch eine Interventionswirkung aufweisen,**

indem sie durch ihre methodischen Eigenschaften, Bürgerinnen und Bürger dazu anregt, sich zu artikulieren, über Lösungsansätze nachzudenken, Verantwortung zu tragen und zum Einsatz anspornt. In diesem Zusammenhang ist sicherlich die aktivierende Befragung zu erwähnen, die beide Bedingungen erfüllt.

Schließlich

- **soll aktivierende Befragung eingebettet werden in ein übergreifendes Beteiligungskonzept,**

das von der aktivierenden Arbeit im Stadtteil (z. B. aktivierende, moderierte Wohnerversammlungen, aktivierende Gespräche an der Haustür, Impulswerkstatt, aktivierende 1-Tagesveranstaltungen usw.)³⁸ bis hin zur Ausweitung von Mitbestimmungsrechten reicht.

FAZIT

Die „Befragung“ wurde durch einen großen Teil der Befragten als eine Möglichkeit der Beteiligung bestätigt. So ist zu empfehlen

- **dieses Instrument weiter einzusetzen,**
- **differenzierter zu gestalten,**
- **wobei die direkte Gesprächsmöglichkeit von Bedeutung ist** (z. B. teilnehmende Beobachtung, qualitative Interviews, biographieorientierte Forschungsforen, aktivierende Befragung),
- **es als einen Baustein in einem vielfältigen Erhebungs- und Beteiligungskonzept einzubinden.**

9.3.3.3 Handlungsempfehlungen bezüglich der Fragen 31 und 34

Aus den oben dargestellten Ergebnissen lassen sich grundsätzlich folgende vier Empfehlungskomplexe formulieren:

- Die Optimierung der vorhandenen Vertretungsgremien, insbesondere Ortsbeirat, wie auch Seniorenbeirat, durch die Einführung weiterer direkter parlamentarischer Instrumente, die die direkte Mitbestimmung der (älteren) Bürgerinnen und Bürger ermöglichen.
- Die Erprobung differenzierter Beteiligungsverfahren und -methoden, die eine breite Basisbeteiligung im vorparlamentarischen Raum anregen.
- Die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Bürgerinnen und Bürger sich überhaupt beteiligen können.

³⁸ vgl. dazu: M. Lüttringhaus, H. Richers : Handbuch aktivierende Befragung. Bonn 2003

- Interne administrative und exekutive Strukturen der Kommune anpassen, das Selbstverständnis der Kommune in Bezug auf die Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft und die sozialen Akteure ändern.

Handlungsempfehlungen Komplex 1:

Weiterentwicklung der in Frankfurt am Main vorhandenen Gremien durch die Einführung direkter Rechte und Verfahren zur Beteiligung von (älteren) Bürgerinnen und Bürgern an kommunalen Planungsprozessen im parlamentarischen Raum.

Begründung

Die vorhandenen Vertretungsgremien – die Ortsbeiräte (mit großem Abstand auch die Seniorenbeiräte) – werden in der Befragung als Vertretungsorgan zwar am häufigsten genannt. Die Angaben werden aber oft mit der Aufforderung ergänzt, deren Einfluss- und Mitgestaltungsmöglichkeiten deutlich zu erweitern, um die Interessen auch der älteren Bürgerinnen und Bürger effektiv durchzusetzen. Des Weiteren wird kritisch angemerkt, dass die Seniorenbeiräte nicht gewählt werden, sondern vom Magistrat ernannt. Auch die Wahlkandidaten der Ortsbeiräte werden nicht von den Bürgerinnen und Bürgern des entsprechenden Ortsbezirks direkt bestimmt, sondern von den Parteien vorgeschlagen.

Dazu hier das Zitat eines Befragten:

„Vorschlag: Die Bürger schlagen selber die Kandidaten vor und wählen daraus direkt ihre Seniorenbeiräte. Die Seniorenbeiräte sollen, ohne Anfrage, bei Entscheidungen die die Älteren betreffen, grundsätzlich mit einbezogen werden. Dort sollen sie dann sowohl Vorschlags- wie Mitspracherecht erhalten.“

Die vorhandenen direkten Abstimmungsrechte und Mitbestimmungsverfahren – Volksabstimmung und Volksentscheid sowie Wahlen – werden zwar angegeben, aber in relativ geringerem Ausmaß (30 von 524 Nennungen).³⁹ Wenn die Mittel der

³⁹ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung:
Quelle: siehe Tabelle 3.10 (IX) zur explorativen Fragebogenaktion

direkten Demokratie erprobt werden sollen, so bedarf ihre Anwendung einer sehr guten Information und Vorbereitung der Bürgerinnen und Bürger.

Handlungsempfehlungen

- a) Die Einführung direkter Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsrechte der Bürgerinnen und Bürger sollte sowohl auf der lokalen Ebene als auch auf der städtischen Ebene erfolgen und auf der legislativen wie auch auf der exekutiven Ebene angewandt werden.⁴⁰

- b) Zu einer besseren Vertretung der älteren Bürgerinnen und Bürger sollte der Seniorenbeirat demokratisch legitimiert sein, d.h. nicht „vom Magistrat berufen werden“⁴¹, sondern von den Bürgerinnen und Bürgern 50+ direkt vorgeschlagen und gewählt werden.
 - Die Anzahl der Seniorenbeiräte sollte auf mind. 2 aktive Seniorenvertreter plus einem Vertreter pro Stadtbezirk erhöht werden, damit ihre Arbeit und ihre Einflussnahme effektiv gewährleistet sein kann.
 - Die Seniorenvertreter sollten nicht nur beratende Funktion des Magistrats über den Sozialdezernenten haben⁴², sondern in den jeweiligen Ortsbeiräten direkte Mitsprache, Vorschlags- und Mitbestimmungsrechte erhalten, als Experten in eigener Sache.
 - Folglich wäre die Bezeichnung Seniorenvertreter angemessener.

- c) Die Seniorenvertreter würden auf Stadtebene einen Seniorenrat bilden. Er würde direkte Mitsprache-, Vorschlags- und Mitbestimmungsrechte erhalten und damit auch bei der Stadtentwicklungsplanung und bei Entscheidungsprozessen direkten Einfluss.
 - Die Geschäftsführung sollte in den Händen des Seniorenrates selbst liegen und nicht bei einem hauptamtlichen Vertreter der Stadt.

⁴⁰ Partizipations-Stufe 3-4, vgl. Kapitel 9.1.1.2

⁴¹ vgl. Geschäftsordnung der Seniorenbeiräte 2002 § 3

⁴² vgl. Geschäftsordnung der Seniorenbeiräte 2002 §2 und §3

- Der Seniorenrat sollte mit Kontrollfunktionen ausgestattet sein, wie z. B. mit Einspruchsrecht und Vetorecht. Weitere Möglichkeiten der Erfolgskontrolle sollten parallel dazu im vorparlamentarischen Raum entwickelt werden, z. B. durch Bürgergutachten.

Ein Modell für die Seniorenvertretung hat die Landes-Seniorenvertretung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) in Nordrhein-Westfalen ausgearbeitet.⁴³

- d) Im Einklang mit der Entwicklung der Seniorenbeiräte sollten auch – wie von den Befragten weiter angeregt – die Rechte des Ortbeirats erweitert werden. Bei der Stadtverordnetenversammlung sollten sie ebenfalls direkte Mitsprache, Vorschlags-, Mitbestimmungs- und Vetorechte erhalten. In diesem Sinne sollten sie konsequenterweise Ortsräte heißen.

Eine solche Erneuerung kann gelingen

- durch eine angemessene Information der Bürgerinnen und Bürger über die eigentlichen Aufgaben der Seniorenvertreter und des Seniorenrates
- mit einer angemessenen Vorbereitung, Einführung und Begleitung der Seniorenvertreter
- durch eine entsprechende Überprüfung und Erweiterung des Rollenverständnisses der Kommune
- durch die entsprechende Vorbereitung und Einführung der Funktionäre und Mitarbeiter der Stadt in die neue Aufgabe, mit Bürgerinnen und Bürgern als Koproduzenten gesellschaftlicher Realität zusammenzuarbeiten.

Die skizzierte Handlungsempfehlung wird unterstützt von Aussagen der Wissenschaft (z. B. der „Stiftung Mitarbeit“⁴⁴), der Politik in anderen Bundesländern

⁴³ vgl.: „Kommunale Seniorenvertretungen. Eine Handreichung für Seniorinnen und Senioren“. Politik und Verwaltung. Münster, 2002

⁴⁴ z. B.: Ley, A.; Weitz, L. (Hrsg.): „Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenbuch.“ Stiftung Mitarbeit. Bonn, 2003 oder Fischer, C.; Schophaus, M. et al.: „Die Kunst, sich nicht über den Runden Tisch ziehen zu lassen.“ Stiftung Mitarbeit, Bonn, 2003.

(z. B. NRW) und nicht zuletzt von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO).^{45 46}

Handlungsempfehlungen Komplex 2:

Die Erprobung differenzierter Beteiligungsverfahren und -methoden, die eine breite Basisbeteiligung anregen.

Begründung

Die Befragten haben zum Teil auch den Wunsch nach Möglichkeiten der Diskussion unter Bürgerinnen und Bürgern und mit Politikern sowie der Gestaltung von Lösungen vor Ort geäußert. Genannt wurden zum Beispiel: *Bürgerversammlungen*, *„Runde Tische“ mit Beteiligung der Politiker*, *Zukunftswerkstätten*, *Bürgerinitiativen*, *Arbeitsgruppen*, *Ortsbegehungen*, *Umfragen*.⁴⁷

Solche Diskussions- und Arbeitsformen wollen dazu dienen, Vorhaben der Politiker, Verordnungen und Stadtentwicklungsplanung, die die verschiedenen Lebenszusammenhänge der Bürgerinnen und Bürger berühren, mit Politikern und Planern zu diskutieren und mitzugestalten. Sie wollen auch verschiedene Formen der Selbstorganisation erproben, zur Sammlung von Problemlagen und zur Entwicklung gemeinsamer Lösungsvorschläge.

Die Themen, die die Befragten angegeben haben, sind nicht nur „altenspezifisch“, sondern tangieren alle Lebenszusammenhänge, auch die, die über die Sozialplanung hinausgehen.

Handlungsempfehlungen:

- a) Den Wünschen und Anregungen der Befragten folgend sollten auch im vorparlamentarischen Raum neue und differenzierte Formen und Verfahren der Beteiligung erprobt werden, die den direkten Dialog zwischen Bürgerinnen

⁴⁵ „2. Weltaltenplan“, Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen 2002 und 2003

⁴⁶ vgl. hierzu auch Kap. 10 des vorliegenden Teilberichts: „Beteiligung der Frankfurter Bürgerinnen und Bürger 50+ an kommunalen Planungsprozessen“.

⁴⁷ vgl. Tab. 3.10 (IX) und 3.11 (IX)

und Bürgern und Politikern bzw. zwischen Mandanten und Mandatsträgern fördern können. Die Forderung nach differenzierten Beteiligungsformen ist durch die breite Heterogenität gerechtfertigt, die die Gruppe der 50+ aufweist. Bei der Wahl der angemessenen Beteiligungsform bzw. des Beteiligungsverfahrens spielt die Berücksichtigung von sozialen, kulturellen und religiösen Unterschieden eine entscheidende Rolle für die Resonanz und den Erfolg der Beteiligung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen.⁴⁸

- b) Zur Unterstützung dieses Dialogs können die sozialen Träger einen bedeutenden Beitrag leisten, indem sie die Bürgerinnen und Bürger auf Formen der Selbstorganisation vorbereiten und begleiten. Insbesondere bei der Unterstützung der Beteiligung von „benachteiligten“ Bevölkerungsgruppen können und sollen sich Sozialverbände einbringen.⁴⁹
- c) Die Forderung nach direktem Dialog geht einher mit der Notwendigkeit von Präsenz, Gesprächsbereitschaft und direkter Einbindung von Politikern und Planern bei Lösungsprozessen an der Basis. Mehr Kontakt zu den Politikern und Transparenz des politischen Handelns, basisnah und im Dialog, sollen eingeführt und an vorhandenen Strukturen (z. B. Netzwerken) verankert werden.⁵⁰
- d) Öffentlichkeitsarbeit der Bürgerinnen und Bürger selbst als Mittel der Mitbestimmung unterstützen. Durch die öffentliche Artikulation der – Meinungen, Wünsche wie auch Bewertungen politischen Handelns – können Ältere eine zur Demokratie gehörende Kontrollfunktion wahrnehmen.⁵¹
- e) Differenzierte Formen der Meinungsumfrage können als weitere Bausteine bei Beteiligungsverfahren Anwendung finden. Sie sollten aber der jeweilig zu

⁴⁸ Partizipations-Stufe 2-5, vgl. Kapitel 9.1.1.2

⁴⁹ Partizipations-Stufe 1+2, vgl. Kapitel 9.1.1.2

⁵⁰ Partizipations-Stufe 2+3, Kapitel vgl. 9.1.1.2

⁵¹ Partizipations-Stufe 1, vgl. Kapitel 9.1.1.2

befragenden Untergruppe angepasst werden, damit sie qualitativ gute Informationen liefern und zugleich die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger anregen können (z. B. Aktivierende Befragung).⁵²

Handlungsempfehlungen Komplex 3:

Die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Bürgerinnen und Bürger sich überhaupt beteiligen können.

Begründung.

Auch wenn nur für einen kleinen Teil der Befragten dieser Aspekt relevant ist, wird dessen Bedeutung treffend erkannt:

- *„gläserne Organisation der kommunalen Verwaltung und Transparenz des Entscheidungsverfahrens“*,
- *„Förderung der Motivation zur Beteiligung“*,
- *„Ausführliche Vorbereitung der Senioren auf die Aufgabe wie auch angemessene Begleitung“*,
- *„Qualifizierung älterer Migranten für die Förderung ihrer Teilnahme“*,
- *„Professionelle Begleitung“*⁵³

Handlungsempfehlungen:

- a) Aktivierende und zugehende Information der Bürgerinnen und Bürger an der Basis zur Aufklärung über Möglichkeiten und Mittel der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Kommunalplanung und -politik. Diese Information soll für alle Bevölkerungsgruppen zugänglich gemacht werden und ihren Aufnahmemöglichkeiten angemessen sein.⁵⁴

⁵² Partizipations-Stufe 1+2, vgl. Kapitel 9.1.1.2

⁵³ vgl. Angaben Frage 31, Kapitel 9.3.2.3

⁵⁴ Partizipations-Stufe 1, vgl. Kapitel 9.1.1.2

- b) Einsichtsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger in Planungs- und Entscheidungsverfahren, für alle verständlich und mit rechtzeitiger Information, stellt überhaupt die erste Voraussetzung für das Gelingen vorparlamentarischer Beteiligungsformen und eines effektiven Beitrags der Bürgerinnen und Bürger an Lösungsprozessen dar. Eine angemessene Informationspolitik über Planungs- und Gesetzesvorhaben und Transparenz der Planungs- und Entscheidungswege ist notwendig.⁵⁵
- c) Die Bereitschaft zu und die Aneignung von partnerschaftlichen Formen und Instrumenten der Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern seitens Politikern und der Administration sind eine ebenso wichtige Voraussetzung.⁵⁶
- d) Für die Erprobung neuer Beteiligungsverfahren und -formen im vorparlamentarischen Raum sind Maßnahmen zur Befähigung der Bürgerinnen und Bürger im Umgang mit diesen Instrumenten – durch angemessene Qualifizierung und professionelle Begleitung – unabdingbar. Dazu sind die Bildungseinrichtungen (z. B. VHS, U3L) sowie die sozialen Träger (z. B. offene Altenarbeit) als erste gefragt und geeignet.
- e) Bürger-/Seniorenvertreter sollen – zur Optimierung der Wirkung ihrer Arbeit – auf ihre Aufgabe durch eine entsprechende Qualifizierung vorbereitet werden (u.a. im Umgang mit den Beteiligungsinstrumenten und -methoden).⁵⁷
- f) Die professionelle Begleitung von Bürgerengagement in Beteiligungsprozessen auf lokaler wie auch auf gesamtstädtischer Ebene soll für engagierte Bürgerinnen und Bürger jederzeit zur Verfügung stehen. Dieses Angebot soll durch intermediäre Instanzen (Sozialträger, Bildungs- oder Wissenschaftseinrichtungen) erweitert bzw. qualitativ entwickelt werden.⁵⁸

⁵⁵ Partizipations-Stufe 1, vgl. Kapitel 9.1.1.2

⁵⁶ Partizipations-Stufe 3, vgl. Kapitel 9.1.1.2

⁵⁷ Partizipations-Stufe 1, vgl. Kapitel 9.1.1.2

⁵⁸ Partizipations-Stufe 1, vgl. Kapitel 9.1.1.2

Das Angebot sollte für die aktiven Bürgerinnen und Bürger kostenlos bzw. erschwinglich sein.

- g) Die institutionalisierte Förderung eines Paradigmenwechsels in der offenen Alten- und Migrantenarbeit⁵⁹ zur angemessenen Unterstützung von partizipativen Prozessen bei den Bürgerinnen und Bürgern und insb. bei den eher benachteiligten Bevölkerungsgruppen sollte von der Kommune in Kooperation mit den sozialen Trägern eingelöst werden.

Handlungsempfehlungen Komplex 4:

Interne administrative und exekutive Strukturen der Kommune, Selbstverständnis der Kommune in Bezug auf ihr Verhältnis zu den Bürgerinnen und Bürgern, zur Wirtschaft und zu sozialen Akteuren.

Begründung:

Die Einführung von mehr direkter und mehr dialogischer Demokratie muss durch die Verzahnung zwischen den Prozessen im vorparlamentarischen und dem Handeln im parlamentarisch-administrativen Raum geschehen. Dies sollte mit einer internen Anpassung und Flexibilisierung der legislativen und administrativen Strukturen der Kommune einhergehen.

Handlungsempfehlungen:

- a) Das Selbstverständnis der Kommune soll sich nicht ausschließlich auf das einer Hoheitsinstanz reduzieren, sondern sich um die Rollen des Kooperationspartners und neutralen überparteilichen Moderators im gesellschaftlichen Kontext erweitern. Dazu gehört auch die Reflexion des Bildes vom Bürger und des Verhältnisses zu ihm, ihn nicht nur als Nutzer und Wähler zu verstehen, sondern auch als Auftraggeber und als Co-Entwickler von sozialen und wirtschaftlichen Prozessen.⁶⁰

⁵⁹ innovative Arbeitsansätze, Qualitätskriterien: vgl. Nägele, 2004

⁶⁰ Partizipations-Stufe 3-5, vgl. Kapitel 9.1.1.2

b) Damit die Prozesse an der Basis in die kommunale Planung aufgenommen werden können und damit sich die Kommune bei den Veränderungen an der Basis beteiligt und sie wirkungsvoll unterstützt (präventive Altenpolitik und dialogische Demokratie), sollte eine entsprechende Instanz eingeführt werden: eine Vermittlungs- und Koordinierungsstelle. Sie sollte vier grundsätzliche Aufgaben erfüllen:

- Ansprechpartner und zentrale Anlaufstelle sein für die Bürgerinitiativen, Gruppen und aktive Einzelne, um über kommunale Planungsvorhaben zu informieren.
- Koordinationsinstanz sein für die interne Vernetzung und Zusammenarbeit von exekutiven und administrativen Strukturen innerhalb der Stadt Frankfurt am Main (interne Schnittstellen).
- Zentrale Anlaufstelle sein für die Vermittlung zwischen Bürgerinnen und Bürgern, städtischen Ämtern und Trägern zur Förderung von zielgerichtetem Planen und Handeln aller Akteure (externe Schnittstellen) sein.
- Datenübersicht und -pflege betreiben, Recherche und Kontakte zu anderen Kommunen (auch im Ausland) und zur Wissenschaft führen, um Transferimpulse zur kommunalen Planung zu gewinnen und zu gestalten.

Diese Koordinierungsstelle sollte direkt beim Magistrat angesiedelt sein. In diesem Sinne wurde auch die Empfehlung für eine „Leitstelle Älterwerden“ im letzten „Sachstandsbericht der Stadt Frankfurt am Main zur Lage älterer Menschen 2001“ formuliert.⁶¹

c) Eine interne verbindliche Koordinations- und Kooperationsbereitschaft unter den städtischen Ämtern ist dringend erforderlich, und zwar nicht nur in den traditionellen Ämtern für Soziales und Gesundheit, sondern auch in den für

⁶¹ vgl.: Stadt Frankfurt am Main, Der Dezernent für Soziales und Jugend (Hrsg.), Materialienreihe Jugend und Soziales, H. 1, Sachstandsbericht Ältere Menschen in Frankfurt am Main 2001, Frankfurt a. M. 2003 und Kap. 10 des vorliegenden Teilberichts „Beteiligung Frankfurter Bürgerinnen und Bürger 50+ an kommunalen Planungsprozessen“

Bau, Verkehr, Bildung, Freizeit und Kultur sowie Stadtplanung zuständigen Ämtern.

- d) Hierin fügt sich auch die Forderung nach einer Altenpolitik als Querschnittsaufgabe. Es ist also eine ressortübergreifende Altenpolitik gefragt, die vorausschauend zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern plant und handelt. Denn es geht nicht nur um eine Minderheit von hilfedürftigen Menschen, sondern um eine Mehrheit von Bürgerinnen und Bürgern, deren Ressourcen zur aktiven Gestaltung ihrer Stadt-Gesellschaft gefragt werden wollen.

Die oben ausgeführten Empfehlungen finden Bestätigung auch in dem Positionspapier der BAGSO zur politischen Teilhabe älterer Menschen⁶² und in der Stellungnahme der Bundesregierung betreffs der Erarbeitung eines Nationalen Aktionsplans zur Bewältigung der demographischen Herausforderungen.⁶³

Solche Entwicklungsprozesse in Richtung auf eine dialogische, auf breiter Basis angelegte Demokratie, brauchen eine langfristige Perspektive und Unterstützung und setzen politische Weitsicht voraus. Dennoch könnte der schon begonnene Partizipationsprozess in diesem Sinne weitergeführt werden.

9.3.4 Beteiligungsmöglichkeiten für die benachteiligten „schwächeren“ Bevölkerungsgruppen

Mit diesen Bevölkerungsgruppen sind hier – laut Auftrag der Steuerungsgruppe zur Partizipativen Altersplanung - die älteren Migrantinnen und Migranten, Obdachlose, Schwule und Lesben und Menschen mit Behinderungen die gemeint.

Durch die Art der zwei Befragungen (repräsentative telefonische Befragung und explorative – nicht repräsentative - Fragebogenaktion) konnten der Bedarf und die

⁶² vgl. BAGSO. Positionspapier: „Politische Teilhabe älterer Menschen.“ Bonn, 2005

⁶³ vgl. BAGSO. Nationaler Aktionsplan: „Die gesellschaftliche Integration und Teilhabe älterer Menschen gewährleisten.“ Bonn, 2005

Beteiligungsvorstellungen und -wünsche dieser Teile der Bevölkerung nur wenig und damit auch nicht repräsentativ erfasst werden.⁶⁴

→ **Als einer der nächsten Schritte der Partizipativen Altersplanung steht an, mit geeigneten Methoden, die fehlenden Informationen zu erfassen** (wie in Kapitel 9.3.3.2 zur Frage 34 dargelegt).

Als Voraussetzung für die Gewinnung aussagekräftiger Informationen bei den genannten Gruppen, ist eine direkte Dialogsituation im Lebensumfeld der Befragten zu gewährleisten (z. B. die zugehende, aktivierende Befragung) und auch die Anwendung nicht nur verbalorientierter Methoden. Nicht zuletzt ist der Einsatz von geeigneten „Interviewern“ und „Kulturmittlern“ von Bedeutung.⁶⁵ Die Berücksichtigung dieser Aspekte bei der Gestaltung des Erhebungsdesigns bietet zum einen bessere Bedingungen zur Schaffung der notwendigen Vertrauensbasis, als es eine schriftliche oder telefonische Vorgehensweise vermag. Zum anderen sichert sie eine bessere Verständigung mit der jeweiligen Befragtengruppe und damit zuverlässigere Informationen. Sie gewährleistet, damit auch diejenigen Menschen sich auf ihre Art und Weise artikulieren und teilhaben zu können, die sich aufgrund ihrer Sozialisation, ihres Bildungsgrades und/oder gehindert durch physische / geistige Einschränkungen nicht der üblichen Schemata der Selbstartikulation und Teilhabe bedienen.

Aus bisheriger Erfahrung lässt sich feststellen, dass diese Bevölkerungsgruppen bei den gesellschaftlichen Teilhabe- und Mitbestimmungsmöglichkeiten besonders benachteiligt sind bzw. zum größten Teil ausgeschlossen bleiben.

⁶⁴ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Repräsentative Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen der partizipativen Altersplanung der Stadt Frankfurt am Main, i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, der SUZ GmbH, Sozialwissenschaftliches UmfrageZentrum, Duisburg, Frankfurt a. M. 2003
und
Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Explorative – untersuchende - schriftliche (nicht repräsentative) Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, Firma EDV- und andere Dienstleistungen, Joachim Ritter, Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 2004

⁶⁵ vgl. Arbeitskreis Kultursensible Altenhilfe: Handreichung für eine kultursensible Altenhilfe, 2002

Die Feststellung von Bedarfen und ihre bedürfnisgerechte Umsetzung kann nur durch eine entsprechende Beteiligung der Betroffenen selbst gelingen. Zur Förderung der Beteiligung der genannten Bevölkerungsgruppen an der Entwicklung von adäquaten Lösungsansätzen ist eine Stärkung ihrer Selbsthilfestrukturen intensiv anzustreben. Dazu können die Träger der sozialen Arbeit durch eine innovative offene Altenarbeit einen bedeutenden Beitrag leisten. Z. B. lautet eine Empfehlung im Memorandum und Handreichungen für eine Kultursensible Altenhilfe: „§ 7: *Die Selbstorganisation der Migrantinnen und Migranten sind als Potenzial und Ressource anzuerkennen und bei politischen Entscheidungen sowie bei der Verteilung von Geldern zu berücksichtigen.*“⁶⁶ Auch wenn sich dieser Text explizit auf Migrantinnen und Migranten bezieht, gilt dieser Ansatz ebenso für andere „Minderheiten“.

Migrantinnen und Migranten

Zwar besteht für die Gruppe der Migrantinnen und Migranten eine parlamentarische Vertretungsmöglichkeit durch die Kommunale Ausländervertretung auf der Basis der direkten Wahl.

Die Partizipation älterer Migrantinnen und Migranten im Rahmen der Altersplanung setzt die Unterstützung ihrer Selbstorganisation in den eigenen Strukturen voraus. Parallel sollte ein Klärungsprozess angegangen werden, um das jeweilige von Kultur, politischer Ausrichtung und Sozialisation abhängige Verständnis von Partizipation und ihrer Umsetzungsformen herauszuarbeiten.

Für die genannten Bestrebungen sind die Zusammenarbeit mit den Migrantinnenvertretern (eigene Schlüsselpersonen), die Berücksichtigung ihrer Strukturen und die Vermittlerrolle intermediärer Einrichtungen (z. B. Migrationsdienste und offene Altenhilfe) unverzichtbar.⁶⁷

⁶⁶ Memorandum und Handreichung für eine kultursensible Altenhilfe 2002, S. 11

⁶⁷ vgl. dazu Kap VI, „Handreichung für eine kultursensible Altenhilfe 2002“. Einige Anregungen für Handlungsansätze.

Menschen mit Behinderungen

Die Vertretung der Belange von Menschen mit Behinderungen (nicht speziell älterer) ist administrativ verankert in der Person des Behindertenbeauftragten. Sie ist angesiedelt im Dezernat für Soziales und Jugend.

Eine Vertretungsstruktur ist mit der Frankfurter Behindertenarbeitsgemeinschaft geschaffen, ein Sprachrohr der Menschen mit Behinderungen (auch hier nicht speziell älterer Menschen). Diese Arbeitsgemeinschaft die sich als glaubwürdiger Sprecher und Interessenvertreter dieser Bevölkerungsgruppe in der Öffentlichkeit artikuliert.

Schwule und Lesben

Sie haben ihre Interessen im Forum Frankfurt – Initiative für einen Runden Tisch zur Situation von Lesben und Schwulen – artikuliert. Ihr Vorschlag: (Zitat) „... gemeinsam mit Stadtverordneten und Dezernaten im Rahmen eines Runden Tisches die Situation von Lesben und Schwulen in Frankfurt zu untersuchen und zu verbessern, um damit ein Signal für ein neues und konstruktives Miteinander zu geben.“ ist umgesetzt worden, die Arbeitsergebnisse in einem Bericht des Magistrats veröffentlicht.⁶⁸

Für **ältere Obdachlose** gibt es keine selbstorganisierte Form der Interessenvertretung. Hier leisten die sozialen Wohlfahrtsverbände durch ihren anwaltschaftlichen Einsatz einen entscheidenden, aber noch nicht ausreichenden Beitrag. Zur Vertretung der Interessen und Bedürfnisse dieser Bevölkerungsgruppen sind angemessene direkte Artikulationsformen dringend erforderlich und sollten mit der Unterstützung von „Mittlern“ entwickelt werden.

Handlungsempfehlungen

Zusammenfassend können folgende grundsätzliche Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Teilhabe- und Mitbestimmungsmöglichkeiten formuliert werden:

⁶⁸ Bericht des Magistrats vom 9.7.2004, B 454, S. 2

- Stärkung der anwaltschaftlichen Unterstützung zur Förderung der Selbsthilfe und der Selbstartikulation,
- Ausbau der zugehenden Information und kultursensiblen Anpassung der Informationsvermittlung,
- Klärung des Verständnisses von Partizipation und Erprobung differenzierter Beteiligungsformen,
- Ausbau und entsprechende kultursensible Qualifizierung der Begleitungsstrukturen (offene Altenhilfe),
- kultursensible Anpassung der Regelangebote der Altenhilfe und des Gesundheitssystems,
- zugehende Orientierung der Regelangebote der Altenhilfe und des Gesundheitssystems,
- Unterstützung bei der Entwicklung bzw. dem Ausbau eigener Selbsthilfestrukturen, die – bei Wahrung der eigenen Identität – in das vorhandene System eingebunden werden sollten,
- Gestaltung von Kooperationsformen mit den Organisationen, Vereinen und weiteren Selbstorganisationsformen der benachteiligten Bevölkerungsgruppen, zur Unterstützung der Beteiligung und
- Einführung spezifischer Beteiligungsinstrumente, wie z. B. Anwaltsplanung.⁶⁹

Auch in diesem Zusammenhang bieten die Grundsätze der kultursensiblen Altenhilfe mehrfache Anregung.⁷⁰

Hier werden folgende Punkte als kommunale Aufgabe formuliert:

- *Altenhilfepläne und Pflegebedarfspläne interkulturell erweitern,*
- *Selbstorganisation fördern,*
- *zugehende Kooperationsformen entwickeln,*
- *Vernetzung mit Migrationsdiensten und Pflegekonferenzen koordinieren,*
- *Impulse und Aktivitäten, die geeignet sind, Nachteile aufzuheben oder zu mildern,*
- *Information, Beratung und Gesundheitsaufklärung als Querschnittsaufgabe,*

⁶⁹ vgl. dazu: A. Ley, L. Weitz (Hrsg): Praxis Beteiligung. Stiftung Mitarbeit, Bonn 2003, S. 71-75

⁷⁰ vgl. dazu Kapitel VI: „Öffentlichkeitsarbeit, Partizipation und Vernetzung“ und Kapitel VII: „Interkulturelle Öffnung als gesellschaftliche Aufgabe“. in: Handreichung für eine kultursensible Altenhilfe, Berlin, 2002

- *Mehrsprachigkeit ausbauen,*
- *ehrenamtliches Engagement der Migrantinnen und Migranten honorieren.*⁷¹

9.3.5 Spektrum der Beteiligungsinstrumente im parlamentarischen und vorparlamentarischen Raum über Frankfurt am Main hinaus

Hier werden zur Übersicht einige erprobte Instrumente der parlamentarischen und der dialogischen Demokratie zusammengestellt.

Instrumente der PARLAMETARISCHEN DEMOKRATIE

(Beteiligung im parlamentarischen Raum)

Erweiterte legitimierte Rechte der Bürgerbeteiligung zu Planungs- und Entscheidungsprozessen

1. Anhörungsrecht
2. Vorschlagsrecht
3. Antrags- und Delegationsrecht/Vertretungsrecht auf allen politischen Ebenen der Kommune
4. Mitspracherecht und Mitbestimmungsrecht
5. Bürgerbegehren
6. Bürgerentscheid

Legitimierte Selbstvertretungsformen im parlamentarischen Kontext des Stadtteils (Stadtparlament, Stadtrat, Ortsbeirat)

7. Bürgerversammlungen
8. lokale Seniorenräte
9. Altenrat

⁷¹ Handreichung für eine kultursensible Altenhilfe Berlin 2002, S. 105- 108

Instrumente der DIALOGISCHEN DEMOKRATIE

(Beteiligung im vorparlamentarischen Raum)

Für die Partizipationsebene 1:

Informationsgewinnung versus Informationsverteilung

- a. Aktivierende Befragung
- b. Appreciativ Inquiry (AI)
- c. Internet gestützte Bürgerbeteiligung

Für die Partizipationsebene 2:

Mitwirkung versus Austausch und Konsultation

- d. Stellungnahme
- e. Bürgergutachten
- f. lokaler Dialog
- g. Konsensus-Konferenz
- h. open space
- i. Zukunftskonferenz
- j. Zielgruppenworkshops, Zukunftswerkstatt

Für die Partizipationsebene 3:

Verhandlung zur Mitentscheidung versus partnerschaftliche Kooperation

- k. Runde Tische
- l. Anwaltsplanung

Für die Partizipationsebene 4:

Selbstverantwortung versus Delegation von Entscheidung

- m. Planning for Real
- n. Community Organizing
- o. Planungszellen

Einige Veröffentlichungen gehen detaillierter auf die angesprochenen Themen und Methoden ein.⁷²

- Die zwei Aktionsfelder – parlamentarisches und vorparlamentarisches – müssen aufeinander abgestimmt werden und verbindliche Kooperationslinie aufweisen.
- Sie sollten sich der Werkzeuge bedienen, die die Einbindung von Potenzialen aus der Bürgerschaft effektiv werden lassen und die bei der Realisierung des Dialogs zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Institutionen und Kommune bzw. andere Interessensvertreter, ein wirkungsvolles Ergebnis versprechen.

9.3.6 Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen zur Einführung der 1. – 5. Stufe der Partizipation und des 10-Punkte-Förderprogramms

Im vorliegenden Abschnitt werden die zentralen Handlungsempfehlungen und Maßnahmen aus den vorausgegangenen Kapiteln zusammengestellt. Sie werden geordnet nach den Partizipationsstufen, die im Vorspann zu dem vorliegenden Kapitel erläutert und als übergreifendes Orientierungsraster zugrunde gelegt wurden.

Als Allererstes sollte das Vertrauen bei den aktiven Bürgerinnen und Bürgern gestärkt und bei den vielen Skeptikern und Enttäuschten wiedergewonnen werden. Dazu gehören zum einen Motivierung, Sensibilisierung und Information, zum anderen konkrete Maßnahmen, die den politischen Willen zur Förderung der Partizipation eindeutig und glaubhaft machen.

⁷²

vgl. dazu:

Stiftung Mitarbeit: verschiedene Literatur und Projektdokumentationen. Einige „Werkzeuge“ werden im Anhang von „Bedingungen von erfolgreicher Bürger(innen)beteiligung“ erläutert. (Dr. Adrian Reinert: Bedingungen von erfolgreicher Bürger(innen)beteiligung. Thesenpapier zur Jahrestagung „Stadtteilarbeit 2004“, am 24. November 2004 in Hannover)
C. Fischer, M. Schophaus et.al.: Die Kunst, sich nicht über den Runden Tisch ziehen zu lassen. Stiftung Mitarbeit, Bonn, 2003. Th. Klie, R. Spielberg (Hrsg.): Fürs Alter Planen. Grundlagen, Methoden, Standards kommunaler Planung. Freiburg, 1998. A. Ley, L. Weitz (Hrsg.): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenbuch. Stiftung Mitarbeit. Bonn, 2003.
H. K. Heußner, O Jung (Hrsg.): Mehr direkte Demokratie wagen. München, 1999.

Motivierung der Bürgerinnen und Bürger für Partizipation u.a. durch:

- Erweiterung der direkten Mitbestimmungsmöglichkeiten,
- eine kommunale Kampagne,
- kurzfristige Umsetzung von Maßnahmen,
- frühzeitige und fortlaufende Beteiligungsangebote,
- Schaffung eines kommunikationsfreundlichen und partnerschaftlichen Klimas.

In diese Kampagne sollte ein Bündel von aufeinander abgestimmten Maßnahmen eingebettet sein, die die Partizipation auf all ihren 5 Stufen unterstützt und ermöglicht.

Für die Einführung der **ersten Stufe der Partizipation** – Voraussetzungen für die Förderung und Umsetzung von Partizipation – werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- a) Zeitige Freigabe von umfassenden Informationen über Gesetzes- und Planungsvorhaben. Die Informationen sollen verständlich und leicht zugänglich sein.
- b) Ausbau differenzierter Informationskanäle zur Verteilung der Informationen, dabei ist die Nutzung der bestehenden formellen und informellen Strukturen sinnvoll. Informationen über Planungs- oder Gesetzesvorhaben sollen an die vorhandenen Netzwerke und Initiativen, Gremien und Vertretungsstrukturen verteilt wie auch in öffentlichen Veranstaltungen zur Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern gestellt werden.
- c) Information der Bürgerinnen und Bürger über und Sensibilisierung für die vorhandenen parlamentarischen Instrumente, Verfahren und Methoden der parlamentarischen wie vorparlamentarischen Beteiligung. Die Information soll verständlich sein, Betroffenheit auslösen und potenzielle Ressourcen ansprechen (auf lokalen wie auch zentralen Veranstaltungen).

- d) Qualifizierung, Einführung und Begleitung der Bürgerinnen und Bürger, die Vertretungsaufgaben wahrnehmen, zur Unterstützung einer effektiven Erfüllung ihrer Aufgabe bzw. der wirksamen Durchsetzung der Bürgerbelange und -vorschläge (z. B. durch zentrale Seminare für die Qualifizierung von engagierten Bürgerinnen und Bürgern, aber auch durch lokale, projektgebundene Einzelfortbildungen). Hierzu ist der Beitrag sozialer Träger gefragt.

Für die Einführung der **zweiten Stufe der Partizipation** werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- a) Entwicklung von direkten Kommunikations- und Austauschstrukturen zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Politikern und Verwaltung auf lokaler und zentraler Ebene. Es seien genannt:
- Bürgerforen/-versammlungen oder die Nutzung bestehender Strukturen,
 - Stadtteilarbeitskreise und öffentliche Veranstaltungen von bestehenden Initiativen und Projekten.

Diese Maßnahmen erfordern eine gewisse Zeit zur Erprobung der geeigneten Form und für die Entwicklung eines konstruktiven Umgangs miteinander.

- b) Einrichtung von Infostellen (Bürgerbüros) in den Stadtbezirken
Ihre Aufgabe wäre u.a. Information und Aufklärung über Partizipations-Möglichkeiten und -mittel im parlamentarischen wie vorparlamentarischen Raum, Förderung, Koordination und Mediation von lokalen, vorparlamentarischen Partizipationsinitiativen. Die Bürgerbüros sollten getragen werden von Vertretern unterschiedlicher Institutionen und Organisationen und sollten die notwendigen Voraussetzungen zur partizipativen Beteiligung und Einflussnahme schaffen und anbieten. Die Anbindung der Bürgerbüros an die Sozialrathäuser wäre eine denkbar günstige Konstellation.

Für die Einführung der **dritten Stufe der Partizipation** werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- a) Einführung und Erprobung von Instrumenten und Verfahren der dialogischen Demokratie.⁷³
- b) Sicherstellung und qualitativer Umbau der intermediären Instanzen (soziale Träger) nach dem neuen Paradigma.⁷⁴

Für die Einführung der **vierten Stufe der Partizipation** werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- a) Förderung der Zusammenarbeit zwischen Seniorenvertretungen und Seniorenorganisationen.
Klärung und Institutionalisierung der Zusammenarbeit zwischen den vorparlamentarischen und den parlamentarischen Strukturen, z. B. BAGSO und Seniorenrat, lokale und stadtweite Selbstvertretungsstrukturen, Bürgerinitiativen, partizipativ angelegte Projekte und Stadtparlament einerseits und Magistrat und Verwaltung andererseits.
- b) Dazu ist die Einrichtung einer Koordinationsstruktur, einer Anlauf- und Koordinationsstelle sinnvoll, die die Klärung und die Förderung der Zusammenarbeit in den sich ergebenden Arbeitszusammenhängen verfolgt und vermittelnd unterstützt.⁷⁵
- c) Flexibilisierung der Zuständigkeiten der Administration, zur Förderung der internen Koordination, zwecks zielgerichteter und effektiver Zusammenarbeit

⁷³ vgl. Kapitel 9.3.5

⁷⁴ vgl. 9.2.4, S. 30

⁷⁵ Diese Empfehlung wurde bereits im „Sachstandsbericht ältere Menschen in Frankfurt am Main 2001“, S. 166-168 formuliert; da heißt es: „Leitstelle Älterwerden“.

mit den Netzwerken, die in gemeinsamen Arbeitszusammenhängen tätig sind.⁷⁶

Je nach Arbeitszusammenhang müsste einer vernetzten Zusammenarbeit Priorität gewährt werden gegenüber der unflexiblen Trennung von Zuständigkeiten. Dies kann nur dann gelingen, wenn die Mitarbeiter und die mittlere Führungsebene entsprechend darauf vorbereitet werden.

- d) Vorbereitung des Personals auf den Umgang mit Partizipation: Reflexion über das Bild vom Bürger, über das Demokratieverständnis und das Selbstverständnis der eigenen Rolle als Kommune.
- e) Erweiterung der eigenen Rolle über die der Hoheitsinstanz hinaus, als initiiierende, moderierende und mit den Bürgerinnen und Bürgern partnerschaftlich kooperierende Kommune, die mit den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam Planungsaufgaben angeht und zu lösen sucht.⁷⁷

Für die Einführung der **fünften Stufe der Partizipation** werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- a) Schaffung von Freiräumen und von Rahmenbedingungen für Selbstorganisation und Selbstverwaltung von Bürgerinnen und Bürgern, zur Verbesserung lokaler Strukturen und Lebensbedingungen.
- b) Förderung der Entstehung von Seniorenvertretungen und Seniorenorganisationen, die mit dem Altenrat eng zusammenarbeiten.

⁷⁶ Auch diese Idee ist bereits im „Sachstandsbericht ältere Menschen in Frankfurt am Main 2001“, S. 163-165, ausführlich beschrieben und begründet.

⁷⁷ Hier sind auch die sozialen Dienstleister zu einer Weiterentwicklung ihrer Konzepte und Strukturen gefragt.

- c) Direktwahl von Seniorenvertretungen bei Seniorenräten und beim Altenrat.
Auch bei den Parteien sollten geeignete Kandidaten von den Senioren selbst vorgeschlagen und bestimmt werden können.

- d) Einrichtung eines Alten-/Seniorenrats, der sich aus Delegierten aus den lokalen Seniorenräten zusammensetzt und über Vorschlags-, Mitbestimmungs- und Vetorechte bei Planungs- und Gesetzesvorhaben verfügt. Er arbeitet einerseits mit Initiativen, Arbeits-/Projektgruppen, Stadtteilarbeitskreisen, Bürgerinitiativen und Organisationen auf lokaler Ebene (Seniorenräte) zusammen, andererseits mit der Administration auf zentraler Ebene.

- e) Einrichtung von kurzfristig und unkompliziert abrufbaren Budgets (z. B. Quartierbudgets), die zur schnellen und unbürokratischen Umsetzung von lokalen planerischen Projekten und Vorhaben von Bürgerinnen und Bürgern selbst eigenverantwortlich eingesetzt werden. Solche öffentlichen Mittel könnten durch Umverteilung freigesetzt werden, d.h. Gelder sollten nicht ausschließlich in größeren Projekten, die meist auch vom Land mitinitiiert werden, gebunden sein, sondern ein Teil davon sollte in einem festen Fond für abrufbare Budgets angelegt werden. Zu Beiträgen in diesen Fond könnten auch andere Organisationen angeregt werden, z. B. Stiftungen oder die freie Wirtschaft.

Die oben vorgestellten Maßnahmen könnten in einem 10-Punkte-Förderprogramm gebündelt und aufeinander abgestimmt werden. Die folgende Übersicht bietet eine Zusammenfassung:

10-Punkte-Förderprogramm

1. Förderung der Mitwirkung durch zugehende Information über Beteiligungsmöglichkeiten und -instrumente, Motivation und Aktivierung.

2. Leicht zugängliche und zugehende Information über Gesetzes- und Planungsvorhaben der Kommune.
3. Schaffung direkter Mitentscheidungsstrukturen und partnerschaftlicher Kooperationsformen.
4. Schaffung von Freiräumen und fördernden Rahmenbedingungen für Selbstorganisation und Selbstverwaltung der Bürgerinnen und Bürger.
5. Förderung der Initiative aktiver Bürgerinnen und Bürger und deren Zusammenarbeit mit der Kommune und Trägern bei Planungsvorhaben durch die Schaffung einer Koordinationsstruktur.
6. Flexibilisierung interner Zuständigkeiten der kommunalen Ämter und Bereiche zur Optimierung der Effizienz und Zielgenauigkeit der Arbeit aller Beteiligten.
7. Flexibilisierung von Mitteln, Bereitstellung durch Umverteilung von Mitteln für eine flexible und schnelle Vergabe an Vorhaben aktiver Bürgerinnen und Bürger .
8. Qualifizierung und Praxisbegleitung der aktiven Bürgerinnen und Bürger zwecks effektiver Beteiligung und Arbeit.
9. Vorbereitung der Kommune auf das neue Verständnis und auf den Umgang mit Partizipation (Instrumenten und partizipationswilligen Bürgerinnen und Bürgern).
10. Anstoß zur qualitativen Weiterentwicklung der intermediären Instanzen.

Mit dem 10-Punkte-Programm könnten **übergreifende Ziele** verfolgt werden:

- Politische Sensibilisierung und Aktivierung der noch nicht motivierten Bürgerinnen und Bürger (insbesondere auch der benachteiligten Bürgergruppen).
- Stärkung der Mitwirkung der bereits motivierten und aktiven Bürgerinnen und Bürger.
- Optimierung von Effektivität und Effizienz des Bürgerengagements zur Erreichung effektiverer Lösungen und höherer Partizipationsqualität.⁷⁸
- Die schnelle Umsetzung von Vorhaben aus der Kooperation mit der Basis
- Innovativer Impuls der Kommune in Richtung dialogischer Demokratie, zur besseren Einbeziehung der Bürgerpotenziale bei der Lösung von immer

⁷⁸ vgl. Stufen der Partizipation, 9.1.1.2

komplexer werdenden Planungsaufgaben in einer Stadt wie Frankfurt am Main.

9.3.7 Literaturverzeichnis zu Kapitel 9.1 bis 9.3

- **Abschlussbericht der Enquete-Kommission** des Deutschen Bundestages, „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. 2002
- **Alemann**, 1993
- **Arbeitskreis kultursensible Altenhilfe & KDA**. „Memorandum und Handreichung für eine kultursensible Altenhilfe“, Berlin, 2002
- **Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen**. „2. Weltaltenplan 2“. 2002 und 2003
- **Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen**. Positionspapier: „Politische Teilhabe älterer Menschen.“ Bonn, 2005
- **Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen**. Nationaler Aktionsplan: „Die gesellschaftliche Integration und Teilhabe älterer Menschen gewährleisten.“ Bonn, 2005
- **Buse**, 1977
- **Buse et al.**, 1997
- **Duden** Fremdwörterbuch
- **Evers & Klie**, 1999. „Die Versorgung pflegebedürftiger alter Menschen in der Kommune“. In: Kommunalkongress, Dokumentation, 2004
- **Fischer, C.; Schophaus, M. et al.**: „Die Kunst, sich nicht über den Runden Tisch ziehen zu lassen.“ Stiftung Mitarbeit, Bonn, 2003.
- **Friedrichs & Nägele**: „Grundzüge für Prioritäten in der künftigen Förderung der Offenen Altenarbeit in NRW“ 1999
- **Gensike, Thomas und Geiss, Sabine**. Die Freiwilligensurveys 1999-2004
- **Geschäftsordnung der Seniorenbeiräte** 2002
- **Heußner, H.K.; Jung, O.** (Hrsg.): „Mehr direkte Demokratie wagen.“ München, 1999.
- **Hollhin**, 1978, zitiert nach M. Lüttringhaus, 2000, S. 24
- **Klie, Thomas** (Hrsg.): „Fürs Alter Planen: Beiträge zur kommunalen Altenplanung.“ Freiburg 2002
- **Klie, Th.; Spielberg, R.** (Hrsg.): „Fürs Alter Planen. Grundlagen, Methoden, Standards kommunaler Planung.“ Freiburg, 1998.

- **„Kommunale Seniorenvertretungen.** Eine Handreichung für Seniorinnen und Senioren“. Politik und Verwaltung. Münster, 2002
- **Ley, A.; Weitz, L.** (Hrsg.): „Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenbuch.“ Stiftung Mitarbeit. Bonn, 2003
- **Lüttringhaus, M.**, 2000
- **Lüttringhaus, M.; Richers, H.** : Handbuch aktivierende Befragung. Bonn, 2003
- **Maier, Prof. Dr. K.:** „'Quartiersaufbau' als Beitrag der Sozialarbeit zum Aufbau neuer Wohnquartiere“, 26.Juni 2001.
- **Nägele, G.:** Kommunalkongress – Neue Herausforderungen an die kommunale Seniorenpolitik, 2004
- **Paffenberger**, 1986
- **Reinert, Dr. Adrian:** „Bedingungen von erfolgreicher Bürger(innen)beteiligung.“ Thesenpapier zur Jahrestagung „Stadtteilarbeit 2004“, am 24. November 2004 in Hannover
- **Rinke**, 1984
- **Stadt Frankfurt am Main**, Der Dezernent für Soziales und Jugend (Hrsg.), Materialienreihe Jugend und Soziales, H. 1, Sachstandsbericht Ältere Menschen in Frankfurt am Main 2001, Frankfurt a. M. 2003
- **Stadt Frankfurt am Main**, Bericht des Magistrats vom 09.07.2004, B 454, Runder Tisch zur Situation von Lesben und Schwulen in Frankfurt, aktualisierter Sachstand vom 08.12.04; Expertenbericht Fachgruppe Alter des Runden Tisches zur Situation von Lesben und Schwulen in Frankfurt am Main.
- **Stadt Frankfurt am Main**, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Repräsentative Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen der partizipativen Altersplanung der Stadt Frankfurt am Main, i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, der SUZ GmbH, Sozialwissenschaftliches UmfrageZentrum, Duisburg, Frankfurt a. M. 2003
- **Stadt Frankfurt am Main**, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Explorative – untersuchende - schriftliche (nicht repräsentative) Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, Firma EDV- und andere Dienstleistungen, Joachim Ritter, Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 2004
- **www.Stadtteilarbeit.de/Seiten/Projekte/Maier/Quartiersaufbau.htm**
- **Taylor**, 1996
- **Thomae, Lehr, Kruse:** „Potenziale des Alters“
- **Wahrig:** Deutsches Wörterbuch

9.4 Erfahrungsberichte zu Partizipation

Teilhaben, mitwirken, mitgestalten

9.4.1 Partizipation im Quartier durch das Programm „Soziale Stadt“ am Beispiel Unterliederbach

Autor: Rudolf Fleckenstein, September 2004

Vorbemerkung

Die Rolle der älteren Bürgerinnen und Bürger und der Stellenwert ihrer Belange in Stadtentwicklungsprogrammen „Soziale Stadt“ und auch im Lokalen Agenda Prozess ist noch nicht untersucht. Als Querschnittsthema ist dieser Bereich bislang auch nicht in den Berichterstattungen vorgesehen, sodass wir hier nicht auf systematisch gewonnene Erkenntnisse zurückgreifen können.

Zwei Statements seien hier frei wiedergegeben, einmal aus dem Kreis der Quartiersmanager anlässlich einer Dienstbesprechung: *„Die Älteren sind die tragenden Säulen in der Quartiersarbeit.“* und einmal aus einem Gespräch mit der zuständigen Kollegin für den Lokalen Agenda Prozess: *„Die Menschen beginnen ihre Arbeit in der Agenda-Gruppe voller Elan, haben aber dann das Gefühl, dass sie gegen Gummiwände in Verwaltung und Politik ankämpfen.“* Es ist nur noch eine aktive Gruppe im Stadtteil Ginnheim „übrig geblieben“. Die Arbeits-Beziehungen zwischen dieser Agenda-Gruppe und dem Quartiersmanagement werden als schwierig erlebt.

Die Arbeit im Quartier und in den lokalen Agenda-Gruppen sind potentielle Wirkungsfelder für ältere, erfahrene Menschen mit zeitlichen Ressourcen. Wie beteiligen sich die Generationen 50+ in den Programmen „Soziale Stadt“ und im Lokalen Agenda Prozess?
Welche Hindernisse haben sie erfahren?
Wie haben sich ihre kooperativen Beziehungen zu den Akteuren vor Ort gestaltet?
Die Klärung dieser Fragen könnte den gesellschaftlichen Beitrag der Älteren veranschaulichen und so zur Versachlichung des Generationen-Dialoges beitragen, sowie neue Impulse geben für das Miteinander in den Quartieren und darüber

hinaus.

Die Aufbereitung der Fragestellungen im Rahmen einer Untersuchung z. B. durch Studierende der Fachhochschule ist angezeigt.

Uns liegt hier ein Beitrag zu einem Beispiel vor, wie ältere Menschen im Programm „Soziale Stadt“, Quartier Unterliederbach, in ein integriertes Handlungskonzept eingebunden sind und an der Gestaltung von Erneuerungsprozessen teilnehmen.

Seniorinnen und Senioren gestalten ihr Quartier

Unterliederbach ist ein Stadtteil im Westen Frankfurts und liegt fernab der Innenstadt, an der Autobahn A66 am Stadtrand zum Main-Taunus-Gebiet, im unmittelbaren Gebietsbereich von Frankfurt am Main - Höchst. Das Programmgebiet „Soziale Stadt, Unterliederbach-Engelsruhe“, hat ca. 3500 Einwohner. Die Altersstruktur weist mit rund 25 % einen hohen Anteil an Senioren und Seniorinnen ab 65 Jahren auf. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen ist mit 21,8 % (Gesamtstadt: 18,5 %) ebenfalls relativ hoch, 9,8 % der Bewohnerinnen und Bewohner beziehen Sozialhilfe. Der Anteil der Migrantinnen und Migranten liegt bei rd. 30 %.

Die Siedlung Engelsruhe ist seit 1999 Programmgebiet des Bund-Länder Programms „Soziale Stadt“. Ziel des Programms ist, durch ein integriertes Erneuerungsverfahren die Wohn- und Lebensverhältnisse in der Siedlung sozial und städtebaulich zu verbessern. Die Projektleitung für das Verfahren liegt bei der Stadt Frankfurt am Main, Stadtplanungsamt.

Für die Nachhaltigkeit der Erneuerung ist die Mitwirkung der Bewohnerinnen und Bewohner von besonderer Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund wurde 1999 vom Jugend- und Sozialamt eine Bedarfsermittlung zur sozialen Infrastruktur, bezogen auf die Zielgruppen der Kinder, Jugendlichen, Erwachsenen, Seniorinnen und Senioren, durchgeführt. Die Ergebnisse der Befragung wurden bei der Erstellung eines Integrierten Handlungskonzeptes für das Erneuerungsgebiet durch eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe - an der auch Vertreterinnen und Vertreter des Caritasverbandes Frankfurt, der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte, der betreffenden

Wohnungsbaugesellschaften sowie des Architektenbüros Freischlad und Holz mitarbeiteten - berücksichtigt.

Aus der Zielgruppe der Senioren und Seniorinnen wurden in der Befragung als wesentliche Problemlagen im Quartier folgende Punkte genannt:

- Isolation (besonders bei den über 75 jährigen)
- Mangelnde Infrastruktur (v. a. keine Treff- und Einkaufsmöglichkeiten)
- Fehlende und mangelhafte Aufenthaltsmöglichkeiten im öffentlichen Raum

Im Integrierten Handlungsprogramm wurden aufgrund der gegebenen Bedarfslage für die Seniorinnen und Senioren folgende Handlungsansätze formuliert:

- Schaffung von Kommunikationsmöglichkeiten, Förderung der Nachbarschaft
- Förderung von Sport-, Freizeit-, und Kulturangeboten
- Aufbau von individuellen Betreuungsangeboten
- Interessenvertretung für die Seniorinnen und Senioren

Darüber hinaus heißt es u. a.: „...die älteren Bewohner/innen sind zielgerichtet in den Erneuerungsprozess einzubinden.“

Praxisbeispiele:

- Partizipation im Seniorentreff
- Partizipation an der Planung von „Aufenthaltsbereichen für Senior/innen“ im Programmgebiet Engelsruhe
- Partizipation durch Seniorenvertretung im Beirat „Soziale Stadt“

Partizipation im Seniorentreff

Eines der ersten Projekte, die das Quartiersmanagement im Erneuerungsgebiet Engelsruhe aufbaute, war der Seniorentreff. Der Treff findet dreimal im Monat statt und wird zur Zeit von durchschnittlich 25 Frauen und Männern regelmäßig besucht. Die Treffen werden von den Besucherinnen und Besuchern in erster Linie für Gespräche, Austausch und gemütliches Beisammensein genutzt. Darüber hinaus

werden besondere Veranstaltungen wie Ausflüge, Faschings- und Weihnachtsfeiern durchgeführt oder zu bestimmten Themen (z. B. Gesundheit, Finanzen) Referenten eingeladen. Der Treff wird zur Unterstützung des Quartiersmanagements von einer Teilzeitkraft des Caritasverbandes Frankfurt e. V. geleitet. Seit vier Jahren arbeiten zwei Seniorinnen ehrenamtlich bei der Vorbereitung und Durchführung der Treffen mit.

Das Quartiersmanagement nutzt den Seniorentreff, um über den Erneuerungsprozess zu informieren sowie Anregungen oder Kritik der Seniorinnen und Senioren entgegen zu nehmen und an die entsprechenden Stellen, z. B. in der städtischen Verwaltung, weiter zu geben.

Eines der zentralen Themen der Senioren und Seniorinnen ist die Frage nach geeigneten alters- und behindertengerechten Räumen im Quartier. Von Beginn an musste der Treff Räume im Quartier nutzen, die für andere Zielgruppen (z. B. für Jugendliche) eingerichtet worden waren. Darunter leidet die Qualität des Treffs. In Absprache mit den Senioren und Seniorinnen vertritt das Quartiersmanagement deren Interessen in der Koordinierungsrunde „Soziale Stadt“ im Stadtplanungsamt und in anderen Gremien.

Darüber hinaus machen die Seniorinnen und Senioren auf dieses Defizit in der lokalen Presse oder bei anderen Gelegenheiten, z. B. bei der Verleihung des Nachbarschaftspreises 2003 der Stadt Frankfurt am Main, aufmerksam. Das Fehlen geeigneter Räume für nachbarschaftliche Aktivitäten und Versammlungen ist ein grundsätzliches Problem im Quartier. Die Seniorinnen und Senioren sind jedoch aufgrund ihrer spezifischen Lebensumstände am stärksten davon betroffen und haben dies in der Bedarfsermittlung auch deutlich herausgestellt. Bei der Erstellung des Integrierten Handlungskonzeptes wurde dem Rechnung getragen und die Schaffung geeigneter Räumlichkeiten aufgenommen. Mittelfristig soll im Quartier im Rahmen der städtebaulichen Erneuerung ein Nachbarschaftshaus entstehen.

Derzeit arbeiten das Stadtplanungsamt (Projektleitung), die Projektsteuerung und

das Quartiersmanagement und die Bewohner-AG „Nachbarschaftshaus“ daran, eine Übergangslösung zu finden. Diese AG, in der auch Senioren und Seniorinnen mitarbeiten, hat ein Nutzungskonzept für ein Nachbarschaftshaus erarbeitet und plant einen Nachbarschaftsverein zu gründen, der die Trägerschaft des Hauses übernehmen würde.

Partizipation an der Planung von „Aufenthaltsbereichen für Senioren und Seniorinnen“ im Programmgebiet Engelsruhe

Fehlende Aufenthaltsmöglichkeiten im öffentlichen Raum ist ein weiterer wichtiger Punkt, der von den Senioren und Seniorinnen sowohl in der Bedarfsermittlung als auch im Seniorentreff und in Bewohnerversammlungen immer wieder genannt wurde. In 2003 wurde ein Garten- und Landschaftsarchitekt vom Stadtplanungsamt mit der Planung und Gestaltung von Aufenthaltsbereichen für ältere Menschen im Quartier Engelsruhe beauftragt. Insgesamt sollen neun Aufenthaltsbereiche in den kommenden zwei Jahren im Quartier gestaltet werden.

In zwei Sitzungen wurden die Vorschläge des Architektenbüros im Seniorentreff vorgestellt, erläutert und gemeinsam diskutiert. Die Anregungen und Kritik der Senioren und Seniorinnen aus der ersten Vorstellung wurden von den Architekten berücksichtigt und eingearbeitet und in der zweiten Sitzung wieder präsentiert. An den Sitzungen nahmen auch Vertreterinnen und Vertreter des Stadtplanungsamtes, der Projektsteuerung und des Quartiersmanagements teil. Deren Aufgabe ist es u. a., den Prozess der partizipativen Planung bis zur Realisierung der „Aufenthaltsbereiche für Senioren und Seniorinnen“ weiter zu führen.

Partizipation durch Seniorenvertretung im Beirat „Soziale Stadt“

Die Aktivierung der Bevölkerung und der Aufbau von Beteiligungsstrukturen im Rahmen des Programms Soziale Stadt ist eine wesentliche Aufgabe des Quartiersmanagements. Ohne die Mitwirkung der Bewohner und Bewohnerinnen des Erneuerungsgebietes ist eine nachhaltige soziale Stadteilerneuerung nicht möglich. So wurden durch das Quartiersmanagement in den vergangenen Jahren verschiedene Beteiligungsplattformen im Quartier aufgebaut. Neben dem Seniorentreff sind dies der Wohnertreff, Bewohner-Arbeitsgruppen, die sich mit

Themen der Stadteilerneuerung befassen, und Bewohnerversammlungen.

Das zentrale Beteiligungsgremium ist der Beirat „Soziale Stadt“. Der Beirat im Erneuerungsgebiet Unterliederbach-Engelsruhe ist

- das Beteiligungsgremium der Bewohner und Bewohnerinnen im Rahmen des Bund-Länder Programms „Soziale Stadt“,
- die Möglichkeit zum Austausch zwischen Bewohnerinnen und Bewohnern und Funktionsträgern des Stadtteils,
- die Vertretung der Interessen des Gebiets.

Der Beirat berät und beschließt Empfehlungen zu Projekten und Maßnahmen des Integrierten Handlungskonzeptes und zum jährlichen Förderantrag „Soziale Stadt“. Die Empfehlungen werden an die politischen Gremien (z. B. an den zuständigen Ortsbeirat) weitergegeben.

Der Beirat setzt sich zusammen aus:

- 11 Bewohnerinnen und Bewohnern aus dem Programmgebiet „Soziale Stadt Unterliederbach-Engelsruhe“,
- 10 Vertreterinnen und Vertretern der Institutionen und Initiativen des Programmgebietes, darunter auch ein Vertreter der Wohnungsbaugesellschaften,
- dem Stadtplanungsamt Frankfurt am Main als beratendem Mitglied ohne Stimmrecht,
- der Projektsteuerung und dem Quartiersmanagement als beratenden Mitgliedern ohne Stimmrecht.

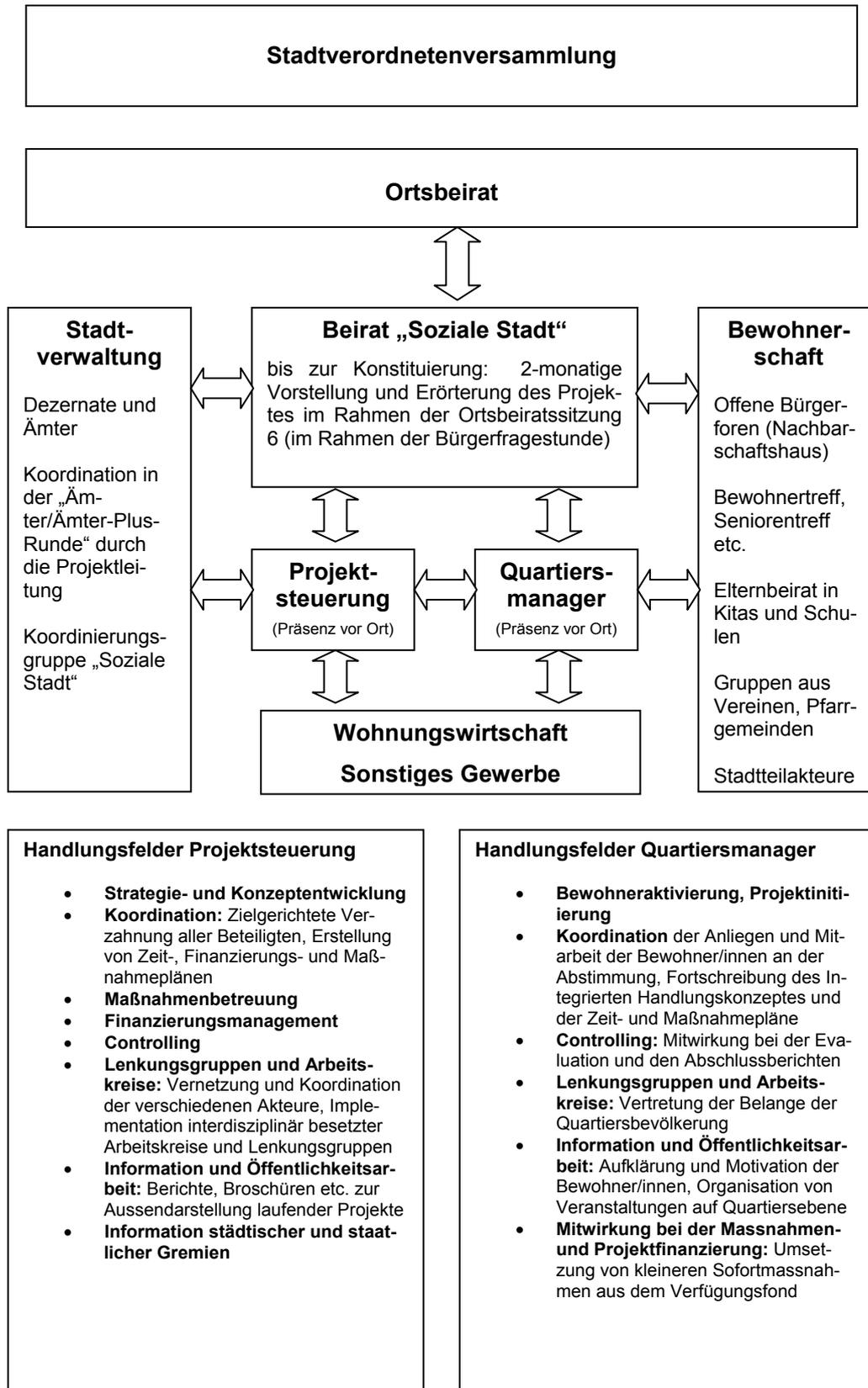
Das Quartiersmanagement übernimmt die Geschäftsführung des Beirats. Die Vertreter der Bewohnerschaft werden von den Bewohnern und Bewohnerinnen im Rahmen einer Versammlung direkt gewählt. Alle Mitglieder des Beirats „Soziale Stadt“ werden durch den Magistrat der Stadt Frankfurt berufen. Verschiedene Mitglieder des Beirats „Soziale Stadt“ sind im Seniorenalter. Offiziell werden die

Belange der Seniorinnen und Senioren durch eine Vertreterin aus dem Seniorentreff wahrgenommen.

Beteiligungsmodell „Soziale Stadt“ (Unterliederbach „Engelsruhe“)

Die geplante Verankerung des Erneuerungsprozesses im Stadtteil, spiegelt sich in folgendem Organigramm wieder.

Abb. 3.17 (IX): Organigramm „Soziale Stadt“



Quelle: Stadtplanungsamt Frankfurt am Main, Freischlad und Holz

Zusammenfassung

Im Kontext der Beteiligung am Erneuerungsprozess nehmen die Senioren und Seniorinnen eine besondere Rolle ein, da sie aufgrund ihrer z. T. geringeren Mobilität im höheren Maße von den sozialen und weiteren Infrastrukturen in ihrem Wohnumfeld abhängig sind.

Die Bedarfe der älteren Menschen wurden in das Integrierte Handlungskonzept aufgenommen und verschiedene Projekte und Maßnahmen werden derzeit und zukünftig umgesetzt. Beispielhaft ist hier die Einrichtung des „Hilfenetzes“ zu erwähnen, das auf Wunsch und Bedarfsanzeige aus der älteren Bevölkerung entstand. Das Hilfenetz ist eine Organisation nachbarschaftlicher Dienstleistungen, vorwiegend für ältere und kranke Menschen im Quartier, um ihnen mit der Durchführung von Hilfen im Haushalt und Garten, bei Einkäufen und Besorgungen, bei Behörden etc. den Lebensalltag zu erleichtern und Lebensqualität zu erhalten.

Die Senioren und Seniorinnen sind bei der Auswahl der Projekte, beim Förderantrag und bei den Planungen durch ihre Vertretung im Beirat „Soziale Stadt“ und durch den Seniorentreff beteiligt.

Das Programm „Soziale Stadt“, das einen besonderen Akzent auf die Beteiligung der Bewohner und Bewohnerinnen und auf Nachhaltigkeit legt, bietet nicht zuletzt der wachsenden Bevölkerungsgruppe der Senioren und Seniorinnen die Möglichkeit, an der Erneuerung und Verbesserung ihres Wohnumfeldes aktiv mitzuwirken.

9.4.2 Partizipation durch Träger initiiert: Beispiele zu Stadtteilprojekten

9.4.2.1 Das Projekt „Älterwerden in Niederrad“

Autorin: Ingrid Iwanowsky ,Sprecherin des Projekts, Mai/Oktober 2005

Vorbemerkung

Zum Ende des vergangenen Jahrtausends haben wir uns im Vorfeld des Internationalen Jahres der Freiwilligen mit der Frage beschäftigt, ob älter werdende Menschen bereit sein werden, sich für ihre Belange gemeinwesenorientiert einzusetzen. Sie konnten in der Vergangenheit darauf vertrauen, dass Infrastrukturleistungen für sie mittels zuständiger Gremien und Organisationen erbracht wurden, so dass sie sich weitgehend flächendeckend mit den traditionellen Altenhilfeeinrichtungen versorgt wussten.

Wir haben auch beobachtet, dass eine Generation ins dritte Lebensalter hineinwächst, die das „neue“ Ehrenamt für sich entdeckt und dass älter werdende Menschen die Initiative ergreifen in Projekten, die ein hohes Maß an Eigenständigkeit, Eigenverantwortlichkeit und Teamfähigkeit in der Gruppenarbeit verlangen.

Wir – das Team Anlaufbüro Seniorengruppen im Caritasverband Frankfurt e.V. und die für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zuständige Mitarbeiterin in der Jugendhilfe- und Sozialplanung der Stadt Frankfurt am Main – wollten es genauer wissen und haben uns auf die Suche nach Projektpartnern gemacht, die wie wir zur Verbesserung der Lebenswelt älterer Menschen beitragen wollen, gestützt auf bürgerschaftliche Mitverantwortung.

Unsere Recherchen bei den Sozialdiensten für ältere Bürgerinnen und Bürger in den Sozialrathäusern (damals noch „Sozialstationen“), den Sozialbezirksvorstehern, den Seniorenbeiräten, den Ortsvorstehern, der kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung und den Kirchengemeinden haben uns schließlich nach Niederrad geführt. Das Bewerbungsschreiben der künftigen Projektpartnerin, der Kirchengemeinde Mutter zum Guten Rat, signalisierte deutlich, dass hier bürgerschaftliches Engagement in Strukturen eingebettet ist, die zur Entwicklung von Potentialen und weiterer struktureller Differenzierung geeignet erscheinen.

Die Autorin des Beitrages meinte damals: „Wir bewerben uns, aber ob wir je eine Antwort bekommen?“

Die Einladung zum Sondierungsgespräch war die Antwort. Wir einigten uns darauf mit einem Projekt „Älterwerden in Niederrad“ die Chancen zur Erschließung und Förderung der Selbsthilfepotentiale älter werdender und alter Menschen im Stadtteil wahrzunehmen.

Vorgeschichte

Das Anlaufbüro Seniorengruppen des Caritasverbandes Frankfurt e.V. sondierte 1999 in mehreren Stadtteilen anhand eines Fragebogens mögliche Standorte für ein Stadtteilprojekt im Rahmen der Altenhilfe und der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Vorausgegangen ist eine dementsprechende Abstimmung zwischen der Sozialplanung der Stadt Frankfurt und dem Anlaufbüro Seniorengruppen im Jahr 1998.

Die katholische Gemeinde Mutter vom Guten Rat in Niederrad hat sich an der Umfrage beteiligt und eine Reihe von Ideen dargelegt, deren Umsetzung anzustreben wäre.

Auch aufgrund schon bestehender Anknüpfungspunkte¹ erfolgte im Herbst 1999 in der Gemeinde ein erstes Sondierungsgespräch zu einem möglichen Projekt präventiver Arbeit mit älteren Menschen, daran nahm auch eine Vertreterin der Stadt Frankfurt am Main teil (damals: Dezernatsverwaltungsamt, Planung und Statistik, heute: Dezernat Soziales und Jugend, Jugendhilfe- und Sozialplanung).

Im Sondierungsgespräch wurden mögliche Formen der Zusammenarbeit und Beiträge der Projektpartner hierzu erörtert.

¹ Grundlegende Anknüpfungspunkte waren:

Die katholische Gemeinde ist Träger eines Kindergartens sowie eines kleinen Altenheimes mit einem von Bürgern gegründeten Förderverein für das Altenheim St. Josef Niederrad. Sie ist an sozialen, zukunftsorientierten Entwicklungsstrukturen und positiven Veränderungen - insbesondere für und durch ältere Menschen selbst, die aber die Einbeziehung von jungen Menschen nicht ausschließt - im Stadtteil interessiert und beschäftigt sich themenbezogen seit längerem mit bedarfsorientierten Angeboten und strukturellen Veränderungen. Sie hat ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in unterschiedlichen Einrichtungen wie Seniorenclub, Sozialausschuss, Altenheim, Frauentreff, Kontaktkreisen etc. verantwortlich tätig sind. Das Gremium „Sozialausschuss“ der katholischen Gemeinde, in dem Haupt- und Ehrenamtliche gemeinsam soziale Aufgaben wahrnehmen, ist für soziale Fragen und Bedürfnisse stadtteiloffen orientiert und hat dementsprechend 1995 federführend und moderierend eine Sozialkonferenz als Stadtteilarbeitskreis ins Leben gerufen. Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses Gremiums sind Hauptamtliche aus unterschiedlichen sozialen Einrichtungen, dem Sozialrathaus Goldstein, den Kirchengemeinden und Wohlfahrtsverbänden sowie ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger in und für soziale Einrichtungen und Vereine aus dem Stadtteil, die sich gemeinsam u.a. für soziale Stadtteilbelange einsetzen.

Anliegen der Sozialplanung und des Anlaufbüros Seniorengruppen

Die Findung eines Standortes an dem beispielhaft ein Projekt durchgeführt werden kann, das dem Leben und Zusammenleben älterer Menschen dient und das durch bürgerschaftliches Engagement mitverantwortlich getragen wird. Es soll präventiven Charakter haben, der Isolation älterer Menschen entgegenwirken und den Ausbau sozialer Netzwerke (z. B. die Gruppenbildung) fördern.

Projektideen der Gemeinde

- Konzeptionelle Überlegungen zum Alten- und Pflegeheim St. Josef in Niederrad hinsichtlich der Entwicklung zu einem Haus mit ethnospezifischem Schwerpunkt (Planung: ältere Migrantinnen und Migranten aus Südeuropa)
- Entwicklung eines Stadtteiltreffs (z. B. offenes Stadtteilcafe, kulturelle Angebote, Tagesstätte mit variablen Öffnungszeiten)
- Schaffung von Räumen der Begegnung für Niederräder Bürgerinnen und Bürger
- Entwicklung von Angeboten für einsame Menschen (z. B. Mittagstisch), um soziale Kontakte und Bindungen zu schaffen, die nicht nur die Versorgung in den Mittelpunkt stellen
- Generationsverbindende Ansätze ausarbeiten, um das Miteinander von Alt und Jung zu stärken
- Initiativen zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs fördern
- Sondierung der Bedarfe mit den beteiligten Bürgerinnen und Bürger bezüglich Leben und Wohnen älterer Menschen in Niederrad

Die Vielfalt der Ideen zeigen eine Verantwortlichkeit und Engagement der Gemeinde für alle Menschen im Stadtteil auf, die über das eigene kirchliche Engagement hinausgehen. Sie beruht auf Erfahrungswerten - nicht zuletzt durch die Trägerschaft eines Altenheimes und eines Kindergartens - die die Notwendigkeit deutlich macht, Strukturen zur Verbesserung der Lebenssituation der hier lebenden Menschen zu entwickeln. Ein wesentlicher Gesichtspunkt wird im Bewerbungstext formuliert, der die zukünftige Projektentwicklung entscheidend prägt: (Zitat)

„Die Gemeinde betont, dass nur die Beteiligung der Menschen in Niederrad - über konfessionelle und weltanschauliche Grenzen hinaus - zu einem tragfähigen Projektansatz führt oder zu einer vom Stadtteil getragenen Konzeption des Alten- und Pflegeheimes St. Josef, das allen Bürgerinnen und Bürgern Niederrads offen steht. Sie schlägt vor, auch ortsansässige Vereine, Verbände und andere Kirchengemeinden in die Überlegungen einzubeziehen.“²

Formen der Unterstützung durch das Anlaufbüro Seniorengruppen werden benannt:

- Mithilfe bei der Projektplanung
- Unterstützung bei der Arbeitsorganisation
- Prozessbegleitung
- Dokumentation zur Verdeutlichung des Beispielcharakters

Die Projektidee muss aus dem Stadtteil heraus Gestalt annehmen und wachsen, denn ein Aufdrücken bzw. Einpflanzen einer Idee von außen wird als wenig Erfolg versprechend bewertet. Die Ideen bringen die Partner im Stadtteil ein, sie behalten Urheberrechte, geben das Tempo und die Inhalte vor.

Initiatoren und Beteiligte

Initiatoren in Kooperationspartnerschaft in alphabetischer Reihenfolge

- Anlaufbüro Seniorengruppen, Caritasverband Frankfurt e. V.
- Jugendhilfe- und Sozialplanung, Stadt Frankfurt am Main
- Katholische Gemeinde Mutter vom Guten Rat, Frankfurt Niederrad
- die ehrenamtliche Mitarbeiterin der katholischen Gemeinde und Bürgerin aus dem Stadtteil, in der Funktion als Vorstandsmitglied des kath. Pfarrgemeinderats, Mitglied des Verwaltungsrates sowie Vorsitzende des Sozialausschusses in der Stadtteil-Sozialkonferenz der Gemeinde und Vorsitzende des Fördervereins Altenheim St. Josef e. V., Niederrad.

² Zitat aus dem Bewerbungstext der katholischen Gemeinde Mutter zum Guten Rat für die Beteiligung an einem Stadtteilprojekt in Niederrad.

Die Initiatorinnen und Initiatoren werden im November 1999 gleichberechtigte Partner und bilden eine Koordinierungsgruppe (Steuergruppe), mit den Aufgaben

- der „Vordenkerrolle“,
- der Planung längerfristiger Projektschritte,
- der Finanzierung des Projektes und seine
- Verankerung im Stadtteil sowie
- die Öffentlichkeitsarbeit und
- Unterstützung einzelner Aktionen.

Das **Bindeglied im Gesamtprojekt** bei der Entwicklung und Planung sowie in der aktiven Umsetzung der Projektarbeit in den Gruppen ist die ehrenamtliche Mitarbeiterin der o. g. katholischen Gemeinde. Sie bringt ihre Kontakte zu den Niederräder Bürgerinnen und Bürgern und ihre Erfahrungen aus der gemeindlichen sozialen Arbeit ein. Sie arbeitet planerisch und gestaltend in allen Gruppierungen mit, die sich mit Blick auf die gesetzten Ziele entwickeln und bislang zur Bildung einer Arbeits-, Redaktions- und Besuchergruppe mit freiwillig engagierten Bürgerinnen und Bürgern aus Niederrad geführt haben.

Ab 2003/2004 schließen sich **weitere Partner** der Koordinierungsgruppe an:

- Pfarrerin der evangelischen Paul-Gerhardt-Gemeinde
- Sozialarbeiterin der Beratungs- und Vermittlungsstelle
- Lehrerin i. R. der Frauenhofschule
- Apothekerin aus dem Stadtteil
- Sozialarbeiterin der ABG-Holding Frankfurt

Weitere **Beteiligte / Begleiter / Mitarbeiter** sind in den einzelnen Projektgruppen des Projektes:

- Sozialbezirksvorsteherin Niederrad
- Arbeiterwohlfahrt, Vorsitzende des Ortsverbandes Niederrad
- Leiterin des Bürgermeister-Menzer-Haus
- Wirtschaftsleitung des Altenheim St. Josef

Ziel und Zielgruppe

Förderung der aktiven und selbstverantwortlichen Beteiligung älterer Menschen und Entwicklung von Netzwerken – insbesondere unter den älteren Bürgerinnen und Bürger – zur Verbesserung der Lebenssituation älterer Menschen in ihrem Stadtteil. Zunächst gilt es die Begrifflichkeit und Zielsetzung zu kommunizieren, d.h. mit den älteren Menschen die es betrifft ins Gespräch zu kommen, Bedarfe dieser Bürgerinnen und Bürger festzustellen und sie in den Entwicklungsprozess einzubeziehen, Voraussetzungen zu schaffen und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich freiwillig aktiv am Umsetzungsprozess zu beteiligen.

Vorgehensweise

- Ressourcen im Stadtteil erschließen über Gremien, Gruppen, Einzelpersonen, Vereine, Einrichtungen.
- Öffentlichkeitsarbeit über Presseinformationen um engagementbereite Bürgerinnen und Bürger zu werben.
- Räumlichkeiten finden.
- Kommunikationsstrukturen im Stadtteil entdecken.

Um die Zielsetzungen einem möglichst breiten Publikum bekannt zu machen und Ressourcen für die Umsetzung des Projektes zu gewinnen, bietet sich als geeignetes Gremium im Stadtteil die Stadtteil-Sozialkonferenz an, die sich zweimal jährlich trifft. Im März 2000 wird das Thema „Verbesserung der Lebenssituation älterer Menschen in Niederrad durch Selbstbeteiligung und Selbstgestaltung“ den Teilnehmerinnen und Teilnehmern durch das Anlaufbüro Seniorengruppen des Caritasverbandes Frankfurt vorgestellt. Nach intensiver Diskussion gründet sich eine „freiwillige Initiative“, die sich mit dem Thema aktiv auseinandersetzt.

Inhaltlich werden vier Teilziele benannt:

1. Teilziel:

Verbesserung der Information und damit Nutzung der Kontakt- und Unterstützungsangebote im Stadtteil für ältere Menschen

Umsetzung:

- Bildung einer Redaktionsgruppe mit Ehrenamtlichen
- Erstellung eines Handbuches von gegenwärtigen Unterstützungs- und Begegnungsangeboten für und mit älteren Menschen in Niederrad und spätere Aktualisierung
- Entwicklung eines Faltblattes als Kurzfassung des Handbuchs
- Vorbereitung der Nutzung neuer Informationswege (Internet)

2. Teilziel:

Linderung der Vereinsamung unter den älteren Menschen in Niederrad

Umsetzung:

- Bildung einer Besuchergruppe von und mit Ehrenamtlichen
- Reflexions- und Fortbildungsangebote
- Regelmäßiger Austausch mit und Begleitung der Ehrenamtlichen durch eine Seelsorge-Mitarbeiterin

3. Teilziel:

Förderung der Selbstverantwortung und Selbstgestaltung der eigenen Lebenssituation

Umsetzung:

- Förderung der Lebens- und Wohnqualität in Niederrad
- Auswertung des Fragebogens 50+³ bezüglich eines Niederräder Quartiers
- Durchführung einer eigenen Fragebogenaktion „Wie möchte ich im Alter wohnen“, besonders in Bezug auf die Wohnqualität und auf ein barrierefreies Umfeld
- Präsentation der Ergebnisse beim ersten Niederräder Bürgerforum

³ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Explorative – untersuchende - schriftliche (nicht repräsentative) Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, Firma EDV- und andere Dienstleistungen, Joachim Ritter, Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 2004

4. Teilziel:

- Prävention der Isolation und Förderung der sozialen Bindungen im Stadtteil
- Forderung eines Bürgertreffs für den Stadtteil mit Cafeteria und Raum für bürgerschaftliches Engagement, mit offenem Treff für Migranten
- Förderung nachbarschaftlicher Beziehungen
- weitere Vernetzung im Stadtteil
- seniorengerechter Wohnraum
- Einbau von Aufzügen
- Sitzbänke und Ausruhnischen
- Einrichtung einer öffentlichen Toilette

Umsetzung:

- Weiterleitung von Informationen an den Präventionsrat über Raumbestand und Raumbedarf
- Anträge an und Gespräche mit dem Ortsbeirat zum Raumbedarf und zur Einrichtung einer öffentlichen Toilette

Organisationsstruktur

Das Projekt wird heute von vier Gruppen getragen mit jeweils unterschiedlichen Aufgaben:

- Die **Koordinierungsgruppe** (Haupt- und Ehrenamtliche)
- Die **Arbeitsgruppe** (Haupt- und Ehrenamtliche)
- Die **Redaktionsgruppe** (selbständig und eigenverantwortlich arbeitende Ehrenamtliche)
- Die **Besucherguppe** (selbständig und eigenverantwortlich arbeitende Ehrenamtliche) zusammen mit der kath. Gemeindefeferentin im seelsorgerischen Bereich und der Sozialbezirksvorsteherin als Beraterin.

Die Projektgruppen arbeiten zusammen mit:

- Ev. und kath. Kirchengemeinden im Stadtteil
- Sozialrathaus Goldstein
- Beratungs- und Vermittlungsstelle

- Präventionsrat
- Projekt „Interkulturelle Nachbarschaft“
- Projekt „Soziale Stadt“, Quartiersmanagement Niederrad (CV)
- Vertreter der örtlichen Gewerbetreibenden (IGN)
- Stadtteilarbeitskreis Sozialkonferenz
- Vereinsring der Niederräder Vereine (mit dem das Projekt „Senioren-nachmittage“ gestaltet wird)

und hat Kontakte zu:

- Ortsbeirat
- Seniorenbeirat
- Betreuungsdienst der Altenwohnanlage Im Mainfeld 16

Zu unterschiedlichen Anlässen wird die Projektarbeit im Stadtteil und zur jährlich stattfindenden Woche „Älter werden in Frankfurt“ präsentiert.

Die Projektarbeit wird im Jahre 2006 weiterentwickelt. Konzeptionell wird an der Umsetzung einer Projektarbeit zum Thema „Alt und Jung“ in Zusammenarbeit mit der örtlichen Hauptschule und der Freiwilligenagentur für junge Menschen „Jung & Freiwillig“ im BüroAktiv des Instituts für Sozialarbeit e.V.⁴ gearbeitet.

Die folgenden Grafiken stellen die Vernetzung des Projektes und die Mitglieder und Aufgabenbereiche der einzelnen Gruppen dar.

⁴ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: Seit 01.01.2006: Bürgerinstitut - Soziales Engagement in Frankfurt

Abb. 3.18 (IX): ORGANIGRAMM Projekt „Älterwerden in Niederrad“ - TEILNEHMER und Kooperationspartner

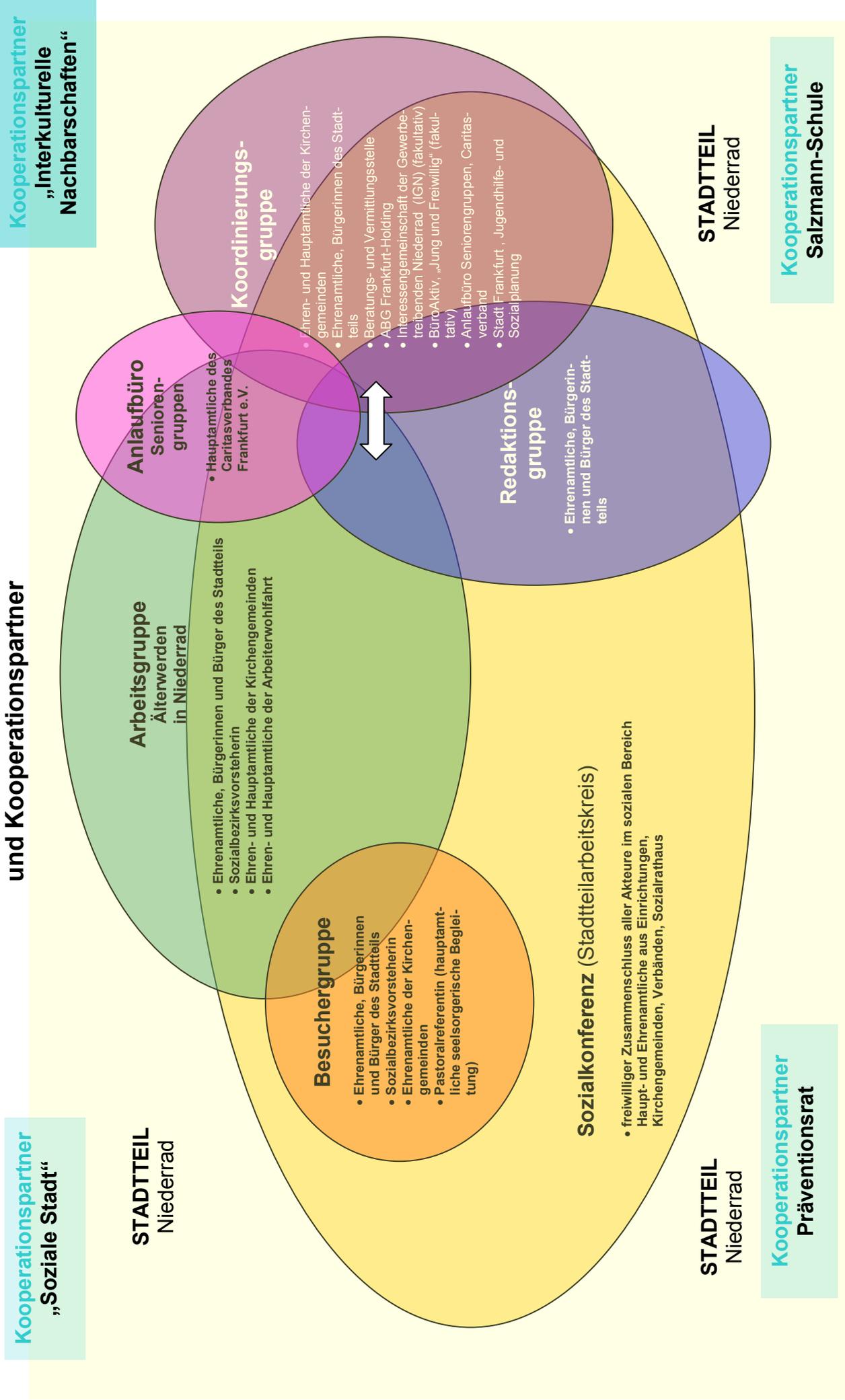
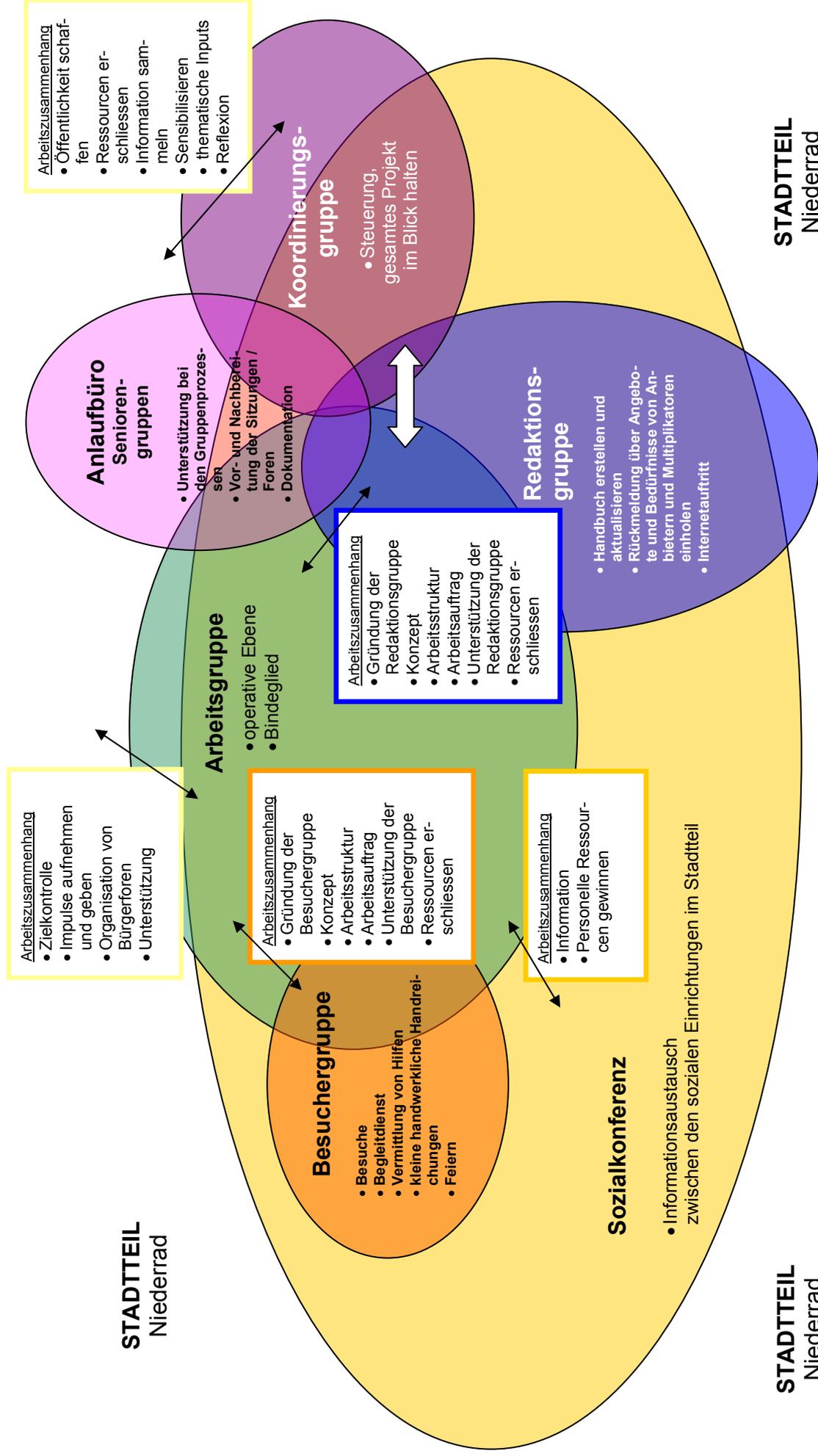


Abb. 3.19 (IX): ORGANIGRAMM Projekt „Älterwerden in Niederrad“ - AUFGABENFELDER



Erfahrungsbericht

Dies ist eine Schilderung meiner Eindrücke im Rückblick auf meine langjährige Mitarbeit im Projekt „Älterwerden in Niederrad“, seit seiner Gründung 1999, beim Aufbau und bei der Umsetzung.

Als ehrenamtliche Mitarbeiterin der Projektpartnerin Gemeinde Mutter vom Guten Rat, war für mich zu Beginn der Aspekt der „partizipativen Altersplanung“ zunächst nicht bestimmend. Mit der Zeit jedoch vertieften sich meine Eindrücke und Erfahrungen dahingehend, dass ich heute eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an kommunalen Planungsprozessen für sinnvoll und notwendig halte, so wie wir sie im Projekt „Älterwerden in Niederrad“ zu praktizieren begonnen haben.

Zunächst nahmen wir einerseits die zunehmende Zahl älterer Menschen (unterschiedlicher Herkunft und Nationalitäten) im Stadtteil wahr, mit ihren Sorgen und Nöten des Alters. Andererseits reichten die vorhandenen Angebote und Strukturen zur Deckung der Bedürfnisse offenbar nicht aus.

Die Sensibilisierung für die partizipative Lösung von Problemen war in der Gemeinde vorhanden, wie aus dem Text zur Bewerbung für die Teilnahme am Projekt hervorgeht:

„Die Ideen bringen die Partner im Stadtteil, sie behalten Urheberrecht, geben das Tempo und die Inhalte vor. Die Projektidee muss aus dem Stadtteil heraus wachsen. Ein Aufdrücken bzw. Einpflanzen einer Idee von außen wird als wenig Erfolg versprechend bewertet.“

In meiner praktischen Arbeit stellte ich fest, dass Bürgerinnen und Bürger durchaus zur Mitarbeit für die Gestaltung ihrer eigenen Belange zu gewinnen waren. Ich erfuhr aber auch, bei der Umsetzung der Projektideen in die Praxis, Grenzen und Reibungspunkte für bürgerschaftlich ehrenamtlich Engagierte.

Die jetzt im Projekt mitarbeitenden Bürgerinnen und Bürger bringen neben persönlichem Zeitaufwand viel Kompetenz, Wissen und Fähigkeiten zur Umsetzung der selbst gesetzten Ziele ein. Die beachtlichen Ergebnisse dieser Arbeit finden Anerkennung auch über den Stadtteil hinaus.

Erst im Jahre 2002/2003 wurde durch den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main das Konzept „Partizipative Altersplanung, Frankfurt für Alte – Entwicklung von Strukturen

und Angeboten für heute und morgen“ entwickelt und öffentlich dargestellt. Explizit sollen die Einbindung und das Mitwirken älterer Menschen durch Mitgestalten und Mitbestimmen erfolgen. Durch die Fragebogenaktion 50+⁵ wurde auch uns dieses Konzept erkennbar, wir nahmen daran aktiv teil und beschäftigten uns intensiv mit den Einzelheiten der Fragestellungen.

Das Konzept einer partizipativen Altersplanung - das Mitbestimmen und Mitgestalten der Belange von und für Ältere durch die Betroffenen selbst - diese Möglichkeit für Männer und Frauen unterschiedlicher Herkunft - ihre Fähigkeiten und Kompetenzen aktiv einzubringen - ist öffentlich bislang nicht ausreichend oder lediglich über die Presse kommuniziert worden. Dieses Konzept zu verstehen ist nicht selbstverständlich und fand bisher wenig Gehör bei den sehr unterschiedlichen Menschen der älteren Generationen oder auch bei den politisch Engagierten.

In der aktiven Projektarbeit zeigen sich bei der Umsetzung dieser Ideen viele Reibungspunkte. Das Konzept der Partizipation fordert eine gleichwertige Partnerschaft, „auf Augenhöhe“, berührt Hierarchiestrukturen, die in anderer Weise funktionieren. Die Aufgabenfelder sind dementsprechend besetzt und abgesteckt.

Mein erster Eindruck

Partizipative Altersplanung ist gesellschaftspolitisch und ökonomisch eine große Chance. Sie ist auch eine große Chance für ältere Menschen ihre Belange zu vertreten, indem sie sich an kommunalen Planungsprozessen beteiligen.

Was mir auffällt

Dass ältere Menschen aktiv und entsprechend ihren Bedürfnissen und Vorstellungen ihr Wohnumfeld mitgestalten können und wollen, bedeutet für sie vor allem die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Für die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung ist dies eine große Herausforderung mit weit reichenden Konsequenzen. Partizipative Altersplanung ins „Realgelebte“ umzusetzen wird für die beteiligten Partner schwierig sein und bedarf einer intensiven Betrachtung.

⁵ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Explorative – untersuchende - schriftliche (nicht repräsentative) Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main i. V. m. der INBAS- Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, Firma EDV- und andere Dienstleistungen, Joachim Ritter, Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 2004

Kritische Fragen entsprechend meinen bisherigen Erfahrungen

- Wie wird diese gewünschte Beteiligung und Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger möglich sein?
- Sind sie - die Bürgerinnen und Bürger - zukünftig Partner „auf Augenhöhe“, anerkannt und gleichwertig?
- Sind die Menschen, Politik, Verwaltung und Wirtschaft überhaupt willens und bereit, die partizipative Altersplanung zuzulassen und in welcher Form?
- Müsste nicht z. B. der Seniorenbeirat - der die Belange älterer Menschen im kommunalpolitischen Geschehen vertritt - im Sinne der partizipativen Altersplanung auf seine Kompetenz und zeitgemäße Effektivität hinterfragt und neu definiert werden?

Meine Schlussfolgerungen

- Meines Erachtens können die in der Kommunalpolitik und Verwaltung Tätigen der nötigen Diskussion um ein neues Selbstverständnis im Sinne der Partizipation nicht mehr ausweichen, nachdem die „Partizipative Altersplanung“ beschlossen ist.
- Unter dem Gesichtspunkt der demografischen Entwicklung ist die Beteiligung der Älteren auch unter gesellschaftlichen und ökonomischen Gesichtspunkten dringend notwendig. Die Fülle von Berufs- und Lebenserfahrungen, die der mündige Bürger hierfür mitbringt, sind ein Wertpotential an Kompetenz, Fachwissen und Zeit, das benötigt wird.
- Die Rahmenbedingungen, die der Bürgerschaft die Mitarbeit an partizipativen Planungsprozessen ermöglicht, müssen klar definiert werden.
- Information über Planungsvorhaben der Stadt und Zugang zu den damit beauftragten Ämtern und Behörden bilden die Voraussetzung für Mitwirkung und Mitgestaltung und muss darum selbstverständlich werden.
- Notwendig sind Räume, in denen sich Initiativen und Arbeitsgruppen regelmäßig und - für längere kommunale Planungsprozesse - frei und unabhängig treffen können. Dazu gehören auch der Zugang zu Bürotechnik sowie die Nutzung der Informationssysteme der Stadt.
- Die Einrichtung „Seniorenbeirat“ muss neu und zeitgemäß strukturiert werden.

Das Projekt „Älterwerden in Niederrad“ lässt, aus meiner Sicht und so wie ich das Konzept „Partizipative Altersplanung“ verstehe, gute Ansätze erkennen und ist mit diesen guten Ansätzen ein Wegbereiter in die „Partizipative Altersplanung“ auf Stadtebene.

Es ist für den Stadtteil ein Gewinn und hat über seine Grenzen hinaus eine beispielhafte Vorzeige- und Vorreiterrolle.

9.4.2.2 Projekt „Stolpersteine“ des Arbeitskreises Altenarbeit Bornheim/Nordend

Autorin: Frau Lisel Michel, für das Team der Steuergruppe des Arbeitskreises Altenarbeit Bornheim/Nordend, Mai 2005

Vorbemerkung

Das Projekt „Stolpersteine“ ist von Haupt- und Ehrenamtlichen Mitgliedern des Arbeitskreises Altenarbeit Bornheim / Nordend entwickelt worden. Ältere Bürgerinnen und Bürger im Stadtteil waren eingeladen und haben sich aktiv beteiligt.

Der Arbeitskreis als Initiator des Projekts ist bislang der einzige seiner Art im ganzen Stadtgebiet, der sich explizit mit den Belangen der älteren Bevölkerung auf Stadtebene beschäftigt und sowohl Träger als auch Bürgerinnen und Bürger als Funktionsträger einbindet.

Informationen über den Arbeitskreis und dessen Ziele

Der Arbeitskreis Altenarbeit Bornheim/Nordend (AABN) wurde Ende 1998 gegründet. Vorausgegangen waren konzeptionelle Überlegungen in den seit 1990 ca. vierteljährlich stattfindenden „Dienstbesprechungen“ von Caritas-Mitarbeitern der Beratungs- und Vermittlungsstelle Bornheim (Offene Altenhilfe) und Mitarbeitern der damaligen Sozialstation Bornheim (Altenhilfe sowie Sachgebietsleitung).

Die Notwendigkeit zum erweiterten regionalen Austausch und zur Konzeptentwicklung in der Altenhilfe wurde gesehen und für den neu zu bildenden Arbeitskreis eine „Steuergruppe“ gebildet.

Folgende Ziele für den AABN wurden formuliert:

- Austausch von Informationen, Meinungen, Erfahrungen von haupt- und ehrenamtlich Tätigen in den Stadtteilen
- Koordinierte und abgestimmte längerfristige Zusammenarbeit

- Förderung von Projekten
- Feststellung von Problemen und Anmeldung von Bedarfen für die Altenhilfeplanung
- Beteiligung älterer Bürgerinnen und Bürgern als Form der Selbstvertretung
- Beratungsfunktion für das Sozialrathaus > Beiratsfunktion

Als weitere Schritte erfolgte im Winter/Frühjahr 1998/1999 eine:

- weitere Klärung von Zielen/Inhalten/ Teilnehmern/Finanzierung
- Klärung der Stellung des AABN im Zusammenhang mit der städtischen Organisationsentwicklung
(Sozialrathäuser/ Stadtteil-AK/ Stadtteilkonferenz/ Info- und Kontaktbörse)
- Erweiterung der Steuergruppe
- Kontaktaufnahme zum Stadtteil- AK Kinder -und Jugend

Die Steuergruppe besteht seitdem aus:

- der stellvertretenden Seniorenbeirätin im Ortbeirat 3
- dem Sozialdienst für ältere Bürgerinnen im Sozialrathaus Bornheim
(2 Mitarbeiterinnen)
- der Beratungs- und Vermittlungsstelle für ambulante und stationäre Hilfen Bornheim des Caritasverbandes Frankfurt (2 MitarbeiterInnen)

Die Steuergruppe koordiniert 4-5 Sitzungen im Jahr, schlägt Themen vor oder greift Themenvorschläge der Teilnehmer des AABN auf, moderiert, lädt ein und führt Protokoll.

Zu einzelnen Themen beteiligen sich zudem einzelne Mitglieder an der Vorbereitung.

Teilnehmer:

- ⇒ Sozialbezirksvorsteher und –vorsteherinnen im Bezirk
- ⇒ Seniorenbeiräte (Ortsbeiräte 3 und 4)
- ⇒ Mitglieder der Ortsbeiräte 3 und 4
- ⇒ Vertreter der Betreuungsdienste der Altenwohnanlagen bzw. deren Träger
- ⇒ Vertreter der katholischen und evangelischen Kirchengemeinden
- ⇒ Vertreter von Vereinen, Initiativen und Institutionen (z. B. VdK, Leben mit Demenz e.V., Seniorenwerkstatt, Fachhochschule, Nachbarschaftszentrale Nordost)
- ⇒ Vertreterin der Jüdischen Gemeinde

Entstehung des Projekts „Stolpersteine“

Mitglieder im Arbeitskreis Altenarbeit berichteten bei einer Sitzung im Frühjahr 2002 über selbst festgestellte Hindernisse auf Straßen und Gehwegen in den beiden Stadtteilen. Gehwege und Absenkungen würden zugeparkt und seien so von älteren Menschen mit Gehhilfen oder im Rollstuhl nicht passierbar.

Es wurde beschlossen, sich schwerpunktmäßig mit dem Thema zu befassen und ein Projektplan erstellt.

Initiatoren & Mitwirkende

Haupt- und ehrenamtliche Mitglieder des Arbeitskreises wurden daraufhin aktiv, um „Stolpersteine“ mittels Foto oder Befragung zu dokumentieren:

- ⇒ Eine Seniorenbeirätin und eine Sozialbezirksvorsteherin führten Stadtteilbegehungen (mit Rollator) durch.
- ⇒ Betreuerinnen und Seniorenclubleitung der AWO in einer Seniorenwohnanlage dokumentierten mit Bewohnern bestehende Behinderungen und führten ein Interview mit einem Bewohner durch.
- ⇒ Hauptamtlicher Mitarbeiter in der katholischen Gemeinde St. Josef befragte Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seniorenclubs.
- ⇒ Gemeindepädagogin in der evangelischen Gemeinde Bornheim führte mit Clubteilnehmerinnen und Teilnehmer eine Stadtteilbegehung durch, um Stolpersteine mit Fotos zu dokumentieren.
- ⇒ Die Beratungs- und Vermittlungsstelle erfragte im Rahmen eines Seniorenclubtreffens in Allerheiligen Stolpersteine.
- ⇒ Die stellvertretende Seniorenbeirätin im Nordend belegte mit Bildern das Fehlen öffentlicher Toiletten im Stadtteil.
- ⇒ Der Ortbeirat Nordend (OBR 3) wies den Magistrat der Stadt Frankfurt auf bestehende Probleme hin und regte Verbesserungen an.

Ziel & Zielgruppe

Ziel der Aktion Stolpersteine:

Aufzeigen von Problemen im Quartier durch Behinderungen im Straßenverkehr und Behinderungen in der Mobilität für ältere Bürgerinnen und Bürger und Behinderte.

Wesentliche Ziele des Projekts waren:

- ⇒ Aktivierung Betroffener in eigener Sache und als Lobby für andere
- ⇒ Sensibilisierung der Bürger und Ämter zu erwirken
- ⇒ Zuständigkeiten der Ämter transparent zu machen
- ⇒ Abhilfe zu schaffen
- ⇒ Verbesserungen zu ermöglichen

Methode & Effekte

Den städtischen Ämtern, den politischen Gremien sowie der interessierten Öffentlichkeit wurden im Oktober 2002 in einer öffentlichen Veranstaltung (Podiumsdiskussion) die Ergebnisse präsentiert.

Auf dem Podium waren das Ordnungsamt, das Straßenbauamt und das Grünflächenamt vertreten. Anwesend waren weiterhin der Leiter des Jugend- und Sozialamts, die Verkehrsgesellschaft Frankfurt, Mitglieder der beiden Ortsbeiräte Bornheim und Nordend sowie die Seniorenbeirätinnen.

Eine umfangreiche Fotoausstellung auf Stellwänden zeigte bestehende „Stolpersteine“ auf.

Die Veranstaltung, die im Pfarrsaal der Gemeinde St. Josef/Bornheim stattfand, wurde von **ca. 70 Bürgerinnen und Bürgern der Stadtteile** besucht.

Betroffenen wurde empfohlen, bei Problemen die Hotline des Ordnungsamtes anzurufen.

Eine Liste mit Ansprechpartnern und Telefonnummern der Ämter, der VGF und der Ortsbeiräte wurde an die teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger verteilt.

Die beteiligten Stellen haben im Nachgang eine Übersicht der genannten und erkannten Stolpersteine erhalten, um nach ihren Möglichkeiten Abhilfe zu schaffen.

Nach einem halben Jahr wurde mit den Ämtern und dem VGF in einem weiteren Treffen eine Zwischenbilanz gezogen und auf weiterhin bestehende Behinderungen hingewiesen.

Ein wichtiger Erfolg des Projekts war, dass die Wege, die zu einer Veränderung führen können, verdeutlicht wurden. Das Projekt hat aufgezeigt, wie die **Zuständigkeiten** zwischen den städtischen Ämtern verteilt sind (Beispiel: Grünflächenamt zustän-

dig für Rückschnitte im öffentlichen Raum, Verkehrsgesellschaft Frankfurt zuständig, wenn es um Arbeiten an zugewachsenen Haltestellen geht).

Es wurde deutlich, wie schwer es ist, die **richtige Ansprechstelle** und – gleichzeitig - verständnisvolles Gehör zu finden.

Hier hat es das Projekt Stolpersteine geschafft, die Ämter und Organisationen an einen Tisch zu bringen und sie für die Sorgen der Seniorinnen und Senioren sensibler zu machen.

Weiterhin hat der Arbeitskreis Altenarbeit Bornheim/Nordend mit dem Projekt Stolpersteine **Partizipation** und Bürgerbeteiligung umgesetzt.

Seniorinnen selbst haben ihren Stadtteil, ihre Wege unter die Lupe genommen, haben Stimme erhoben, wo Gefährdungen und Behinderungen offenkundig sind:

Sich Ärgern ist gut und wichtig, den Ärger an den richtigen Stellen anbringen ist besser und wichtiger – könnte als Motto gelten und für ein „am Ball bleiben“ motivieren.

Als Erfolg ist auch zu werten, dass das Projekt Stolpersteine **über den Stadtteil Bornheim und Nordend hinaus** bekannt geworden ist. Hierzu hat nicht zuletzt die Fotodokumentation beigetragen, die als Wanderausstellung an verschiedenen Orten gezeigt wurde:

- ⇒ Sozialrathaus Bornheim
- ⇒ Caritasverband Humboldtstraße 94
- ⇒ VdK, Ostparkstraße
- ⇒ Gethsemane Gemeinde
- ⇒ Café Anschluss

In einigen Stadtteilen wurde die Idee geprüft, selbst Stolpersteine zu benennen, um Ärger weiterzuleiten und Abhilfe zu versuchen.

Leider wurden bestehende Stolpersteine oftmals lediglich damit erklärt, dass **personelle oder finanzielle Rahmenbedingungen** eine Veränderung verhindern würden, zum Beispiel hinsichtlich stärkerer Kontrollen des ruhenden Verkehrs oder hinsichtlich notwendiger baulicher Maßnahmen.

Die Anfragen und Forderungen wurden jedoch nicht zurückgenommen, sondern blieben offen und **als bestehendes Problem im Raum**. Das Argument „Kosten“ und

„fehlendes Personal“ sollte nicht die benannten Problemlagen vom Tisch fegen. Personal- und Geldmangel dürfen nicht ausschließliche Erklärungen für Missstände sein!

Die Ämter, die politischen Gremien und Stellen haben offen und mit Verständnis auf die Darstellungen der Seniorinnen und Senioren reagiert. Zwar war einerseits zu beobachten, dass Kritik mit Standardargumenten abperlte, andererseits war feststellbar, dass die Dienststellen das Projekt genutzt haben, um den Kontakt zur Bürgerschaft zu suchen und die Bewohnerinnen und Bewohner zur Kritik zu ermutigen. Die Rückmeldung war, dass Anliegen, Informationen und Problemanzeigen aus der Bevölkerung wichtig seien, um überhaupt Prüfungen und evtl. Veränderungen zu veranlassen.

Ämter werden eher aktiv, wenn möglichst viele Bürgerinnen und Bürger sich zu Wort melden.

9.4.2.3 Interkultureller SeniorInnenreff OASI

Autorinnen: Rosa Meneses, Calogera von Auw

Vorbemerkung

Die Mitarbeiterinnen im Fachteam Höchst des Caritasverbandes haben sich der Problematik gestellt, dass ältere Migrantinnen und Migranten auf den öffentlichen Raum - Strassen und Plätze - angewiesen sind, um ihre Kontakt-Gepflogenheiten leben zu können. Ihre sehr begrenzten finanziellen Möglichkeiten erlauben es ihnen nicht, hier bei schlechtem Wetter und Kälte in kommerziell betriebenen Lokale auszuweichen.

Eine der beiden Autorinnen des vorliegenden Beitrags arbeitet im Frankfurter Arbeitskreis für ältere Migrantinnen und Migranten HIWA⁶ mit. Die jährlich angebotenen Workshops dort sind partizipativ angelegt, d.h. ältere Migrantinnen und Migranten artikulieren selbst ihre Bedürfnisse in Arbeitsgruppen und erarbeiten mit den professionellen Mitgliedern des Arbeitskreises Vorschläge zur Verbesserung ihrer Lebens-

⁶ Frankfurter Arbeitskreis für ältere Migrantinnen und Migranten HIWA (AK-HIWA), Geschäftsführung: DRK, Bezirksverband Frankfurt am Main e.V.

verhältnisse. Ergebnisse aus vier ausgewählten Workshops sind in die Konzeption von OASI eingeflossen und werden bereits umgesetzt, besser gesagt: von allen Beteiligten gelebt. Andere Ergebnisse zu verwirklichen ist geplant:

- 1997: Wir werden älter in unserer zweiten Heimat
- 1998: Wohnen im Alter in unserer zweiten Heimat
- 2002: Deutsche Sprache – schwere Sprache
- 2004: Gesundheit und Krankheit im Alter

OASI ist ein Ort, der zu informellen, spontanen Kontakten im Vorübergehen einlädt, im Kern eines Stadtteils, der Höchster Altstadt. Ein offener Treffpunkt in „Lauflage“ ist eine Voraussetzung, dass dort Bewohnerinnen und Bewohner – ob Zugewanderte oder Einheimische – vorbeischaun, sich aufhalten, Angebote nutzen oder auch aktiv teilnehmen, mitgestalten. OASI hat sich nicht nur zu einem Ort der Begegnung entwickelt, sondern auch zu einem Ort, wo Partizipation und Integration im „Alltag“ eines Treffpunkts gelebt wird.

Mit OASI sind im Stadtteil Höchst Bedingungen erfüllt, die sich für andere partizipative und integrative Stadtteilprojekte noch nicht eingelöst haben, z. B. gilt dies für das Projekt „Älterwerden in Niederrad“.

Vorstellung im Überblick

Auftrag

- Die Abt. Migration im Caritas Verband Frankfurt e.V. (CV), führt 1997 eine Bestandsanalyse in den westlichen Stadtteilen durch (Altenclubs, Senioreneinrichtungen, Kirchengemeinden, Migranten-Vereine).
- Gemeinsam mit der Abt. Altenhilfe / Anlaufbüro Seniorengruppen wird ein Konzept erstellt unter Berücksichtigung der Mieter-Gruppe vor Ort.

Zielgruppe

- Migrantinnen und Migranten ab 50 Jahre in unterschiedlichen Lebensphasen und mit Lebensmittelpunkt in Deutschland und die einheimische Bevölkerung

Ziel

- einen **Ort spontaner Begegnung** – einen **Treffpunkt** - der Zielgruppe schaffen
- **Öffnung zum Stadtteil** und **zur einheimischen Bevölkerung**
- **Kontakt zu Altenhilfe**-Einrichtungen im Stadtteil
- **Information** über das hiesige Altenhilfesystem
- **Interkulturelle Kontakte** fördern und begleiten
- **Abbau von Isolation**
- **Netzwerke** schaffen

Beginn / Dauer

- Seit **1997** trifft sich eine Gruppe von ca. 20 Seniorinnen und Senioren in den Räumlichkeiten der Kath. Gemeinde Höchst und zwischenzeitlich im Jugendclub des CV
- Eröffnung der eigenen Einrichtung OASI im Jahre **2000** in der Altstadt/Höchst (Lokalität: ehemaliger Laden, ca. 50 qm / 1Küche / 1 Toilette)

Entwickelte Aktivitäten im Laufe des Projekts

- Offener Treffpunkt
4x die Woche, überwiegend am Vormittag, 2 Teilnehmer öffnen die Einrichtung und kümmern sich um den Ablauf (Getränkeverkauf etc.)
- Frauensportgruppe
1x pro Woche durch eine Honorarkraft
- Frauenfrühstück
1x pro Woche (Freitag), generationsübergreifend, kulturenübergreifend (6 deutsche Teilnehmerinnen sind dabei)

Personelle Ausstattung

- **1 Hauptamtliche** 30 %, **1 Ehrenamtliche**, vereinzelt **Praktikantinnen und Praktikanten** aus den sozialen Hochschulbereich
- **Multiplikatoren**: die Angebote in Neigungsgruppen durchführen (Mal-erzählcafé, Kreatives Arbeiten)

Besucher

- **Z. Zt. ca. 100 – 120 Personen**
- **mehr Frauen als Männer** nehmen **regelmäßig oder sporadisch** nach Neigung an den angebotenen Aktivitäten teil
- **Aus 10 Nationen:** Spanien, Italien, Deutschland, Usbekistan, Iran, Kolumbien, Mexiko, Peru, Kroatien, Türkei, Marokko (vereinzelt)

Strukturen und Organisation

- **2x im Jahr Vollversammlung**, Ablauf und Programm wird besprochen und abgestimmt
- Bildung von **ad hoc-Gruppen** mit Hauptamtlichen im CV zu laufenden Aktivitäten (z. B. Vorbereitungsgruppe Höchster Altstadtfest, Weihnachtsmarkt etc.)
- **Einführung neuer Mitglieder**, meistens über Hauptamtliche im CV.
Jedoch bringen die Besucherinnen und Besucher selbst Freunde und Bekannte mit – Bewohnerinnen und Bewohner aus dem Stadtteil.
- **Gewinnung neuer Teilnehmerinnen und Teilnehmer:** Öffentlichkeitsarbeit / Faltblätter in den Einrichtungen verteilen
- **Einrichtungen aus dem gesamten Frankfurter Raum** fragen an für potentiell interessierte Besucherinnen und Besucher

Ausstattung und Arbeitsbedingungen

- **Arbeitsmittel:** Telefon, PC von CV, Fernseher, Video
- **Räumlichkeiten** : 1 Aufenthaltsraum ca. 50 qm., 1 Küche, 1 Toilette
- **Ansprechpartner** Hauptamtliche im CV

Finanzierung

- seit **2000** Zuschuss aus den kommunalen Mitteln für die offene Altenhilfe

Arbeitsansatz

- Förderung der Selbsthilfepotentiale
- Unterstützung und Vermittlung zu deutschen Institutionen des Altenhilfesystems
- Kontinuität und Zuverlässigkeit fördernd

Handlungsschritte / Maßnahmen

- Unterstützung bei Entscheidungs- und Handlungsprozessen
- Vernetzung und Sensibilisierung im Stadtteil
- Erschließung von finanziellen Mitteln
- Öffentliche Vorstellung der Gruppe
- Förderung der Entwicklung eines eigenen Aussenbildes (Name, Logo-CV, Faltblatt)

Erfahrungen

Die Angebote im Bereich der interkulturellen Altenarbeit richten sich überwiegend an Migrantinnen und Migranten, die im Zuge der Arbeitsmigration nach Deutschland eingereist sind und seit Jahren hier ihren Lebensmittelpunkt haben. Rentnerinnen und Rentner - auch im Vorruhestand - sind ebenso angesprochen wie Langzeitarbeitslose, Hausfrauen und erwerbstätige Migrantinnen und Migranten in der letzten Berufsphase.

Wir erreichen überwiegend ausländische Seniorinnen und Senioren spanischer und italienischer Herkunft, einzelne Deutsche und andere Nationalitäten.

Das Einzugsgebiet sind die westlichen Stadtteile Frankfurt am Mains und der Main-Taunus-Kreis.

Ein wichtiger Aspekt unserer Arbeit ist auch, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Übernahme von Verantwortung zu motivieren.

Dies erfolgt über die Verteilung von Teilaufgaben - wie die regelmäßige Öffnung des Treffs an bestimmten Tagen durch einzelne Teilnehmerinnen und Teilnehmer - sowie ihre stärkere Einbeziehung bei der Planung und Umsetzung der Angebote.

Anfangs sind diese Aufgaben nur zögernd übernommen worden, doch im Laufe der Zeit haben sich mehrere Teilnehmerinnen und Teilnehmer dazu bereit erklärt, sie täglich wahrzunehmen und sogar - durch ihre Anwesenheit nachmittags - das Angebot noch zu erweitern.

Je nach Angebot nehmen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Informations-Veranstaltungen, Ausflügen und Festen teil.

Ein „Ort zum Wohlfühlen“, so umschrieben die ersten Besucherinnen und Besucher den Interkulturellen Seniorentreff „OASI“ (**O**ffen, **A**ktiv, **S**eniorinnen/Senioren, **I**nter-

kulturell), der seit Juni 2000 seine Türen im Stadtteil Höchst geöffnet hat. Auch viele Passanten, die aus Neugier in das Schaufenster der Einrichtung schauen und sich dort über unsere Angebote informieren, kommen zu einem „Espresso“ herein. Einige sind zu ständigen Besucherinnen und Besuchern geworden.

Die Räumlichkeiten werden weiterhin selbst organisierten Gruppen zur Verfügung gestellt, die sich regelmäßig ein Mal pro Woche treffen sowie für Sitzungen der Elternvereine.

Der Treff steht Menschen ab 50 Jahren zur Verfügung. Der offene Café-Betrieb lädt täglich zum Verweilen ein. Es werden Informationsveranstaltungen, Ausflüge und andere Aktivitäten angeboten, unter Berücksichtigung kultur- und altersspezifischer Interessen.

Ein zentrales Ziel ist die gegenseitige Unterstützung und Bildung und Ausbau von sozialen Netzwerken, um Isolation und Vereinzelung entgegen zu wirken sowie das Kennenlernen unterschiedlicher Kulturen zu fördern.

Angebote und Zusammensetzung der Teilnehmergruppen

Es gibt ein tägliches Vormittagsangebot.

Montag bis Donnerstag wird überwiegend von Männern zum Kartenspielen, Zeitunglesen, Austausch über Alltagsgeschehen u. a. genutzt. Regelmäßig kommen 20-30 Personen.

Die Frauen hingegen haben einmal die Woche ein Sportangebot und einmal die Woche ein Frauenfrühstück. Hier machen zur Zeit ca. 15-20 Frauen mit.

Die anderen Angebote, wie Info-Veranstaltungen, Ausflüge, Feste, werden gemeinsam geplant und besucht. An Festen und Veranstaltungen nehmen teilweise bis zu 80 Personen teil.

Der Internationale Mittagstisch wird überwiegend selbst organisiert.

Die Einzelberatung findet in den Räumen der Kasinostrasse 6 statt. Um 70 Personen im Alter über 50 Jahren haben die Beratung im Bereich der Altenhilfe in Anspruch genommen: zu Rente, Krankheit, Pflegeversicherung und Pflegeheim. Pflegenden Angehörige haben nach Unterstützung oder nach einer Person zum Reden gefragt.

Die Beratungsstelle pflegt den Austausch und eine gute Zusammenarbeit mit den Einrichtungen im Stadtteil: Senioreninitiative Höchst, Seniorenbegegnungsstätte, Elternvereine, offene und stationäre Einrichtungen, Zentralstation, Beratungs- und Vermittlungsstelle, Kirchengemeinden.

Die Vernetzung mit den im Stadtteil bestehenden Einrichtungen funktioniert sehr gut. Wir tauschen regelmäßig Informationen aus und fungieren als „Türöffner“ für unsere Klientel bei den Angeboten anderer Einrichtungen.

Durch unsere Anwesenheit als Mitglied im Frankfurter Arbeitskreis für ältere Migrantinnen und Migranten HIWA, ist auch eine stadtweite Vernetzung mit anderen Wohlfahrtsverbänden, Vereinen und städtischen Ämtern als Träger der sozialen Arbeit gewährleistet. Wir nehmen an den jährlichen Workshops des AK-HIWA für die Zielgruppe „Ältere Migrantinnen und Migranten“ teil, immer mit einer Gruppe von ca. 15 betroffenen Seniorinnen und Senioren.

Angebote für Frauen

Männerfreie Begegnungsräume für Frauen spielen nicht nur in der Kinder- und Jugendarbeit eine Rolle, sondern sind auch bei der Arbeit mit Erwachsenen von großer Wichtigkeit. In der Arbeit mit Migrantinnen kommt die Komponente „kulturelle Differenz und Tradition“ hinzu.

Frauen und Männer, zumal aus südeuropäischen Ländern, haben traditionell eigene und geschützte Räume, die sie sich vorbehalten wollen und wo sie ihren unterschiedlichen Neigungen nachgehen können.

Die nachfolgenden Angebote wurden zusammen mit den betroffenen Frauen entwickelt, sie sind generationenübergreifend:

Frühstück am Freitag

- Jeden Freitagvormittag findet im Treff ein festes Frühstücksangebot für Frauen statt; dann stehen die Räume nur Frauen zur Verfügung. Regelmäßig kommen bis zu 15 Frauen zusammen, die beim Essen über Kindheitserinnerungen, Heimat, Migration, Sprache und Lebenserfahrungen (z. B. Kriegserlebnisse) miteinander sprechen. Auch über die Frage „Wie und wo möchte ich alt werden; wie stelle ich mir das vor?“ tauschen sie sich aus. Es ist für die Frauen nicht immer einfach über das Thema „Alt-Werden“ zu reden. Es ist

aber leichter für sie, wenn sie in einer geborgenen Atmosphäre ihre Ängste und Sorgen mit anderen teilen können.

Das Frauenfrühstück im OASI ist eine wichtige Möglichkeit für die Teilnehmerinnen, in ihrer Muttersprache - aber auch auf Deutsch - zu kommunizieren.

Die überwiegende Mehrheit der Frauen sind spanischer und italienischer Herkunft, aber auch deutsche Frauen sind dabei, hin und wieder einzelne aus dem Iran, Tunesien, Marokko, Indonesien und Frankreich.

Frauen-Gymnastik

- Das Gymnastikangebot ist auf Grund großer Nachfrage seitens der Seniorinnen von selbst gewachsen. Da die Räume in der OASI nicht adäquat sind, findet der Kurs in den Räumen des städtischen Kinderhauses statt.

Eine Sportlehrerin leitet den Kurs. Am Ende eines jeden Termins kommen die Frauen bei einem Tee miteinander ins Gespräch und tauschen sich über Körper und Gesundheit aus. Alle Frauen berichten, dass sie sich körperlich und seelisch besser fühlen, seitdem sie an dem Gymnastikkurs teilnehmen.

Die Auseinandersetzung mit den Veränderungen des Körpers ist ein wichtiger Prozess im Leben. Diese Frauen haben lange und schwere Arbeitsjahre hinter sich. Die meisten hatten nie Zeit, sich etwas Gutes zu tun. Im Kurs lernen sie wieder auf sich zu achten. Sport als Gesundheitsprophylaxe ist für viele Migrantinnen etwas Neues wozu sie nie Zeit gehabt haben.

Am Kurs nehmen zehn Frauen teil.

Biographisches Erzähl-Café

- Anfang November 2002 wurde das biographische Erzähl-Café gegründet. Hier kommen Frauen zusammen, die bewusst über ihre Geschichte nachdenken und diese auch verarbeiten möchten. Unser Ziel ist es, diesen Frauen einen geschützten und vertrauten Raum zu schaffen. Hier können sie ihren Erinnerungen nachgehen, erzählen und im Austausch mit anderen ihre eigene Geschichte bewusster erleben und möglicherweise verarbeiten.

In der Gruppe wird durchaus nicht nur über Migration gesprochen, die Liebe oder auch Alltagserlebnisse anderer Art spielen eine große Rolle.

Weitere Aktivitäten

Die interkulturelle Begegnung von Menschen aus anderen Herkunftsländern und Einheimischen im Seniorentreff OASI ist ein zentrales Anliegen unserer Arbeit.

Diese fand insbesondere bei folgenden Aktivitäten statt:

- Im Rahmen einer Veranstaltung zum Thema „Osterbräuche“, wurde ein Video über die Karwoche in Sevilla gezeigt. Senioren aus der Senioreninitiative Höchst haben daran teilgenommen. Eine rege Diskussion fand über die verschiedenen Bräuche statt.
- In der Adventszeit haben diverse Back- und Basteltage sowie eine gemeinsame Weihnachtsfeier stattgefunden.
- mit den Senioreneinrichtungen vor Ort wurde eine Veranstaltung zum Thema: “Winterbräuche im Vergleich“ geplant und unter reger Beteiligung durchgeführt.
- Zum Thema Pflegeversicherung im Ausland konnten wir einen Referenten aus dem hessischen Sozialministerium gewinnen, der sehr verständlich und mit viel Geduld auf die Fragen der Interessierten einging. Die Veranstaltung - an der 15 Personen teilnahmen - fand überwiegend in deutscher Sprache statt.
- Ausflüge sind immer ein guter Anlass, um Menschen verschiedener Herkunft für etwas Gemeinsames zu begeistern. In näherer Umgebung und bei gutem Wetter, hörten wir im Rosarium in Hattersheim einen Vortrag über Rosen und ihre Verbindung zu Märchen in der ganzen Welt.
- Die Teilnahme am jährlichen Workshop – organisiert vom AK-HIWA – ist immer ein willkommener Anlass, sich mit anderen Organisationen, Verbänden und Einrichtungen zu treffen, die Angebote für diese Zielgruppe in Frankfurt am Main und Umgebung haben.
 - Das Thema des Workshops 2002 war: „Deutsche Sprache, schwere Sprache“. In Arbeitsgruppen wurden unter einer bestimmten Fragestellung die Motivation, die Gründe und die Hindernisse, die mit dem Erlernen oder Nicht-Erlernen der deutschen Sprache zu tun haben, von den Teilnehmerinnen und Teilnehmer besprochen. Auch über ihre Wünsche und Interessen im Rentenalter wurde diesbezüglich geredet. Die Ergebnisse wurden dokumentiert.

Daraus resultierten einige Themen, die wir als Angebote umsetzen möchten.

Perspektive

Um das Zusammenleben im Stadtteil und die gesellschaftliche Teilhabe von älteren Migrantinnen und Migranten zu fördern, sollen bestehende und bewährte Angebote fortgesetzt und weiterentwickelt:

- Internationaler Mittagstisch, ein Mal im Monat, selbst organisiert von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern
- Frauenfrühstück
- Frauengymnastik
- Erzählcafé und kreative Angebote für Frauen
- Lesungen z. B. aus „Mit Koffern voller Träume“ – ein vom Amt für Multikulturelle Angelegenheiten veröffentlichtes Buch, an dem auch Klientinnen und Klienten unserer Einrichtung mitgewirkt haben.
- Vorbereitung, Organisation und Teilnahme am Höchster Altstadtfest
- Info-Veranstaltungen zu altersrelevanten Themen (z. B. Grundsicherungsgesetz, Ernährung im Alter, Kommunales Wahlrecht etc.)
- Ausflüge, Feste

und neue initiiert werden:

- Aufbau eines Begleit- und Besuchsdienstes im Rahmen des Ehrenamtes und der Multiplikatorenarbeit
- Besichtigung und Besuch von anderen Einrichtungen, die Angebote für ältere Migrantinnen und Migranten im Frankfurter Raum anbieten.
- Angebote von Sprachkursen / Sprachcafé
- Kontakt mit und Heranführen an die neuen Medien: Aufstellung eines PCs im Treff mit Internetzugang.

Einschätzung zum Entwicklungsverlauf des Treffs OASI

Der Treff hat sich für die Besucherinnen und Besucher zu einem Ort entwickelt, der immer mehr Bestandteil ihres Alltagslebens wird.

Die Möglichkeit sich in ihrer Muttersprache auszutauschen ist wichtig; jedoch wird Deutsch als Verständigungssprache im Treff sowohl von uns gefördert als auch von den Besucherinnen und Besuchern untereinander regelmäßig praktiziert.

Während anfangs im Umgang miteinander Berührungsängste und Unsicherheit bestanden, erfahren nun Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Sprache Solidarität und Willkommensein untereinander.

Wir wollen in unserer Arbeit die Bereitschaft zur konstruktiven Auseinandersetzung und zur Offenheit fördern, zum Miteinander und zum Nebeneinander der Menschen die den Treff tagtäglich aufsuchen. Dass dies gelingen kann wird sichtbar in der Art und Weise, wie die Menschen miteinander umgehen und sich begegnen an ihrem Ort OASI.

Trotz der sehr positiven Entwicklung des Treffs und der regen Beteiligung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, ist eine koordinierende Funktion unsererseits weiterhin notwendig.

Um den Tagesablauf des Treffs zu gewährleisten, ist die Anwesenheit der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen weiterhin von Nöten. Zusätzlich finden Angebote statt, die von hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unterschiedlicher Sprachkompetenz organisiert und geleitet werden, bei Bedarf unter Hinzuziehung von Referenten. Auch die Kontakte zu den im Stadtteil bestehenden Einrichtungen finden überwiegend über sie statt.

Wir streben an, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Treffs auch ohne unsere Begleitung die im Stadtteil angebotenen Aktivitäten wahrnehmen.

9.4.2.4 „Senioren kommunizieren im Alltag“ Migranten und Deutsche entdecken gemeinsam die Sprache

Autoren: Doris Letzgus, Stjepan Males, Sevil Öztürk

Vorbemerkung

Kommunikation braucht das Medium Sprache, damit sich das Nebeneinander von Menschen, die als Fremde gekommen sind, zum Miteinander der Bewohnerinnen und Bewohner in ihrem Stadtteil entwickeln kann.

Im Dezember 2002 hat der Frankfurter Arbeitskreis für ältere Migrantinnen und Migranten HIWA einen Workshop angeboten zum Thema „Deutsche Sprache – schwere Sprache“. Die Mitglieder des Arbeitskreises HIWA sind damit ihrer Selbst-

Verpflichtung zu einer partizipativen Arbeitsweise gefolgt. Zitat aus der Präambel seiner Geschäftsordnung: „Die Beteiligung und Einbeziehung älterer Migrantinnen und Migranten in konzeptionelle Prozesse stellt einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung bedarfsgerechter Angebotsstrukturen dar.“

Das Arbeitsergebnis dieses Workshops wird im Protokoll zusammengefasst (Zitat): „Lieber werden ungezwungene Gelegenheiten genutzt, um Deutsch zu lernen: in Offenen Treffs, beim gemeinsamen Tun, bei Unternehmungen oder auch durch das Lesen deutscher Zeitungen.“

Das geplante Gemeinschafts-Projekt des Internationalen Familienzentrums – Mitglied im Arbeitskreis HIWA - und des Nachbarschaftszentrums Ostend trägt dem Arbeitsergebnis des Workshops und damit den Wünschen und Bedürfnissen der älteren Migrantinnen und Migranten Rechnung und bezieht gleichermaßen deutsche „Altersgenossinnen und -genossen“ in kultursensibler Vorgehensweise ein.

Dieses Projekt sollte umgesetzt und auf seine Wirksamkeit und Übertragbarkeit hin evaluiert werden.

Migranten und Deutsche entdecken gemeinsam die Sprache

Entwurf zu einem Gemeinschafts-Projekt des Internationalen Familienzentrums e.V. (IFZ) und des Nachbarschaftszentrums Ostend e.V. (NBZ)

Zielsetzung

Das IFZ und das NBZ Ostend wollen mit diesem Projekt ein Angebot formulieren für ältere und alte Menschen sowohl aus Deutschland wie auch aus den Herkunftsländern Frankfurter Migrantinnen und Migranten.

Durch das Verbessern und Vertiefen von deutschen Sprachkenntnissen und Kenntnissen über kulturelle Hintergründe wollen wir

- zur Eigenaktivität und Selbständigkeit ermutigen
- Isolation vermeiden oder vermindern
- die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben fördern und erhalten
- neue nachbarschaftliche Kontakte aufbauen

- zur Verbesserung der Lebensgestaltung von älteren Migrantinnen und Migranten und Einheimischen beitragen.

Ziel ist es, den Beteiligten in allen gesellschaftlichen Bereichen Teilhabe und Mitwirkung zu ermöglichen, aber auch Antworten auf praktische Fragen des täglichen Lebens zu vermitteln.

Das Projekt wendet sich speziell an ältere Bürgerinnen und Bürger. Für sie greifen die heutigen Sprachförderungs-Programme nicht mehr. Sie haben aber jetzt die nötige Zeit für ein derartiges Projekt und sie haben noch einen ganzen Lebensabschnitt vor sich.

Die Beherrschung ausreichender Deutschkenntnisse ist eine zentrale Schlüsselqualifikation für Integration.

Einzugsgebiet und Zielgruppe

Als Stadtteileinrichtungen sind uns die Probleme und Bedürfnisse der im Ostend lebenden Bewohnerinnen und Bewohner gut bekannt. Wir profitieren als Kooperationspartner von unserer engen Verbindung innerhalb des Stadtteils. Die Bevölkerungsstruktur im südlichen Ostend zeichnet sich aus durch einen hohen Anteil an allein stehenden älteren Menschen und einem relativ hohen Anteil an Migrantinnen und Migranten. Das Zusammenleben war hier nie ein nennenswertes Problem. Jedoch ist es nach wie vor eher ein Nebeneinander, ein gegenseitiges Respektieren zwischen Einheimischen und Zugewanderten, ohne sich eigentlich zu kennen, Berührungspunkte sind selten. Hier möchten wir gesellschaftliche Begegnungsmöglichkeiten schaffen.

Das Projekt sollte aufgrund der Zielgruppe im direkten Wohnumfeld angesiedelt werden, da für ältere Menschen Freizeit- und Bildungsangebote am besten in räumlicher Nähe zu ihrer Wohnung erreichbar sind, und auch nachbarschaftliche Kontakte lassen sich nur im direkten Wohnumfeld organisieren.

Sowohl das IFZ als auch das NBZ Ostend liegen mitten im Stadtteil und sind nur ca. 5 Gehminuten voneinander entfernt.

Zielgruppe sind ältere und alte Bürgerinnen und Bürger des südlichen Frankfurter Ostends mit und ohne Migrationshintergrund. Es ist nicht auf spezifische Nationalitäten oder Herkunftsgruppen ausgerichtet. Angesprochen sind auch Besucherinnen und Besucher des IFZ und des NBZ Ostend.

Projektansatz und Inhalt

Als in den sechziger Jahren die ersten „Gastarbeiter“ zum Arbeiten nach Deutschland kamen, hat sich damals keiner Gedanken über Integration oder Sprachkurse gemacht. Die meisten dieser Menschen wollten auch nur einige Jahre in Deutschland arbeiten und dann wieder in ihr Heimatland zurückkehren um sich dort eine Existenz aufzubauen.

Doch viele blieben und holten ihre Familien.

Gewisse Sprachkenntnisse haben sie damals im Laufe der Zeit beim täglichen Umgang mit Arbeitskollegen oder beim Einkaufen erworben. Das hat ausgereicht um hier zu arbeiten und den Alltag zu organisieren. Sie konnten sich jedoch oft nur mit einfachen Sätzen, alltäglichen Ausdrücken und in Routinesituationen verständigen. Diese Mitbürgerinnen und Mitbürger sind nun im Seniorenalter und sie haben meist keine weitere Sprachförderung erhalten. All dies machte und macht es ihnen immer noch schwer, mit deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Kontakt zu kommen.

In dem Projekt **„Migranten und Deutsche entdecken gemeinsam die Sprache“** wollen wir aufgeschlossene und interessierte Bürgerinnen und Bürger – Deutsche im Seniorenalter zwischen ca. 60-70 Jahre – mit Migrantinnen und Migranten des gleichen Alters zusammen bringen.

In gemeinsamen Gesprächen und beim gemeinsamen Tun sollen die Sprachkenntnisse verbessert und trainiert, Kenntnisse über Kultur und Geschichte vermittelt sowie Fragen alltäglicher Belange beantwortet werden.

Wie viele Migrantinnen und Migranten erfahren haben, reicht es nämlich nicht aus Sprache zu lernen, es muss auch Gelegenheiten geben das Gelernte anzuwenden. Diese Möglichkeit wollen wir in diesem Projekt schaffen.

Deutsch zu sprechen im Alltag – sozialpädagogisch begleitet und geleitet.

Bei regelmäßigen Gruppentreffen überlegen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gemeinsam mit einer pädagogischen Fachkraft, welche Themen sie zusammen angehen möchten oder welche Unternehmungen man auf den Plan schreiben könnte. Im Vordergrund sollte immer stehen, dass beim gemeinsamen Tun viel Platz bleibt für das sprachliche Miteinander.

Angestrebt wird, dass sich innerhalb der Gruppe Interessen-Paare (Tandems) finden, die sich über die Gruppenaktivitäten hinaus auch an anderen Tagen zu Unternehmungen treffen.

Angedacht sind z. B.:

- Erforschung des näheren Wohnumfelds durch Sammlung von Information über das Ostend und Beschäftigung mit den Veränderungen, bis hin zur Einmischung in aktuelle Themen
- Ausflüge in und um Frankfurt
- gemeinsamer Besuch von Freizeit- und Kulturveranstaltungen
- Anmietung eines Kleingartens zur gemeinsamen Pflege und Nutzung
- u. v. m.

Bei der Projektdurchführung sollten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Inhalte dann selbstbestimmt erarbeiten und erproben.

Projektdurchführung

Das Projekt ist vorerst auf 2 Jahre angelegt.

Die Projektverantwortung liegt bei einer Fachkraft mit interkultureller Kompetenz. Der zeitliche Rahmen umfasst wöchentlich ca. 10 Stunden (mit Vor- und Nachbereitung).

Das Projekt wird begleitet und koordiniert von den Initiatoren in den beteiligten Einrichtungen. In regelmäßigen Abständen findet ein fachlicher Austausch mit allen Beteiligten statt, um eine effektive Durchführung des Projekts zu gewährleisten.

Finanzierung

Personalkosten:

10 Wochenstunden, ¼ Stelle BAT IV-b auf 2 Jahre befristet.: Pro Jahr 11.200 €

Sachmittel:

Videokamera oder Fotoapparat: 250,-€ einmalig

Mittel zur Bearbeitung der Aufnahmen, Filme

Büromaterialien

und Mittel für Ausflüge, Veranstaltungen: 100,-€ monatlich

9.4.2.5 Wohnnetz „Neue Nachbarschaften“ im Netzwerk „Neue Wege ins Alter“

Autorin: Hildegard Bradt

Vorbemerkung

Das Wohnnetz „Neue Nachbarschaften“ im Netzwerk „Neue Wege ins Alter“ ist von der Autorin – damals noch als hauptamtlich verantwortliche Mitarbeiterin eines Altenhilfeträgers – initiiert worden. Ihre Vision, unabhängig in den eigenen vier Wänden zu leben und doch miteinander verbunden zu sein, hat zur richtigen Zeit den Impuls gegeben für die Bildung der beiden ineinander verwobenen Netzwerke. Diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen, hat eine große Resonanz gefunden und Frauen motiviert, im Vertrauen auf die Vereinbarkeit von Bindung und Eigenständigkeit, sich in Gruppen zu organisieren, die wiederum in Netzwerke eingebettet sind. Eine Bürgerinneninitiative ist entstanden, die sich jetzt ohne hauptamtliche Leitung selbst organisiert. Die Bürgerinnen können aber bei Bedarf auf die Ressourcen des Trägers zurückgreifen.

Es geht um neue Lebensentwürfe...

Die Bevölkerungsentwicklung zwingt uns, neue Modelle der Verbundenheit und des Zusammenlebens zu erproben. Im Wohnnetz setzen Frauen ihre Fähigkeiten und Kräfte ein, um jetzt und im Alter selbstbestimmt leben und wohnen zu können.

...und eine andere Lebensweise!

Die gemachten Erfahrungen bei unserer Gründung des Wohngruppenprojekts „Anders leben – anders wohnen“ haben gezeigt: Bis zur Verwirklichung (wohnen unter einem Dach) dauert es viele Jahre und dann ist es zwar eine hervorragende Sache, aber nur für eine kleine Gruppe. Es kann nicht für alle, die in Verbundenheit leben wollen, bedarfsgerecht neu gebaut werden. Deshalb haben wir die Idee des Wohnnetzes entwickelt. Wir knüpfen in unseren Stadtteilen, da wo wir bereits wohnen, vertrauensvolle und hilfreichen Beziehungen, die herausführen aus Anonymität und möglicher Vereinsamung. Die Wege zwischen uns sollten möglichst kurz sein (fußnah), damit das Gefühl von Nachbarschaftlichkeit entstehen kann, spontane Verabredungen möglich sind, und man sich mühelos gegenseitig unterstützen kann.

Vertrauensvolle und hilfreiche Beziehungen kann man aber nicht einfordern, sondern nur gemeinsam leben lernen. So geht es uns auch um unseren persönlichen Wachstumsprozess, einen konstruktiven Umgang mit Konflikten und darum, Nischen des Mitgefühls und Anteilnahme aufzubauen, in denen wir lernen, andere so zu akzeptieren, wie sie sind, einander auffangend und haltend.

Zu Beginn, im Jahr 1999, hatten wir die Zielvorstellung, in jedem Stadtteil Wohnnetzgruppen aufzubauen. In unseren eigenen Reihen hatten wir nicht die Kraft, die nächsten Schritte gesellschaftswirksam umzusetzen.

So sind wir bisher noch viel zu wenige! Das liegt aber auch daran, dass viele ihre Zukunft verdrängen und meinen: „Das hat noch Zeit, so alt bin ich noch nicht.“ Wir denken: **„Suche dir Freunde ehe du sie brauchst.“**

Grundsätzlich gilt: Wer keine Vision hat – kann die Realität nicht ändern

- Jede Gruppe ist eigenständig, in der Übereinkunft ihrer Zusammensetzung (Alter und Geschlecht), welche Art der Hilfen gegeben und genommen werden können, die Häufigkeit der Treffen, ob neue Interessierte aufgenommen werden usw.
- Gemeinsame Aktionen beruhen auf einem geteilten Willen.
- Individualität wird geachtet, wir halten Unterschiede aus.
- Es gibt keine Abhängigkeiten. Jede Frau ist für sich selbst verantwortlich.
- Wir nutzen die Potentiale einer Gruppe für die Engpässe bei Einzelnen.
- Wir üben Teilhabe an Freud und Leid. Jede ist willkommen, auch wenn es ihr schlecht geht.
- Wir entwickeln durch kontinuierliche Begegnungen mehr Nähe, auch außerhalb der Familie und Partnerschaft. „Hast du keine Zeit für Freunde, hast du keine Freunde, wenn du Zeit hast.“
- Konflikte untereinander bearbeiten wir in dem Wissen, dass wir einander als Spiegel brauchen, um persönliche Wachstumsschritte zu machen. Darin sehen wir eine zusätzliche Chance. Im Bedarfsfall holen wir uns kompetente Hilfe und bezahlen sie gemeinsam.
- Wir klammern die ganz persönlichen Fragen zu Sterben und Tod nicht aus. Die Freiheit der späten Jahre wird erst erfahrbar, wenn diese letzten Fragen nicht mehr tabuisiert werden.

Dies ist Absichtserklärung und Lernprogramm zugleich.
Unabhängig und doch verbunden, das ist unsere Vision

Zur Zeit gibt es vier Stadtteilgruppen:

Nordend, Westend, Sachsenhausen und Eckenheim.

Frauen aus den Stadtteilen Eschersheim/Ginnheim suchen interessierte Frauen, um gemeinsam eine neue Wohnnetzgruppe aufzubauen.

Je mehr Interessierte hinzukommen, um so feinmaschiger kann unser Netz werden.

Wir bieten jedoch keine Gruppen an, bei denen man sich einfach „ins gemachte Nest setzt“, sondern unterstützen hinzukommende Frauen, die in ihren Stadtteilen weitere Wohnnetzgruppen initiieren wollen. Ein guter Weg, sich einzufädeln besteht darin, an den verschiedenen Aktivitäten des Netzwerks „Neue Wege ins Alter“ teilzunehmen. So lernen sich Frauen kennen, erspüren ob „die Chemie stimmt“ und werden dann entsprechend initiativ, um sich zu vernetzen. Für viele Netzwerkfrauen hat sich der Weg so geebnet.

In der Gruppe liegt das Potential

Bereitschaft zu gegenseitiger Hilfestellung heißt bisher konkret:

- Wir helfen uns gegenseitig im Krankheitsfall: Versorgung durch Einkäufe, Erledigung von Behördengängen u. ä., Besuche und Gespräche, Briefkasten und Mülleimer leeren, Blumen gießen, Wäsche aus der Wohnung holen (oder waschen) und ins Krankenhaus bringen, Bezugsperson für Verwandte und Freunde die außerhalb wohnen, Koordination von Hilfen, Termine absagen, informieren.

Wir wollen keine Familie verdrängen und auch keine professionellen Pflegedienste ersetzen.

- Wir thematisieren und informieren uns gegenseitig über Patientenverfügung, Betreuungsvollmachten, Beerdigungsvorsorge
- Car-Sharing ist in einer Gruppe angedacht
- Ringtausch von Zeitschriften (Periodika)

Es soll nochmals darauf hingewiesen werden, dass dies keine Versprechen sind. Bei neu gegründeten Gruppen sieht die gegenseitige Unterstützung anders aus, als z. B.

bei Gruppen, die sich schon jahrelang kennen und somit ein anderes Vertrauensverhältnis wachsen konnte.

Die benötigten Hilfen ändern sich im Laufe des Lebens, auch sind die Potentiale in den Gruppen ganz unterschiedlich und ebenfalls Veränderungen unterworfen. Das macht es so schwierig, allgemeine Aussagen über die Hilfen zu machen.

Zur Zeiten der Wohnnetzgründung brauchte keine Frau bereits Unterstützung für ihr All-Tagenleben. Wir wussten nur, dass wir im Bedarfsfall nicht jede Handreichung zu Markpreisen werden bezahlen können. Auch, dass es im Alter ein Teil der Lebensqualität ausmacht jemanden zu haben, der auch die „leisen Töne“ kennt, denn „Ein Freund ist, wer die Melodie deines Herzens kennt und sie dir vorsingt, wenn du sie vergessen hast.“ So wurden im letzten Jahr Frauen während langer Krankheitszeit und im Sterbeprozess begleitet.

Im Kreislauf von Geben und Nehmen sein

Das Wohnnetz ist Teil des Netzwerkes „Neue Wege ins Alter“

Im Netzwerk „Neue Wege ins Alter“

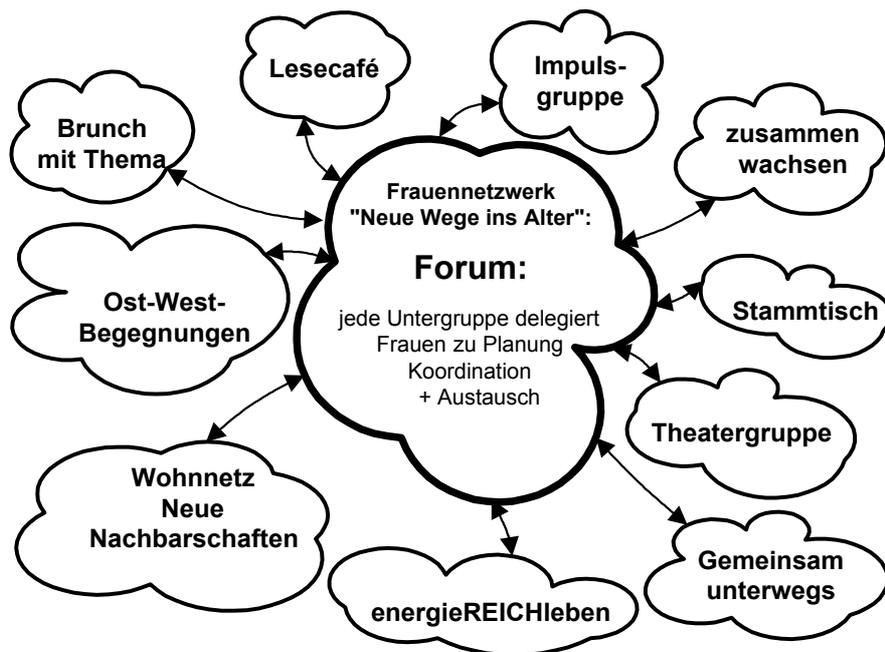
haben sich Frauen zusammengefunden, die ihr Altern bewusst annehmen und mit Alters-Wach-Sinn gestalten wollen. So ist ein vielfältiges Engagement entstanden, bedürfnisnah und sinnstiftend für den eigenen Lebensabschnitt und bereichernd für die Gemeinschaft. Jederzeit können neue, selbst gesteuerte Gruppen entstehen, wenn eine Frau dazu die Initiative ergreift, so z. B. auch neue Wohnnetzgruppen.

Das gemeinsame Dach ist das Netzwerk „Neue Wege ins Alter“

Das Netzwerk hat sich die Struktur des Forums gegeben, für Kommunikationsfluss, Information, Koordination und gegenseitige Unterstützung.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit an Seminartagen neue Schwerpunktthemen oder z. B. auch gruppendynamische Prozesse zu bearbeiten.

Abb. 3.20 (IX): Strukturen des Netzwerks „Neue Wege ins Alter“



Dieses Netzwerk ist unsere Antwort auf die gesellschaftliche Realität der Individualisierung einerseits und der Stigmatisierung des Alters andererseits. Wir brauchen für die oft über 30 Jahre vor uns liegende Lebensphase neue solidarische Gemeinschaften, in denen tragfähige Beziehungen mit Herz und Hand entstehen können, in denen sich Menschen mit ihrer Eigen-Art angenommen fühlen, für ihre Kompetenzen Gestaltungsraum finden.

Nicht jede Frau des Netzwerkes ist in einer Wohnnetzgruppe verortet. Andere Formen der Anteilnahme und Unterstützung haben sich herausgebildet, z. B. Patenschaften o. ä..

Die unterstützenden Rahmenbedingungen

Der Frankfurter Verband unterstützt mit seinen Ressourcen Selbsthilfe und Engagement zum Aufbau innovativer Wohn- und Lebensformen. Er reagiert damit auf gesellschaftliche Wirklichkeit und will Frauen und Männern für ihr neues Altersbewusstsein und ihre lebensgeschichtlich herausgebildeten Kompetenzen und Werte Gestaltungsraum zur Verfügung stellen.

Der Frankfurter Verband verfolgt damit das Ziel, dass Chancen im Prozess des Älterwerdens erlebt und selbst gestaltet werden können und dass sich – besonders in der Singlestadt Frankfurt – neue tragende, soziale Netzwerke herausbilden.

Darüber sind wir sehr froh und finden das beispielhaft.

So hatten und haben wir die erforderlichen Rahmenbedingungen,

- damit wir unsere Vision vom „Unabhängig und doch Verbundensein“ umsetzen
- und dringend erforderliche gesellschaftliche Prozesse Gestalt annehmen können.

9.4.3 Partizipation durch Bürgerinnen und Bürger initiiert Beispiele für die Organisation von Selbsthilfe bis zum gemeinwesenorientierten bürgerschaftlichen Engagement

Autorin: Dagmar Müller

9.4.3.1 anders leben – anders wohnen e.V.

Vorbemerkung

Eine Wohnungsbaugesellschaft entdeckt engagierte, verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger, die in einer selbst organisierten Hausgemeinschaft zusammenleben möchten, als willkommene Mieterinnen und Mieter. Beide Partner und - mittels ihrer vertraglichen Vereinbarungen - das Wohnquartier, die Siedlung profitieren: Die Bauherrin (Vermieterin) investiert Eigenmittel, um die Mieten für die Mitglieder der Hausgemeinschaft erschwinglich zu halten und stellt ihnen einen Gemeinschaftsraum zur Verfügung. Die Hausgemeinschaft im Verein „anders leben - anders wohnen“ bewirtschaftet den Gemeinschaftsraum und öffnet ihn ins Quartier.

Die Mieterinnen und Mieter engagieren sich mit viel Eigeninitiative für ein lebendiges nachbarschaftliches Miteinander in der Siedlung. Sie leisten ihren Beitrag zur Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität dort.

Das Modell wird Schule machen. Im Stadtteil Niederursel wird eine andere Wohninitiative mit der gleichen Bauherrin eine Hausgemeinschaft realisieren können, hier in einem mit öffentlichen Mitteln geförderten Haus.

Titel des Projekts / Entstehung / Initiatoren & Beteiligte

Das generationsübergreifende Wohnprojekt „anders leben – anders wohnen e. V.“ ist in Enkheim angesiedelt. Bergen-Enkheim ist ein Stadtteil im Osten Frankfurts (Randlage), der 1977 eingemeindet wurde. Die bauliche Struktur in Enkheim ist geprägt zum einen vom Geschosswohnungsbau der 50er bis 70er Jahre (teilweise auslaufende Sozialbindung) und zum anderen von einem größeren Anteil von Ein- und kleineren Mehrfamilienhäusern.

Die Bewohnerstruktur ist gemischt mit einer Tendenz zur „Überalterung“ des Stadtteils (in sozialer und baulicher Hinsicht) bzw. erhöhtem Ausländeranteil durch Zuzug. Aufgrund der späten Eingemeindung von Bergen-Enkheim verfügt der Stadtteil über eine eigene Infrastruktur in Bezug auf Verwaltungs- und Versorgungseinrichtungen für ältere und jüngere Menschen. Diese sind jedoch fast ausschließlich in Bergen angesiedelt.

Die Initiative ging 1994 von engagierten (alleinstehenden) Bürgerinnen ab dem fünfzigsten Lebensjahr aus. Sie beschäftigten sich mit der Frage, wie sie alt werden wollen bzw. wie sie im Alter leben wollen. Sie setzten sich aktiv mit ihrer spezifischen Lebenssituation des Altwerdens/-seins auseinander und wollten eine Alternative zu den bereits bestehenden Lebensformen entwickeln (z. B. Leben im Familienverbund, Leben in der eigenen Wohnung solange es geht, Umzug in eine Seniorenresidenz/betreutes Wohnen/Pflegeheim usw.). Ab 1996 organisierte sich die erweiterte Gruppe von älteren und jüngeren Frauen und Männern als Verein „anders leben – anders wohnen“. Der Verein nahm mit der Stadt Frankfurt, Wohlfahrtsverbänden sowie Bauträgern Gespräche auf und stellte die Idee des generationsübergreifenden Wohnens in der Öffentlichkeit vor mit dem Ziel, einen Kooperationspartner und Finanzier für die Projektumsetzung in Frankfurt zu finden. Ein Kooperationspartner war notwendig, da im Konzept eine soziale Mischung der Wohngruppe vorgesehen war und – auch aufgrund der hohen Grundstückspreise und Baukosten in Frankfurt – eine private Finanzierung über die Vereinsmitglieder ausgeschlossen war.

Ziel & Zielgruppe / Methode

Der Verein wollte im Rahmen eines Wohnprojektes

- das generationsübergreifende Wohnen in Frankfurt verwirklichen
- die Rahmenbedingungen für andere ähnliche Projekte ausloten

- die Idee des gemeinschaftlichen Wohnens von Jung und Alt in der gesellschaftspolitischen Diskussion vorantreiben und
- innerhalb des Quartiers zur Selbsthilfe im Sinne intensiver Nachbarschaft beitragen. Hierzu war im Konzept der Wohngruppe ein Gemeinschaftsraum vorgesehen, der nicht nur der Gruppe dienen sollte.

Diese Ideen wurden von der Wohnungsbaugesellschaft Nassauische Heimstätte aufgegriffen. Die Nassauische Heimstätte wollte mit dem Projekt

- das Wohngebiet aufwerten, um bestehende bzw. potentielle Konflikte zwischen der Nachbarschaft zu vermeiden, begründet durch eine Veränderung der Bewohnerstruktur sowie
- Möglichkeiten nachbarschaftlichen Engagements schaffen (durch die Errichtung eines Gemeinschaftsraumes) und die Identifikation der eigenen Mieter(innen) mit dem Quartier erhöhen.

In einer achtjährigen Vorlaufphase, zunächst mit monatlichen Treffen des Vereins, in den letzten vier Jahren auch mit der Nassauischen Heimstätte, wurde die Konzeption hinsichtlich folgender Themen konkretisiert:

- Form und Struktur der Zusammenarbeit (beiderseitige Verpflichtungen z. B. in Bezug auf Mietgestaltung, Nachmietersuche)
- Standortwahl anhand bestimmter Kriterien: Bedarf im Quartier, Grundstückgröße (Städtebauliche Ergänzung), Verkehrsanbindung
- Architektonische Entwurfsplanung: Mitspracherecht der im Wohnprojekt lebenden Vereinsmitglieder bei der Wohnraumplanung (Größe, Schnitt, Ausstattung),
- Einbindung des Quartiers: Infoveranstaltungen für die Nachbarschaft, Bedarfserhebung bei der Nachbarschaft zu Angeboten im Gemeinschaftsraum, Projektvorstellung in der Kommune usw.

Wesentliche Absprachen von Verein und Nassauischer Heimstätte wurden in einer Vereinbarung schriftlich fixiert. Im August 2003 wurde ein Neubau mit 8 Mietwohnungen und 1 Gemeinschaftsraum im Rahmen einer städtebaulichen Ergänzung in Enkheim fertig gestellt. Seitdem leben 5 Singles und 3 Familien, 6 Frauen, 4 Männer und 3 Kinder im Alter von 4 bis 74 Jahren unter einem Dach zusammen.

Organisationsstruktur

Im Projekt kommen zwei unterschiedliche Organisationsstrukturen zum Tragen.

Im Verein sind alle an generationsübergreifenden Wohnprojekten Interessierte organisiert mit dem Ziel, die Idee bundesweit zu fördern und konkrete Projekte zu verwirklichen. Der Verein ist für das erste realisierte Projekt der Kooperationspartner der Nassauischen Heimstätte und Mieter des Gemeinschaftsraumes. Im Verein ist jedes Vollmitglied stimmberechtigt, mindestens einmal jährlich findet eine Mitgliederversammlung statt.

Die Wohngruppe in Enkheim hat sich als Gesellschaft bürgerlichen Rechtes organisiert und ist vom Verein beauftragt, die Angebote für die Nachbarschaft zu koordinieren und die private Nutzung durch die Nachbarschaft zu organisieren. Alle Wohngruppenmitglieder sind zugleich Vereinsmitglieder. Die Wohngruppe trifft sich alle zwei Wochen zu einem festen Termin, um sich auszutauschen, organisatorische Fragen zu besprechen oder gemeinsame nachbarschaftsbezogene Aktivitäten zu planen und die damit verbundenen Aufgaben zu verteilen. Die Teilnahme an diesen Treffen ist verbindlich. Die Besprechungspunkte werden drei Tage vorher am schwarzen Brett ausgehängt und die Ergebnisse schriftlich festgehalten. Jede Wohneinheit hat unabhängig von der Anzahl der Personen eine Stimme. Für die meisten Abstimmungen gilt eine einfache Stimmenmehrheit.

Der partizipative Charakter des Ansatzes am realisierten Projekt

Im vorgestellten Projekt in Enkheim wurden insbesondere der Verein, aber auch die Nachbarschaft an der Planung sowie der Umsetzung zum Teil umfassend einbezogen. In der Planungsphase handelten Verein und Nassauische Heimstätte gemeinsam die konzeptionellen, finanziellen und architektonischen Rahmenbedingungen aus (vgl. 2.). Dies hat dazu geführt, dass zwischen den Projektpartnern eine Vertrauensbasis aufgebaut, Erwartungen im Vorfeld geklärt und potentielle Konfliktfelder vorab berücksichtigt werden konnten.

Von der Nassauischen Heimstätte wurde das Projekt den politischen Parteien im Ortsbeirat vorgestellt.

Die Mieter/innen der Nassauischen Heimstätte wurden im Rahmen einer Infoveranstaltung gemeinsam von Nassauischer Heimstätte und anders leben – anders wohnen e. V. über die Planungen informiert.

Zudem wurden mit einzelnen Mieter(inne)n bauliche Auswirkungen des Projekts besprochen und Veränderungen der Mietkonditionen vereinbart.

Der Verein führte beim Richtfest eine Befragung der Nachbarschaft zu den gewünschten Angeboten im Gemeinschaftsraum durch und berücksichtigte diese bei der Angebotsplanung des ersten Jahres nach dem Einzug.

Nach Fertigstellung des Neubaus wurde der Gemeinschaftsraum gemeinsam mit der Nachbarschaft im Rahmen eines Einweihungsfestes eingeweiht. Der Verein informierte zu den Projektzielen und Nutzungsmöglichkeiten des Gemeinschaftsraumes. Dies war ein wichtige Voraussetzung, um die Akzeptanz für das Projekt in der Nachbarschaft zu erreichen und die Nachbarschaft nach zweijähriger Projektdauer zunehmend zur Eigeninitiative aktivieren zu können (siehe „Effekte“).

Effekte

Das Wohnprojekt kann auf eine gut zweijährige Praxiserfahrung zurückblicken.

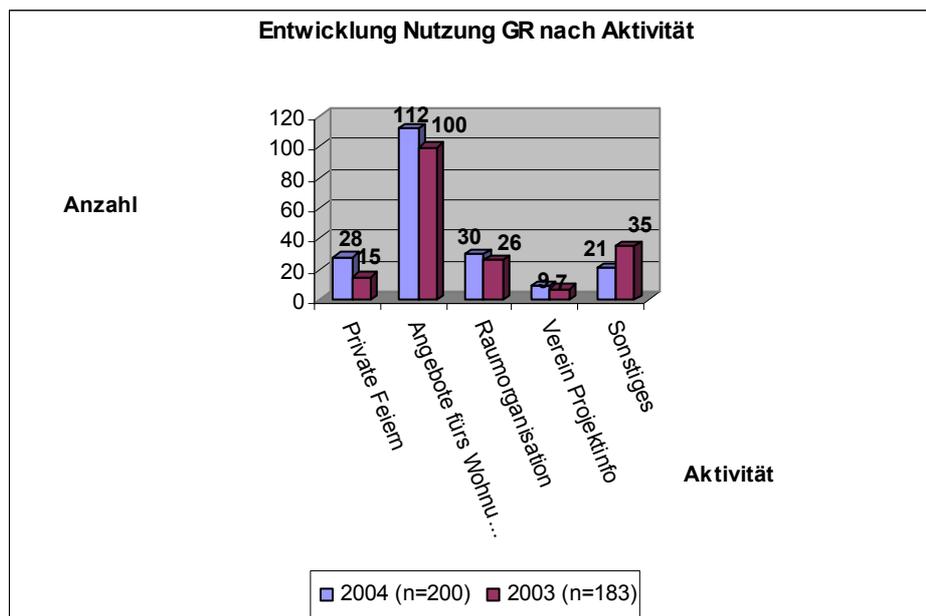
Positive Auswirkungen sind in Bezug auf neue Angebote im Stadtteil, Aktivierung der Nachbarschaft sowie Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu verzeichnen.

Entstehung neuer Angebote im Stadtteil durch Nutzung des Gemeinschaftsraumes

Im Jahr 2004 wurde der Gemeinschaftsraum insgesamt 200 Mal genutzt, die Nutzungsdauer betrug insgesamt 462 Stunden und lag zwischen einer und zehn Stunden. Insgesamt haben 2.307 Personen im Gemeinschaftsraum an unterschiedlichen Aktivitäten teilgenommen. In 65 % Prozent der Fälle wurde für die Nutzung ein Entgelt entrichtet. Darüber hinaus wurden vom Verein anders leben - anders wohnen (kulturelle) Veranstaltungen für das Wohnumfeld organisiert, für die kein Eintritt erhoben wurde. Diese Angebote (wie z. B. Filmtreff, Flohmarkt, Singen/Lesung für die Nachbarschaft) zielen darauf, gemeinsame Aktivitäten der Nachbarschaft im Wohnquartier zu ermöglichen, einen Austausch und ein Kennenlernen der Nachbarn zu fördern und somit die Lebensqualität im Quartier zu verbessern. Der Verein finanziert diese Angebote ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden.

Insgesamt konnten die Aktivitäten im Gemeinschaftsraum im zweiten Jahr um 9 Prozent gesteigert werden. Es dominieren - wie schon im Jahr 2003 - die Angebote für die direkte Nachbarschaft (56 %), gefolgt von einer Nutzung des Raumes für Organisation/Koordination (15 %) sowie für private Feiern (14 %), hauptsächlich durch Mieter/innen der Nassauischen Heimstätte oder der direkten Nachbarschaft. Ein Vergleich zwischen 2004 und 2003 ist in der folgenden Übersicht zusammengefasst:

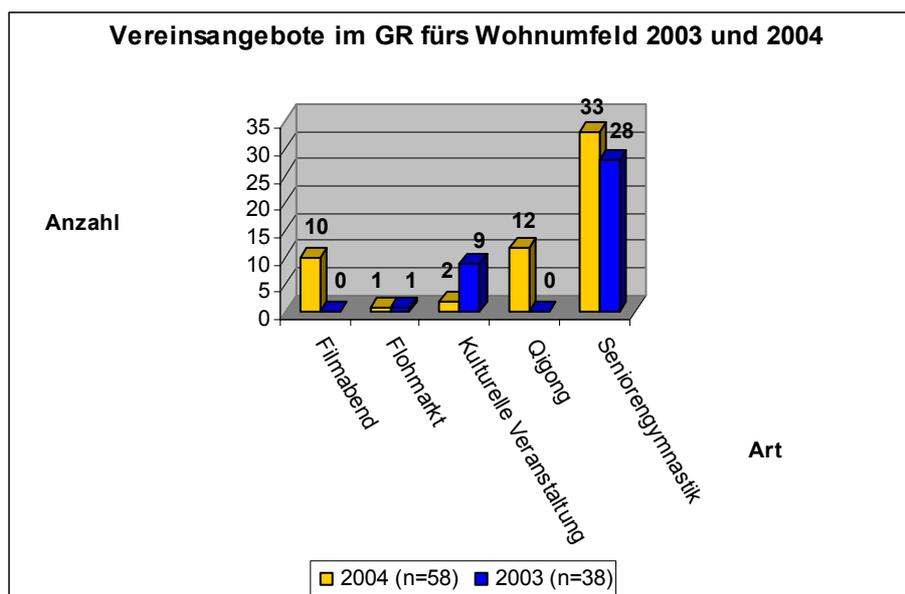
Abb. 3.21 (IX): Vergleich 2003/2004 Nutzung Gemeinschaftsraum



Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass sich der Gemeinschaftsraum nach zweijähriger Projektumsetzung im Wohnquartier etabliert hat und von der Nachbarschaft als positive Innovation begrüßt wird. Die konzeptionell angestrebte Öffnung des Wohnprojektes nach Außen wird insbesondere durch Angebote an die direkte Nachbarschaft im Gemeinschaftsraum verwirklicht. Dabei besteht im Vergleich zum Vorjahr die Tendenz, dass mehr Veranstaltungen durch den Verein selbst auf ehrenamtlicher Basis angeboten werden, während die Angebote Anderer um 13 Prozent zurückgegangen sind.

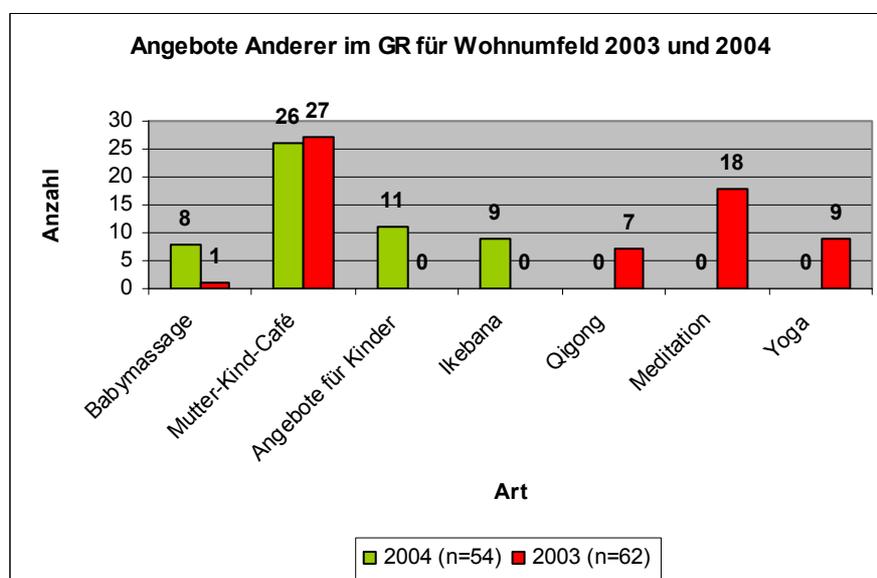
In 2004 hat der Verein „anders leben – anders wohnen“ insgesamt 58 Veranstaltungen für unterschiedliche Zielgruppen selbst organisiert und angeboten, davon werden 2 Veranstaltungen (Seniorengymnastik, Filmtreff) regelmäßig durchgeführt. Ein Vergleich der durch den Verein organisierten Angebote für 2003 und 2004 wird in der folgenden Übersicht deutlich:

Abb. 3.22 (IX): Vergleich 2003/2004 Vereinsangebote im Gemeinschaftsraum



Darüber hinaus gab es 54 Veranstaltungen für die Nachbarschaft, die durch andere Vereine/Organisationen oder Privatpersonen angeboten wurden, wie z. B. Mutter-Kind-Café, Veranstaltungen für Kinder, Ikebana. Sie verteilen sich in 2003 und 2004 wie folgt:

Abb. 3.23 (IX): Vergleich 2003/2004 Andere Angebote im Gemeinschaftsraum



Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern im Projekt

Nach einer anfangs eher abwartenden Haltung der Nachbarschaft gegenüber dem Wohnprojekt ist mittlerweile ein größeres Interesse zu verzeichnen, sich mit dem Gemeinschaftsraum und dem Wohnprojekt zu identifizieren. Dies wird an folgenden Beispielen deutlich:

- Nachbarn bieten den Wohnprojektmitgliedern einen Austausch über ihre Erfahrungen an, die sie mit Nebenkostenabrechnungen, Reparaturservice durch Firmen usw. gemacht haben.
- Nachbarn organisieren selbst auf dem Flohmarkt Stände, bieten im Gemeinschaftsraum einen Spielnachmittag für Kinder an (zwei türkische Mütter gemeinsam mit einem Vereinsmitglied). Ein Teil der Nachbarschaft nimmt regelmäßig an Filmabenden, Sitzgymnastik teil. Bei Erkrankung der Leiterin der Sitzgymnastik riefen die Teilnehmerinnen regelmäßig an, um sich nach dem Gesundheitszustand zu erkundigen und ihre Hilfe (z. B. beim Einkaufen) anzubieten.
- Kinder aus der Nachbarschaft bilden mit Kindern aus dem Wohnprojekt eine Clique, treffen sich und spielen miteinander (10- bis 13jährige).
- Nachbarn mieten den Gemeinschaftsraum bereits zum zweiten oder dritten Mal für private Feste und betonen dabei die gute Raumatmosphäre, die günstige Nutzungsgebühr und das Vertrauen zur Arbeit des Vereins. Die Absprachen (z. B. Lärm, Nutzungsdauer, Reinigung) werden eingehalten.
- Nachbarn bieten ihre Mitarbeit bei Aktivitäten des Vereins im Gemeinschaftsraum an. Daraufhin werden ab sofort regelmäßige Treffen stattfinden, um den Austausch zwischen interessierten Nachbarn und Vereinsmitgliedern zu fördern.

Vernetzung / Öffentlichkeitsarbeit

Die intensive Öffentlichkeitsarbeit des Vereins zielt darauf, andere zur Nachahmung zu motivieren. In 2004 wurden 30 telefonische Beratungen für Interessierte durchgeführt, 5 Informationsveranstaltungen zum Projekt organisiert, 7 Interviews in Zeitungen/für wissenschaftliche Forschung gegeben. Zudem beteiligte sich der Verein an 3 öffentlichen/fachbezogenen Plenumsdiskussionen. Das Wohnprojekt wurde ein Jahr durch den Hessischen Rundfunk begleitet und im Rahmen eines dreißigminütigen Fernsehberichts vorgestellt. Der Verein ist Mitglied im Verein „Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen“ sowie im Dachverband „Forum für Gemein-

schaftliches Wohnen im Alter“ mit dem Ziel, den Gedanken des generationsübergreifenden Wohnens bundesweit zu fördern.

Hinderungs- und Förderfaktoren

Die Konzeption / Umsetzung generationsübergreifender Wohnprojekte einschließlich einer ausdrücklich gewollten Integration ins Wohnquartier, z. B. durch Errichtung eines „offenen“ Gemeinschaftsraumes, fand bisher bei den Frankfurter Wohnungsbau-gesellschaften bzw. der Kommune eine eher verhaltene Resonanz. Ähnliche bürger-schaftliche Initiativen haben Schwierigkeiten, einen Projektpartner zu finden, der ein entsprechendes Bauland / Grundstück zur Verfügung stellt und ein Bauvorhaben fi-nanziert. Die bestehende Wohnungsbauförderung ist auf bestimmte Zielgruppen ausgerichtet, die der in derartigen Projekten ausdrücklich gewollten „sozialen Mi-schung“ entgegenstehen. Die Stadt Frankfurt hat eine Empfehlung des vorgestellten Projektes zur Förderung im Rahmen des Mietwohnungsbaus aus Kostengründen abgelehnt. Das Projekt konnte nur umgesetzt werden, weil die Geschäftsführung der Nassauischen Heimstätte die gesellschaftspolitische Notwendigkeit alternativer Wohnformen erkannt hat. Vor diesem Hintergrund hat sie die Investitionskosten für den Neubau vollständig übernommen und aufgrund subventionierter Mieten auf eine umfassende Refinanzierung verzichtet. Der begrenzte Finanzierungsrahmen hat je-doch dazu geführt, dass auf eine ökologische und explizit altersbezogene architekto-nische Gestaltung des Neubaus verzichtet wurde (z. B. Solaranlagen, barrierefreie Wohnungen, Aufzug).

Die Finanzämter erkennen Vereine mit generationsübergreifendem Ansatz nicht als gemeinnützig an, was die Spendenaquise bzw. die Bereitstellung öffentlicher Förder-gelder erheblich erschwert. Insbesondere die schwierigen Rahmenbedingungen für eine Finanzierung derartiger Projekte führt u. a. auch zu einer langen Vorlaufphase, die eine Kontinuität in der Gruppenzusammensetzung erheblich gefährdet. Diese ist jedoch notwendig, um ein generationsübergreifendes Projekt langfristig umsetzen zu können.

In der Stadt Frankfurt fehlt der politische Wille, generationsübergreifende Projekte in der Stadtplanung explizit zu berücksichtigen (z. B. bei der Errichtung neuer Stadtteile wie Mertonviertel, Berger Hang bzw. Umstrukturierung alter Stadtteile wie z. B. die

Housing Areas). Ebenso gibt es keine amtliche Stelle mit Entscheidungsbefugnis und Gestaltungsspielraum⁷, die Initiativen für alternative Wohn- und Lebensformen unterstützt und berät bzw. deren Interessen in den städtischen Gremien vertritt.

9.4.3.2 Die "Preungesheimer Ameisen e.V."

Autorin: Dorothe Klein, Mitglied der Wohninitiative
"Preungesheimer Ameisen" e. V.

Vorbemerkung

Die Wohninitiative „Preungesheimer Ameisen“ geht auf die Initiative einer Preungesheimer Bürgerin zurück. Es ist ihr gelungen Gleichgesinnte für die Idee einer selbst organisierten Hausgemeinschaft zu gewinnen, zunächst in Preungesheim und dann auch aus anderen Stadtteilen. Die Initiative ist inzwischen zu einem gemeinnützigen Verein geworden.

Der Erfolg der „Preungesheimer Ameisen“ ist maßgeblich auch darin begründet, dass sie sich auf eine gute Zusammenarbeit mit ihren Partnern verständigt haben, die mit ihnen den Weg von der Planung bis zum Bau des Hauses gemeinsam gegangen sind. Die Zeit des Hinzu- und Neu-Lernens hat schließlich bei allen dazu beigetragen, individuelle Horizonte zu erweitern und auch Strukturen zu verändern. Von diesen neu gewonnenen Erfahrungen werden jetzt andere profitieren können, sei es durch die bürgerschaftliche Netzwerk- oder Quartiersarbeit.

Die Initiativgruppe, aus der sich später die „Preungesheimer Ameisen“ herausgebildet haben, hat sich von vorneherein als gemeinwesenorientierte Bürgerinitiative verstanden. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, dass für die ältere Bevölkerung in Preungesheim die von ihnen gewünschten Wohnformen im Neubaugebiet Preungesheimer Bogen geschaffen werden. Die Ergebnisse ihrer Befragungsaktion haben einen Altenhilfeträger überzeugen können, dass Wohnungen im „Betreuten Wohnen“ entstehen, die zuvor dort nicht geplant waren.

Sowohl die Gruppe „Betreutes Wohnen“ als auch die Gruppe „selbst organisierte Hausgemeinschaft“ sehen ihre Wünsche nun verwirklicht im Preungesheimer Bogen.

⁷ Ansprechpartner für Initiativen zu alternativen Wohn- und Lebensformen gibt es beim Amt für Wohnungswesen und dem Jugend- und Sozialamt.

Beide Bauvorhaben sind frei finanziert. Innerhalb der kurzen Planungsphase ist es nicht gelungen, auch öffentlich geförderte Wohnungen – ggf. eingestreut – dort vorzusehen. Voraussetzung wäre ein mit allen Beteiligten abgestimmtes Konzept.

Für den Verein „Preungesheimer Ameisen e.V.“ wird sich mit dem Bezug ihres Hauses und ihres Gemeinschaftsraums ein neues Wirkungsfeld im Quartier aufbauen.

**Selbstbestimmtes gemeinsames Wohnen im Alter,
Frei sein – aber nicht allein,**

das etwa waren die Stichworte, die mich aufhorchen ließen, als im „Gesprächskreis für pflegende Angehörige“ (beim Caritasverband) die Frage aufkam:

„Was wird, wenn ich allein sein werde, wenn ich Hilfe brauche?“

Berichtet wurde von einem Ehepaar (dem die Wohnung gekündigt wurde), das in jahrelanger guter Nachbarschaft mit den Hausbewohnern gelebt hatte und nun nach neuen Möglichkeiten suchte, die Idee des gemeinschaftlichen Wohnens bei gegenseitiger Unterstützung und Hilfestellung umzusetzen.

Neugierig geworden nahm ich an den Sitzungen der kleinen Gruppe der "Preungesheimer Ameisen" teil. Ich war begeistert und bin nun seit über drei Jahren „mit im Boot“.

Wir wollen uns als Ältere und Jüngere aktiv einbringen, um gegen Vereinsamung und Passivität im Alter anzugehen und wir wollen eine Lebensform frei und ohne Gruppenzwang gestalten.

Die "Preungesheimer Ameisen" wollen zudem erreichen, solange irgend möglich nicht zur Belastung von Familie und Gesellschaft zu werden und – gegebenenfalls mit Hilfe eines ambulanten Dienstes - die Pflege in einem Heim zu vermeiden oder weit hinauszuzögern.

Nur knapp vier Jahre nach dem Start im Herbst 2001 können wir "Preungesheimer Ameisen" nun den Rohbau unseres Hauses bestaunen.

Jeder wird eine abgeschlossene Wohneinheit anmieten, die er nach seinen Vorstellungen, Wünschen und Bedürfnissen - soweit möglich - mitplanen und mitgestalten konnte.

Die Bauweise ist selbstverständlich den Bedürfnissen älterer Menschen angepasst. Unserer Gruppe wurde darüber hinaus Belegungshöhe eingeräumt. Wir haben hierzu gemeinsam mit dem Gemeinnützigen Siedlungswerk (GSW) eine verbindliche Vereinbarung entwickelt und festgelegt.

Ein Etappenziel ist erreicht - dank der Unterstützung durch unsere zuverlässigen Kooperationspartner, die die Voraussetzungen zum Gelingen unseres Wohnprojekts schafften:

- Die Stadt Frankfurt (Jugendhilfe- und Sozialplanung) hat uns zu einem Bauplatz verholfen und uns das Gemeinnützige Siedlungswerk als Bauträger vermittelt. Sie ist unser Lotse zu und in den städtischen Ämtern.
- Der Caritasverband – Anlaufbüro Seniorengruppen – erwies sich als unverzichtbarer und kompetenter Partner in der Begleitung und Entwicklung unserer Gruppe. Er half mit, dass das
- Gemeinnützigen Siedlungswerk (GSW) als Bauträger dazu bereit war und ist, Planung und Gestaltung der Wohnungen, des Gemeinschaftsraums und des Gartens im Dialog mit uns zukünftigen Mietern durchzuführen.

Zwischen den "Preungesheimer Ameisen" und den Kooperationspartnern hat sich – auch durch die regelmäßige Teilnahme an unseren monatlichen Treffen - eine vertrauensvolle Zusammenarbeit entwickelt.

Die Erstellung der Tagesordnung und die Organisation der Treffen werden abwechselnd von uns „Ameisen“ übernommen, Wünsche und Vorlagen über Mitglieder oder Unterarbeitsgruppen eingebracht.

Der Rahmen und somit die Voraussetzung, um unser gemeinsames Ziel zu erreichen, steht:

Wir wollen zu einer verlässlichen Hausgemeinschaft zusammen wachsen, wollen auf der Basis der eigenen freien Entscheidung ein Klima des Vertrauens und der Sicherheit schaffen.

Darüber hinaus wollen wir die Idee gegenseitiger selbst organisierter Unterstützung und partnerschaftlichen Umgangs miteinander verbreiten.

Wir wünschen uns, dass wir möglichst lange selbstständig und gesund in unseren „vier Wänden“ leben können. Auch nachfolgende Generationen sollen hier weitestgehende Unabhängigkeit und Selbstbestimmung finden.

Unseren Gemeinschaftsraum, dessen Miet- und Unterhaltungskosten von der Gemeinschaft der "Preungesheimer Ameisen" getragen werden, wollen wir nutzen, um durch verschiedene Angebote an die Bewohner des Quartiers das Zusammenwachsen im neuen Stadtteil zu fördern.

Mit dem Wiesenhüttenstift, das ein Pflegeheim sowie „Betreutes Wohnen“ in unmittelbarer Nachbarschaft errichtet, haben wir Kontakt aufgenommen und uns als unterstützenden Partner auf der Grundlage von Gegenseitigkeit angeboten.

Wir sind davon überzeugt, dass unser Engagement eigene Zukunftsängste minimiert, zur positiven Entwicklung des Stadtteils beiträgt und für das Thema weiter sensibilisiert.

Als Mitglied im „Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen“ stehen wir mit anderen Wohngruppen in Kontakt. Wir tauschen unsere Erfahrungen aus und tragen zur Entwicklung weiterer Initiativen und Projekte bei.

Ich bin froh und dankbar, dass ich von dem Projekt "Preungesheimer Ameisen" gehört und den Zugang gefunden habe. Ich kann mich aktiv einbringen und weiß, dass die Hausgemeinschaft mir in Zukunft ein „sicheres Nest“ schenken wird.

9.4.3.3 Freies Bürgerhaus Frankfurt e.V. Café Hinterhof

Autor: Manfred Nöldner, November 2005

Vorbemerkung

Die Bürgerinitiative hat sich in der Rechtsform eines mildtätigen Vereins organisiert und seine integrative Tätigkeit zugunsten von Wohnungslosen, Langzeitarbeitslosen und alten Menschen stadtteilübergreifend ausgebaut.

„Wir möchten die Menschen im Bahnhofsviertel – gleich welcher Herkunft oder sozialen Status – zusammenführen. Unser Motto war und ist:

Bei uns ist jeder Gast aber keiner König.“

Das Freie Bürgerhaus Frankfurt e.V.

ist ein von den Finanzbehörden als mildtätig anerkannter Verein. Im Gegensatz zu anderen sozialen Einrichtungen und Vereinen gehört das Freie Bürgerhaus Frankfurt und damit auch das Cafe Hinterhof keiner finanzkräftigen Organisation an, sondern trägt und verwaltet sich dank hohem ehrenamtlichem Engagement der Vereinsmitglieder selbst.

Der Verein bietet seinen Gästen einen Ansprechpartner für Probleme. Wir versuchen den Gästen die Angst vor Sozialarbeitern, Ordnungskräften und Behörden zu nehmen. Durch Einzelgespräche ist es häufig gelungen, die Probleme zu lösen oder zu einer Lösung beizutragen. Im Vordergrund steht hierbei immer der Grundgedanke des Vereines, Hilfe zur Selbsthilfe zu stärken und zu aktivieren.

Das Freie Bürgerhaus Frankfurt e.V. „Cafe Hinterhof“ öffnete in der Niddastr. 82 am 13.01.1997 erstmalig seine Türen.

Nach Totalsanierung bietet das Cafe Hinterhof ab dem 1. Dezember 2005 unter neuer Leitung wieder seinen Gästen kostengünstiges Essen. Vorgesehen sind zunächst von 9:00 bis 18:00 Uhr Frühstück, Mittagstisch und nachmittags Kuchen sowie belegte Brötchen. Der Preis pro warmer Mahlzeit liegt bei ca. 2 bis 2,50 €. Getränke, Kuchen, Brötchen kosten ca. 0,50 bis 0,70 €. Dazu leisten die Frankfurter Tafel, Kirchengemeinden und private Spender einen erheblichen Beitrag.

Zusätzlich werden durch das Cafe Hinterhof Möglichkeiten der Freizeitgestaltung – ohne Verzehrzwang - geboten. Es finden regelmäßig Fernsehabende, lange Filmnächte, Skat- und Doppelkopfturniere statt. Auch Gesellschaftsspiele, Bücher, Zeitungen sind kostenlos nutzbar. Durch Kleidungs- und Möbelspenden ist es dem Verein häufig möglich, Gästen aus persönlichen Notlagen zu helfen ohne dass Hilfe bei offiziellen Stellen beantragt werden muss.

Wie notwendig diese Leistung zum Erhalt des sozialen Friedens ist, belegt die Nachfrage. Seit Eröffnung im Januar 1997 bewirbt das Cafe jährlich mehr als 20.000 Gäste. Tendenz ständig steigend.

Die überwiegende Mehrheit der Gäste ist obdachlos, arbeitslos, von Sozialhilfe abhängig oder einfach nur einsam. Bei uns ist jeder Gast - egal ob arm oder reich -, aber kein König. Jeder soll die Möglichkeit einer warmen Mahlzeit, eines Gesprächs oder einfach nur die Möglichkeit zur Entspannung haben.

Abgesehen von den Preisen ist der einzige Unterschied zur herkömmlichen Gastronomie das absolute Verbot von Alkohol und Drogen.

Bemerkenswert ist und für das mit Sicherheit zu erwartende gute Verständnis zwischen Gästen und Mitarbeitern spricht, dass die Mitarbeiter des Cafes selbst überwiegend aus dem Kreise der ALG II-Empfänger kommen und sich als so genannte 1-€-Kräfte in die Sorgen ihrer Gäste einfühlen.

Das gastronomische Angebot soll weiterhin sozial benachteiligten Bürgern zugute kommen, für die eine warme Mahlzeit in Restaurants oder auch im Schnellimbiss unerschwinglich ist.

Mit dem Cafe Hinterhof wird im Sinne der Zielsetzung des Vereins den Gästen aus allen sozialen Schichten eine Anlaufstelle mit gemütlicher und möglichst familiärer Atmosphäre geboten. Eben ein Freiraum zur Entspannung, in dem die leiblichen Bedürfnisse gedeckt, Kontakte geknüpft und genützt werden. In der Niddastrasse 82, fünf Minuten nahe dem Frankfurter Hauptbahnhof und dem Platz der Republik, wird man trotz schmaler Geldbörse satt, fühlt sich als Gast geborgen und als Mensch akzeptiert.

Arbeitsprojekt

Trotz aller Probleme ist es gelungen, dies alles unseren Gästen seit nunmehr 8 Jahren ausschließlich durch ehrenamtliche Tätigkeit anzubieten. Das ist nach meiner Ansicht aller Anerkennung wert. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter kümmern sich täglich um die Probleme ihrer Mitbürger. Einzelne leisten hierfür wöchentlich bis zu 70 Arbeitsstunden ehrenamtlich.

Von Jahr zu Jahr steigerte sich nach Ansicht des Vereinsvorstandes jedoch eine neue Problemlage. Jährlich wuchs die Anzahl der Gäste die eigentlich arbeiten möchten, aber aus unterschiedlichen Gründen (Alter, mangelnde Schulbildung, fehlender Berufsabschluss, Vorstrafen, Wohnungslosigkeit) keine Arbeit mehr fanden. Die typische geschilderte „Karriere“ lautete arbeitslos, Sozialhilfe und häufig Wohnungslosigkeit.

Im September 2003 beschloss der Verein, den Versuch zu wagen mit diesem Personenkreis ein Arbeitsprojekt zu starten. Der Versuch wurde zusammen mit der Frankfurter Armutsaktie e.V. begonnen, wird aber durch Vorstandsbeschluss seit 15.3.2004 eigenständig weitergeführt.

Seitens des Vereines wird dieses Projekt ehrenamtlich ohne Entlohnung betreut und abgerechnet. Die am Projekt teilnehmenden Personen erhalten marktübliche Arbeitslöhne und sind wieder selbstständig sozialversichert. Das Projekt wurde ohne öffentliche Zuschüsse gestartet. Da der Verein mildtätig ist, wurden und werden Finanzierungslücken - bis zum heutigen Tage - aus privaten Mitteln geschlossen.

Seit Oktober 2004 wird das Arbeitsprojekt durch die Agentur für Arbeit unterstützt. Der Verein hat zur Abrechnung des Projektes bzw. Schulung und Anleitung der Projektteilnehmer ABM-Stellen genehmigt bekommen. Zusätzlich erhält der Verein so genannte 1,50€ Kräfte aus dem Bereich der Arbeitslosengeld-2-Empfänger.

Folgende Projekte werden derzeit durch den Verein angeboten:

- **Chard-Team** (Tel 069 90430631 Mo-Fr), Kriegkstr. 12

Niedrigschwellige Arbeiten, wie Gartenarbeiten, Entrümpelungen, Wohnungsaufösungen, Firmenaufösungen, sonstige Hilfeleistungen und kleine Renovierungen.

Hier ist es gelungen, 9 Personen wieder mit Arbeitsvertrag zu beschäftigen und bei der Sozialversicherung anzumelden.

- **Haushaltshilfen**, Hilfen im Haushalt für ältere oder behinderte Bürger. Keine Pflege!!

Derzeit werden 4 Personen zu marktüblichen Löhnen mit Arbeitsverträgen und Sozialabgaben beschäftigt.

- **Küche im Cafe Hinterhof**, Niddastr. 82

Derzeit werden 3 Personen mit Arbeitsvertrag und Sozialabgaben und 2 Minijobs beschäftigt. Es ist geplant künftig dieses Projekt auszuweiten und Catering sowie Ausbildung und Anleitung der Cafegäste anzubieten.

Zusätzlich bietet der Verein seit Oktober 2004 in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit folgende Tätigkeiten an:

- **Altenhilfe**

Hilfe für ältere und / oder behinderte Mitbürger zu einem Auftragspreis von je 2,50€. Hier handelt es sich weder um Pflege noch um Haushaltshilfe. Es ist eine ergänzende Hilfe zu den bereits bestehenden Pflegeangeboten und hauswirtschaftlichen Hilfen.

Hier werden Botendienste, Arztbegleitung, Einkaufsbegleitung sowie einmalige Tätigkeiten angeboten die weder durch Pflegedienste noch Haushaltshilfen geleistet werden können. Der Zugriff auf diesen Dienst erfolgt derzeit durch - in Frankfurt einmalig - das Seniorentelefon (Tel.: 069 94946880 Mo.-Sa.). Zusätzlich wurden Flyer ausgelegt und verteilt.

Diese Hilfen werden von den älteren Bürgern gerne und rege genutzt. Künftig ist geplant diesen Dienst verstärkt anzubieten. Das Projekt bietet derzeit Arbeit für 10 Personen als 1,50€ -Kräfte.

- **Küchenhilfe und Bedienungen für den Cafebetrieb**

Hier werden in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit gemeinnützige Tätigkeiten angeboten. Es stehen 12 Arbeitsplätze zur Verfügung.

- **Chard-Team**

Gemeinnützige Tätigkeiten unter Leitung des hauptamtlichen Chard-Teams. Es werden zum Beispiel mit eigenem Fahrdienst Lebensmittel- und andere Sachspenden abgeholt bzw. verteilt. Künftig werden in Verbindung mit den Stadteilläufern die Tätigkeiten ausgeweitet.

Es stehen derzeit 8 Arbeitsplätze zur Verfügung.

- **Stadteilläufer**

Derzeit in der Aufbauphase. 10 Arbeitsplätze konnten bislang besetzt werden. Die Tätigkeiten der Stadteilläufer werden die üblicherweise auf den Straßen anfallenden Probleme betreffen. In Zusammenarbeit mit offiziellen Stellen und mit dem eigenen Chard-Team sollen Missstände aufgelistet und möglichst direkt beseitigt werden (z. B. wilde Müllansammlungen, verdreckte Spielplätze, Betreuung / Pflege von Grünanlagen oder Grünstreifen und öffentliche Blumenkübel). Die Tätigkeiten sollen im Gebiet des Ortsbeirates 1 erledigt werden (Innenstadt, Bahnhofsviertel, Gutleutviertel, Gallusviertel). Hier stehen künftig ebenfalls 8 Arbeitsgelegenheiten zur Verfügung.

9.4.3.4 Tauschinitiativen

Ein neuer Trend: organisierter Hilfetausch

Autorin: Gudrun Born

Vorbemerkung

Seit 1995 bilden sich Bürgerinitiativen, die auf der Basis von Zeit- und Hilfe-Tausch eine neue Form der Nachbarschaftshilfe selbst organisieren. Sie sind nicht auf das unmittelbare Wohnumfeld oder eine Hausgemeinschaft beschränkt, sondern dehnen sich in den Stadtteil oder stadtteilübergreifend aus.

Es gibt heute (2005) 9 Tauschinitiativen, von denen sich 6 als Freie Bürgerinitiativen verstehen, 1 die Rechtsform eines eingetragenen Vereins gewählt hat und 2 einem Träger angegliedert sind.

Im Stadtteil Gallus planen Träger eine Tauschinitiative zu initiieren.

Neue Wohn-, Arbeits- und Lebensformen, Wirtschafts- und Wertesysteme veränderten in den letzten Jahrzehnten die Einstellung der Menschen. Die einstmals selbstverständliche Nachbarschaftshilfe ist selten geworden. Hinzu kommt, dass Familien klein sind und die Angehörigen oft weit verstreut leben. Die Zahl der Alleinlebenden ist hoch und die älterer und sehr alter Menschen steigt stetig. Damit nimmt der Bedarf an kleinen, alltäglichen Hilfeleistungen zu. Deshalb stellt sich die Frage: Lässt sich gegenseitige Hilfe neu beleben?

Dieses Anliegen greifen Tauschinitiativen auf. Sie versuchen, hilfsbereite und hilfesuchende Menschen miteinander in Kontakt zu bringen und ihre Wünsche und Vorstellungen individuell und bestmöglich zu berücksichtigen. An Tauschinitiativen beteiligen sich Menschen unterschiedlicher Altersstufen, Weltanschauungen und Nationalitäten, alle können ihre persönlichen, beruflichen und privaten Erfahrungen und Kenntnisse einbringen. Hilfetausch gegen Zeitverrechnung schafft ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Gebenden und Nehmenden. Er schützt vor Ausgenutztwerden und bei eigenem Hilfebedarf vor der gefürchteten Bittstellerrolle. Vermutlich machen gerade diese „Nebeneffekte“ Tauschinitiativen attraktiv. Offensichtlich ist Hilfetausch gegen Zeitverrechnung geeignet, Jung und Alt zu mehr Eigeninitiative und Solidarität anzuregen und mitmenschliche Kontakte zu fördern.

Tauschregeln:

Alle Initiativen erheben einen Mitgliedsbeitrag (teilweise auch in Zeiteinheiten), alle verrechnen geleistete bzw. in Anspruch genommene Dienste in der vereinbarten Zeitwährung (Punkte, Peanuts, Bockies usw.).

In 2/3 der Initiativen wird auch geholfen, wenn jemand selbst keine Gegenleistung erbringen kann (z. B. wegen Hochaltrigkeit, Krankheit oder Behinderung). Diese Mitglieder zahlen eine Ausgleichsspende von wenigen Euro/Std. in die Gemeinschaftskasse, diese Mittel werden zur Finanzierung der Initiative verwendet. Die Aktiven erhalten ausschließlich Zeit-Verrechnungseinheiten.

Zusammensetzung der Mitglieder:

Rund 2/3 der Mitglieder sind Frauen, der Altersdurchschnitt liegt mehrheitlich zwischen 50 und 70 Jahren, wobei fast überall auch jüngere Menschen mitarbeiten.

Zwei Gruppen haben neben den praktisch tätigen auch fördernde Mitglieder (Adsum 80 % und Zeit-Tauschring Nordwest 30 %).

Fast überall beteiligen sich auch Menschen anderer Nationalitäten, allerdings in geringem Umfang. Genannt wurden z. B.: Brasilien, Frankreich, früheres Jugoslawien, Griechenland, Guatemala, Indonesien, Iran, Italien, Polen, Rumänien, Tschechische Republik, Türkei.

Alle Initiativen können belegen, dass durch den Hilfetausch neue Kontakte zwischen bis dahin fremden Menschen gefördert werden, teilweise entstanden wirkliche Beziehungen.

Organisation der Initiativen und Zukunftspläne zu deren Optimierung:

- Verteilung der Leitungsaufgaben auf mehr Aktive;
- gegenseitige Hilfen sollten selbstverständlicher werden und nicht nur im Notfall in Anspruch genommen werden;
- Einladung aller Mitglieder zu Kennenlern-Treffen (ca. 2 – 3 Mal pro Jahr);
- geeignete Öffentlichkeitsarbeit für Zeittausch, z. B. durch Info in einer Stadtteilkarte;
- hilfreich wären Angebote für unentgeltliche Raumnutzung für Treffen;
- gelegentlicher Austausch mit den Aktiven anderer Initiativen.

Tab. 3.24 (IX): Tauschinitiativen in Frankfurt

(Reihenfolge geordnet nach Gründungsdatum, Stand: März 2005)

Name	gegründet	Rechtsform	Mitgliederzahl	Einzugsgebiet
Peanuts-Tauschring	1995	Freie Bürgerinitiative	120	Frankfurt und nähere Umgebung
Zeit-Tauschring Frankfurt Nordwest	1996	Freie Bürgerinitiative	200	Nordweststadt und Umgebung (Heddernheim, Niederursel, Praunheim, Rödelheim, Teile von Eschersheim und Ginnheim)
Adsum e.V. - füreinander da sein (basierend auf dem Prinzip der Seniorengenosenschaften Offb.)	1997	e.V.	500	Fechenheim, Enkheim
Zeitpunkt	1998	Freie Bürgerinitiative	26	Schwanheim, Goldstein und direkt angrenzende Gebiete
Zeit-Tauschring Ostend (im Nachbarschaftszentrum Ostend)	1999	angeschlossen an bestehenden e.V.	45	Ostend
Zeit-Tauschring Nordend/Bornheim (in der Luthergemeinde)	1999	angeschlossen an ev. Kirchengemeinde	38	Nordend und Bornheim
Tauschring Bockenheim	2000	Freie Bürgerinitiative	101	Bockenheim und Umgebung
Tauschring Dribbdebach	2002	Freie Bürgerinitiative	50	Sachsenhausen, Oberrad, Niederrad
Zeit-Tauschring Frankfurt Nord-Ost	2004	Freie Bürgerinitiative	23	Nieder-Eschbach, Nieder-Erlenbach und Bonames

Da alle Initiativen (ausgenommen Peanuts) räumlich begrenzt arbeiten, bleiben bisher folgende Stadtteile von dieser Hilfemöglichkeit ausgeschlossen:

Altstadt, Innenstadt, Bahnhofsviertel, Westend, Gutleutviertel, Gallusviertel, Griesheim, Hausen, Teile von Ginnheim und Eschersheim, Eckenheim, Preungesheim, Berkersheim, Riederwald, Seckbach, Höchst, Nied, Sindlingen, Zeilsheim, Unterliederbach, Sossenheim, Kalbach, Harheim, Bergen, Frankfurter Berg

9.4.3.5 „Bornheimer Treff“ Offene interkulturelle Seniorinnengruppe

Autorin: Walentyna Gawlik, Mai 2004

Vorbemerkung

Die Autorin gibt ein Beispiel zur Fortsetzung ihrer vormals hauptamtlichen Tätigkeit bei einem Träger, als ehrenamtliche Leiterin einer interkulturellen Gruppe älterer Migrantinnen.

Die Mittel für die integrative Arbeit mit der Zielgruppe wurden eingestellt. Die ehrenamtliche Arbeit konnte nach einem Jahr aus zeitlichen Gründen nicht mehr weitergeführt werden. Die Gruppe hat ohne ihre Leiterin die gemeinsamen Aktivitäten nicht fortgesetzt. Hier konnte der Schritt in die Selbstorganisation nicht vollzogen werden. Der Bericht ist im Mai 2004 verfasst worden und zeigt, wie die Integration älterer Migrantinnen über die Gelegenheit zum Deutschsprechen und das Kennenlernen der neuen Heimat gestaltet werden kann.

Die offene interkulturelle Seniorinnengruppe im „Bornheimer Treff“

Die Gruppentreffen sind nicht kostenlos; da sie ehrenamtlich organisiert werden, müssen die Kosten für den gemieteten Raum von den Teilnehmerinnen selber übernommen werden, ebenso werden die zusätzlichen Kosten für Bastelmaterial, Verpflegungskosten bzw. Eintrittskarten von den Migrantinnen getragen.

Nach den Kürzungen im sozialen Bereich im Jahr 2003 wurde die schon bereits bestehende Gruppe bei Infrau e.V. aufgelöst und die Stelle gestrichen. Die meisten Migrantinnen aus der früheren Gruppe der Infrau e.V. treffen sich seit 1. Mai 2004 wieder.

Mit der Unterstützung und Vermittlung durch den Seniorenbeauftragten der Frankfurter Polizei, Herrn Reichenbach, wurde ein Raum des Deutschen Roten Kreuzes in der Burgstraße 95 ab dem 1. Mai 2004 gemietet. Der Treff der internationalen Migrantinnengruppe wird wie geplant zwei mal monatlich organisiert. Zu den Hauptzielen des Bornheimer Treffs zählen das Weiterbestehen der internationalen Frauengruppe und die Stärkung des speziellen Angebotes für ältere Frauen.

Der „Bornheimer Treff“ besteht zur Zeit aus ca. 15 Teilnehmerinnen. Zu diesen zählen Italienerinnen, Spanierinnen, Griechinnen, Tschechinnen, Türkinnen, Deutsche und eine Polin.

Das Alter der Teilnehmerinnen variiert zwischen 50 und 80 Jahren. Die Frauen sprechen innerhalb der Gruppe Deutsch nach ihren Möglichkeiten. Die Sprachkenntnisse kann man zwischen mangelhaft und sehr gut beschreiben.

Hintergrund

In Frankfurt am Main werden von verschiedenen Anbietern, wie Deutsches Rotes Kreuz, Caritas, AWO, Nationalität bezogene Gruppen, wie z. B. die Spanische Gruppe OASI in Höchst, angeboten und unterstützt. Ein Nationalität, Kultur und Religion übergreifendes Angebot speziell für Frauen zählt in Frankfurt eher zu einer Seltenheit.

Die Seniorinnen, die das Angebot wahrnehmen, sind meistens Gastarbeiterinnen, die seit den sechziger Jahren in Deutschland leben. Die meisten Frauen besuchten keinen Sprachkurs. Ihre Sprachkenntnisse haben sie meistens bei der Arbeit erworben bzw. übernahmen sie von ihren Kindern, die hier die Schule besucht haben. Dadurch sind die Kenntnisse der deutschen Sprache häufig nicht perfekt. Sie benutzen oft muttersprachliche Ausdrücke. In den deutschsprachigen Altenclubs wurden sie häufig ausgelacht oder aber nicht wahrgenommen. Viele Teilnehmerinnen haben sich deswegen in die auf ihre Nationalität bezogenen Vereine zurückgezogen. Die dortige geschützte Atmosphäre diente jedoch nicht der Integration.

Die ehemalige gemischte Gruppe des Infrac e.V. förderte den Austausch unter den Migrantinnen aber auch Kontakte mit den deutschen Seniorinnen. Die internationale Gruppe wurde auch unter den Deutschen begehrenswert, so dass zwei Deutsche sich entschlossen haben die Treffs zu besuchen. Die neue Gruppe wird auch in der Zukunft nicht für Deutsche und andere Nationalitäten verschlossen bleiben.

Ziele

Die Zahl der älteren Menschen in Frankfurt steigt, unter denen sich auch immer mehr ältere Migranten befinden. Sie sind nach Frankfurt bzw. nach Deutschland schon in den Sechzigern Jahren gekommen. Nach der Zeit der Erwerbsarbeit bleiben übli-

cherweise die meisten in der neuen Heimat. Die Frauen, die jetzt nicht mehr mit der Erwerbsarbeit und Erziehung der Kinder beschäftigt sind, suchen auch Möglichkeiten eigene Interessen wahrzunehmen. Die niederschweligen Angebote, wie z. B. gemeinsame Ausflüge, Exkursionen, Besichtigungen von Einrichtungen in verschiedenen Bereichen wie der Altenpflege, Migrationsvereine, Beratungsstellen usw. sollen, genauso wie gemeinsame Treffs, dem Austausch der Nationalitäten, Kulturen sowie der Religionen dienen. In den Gesprächen, in denen man die eigene Muttersprache nicht einsetzen kann, werden die Deutschsprachkenntnisse genutzt und erweitert. Wir wollen keinen Sprachkurs im konservativen Sinne durchführen. Die Teilnehmerinnen sollen mit Spaß und fast unbewusst neue Wörter und Ausdrücke lernen. Um einen regelmäßigen Unterricht zu gewährleisten fehlen die Gelder und ein entsprechendes Konzept. Dies ist auch nicht im Rahmen der Ehrenamtlichkeit durchzuführen.

Der Austausch während der Gespräche und Treffs animiert die Teilnehmerinnen, sich über verschiedene Themen des Alltags zu äußern und zu diskutieren. Neben den Gesundheitsthemen, Rentenangelegenheiten, Politik, Geschichte werden oft die familiären Probleme angesprochen.

Zu den geplanten Veranstaltungen gehören:

1. Besuch der Beratungsstelle Pro Familia – sollte der Verbesserung der Kenntnisse bezüglich der gesundheitlichen Krebsvorsorge dienen.
2. Besuch der Migrationsausstellung im Historischen Museum.
3. Teilnahme am Sommerfest und Eröffnungsfest des neuen Pflegeheimes des Frankfurter Verbandes, Victor-Gollancz-Haus in Frankfurt-Höchst. Das Pflegeheim beherbergt eine Moslemische Gruppe.
4. Besuche bei den Migrationseinrichtungen, wie z. B. OASI in Höchst.
5. Teilnahme an einem italienischen Sommerfest.
6. Gedächtnistraining, Bastel-, Sport- und Gymnastikangebote.
7. Teilnahme an einer Modenschau für Seniorinnen.
8. Ausflug nach Fulda und Trier.

9.4.4 Partizipation partnerschaftlich initiiert Bürgerinnen und Bürger am Runden Tisch

9.4.4.1 Beispiel Runder Tisch „Zur Situation von Lesben und Schwulen in Frankfurt“

Autorin und Autor: Ulrike Habert, Hans-Peter Hoogen, Februar 2005

Vorbemerkung

Im Bericht des Magistrats vom 9.7.2004 heißt es: (Zitat) „Das Angebot an sozialer, kultureller und ökonomischer Infrastruktur in Frankfurt ist nicht ausreichend auf die besonderen Bedürfnisse der Lesben und Schwulen abgestimmt. Dabei fehlt es oft nicht an gutem Willen, sondern es fehlt an der Sensibilität für die spezifischen Problemlagen.“ und weiter (Zitat): „Vor diesem Hintergrund hat das Frankfurt Forum - Initiative für einen Runden Tisch zur Situation von Lesben und Schwulen in Frankfurt - vorgeschlagen, gemeinsam mit Stadtverordneten und Dezernaten im Rahmen eines runden Tisches die Situation von Lesben und Schwulen in Frankfurt zu untersuchen und zu verbessern, um damit ein Signal für ein neues und konstruktives Miteinander zu geben.“⁸

Die Stadtverordnetenversammlung hat mit ihrem Beschluss am 28.9.2001 die Einsetzung eines Runden Tisches und damit den Weg für eine partizipative Planung vorgegeben. Im Zeitraum vom März 2002 bis zum Juni 2004 haben Bürgerinnen und Bürger aus dem Frankfurt Forum, Stadtverordnete und das federführende Magistratsmitglied in gemeinsamen Sitzungen Ergebnisse erarbeitet, die im o. g. Magistratsbericht dokumentiert sind.

Der Runde Tisch hat zu unterschiedlichen Themen Fachgruppen eingesetzt.: (Zitat) „Aufgabe der Fachgruppen war es, mit den zuständigen Stadtverordneten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung sowie Expertinnen und Experten Gespräche zu führen, um Maßnahmeempfehlungen für die Verbesserung der Situation von Lesben und Schwulen in Frankfurt zu erarbeiten.“⁹

Die Fachgruppe Alter des Frankfurt Forum hat sich bereits erfolgreich für die Verbesserung der Situation von Lesben und Schwulen eingesetzt und sich an der Realisie-

⁸ Bericht des Magistrats in Frankfurt am Main vom 9.7.2004, B 454, S.2

⁹ ebenda, S.3

rung einzelner Maßnahmen beteiligt. Die Fachgruppe begleitet die Umsetzung der Beschlüsse des Runden Tisches weiterhin.

Beispielhaft sind hier aufgenommen die Konzepte zu den Informations- und Beratungstelefonen für ältere und alte Lesben sowie für ältere Schwule. Sie sind als Kooperationsmodelle entworfen, die die Ressourcen einer Bürgerinitiative und eines freien Trägers bündeln, um die Beratungstelefone mit haupt- und ehrenamtlicher Arbeit zu verwirklichen.

Die partizipative Vorgehensweise ist somit auf der Planungsebene wie auch der operativen Arbeitsebene bis zu den bis heute erzielten Ergebnissen realisiert worden.

Zur Situation älterer Lesben und Schwulen

Die Lebenserfahrung lesbischer und schwuler älterer und alter Menschen ist geprägt davon, dass ihre sexuelle Orientierung zu einem Großteil ihres Lebens in der Gesellschaft fast durchweg verpönt war und männliche Homosexualität bis 1969/72 unter Strafe stand. Erst 1994 folgte die endgültige Streichung des § 175 aus dem Strafgesetzbuch. Deshalb ist der Anteil der versteckt lebenden Lesben und Schwulen unter der älteren Bevölkerung besonders groß. In Frankfurt leben schätzungsweise 8.000 Lesben und Schwule über 60.

Im März 2002 fand die konstituierende Sitzung des Runden Tisches zur Situation von Lesben und Schwulen in Frankfurt mit der Frankfurter Stadtverwaltung statt. Die Interessen der Lesben und Schwulen wurden durch das Frankfurt Forum vertreten. Das Frankfurt Forum ist ein Zusammenschluss von Lesben und Schwulen, der sich für die Verbesserung der Situation von Lesben und Schwulen in Frankfurt einsetzt und die Umsetzung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zu den Maßnahmeempfehlungen des Runden Tisches begleitet.

Die Fachgruppe „Alter“ dieses Runden Tisches hat sowohl mit dem Sozialdezernenten und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung als auch mit Vertreterinnen und Vertretern der Wohlfahrtsorganisationen AWO, Caritas, Diakonie, Frankfurter Verband, jüdisches Altersheim und DPWV Gespräche geführt.

Aus diesen Gesprächen resultiert die Erkenntnis, dass bisher in Frankfurt die Belange älterer Lesben und Schwuler weder von Seiten der Stadt noch von Seiten der pro-

fessionellen Alteneinrichtungen überhaupt wahrgenommen wurden. Es herrscht verbreitet Unkenntnis über die spezifischen Bedürfnisse lesbischer und schwuler Seniorinnen und Senioren. Aufgrund der Verfolgung von Homosexuellen im „3. Reich“ und in der Nachkriegszeit, haben viele der Betroffenen im Verborgenen gelebt und bis heute nicht den Mut gehabt, sich zu ihrer Homosexualität zu bekennen. Deshalb waren diese Menschen in der Regel auch nicht in der Lage, ihre eigenen Wünsche und Bedürfnisse selbstbewusst zu artikulieren. Hinzu kommt, dass Lesben und Schwule von Heterosexuellen weitgehend nur in ihrer anderen Sexualität wahrgenommen werden, ihre unterschiedlichen Biographien mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen und anders gestaltete Lebensumständen aber keine Würdigung finden. Dies führt dazu, dass häufig neben dem meist fehlenden familiären Rückhalt auch der Freundeskreis begrenzt ist, so dass die Wahrscheinlichkeit der Vereinsamung relativ hoch ist.

Nach Meinung des Runden Tisches ergibt sich daraus ein zwingender Handlungsbedarf. Wichtig ist es vor allem, das Leben der älteren Lesben und Schwulen in unserer Stadt sichtbar zu machen, sie gezielt anzusprechen, ihnen konkrete Angebote zu machen, sowie Beratungsangebote und Wohn- und Pflegeeinrichtungen zu initiieren. An die Stadtverwaltung geht die Bitte, künftig offensiv und aktiv die Probleme und Bedürfnisse der älteren Lesben und Schwulen aufzugreifen und deutlich zu machen, dass sie in dieser Stadt willkommene und geachtete Bürgerinnen und Bürger sind.

Bereits erzielte Ergebnisse

Im Rahmen der oben erwähnten Gespräche wurden bereits die folgenden Maßnahmen umgesetzt:

- Es wurde ein Flyer „Angebote für ältere Lesben und Schwule in Frankfurt“ erstellt, der an die Träger der Altenhilfe verschickt wurde und der im Rathaus für Senioren wie anderen städtischen Einrichtungen der Altenhilfe ausliegt.
- Im Rahmen der Aktionswoche „Älter werden in Frankfurt“ im Oktober 2003 und 2004 wurde von den Betroffenen selbst die gebotene Plattform genutzt und Veranstaltungen für ältere Lesben und ältere Schwule angeboten.

- Der Verein Altenpflegayheim e.V. wird ein Altenwohn- und Pflegeheim für Lesben und Schwule und ihre Freunde in Frankfurt errichten. Die Stadt Frankfurt hat 2003 die Bedarfsanalyse finanziert, die vom Altenpflegayheim e.V. durchgeführt wurde.
- Die Fachgruppe Alter hat die Anliegen der Lesben und Schwulen beim Seniorenbeirat vorgetragen.
- Durch Initiative des Rundes Tisches fand im November 2003 die erste Fortbildungsveranstaltung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Altenpflege zum Thema Lesben und Schwule in Frankfurt statt.
- Öffentlichkeitsarbeit:
 - Die Aufgaben des Runden Tisches zur Situation von Lesben und Schwulen in Frankfurt wurde in einem Artikel der Frankfurter Seniorenzeitschrift vorgestellt.
 - Auf der Internetseite www.aelterwerden-in-frankfurt.de wurden die beiden Gruppenangebote für ältere Lesben und Schwule aufgeführt.

Informations- und Beratungstelefone

für lesbische Seniorinnen und schwule Senioren

Die Stadtverordnetenversammlung hat mit Beschluss vom 25.11.2004 entschieden, dass Beratungstelefone jeweils für ältere Lesben und ältere Schwule eingerichtet werden sollen. Dies ist wichtig, da der Information und Beratung der älteren Lesben und Schwulen eine herausragende Bedeutung zukommt. Zudem könnte auf diese Weise in Erfahrung gebracht werden, welche Formen von Angeboten und Unterstützungen für ältere Lesben und Schwule notwendig sind und umgesetzt werden können.

Die Erfahrung in der Beratungsarbeit zeigt, dass ältere und alte Lesben und Schwule den Weg in professionelle lebensspezifische Einrichtungen häufig nicht gehen. Auch subkulturelle Kontexte in denen soziale Kontakte möglich sind, werden in der Regel gemieden, was einer sozialen Isolation von älteren und alten Lesben Vorschub leistet.

Um die Zielgruppe zu erreichen, ist es daher unbedingt erforderlich, niedrighschwellige Angebote zur Verfügung zu stellen.

Für lesbische Frauen gibt es seit mehr als 12 Jahren die Lesben Informations- und Beratungsstelle e.V. (LIBS), die auch älteren Lesben offen steht. Mittel für eine Telefonberatung dieser spezifischen Gruppe durch eine entsprechend qualifizierte Beraterin waren jedoch bislang nicht vorgesehen. Auch hier ist ein niedrighschwelliger Anlaufpunkt außerhalb der lesbischen Szene wesentlich, da vor allem ältere Lesben den Zugang zu Szeneangeboten eher nicht finden werden. Dabei würden Kosten entstehen für einen Telefonanschluss, einen Anrufbeantworter sowie das Honorar für 2 Stunden pro Woche für eine entsprechend qualifizierte Beraterin (siehe anliegendes Konzept „Informations- und Beratungstelefon für ältere und alte Lesben“).

Für schwule Männer - unabhängig vom Alter - existiert eine Beratung bisher nur im Rahmen der professionellen Angebote der AIDS-Hilfe Frankfurt. Einer möglichen Nutzung dieser Angebote stehen allerdings die Schwellenängste älterer Homosexueller sowohl zum Thema AIDS als auch zum Thema Schwul entgegen, auch weil sich das Gros dieser Bevölkerungsgruppe sprachlich nicht als schwul identifiziert. Andere professionelle Beratung im schwulen Szenebereich gibt es im Gegensatz zu anderen Großstädten in Frankfurt nicht. Um älteren homosexuellen Männern, die von den Angeboten der AIDS- und Schwulen- Szene nicht angesprochen werden, Hilfe anzubieten, soll ein niedrighschwelliger Anlaufpunkt außerhalb der Schwulenszene geschaffen werden. Das Institut für Sozialarbeit e. V. hat hierfür seine Kooperation und einen Raum angeboten. Für die Telefonberatung entstehen im Anlaufstadium Kosten für einen Telefonanschluß, einen Anrufbeantworter sowie das Honorar für 2 bis 4 Stunden pro Woche. Ob Bedarf für eine persönliche Anschlussberatung besteht, für deren Honorierung auch Mittel zur Verfügung gestellt werden müssten, wird sich erst noch herausstellen. Der Berater sollte über 50 Jahre und schwul sein und die erforderliche Qualifikation haben (siehe anliegendes Konzept „Informations- und Beratungstelefon für ältere Schwule“).

Noch umzusetzende Maßnahmen

Veranstaltungen im Rahmen der traditionellen Altenhilfe

Das Frankfurt Forum wünscht sich, dass die Einrichtungen der traditionellen Altenhilfe auch Räume für Veranstaltungen für ältere und alte Lesben und ältere und alte Schwule zur Verfügung stellen. Gleichzeitig sollen für die Organisation von solchen Veranstaltungen auch personelle Ressourcen verfügbar sein.

Im Rahmen der Altenhilfe sollten auch Veranstaltungen für alle Seniorinnen und Senioren zum Thema ältere und alte Lesben und Schwule angeboten werden.

Informationsschriften

Das Frankfurt Forum wünscht sich, dass der Frankfurter Verband und andere städtische Einrichtungen richtungweisend und beispielgebend zum Ausdruck bringen, dass Lesben und Schwule in den Alteneinrichtungen ausdrücklich willkommen sind. Ein konkreter Schritt dazu wäre die Aufnahme eines entsprechenden Hinweises in die Informationsschriften und Aufnahmebögen der stationären Häuser sowie die Verankerung dieser Vorgaben im Rahmen der internen Qualitätssicherung und Fortbildung. Dies könnte ein Anreiz für andere Träger sein, diesem Beispiel zu folgen.

Dabei könnte entsprechend der Antidiskriminierungs-Richtlinie der Stadt Frankfurt auf die Tatbestände der Nichtdiskriminierung ausdrücklich hingewiesen werden.

Flyer

Massive Defizite bestehen in der Information der älteren Lesben und Schwulen. Weil viele Angehörige dieser Personengruppe äußerst zurückgezogen und in der Regel allein leben, ist es schwierig, ihnen Information und Hilfe näher zu bringen. Mit einem Faltblatt hat das Frankfurt Forum im Oktober 2002 erstmals die vorhandenen lesbischen und schwulen Angebote und Beratungsstellen für Ältere zusammengefasst. Das Frankfurt Forum wünscht sich, dass die Stadt Frankfurt eine erweiterte Neuauflage finanziell unterstützt und sie in allen Alteneinrichtungen, Beratungsstellen, Apotheken, Seniorinnen und Senioren Vereine etc. verteilt.

Besuchsdienste

Viele ältere Lesben und Schwule leben allein, zurückgezogen und fühlen sich isoliert. Dies ist nicht zuletzt eine späte Folge langjähriger Verfolgung und Diskriminierung. Für diesen Personenkreis ist der Aufbau eines Besucherdienstes auf ehrenamtlicher Basis dringend erforderlich. Er soll dazu beitragen, den älteren Lesben und Schwulen wieder Lebensmut zu vermitteln und sie gesellschaftlich einzubinden. Zur Zeit wird ein entsprechendes Konzept erarbeitet. Das Frankfurt Forum empfiehlt der Stadt, diese Initiative im Rahmen ihrer Möglichkeiten aktiv zu unterstützen.

9.4.4.1.1 Informations- und Beratungstelefon für ältere und alte Lesben

Lesben Informations- und Beratungsstelle e.V.
in Zusammenarbeit mit dem Institut für Sozialarbeit e.V.

Autorin: Ulrike Habert, Februar 2005

Antragstellerin

Die Lesben Informations- und Beratungsstelle e.V. (kurz LIBS genannt) ist ein gemeinnütziger Verein mit inzwischen über zwölfjähriger Tradition. Sie verfolgt das Ziel, den Ursachen und Folgen gesellschaftlicher Diskriminierung und Ausgrenzung von lesbischen Mädchen und Frauen entgegenzuwirken und einen Beitrag zur Akzeptanz und Gleichwertigkeit unterschiedlicher Lebensformen zu leisten.

Ältere Lesben - in Form einer selbst organisierten Gruppe - haben im LIBS seit der Gründung einen zentralen Platz eingenommen. Seit einem Jahr hat Ulrike Habert den Arbeitsbereich Ältere Lesben ehrenamtlich übernommen. Ulrike Habert ist Teilnehmerin in der Fachgruppe Alter des Runden Tisches mit der Frankfurter Stadtverwaltung zum Thema Lesben und Schwule in Frankfurt. Sie hat als Vertreterin der Lesben Informations- und Beratungsstelle e.V. beim bundesweiten Treffen der Lebensberatungsstellen 2003 einen Vortrag zum Thema „Lesbische Seniorinnen“ gehalten und ist als externe Beraterin beim hessischen Sozialministerium zum Thema schwule und lesbische Seniorinnen und Senioren tätig. Sie ist gemeinsam mit Corry Knijff (Sozialtherapeutin, Erfahrung mit der Leitung von Gruppen älterer Lesben) für die Planung und Organisation des Beratungstelefons zuständig. Beide haben an der bundesweiten Fachtagung „Lesben und Alter“ im Oktober 2004 in Hamburg teilgenommen.

Hintergrund

Die älteren und alten Lesben sind in Frankfurt eine kaum sichtbare Bevölkerungsgruppe. Grund dafür ist nicht zuletzt die Tatsache, dass die Generation der älteren Lesben und Schwulen noch hautnah die Zeit der strafrechtlichen Verfolgung auf Grundlage des § 175 StGB erlebt hat, sowohl in der Nazi-Zeit als auch danach. Viele der Betroffenen haben im Verborgenen gelebt und bis heute nicht den Mut gehabt, sich zu ihrer Homosexualität zu bekennen. Deshalb sind sie in der Regel auch nicht in der Lage, ihre eigenen Wünsche und Bedürfnisse selbstbewusst zu artikulieren.

Die Erfahrungen in der Beratungsarbeit zeigen, dass ältere und alte Lesben den Weg in professionelle lesbenspezifische Einrichtungen häufig nicht gehen. Auch subkulturelle Kontexte in denen soziale Kontakte möglich sind, werden in der Regel gemieden, was einer sozialen Isolation von älteren und alten Lesben Vorschub leistet. Auf dem bundesweiten Treffen von Lesben-Beratungsstellen in Köln (November 2003) ergab der Austausch zu diesem Thema, dass verschiedentlich dazu übergegangen wird, in Angeboten für ältere Lesben den Begriff „Lesben“ durch „frauenliebende Frauen“ zu ersetzen, um diese Zielgruppe erreichen zu können.

Hinzu kommt, dass Lesben und Schwule von Heterosexuellen weitgehend nur in ihrer Sexualität wahrgenommen werden, ihre unterschiedlichen Biografien mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen und anders gestalteten Lebenskontexten aber keine Würdigung finden. Dies führt dazu, dass häufig neben dem meist fehlenden familiären Rückhalt auch der Freundeskreis begrenzt ist, sodass die Wahrscheinlichkeit der Vereinsamung relativ hoch ist.

Um die Zielgruppe wirklich zu erreichen, ist es daher unbedingt erforderlich niedrigschwellige Angebote zur Verfügung zu stellen.

Ziel

Ziel des Informations- und Beratungstelefon ist es, häufig isoliert lebenden älteren und alten Lesben die Möglichkeit zu geben, sich beraten und informieren zu lassen – ggf. auch anonym – bezüglich der Angebote, die es für ältere Lesben in Frankfurt gibt. Auf diese Weise kann eine Hilfestellung für die spezielle Lebenslage gegeben werden, um so der Vereinsamung mit all ihren negativen sozialen Konsequenzen entgegenzuwirken.

Zusätzlich möchten wir auf diese Weise herausfinden, welche Formen von Angeboten und Unterstützung für ältere Lesben notwendig sind und umgesetzt werden können.

Zielgruppe

Zielgruppe sind frauenliebende Frauen über 50 aus dem gesamten Stadtgebiet Frankfurt am Main. Dieses Angebot orientiert sich an der speziellen Lebenssituation älterer Lesben, die sich in den zahlreichen Angeboten für Seniorinnen nicht wiederfinden.

Methode / Ablauf

Das Informations- und Beratungstelefon soll zwei Stunden wöchentlich besetzt sein. Der Telefonanschluss wird eine Telefonnummer des Instituts für Sozialarbeit e.V. haben und wird auch als Beratungsangebot des Instituts für Sozialarbeit e.V. in Zusammenarbeit mit der LIBS dargestellt. Die Beraterin (Sozialtherapeutin) wird zu den angegebenen Zeiten in den Räumen der LIBS anwesend und dort über eine Rufumleitung zu erreichen sein. Die Einrichtung der Rufumleitung ist deshalb sinnvoll, da in den Räumen der LIBS alle notwendigen Unterlagen vorhanden sind, auf die u. U. zurückgegriffen werden muss. Zudem sind die Räume in der LIBS nutzbar, sodass das Institut für Sozialarbeit keinen zusätzlichen Arbeitsplatz für die Telefonzeit bereitstellen muss.

Die Beraterin wird außerdem 1-2 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen gewinnen und einarbeiten, so dass diese den Telefondienst teilweise übernehmen können. Die Beraterin wird diese ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen im Rahmen von Teambesprechungen anleiten und begleiten.

Kosten

Kosten: 2 St. x 52 Wochen a 20,-€ = 2080,-€ pro Jahr
(Telefonberatung bzw. Teambesprechung)

Die Kosten für den Telefonanschluss werden vom Institut für Sozialarbeit e. V.¹⁰ getragen.

¹⁰ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: siehe Fußnote 4

9.4.4.1.2 Informations- und Beratungstelefon für ältere Schwule

Initiative Telefonberatung für ältere homosexuelle Männer
in Zusammenarbeit mit dem Institut für Sozialarbeit e. V.¹¹

Autoren: Klaus G. Rückel, Hans-Peter Hoogen, November 2005

Ausgangssituation

In Frankfurt leben etwa 8000 Schwule und Lesben, die über 60 Jahre alt sind. Eine prozentuale Aufteilung nach Männern und Frauen gibt die Statistik nicht her. Die hier angestellten Betrachtungen beziehen sich auf schwule Männer, da sich die Situation lesbischer Frauen aus vielerlei Gründen anders darstellt. Nach übereinstimmender Einschätzung der Kenner der schwulen Szene, sind dort nur wenige ältere homosexuelle Männer anzutreffen. Wissenschaftliche Untersuchungen und die Auswertung von Fragebogenaktionen kommen zu dem Ergebnis, dass viele ältere Schwule sehr abgeschottet leben und unter ihrer Einsamkeit leiden. Viele der Älteren waren früher verheiratet, haben aber heute oft kaum noch Kontakte zur Familie. Kontakte zu Altersgleichen haben manche an den Treffpunkten der homosexuellen Subkultur geknüpft. Begegnungen fanden meist im privaten Rahmen statt. Aus Furcht vor Diskriminierung haben sie häufig ein Doppelleben geführt. Arbeitskollegen, Nachbarn und Freunde und Bekannte durften nichts erfahren. Dieses Verhalten ist nicht zuletzt eine Folge langjähriger Verfolgung und Diskriminierung der Homosexuellen. Auch die Erkenntnisse der professionellen Einrichtungen der Altenhilfe belegen, dass Homosexualität dort von den Verantwortlichen nicht thematisiert wird.

Zielsetzung

Angestrebt wird die Einrichtung eines Beratungstelefons. Da die potentiellen Nutzer häufig Schwellenängste beim Kontakt mit schwulen Institutionen und Beratungsdiensten haben dürften, muss dieses Angebot in einem unabhängigen neutralen Rahmen stattfinden. Auch städtische Stellen und soziale Dienste können diese Arbeit nicht leisten, weil ihnen die Detailkenntnis der Lebenswelt schwuler Männer fehlt und institutionellen Einrichtungen oft generell mit großem Misstrauen begegnet wird. Das Beratungstelefon ist als Anlaufstelle für Informationen und Kontakte gedacht. Im Vordergrund steht das Angebot an den Ratsuchenden, mit einem schwulen Mann über

¹¹ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: siehe Fußnote 4

Lebenslagen und Probleme zu sprechen und Fingerzeige für Hilfe und Problemlagen aufzuzeigen. Wir wollen versuchen, ein Vertrauensverhältnis aufzubauen, das dann je nach Wunsch zu weiteren Gesprächen und Kontakten führen kann. Unser Ziel ist es, den älteren Schwulen Mut zu machen und ihnen zu helfen, ihre Isolation und Einsamkeit zu überwinden. Aufgabe des Beratungstelefon ist es dagegen nicht, konkrete detaillierte Beratungen in eigener Regie durchzuführen. Hier muss mit fachlich kompetenten Stellen kooperiert werden.

Qualifikation des Beraters

Der Berater sollte möglichst über fünfzig Jahre alt sein. Er muss die Probleme älterer und alter Schwuler kennen, in der Führung von Gesprächen Erfahrung haben und über eine gute Kenntnis der sozialen Infrastruktur in Frankfurt verfügen. Erfahrungen in der schwulen Szene werden vorausgesetzt. Eine gezielte vorbereitende Schulung wird angestrebt.

Umsetzung / Organisation / Finanzierung

Nach vorbereitenden Gesprächen hat sich das Institut für Sozialarbeit e. V.¹² bereit erklärt, ein bis zweimal wöchentlich für jeweils 2 Stunden einen Raum und einen Telefonanschluss unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Der Name des Instituts würde nach außen hin nicht in Erscheinung treten. Auch für eventuelle persönliche Gespräche wäre ein Raum vorhanden.

Eines der größten Probleme liegt darin, ein Beratungstelefon für ältere Schwule öffentlich bekannt zu machen und die Zielgruppe zu erreichen. Dies muss durch eine professionell ausgerichtete Werbekampagne erfolgen (Flyer, Plakate, Aufkleber). Parallel muss die lokale Presse angesprochen werden, ebenso Szenepublikationen und Seniorenzeitschriften. Auch das Schalten von Kleinanzeigen wird erwogen. Die Initiative „Mahnmal Homosexuellenverfolgung“ und der Völklinger Kreis „Gay-Manager e.V.“ finanzieren als Sponsoren eine Plakataktion und andere Informationsmaterialien.

¹² Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: siehe Fußnote 4

Das Honorar wird 20,-€ pro Stunde betragen. Das Beratungstelefon soll im Jahr 2006 einmal wöchentlich für 2 Stunden besetzt sein. Die Übernahme der Kosten für die Schulung des Beraters ist noch nicht abschließend geklärt.

Übergreifende Kooperation / ehrenamtliches Engagement

Mit der Bereitstellung dieses Beratungstelefons betreten wir Neuland. Wir müssen Erfahrungen sammeln, uns auf Bedürfnisse und Wünsche einstellen und gegebenenfalls unsere Konzeption daran anpassen. Dazu ist eine enge und permanente Kooperation zwischen dem professionellen Berater am Telefon und den ehrenamtlich tätigen Begleitern des Projekts erforderlich. Dieser partizipative Ansatz zielt auch auf die Zusammenarbeit mit anderen schwulen Gruppen und Organisationen ab. Dieses Beratungsprojekt erfordert ein erhebliches Engagement ehrenamtlich arbeitender Menschen, sowohl was die Konzeption, die Organisation, die Bewerbung als auch die Durchführung und Begleitung angeht.

Träger der Initiative / Kooperationspartner

Die „Initiative Telefonberatung für ältere homosexuelle Männer“ wird zurzeit von folgenden Personen getragen: Hans-Peter Hoogen, Georg Linde, Klaus G. Rückel. Norbert Dräger wird für das Jahr 2006 die Beratung übernehmen.

Mit dem Institut für Sozialarbeit e. V.¹³ wurde vereinbart, dass dort ein Postfach für uns eingerichtet wird. Für den Eingang von Sponsorengeldern und öffentlichen Zuschüssen wird unter dem Dach des Institutes ein Konto eröffnet.

9.4.4.2 Literaturhinweise zu Kapitel 9.4.4

- **Alte Hasen, junges Herz.** Schwule und Lesben machen Geschichten, Berlin 1996, Albino Verlag.
- Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport (Hrsg.): Studie "**Älter werden – Ältere Lesben und Schwule in Berlin**", Berlin 2002
- Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport (Hrsg.): **Anders sein und älter werden - Lesben und Schwule im Alter.** Dokumentation der Fachtagung vom 22./23. November 2002

¹³ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: siehe Fußnote 4

- **Bühmann**, Traude: Faltenweise - Lesben und Alter, Berlin 2000
- Intervention e.V.: Lesben und Alter, Dokumentation der Fachtagung vom 22.-24.10.2004 in Hamburg
- **Stempel**, Hans & **Ripkens**, Martin, Das Glück ist kein Haustier, München 2001, DTV
- **Stümke**, Hans-Georg, Älter werden wir umsonst, Berlin 1998, Verlag Rosa Winkel.

9.4.5 Fazit

Bürgerinnen und Bürger, wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände haben ihr Wirkungs- und Arbeitsfeld in Erfahrungs- bzw. Expertenberichten vorgestellt. Ihre Beiträge zur Partizipativen Altersplanung im Vergleich machen deutlich, wie unterschiedlich Partizipation Gestalt annehmen kann in Bezug auf Wirkungsfelder, die Qualität der Kooperationspartnerschaften und strukturelle Differenzierungen.

Wir sehen, dass durch motivierende und unterstützende Angebote seitens der Träger und die partnerschaftliche Zusammenarbeit der Beteiligten „auf Augenhöhe“ Schritte in die gesellschaftliche Mitverantwortung getan sind, vor allem im überschaubaren Raum von Quartier und Stadtteil.

Maß und Form der Unterstützung sind zwischen den Partnern, dem Projektverlauf angemessen, immer neu auszuhandeln. Die Idealvorstellung, dass sich Bürgerinnen und Bürger mit Hilfe angemessener Unterstützungsleistungen soweit emanzipieren, dass sie ihre gemeinwesenorientierten Ziele selbst verwirklichen können, darf nicht voraussetzende Bedingung sein – etwa um den Einsatz der Mittel zu rechtfertigen – kann sich aber erfüllen.

Das Beispiel Wohnnetz „Neue Nachbarschaften“ zeigt uns diese – wünschenswerte – Entwicklung in einer Bürgerinnen-Initiative, die in differenziert strukturierten Netzwerken operiert. Das Beispiel „Bornheimer Treff“ der Interkulturellen SeniorInnengruppe dagegen veranschaulicht, dass nach dem Entzug der Transferleistungen die Gruppe aus sich heraus nur noch solange lebensfähig war, wie die vormals hauptamtliche Verantwortung ehrenamtlich weiter getragen werden konnte. Hier hat das notwendige Maß an Unterstützung gefehlt durch einen Kooperationspartner, der der Gruppe ihrem Entwicklungspotential entsprechend seine Ressourcen zur Verfügung stellt.

Die Chance bietet sich jetzt, dass Kernpunkte des vorerst gescheiterten Projekts „Bornheimer Treff“ sich im Stadtteilprojekt „Senioren kommunizieren im Alltag“ realisieren, vorausgesetzt, dass die Finanzierung beschlossen wird.

Dank der Projektarbeit „Älterwerden in Niederrad“ ist es gelungen, Akteure zusammenzuführen, die das soziale, wirtschaftliche und gesellschaftliche Vereins-Leben im Stadtteil prägen. Ein neuer Partner wird die örtliche Hauptschule sein, als Bindeglied zwischen Jung und Alt.

Ein Stadtteil ist in Bewegung, stimuliert von einer Vielfalt guter Ideen und vom Engagement der Akteure getragen – Ehrenamtliche und hauptamtliche als Bürgerinnen und Bürger, die sich in „ihrem“ Stadtteil der Verbesserung der Lebensverhältnisse der älteren Menschen verpflichtet fühlen. Die Ansprechpartner bei Trägern und der Stadt haben die Aufgabe, die vielfältigen Initiativen im Projekt zu koordinieren, Vermittler und Förderer des Dialogs zwischen den Projektpartnern zu sein. Als teilnehmende Beobachter und moderierende Begleiter sind sie einerseits Teil des Geschehens und andererseits Bindeglied zwischen Bürgerschaft und Verwaltung.

„Älterwerden in Niederrad“ lädt, ein seinem Modell zu folgen, wenn sich engagierte Bürgerinnen und Bürger auf den Prozess einer partizipativen Alterplanung einzulassen bereit sind.

9.5 Ausblick

Damit Partizipation wirklich gelingen kann und die Gesellschaftspotenziale zur Lösung immer komplexer werdender Aufgaben genutzt werden können, ist die Integration von Partizipationsprinzipien und -instrumenten notwendig.

Dies betrifft im Rahmen der Partizipativen Altersplanung insbesondere die Bereiche Politik, Verwaltung, Kostenträger und Anbieter. Je nach Fragestellung sind auch andere Akteure des Feldes einzubeziehen, z. B. die Wohnungswirtschaft.

Dies gilt für die langfristige Perspektive.

Für die unmittelbare Handlungsperspektive im Anschluss an den vorliegenden Bericht ist

- **die strukturelle Sicherung des initiierten Partizipationsprozesses und der Ergebnisse des Berichts unerlässlich.**

Dies könnte – nach interner Sichtung des PAP-Berichts – zum Beispiel erfolgen durch die

- **Einrichtung einer Kommission für Partizipation- / Bürgerbeteiligung, die den Umsetzungsprozess plant und begleitet.**

Besetzung:

Die Kommission sollte sich aus einer Mehrheit aktiver und geeigneter Bürgervertreter einerseits und aus Politikern und Personal der Verwaltung sowie einschlägigen Dienstleistern mit Entscheidungsbefugnis andererseits zusammensetzen. Dazu wäre eine externe Begleitung, die explizit über Fachkenntnisse und Erfahrung in Kommunalplanung und in Demokratisierungsprozessen verfügt – besonders in der Konstituierungsphase – unverzichtbar.

Entscheidende Voraussetzung für die Mitarbeit in dieser Kommission ist die persönliche und politische Überzeugung, Partizipation in dem hier differenziert gemeinten Sinne zu vertreten und umzusetzen. Inwieweit auf vorhandene Strukturen und Gremien zurückgegriffen werden kann, ist unter dem Aspekt der Ergebnis- und Wirkungsorientierung zu prüfen.

Aufgaben:

Die Kommission wäre mit einer mittelfristigen Aufgabe betraut, die über die Wahlperioden hinausgeht, damit die Kontinuität und Weiterentwicklung der Partizipationsumsetzung nicht gefährdet wird. Ihre Hauptaufgaben wären:

- a. Die Implementierung eines Dialogs mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Ergebnisse dieses Berichts zur Partizipativen Altersplanung (PAP). Dieser Beteiligungsprozess hat mit den zwei Befragungen (repräsentative Befragung und

Fragebogenaktion) und mit den öffentlichen Veranstaltungen (Ankündigung des PAP-Vorhabens durch Dezernent und Liga, Open-Space-Veranstaltung der AG 1) begonnen. Nun sollen die zusammengefassten Ergebnisse an die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben werden und mit ihnen ein Diskussionsprozess angestoßen werden, bei dem die Handlungsmaßnahmen, die umgesetzt werden sollen, und die Priorisierung, die Zuständigkeiten und die Verantwortungen für die Realisierung in gemeinsamer Abstimmung geklärt werden.

- b. Die Begleitung der Umsetzung der vereinbarten Handlungsempfehlungen in kontinuierlicher Rückkopplung mit den Bürgerinnen und Bürgern und der Kommune.
- c. Eine stadtteilbezogene Substruktur ist zu entwickeln, um auf die regionalen Bedarfe und Ansätze reagieren zu können. Dies ist notwendig, da der ausgeführte Lebensraumbezug und die angestrebte erfahrbare Umsetzung durch eine Beschränkung auf überregionale Ansätze und Diskussionen die Entfaltungskraft negativ beeinträchtigen würde.

Anbindung:

Die Kommission könnte direkt beim Magistrat angesiedelt sein, sie sollte aber unabhängig arbeiten. Ihre Ergebnisse sollten für legislative und administrative Entscheidungen bindend sein.

10. Exkurs der Initiative „Alte für Frankfurt– mitgestalten, mitbestimmen“ zur Beteiligung der Frankfurter Bürgerinnen und Bürger 50+ an kommunalen Planungsprozessen

Autor: Heiner Michel

Die Initiative „**Alte für Frankfurt – mitgestalten, mitbestimmen**“ ist von der Arbeitsgruppe 1 zur Partizipativen Altersplanung zur Kooperation eingeladen worden und sie ist dem gern gefolgt.

Hier die Stellungnahme der Initiative „Alte für Frankfurt– mitgestalten, mitbestimmen“ zur Auswertung der Schriftlichen Fragebogenaktion 2004 Frankfurt 50+.¹

10.1 Die zentrale Frage für die Initiative „Alte für Frankfurt - mitgestalten, mitbestimmen“

Für unsere Initiative ist im Gesamthema „Partizipative Altersplanung“ die Frage 32 zentral. Sie heißt: „**Würden Sie sich persönlich an kommunalen Planungsprozessen beteiligen, wenn Ihnen die entsprechenden Mitspracherechte eingeräumt würden?**“²

Diese Frage stellt hohe Ansprüche. Gefragt wird nicht nach Interesse, sondern nach Beteiligung. Es geht nicht um individuelle Altersplanung, sondern um „kommunale Planungsprozesse“. Diese beziehen sich nicht nur auf den Stadtteil, also die eigene

¹ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Explorative – untersuchende - schriftliche (nicht repräsentative) Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main i. V. m. der INBAS- Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, Firma EDV- und andere Dienstleistungen, Joachim Ritter, Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 2004

² Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: siehe auch Kapitel 9.3.3: Die Frage mit den drei Antwortmöglichkeiten: nein / ja / kommt auf das Problem/Thema an haben rd. 87 % der Befragten gültig beantwortet (1.266 von 1.453).
41,9 % würden sich nicht beteiligen (531 von 1.266)
29,4 % würden sich abhängig vom Problem/Thema beteiligen (372 von 1.266)
28,7 % würden sich beteiligen (363 von 1.266)

Wohnumgebung. Das wurde bereits in Frage 11 abgefragt. Hier geht es jetzt um Wohl und Wehe der gesamten Kommune Frankfurt am Main.

Das Ergebnis aus den 1.453 auswertbaren Fragebögen ist erstaunlich: Zwar verwundert es nicht, dass rd. 42 % „nein“ sagen. Aber rd. 29 % antworten ohne Einschränkung mit „ja“! Dazu kommen noch einmal rd. 29 %, die ein eingeschränktes „ja“ sagen, weil es für sie auf die Problemstellung ankommt.

In Zahlen übersetzt hieße das: Der Fragebogen trägt die Überschrift „Frankfurt 50+“. Er geht also davon aus, dass die „Partizipative Altersplanung“ 235.000 Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt umfasst. Davon wollten sich etwa 60.000 vorbehaltlos an „kommunalen Planungsprozessen“ beteiligen. Dazu kommen weitere 60.000, die ihre Bereitschaft von der Relevanz des Themas abhängig machten. Ein deutlicher Trend zeichnet sich ab.

Nun wissen wir wohl, das bei explorativen Befragungen wie Frankfurt 50+ die Aktiven mitmachen. Die aber wollen sich mit auffälligen rd. 58 % an kommunalen Planungsprozessen beteiligen.³ Obwohl die Ergebnisse der schriftlichen explorativen Befragung nicht repräsentativ sind, kann man hier doch zuverlässig auf einen deutlichen Willen nach Beteiligung schließen: Es tut sich ein neues Szenario des Bürgerwillens der Frankfurter 50+ auf.

Das müsste alle Kommunalpolitikerinnen und -politiker interessieren. Alarmiert müssten sie sein, wenn sie die Zusammenhänge mit der vorausgehenden Frage 30 erkennen: „Wie gut fühlen Sie sich mit Ihren persönlichen Interessen und Problemen von den Politikern und gewählten Gremien in Frankfurt vertreten?“⁴

Die Antworten darauf sind einfach niederschmetternd: Nur rd. 11 % fühlen sich „eher gut“ bis „sehr gut“ vertreten, über 40 % dagegen „eher schlecht“ bis „sehr schlecht“.

³ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: rd. 58 % = 735 Antwortende von 1.266 Antwortenden bei 1.453 Befragten insgesamt

⁴ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: siehe auch Kapitel 9.3.2.2: Die Frage mit den vier Antwortmöglichkeiten: sehr gut / eher gut / kommt auf das Problem an / eher schlecht / sehr schlecht haben rd. 87% der Befragten gültig beantwortet (1.270 von 1.453).
rd. 46 % „eher schlecht“ bis „sehr schlecht“ (589 von 1.270)
rd. 43 % kommt auf das Problem an (544 von 1.270)
rd. 11 % „eher gut“ bzw. „sehr gut“ (137 von 1.270)

Ob das nun objektiv richtig ist oder nur das Ergebnis miserabler Information und Vermittlung, auf jeden Fall motiviert es unerwartet viele Ältere zur Einmischung.

10.2 Kritische Betrachtung des Zahlenmaterials

Wie viele sind es wirklich? Können Zahlenangaben überhaupt stimmen, wenn sie besagen, dass über 50 % der Älteren zur Beteiligung an kommunalen Planungen bereit sind? Das lässt sich leicht nachprüfen. Die Auszählungen der Fragen 32 und 30 liegen offen vor. Aber kann man dann der Selbsteinschätzung der befragten Bürgerinnen und Bürger trauen?

Fachleute für Befragungen werden darauf hinweisen, dass hier das Gefühl für bürgerliche Tugenden und Pflichten mit ins Spiel kommt: Es gehört sich einfach, ist Sache der Ehre, sich zu gemeinsamen Pflichten zu bekennen. Ob man sie dann auch ausübt, also tatsächlich aktiv tätig wird, ist eine schwierige Frage. Geschieht das nicht, so liegt das keineswegs nur an Trägheit und Vergesslichkeit.

Wahrscheinlicher ist, dass keine einleuchtenden Handlungsfelder aufgezeigt oder ihr Betreten durch Barrieren wie Behördenschwungel und „Gummiwände“ behindert wurden. Das ist in Frankfurt leider noch die Regel. Mit gutem Grund setzt deshalb die Frage 32 voraus: „**Würden Sie sich ---- beteiligen, wenn Ihnen entsprechende Mitspracherechte eingeräumt würden?**“ Nur unter dieser Bedingung wurde das „Ja“ gegeben.⁵

Die Stadtverordneten und der Magistrat sind dazu grundsätzlich bereit. Deshalb erhielt der Magistrat am 28.02.2002 von der Stadtverordnetenversammlung den Auftrag, „den Altenhilfeplan aus den siebziger Jahren aktuell fortzuschreiben.“ Er kam dem nach und fand dafür zur Unterscheidung von der bisherigen „Altenhilfe und Altenpflege“ zum ersten Mal in Frankfurt den Titel „Partizipative Altersplanung“. Sichergestellt werden sollte die „Einbindung und Mitwirkung älterer Menschen“. Mitwirkung geht bereits über die etwas blasse Mitsprache des Fragebogens hinaus. Aber das wurde noch zugeschrärfert und präzisiert, als Sozialdezernent Franz Frey in der Einladung zu der Aktionswoche „Älter werden in Frankfurt 2003“ nachdrücklich

⁵ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: vgl. Fußnote 2

als Schwerpunkt „Gestalten und Mitbestimmen“ nannte. Sofort gründete sich nach eingehender Diskussion dieser Zusicherung unsere Initiative und gab sich den Namen „**Alte für Frankfurt - mitgestalten, mitbestimmen**“.

Aber wie viele ältere Bürgerinnen und Bürger kennen diese guten Absichten und vertrauen ihnen trotz schlechter Erfahrungen? Es wäre nur allzu verständlich, wenn ein großer Teil die grundsätzliche Bereitschaft zur Beteiligung nur zögernd in Handeln umsetzt. Die kommunalpolitisch Verantwortlichen erhielten dadurch noch eine kurze Frist, sich auf die neue Lage vorzubereiten.

Denn sie wären völlig überfordert, wenn nur einige Tausend jetzt und sofort aktiv tätig werden wollten und ihre Ansprüche auf Beteiligung und die zugesagte „Einbindung und Mitwirkung“ einfordern würden. Aber selbst bei der skeptischen Annahme, nur ein Zehntel bestünde kurzfristig darauf, dann hätten die Kommunalpolitiker der Stadt zwar einen riesigen und wertvollen Schatz an „Experten in eigener Sache“ gewonnen, stünden aber vor unerwartet großen Aufgaben und Pflichten: Sie müssten für umfassende Information und Unterstützung einer großen Zahl von Bürgerinnen und Bürgern sorgen. Die dürfen bei ihrem neuen Engagement auf keinen Fall enttäuscht werden.

10.3 Beteiligung an welchen kommunalen Planungsprozessen?

Die Frage 32 spricht ganz allgemein von „kommunalen Planungsprozessen“. Aber was zählt dazu? Wo überall sind ältere Menschen Experten? Daraufhin muss das weite Feld städtischer Planungen neu gesichtet werden.

Falsch ist sicher die althergebrachte und immer noch übliche Einschränkung auf den Bereich „Soziales“. Zwar gibt es in unserer Stadt unter den 235.000 Menschen über 50 etwa 12.000 Pflegefälle, davon 4.000 in Heimen. Aber 223.000 Bürgerinnen und Bürger brauchen keine Pflege, sondern haben ganz andere Bedürfnisse. Sie wollen „am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können und die Möglichkeit haben, ihr Wohnumfeld nach den eigenen Vorstellungen zu gestalten“. So heißt es im Vorwort zur Schriftlichen Fragebogenaktion 2004.

Das öffnet z. B. Handlungsfelder in den Bereichen Wohnen und Bauen, Verkehr, Bildung, Kultur, Sport- und Bäder, öffentliche Einrichtungen und nicht zuletzt Haushalt und Finanzen. Überall muss geplant werden. Überall läuft Planung noch nach eingespielter Routine. Überall geschieht dabei auch Altersplanung, unumgänglich bei der demografischen Entwicklung. Überall muss sie nun partizipativ und auf die Beteiligung der Älteren ein- und umgestellt werden.

Das fordert von allen Stadtverordnetenausschüssen und Dezernaten ein neues Verständnis, ein neues Bild von Kommunalpolitik und ihrer Planung. Verwaltung und Behörden müssen dann mit Entschiedenheit beauftragt, Orts- und Seniorenbeiräte sowie die Verbände ermutigt werden, dieses neue Denken aufzunehmen und in Praxis umzusetzen.

10.4 Rahmenbedingungen für Mitsprache und Beteiligung

Was brauchen die älteren Bürgerinnen und Bürger, wenn sie sich an Planungsprozessen der Stadt beteiligen wollen und sollen? Die Schriftliche Fragebogenaktion 2004 will laut ihrem Vorwort „die Angebote auf die realen Bedürfnisse abstimmen“. Nun geht es bei Mitsprache, Mitwirkung, Mitgestaltung und Mitbestimmung um mehr als „Angebote“. Es geht um die Schaffung und Gewährleistung notwendiger Rahmenbedingungen. Grundsätzlich muss dabei das Ziel sein, gleiche Augenhöhe bei allen Verhandlungen und in allen Planungsphasen herzustellen. Beteiligung der Älteren an Planungsprozessen ist nicht nur unentbehrlich für die Zukunft der Stadt, sondern verspricht Gewinn. Denn sie sind keineswegs nur „Experten in eigener Sache“, sondern können aus den reichen Erfahrungen ihres Lebens Kompetenzen auf vielen Sachgebieten einbringen. Aber dazu brauchen sie günstige Arbeitsbedingungen, und das erfordert Vorleistungen der Kommune. Unsere Initiative schlägt vor, die im Fragebogen angekündigten „Angebote“ so zu verstehen.

Schwierig wird es sein, die „realen Bedürfnisse“ für die Beteiligung an kommunaler Planung auszumachen. Was gebraucht wird für eine erfolgreiche Arbeit konnten die bereitwilligen Bürgerinnen und Bürger bisher kaum in Erfahrung bringen. Ihre Anfragen und Eingaben und noch mehr die gemeinsamen Ergebnisse der

zahlreichen Initiativen waren lästig, wurden abgeblockt und landeten im Aus. Fast immer endete oft mühsame Arbeit in Enttäuschung und Zorn auf die Verwalter von Dschungel und Gummiwänden.

Die folgende Aufzählung entstand aus den früheren Erfahrungen der etwa 80 Beteiligten an der Initiative „Alte für Frankfurt - mitgestalten, mitbestimmen“. Unsere jetzige Arbeit findet unter selten günstigen Bedingungen statt, eine Ausnahmesituation, für die wir sehr dankbar sind. Trotzdem können wir auch jetzt noch deutliche Defizite bei den „Angeboten“ feststellen.

10.4.1 Was notwendig ist für „Partizipative Altersplanung“ bei kommunalen Planungsprozessen

- **Räume**, in denen sich Initiativen und Arbeitsgruppen regelmäßig und für längere „kommunale Planungsprozesse“ treffen können. Verräucherte und laute Kneipen sowie Privatwohnungen sind dafür völlig ungeeignet. Verbände, Vereine, Kirchengemeinden, aber auch die Stadt und ihre Institutionen müssten gebeten werden, Gastrecht zu gewähren. Für größere Veranstaltungen werden auch Säle benötigt.
- Zugang zu **Bürotechnik**, damit Einladungen, Berichte, Briefe, e-mails, Eingaben und Stellungnahmen geschrieben, kopiert und versandt werden können.
- Ermöglichung von **Öffentlichkeitsarbeit**, also: Plakatierungen, Pressemeldungen, Flugblätter oder Flyer, aktiver Zugang zu den Informationssystemen der Stadt.
- **Transparenz** ist Voraussetzung. Dazu gehört: Rechtzeitige und vollständige Informationen über alle anstehenden Planungsvorhaben der Stadt, über die Vorarbeiten der zuständigen Dezernate und Ämter, über Gutachten, über die Anträge der Stadtverordneten und die Berichte des Magistrats. Wichtige Unterlagen dürfen nicht erst, wie leider üblich, freigegeben werden, wenn die Entscheidungen gefällt sind. Routine und Rituale der Entscheidungsfindung müssen durchschaubar sein. Bei Strukturen und Sprache der Planungsabläufe ist Klarheit herzustellen.

10.5 Einrichtungen, die für die partizipative Altersplanung dringend gebraucht werden

Am 30.12.2002 berichtete der Magistrat den Stadtverordneten: Der Auftrag vom 28.02.2002, „**die Zielsetzung, ein würdiges Leben älterer Menschen in Frankfurt am Main sicherzustellen**“ wird aufgegriffen und erfüllt. Der Magistrat gab der gestellten Aufgabe den Titel **Partizipative Altersplanung: Frankfurt für Alte - Entwicklung von Strukturen und Angeboten für heute und morgen.**

Für die „Entwicklung von Strukturen“ geht es keineswegs nur darum, den älteren Menschen ein würdiges Leben zu gewähren, in Gnaden von oben herab nach unten. Das wäre mit den Hauptamtlichen in darin nicht geübten Behörden, für 235.000 von der neuen Altersplanung 50+ Betroffene, nicht zu schaffen.

Die Zielsetzung, ein würdiges Leben älterer Menschen in Frankfurt sicherzustellen, kann nur von und mit den älteren Menschen selbst erfüllt werden. Die brauchen aber zur Unterstützung ihrer partizipativen Planungstätigkeit Einrichtungen, die schnell geschaffen werden müssen. Zwei davon sollen im Folgenden aus der Sicht und den Erfahrungen der Initiative „Alte für Frankfurt - mitgestalten, mitbestimmen“ kurz dargestellt werden:

a.) Ein Seniorenbeirat und b.) eine effektive Koordinationsstelle für alle an der partizipativen Altersplanung Beteiligten, Ämter und Behörden ebenso wie Bürgerinnen und Bürger.

10.5.1 Der Seniorenbeirat

„Den gibt es doch in Frankfurt schon seit vielen Jahren“, werden Kommunalpolitiker empört erklären. Das ist sicher richtig - nur wissen die Senioren nichts von ihrem Beirat! Mit aller Deutlichkeit hat das 2003 die „Repräsentative Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main“ gezeigt.⁶ Niederschmetternd!

⁶ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Repräsentative Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen der partizipativen Altersplanung der Stadt Frankfurt am Main, i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, der SUZ GmbH, Sozialwissenschaftliches UmfrageZentrum, Duisburg, Frankfurt a. M. 2003

55,2 % kennen diese Einrichtung überhaupt nicht und weitere 37,6 % kennt sie nur dem Namen nach. Schon in Anspruch genommen hat sie 1,1 %. Das heißt: Für mehr als 90 % der Senioren hat dieser Beirat keinerlei Bedeutung, ist bestenfalls ein leerer Name.

Was ist da schief gelaufen? Was sollten wir für die dringend notwendige Neuplanung eines Seniorenbeirats lernen, damit nicht wieder ein untaugliches Instrument entsteht? Grundsätzlich: Falsch ist keineswegs das Engagement und Handeln der heute im Seniorenbeirat ehrenamtlich Tätigen. Sie verdienen unsere volle Unterstützung. Denn noch sind sie durch Strukturen gebunden und in ihren Entscheidungsmöglichkeiten eingegrenzt, auf die sie keinen Einfluss haben. Falsch sind diese Strukturen. Sie wurden aus dem Geist und nach dem Modell einer hierarchisch geordneten Verwaltung konstruiert, ohne Vorstellung für demokratische Formen der Bürgerbeteiligung. Wen wundert es, wenn ein erster Test, die „Repräsentative Befragung“, zu einem vernichtenden Urteil kam.

Die Fehler lassen sich leicht finden. Der Seniorenbeirat ist an die ihm vorgeschriebene Satzung und seine Geschäftsanweisung gebunden. Sie sind kritisch zu sichten:

Die Satzung definiert im § 1 die Aufgaben dieser Einrichtung:

- Der Seniorenbeirat soll die Belange älterer Menschen in Frankfurt im kommunalpolitischen Geschehen zur Geltung bringen.
- Er soll Bindeglied zwischen den älteren Menschen und den städtischen Gremien sein.

Mit diesem Auftrag ließe sich gut leben und arbeiten, auch partizipativ - wenn er nicht durch die Geschäftsanweisung fatal beschnitten würde. Die mindert seine Stellung in ihrem § 2 zur völligen Belanglosigkeit herab:

- Der Seniorenbeirat berät den Magistrat bei wichtigen Angelegenheiten, die die Belange in Frankfurt lebender älterer Menschen betreffen.

Mehr nicht! Damit ist die Seniorenvertretung auf ein für Behörden leicht zu vernachlässigendes Format zurechtgestutzt worden. Aus einer Bürgervertretung, die „Belange zur Geltung“ bringt und „Bindeglied“ ist, wurde auf dem Wege von der Satzung zur Geschäftsanweisung ein Instrument des Magistrats, das lediglich „berät“.

Für den Fall, dass die Vertretung der älteren Menschen mitsprechen und sich beteiligen möchte, legt § 3 der Geschäftsanweisung die geziemende Stellung fest:

- „Der Seniorenbeirat kann Wünsche und Anregungen über den Sozialdezernenten an den Magistrat herantragen, der zu ihnen in angemessener Frist Stellung nehmen wird.“

Diese Obrigkeitssprache mit ihrer Arroganz und Kenntnislosigkeit ist heute kaum zu fassen. Niemand, der die selbstbewusst gewordene ältere Generation ansprechen und erreichen will, wird heute noch so formulieren - außer im Kabarett.

Seltsamerweise steht das aber in der „Neufassung vom 07.10.2002“. Etwa zur gleichen Zeit setzt der Magistrat das neue Ziel „Partizipative Altersplanung“. Dabei ist selbstverständlich, dass Bürgerinnen und Bürger nur dann zu gewinnen sind, wenn ihnen „die entsprechenden Mitspracherechte eingeräumt“ werden. Davon kann bei der vorgegebenen Struktur des Seniorenbeirats keine Rede sein. Und schon deshalb interessiert er über 90% einfach nicht.

Viel schwerer wiegt aber die Frage: Wie kommt diese so weitgehend unbekannte Einrichtung zustande, wer wählt sie? Die Antwort: Niemand. Der Magistrat beschert sie sich selbst:

Die Ortsbeiräte „schlagen je eine Person als Mitglied und je eine Person als Ersatzmitglied vor“. Was dann geschieht, sagt die Satzung im § 3 kurz und bündig:

- „Die Mitglieder und Ersatzmitglieder werden durch den Magistrat berufen.“

Der Seniorenbeirat vertritt also niemanden. Er darf nur beratend dem Magistrat dienen.

Wen von den älteren Menschen in Frankfurt soll eine Einrichtung interessieren, die er nicht gewählt hat, deren Mitglieder er nicht kennt und deren Effektivität er nicht kontrollieren kann? Die nur Wünsche „herantragen“ darf, wenn Durchlaucht huldvoll eine Audienz gewährt, dann aber das Herangetragene schon im Vorzimmer dem Kammerherrn übergeben muss, um geduldig abzuwarten, welche Frist bis zu einer Antwort für „angemessen“ erachtet wird?

Da gibt es heute für die Älteren schnellere und effektivere Wege: Initiativen, Presse und vor allem Kommunalwahlen, bei denen die Generation 50+ inzwischen die Mehrheit der Wahlberechtigten stellt. Diese Mehrheit der Bevölkerung muss und will künftig bei Planungen und Entscheidungen der Kommunalpolitik vertreten sein, aber eben nicht beratend, sondern mitgestaltend und mitbestimmend, in einer für jede Bürgerin und jeden Bürger durchschaubaren Struktur.

Heute, nach der Einführung der „partizipativen Altersplanung“, muss die Forderung nach einem „Seniorenbeirat“ korrigiert und präzisiert werden: Frankfurt braucht dringend eine Vertretung der älteren Menschen in der Stadt, aber die sollte, um Missverständnissen vorzubeugen, besser nicht „Beirat“ heißen. Auf keinen Fall braucht die Alterspolitik unserer Stadt Satzungen und Geschäftsanweisungen für zahnlose Tiger.

Selbstverständlich bleibt es dem Magistrat der Stadt unbenommen, für seine Zwecke Beiräte verschiedenster Art zu berufen. Der Ehrlichkeit halber sollte aber den älteren Bewohnern der Stadt klar gesagt werden, dass es sich dabei nicht um die Vertretung ihrer Interessen handelt. Den Berufenen sollte offen erläutert werden, wie eng in „Beiräten“ die Grenzen ihrer Mitwirkung gezogen sind.

Sehr wahrscheinlich löst solch ein Minimum an politischer Ehrlichkeit bereits fruchtbare Strukturdebatten aus: Wie muss eine Einrichtung beschaffen sein, mit der die älteren Menschen ihre bei der partizipativen Altersplanung entwickelten Interessen wirkungsvoll vertreten können? Wenn Magistrat und Stadtverordnete die von ihnen beschlossene **Partizipative Altersplanung: Frankfurt für Alte -**

Entwicklung von Strukturen und Angeboten für heute und morgen ernsthaft wollen, dann muss hier begonnen werden.

10.5.2 Die effektive Koordinationsstelle für alle an der partizipativen Altersplanung Beteiligten

Übergreifende und bürgernahe Koordination der Frankfurter Altenpolitik durch eine dafür neu zu schaffende Stelle wäre „nachhaltig zu begrüßen“. Diese Erklärung ist nicht neu, kommt keineswegs nur aus Initiativen der Älterwerdenden. Schon der „Sachstandsbericht Ältere Menschen in Frankfurt am Main 2001“⁷, aus dem Dezernat für Soziales und Jugend, forderte dringend die Einrichtung und Ausgestaltung einer „Leitstelle Älterwerden“ und berief sich auf eine Planung „seit längerem“.

Die Begründung hieß damals:

- „Eine Stelle, die sowohl den verschiedenen Ämtern und Fachabteilungen, die mit älteren Menschen befasst sind, als auch den freien Trägern Informationen zur Verfügung stellt und sich aktiv um eine bessere Koordinierung der verschiedenen Aktivitäten bemüht, könnte zu einer wesentlichen Steigerung der Effizienz und Zielgenauigkeit der Seniorenarbeit in Frankfurt führen.“

Dem kann man heute, Jahre später, voll zustimmen. Allerdings stellt sich dann die Frage: Warum wurde das nicht umgesetzt, warum blieb der sorgfältig gearbeitete, nach wie vor lesenswerte Bericht, ziemlich unbeachtet? Einer der Hauptgründe ist wahrscheinlich: Zwischen damals und heute lag eine Kommunalwahl. Diese Wahlen sind wohl so etwas wie das Bermudadreieck für gute Vorhaben. Sie verschwinden als Wracks fast spurlos. Dieses Problem haben alle hierarchisch geordneten Einrichtungen: Mit einem Wechsel der Leitungen werden auch wertvolle Arbeitsergebnisse zu Altpapier. Gegen diese Gefahr sollte die jetzige „Partizipative Altersplanung“ sorgfältig abgesichert werden.

⁷ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: Stadt Frankfurt am Main, Der Dezernat für Soziales und Jugend (Hrsg.), Materialienreihe Jugend und Soziales, H. 1, Sachstandsbericht Ältere Menschen in Frankfurt am Main 2001, Frankfurt am Main 2003

Heute, nach viel verlorener Zeit, muss für die Stadt Frankfurt am Main noch dringender eine effektive Koordinationsstelle gefordert werden, jetzt für alle an der partizipativen Planung Beteiligten. Dabei kann manches aus dem damaligen Text helfen und muss nicht neu erdacht werden. Dafür werden im Folgenden einige Beispiele aus dem „Sachstandsbericht Ältere Menschen in Frankfurt am Main 2001“ zitiert.

Zur Begründung:

- „Die Bürgerinnen und Bürger setzen sich sinnvollerweise bereits lange bevor sie alt sind, mit dieser künftigen Lebensphase auseinander, treffen eigene Entscheidungen und stellen Weichen, damit sie im Alter so leben können, wie es ihren individuellen Bedürfnissen am besten entspricht.“
- „Dieser Prozess sollte durch kommunale Seniorenpolitik aktiv gefördert und unterstützt werden, statt vorwiegend reaktiv auf die Hilfsbedürftigkeit alter Menschen mit Versorgungsangeboten zu reagieren.“
- „Ein solches Verständnis von Seniorenpolitik ist nicht nur bedarfsgerechter, sondern aller Voraussicht nach auch kostengünstiger.“

Zur Arbeitsweise der Koordinationsstelle (damals „Leitstelle“ genannt):

- „Die Leitstelle muss sich als Dienstleistungseinrichtung verstehen und als solche agieren. Wirkungsvolle Koordination kann nicht per Dienstanweisung verordnet werden, sondern sie kommt dann zustande, wenn die beteiligten Akteure daraus konkrete Vorteile für die eigene Arbeit ziehen können.“
- „Der Bedarf an Orientierung im Sinne von
 - Wer macht was?
 - Wer hat was (insbesondere bezogen auf Daten und Informationen)?
 - Wer plant was?ist bei städtischen Stellen und freien Trägern gleichermaßen groß.“
- „Ein Katalog mit Dienststellen, Einrichtungen, Projekten und Initiativen von und für ältere Menschen, der nicht nur Namen, Adressen und Ansprechpartner enthält, sondern die Aufgabenstellung und Arbeitsweise der

jeweiligen Stelle aussagefähig umreißt, wäre ein weiterer wichtiger Bestandteil.“

Wozu eine Koordinationsstelle mittelfristig in der Lage sein sollte:

- „Die wichtigsten Strukturdaten über ältere Menschen und Angebote für sie in aktueller Form vorzuhalten.
- Fachöffentlich Auskunft über alle für ältere Menschen relevanten Angebote in Frankfurt am Main geben zu können.
- Als Schnittstelle zur Seniorenpolitik anderer Großstädte, des Landes Hessens, der Bundesrepublik und der Europäischen Union (neue Gesetze, Programme, Förderrichtlinien und Politikansätze) sowie
- als Schnittstelle zu den Alterswissenschaften zu fungieren.“

Diese guten Ansätze zur notwendigen Einrichtung einer Koordinationsstelle dürfen nicht verloren gehen. Deshalb hat sie unsere Initiative vom Grunde des Bermudadreiecks geborgen und im Licht des Jahres 2005 ausgebreitet.

Allerdings hat sich seit 2001 auch etliches weiterentwickelt. Heute sind die älteren Menschen kommunalpolitisch bewusster geworden. Es reicht nicht mehr zu sagen: „Sie treffen eigene Entscheidungen und stellen Weichen, damit sie im Alter so leben können, wie es ihren *individuellen Bedürfnissen* am besten entspricht.“ **Jetzt wollen sie ihre Stadt vernünftiger planen für ein „würdiges Leben älterer Menschen in Frankfurt“.**

Ein drastischer Beleg dafür ist die Schriftliche Fragebogenaktion 2004 mit der Frage 32:

„Würden Sie sich persönlich an kommunalen Planungsprozessen beteiligen, wenn Ihnen die entsprechenden Mitspracherechte eingeräumt würden?“ Die Antwort darauf, ein „ja“ von über 50 %, war bisher unvorstellbar.⁸ Sie widerspricht dem Bild, das man sich in Behörden und Verbänden von den älteren Menschen als Betreuungsfälle gemacht hat und von dem man sich bis heute in der Altenpolitik nur sehr langsam und schwer trennt.

⁸ Hinweis Stadt Frankfurt am Main, Jugendhilfe- und Sozialplanung: vgl. Fußnote 2

Ein erstaunlich großer Teil der Frankfurter Bürgerinnen und Bürger 50+ hat aber inzwischen verstanden: Die meisten Probleme beim Älterwerden sind nur dann „individuell“ zu lösen, wenn in mühevollen kommunalen Planungsprozessen gute Bedingungen dafür geschaffen werden, z. B. altersgerechtes, würdiges Wohnen, Teilnahme am gesellschaftlichen Leben der Stadt, barrierefreies Erreichen der Ziele im städtischen Umfeld. Daran wollen sie sich beteiligen, fordern dafür allerdings „die entsprechenden Mitspracherechte“.

Unsere Initiative „**Alte für Frankfurt - mitgestalten, mitbestimmen**“ wird mit Nachdruck für bessere Strukturen eintreten, für zügige und transparente Umsetzungen der Planungen und Aufträge. Wir werden gern die Stadtverordneten, sowie die Ämter und Behörden beraten und unterstützen. Dafür hat sich unter den Frankfurtern 50+ eine Menge an Kompetenzen und Erfahrungen angesammelt und wartet nur darauf, abgerufen zu werden. Das erklärt die überraschend hohe Bereitschaft zur Beteiligung an kommunaler Planung bei Einräumung entsprechender Mitspracherechte.

Nur im Notfall, aber dann auch mit Nachdruck, werden wir auf die Zahlenverhältnisse hinweisen: Die Bürgerinnen und Bürger 50+ stellen in Frankfurt heute schon mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten! Sie werden zögerliche Umsetzungen sinnvoller Planungen und Aufträge nicht länger still hinnehmen. Sie wissen: **Vieles von dem, wofür sie jetzt planen und kämpfen, wird erst der nächsten Generation zugute kommen. Aber wenigstens einen entschlossenen und mutigen Beginn des in der „partizipativen Altersplanung“ angezielten „würdigen Lebens“ in einem „Frankfurt für Alte“ wollen sie erleben.**

11. Gesamtverzeichnis der Abbildungen und Tabellen

(Auflistung kapitelweise in der Reihenfolge des Erscheinens)

Nr.	Bezeichnung	Seite
Tab. 2.1.1 (II)	Ältere Menschen 2004	II - 2
Abb. 2.1.1 (II)	Alterspyramide der älteren Menschen in Frankfurt am Main 2004	II - 3
Tab. 2.1.2 (II)	Ältere Frauen und Männer 2004	II - 4
Tab. 2.1.3 (II)	Ältere Deutsche und Ausländer/innen 2004	II - 5
Tab. 2.1.4 (II)	Ausgewählte Nationalitäten 2004	II - 5
Tab. 2.1.5 (II)	Ältere Menschen mit und ohne Ehepartner/in 2004	II - 6
Tab. 2.1.6 (II)	Ältere Menschen nach der Wohndauer an der Adresse 2004	II - 7
Tab. 2.2.1 (II)	Ältere Menschen in der Frankfurter Bevölkerung 1994 und 2004 Im Vergleich	II - 9
Abb. 2.2.1 (II)	Ältere Menschen in der Frankfurter Bevölkerung 1994 und 2004	II - 10
Tab. 2.2.2 (II)	Altersgruppen 1994 und 2004 im Vergleich	II - 11
Tab. 2.3.1 (II)	Modellrechnung „langjähriger Trend“ - Wohnberechtigte Bevölkerung	II - 14
Tab. 2.3.2 (II)	Modellrechnung „langjähriger Trend“ - Wohnberechtigte Bevölkerung Variante 1 mit gesteigerter Lebenserwartung: Gesamteffekt 1980/2002 von Anfang an	II - 14
Tab. 2.3.3 (II)	Modellrechnung „langjähriger Trend“ - Wohnberechtigte Bevölkerung Variante 2 mit gesteigerter Lebenserwartung: Halber Effekt 1980/2002 ab 2011	II - 14
Abb. 2.3.1 (II)	Bevölkerungsentwicklung und Annahmen zur Lebenserwartung - Einwohner/innen 60 bis 64 Jahre	II - 15
Abb. 2.3.2 (II)	Bevölkerungsentwicklung und Annahmen zur Lebenserwartung - Einwohner/innen 65 bis 74 Jahre	II - 15
Abb. 2.3.3 (II)	Bevölkerungsentwicklung und Annahmen zur Lebenserwartung - Einwohner/innen 75 bis 84 Jahre	II - 16
Abb. 2.3.4 (II)	Bevölkerungsentwicklung und Annahmen zur Lebenserwartung - Einwohner/innen ab 85 Jahren	II - 16
Abb. 2.4.1 (II)	Regionale Schwerpunkte der Seniorinnen und Senioren 2004 - Zahl der Einwohner/innen ab 60 Jahren	II - 20

Nr.	Bezeichnung	Seite
Abb. 2.4.2 (II)	Regionale Schwerpunkte der Seniorinnen und Senioren 2004 - Anteile der Einwohner/innen ab 60 Jahren	II - 21
Tab. 2.4.1 (II)	Seniorinnen und Senioren in den Stadtteilen 2004	II - 22
Tab. 2.4.2 (II)	Deutsche und ausländische Seniorinnen und Senioren in den Stadtteilen 2004	II - 24
Abb. 2.4.3 (II)	Stadtteile mit den jeweils 10 höchsten Anteilen von deutschen und ausländischen Senior/innen	II - 25
Tab. 2.5.1 (II)	Ältere Menschen in Seniorenwohnungen und Altenpflegeheimen 2004	II - 29
Abb. 2.5.1 (II)	Bewohnerinnen und Bewohner in Seniorenwohnungen und Altenpflegeheimen	II - 29
Tab. 2.5.2 (II)	Wechsel von der Privatwohnung in eine Seniorenwohnung oder ein Altenpflegeheim 2004	II - 31
Tab. A 2.1.1 (II)	Ältere Frauen und Männer, Deutsche und Ausländer/innen 2004	II - 37
Tab. A 2.1.2 (II)	Ältere Menschen nach Altersjahren 2004	II - 38
Tab. A 2.1.3 (II)	Nationalitätengruppen mit mehr als 50 Einwohner/innen ab 60 Jahren 2004 - sortiert nach der Anzahl der 60-Jährigen und älteren	II - 40
Tab. A 2.1.4 (II)	Ältere Menschen nach Familienstand 2004	II - 41
Tab. A 2.1.5 (II)	Ältere Menschen nach der Wohndauer an der Adresse 2004	II - 42
Tab. A 2.2.1 (II)	Entwicklung der älteren Frauen und Männer, Deutschen und Ausländer/innen 1994 und 2004	II - 43
Abb. A 2.2.1 (II)	Altersaufbau der Frankfurter Bevölkerung 1994	II - 45
Abb. A 2.2.2 (II)	Altersaufbau der Frankfurter Bevölkerung 2004	II - 46
Abb. A 2.3.1 (II)	Altersaufbau der Frankfurter Bevölkerung 2004 - Anfangsbestand für die Bevölkerungsprognose	II - 47
Abb. A 2.3.2 (II)	Altersaufbau der Frankfurter Bevölkerung 2020	II - 48
Tab. A 2.4.1 (II)	Ältere Menschen in den Stadtteilen 2004 – absolut Ältere Menschen in den Stadtteilen 2004 – in %	II - 49
Abb. A 2.4.1 (II)	Frankfurter Wohnsiedlungen mit überdurchschnittlichen Seniorenanteilen 2004	II - 51

Nr.	Bezeichnung	Seite
Tab. A 2.4.2 (II)	Seniorinnen und Senioren in Frankfurter Wohnsiedlungen 2004	II - 52
Tab. A 2.5.1 (II)	Frauen und Männer, Deutsche und Ausländer/innen in Seniorenwohnungen und Altenpflegeheimen 2004	II - 54
Tab. A 2.5.2 (II)	Seniorinnen und Senioren nach der Wohndauer in Seniorenwohnungen und Altenpflegeheimen 2004	II - 55
Abb. 1a (III)	Einschätzung der finanziellen Situation nach Altersgruppe – „gut“ (repräsentative telefonische Befragung);	III - 4
Abb. 1b (III)	Einschätzung der finanziellen Situation nach Altersgruppe – „gut“ (explorative schriftliche - nicht repräsentative - Befragung)	III - 4
Abb. 2a (III)	Einschätzung der finanziellen Situation nach Altersgruppe – „komme gut aus“ (repräsentative telefonische Befragung)	III - 5
Abb. 2b (III)	Einschätzung der finanziellen Situation nach Altersgruppe – „komme gut aus“ (explorative schriftliche - nicht repräsentative - Befragung)	III - 5
Abb. 3a (III)	Einschätzung der finanziellen Situation nach Altersgruppe – „reicht gerade“ (repräsentative telefonische Befragung)	III - 6
Abb. 3b (III)	Einschätzung der finanziellen Situation nach Altersgruppe – „reicht gerade“ (explorative schriftliche - nicht repräsentative - Befragung)	III - 6
Abb. 4a (III)	Einschätzung der finanziellen Situation nach Altersgruppe – „schlecht“ (repräsentative telefonische Befragung)	III - 7
Abb. 4b (III)	Einschätzung der finanziellen Situation nach Altersgruppe – „schlecht“ (explorative schriftliche - nicht repräsentative - Befragung)	III - 7
Abb. 5a (III)	Einschätzung der finanziellen Situation als schlecht, aufgeschlüsselt nach Erwerbsstatus (repräsentative telefonische Befragung)	III - 8
Abb. 5b (III)	Einschätzung der finanziellen Situation als schlecht, aufgeschlüsselt nach Erwerbsstatus (explorative schriftliche - nicht repräsentative - Befragung)	III - 9
Abb. 6 (III)	Umgang mit der Einkommenssituation nach Erwerbsstatus (explorative schriftliche - nicht repräsentative – Befragung)	III - 11

Nr.	Bezeichnung	Seite
Abb. 7 (III)	Zufriedenheit mit der Einkommenssituation nach Wohnsituation (repräsentative telefonische Befragung)	III - 12
Tab. 1 (III)	Einflüsse hinsichtlich des Einkommens und Vermögens im Alter	III - 14
Tab. 1 (IV)	Wohnangebote für Menschen mit Behinderung	IV - 6
Tab. 2 (IV)	Eckdaten Altenwohnanlage Dunantring	IV - 12
Tab. 3 (IV)	Mieterstruktur Altenwohnanlage Dunantring	IV - 15
Tab. 4 (IV)	Kohlbrandstr. 24 – 26	IV - 24
Tab. 5 (IV)	Kohlbrandstr. 28 – 30	IV - 24
Tab. 6 (IV)	Anzahl der Wohnungen insgesamt	IV - 24
Tab. 7 (IV)	Mieterstruktur Altenwohnanlage Kohlbrandstraße	IV - 27
Tab. 8 (IV)	Eckdaten Altenwohnanlage Im Mainfeld 16	IV - 35
Tab. 9 (IV)	Anzahl, Größe und Belegung der Wohnungen insgesamt	IV - 35
Tab. 10 (IV)	Mieterstruktur	IV - 37
Tab. 11 (IV)	Wohnberatungsstellen im Überblick	IV - 89
Tab. 5.1 (V)	Anzahl von eingegangenen und ausgewerteten Fragebögen der Erhebung des Präventionsrates nach Stadtteilen	V - 2
Tab. 5.2 (V)	Soziale Eingebundenheit im Stadtteil	V - 3
Abb. 5.3 (V)	Antworten auf die Frage „Ich fühle mich sozial eingebunden...“	V - 3
Tab. 5.4 (V)	Gefühl der Sicherheit im Stadtteil	V - 5
Tab. 5.5 (V)	Zufriedenheit mit der Sicherheit im Stadtteil	V - 6
Tab. 5.6 (V)	Zufriedenheit mit der Sicherheit im Stadtteil, Umfragen im Vergleich	V - 6
Abb. 5.7 (V)	Zufriedenheit mit der Sicherheit nach Altersgruppen, Umfrage des Präventionsrates	V - 7
Tab. 5.7 (V)	Einschätzung des Wohnangebotes im Stadtteil	V - 9
Tab. 5.8 (V)	Einschätzung der Einkaufsmöglichkeiten im Stadtteil	V - 9
Tab. 5.9 (V)	Einschätzung des Nahverkehrsangebotes im Stadtteil	V - 10

Nr.	Bezeichnung	Seite
Tab. 5.10 (V)	Einschätzung des Freizeit- und Kulturangebotes im Stadtteil	V - 11
Tab. 5.11 (V)	Einschätzung des Angebotes an Ärzten im Stadtteil	V - 11
Tab. 5.12 (V)	Kritik am Angebot für Ältere	V - 12
Tab. 5.13 (V)	Hinderungsgrund „Entfernung“	V - 12
Tab. 5.14 (V)	Hinderungsgrund „nicht genug Altersgenossen“	V - 13
Tab. 5.15 (V)	Hinderungsgrund „Unattraktivität“	V - 13
Tab. 5.16 (V)	Hinderungsgrund „unangemessene Zeiten“	V - 14
Tab. 5.17 (V)	Kritik am Stadtteil	V - 14
Tab. 5.18 (V)	Engagementpotential für ehrenamtliche Tätigkeiten	V - 15
Tab. 1 (VI)	Verwendete Kommunikationsmitteln	VI - 2
Abb. 1 (VI)	Übersicht zur Frage nach Einsamkeit	VI - 4
Abb. 2 (VI)	Übersicht zur Frage nach freier Zeit und Energie	VI - 6
Abb. 1.1 (IX)	Stufenmodell der Partizipation von Lüttringshaus	IX - 6
Abb. 1.2 (IX)	Determinanten politischer Partizipation	IX - 7
Abb. 1.3 (IX)	Ergänzttes Modell der Stufen der Partizipation um die Zielsetzung	IX - 9
Abb. 1.4 (IX)	Verzahnung der Partizipativen Strukturen zur Realisierung von Partizipation	IX - 12
Abb. 2.1 (IX)	„Würden Sie gerne etwas tun, um die Situation im Stadtteil zu verbessern?“ (Frage 11)	IX - 15
Abb. 2.2 (IX)	Freie Zeit für Aktivitäten (Frage 24 c + d)	IX - 16
Abb. 2.3 (IX)	Unzufriedenheit mit dem Stadtteil (Frage 10)	IX - 17
Abb. 2.4 (IX)	Themen für Unzufriedenheit mit Stadtteil bzw. was stört und was wird vermisst? (Frage 10 b)	IX - 18
Abb. 2.5 (IX)	Vorrangige Themen für Gruppen (Frage 14)	IX - 20
Abb. 2.6 (IX)	Interesse, in einer Gruppe mitzuarbeiten zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Frankfurt am Main (Frage 12)	IX - 23

Nr.	Bezeichnung	Seite
Abb. 2.7 (IX)	Arbeit der Gruppe auf Stadtteil oder auf Frankfurt bezogen (Frage 13)	IX - 26
Abb. 2.8 (IX)	Professionelle Unterstützung der Arbeit von Bürgergruppen (Frage 15)	IX - 28
Abb. 3.1 (IX)	Chancen für Menschen ab 50, gemeinsam mit Anderen Verbesserungen zu erreichen (Frage 29)	IX - 40
Abb. 3.2 (IX)	Vertretung durch Politiker und gewählte Gremien	IX - 43
Abb. 3.3 (IX)	Vertretung durch Einrichtungen und Gremien	IX - 45
Tab. 3.4 (IX)	Antwort-Kategorien zur Einschätzung der Interessenvertretung	IX - 46
Abb. 3.5 (IX)	Einrichtungen und Gremien, die die Interessen am besten vertreten	IX - 47
Tab. 3.6 (IX)	Genannte Kritik und Vorschläge zu Interessenvertretung	IX - 48
Abb. 3.7 (IX)	Persönliche Beteiligungsbereitschaft bei kommunalen Planungsprozessen	IX - 52
Abb. 3.8 (IX)	Manifeste und latente Beteiligungsbereitschaft	IX - 53
Abb. 3.9 (IX)	Beteiligungsbereitschaft	IX - 56
Tab.3.10 (IX)	1. Zusammenfassung der Antwort-Kategorien zur Frage 33	IX - 57
Tab.3.11 (IX)	Zusammenstellung exemplarischer Antworten zur Frage 33	IX - 59
Tab.3.12 (IX)	2. Zusammenfassung der Antwort-Kategorien zur Frage 33	IX - 60
Abb. 3.13 (IX)	Das „Wie“ möglicher Einflussnahme	IX - 61
Abb. 3.14 (IX)	Vorstellungen zur Einflussnahme	IX – 63
Abb. 3.15 (IX)	Zusammenfassung der Vorstellungen möglicher Einflussnahme	IX - 64
Abb. 3.16 (IX)	Sind Befragungen ein geeignetes Instrument?	IX - 65
Abb. 3.17 (IX)	Organigramm „Soziale Stadt“	IX - 101
Abb. 3.18 (IX)	Organigramm Projekt „Älterwerden in Niederrad“ - Teilnehmer und Kooperationspartner	IX - 112
Abb. 3.19 (IX)	Organigramm Projekt „Älterwerden in Niederrad“ – Aufgabenfelder	IX - 113
Abb. 3.20 (IX)	Strukturen des Netzwerks „Neue Wege ins Alter“	IX - 141

Nr.	Bezeichnung	Seite
Abb. 3.21 (IX)	Vergleich 2003/2004 Nutzung Gemeinschaftsraum	IX - 147
Abb. 3.22 (IX)	Vergleich 2003/2004 Vereinsangebote im Gemeinschaftsraum	IX - 148
Abb. 3.23 (IX)	Vergleich 2003/2004 Andere Angebote im Gemeinschaftsraum	IX - 148
Tab. 3.24 (IX)	Tauschinitiativen in Frankfurt	IX - 162

12. Gesamtverzeichnis der Literatur und Quellen

- Abschlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. 2002
- Alemann, 1993
- Alte Hasen, junges Herz. Schwule und Lesben machen Geschichten, Berlin 1996, Albino Verlag.
- Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Frankfurt e. V., AWO, Jahresbericht Statistik 2004
- Arbeitskreis kultursensible Altenhilfe & KDA. „Memorandum und Handreichung für eine kultursensible Altenhilfe“, Berlin, 2002
- Ba, Johanna Helga: Betreuerin in der Seniorenwohnanlage der Wohnheim GmbH, „Aktivitäten über die eigentliche Betreuungsarbeit hinaus“, in: Expertenbericht „Seniorenwohnanlage Im Mainfeld“, Frankfurt a. M. Juni 2005
- Backhaus-Maul, Holger und Jakobi, Frauke. Soziales Engagement und institutionalisierte Enttäuschung. In: Neue Praxis 3/98, S. 292-296
- Beck, Ulrich. Die Seele der Demokratie. Wie wir Bürgerarbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren können. In: Zeit Nr. 49, 28. November 1997, S. 7-8
- Becker, Tobias: „Verband will Senioren Kultur bieten“, Frankfurter Rundschau vom 20.9.2005, S. 41, Frankfurt a. M. 2005
- Bührmann, Traude: Faltenweise - Lesben und Alter, Berlin 2000
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen. „2. Weltaltenplan 2“ 2002 und 2003
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen. Positionspapier: „Politische Teilhabe älterer Menschen.“ Bonn, 2005
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen. Nationaler Aktionsplan: „Die gesellschaftliche Integration und Teilhabe älterer Menschen gewährleisten.“ Bonn, 2005
- Buse, 1977
- Buse et al., 1997
- Carls, Christian: Altenhilfe als Begegnungsraum – passé?, Forum Kritische Gerontologie im Internet, S.4, www.kritische-gerontologie/oah2.htm
- Dr. Schröter, Jan (Hrsg.): Abschlussbericht „Wirkungsorientierte Steuerung in der kommunalen Altenhilfe der Stadt Leverkusen“, JSB, Bonn 2004

- Dr. Viebrok, Holger: Künftige Einkommenslage im Alter, Expertise für die Sachverständigenkommission für den fünften Altenbericht der Bundesregierung, Zentrum für Sozialpolitik d. Universität Bremen, Bremen 2004
- Duden Fremdwörterbuch
- Engstler, Heribert: Geplantes und realisiertes Austrittsalter aus dem Erwerbsleben, Deutsches Zentrum für Altersfragen, DZA Diskussionspapiere, Berlin 2004
- Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen 2002
- Evers & Klie, 1999. „Die Versorgung pflegebedürftiger alter Menschen in der Kommune“. In: Kommunalkongress, Dokumentation, 2004
- Fischer, C.; Schophaus, M. et al.: „Die Kunst, sich nicht über den Runden Tisch ziehen zu lassen.“ Stiftung Mitarbeit, Bonn, 2003.
- Flyer „Angebote in Frankfurt für ältere Lesben und Schwule“, Frankfurt a. M.
- Flyer und Konzeptionspapier „Kampagne für eine kultursensible Altenhilfe“, www.kda.de
- Friedrichs & Nägele: „Grundzüge für Prioritäten in der künftigen Förderung der Offenen Altenarbeit in NRW“ 1999
- Funkkolleg „Altern“, Studienbrief 6, Studieneinheit 15. Monika Reichert und Winfried Saup. Deutsches Institut für Fernstudienforschung an der Universität Tübingen, Tübingen 1997/98
- Gensike, Thomas und Geiss, Sabine; Die Freiwilligensurveys 1999-2004. Erste Ergebnisse und Trends. Vorgestellt auf der 15. Sitzung des Arbeitskreises „Bürgerschaftliches Engagement“ der Friedrich Ebert Stiftung am 1. 10.2004 in Berlin
- Gernhardt, Robert: Ein Gast, Frankfurter Anthologie, Gedichte und Interpretationen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a. M. 26.03.2005
- Geschäftsordnung der Seniorenbeiräte 2002
- Hammer, Eckart, Prof. Dr.: Brauchen wir eine Senioren-Kultur-Arbeit?, in: Evangelische Impulse 2/2000
- Heußner, H.K.; Jung, O. (Hrsg.): „Mehr direkte Demokratie wagen.“ München, 1999.
- Hollhin, 1978, zitiert nach M. Lüttringhaus, 2000, S. 24
- Intervention e.V.: Lesben und Alter, Dokumentation der Fachtagung vom 22.-24.10.2004 in Hamburg

- Interview mit Frau Tatjana Moutchnik, Jahrgang 1939, ehemalige Professorin der Germanistik in Moskau, leitet die Sprachkurse, selbst Mieterin in der Altenwohnanlage Kohlbrandstrasse, Expertenbericht „Integrationsprojekt Kohlbrandstraße“, Frankfurt a. M. März 2005
- ISIS-Sozialforschung Frankfurt am Main, im Auftrag der Stadt Frankfurt am Main, Jugend- und Sozialamt, Älter werden in Frankfurt, Ein Wegweiser für ältere Menschen und für Menschen, die sie beraten, unterstützen und pflegen, Frankfurt a. M. 2002, www.aelterwerden-in-frankfurt.de
- Klie, Thomas (Hrsg.): „Fürs Alter Planen: Beiträge zur kommunalen Altenplanung.“ Freiburg 2002
- Klie, Th.; Spielberg, R. (Hrsg.): „Fürs Alter Planen. Grundlagen, Methoden, Standards kommunaler Planung.“ Freiburg, 1998.
- Klueß, Sieglinde: Immer weniger junge Menschen stehen einer größeren Zahl älterer Menschen gegenüber – Frankfurt am Main 1925 – 1993. In: Frankfurter Statistische Berichte 1994, Heft 4.
- Kohli, Martin und Kühnemund, Harald. Der Alters-Survey: Die zweite Lebenshälfte im Spiegel repräsentativer Daten. In: Das Parlament, Beilage 20/2003
- „Kommunale Seniorenvertretungen. Eine Handreichung für Seniorinnen und Senioren“. Politik und Verwaltung. Münster, 2002
- Konzeptionspapier der „Kampagne für eine kultursensible Altenhilfe“, www.kda.de
- Leitfaden in der Qualitätsentwicklung der offenen Altenarbeit, Hrsg. Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche Deutschland e.V., 2005.
- Ley, A.; Weitz, L. (Hrsg.): „Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenbuch.“ Stiftung Mitarbeit. Bonn, 2003
- Lüttringhaus, M., 2000
- Lüttringhaus, M.; Richers, H. : Handbuch aktivierende Befragung. Bonn, 2003
- Maier, Prof. Dr. K.: „'Quartiersaufbau' als Beitrag der Sozialarbeit zum Aufbau neuer Wohnquartiere“, 26.Juni 2001.
- Motel-Klingebeil, Andreas/ Krause, Peter/ Kühnemund, Harald: Alterseinkommen der Zukunft – eine szenarische Skizze, Deutsches Zentrum für Altersfragen, Berlin 2004
- Motel-Klingebeil, Andreas/ Tesch-Römer, Clemens: Generationengerechtigkeit in der sozialen Sicherung – Anmerkungen sowie ausgewählte Literatur aus Sicht der angewandten Altersforschung, Deutsches Zentrum für Altersfragen, Berlin 2004
- Nägele, G.: Kommunalkongress – Neue Herausforderungen an die kommunale Seniorenpolitik, 2004

- Niejahr, Elisabeth: „Die Bellheim-Republik“, Wochenzeitung „DIE ZEIT“, Hamburg 28.08.2003
- Paffenberger, 1986
- Reinert, Dr. Adrian: „Bedingungen von erfolgreicher Bürger(innen)beteiligung.“
- Thesenpapier zur Jahrestagung „Stadtteilarbeit 2004“, am 24. November 2004 in Hannover
- Rinke, 1984
- Röttger, Ursula: Interview mit Evelyne Becker, Leiterin Referat Wohnungslosenhilfe im Fachdienst für besondere Lebenslagen beim Caritasverband Frankfurt e. V., Frankfurt a. M. 2004
- Sautner, Elke (SPD): Stadtverordnete, Vors. Wohnungsausschuss, Frankfurter Neue Presse, Frankfurt a. M. 06.05.2003
- Schirrmacher, Frank: Das Methusalem-Komplott, 2004
- Schmähl, Prof.Dr. Winfried: Vortrag anlässlich der Fachtagung „Wirtschaftliche Potentiale des Alters“, BMFSFJ und Sachverständigenkommission des 5. Altenberichts, Berlin 2004
- Schröpfer, Waltraud: Zum demographischen Profil älter werdender Wohngebiete. Das Beispiel Nordweststadt. In: Frankfurter Statistische Berichte 2000, Heft 2/3.
- Schulmeyer, Rudolf: Frankfurter Bevölkerungsprognose 2020. In: Frankfurter Statistische Berichte 2003, Heft 2/3.
- Schulmeyer, Rudolf: Frankfurter Bevölkerungsprognose 2020. In: Frankfurter Statistische Berichte 2004, Heft 1.
- Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport (Hrsg.): Studie "Älter werden – Ältere Lesben und Schwule in Berlin", Berlin 2002
- Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport (Hrsg.): Anders sein und älter werden - Lesben und Schwule im Alter. Dokumentation der Fachtagung vom 22./23. November 2002
- Stadt Frankfurt am Main, Bericht des Magistrats vom 29.03.2004, B 203, „Jung und Alt unter einem Dach“
- Stadt Frankfurt am Main, Bericht des Magistrats vom 31.01.2005, B 110, „Jung und Alt unter einem Dach“
- Stadt Frankfurt am Main, Bericht des Magistrats vom 04.07.2005, B 493, Seniorengerechtes Wohnen in Frankfurt (I):– Durch eine Bedarfsanalyse voranbringen
- Stadt Frankfurt am Main, Bericht des Magistrats vom 24.05.2004, B 336 „Was tut die Stadt für die wachsende Zahl älterer Menschen mit Migrationshintergrund?“

- Stadt Frankfurt am Main, Bericht des Magistrats vom 09.07.2004, B 454, Runder Tisch zur Situation von Lesben und Schwulen in Frankfurt, aktualisierter Sachstand vom 08.12.04; Expertenbericht Fachgruppe Alter des Runden Tisches zur Situation von Lesben und Schwulen in Frankfurt am Main.
- Stadt Frankfurt am Main, Der Dezernent für Soziales, Jugend und Wohnungswesen (Hrsg.): Wohnen in Altenwohnanlagen, Befragung von Bewohnern und Bewerbern, Frankfurt a. M. Juli 1980
- Stadt Frankfurt am Main, Der Dezernent für Soziales und Jugend (Hrsg.), Reihe Soziales und Jugend, Band 18, Ältere Migrantinnen und Migranten in Frankfurt am Main - Wohnsituation, Vorstellungen zum Wohnen im Alter und zur Hilfe und Pflege, Frankfurt a. M. 2000
- Stadt Frankfurt am Main, Der Dezernent für Soziales und Jugend (Hrsg.), Reihe Soziales und Jugend, Band 29, Frankfurter Sozialbericht, Teil VI, Chancen und Risiken einer alternden Stadt, Frankfurt a. M. 2003
- Stadt Frankfurt am Main, Der Dezernent für Soziales und Jugend (Hrsg.), Materialienreihe Jugend und Soziales, H. 1, Sachstandsbericht Ältere Menschen in Frankfurt am Main 2001, Frankfurt a. M. 2003
- Stadt Frankfurt am Main, Der Dezernent für Soziales und Jugend (Hrsg.), Materialienreihe Jugend und Soziales, H. 2, Gesellschaftliche Teilhabe älterer Migrantinnen und Migranten in Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 2005
- Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Repräsentative Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen der partizipativen Altersplanung der Stadt Frankfurt am Main, i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, der SUZ GmbH, Sozialwissenschaftliches UmfrageZentrum, Duisburg, Frankfurt a. M. 2003
- Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Frankfurt 50+, Explorative – untersuchende - schriftliche (nicht repräsentative) Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main i. V. m. der INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main, Firma EDV- und andere Dienstleistungen, Joachim Ritter, Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 2004
- Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, Seniorenwohnanlagen mit Betreuung und Seniorenwohnungen, → www.frankfurt.de unter dem Stichwort „Seniorenwohnanlagen mit Betreuung und Seniorenwohnungen“, Frankfurt a. M. 04.03.2005
- Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, eigene Berechnungen auf der Grundlage der Jahresberichte der Kommunalen Wohnungsvermittlungsstelle im Amt für Wohnungswesen, Frankfurt a. M. 2004

- Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Dezernat Soziales und Jugend, Jugend- und Sozialamt, Jugendhilfe- und Sozialplanung, eigene Berechnungen auf der Grundlage der Statistischen Jahrbücher Frankfurt am Main, der Melderegister des Bürgeramtes Statistik und Wahlen sowie Erhebungsergebnisse der Jugendhilfe- und Sozialplanung zum Bestand von Seniorenwohnungen, Frankfurt a. M. 2005
- Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Bürgeramt Statistik und Wahlen, Frankfurter Statistische Berichte 4/2000, S.243-249, Frankfurt a. M.
- Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV), Anfrage an den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main, KA 31 vom 02.03.2005 „Einrichtungen für ältere Menschen muslimischen Glaubens“, Punkt 1: „Wie viele Einrichtungen für ältere Menschen muslimischen Glaubens gibt es in Frankfurt am Main? ...“
- Stempel, Hans & Ripkens, Martin, Das Glück ist kein Haustier, München 2001, DTV
- Stiehr, Karin; Ritter, Joachim und Spindler, Mone. Hessisches Modellprojekt „E-Card“. Endbericht der wissenschaftlichen Begleitung. 2004
- Stümke, Hans-Georg, Älter werden wir umsonst, Berlin 1998, Verlag Rosa Winkel.
- Taylor, 1996
- Thomae, Lehr, Kruse: „Potenziale des Alters“
- von Rosenblatt, Bernhard. Freiwilliges Engagement in Deutschland. Freiwilligensurvey 1999 - Ergebnisse der Repräsentativerhebung 1999 zum Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Stuttgart; Berlin; Köln 2000
- www.Stadtteilarbeit.de/Seiten/Projekte/Maier/Quartiersaufbau.htm
- Wahrig: Deutsches Wörterbuch

REIHE SOZIALES UND JUGEND STADT FRANKFURT AM MAIN

- | | | |
|----|--|------|
| 17 | Ältere Migrantinnen und Migranten in Frankfurt am Main. Vorstellungen zum Wohnen im Alter und zur Hilfe und Pflege | 2000 |
| 19 | Frankfurter Senioren-Service. Ratgeber für die ältere Generation | 1999 |
| 20 | Frankfurter Sozialbericht. Risiken und Chancen des Frankfurter Arbeitsmarktes | 2000 |
| 21 | Frankfurter Sozialbericht Teil II: Sozialhilfeempfänger | 2000 |
| 22 | Frankfurter Sozialbericht Teil III: Wohnungsversorgung | 2001 |
| 23 | Frankfurter Netzwerk. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in Frankfurt am Main | 2001 |
| 24 | Frankfurter Sozialbericht Teil IV: Medizinische Versorgung, Prävention und ausgewählte gesundheitliche Gefährdungen | 2001 |
| 25 | Frankfurter Sozialbericht Teil V: Segregation und Wohngebiete mit verdichteten sozialen Problemlagen | 2002 |
| 26 | Jugendhilfeplanung in Frankfurt am Main Teilplan III: Erziehungsberatung für Kinder, Jugendliche und deren Familien in Erziehungsberatungsstellen in Frankfurt am Main | 2002 |
| 27 | Jugendhilfeplanung in Frankfurt am Main Teilplan II: Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren in Kinderkrippen, Krabbelstuben und Tagespflegestellen | 2002 |
| 28 | Jugendhilfeplanung in Frankfurt am Main Teilplan IV: Stationäre Erziehungshilfen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in verschiedenen Einrichtungsformen der Hilfe zur Erziehung | 2003 |
| 29 | Frankfurter Sozialbericht Teil VI. Chancen und Risiken einer alternde Stadt | 2003 |
| 30 | Mädchen und junge Frauen im Berufsfindungsprozess | 2004 |
| 31 | Jugendhilfeplanung in Frankfurt/Main Teilplan I: Freizeitpädagogische Angebote für Kinder und Jugendliche in offenen Freizeitstätten und auf Abenteuerspielplätzen | 2004 |
| 32 | Frankfurter Sozialbericht Teil VII. Aufwachsen in Frankfurt am Main – Kinder, Jugendliche und ihre Familien: Situation und Entwicklungschancen | 2006 |
| 33 | Partizipative Altersplanung. Entwicklung von Strukturen und Angeboten für heute und morgen. Teil I: Lebenslagen und gesellschaftliche Teilhabe – Beiträge zur Partizipativen Altersplanung | 2006 |

